



1993 – 2023

30 Jahre

**KLARtext e.V.**



Reinhard Frankl

Rainer Roth



**Reinhard Frankl, Rainer Roth**  
**1993 – 2023: 30 Jahre KLARtext e. V.**  
Oktober 2024

Impressum

1. Auflage, Oktober 2024  
Autorenkollektiv KLARtext-Blog: Reinhard Frankl, Rainer Roth  
Layout: Reinhard Frankl  
Herausgeber: KLARtext-Blog [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)  
Druck: Druckerei Reichert, Großostheim



# Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	5
I Gründung.....	7
Einladung 7. November 1992.....	7
II Absahner, Missbrauch, Goldene Hängematte.....	12
Quellen.....	22
III Schuldenerlass statt Sparprogramme.....	46
Quellen.....	55
IV Arbeitslosigkeit.....	59
Quellen.....	69
IVa Kampf gegen Sozialabbau.....	76
IVb Hartz IV (Alg II) Regelsätze.....	94
Quellen.....	109
IVc Hartz IV – gekürzter Regelsatz für Kinder unter 18.....	116
Quellen.....	127
V Mindestlohn – Regelsatzniveau.....	136
Quellen.....	147
VI Keine Besteuerung des Existenzminimums!.....	150
Quellen.....	161
VII Rente zum Leben, Mindestrente und Rente mit 60.....	167
Quellen.....	185
VIII Krise - Keine Rettungsschirme für das Kapital.....	188
Quellen.....	206
IX Klima – Nach uns die Sintflut.....	210
Quellen.....	219
X Zum Thema Geflüchtete und „Ausländer“.....	220
XI Lockdown – nicht nochmal.....	229
Quellen.....	237
XII Ukrainekrieg.....	244
Quellen.....	251
XIII Hedderheimer Fastnachtsumzüge (Klaa Paris) 1996-2012.....	252
XIV Lieder für KLARtext.....	260
XV Prof. Dr. D. Dummbbeutel, Institut für Innovative Politik.....	270
XVI Rückmeldungen zur Auflösung von KLARtext e. V.....	276



# Einleitung

Klartext e.V., gegründet am 28.2. 1993, hat sich nach dreißig Jahren am 17. Juni 2023 auf seiner letzten Mitgliederversammlung aufgelöst.

Es waren dreißig Jahre voller Aktivitäten für die Grundbedürfnisse von Lohnabhängigen, seien sie erwerbstätig, arbeitslos, arm oder in Rente, dreißig Jahre voller Anstrengungen, auf möglichst einfache und vielfältige Art und Weise klar zu machen, dass die Grenzen nicht zwischen den Völkern verlaufen, sondern zwischen oben und unten.

Bis heute hat sich nichts daran geändert, dass von Bundestagsparteien versucht wird, die Migration zum entscheidenden Thema zu machen. Dreißig Jahre Klartext sind es wert, dokumentiert zu werden und der Nachwelt erhalten zu bleiben. Die Folien enthalten Fotos von Aktionen in diesen Jahren und geben Auskunft über ihre Resonanz, die teilweise nicht unerheblich war.

Schon auf der Feier zum 20-jährigen Jubiläum des Vereins wurde auf 60 Folien ein Einblick in die Aktivitäten der Jahre von 1993 bis 2013 gegeben.<sup>1</sup>

Die jetzige Dokumentation geht ein Stück weiter. Sie enthält rund **80 Flugblätter** in vollständiger Form, vorgestellt in 13 Schwerpunkten wie Mindestlohn, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Existenzminimum, Mindestrente, Staatsschulden usw.

Sie weist ferner auf **Quellen mit Analysen und Beweisführungen** zu diesen Themen hin, z.B. in Form von Büchern, Reden, Vorträgen oder Aufsätzen. 24 Broschüren zu den Klartext-Themen entstanden in diesen Jahren. Sie werden teilweise in Kurzform mit Vorworten bzw. Inhaltsverzeichnissen vorgestellt. Viele sind auf [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de) veröffentlicht. Vielleicht regt der Hinweis auf die damaligen Untersuchungen an, sie auf den heutigen Stand zu aktualisieren.

Klartext e.V. hat die Themen seiner Flugblätter und Broschüren mit zehn Aktionen auch über Straßentheater bekannt gemacht, sowie mit der Teilnahme an 14 Faschingsumzügen in „Klaa Paris“ (Frankfurt-Heddernheim) in den Jahren 1996 bis 2012. Die Aktionsideen fanden auch in anderen Städten Nachahmer.

Wir haben die Straßenaktionen schon in der Jubiläumsrede 2013 vorgestellt und dokumentieren somit nur noch den größten Teil der Faschingsumzüge und die dafür von Reinhard Frankl umgetexteten Lieder.

Klartext e.V. versuchte Bündnisse aufzubauen, vor allem zur Verhinderung der Agenda 2010 (Hartz IV) bzw. zur Bekämpfung ihrer Folgen. Klartext e.V. unterstützte die bundesweiten Kampagnen für zehn Euro Mindestlohn, für eine deutliche Erhöhung des Eckregelsatzes von Hartz IV/Sozialhilfe auf 500, dann auf 600 Euro, für die Einführung einer Mindestrente von 1.050 Euro netto, für eine deutliche Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums d. h. des steuerfreien Grundfreibetrags, zuletzt auf 15.000 Euro jährlich. Klartext unterstützte auch das Bündnis 10 – 30 – 500 d. h. für zehn Euro Mindestlohn, 30 Stunden Wochenarbeitszeit und 500 Euro Eckregelsatz, rief das Bündnis gegen die Kürzung des Regelsatzes für Schulkinder auf das Niveau von Säuglingen ins Leben, beteiligte sich am Bündnis 31. Januar und an der Gründung des Bündnisses „Rente zum Leben“.

Innerhalb dieser Bündnisse verzichtete Klartext e.V. nicht darauf, die Logik der Kapitalverwertung und das Streben des Kapitals nach maximalen Renditen aufzuzeigen. Eine Gesellschaft, in der die Arbeitskraft eine Ware ist, die nur gekauft wird, wenn der Käufer aus ihrer Nutzung Renditen ziehen muss, kann niemals solidarisch sein. Klartext e.V. hoffte nicht auf eine solidarische kapitalistische Gesellschaft, deren Vertreter Gerechtigkeit für alle anstreben. Klartext sollte es eben

---

<sup>1</sup> [https://www.klartext-info.de/alt/pdf/20\\_jahre\\_klartext20130212ebook.pdf](https://www.klartext-info.de/alt/pdf/20_jahre_klartext20130212ebook.pdf)

sein, nicht Sozialpartnerschaft mit Konzernen, Kapitalanlegern und den deren Interessen dienenden Regierungen.

Dieser Klartext-Standpunkt erlaubte es auch, sich den Lockdown-Maßnahmen und der mit ihnen verbundenen, bewusst erzeugten Angstpropaganda nicht kritiklos auszuliefern. Er erlaubte es auch, dass Klartext sich weder auf die Seite weder auf die Seite der mit den Oligarchen des imperialistischen Westens verbündeten kapitalistischen ukrainischen Oligarchen schlug noch auf die Seite der kapitalistischen großrussischen Oligarchen. Wir hinterlassen mit dieser Dokumentation eine Fülle von Anregungen und Einschätzungen, freuen uns, dass wir damit einen bescheidenen Einfluss auch im Bundesmaßstab ausüben konnten und hoffen auf künftige Generationen.

Oktober 2024

Reinhard Frankl (ehemaliger stv. Vorsitzender von Klartext e.V.) und  
Rainer Roth (ehemaliger Vorsitzender von Klartext e.V.)



# I Gründung

## Einladung 7. November 1992

### E I N L A D U N G

Es wird Zeit, daß wir mehr gegen die steigende ausländerfeindliche Stimmung unternehmen. Das Thema "Ausländer" wird uns überall als wichtigstes Thema aufgezwungen. 37% von 2000 Befragten einer infas-Studie erklärten, man müsse sich im eigenen Land gegen Ausländer wehren.

Es wird Zeit, daß auch wir Stimmung machen. Stimmung gegen diejenigen, die uns wirklich auf der Tasche liegen. Die obersten Abkassierer der Nation tragen in der Regel urdeutsche Namen. Sie sind unser Problem. Und die Reps helfen ihnen.

Wir sind nicht ohnmächtig. Wir müssen nicht zusehen. Willst Du mitmachen? Bringt Freunde und Bekannte mit.

Wir laden ein zu einem Treffen am  
Samstag, den 7. November  
15 h - 18 h im Dritte-Welt-Haus  
Westerbachstr. 40, 6 Frankfurt - Rödelheim

Peter Bagus, Christl Bogner, Rita Günther, Rainer Roth

Die Bereitschaft dagegen etwas zu tun, war damals groß.

Auf unserem ersten Treffen waren 40 Leute.

Wir wollten der rassistischen Stimmung entgegenwirken und Stimmung gegen die da oben machen, gegen die eigentlichen Abkassierer.

Amtsgericht Frankfurt am Main		In das Vereinsregister ist unter Nr. 1	
Nr. der Eintragung	a) Name b) Sitz des Vereins	Vorstand Liquidatoren	
1	2	3	
1	a) KLARTEXT b) Frankfurt am Main	Rainer Roth, Dozent, Frankfurt am Main; Wolfgang Weiss, Umschüler, Bad Vilbel; Michael Schulze, Internats-Assistent, Hanau.	
357 eingetragen worden.		4	
Rechtsverhältnisse (Satzung, Vertretung, Auflösung, Entziehung der Rechtsfähigkeit, Konkurs usw.)		a) der Eintragung b) Unterschrift c) Bestimmungen	
Die Satzung ist am 28. Februar 1993 errichtet und am 3. Februar 1994 in § 2 (Gemeinnützigkeit) geändert. Der Vorstand gemäß § 26 BGB besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister. Jeder von ihnen ist alleinvertretungsberechtigt.		a) 10. Feb. 1993 Lohnes b) Satzung 81,6-10, Satzungsänderung 81, 18 d.A.	

Hier die Registrierung als eingetragener Verein beim Amtsgericht.  
Im April 1993 hatten wir 30 Mitglieder.

# Reichtum auf den Prüfstand!

Reden wir Klartext:

Denen in Bonn geht's zu gut. Sie leben von unseren Steuergeldern und leisten für uns wenig!

Vor kurzem genehmigten sich die Abgeordneten 460 DM mtl. mehr. Uns aber sollen Löhne, Wohngeld, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Bafög u.a. gekürzt werden.

Wer SozialhilfeempfängerInnen z.B. 15 DM monatlich Sozialhilfe wegnimmt, entzieht ihnen Nahrungsmittel für zwei-drei Tage.

## Nicht die Armut gehört auf den Prüfstand, sondern der Reichtum!

Zum Beispiel:

**Jährliche Betriebsprüfungen für die Konzerne** würden 20 Mrd. DM im Jahr mehr geben. Die Steuerhinterziehung der Reichen kostet uns jährlich Dutzende von Milliarden DM.

Die Banken kassieren jährlich 120 Mrd. DM Steuergelder an **Zinsen**. Ist das tabu?

Nach Angaben des Bunds der Steuerzahler wirft der Staat jährlich 40 Mrd. DM unnütz zum Fenster hinaus!

Und was soll der **Umzug der Regierung** von Bonn nach Berlin für 80 Mrd. DM?

## Bonn lebt über unsere Verhältnisse.

*Vorgestern schürten die Regierenden Ausländerfeindlichkeit.*

*Gestern riefen sie zu Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit auf.*

*Heute greifen sie alle an, die sowieso zu wenig haben, ob es Deutsche oder Ausländer sind.*

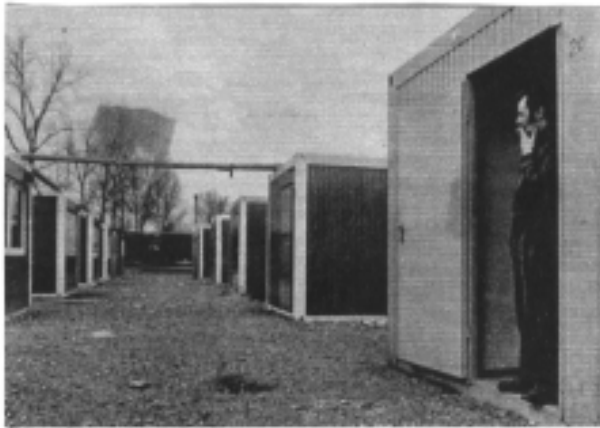
*Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.*

Wir sind eine Gruppe, die etwas machen will gegen diejenigen, die immer gnadenloser abkassieren. Sie sind unser Problem, nicht "die Ausländer".

Nächste Treffen: Do. 4.2. und Do. 18.2. um 19.30h Dritte Welt Haus, Westerbachstr. 40, 6 Frankfurt - Rödelheim

## TUN WIR GEMEINSAM WAS GEGEN DIE ZUNEHMENDE SOZIALE UNGLEICHHEIT!

V.i.S.d.P.: Rainer Roth, Berger Str. 195, 6 Ffm 60, Tel. 45 38 32 (1993)



## **WER NIMMT UNS DIE WOHNUNGEN WEG ?**

Woran liegt es, daß Wohnraum immer knapper wird?

Woran liegt es, daß eine Mietwohnung mittlerweile 20 DM je qm im Monat (nicht im Jahr) kostet? Etwa an den Ausländern und Asylbewerbern?

In Frankfurt werden jährlich 350.000 qm neu gebaut. Büroraum, nicht Wohnraum. Das wären 5.000 Wohnungen a 70 qm.

Warum? Ganz einfach: für Büroraum können die Damen und Herren Vermieter bis zu 100 DM pro qm bekommen.

Altbauten in Eigentumswohnungen umzuwandeln, lohnt sich mehr als zu bauen. Das fördert der Staat auch noch mit 4 Milliarden DM von unseren Steuergeldern.

Für die Spekulation mit Wohnungen werfen die Politiker den Spekulanten insgesamt jährlich mindestens 20 Milliarden DM Steuersubventionen in den Rachen. Das hat System.

**Wieviel preiswerte Mietwohnungen könnten davon gebaut werden?!!**

## **WER ALSO NIMMT UNS DIE WOHNUNGEN WEG ?**

*Klingeln Sie doch  
mal hier !* →



**WIR ALLE VERDIENEN WOHNRAUM  
ABER WENIGE VERDIENEN AN WOHNRAUM VIEL !**

Während das alles passiert, wird von früh bis spät über Ausländer geschimpft. Es wird gepöbelt und gedroht. Einige zünden sogar Häuser an und morden.

Ob sie wohl wissen, wieviele Wohnungen mit den Steuergeldern ausländischer KollegInnen bezahlt und von ausländischen Bauarbeitern gebaut worden sind?

## **WAS KANN MAN TUN ?**

- **Einfach mal nachdenken! Sich selbst informieren und andere informieren. Sie können z.B. dieses Flugblatt bestellen und verteilen.**

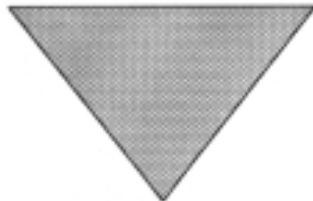
*Wer schweigt, stimmt zu.*

- **Machen Sie Nägel mit Köpfen**

**- Wenden Sie sich an die richtigen Adressen !**

**- und/oder machen Sie ganz einfach bei uns mit !**

Wir sind bis jetzt 30-40 Leute. Wir wollen etwas machen gegen die, die uns immer gnadenloser abkassieren. **Sie sind unser Problem, nicht "die Ausländer".**



**DIE GRENZEN VERLAUFEN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN,  
NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN !**

Darüber wollen wir (nicht nur) informieren.

Das war unser erstes Flugblatt, ein Probelauf noch vor der Gründung.

So stellten wir uns Stimmungsmache in unserem Sinne vor.

Einfache Sätze, übersichtlicher Text, Bilder, farbiges Papier. Argumente, die belegt sind.

Hier: Nicht Asylbewerber nehmen uns Wohnungen weg, sondern diejenigen, die zu wenige bauen, weil sie mit Büroraum, Eigentumswohnungen und Immobilienspekulation höhere Gewinne machen können.

## WER ODER WAS IST KLARTEXT?

KLARtext wurde am 28.2.1993 in Frankfurt als Verein gegründet. Der Verein hat ein Jahr später über 70 Mitglieder. Es sind Angestellte, ArbeiterInnen, AkademikerInnen, Studierende, Arbeitslose und RentnerInnen im Alter zwischen 17 und 77 Jahren.

### Anlaß

für die Gründung waren die Anschläge auf Einwanderer 1992. Ein paar Leute, die sich aus einer ehemaligen Deutsch-Ausländischen-Stadtteilinitiative kannten, setzten sich im Herbst 1992 zusammen, um etwas dagegen zu entwickeln.

### Ziele

Wir wollen zeigen, daß die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten verlaufen. In großem Maßstab werden Steuergelder für die private Bereicherung einer Minderheit ausgegeben. Viele wissen das nicht. Dafür wird die Aufmerksamkeit auf "Ausländer" oder Arbeitslose gelenkt, die uns "absahnen".

Wer Mitglied werden will, muß nur akzeptieren, daß Klartext

- 1) "Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit aufgreift" und
- 2) in diesem Sinne "der Ausländerfeindlichkeit entgegenwirkt".

### Methoden

Wir wollen einfache und verständliche Flugblätter machen. Wer sie liest, soll den Wunsch entwickeln, sie weiterzuverbreiten. Wir verbinden Information mit Aktion.

### Bisherige Arbeit

Wir haben bisher sieben Flugblätter herausgegeben:

Mißbrauch ohne Ende (gegen die Absetzbarkeit von Bewirtungskosten von der Steuer dazu auch eine Postkarte an Waigel)

Solidaritätszuschlag dient nur den Banken!

Mißbrauch ohne Ende (gegen die monatlichen Kontrollen von Arbeitslosen durch die Arbeitsämter)

Arbeitslosengeld auf Lebenszeit (gegen die Ruhestandsgelder entlassener politischer Beamter bzw. Minister)

Deutschland: Standort für Millionäre nicht für Millionen!

Wir brauchen Wohnungen; Der Staat fördert die Wohnungsnot!

Sie fahren Mercedes Wir zahlen!

Broschüre "Die Absahner" • Steuerprivilegien für die Reichen in Deutschland (62 S.)

Flugblätter und Broschüre werden im ganzen Bundesgebiet bestellt.

### Aktionen

Vier Flugblätter haben wir auf der Straße "inszeniert".

Juli 1993: Mißbrauch ohne Ende mit einem Geschäftsessen bzw. Imbißstand vor dem Arbeitsamt bzw. der Börse in Frankfurt.

Ende Oktober 1993: Arbeitslosengeld auf Lebenszeit mit einer Hängemattenaktion vor dem Hessischen Landtag.

März 1994, Arbeitslose zahlen für Geschäftswagen

### Pläne

Aktion zum Thema Wohnungssubventionen für die Reichen

Broschüre "Die Absahner - Steuergelder für Ministerialbürokraten und Politiker"

Aktion und Flugblatt zum Thema Geschäftsreisen/Streichung der Urlaubsgelder

Frankfurt, Anfang März 1994

## II Absahner, Missbrauch, Goldene Hängematte

### **Streichen bei den Reichen – Statt Sparen bei den Armen!**

Noch vor der Gründung kamen wir auf diese Parole. Sie wurde das Motto einer Aktion in Frankfurt am 21. Januar 1993.

Das war unsere Antwort auf den sogenannten Solidarpakt der CDU/FDP-Bundesregierung, die eine faktische Große Koalition mit der SPD eingegangen war. Der „Solidarpakt“ bestand in massiven Steuersenkungen für Reiche und Aktiengesellschaften und gleichzeitig massiven Kürzungen bei Lohnabhängigen, vor allem bei Erwerbslosen, Sozialhilfebe-



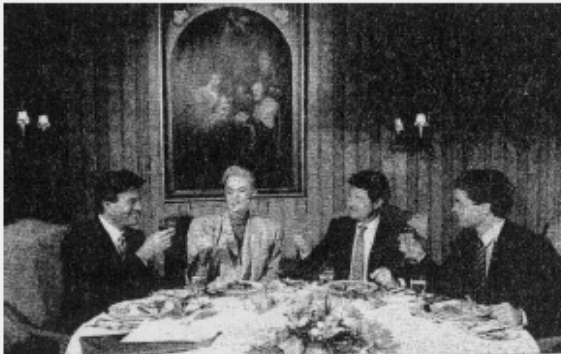
ziehern und Rentnern. Dazu brauchten sie Hetze vor allem gegen Erwerbslose.

Dazu brauchten sie auch Rassismus. Während Nazis Asylbewerberheime niederbrannten, schafften Christenparteien und SPD im Mai 1993 das Asylrecht faktisch ab.

Klartext eröffnete eine Offensive gegen die Absahner in Wirtschaft und Staat. Wir nahmen im November 1993 in einer Broschüre „Die Absahner ... Sie genießen – Wir zahlen!“ den Luxuskonsum der Reichen aufs Korn, den sie in Form von „Betriebsausgaben“ für Geschäftswagen, -essen und -reisen steuerlich absetzen konnten. Das machten wir auch über Straßenaktionen bekannt: Geschäftsessen vor dem Arbeitsamt, ein Geschäftswagen, von Arbeitslosen über die Zeil gezogen, Übernachten im goldenen Bett vor dem Frankfurter Hof auf einer Geschäftsreise. Dazu verteilten wir die entsprechenden Flugblätter. Presse und sogar das HR-Fernsehen registrierten das. In einer zweiten Broschüre gegen die Privilegien der Spitzenpolitiker „Die Absahner in der Goldenen Hängematte ... Sie haben Ansprüche – Wir zahlen!“ nahmen im September 1994 wir deren Luxuskonsum auf Staatskosten aufs Korn. Vor dem Hessischen Landtag legten wir einen (Pensionär) Arbeitslosen auf Lebenszeit in eine Goldene Hängematte.

Die Aktionen sind dokumentiert auf den Folien zum 20-jährigen Jubiläum von KLARtext e.V. ([www.klartext-info.de/alt/pdf/20\\_jahre\\_klartext20130212ebook.pdf](http://www.klartext-info.de/alt/pdf/20_jahre_klartext20130212ebook.pdf)).

# Mißbrauch ohne Ende !



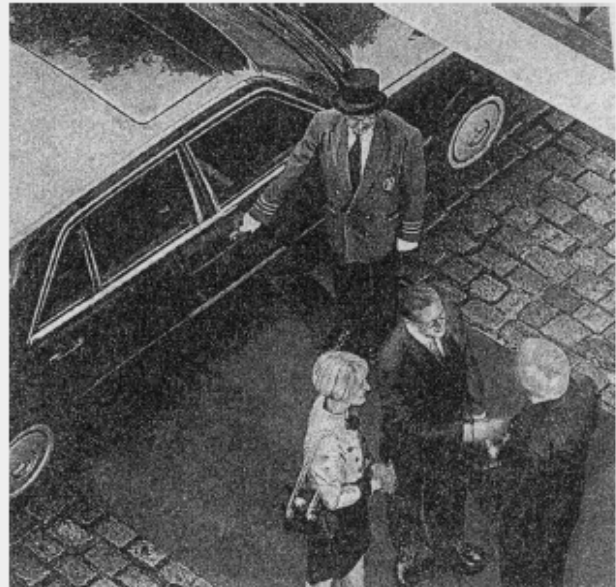
Das ist er: Direktor B. !

Hier beim Speisen mit drei Geschäftsfreunden. Es gibt ein **Fünf-Gänge-Menü**. Hummerschwänzchen an **Eichblattsalat** \* Täubchen auf Rosmarinest \* gefüllte Maispoularde mit Sauce Perigord \* Sorbet \* Käse. Macht **incl. Champagner und Weine zusammen DM 2.152,-**. 80% der Bewirtungskosten laufen unter "Betriebsausgaben". Bei einem Steuersatz von 53% **läßt** sich Direktor B. weit über DM 900 vom Steuerzahler finanzieren.

**Steuergelder für Bewirtungskosten:**  
mind. 5 Milliarden DM jährlich ! \*

Direktor B. und sein standesgemäßer Mercedes 300 SE. Anschaffungskosten DM 71.250. 20% davon sind jährlich als Betriebsausgabe steuerlich abzugsfähig. Steuerausfall pro Monat DM 630. Betriebskosten sind ebenfalls abzugsfähig. Mehrwertsteuer DM 10.683 entfällt im Rahmen des Vorsteuerabzugs. Private Nutzung versteht sich von selbst.

**Steuergelder für 'Geschäfts'wagen:**  
mind. 7 Milliarden DM jährlich ! \*



## Wie lange wollen wir uns diesen Wildwuchs an Sozialausgaben noch leisten?

Übrigens: Die Sozialämter zahlten 1992 netto gerade 12 Mrd. DM Hilfe zum Lebensunterhalt an **alle** SozialhilfebezieherInnen aus.

\* Wirtschaftswoche vom 22.1.1993

Lesen und weitergeben!

***Nur für Essen, Trinken und Autos bekommen die Reichen mindestens soviele Geld vom Staat wie alle SozialhilfebezieherInnen zusammengenommen !***

---

## **Was sagen die "nationalen" Parteien dazu?**

**Sie schweigen!**

**Sie reden lieber über "Asylmißbrauch", als über den Mißbrauch der Steuergelder durch (deutsche) Unternehmer.**

**Kein Wunder!**

**40% der Stadträte der Republikaner in Baden-Württemberg sind Unternehmer und Selbständige. Vorsitzender des Landesverbandes Hessen ist der Unternehmensberater Dr. Jochen Klinge. Landesgeschäftsführer der selbständige Versicherungskaufmann Heinrich Frank. Landesvorsitzender in Brandenburg der Finanzmakler Friethof Spitzer. °**

**Der Vorsitzende der DVU, Dr. Gerhard Frey, Verlagsunternehmer, ist 500facher Millionär und lebt u.a. auf Kosten der Mieter seiner zahlreichen Häuser.**

**Alle "nationalen" Parteien verteidigen in ihren Programmen die sogenannten "freien" Unternehmer. Die so "frei" sind, sich kräftig an unseren Steuergeldern zu bereichern.**

## **Schluß mit dem Mißbrauch der Steuergelder für die privaten Vergnügungen der Reichen!**

(KLARtext 1993)

---

In den Augen der Kohlregierung beuteten Erwerbslose die sogenannte Solidargemeinschaft aus.

1993 gestand ein Gericht einem Unternehmer drei Porsche, einen Mercedes und noch zwei andere Fahrzeuge als Geschäftswagen zu. Es durfte auch ein Lamborghini sein.

Diese Art Ausbeutung der sogenannten Solidargemeinschaft kostet richtig Geld. Wir schätzten die Einnahmeausfälle auf 7 - 8 Mrd. DM im Jahr.

Wir wendeten die Phrasen der Herrschenden gegen sie selbst.

Die NPD sprach von Solidargemeinschaft aller Deutschen und ihrer Ausbeutung durch Ausländer. Sie lenkt mit Hetze gegen Ausländer von der Ausbeutung der „Solidargemeinschaft“ durch das Kapital ab und leistet ihm dadurch Schützenhilfe.



# Sie fahren Mercedes

Dr. Klaus G., Inhaber eines Chemiekonzerns, Jahreseinkommen 2,5 Mio DM, kauft sich zum 1.1.1994 einen neuen Geschäftswagen. Typ Mercedes S 500. Inclusive Extras wie Autotelefon, Klimatisierungsautomatik, adaptivem Dämpfungssystem, Lederpolster und AMG-Leichtmetallrädern kostet der Wagen 160.931 DM incl. MwSt. Daß Dr. G. den Wagen privat nutzt, versteht sich von selbst.

## Wir zahlen den Luxus mit, denn:

\* Der S 500 kann mit seinem vollen Preis als Betriebsausgabe vom Gewinn abgesetzt werden. Es gibt keine Obergrenze.

\* Obwohl er ohne Probleme 10 Jahre fährt, kann er schon in fünf Jahren steuerlich abgeschrieben werden.

\* Die Mehrwertsteuer von 20.991 DM wird 1994 zurückerstattet. Arbeitnehmer, die ihr Auto für die Fahrt zum Betrieb brauchen, müssen Mehrwertsteuer zahlen.

Staatszuschuß für den Kauf von Dr. G.'s Mercedes in 1994: 34.741 DM

## Steuerausfall für "Geschäfts"wagen insgesamt: mindestens 8 Milliarden DM jährlich\*

### Wir fordern:

Obergrenze von 30.000 DM für Geschäftswagen!

Abschreibungsdauer 10 Jahre!

Keine Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei Geschäftswagen!

Dr. G. bekommt 1994 insg. 34.741 DM "Sozialzuschuß" für seinen S 500. Den Einnahmeausfall gleicht der Staat mit Ausgabekürzungen aus. Den S 500 zahlen

### **25 BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe**

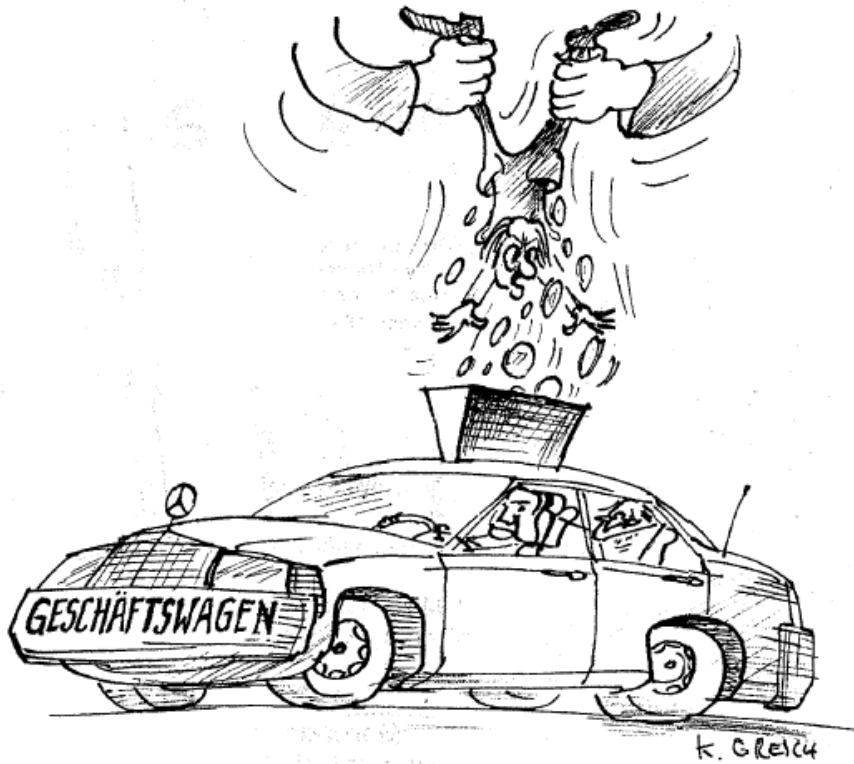
mit Kürzungen ihrer Bezüge von mtl. 60 DM und

### **29 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes**

mit Lohnkürzungen von mtl. 50 DM.

Dr. G. ist dankbar und gerührt.

# Wir zahlen!



## Luxussubventionierung von Geschäftswagen streichen!

KLARtext April 1994



**Stimmt!**

Die  
da  
oben

# logieren im Luxus-

Dr. Pienatz, Vorstandsmitglied, läßt für seine Geschäfts-Reise nach F. im besten Hotel die Präsidenten-Suite anmieten (125 m<sup>2</sup>; Badezimmer mit rosa Portugallo-Marmor und vergoldeten Wasserhähnen). Der Doktor nimmt diesmal nicht den großen Butler-Service in Anspruch (2 Diener in 12-Stunden-Schicht für 500 DM pro Tag). Auf die gebügelte Morgenzeitung möchte er aber nicht verzichten. Alles zusammen; 2000.- DM pro Übernachtung.

Kaum zu glauben, aber wahr: sein Unternehmen kann die Übernachtungskosten in unbegrenzter Höhe steuerlich absetzen.\*

Steuersubvention für Dr. P.: rd. 1000 DM pro Tag. Das Edel-Hotel ( 5 Suiten, 80 Zimmer, pro Nacht durchschn. 400 DM, Auslastung 70%, fast alles Geschäftsreisende) wird täglich mit rd. 12.000 DM staatlich gesponsort.

**Steuerausfälle durch Geschäftsreise-Luxusübernachtungen:  
bis zu 8 Milliarden DM! \*\***

**Wir fordern: 120 DM pro Nacht als steuerliche Obergrenze!**

---

Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern; die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen

## Wir da unten:

Die Milliarden, auf die der Staat zugunsten der Luxusbedürfnisse von Geschäftsleuten verzichtet, fehlen z.B. beim Wohnungsbau.

Werkzeugmacher Pedro G. und Arzthelferin Susanne F. haben geheiratet.

Sie wollen zusammenziehen. Sie finden keine Wohnung, denn

Drei-Zimmer-Wohnungen ab 1500.- DM können sie nicht bezahlen.

Bund, Länder und Kommunen bauen kaum billige Wohnungen. Grund:

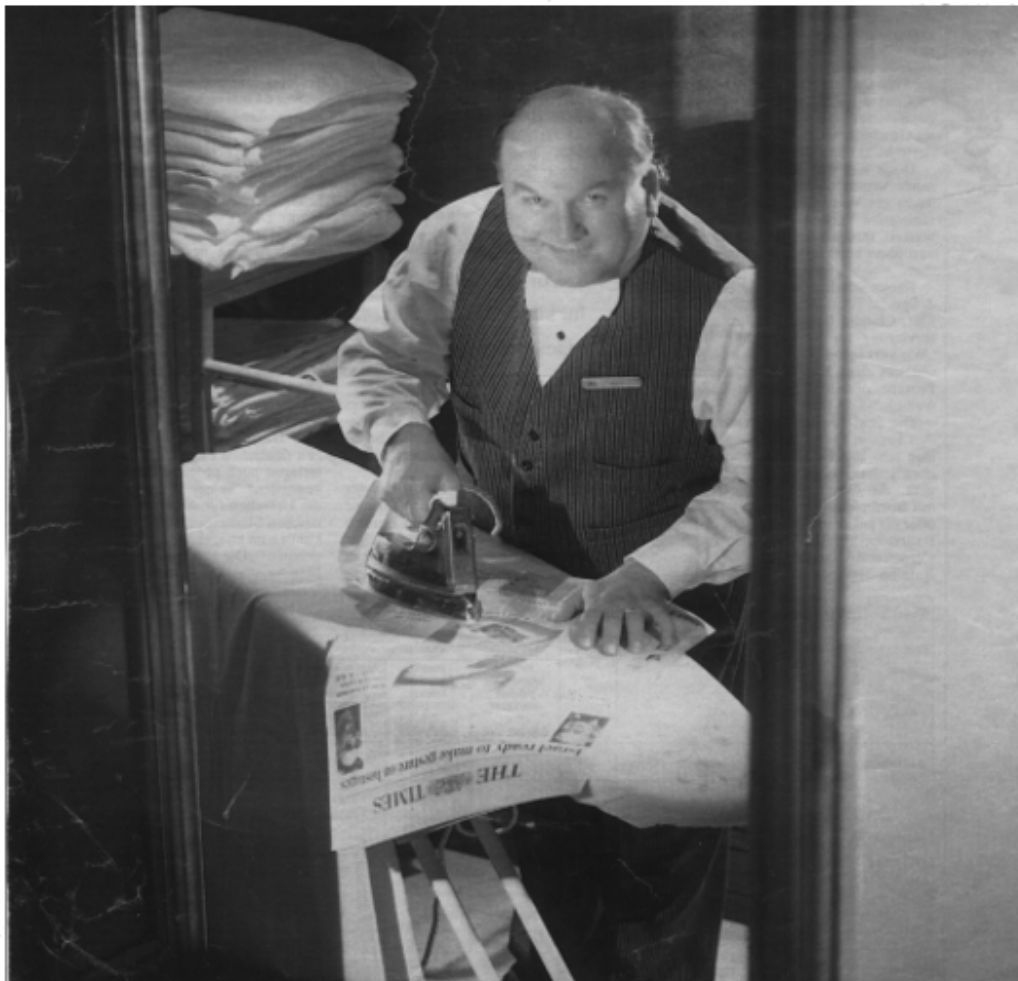
"Kein Geld da!" Zumindest für uns nicht. Aber Dr. P.s Luxusübernachtungen dürfen wir mit unseren Steuern mitfinanzieren.

# Wir zahlen!

\* Wirtschaftswoche 11.2.1994, S.87 \*\* Hotelkosten auf Geschäftsreisen ca. 40 Mrd. DM jährlich; durchschn. Kosten pro Nacht über 200 DM; steuerlich absetzbare Luxusausgaben: alle Ausgaben über 120 DM pro Nacht, also rd. 16 Mrd. DM jährlich. Quellen: KLARtext, Die Absahner, Frankfurt 1994, S.36-4; WWo 19.11.1993, S.83 und 14.6.1993, S. 66

## "Wir in Deutschland": Die Bosse lassen bügeln - wir werden abgebügelt

Anzeige von Sheraton in der Wirtschaftswoche



Butler im Sheraton  
beim Bügeln der Morgenzeitung

## Wohnungsbau statt Subventionierung von Luxushotels!

Juli 1994

Die Times gebügelt zu bekommen, gehört zu den Menschenrechten von Auserwählten. Sheraton warb dafür mit dieser Anzeige.

# Arbeitslosengeld auf Lebenszeit

Staatssekretär Chr. K., 46 Jahre alt, wurde Mitte August 1993 fristlos entlassen. Bis Ende November bekommt er seine Bezüge voll weiterbezahlt. Ab Dezember dann fünf Jahre lang 75%. **Monatlich** also um die **8.000** DM. **Danach** immer noch mindestens 35%.

**Offiziell** bekommt er eine "Pension", in Wirklichkeit aber eine Art Arbeitslosengeld. In Rente geht man bekanntlich erst nach Beendigung seines Arbeitslebens. **Alle** politischen Beamten d.h. Staatssekretäre, **Ministerialdirektoren** usw., in Hessen sogar die Fraktionsassistenten der **Landtagsfraktionen**, bekommen nach ihrer Entlassung **Arbeitslosengeld** auf Lebenszeit. Selbst wenn sie nur 30 Jahre alt und zehn Tage im Dienst gewesen **sind**.\*

**Arbeitslose Spitzenpolitiker** liegen in der sozialen Hängematte, denn:

- 1) Arbeit ist für sie prinzipiell unzumutbar.
- 2) Sie bekommen keine Sperrzeiten, wenn sie wegen Unfähigkeit entlassen werden oder zumutbare Arbeit ablehnen.
- 3) Arbeitseinkommen aus Jobs in der Wirtschaft **werden** auf ihr Arbeitslosengeld nicht bzw. nur **unwesentlich** angerechnet.

Wenn ein entlassener politischer Beamter wieder Arbeit findet, kann er sein Arbeitslosengeld als Taschengeld behalten.

## Es gibt Edelarbeitslose und andere.

Wie z.B. Max P., Bauschlosser, 49 Jahre. Er ist nach einem Arbeitsunfall seit drei Jahren arbeitslos. Es ist ihm zumutbar, als Bauhilfsarbeiter zu arbeiten. Aber keiner nimmt ihn.

Er bezieht Arbeitslosenhilfe in Höhe von 978 DM. Seine Warmmiete beträgt 560 DM. Er könnte Sozialhilfe beantragen. Da er das aber entwürdigend **findet** und aus besseren Tagen noch Schulden hat, die er **abbezahlen** will, verdient er dazu. **Schwarz**, damit er etwas **davon** hat Denn er dürfte nur 500 DM **behalten**. Max P. **gilt** als Sozialbetrüger, der mißbräuchlich Arbeitslosenhilfe in Anspruch nimmt.

Max P. ist eben kein Mensch erster Klasse wie Staatssekretäre **und** andere politische Beamte. Wie alle diejenigen, die sich Gesetze für **ihn** ausdenken, die sie nie auf sich selbst anwenden würden.

**Keine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung!  
Streichung der "Pensionen" für Spitzenpolitiker  
vor dem 65. Lebensjahr!**

\* aus: Hans Herbert v. Arnim, Der Staat als Beute, München - Mai 1993, S. 209-240

Arbeitsloser Staatssekretär  
im Ruhestand  
Alter: 35 Jahre



Arbeitsloser Staatssekretär  
im Ruhestand  
Alter: 45 Jahre



Arbeitsloser Staatssekretär  
im Ruhestand  
Alter: 55 Jahre

Arbeitsloser Staatssekretär  
im Ruhestand  
undsoweiter



sollen die Finger von uns lassen!

# Wer kürzt bei wem?

**Bundeskanzler** 32.000 DM mtl.

**Bundesminister** 26.000 DM mtl.

**Ministerpräsidenten** 22.000 DM mtl.

**Bundestagsabgeordnete** 18.000 DM mtl.

zuzüglich ihrer staatlichen "Sozialunterstützung" für Dienstwagen, Dienstreisen, Dienstessen, Dienstwohnungen sowie sonstigen Einkommen

**und ihre Ratgeber:**

**die Inhaber von Großbetrieben** ab 250.000 DM mtl.

**die Chefs der Banken** 100.000 DM mtl.

**die Chefs der Konzerne** 100.000 DM mtl.

zuzüglich ihrer steuerlichen "Sozialunterstützung" für Dienstwagen, Dienstflugzeuge, Dienstyachten, Dienstreisen, Dienstessen und Dienstbewirtungen sowie sonstigen Einkommen

## kürzen bei

**ArbeitnehmerInnen** (durchschnittlich 2.600 DM mtl.)

**BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe** (durchschnittlich 1.000 DM mtl.)

**BezieherInnen von Sozialhilfe** (durchschnittlicher Zuschuß: 500 DM mtl.)

## Quellen

**Rainer Roth**

### **Steuerprivilegien. Der verborgene "Sozialstaat" der Geschäftsleute**

*Vortrag für Klartext im Rahmen der Woche gegen Sozialabbau der LAG der freien Wohlfahrtsverbände, Bremen 19.5.1994*

Oft werden Kürzungen bei Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe verlangt, um das Absahnen zu bekämpfen. Man braucht nur BILD aufzuschlagen. Nur: bei Sozialhilfe gibt es keine Sahne, höchstens H-Milch. Hier ist der Sozialstaat drittklassig.

Der sogenannte Mißbrauch, also nicht angegebene Nebeneinnahmen dient in erster Linie dazu, überhaupt bis zum Monatsende durchzukommen. Es geht nicht um Sahne, sondern um Brot, Fleisch, ein bißchen Geselligkeit.

Hochwertige Sahne gibt es dagegen bei dem Erster Klasse Wohlfahrtsstaat, den Unternehmer und Politiker für sich selbst eingerichtet haben. Hier wird abgesahnt. Sonst nirgends.

Im folgenden soll ein Teil der Methoden des Absahnens von Geschäftsleuten aufgezeigt werden: beim Essen, beim Reisen und beim Auto.

#### **Beispiel Bewirtungskosten**

Spesenrechnungen von 400 DM pro Person und Abend werden heute nicht mehr so ohne weiteres akzeptiert, so ein Frankfurter Variete-Chef (Wirtschaftswoche 7.5.1993). Von den Unternehmen nicht mehr ohne weiteres akzeptiert. Akzeptiert schon, aber nicht mehr ohne weiteres. Von den Finanzämtern aber nach wie vor ohne weiteres akzeptiert.

Die Folgen: je mehr sich Manager geschäftlich amüsieren, desto weniger Einnahmen hat der Staat. "Wir haben kein Geld", heißt es dann.

Bei Sozialhilfebezieherinnen dagegen sind Bewirtungskosten im Regelsatz nicht vorgesehen. Verzehr außer Haus wird nur bei Feiern wie Hochzeiten usw. anerkannt. Ansonsten werden nichtsoziale Beziehungen gefördert, sondern das Alleinsein.

Bewirtungskosten mindern den zu versteuernden Gewinn. Das ergibt Steuerausfälle bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer bzw. bei der Gewerbesteuer. Ebenso entfällt die Mehrwertsteuer im Rahmen des Vorsteuerabzugs.

Über den Daumen gepeilt beteiligt sich der Steuerzahler mit 50% an jeder Rechnung, wenn der Spitzensteuersatz anfällt, also in unserem Beispiel mit 200 DM pro Person und Abend.

Wieviele Personen ein Manager bewirtet, hängt allein von seiner Entscheidung ab. "*Aufwendungen für die Teilnahme der Ehefrau können im Einzelfall betrieblich veranlaßt sein, Aufwendungen für die Gattinnen der Geschäftsfreunde sind es regelmäßig*" (Unternehmer 2/90 S. 17).

Wie hoch die Rechnung sein darf, hängt von der Größe der Firma ab. Ein Siemens-Manager kann sich mehr leisten als andere.

Man braucht die Rechnung nur einzureichen und einen geschäftlichen Grund für die Bewirtung einzutragen und die Finanzämter spüren. Man stellt keinen Antrag, sondern reicht die Rechnung ein.

#### **Legaler Mißbrauch**

Bewirtungskosten sind Sozialleistungen, die sich als Geschäftsausgaben tarnen. Denn Geschäfte kommen nicht zustande, weil das "Taubenkotelett im Kartoffelmantel" gut geschmeckt hat, sondern weil jeder sich einen Gewinn verspricht. "Es hat noch niemand bewiesen, daß Geschäfte nur



deshalb zustandekommen, weil man vorher auf Geschäftskosten mit Geschäftspartnern gespeist hat" (Klaus Tipke in Wirtschaftswoche 11.1.1991).

Die Übernahme von Bewirtungskosten ist allenfalls als eine Art Schmiergeld zu betrachten. Sich das Wohlwollen eines Amtsträgers zu erkaufen, fällt unter Betriebsausgabe, so ein Stuttgarter Staatsanwalt im Lohr-Prozeß (KLARtext, Die Absahner, Sie genießen wir zahlen, Frankfurt 1994, S.28). Sich das Wohlwollen von Geschäftspartnern zu erkaufen ebenso.

Nicht die überhöhte Ausstellung von Rechnungen ist der Mißbrauch, nicht die Ausstellung von Rechnungen für Essen, die man nie zu sich genommen hat, sondern die Tatsache, daß man überhaupt Bewirtungskosten absetzen kann.

Offiziell fängt der Mißbrauch dann an, wenn Gesetze übertreten werden. Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung zwingen geradezu dazu, weil man ansonsten kaum noch leben kann. So werden durch Gesetzesänderungen Mißbrauchstatbestände geschaffen.

Die vereinigten Unternehmer dagegen haben die ökonomische Macht, sich ihr privates Leben auf Kosten der Gesellschaft möglichst weit gesetzlich abzusichern. Hier hat der Mißbrauch eine gesetzliche Form angenommen.

### **Wie hoch ist der Schaden?**

Die Sozialausgaben für Bewirtungskosten kennt keiner genau. Für den "Sozialstaat" der Unternehmer gibt es keine Jahresbilanz.

Schätzungen belaufen sich auf zwischen 800 Mio und 5 Milliarden.

*"Sieben bis acht Milliarden DM erwarte ich vom Abbau von Steuervergünstigungen als da wären, Dienstmädchenprivileg und Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen"* (Dreßler-SPD in WiWo 22.1.1993). Es muß sich um mehrere Milliarden handeln, denn eine Sprecherin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes erklärte: *"Daß die Bewirtungskosten steuerlich absetzbar bleiben, hat die Branche vor katastrophalen Umsatz- und Arbeitsplatzverlusten bewahrt"* (profitravel 16.4.1993, S. 52). Der Umsatz aller Restaurants und Kneipen beläuft sich auf etwa 60 Mrd. Wenn nur 20% (also 12 Mrd. DM) geschäftlich bedingt wären, kämen wir einem Steuerausfall von 5 Mrd. schon sehr nahe.

Für die Bewirtungskosten der Sozialschnorrer unter den Unternehmern, gibt der Staat wahrscheinlich mehr aus, als er für die Ernährung aller Bezieherinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt zusteht.

Im Dezember 1993 beschloß die Regierungskoalition, daß ab Juli 1994 künftig Menüs und Getränke nach Art, Umfang, Entgelt und Tag der Bewirtung auf der Rechnung aufgeführt sein müssen. Also erfahren die Finanzbeamten jetzt zu ihrer Freude, was genau verspeist wurde. Um sich auf diese großartige Änderung einzustellen, die das Bundesfinanzministerium "verschärfte Nachweispflicht" nannte, läßt man den Speisenden rücksichtsvollerweise ein halbes Jahr Zeit. Ab 1.1.1995 wird es dann ganz hart. Der Beleg muß maschinell ausgefertigt sein, nicht mehr von Hand geschrieben. Die Absetzbarkeit selbst bleibt unangetastet.

### **Beispiel Geschäftsreisen**

Anfang des Jahres herrschte große Aufregung bei den Wirtschaftsverbänden. Das Bundesfinanzministerium hatte im Handstreich die Pauschsätze und Höchstbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen und Übernachtungskosten bei Auslandsreisen gekürzt.

Höchstbeträge fallen nur mit Quittung an. Pauschbeträge fallen auch an, wenn man bei Freunden ißt und übernachtet. Sie sind ohne Nachweis abzugsfähig. (Hier ist es übrigens kein Mißbrauch, Steuergelder für etwas zu bekommen, was man gar nicht braucht.)

Wohlgemerkt: Verpflegungsmehraufwendungen betreffen den einzelnen Geschäftsreisenden. *"Eine anerkannte Möglichkeit, die geringen Verpflegungsmehraufwendungen zu umgehen, sind Bewirtungen von Geschäftspartnern"*, schreibt profitravel (6/89 S. 93).

Bewirtungskosten sind in der Höhe nicht begrenzt. Die Steuerlogik gibt einen starken Anreiz zur Geselligkeit.

Also: Konnte man sich 1993 z.B. in Japan noch für maximal 218 DM am Tag steuerfrei verpflegen (bei Nachweis) und 156 DM ohne Nachweis, sollten es ab 1.1.94 nur noch 103 DM bzw. 73 DM sein.

Der Vorsitzende des Verbandes Deutsches Reisemanagement, Kirnberger, schimpfte: *"Dafür (für 100 DM in Japan) kriegt man in einigen Hotels gerade mal zwei Whisky"*. (WiWo 11.2.1994).

Interessant, was so unter Verpflegung verstanden wird. Tip: einfach jemanden zum Whisky einladen, dann geht das als Bewirtung durch.

*"Nach einer Anhörung der führenden Wirtschaftsverbände ... war offenkundig geworden, daß die ... neu festgesetzten Auslandstagegelder den Bedürfnissen in Handel und Industrie nicht gerecht werden"*, so das Bundesfinanzministerium (Finanznachrichten 10.März 1994). Die Änderungen wurden rückwirkend aufgehoben. Ab 1. April gelten neue Bestimmungen, nach denen die neuen Höchstbeträge (früher mit Quittung) jetzt als Pauschbeträge (ohne Quittung) anerkannt werden.

Wenn doch die Bedürfnisse von Arbeitslosen ebenfalls so wichtig genommen würden. Aber die Kürzungen der Arbeitslosengelder entsprechen ebenso den Bedürfnissen der Industrie. Folglich werden sie auch nicht aufgehoben.

Die Extrasahne für die Absahner aber blieb unangetastet.

Mit Quittung sind Übernachtungen nämlich in unbegrenzter Höhe abzugsfähig. *"Unter einer geräumigen Suite zu wenigstens 1.000 Dollar die Nacht macht's der verwöhnte Gast aus Germany natürlich nicht"*, so Günter Ogger über die Bosse großer Konzerne, die auf Tour in Asien sind (Nieten in Nadelstreifen, München 1992, S. 104).

Betriebsausgaben fallen also an für das Ambiente riesiger Atriums, alter Gobelins, wertvoller Möbel, teurer Hotellobbys und einen Überschuß an Marmor. Sie fallen an für Swimming-Pools, Fitnesscenter, Minibars im Zimmer usw. Und auch für das Bügeln der Morgenzeitung durch den Butler eines Sheraton-Hotels. Umgekehrt wird in der Sozialhilfe mehr und mehr die Angemessenheit der Miete geprüft. Grundsätzlich ist Sozialhilfebezieherinnen eine Wohnung des einfachsten Standards zuzumuten.

Horst Siebert, einer der fünf Weisen, beklagt sich darüber, daß die Sozialhilfe steigende Mieten übernimmt, statt daß der Sozialempfänger seinen Wohnbedarf bestimmten Obergrenzen anpaßt. *"Es ist immer leichter, einen ‚Bedarf‘ zu formulieren, wenn die Kosten dafür von anderen übernommen werden"* (Geht den Deutschen die Arbeit aus?, Düsseldorf 1994, S. 156).

Da ist er wieder, der Arme als unmoralischer Absahner, weil er in einer Wohnung mit Bad leben oder weil er trotz Mieterhöhung nicht umziehen möchte. Im übrigen fällt es vielen Menschen sehr schwer ihren Bedarf beim Sozialamt zu formulieren. Und wenn sie ihn in Form eines Antrags formulieren, wird er häufig nicht befriedigt.

Die Schicht dagegen, für die Siebert denkt, hat es ganz leicht, ihren "Bedarf" zu formulieren und ihn vom Rest der Gesellschaft übernehmen zu lassen : sie braucht nur Rechnungen einzurechnen und die Kosten für private Konsumbedürfnisse werden von anderen mitübernommen.

Reisekosten können ebenfalls unbegrenzt steuerlich abgesetzt werden. Immerhin kann ein Flug von Frankfurt nach Hongkong in der First-Class ohne weiteres 9.000 DM mehr kosten als in der Economy-Class. Dem Finanzamt ist es egal. Luxus wird steuerlich gefördert. Umgekehrt gibt es nirgends Nulltarif bei Öffentlichen Verkehrsmitteln für arme Leute.

## Wie hoch ist der Schaden?

Keiner weiß, was die Gesellschaft für den Luxus der Geschäftsreisenden zahlt. Jedenfalls: wenn nur 20% der Geschäftsreisekosten entweder getarnte Privatausgaben oder Luxusausgaben sind, würde sich die jährliche Steuersubvention für diese Art Tourismus auf über 10 Mrd. DM belaufen (KLARtext, Die Absahner, a.a.O. S. 35-6).

Unerträglich ist, wenn im Hausblatt des Springer-Konzerns Tausende Arbeitslose angeprangert werden, die angeblich in Florida Urlaub machen. Jede Urlaubsreise eines Sozialhilfebeziehers zieht den Verdacht des Mißbrauchs nach sich. Umgekehrt werden Luxusreisen geräuschlos und automatisch finanziert, nur weil sie von Geschäftsleuten unternommen werden.

Die Absetzbarkeit von Hotelkosten muß auf maximal 100 DM begrenzt werden. Die anzuerkennenden Flugkosten sollten auf die economy class begrenzt werden. Generell sollte ein 30% iger Privatanteil bei Geschäftsreisen eingeführt werden.

## Beispiel: Geschäftswagen

Der Bundesfinanzhof hielt bei einem Unternehmer folgende Wagen für angemessene Geschäftswagen und damit steuermindernd: drei Porsche, einen Simca, einen Innocenti, einen Mercedes. Die Richter erklärten, wie bei solchen Fällen vorgeschrieben, die Wagen seien angemessen, weil das der "Verkehrsauffassung breitetster Bevölkerungskreise" entsprechen würde (Süddeutsche Zeitung vom 8.12.1993). Die breitesten Bevölkerungskreise dürften bestenfalls einige Zehntausend Personen umfassen.

Umgekehrt ist aber selbst ein VW-Passat, Baujahr 1975, für die Sozialhilfe Luxus bzw. Vermögen, das verwertet werden muß. Der Besitz eines Autos gleich welcher Art ruft den Verdacht des Mißbrauchs hervor, weil man ja offiziell kein Geld fürs Autofahren bekommt.

Wie angenehm ist doch der Mißbrauch, wenn er legal sein kann.

Einen Lamborghini für eine Marketing-Agentur warum nicht? Zwei, drei, vier Geschäftswagen für verschiedene Anlässe warum nicht?

Die Abschreibungsdauer ist mit fünf Jahren unglaublich.

Und es gibt keine Obergrenzen für die Anschaffung. "*Geschäftswagen und Geschäftsessen wären weniger aufwendig, wären sie aus versteuertem Einkommen zu entrichten*," so selbst der Chef Volkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter (Der neue Wohlstand der Nation,

Düsseldorf 1993, S. 227). Die Steuerprivilegien für Geschäftsleute fordern geradezu dazu auf, möglichst luxuriös zu leben.

KLARtext schätzt den Schaden, der durch den legalen Mißbrauch bei Geschäftswagen entsteht auf etwa 8 Mrd. DM (a.a.O. S. 34-5).

Die Obergrenze der Absetzbarkeit von Geschäftswagen muß auf 30 - 40.000 DM begrenzt werden. Der Abschreibungszeitraum muß auf 10 Jahre erhöht werden. Der Vorsteuerabzug muß abgeschafft werden.

Insgesamt wird der private Luxuskonsum in Form von Bewirtungskosten, Geschäftsreisen und Geschäftswagen zusammen mit weit über 20 Mrd. DM vom Finanzamt gesponsert.

Der Betrag ist höher als die Nettoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt und Arbeitslosenhilfe zusammengenommen (1992: 13 Mrd. plus 9 Mrd. DM).

Geschäftswagen und Geschäftsreisen sind die beiden wichtigsten Säulen des privaten Luxus auf Staatskosten.

Natürlich sind wir mit der Absahnerie noch nicht am Ende. Was ist mit Kunst, sponsored by Finanzamt, mit Kapitalanlagen bei Wohnungen, mit Yachten usw. Hier muß alles auf den Prüfstand.

## Sozialabbau

Ab Januar gibt es 60-70 DM weniger Geld für Bezieher von Arbeitslosenhilfe ohne Kinder. Also noch weniger Sauce auf die Nudeln. Noch mehr zu Hause bleiben. Noch mehr Zwang zum "Mißbrauch". Gekürzt wird ein Monatsbetrag von durchschnittlich 1100 DM. Eine Summe, um die ein Manager mit einer großzügigen Bewirtung von Geschäftsfreunden ohne weiteres an einem einzigen Abend den Staat prellen kann.

Sozialleistungen werden nicht deswegen gekürzt, weil die Verantwortlichen nicht wissen, wie es armen Leuten geht.

*"Das Konzept des Sozialstaates .. ist nicht motivationsfördernd"*, so der Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter.

Sozialstaat ist keine *"Lösung"* für eine *"menschenwürdige Wirtschaftsordnung"* (Der neue Wohlstand der Nation, Düsseldorf 1994, S. 48 f.). Sozialstaat (besser: der Sozialstaat für die Armen) ist also in den Augen der Banken und Konzerne nahezu menschenunwürdig.

Denn:

1) Hohe Sozialleistungen binden Gelder, die ansonsten in Form von Steuersenkungen an die Unternehmen ausgeschüttet werden könnten. *"Will man die Grenzsteuerbelastung niedrig halten, um so die Leistungsanreize in der offiziellen Wirtschaft nicht zu gefährden, dann muß man das Niveau der Unterstützungsleistungen ebenfalls niedrig halten"* (ebda. S. 252)

2) Je höher die Sozialleistungen, desto höher die Lohnnebenkosten, desto geringer die Gewinne.

3) Und: je höher die Sozialleistungen, desto größer die *"moralische Versuchung"* (ebda. S. 255), arbeitslos zu werden. Arbeitslosigkeit könnte nämlich *"vielfach durch ein geeignetes Verhalten der Versicherten verhindert werden, etwa durch vereinbarte Lohnsenkungen"*. *"Arbeitnehmer ... werden jedoch zu solchen lohnpolitischen Korrekturen umso weniger bereit sein, je höher die Unterstützungszahlungen der Arbeitslosenversicherung oder ... der Sozialhilfe sind."* (ebda.)

Umgekehrt: je höher die Arbeitslosenunterstützung, desto geringer die Bereitschaft, für wenig Geld auch noch zu arbeiten. Je niedriger wiederum die Löhne, desto höher die Gewinne. Die Arbeitslosenunterstützungen sind folglich *"leistungshemmend"* (Späth, Henzler, Sind die Deutschen noch zu retten, München 1993, S. 58). Sozialabbau ist also in den Augen der Banken und Konzerne *"leistungsfördernd"* oder anders ausgedrückt: gewinnfördernd und damit auch moralisch vertretbar. Sozialabbau entspricht den ökonomischen Interessen der Konzerne. Moralische Kategorien wie Gerechtigkeit oder Solidarität des Teilens sind unter diesen Bedingungen Fremdworte.

Die Tendenz geht sogar dahin, die Sozialhilfe prinzipiell unter das Niveau der Arbeitslosenhilfe zu senken. Horst Siebert fordert das z.B. in seinem neuen Buch *"Geht den Deutschen die Arbeit aus?"* (München 1994, S. 156). Denn was hätten die Unternehmer davon, wenn gesenkte Arbeitslosenunterstützungen durch Sozialhilfe wieder aufgestockt würden?

Während Sozialleistungen für Arbeitslose und Arme gekürzt werden, wird bei den Sozialleistungen für Geschäftsleute wenig bis nichts gekürzt. Kürzungen wären hier ja gleichbedeutend mit einer Verringerung der Gewinne d. h. der Verringerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Kürzungen bei Bewirtungskosten, Geschäftswagen und -reisen wären ein Standortnachteil, ein Schlag ins Gesicht unserer Leistungsträger.

## Das letzte Argument

Das letzte Argument der Absahner lautet in der Regel, daß man sich nur zu Tisch setzt, Luxusautos fährt und aufwendig reist, um Arbeitsplätze für Kellner, Chefköche, Barmixer, Chauffeure, Piloten, Empfangsdamen und Automobilarbeiter zu schaffen.

Nein, nicht für sich essen die Manager, sondern für das Dienstpersonal. Sie speisen wie Fürsten, nur für Arbeitsplätze.

Schlemmen für Deutschland heißt die Devise.

Vielleicht könnte man mit diesem Argument auch die sonstigen Freizeitbeschäftigungen wie Golfen, Segeln usw. steuerlich absetzen, um die Arbeitsplätze der Golflehrer, Caddies, oder des Hafenspersonals der Yachthäfen zu sichern?

Wenn jemand meint, für sein Dienstpersonal Arbeitsplätze schaffen zu müssen, dann soll er seinen Hofstaat aus eigener Tasche zahlen und nicht den Steuerzahler und damit indirekt auch Arbeitslose belasten.

Wenn Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, dann nicht, um die Bedienung der oberen Zehntausend zu verbessern, sondern um Arbeitslose sinnvoll zu beschäftigen.

### **Politiker als Absahner**

Was den Managern recht ist, ist Politikern billig.

Die zulässige PS-Leistung der Dienstwagen von Staatssekretären stieg von 135 PS im Jahre 1987 auf 230 PS im Jahre 1992 (Wolfgang Herles, Das Saumagen-Syndrom, München 1994, S.159).

Ministerialbeamte werden offensichtlich immer dynamischer. "*Hinter der formal korrekten Reisetätigkeit verbergen sich natürlich auch zahlreiche Lustreisen auf Staatskosten*", schreibt derselbe Autor. Zwischen 1982 und 1991 steigerten z.B. die Bundestagsabgeordneten ihre Auslandsreisetätigkeit um fast das Vierfache (ebda. S. 161) "*Unverkennbar ist die Tendenz, während kühler Wintermonate südliche Ziele anzusteuern*" (S. 161).

Was ist mit den zahllosen Empfängen und Bewirtungen und Verpflegungen auf Staatskosten, die natürlich voll bezahlt werden? Und was ist mit dem Arbeitslosengeld auf Lebenszeit, das entlassene politische Beamte und kommunale Wahlbeamte bekommen? Hier gibt es keine Arbeitspflicht, keine Sperrfristen, keine Befristung des Arbeitslosengeldes und keine Zumutbarkeitsbestimmungen. Von nachträglichen Kürzungen hört man nichts.

### **Schluß**

Der Schlemmerstaat, den sich Geschäftsleute eingerichtet haben, wird hinter der Fassade Betriebsausgabe versteckt.

Er wird als notwendiger Leistungsanreiz für Leistungsträger hingestellt, die ansonsten in Deutschland nicht mehr zu halten wären. Letztlich werden aber nur private Interessen als gesellschaftliche Interessen ausgegeben. Das genau ist die Mentalität der Absahner. Der Münchener Organisationspsychologe Lutz von Rosenstiel über die Manager-Mentalität: "*Sie nehmen, was sie bekommen können, weil sie finden, daß ihnen alles zusteht.*" (Günter Ogger, a.a.O., S.87). Und es steht ihnen auch alles zu.

"*Ein General-Manager unserer größten Tochterfirma hat die Befugnis, ... in Rechnung zu stellen, was er an Aufwendungen hat*", so der stv. ITT-Präsident (Teves usw.) laut SPIEGEL (3/91). Das nennt sich dann Vertrauensspesen.

Unter dem Deckmantel der Geschäftstätigkeit haben sich die Nadelstreifenträger daran gewöhnt, ihre privaten Aufwendungen zu einem erheblichen Teil der Gesellschaft in Rechnung zu stellen.

Das ist eine Art kapitalistischer Feudalismus.

Wer sich selbst helfen kann, braucht keine staatliche Teilkaskoversicherung für seinen privaten Luxus. Die Geschäftsleute müssen lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. Oder, um im Bild zu bleiben, den Absahnern muß die Sozial-Sahne entzogen werden.

KLARtext verlangt die Abschaffung aller Privilegien für den Luxuskonsum der Reichen.

Interessanterweise setzt sich auch der Chefökonom der Deutschen Bank, Prof. Dr. Norbert Walter, für die Abschaffung "sämtlicher Steuerbefreiungen" ein. Im Gegenzug will er aber die Abschaffung der Gewerbesteuer (rd. 35 Milliarden DM) und die Halbierung des Körperschaftssteuersatzes auf 25% (Steuerausfall etwa 15 Mrd. DM).

Walter möchte die Zöpfe kleinerer Steuerprivilegien abschneiden, um noch größere zu bekommen. Der heutige Schlemmerstaat soll in Zukunft ohne jeden Antrag und damit völlig geräuschlos und unsichtbar funktionieren, indem der Staat gewissermaßen eine Steuerpauschale von 50 Mrd. DM blanco auf die Unternehmer überträgt.

Umgekehrt würde das den Druck auf Sozialkürzungen für Arbeitslose und Arme erhöhen und die Verarmung weiter fördern.

Nicht Sozialleistungen für Arbeitslose und Arme müssen abgebaut werden, sondern die Sozialleistungen für Unternehmer. Der Luxus-Sozialstaat der Geschäftsleute muß auf den Prüfstand. Statt daß bei Armen gespart wird, muß bei Reichen gestrichen werden.

*Rainer Roth*

## **Wie der Staat die Reichen immer reicher macht**

*(aus Herbert Schui, Eckart Spoo (Hg.), Geld ist genug da, Heilbronn 2000, S. 37-44)*

*Rainer Roth wurde aufgrund der Klartextaktionen, -flugblätter und -broschüren zum Thema Absahner eingeladen, auf einem Kongress unter dem Titel „Wie der Staat die Reichen immer reicher macht“ eins von drei Einführungsreferaten zu halten. Der Kongress fand am 17./18. 11. 1995 mit 400 TeilnehmerInnen in Hamburg statt. Er stand unter dem Motto „Geld ist genug da“ und wurde organisiert von der Bürgerinitiative für Sozialismus, die 1989 unter dem Motto Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit u.a. von Oskar Negt und Jürgen Trittin gegründet worden war. Zu den Organisatoren gehörten Eckart Spoo, Herbert Schui u.a.*

Der Staat muß sparen. Jeder, der über Jahre mehr ausgibt, als er einnimmt, und sich hoch verschuldet, muß sparen. Fragt sich nur, wo. Es gibt zu wenig Geld in den Staatskassen. Fragt sich nur, wer es für was herausgenommen oder wer den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum in welche Kanäle geleitet hat, bevor das Geld die Staatskasse überhaupt erreichen konnte.

Die Regierenden verwandeln sich immer mehr in Gerichtsvollzieher, die Zinsen und Tilgung im Auftrag ihrer Gläubiger eintreiben. Fragt sich nur, wer oder was sie in diese Lage gebracht hat. Widerstand gegen die von oben produzierte Ohnmacht fängt damit an, daß Bilanz gezogen wird. Eine Bilanz, wie sich Banken, Konzerne, Privatinvestoren usw. mit Hilfe der regierenden Parteien an den Staatsfinanzen gesundstoßen.

Hauptthema kann hier also nicht das »süße Leben der Sozialschmarotzer« (»focus«) sein, sondern, wenn wir einmal bei der Sprache von »focus« bleiben dürfen, »das süße Leben der Kapitalschmarotzer«.

I.

Eine wichtige Ursache der Staatsverschuldung ist der relative Rückgang der Kapitalsteuern.

Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer und Gewerbesteuer hatten 1980 einen Anteil von 23,6 Prozent am Gesamtsteuereinkommen,<sup>1</sup> 1994 waren sie auf 11,3 Prozent abgesunken. Wenn diese drei Steuern heute denselben Anteil am Steueraufkommen hätten wie 1980, dann würden rund 100 Milliarden DM jährlich mehr in die Staatskassen fließen. Wir hätten fast keine Neuverschuldung mehr. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind von 1980 bis 1994 dreimal so stark gestiegen (um 270 Prozent)<sup>2</sup> wie die Nettolohn- und Gehaltssumme aus unselbständiger Arbeit (um 90 Prozent).<sup>3</sup> Trotzdem ist der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtaufkommen leicht gestiegen.

Unterstellen wir, der Anteil der Kapitalsteuern am Gesamtaufkommen wäre jedes Jahr auf dem Niveau von 1980 geblieben, so kumulieren sich in den Jahren 1981 bis 1994 Steuerausfälle in Höhe

von über 400 Milliarden DM oder etwa 45 Prozent der gesamten Nettoneuverschuldung im selben Zeitraum (in Höhe von 927 Milliarden DM).

Wenn sinkende Kapitalsteuern eine wichtige Ursache der Staatsverschuldung sind, dann muß der Widerstand gegen die daraus für die breite Masse folgenden Sparzwänge hier ansetzen. Die Kapitalsteuern müssen deutlich angehoben werden.

Doch die Arbeitgeberverbände wollen im Gegenteil die Kapitalsteuern noch weiter senken. Sie wollen z.B. die Gewerbesteuer insgesamt abschaffen. Das wird zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent führen müssen. Sonst wäre ja wieder »kein Geld da« für die Staatsfinanzen.

Alle Methoden, die Bemessungsgrundlagen für die Kapitalsteuern zu drücken, müssen auf den Prüfstand. Darunter fallen z. B. die zahllosen Methoden, die Kosten einer luxuriösen privaten Lebensführung als Betriebsausgabe abzusetzen. Die Steuerausfälle daraus werden auf eine zweistellige Milliardensumme geschätzt.<sup>4</sup> Dazu zählen die ausufernden Abschreibungen, die unglaublich hohen Rückstellungen, die skandalöse Praxis der Wertberichtigung usw. Die legale, auf Gesetzen beruhende Steuerhinterziehung muß scharf bekämpft werden, aber auch die illegale. Gründlichere Betriebsprüfungen und Kontrollen der Steuerflucht sind nötig.

II.

Eine weitere Ursache der Staatsverschuldung besteht darin, daß Finanz- und Vermögensgeschäfte, die aus dem immens wachsenden Kapitalüberschuß getätigt werden, steuerlich noch mehr privilegiert werden als Gewinne aus der Produktion.

In den Jahren 1980-1989 wurden durchschnittlich jährlich 345 Milliarden DM Gewinne entnommen, in den Jahren 1990-1994 waren es schon jährlich 565 Milliarden DM.<sup>5</sup>

Die in den Betrieben entnommenen Gewinne fließen einerseits in die private Lebensführung der Unternehmer, andererseits aber in die spekulative Vermögensanlage. In Deutschland ist der Anteil der offiziell angegebenen Gewinne aus Geld- oder Immobilienvermögen an den gesamten Gewinnen von 24,2 Prozent im Jahre 1990 auf 30,3 Prozent im Jahre 1994 angestiegen.<sup>6</sup> Oder in absoluten Zahlen: von 66,6 Milliarden auf 195 Milliarden DM, wobei zu bedenken ist, daß ein großer Teil der Zinseinkünfte und Vermögenseinkünfte nicht angegeben wird.

Diese Verlagerung spiegelt sich auch in den Steuereinnahmen wieder. Die Kapitalertragssteuer, also die Steuer auf Erträge aus Aktien oder anderen Kapitalvermögen, ist von 4,2 Milliarden im Jahre 1980 auf elf Milliarden DM im Jahre 1992 und dank der zaghaften Einführung der Zinsabschlagssteuer auf 30,6 Milliarden im Jahre 1994 gestiegen, die Vermögenssteuer dagegen nur von 4,1 Milliarden DM (1980) auf 6,6 Milliarden (1994)<sup>7</sup>.

Bei Gewinnen, die nicht aus Arbeit und Produktion, sondern aus dem Kauf und Verkauf von Immobilien, Wertpapieren, Devisen, Optionen usw. anfallen, tendiert die Besteuerung gegen Null. Es müssen nur bestimmte niedrige Schamfristen eingehalten werden; dann gelten sie als private Geschäfte. Allein der Steuerausfall durch den weitgehenden Verzicht auf die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus Immobilienverkäufen wurde für 1984 schon auf jährlich 25 Milliarden DM geschätzt.<sup>8</sup> Der Kauf von Devisen, Aktien und Finanzanlagen ist außerdem nicht einmal mit einer Umsatzsteuer oder einer anderen indirekten Steuer belegt, wohl aber der Kauf von Brot, Milch, Bier, Kühlschränken usw., als ob man diese nicht dringender braucht als Optionen.

Devisengeschäfte haben einen Jahresumsatz erreicht, der wesentlich höher ist als das Bruttosozialprodukt. Hier wird nicht das Kreditgewerbe, sondern auch eine Vermögens- und Finanzaristokratie staatlich besonders gefördert, die überwiegend oder nur noch von Anlageerträgen lebt. Die amerikanischen Superreichen, die ein Prozent der US-Haushalte ausmachen, arbeiten größtenteils überhaupt nicht mehr.<sup>9</sup> (Aber seien wir nicht ungerecht: Immerhin arbeiten sie mit der entsprechenden nervlichen Anspannung aufmerksam die Tageskurse durch und arbeiten zusammen mit ihren Vermögensberatern daran, daß ihr Vermögen rechtzeitig von hier nach da transferiert wird.)

Ohne die Steuerprivilegien dieser tatsächlich Arbeitsscheuen anzutasten, ist eine Sanierung der Staatsfinanzen nicht möglich. Die Tätigkeit von Produktionsunternehmen verlagert sich immer mehr auf die Verwaltung des Kapitalüberschusses. Bis 1980 war die Geldvermögensbildung der Produktionsunternehmen erheblich geringer als die Sachvermögensbildung durch Nettoinvestitionen. Ab 1980 kippte das um. Von 1980 bis 1993 bildeten die Produktionsunternehmen ein Geldvermögen von 1.212 Milliarden DM und ein Sachvermögen von 859,5 Milliarden DM.<sup>10</sup> Also haben nicht nur das Kreditgewerbe und die Vermögensaristokratie, sondern auch die Produktionsunternehmen ein massives Interesse an der staatlichen Subventionierung ihres Geldvermögens.

Steuereinnahmen aus der Abschaffung der Privilegierung von Vermögensanlagen in Immobilien, Wertpapieren, Finanzgeschäften usw. würden zusammen mit der Abschaffung der Kapitalsteuersenkungen jede Neuverschuldung des Staates überflüssig machen.

Erfordern nicht bittere Zeiten bittere Maßnahmen auch bei Vermögensanlegern? Zehn Prozent der Haushalte besitzen 50 Prozent des Geldvermögens.<sup>11</sup> 1994 waren das 2150 Milliarden DM. Eine Besteuerung von nur zwei Prozent hätte schon 43 Milliarden DM ausgemacht.

III.

Daß Geld genug da ist, ist nur ein Teil der Wahrheit. In der Logik der Banken und Konzerne stimmt nämlich auch das Gegenteil: daß nicht genug Geld da ist.

Nicht etwa in dem Sinne, daß man bekanntlich nie genug Geld hat. Sondern daß im Verhältnis zu dem für Sachmittel, Vorprodukte und Arbeitskräfte vorgeschossenen Kapital langfristig zu wenig Profite gemacht werden, um frühere Gewinnspannen zu halten oder im Weltmaßstab mögliche Gewinnspannen zu erzielen.

Entscheidend ist nämlich nicht die absolute Höhe des in Form von Gewinnen angeeigneten Reichtums. Da sich Geld unter den Bedingungen der Marktwirtschaft in Kapital verwandelt, streben seine Besitzer möglichst hohe Profitraten an und sonst nichts. Entscheidend ist also das Verhältnis der Gewinne zum Kapital, das für Sachanlagen und Arbeitskräfte eingesetzt wird. Und dieses Verhältnis kann fallen, obwohl die Gewinne absolut steigen.

Nun existiert die eigenartige Gesetzmäßigkeit, daß die Rendite tendenziell fällt, je höher die Ausgaben für Sachanlagen und Vorprodukte werden. Um dieselbe Profitrate zu halten, müssen die Gewinne im selben Verhältnis wie diese Ausgaben steigen.

Der Sachverständigenrat hat die Kapitalrenditen aller Unternehmen aus Produzierendem Gewerbe, Handel, Verkehrswesen und Dienstleistungen errechnet. Unter Kapitalrendite versteht er nur den Prozentsatz des Gewinns vom Anlage- und Vorratsvermögen zu Anschaffungspreisen.

Gerade, als ob Maschinen und Gebäude aus sich heraus ohne Arbeitskräfte Gewinne bilden. Jedenfalls stellt er fest, daß nach Abzug der Zinskosten die so definierte Kapitalrendite von 15,6 Prozent im Jahre 1960 auf den Tiefpunkt von 2,69 Prozent im Jahre 1982 fiel, um dann auf 10,13 Prozent im Jahre 1991 zu steigen und bis 1993 wieder auf 8,48 Prozent zu fallen.<sup>12</sup> Und genau das ist der Grund, weshalb in Deutschland, aber auch in anderen Industrieländern, ab Anfang der 80er Jahre verstärkt die Kapitalsteuern gesenkt wurden. In bezug auf die durchschnittlichen Profitraten war zu wenig Geld da. Durch die Kapitalsteuersenkungen werden die realen Gewinnspannen - die Gewinnspannen nach Steuern - gesteigert.

Die staatliche Steuersubventionierung der Vermögensanlagen ist indirekt ebenfalls eine Methode, wenigstens auf Konzernebene den tendenziellen Fall der Profitrate nach Steuern aufzuhalten. Die Investitionsquoten verringern sich mit fortschreitender Stagnation der ökonomischen Entwicklung. Das Kapital weicht mehr und mehr darauf aus, seinen Kapitalüberschuß als aufgehäuftes Geldvermögen zu verwalten, statt ihn in der Produktion zu investieren, wo keine genügenden Profitraten in Aussicht stehen. So beginnen sich Industriekonzerne'in Banken mit angeschlossener Produktion zu verwandeln.



Die tatsächlichen Profitraten zu errechnen, wäre im übrigen eine lohnende Aufgabe, die noch geleistet werden muß. Die wichtigsten Möglichkeiten, die Rendite zu erhöhen, bestehen in der aggressiven Senkung von Lohn- und Vorproduktkosten, während jede neue Investition die Rendite tendenziell wieder drückt.

Diese Kostensenkung kann zwar zu einer kurzfristigen Erholung der Gewinnspannen führen. Langfristig aber stranguliert sie die Möglichkeiten der ökonomischen Entwicklung. Denn notwendige Folgen solcher Methoden zur Erhöhung der Profitraten sind einerseits wachsende Arbeitslosigkeit und sinkende Reallöhne, andererseits sinkende Steuereinnahmen und höhere Sozialausgaben für den Staat, von daher höhere Staatsverschuldung. Insgesamt verschärft sich also der Widerspruch zwischen den Möglichkeiten der Produktion und den Fähigkeiten zur Konsumtion.

Die regierungsamtliche Begründung für die Senkung der Kapitalsteuern besteht darin, daß die Unternehmen mehr Gewinne brauchen, um mehr investieren und dadurch mehr Arbeitsplätze schaffen zu können. So gibt sie die Kapitalsteuersenkung als Arbeitsbeschaffungsprogramm aus. Das ist ein Ammenmärchen für naive Gläubige.

Die Senkung der Kapitalsteuern reagiert nur auf die Entwicklung der Profitraten. Die aggressiven Entlassungsfeldzüge und Lohnsenkungsprogramme haben genau dasselbe Ziel: die Gewinnspannen anzuheben.

Beides ist für die Banken und Konzerne notwendig.

Die relativ sinkenden Investitionen dagegen werden überwiegend aus Abschreibungen finanziert. Die Steuererleichterungen dienen nicht diesem Zweck. Sie sind Profitraten-Subventionen. Ergebnis: eine Explosion der Staatsverschuldung.

IV.

Ohne eine Entschuldung ist keine Lösung des Problems der Staatsverschuldung möglich.

Steuerausfälle aus Gewinnen und Kapitalerträgen verwandeln sich auf der einen Seite in höhere Einkommen und Gewinne und auf der anderen Seite in Staatsschulden. Die Reichen können dann mit den Steuersubventionen wiederum festverzinsliche Staatspapiere kaufen.

Der Durchschnittszinssatz liegt hier bei sechs Prozent. Die Gläubiger erhalten also Jahr für Jahr eine reale Erhöhung ihres Einkommens, statt daß sie Steuern zahlen müssen. Ein doppelter Gewinn. Außerdem zwingt die Staatsverschuldung zum Notverkauf staatlicher Beteiligungen und zu Privatisierungen, die die Anlage- und Geschäftsmöglichkeiten der Banken, Konzerne und anderer Investoren ausdehnen.

Sie ist also auch in dieser Form eine zusätzliche Quelle privater Bereicherung.

1995 dürften die Zinszahlungen des Staates, seiner Schattenhaushalte und der staatlichen Unternehmen mehr als 150 Milliarden DM ausmachen. Der Staat muß also den großzügigen Kapitalgebern, die selbst kräftig dafür gesorgt haben, seine Finanzen zu ruinieren, täglich rund 500 Millionen DM Tribut zahlen. Es ist schon längst nicht mehr möglich, die Schulden aus den laufenden Einnahmen zurückzuzahlen.

Eine Rückzahlung aus dem Staatsvermögen ist ebenfalls nicht möglich.

Letztlich werden die Zinsen mit neuen Schulden bezahlt. Von 1970 bis 1994 betrug die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden 1381 Milliarden DM.<sup>13</sup> An Zinsen wurden in diesem Zeitraum 1217 Milliarden DM gezahlt.<sup>14</sup> Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, daß die Gläubiger auf Schulden und Zinsen verzichten. Um die Gläubiger zu Zugeständnissen zu bewegen, ist ein Stop aller Zinszahlungen wohl unvermeidlich.

Ein interessanter Anfang ist die Weigerung der ostdeutschen Kommunen, ihre »Altschulden« in Höhe von inzwischen neun Milliarden D M an den Bund zu zahlen.

Mit der Wiedervereinigung wurden die Altschulden der Betriebe, der Wohnungswirtschaft und der Kommunen<sup>15</sup> anerkannt statt annulliert.

Das führte zu einer im Interesse der Großbanken geplanten Explosion der Staatsverschuldung. Allein die im Verhältnis 2:1 abgewerteten Schulden der Betriebe beliefen sich auf 116 Milliarden DM. Bei Zinssätzen von zehn bis zwölf Prozent liefen bis heute rund 60 Milliarden DM auf. Die Treuhandanstalt als neue Inhaberin der Betriebe übernahm die Altschulden in der Regel. Zins und Tilgung fließen an die neuen Besitzer der Deutschen Kreditbank, die als Nachfolgerin der DDR-Staatsbank auf der Rückzahlung der Kredite und ihrer Bedienung besteht. Deutsche Bank und Dresdner Bank zahlten für den Erwerb der Deutschen Kreditbank netto gerade einmal 20 Millionen DM.<sup>16</sup> Sie erwarben damit das Recht auf staatliche Tributzahlungen.

Weil die Altschulden im Verhältnis 2:1 abgewertet wurden, erhalten die Banken aus dem Ausgleichsfonds Währungsumstellung verzinsliche Ausgleichsforderungen. Die Spareinlagen dagegen, die der Staatsbank zur Finanzierung der Betriebskredite usw. von den DDR-Kreditbanken zur Verfügung gestellt worden waren, wurden mit 1,475:1 umgestellt. Das bedeutete, daß die Banken den Einlegern mehr hätten zurückzahlen müssen, als sie selbst wiederum an Forderungen gegenüber den Betrieben usw. in den Büchern stehen hatten.

Die Differenz zwischen der Währungsumstellung bei Forderungen und Verbindlichkeiten trägt der Bund. Die Summe beläuft sich auf 92 Milliarden DM.<sup>17</sup> Da die Ausgleichsforderungen verzinst werden, dürften weitere zehn Milliarden DM jährlich an Zinsen dafür anfallen.

Die abgewerteten Spareinlagen der Privatpersonen betragen am 31. Mai 1990 123,4 Milliarden DM. Da sie zu einem guten Teil von den Konten abgehoben wurden, mußten über die Treuhand Kredite aufgenommen werden, um sie auszuzahlen, bis Mai 1991 allein 80 Milliarden DM. Die wurden wiederum profitabel verzinst<sup>18</sup> Die Währungsunion und ihre Abwicklung über die privaten Großbanken erzeugte also Milliarden-Verluste.

Eine Alternative wäre gewesen, die Altschulden und damit auch die langjährigen Tributzahlungen an die Großbanken zu annullieren.

Dann wären auch die Ausgleichsforderungen aus der Währungsumstellung entfallen. Andererseits hätte der Staat den privaten Einlegern ihre Spareinlagen in Höhe von 123,4 Milliarden DM garantieren und in einem angemessenen Zeitraum auszahlen oder in Anteile am Betriebsvermögen umwandeln können. Damit wäre es nicht zu inflationären Auswirkungen gekommen.

Dadurch, daß die Großbanken zwischengeschaltet wurden, entstand ein Schaden, der sich einschließlich der aufgelaufenen Zinsen bereits auf mehr als 200 Milliarden DM belaufen dürfte.

Um diese einfallsreiche Bereicherung der Großbanken an den Staatsfinanzen zu finanzieren, wurde letztlich der Solidaritätszuschlag eingeführt, wie die Sondersteuer zur Solidarität mit den Bankprofite heißt.

Die Altschulden müssen annulliert werden und mit ihnen der sogenannte Solidaritätszuschlag.  
V.

Alle staatlichen Aufträge an und Geschäfte mit Privatunternehmen müssen auf den Prüfstand.

Hier gibt es ein weites Feld für Extraprofite z. B. durch überhöhte Preise, Verschleuderung von staatlichem Eigentum über zu niedrige Preise, sinnlose Bauinvestitionen, die man auch als Produktion um der Produktion willen bezeichnen kann.

Wenn es stimmt, daß bei staatlichen Bauaufträgen durchschnittlich 25 Prozent der Gesamtsumme auf durch Kartelle und Korruption hervorgerufene Extraprofite zurückzuführen sind,<sup>19</sup> dann bedeutet das allein schon eine Vergeudung von etwa 20 Milliarden DM im Jahr. Die öffentlichen Bauinvestitionen beliefen sich 1993 in Deutschland nämlich auf 78 Milliarden DM.<sup>20</sup> Zur Verhinderung solcher Ausplünderung des Gemeinwesens müssen die Kontrollen verschärft werden.

## VI.

Der Sozialabbau dient direkt der Bereicherung der Reichen. Zum einen ermöglicht er den weiteren Schuldendienst für die Gläubiger der Staatsschulden. Zum anderen dient er dazu, weitere Senkungen der Kapitalsteuern zu finanzieren.

Staatliche Kürzungen von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe heizen ferner die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander an, führen also zu Lohndruck und dadurch wiederum zu einer tendenziellen Erhöhung der Profitraten.

### Schlußfolgerung

Wenn man diese realen Zusammenhänge ernst nimmt, muß man sich von der Illusion trennen, daß die Umverteilung des Reichtums eine Frage der moralischen Appelle an die Solidarität der Reichen mit den Armen sei oder auch nur an ihre Einsicht. Solidarität zwischen Reichen und Armen, zwischen Konzernen und Arbeitnehmern würde zu sinkenden Profitraten führen - unmöglich.

Selbst wenn Reiche Almosen geben, geschieht das (man kann es in den USA als Begleiterscheinung zum brutalen Abbau staatlicher Sozialleistungen beobachten) eher aus Furcht vor den Armen, aus dem Interesse, sie von sich abhängig zu machen und dadurch das eigene Privileg zu sichern, also eher aus Solidarität mit sich selbst als aus Solidarität mit anderen. Und was die Reichen in den USA spenden, haben sie in Form massiver Steuererleichterungen vorher schon mehrfach vom Staat zugeschoben bekommen.

Gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum zurückzuerobern, ist eine Frage des Kampfes, der Stärke, also der mühseligen Organisierung von arbeitenden und arbeitslosen Menschen für ihre gemeinsamen Interessen.

So kann es gelingen, den Gegensatz zwischen arm und reich abzumildern - wenn man ihn nicht mitsamt seiner ökonomischen Grundlagen abschaffen will.

1 isw-wirtschaftsinfo, 20/1995, S, 11.

2 Statistisches Taschenbuch 1995, Tabelle 1.10.

3 Ebenda, Tabelle 1.14.

4 Vgl. KLARtext, Die Absahner, Frankfurt a.M. 1993.

5 Statistisches Taschenbuch 1995, Tabelle I . U .

6 IdW 1995, Tabelle 32.

7 isw-wirtschaftsinfo, 20/1995, S. 11; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1995, S. 55\*

8 Wirtschaftswoche vom 23.3.1990.

9 E. Luttwak; Weltwirtschaftskrieg, Hamburg 1994, S. 225.

10 Sachverständigenrat, 1994/5, S. 380 f.

11 H. Afheldt: Wohlstand für niemand, München 1994, S. 36.

12 Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1994/5, Stuttgart 1994, S. 287.

13 Statistisches Taschenbuch 1995.

14 IdW Zahlen 1990, Tab. 42; und Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1995, S.53\*.

15 Zur Berechtigung dieser »Altschulden« vgl, Beitrag von Klaus Steinitz in diesem Buch - d. Hg.

16 Süddeutsche Zeitung vom 30.10.1995.

17 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.11.1995.

18 Vgl, J. Priewe/R. Hickel: Der Preis der Einheit, Frankfurt a, M, 1991, S, 92-106,

19 Nach J . Roth: Der Sumpf. Korruption in Deutschland, München 1995, S, 108 und S. 124,

20 Statistisches Jahrbuch 1994, S, 515,

KLARtext e.V. (Hg.):

## Verschwundene Profite

Frankfurt/M. Dezember 1997

1. Auflage

(<https://klartext-info.de/alt/broschueren/verschwendene-profite/index.html>)

### Einleitung

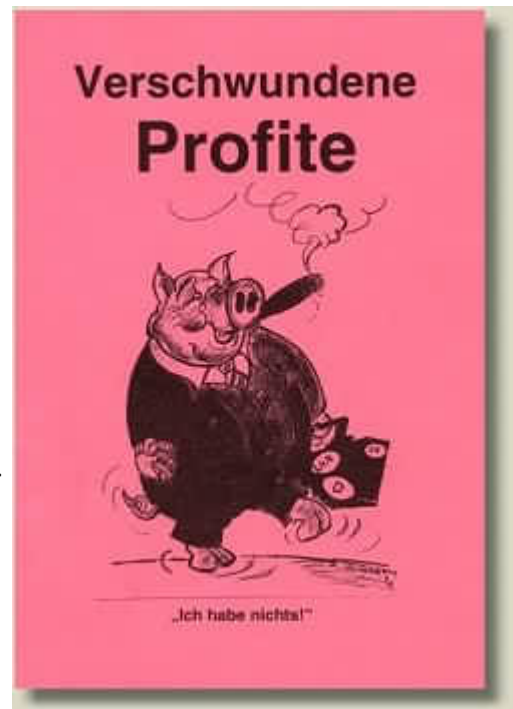
In Deutschland sind zwar die Spitzensteuersätze auf Gewinne höher als in den USA und anderswo, dafür aber gibt es ein auf der ganzen Welt einzigartiges System, Gewinne vor der Steuer zu verstecken.

\* Dreh- und Angelpunkt für jede „unternehmerische Tätigkeit“ ist der Gewinn und zwar der Nettogewinn nach Steuern. Der Gewinn entspricht dem Unterschied zwischen den Erträgen des Unternehmens und seinem Aufwand. Je höher der Gewinn, desto höher die drohenden Gewinnsteuern. Das Ziel der Unternehmen besteht also nicht nur darin, satte Gewinne zu machen, sondern auch darin, möglichst keine Steuern darauf zu zahlen. Im Unterschied zu Löhnen und Gehältern werden Gewinne nicht an der Quelle besteuert. Unternehmen und Freiberufler geben nur die Gewinne dem Finanzamt an, die sie nicht auf legale oder illegale Art in Sicherheit bringen konnten. 1996, im letzten Jahr, für das eine Steuerstatistik vorliegt, wurden nur 55% der Bruttoeinkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen versteuert. (1) Alle Methoden, Gewinne zu manipulieren, laufen darauf hinaus, den steuerlich anzuerkennenden Aufwand zu erhöhen, ohne daß dem echten wirtschaftlichen Belastungen entsprechen. Wir haben in dieser Broschüre so beliebte Methoden wie Rückstellungen, Abschreibungen, Verrechnungspreise usw. dargestellt.

\* Die Unternehmen kündigen offen an, gar keine Steuern mehr zahlen zu wollen. Daimler-Chef Schrempp gegenüber Abgeordneten des Haushaltsausschusses des Bundestags: „Von uns kriegt ihr nichts mehr.“ (2) 40% der in Deutschland ansässigen multinationalen Konzerne zahlen schon keine Steuern mehr, weil sie ihre Gewinne ins Ausland verschoben haben und rote Zahlen schreiben. (3) Viele Großverdiener zahlen ebenfalls nur noch geringe Steuern oder überhaupt keine mehr, weil sie ihr Einkommen mit steuersparender Vermögensbildung gegen Null herunterrechnen. (4) Gleichzeitig nutzen sie alle die vom Staat bezahlte Infrastruktur und bekommen mehr Subventionen, als sie überhaupt noch an Steuern zahlen. Sie sind es, die die Staatskassen plündern. Sie sind Kapitalschmarotzer.

\* Die wichtigste Grundlage der Staatsfinanzen sind Steuern. Sie machen 75% der Einnahmen aus. Es werden im wesentlichen Gewinne, Löhne und Konsum besteuert. Wenn es weniger Gewinnsteuern gibt, gibt es auch weniger Geld für die soziale Infrastruktur, für das Bildungs- und Gesundheitswesen, für die Sozialversicherung, für Kultur usw., für Ausgaben also, die der breiten Masse zu gute kommen. Mit der Auflösung versteckter Gewinne würden die Gewinnsteuern zunehmen, so daß die Verteilungsmasse des Staates wachsen würde. Versteckte Gewinne aufzusparen und möglichst aufzulösen, liegt auch im Interesse der beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Die zur Verteilung stehende Gewinnmasse würde größer. Wenn versteckte Gewinne aufgelöst werden, könnte dem fallenden Lebensstandard entgegengewirkt werden.

\* Die Steuerreform ist eine neue Offensive für Gewinnsteuersenkungen. Sie will die Spitzensteuersätze auf amerikanisches Niveau herunterfahren, die Möglichkeiten legaler Gewinnsteuerhinterziehung jedoch nicht ernsthaft antasten. So versucht man, die Interessen der Kapitalanleger an höher-



en Ausschüttungen und der Banken und Konzerne an hohen steuerfreien Gewinnpolstern zu kombinieren.

„Die Sicherung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist die zentrale Herausforderung für Politik und Gesellschaft. ... Einhergehen muß die Umsetzung dieses Ziels auch mit einer Entlastung der Wirtschaft. Dabei ist die Wirtschaft bereit, die Steuersatzsenkungen durch eine systemkonforme Verbreitung der Bemessungsgrundlage mitzufinanzieren. Keinesfalls darf der Gesetzgeber diese Gegenfinanzierungselemente realisieren, die neue Tarifstruktur nicht oder nur halbherzig umsetzen.“ (5)

Gewinnsteuersenkungen haben jedoch keinerlei Auswirkung auf Investitionen und Arbeitsplätze. Sie sind Subventionen für den internationalen Konkurrenzkampf um Profitraten und sollen ihrem Verfall entgegenwirken. Sie sind Subventionen für Finanzanlagen.

Gewinnsteuersenkungen werden u.a. mit Sozialabbau, Bildungsabbau und dem Abriß öffentlicher Dienstleistungen bezahlt. Sie werden auch mit der verfassungswidrigen Besteuerung des Existenzminimums und höheren Mehrwertsteuern bezahlt, insgesamt also mit einer Senkung unseres Lebensstandards.

Wir sind nicht bereit Opfer zu bringen, damit einige wenige ihre Profitraten um 1, 2, 3% steigern können. Gewinne sind gesellschaftlich erarbeitet worden. Die, die sie erwirtschaftet haben, sollen auch davon profitieren. Aus diesem Grund sind wir **für** die weitgehende Auflösung der stillen Reserven der Unternehmen und gleichzeitig **gegen** die Senkung der Spitzensteuersätze.

Kein Verzicht für die Erhöhung von Profitraten! Keine Senkung der Spitzensteuersätze! Energische Maßnahmen gegen legale und illegale Steuerhinterziehung durch Banken und Konzerne!

Frankfurt, den 4.12.1997

Quellen

1. Claus Schäfer, Die Spirale der sozialen Polarisierung, Frankfurter Rundschau 28.11.1996
2. nach Hans-Peter Martin, Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Reinbek 1996, S. 276
3. nach Spiegel 33/ 1997, S. 22
4. nach Spiegel 46/ 1997, S. 38
5. Alle acht Spitzenverbände der Arbeitgeber in der Öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses zum Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1998 Drucksache 13/7480 vom 9. Mai 1997, S. 56

## **Rainer Roth**

### **Legale Wirtschaftsverbrechen**

(aus Hans See/Eckart Spoo (Hg.), Wirtschaftskriminelle Wirtschaft, Heilbronn 1997, S. 59-76)

Rainer konnte unter dem Titel „Legale Verbrechen“ eines der drei Eröffnungsreferate auf dem ersten Kongress über Wirtschaftskriminalität in der Geschichte Deutschlands halten. Der Kongress fand vom 18.-20. Oktober 1996 in Frankfurt mit 120-150 Teilnehmern statt. Zu den Veranstaltern zählten neben der Bürgerinitiative für Sozialismus der Verein Business Crime Control mit Prof. Dr. Hans See, der DGB Hessen, die Gewerkschaft HBV u.a.

Legale Verbrechen dieser Begriff scheint ein Widerspruch in sich zu sein.

Wenn eine Handlung gegen das Strafrecht verstößt, also ein Verbrechen ist, wie kann sie dann legal sein?

Wenn eine Handlung nicht gegen ein Gesetz verstößt, also legal ist, wie kann sie dennoch ein Verbrechen sein?

## *Kartelle*

Einige Beispiele für viele: Die zehn führenden Anbieter von Starkstromkabeln, darunter Siemens, Alcatel und ABB haben über Jahre bundesweit die Preise abgesprochen.<sup>1</sup> In ihrem Umsatzvolumen von 1,5 Milliarden DM könnten die üblichen 20-30 Prozent Preisaufschlag stecken. Ein Teil davon floß als überhöhte Zahlung für Staatsaufträge in ihre Taschen.

Dreißig Unternehmen, die Fahrbahnen markieren, haben sich schon vor Jahrzehnten zusammenschlossen, um die Staatsfinanzen gemeinschaftlich mit überhöhten Preisen zu plündern. Der Gesamtschaden soll allein in den letzten zehn Jahren hunderte Millionen DM betragen haben.<sup>2</sup> Bisher wurde von der Beute nur 25 Millionen DM in Form von Bußgeldern zurückverlangt.<sup>3</sup>

Von Zement bis zu Feuerwehrschräuchen: Kartelle sind üblich. Der chronische Raubüberfall auf die Staatskassen durch Privatunternehmen und ihre Kartelle ist bis jetzt für die Unternehmen in der Regel nur eine Ordnungswidrigkeit, kein Verbrechen, obwohl er einen Schaden in vielfacher Milliardenhöhe anrichtet. Sachinvestitionen (95,5 Milliarden DM) und laufender Sachaufwand des Staates (158 Milliarden DM) betrogen im Jahre 1995 zusammen etwa 250 Milliarden DM<sup>4</sup> Diese Summe enthält viele Milliarden, die in Form von Lieferungen zu überhöhten Preisen gestohlen wurden. Wenn ein Unternehmen aufgrund vorsätzlich falscher Angaben überhöhte staatliche Zahlungen bekommt, dann ist das legal, obwohl es ein Verbrechen ist.

Wenn aber ein Sozialhilfebezieher aufgrund vorsätzlich falscher Angaben überhöhte staatliche Zahlungen bekommt, dann ist das illegal und gilt als Verbrechen, auch wenn es in der Regel keines ist.

## *Öffentliche Verschwendung*

Nach neuesten Schätzungen des Bundes der Steuerzahler verschwenden die leitenden Politik-Manager jährlich 60-70 Milliarden DM für Prunk und Protz, Luxus, Fehlplanungen und überbeuerte Bauten.<sup>5</sup> Es ist meist legal, Steuergelder für die eigene Bereicherung und/oder die von Privatunternehmen zu verschleudern, obwohl es eigentlich ein Verbrechen ist, die Staatsfinanzen zu ruinieren.

## *Abschreibungsobjekte*

Jeder kennt den gnadenlosen steuerbegünstigten Bau von leerstehenden Büro- und Gewerberuinen, von nutzlosen Schiffen usw. In Frankfurt a.M. stehen z. Zt. 800.000 Bürofläche leer. Das entspricht dem Bürovolumen von 13(!) Frankfurter Messeturmen. Der Messeturm ist immerhin das höchste Bürogebäude Europas. Es fehlt nur noch die steuerbegünstigte Ölbohrung im Weltraum. Die Ausplünderung der Staatskassen für die Bereicherung als Selbstzweck ist legal, aber ebenfalls im Grunde ein Verbrechen gegenüber gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Legale Verbrechen der scheinbare Widerspruch löst sich also in einen ökonomischen Widerspruch auf.

In dem Maße, in dem private Profitinteressen und deren Grundbedürfnisse Vorrang vor gesellschaftlichen Interessen haben, können sie gesetzliche Formen annehmen, selbst wenn sie kriminell sind. Denn Gesetze drücken nicht an und für sich Allgemeininteressen aus.

Umgekehrt: Gesellschaftliche Interessen z. B. an Befriedigung von Grundbedürfnissen von Menschen können als Verbrechen behandelt oder außerhalb der Gesetze gestellt werden, obwohl sie an und für sich nicht dem Allgemeininteresse widersprechen.

Die bestehende Gesetzeslage kann kein alleiniger Maßstab für die Kennzeichnung einer Handlung als Verbrechen sein, da sich in ihr Allgemeininteressen nur äußerst unvollkommen, vermischt mit und oft dominiert von Privatinteressen, darstellen.

Nur vom Standpunkt der breiten Mehrheit der Bevölkerung können solche Praktiken Verbrechen sein.

Es ist deswegen auch nicht falsch, Handlungen als Verbrechen zu bezeichnen, die heute keine sind. Mit dem Begriff »Verbrechen« werden rechtliche und zugleich ökonomische Verhältnisse vorweggenommen, die noch nicht bestehen.

*These 1:* Das Kapital hat die Staatsfinanzen durch legale und illegale Steuerhinterziehung ruiniert. In jahrelanger Kleinarbeit hat das Kapital die Staatsfinanzen ruiniert.

Das geschah im wesentlichen ordnungsgemäß, nicht ordnungswidrig, legal, nicht illegal.

Die Wirkung von legaler und illegaler Steuerhinterziehung ist dieselbe: eine Staatsverschuldung von über 2.000 Milliarden DM, die nie mehr rückzahlbar ist und die den Lebensstandard der breiten Masse auf Dauer immer mehr mindert.

Die Nettoneuverschuldung des Staates (Bund, Länder und Gemeinden) im Jahre 1995 betrug 90,7 Milliarden DM.<sup>6</sup> Sie wäre völlig überflüssig gewesen, wenn die Gewinnsteuern (also Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und veranlagte Einkommenssteuer) 1995 noch denselben Anteil am Gesamtsteueraufkommen gehabt hätten wie 1980, wenn ihr Anteil also noch 23,6 Prozent<sup>7</sup> betragen hätte und nicht auf 9,6 Prozent gefallen wäre.<sup>8</sup> Dann wären 114 Milliarden DM mehr in die Staatskassen geflossen (statt 78 Milliarden DM = 9,6 Prozent vom Steueraufkommen wären es 192 Milliarden DM = 23,6 Prozent vom Gesamtsteueraufkommen gewesen).

Mehr noch: Heute zahlt das Kapital als Ganzes faktisch keine Steuern mehr.

Nach Angaben des DIW führten die Unternehmen 1994 in Deutschland 91 Milliarden DM Gewinnsteuern ab und erhielten 132 Milliarden DM an »Transfers zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten«, sprich direkte Profitsubventionen in Form von Investitionszuschüssen usw.<sup>9</sup> Das Kapital als Ganzes zahlt nur Gewinnsteuern, um sie in Form von Subventionen zurückzubekommen und in seinen eigenen Reihen umzuverteilen. Es läßt sich vom Staat, d. h. von den Steuern der arbeitenden Menschen unterhalten.

Im Gegensatz zur Feudalaristokratie des Mittelalters zahlt das Kapital aber wenigstens formell noch Steuern.

Indem Siemens z.B. doppelt soviel Subventionen kassiert, wie es Steuern zahlt,<sup>11</sup> hat das Unternehmen objektiv denselben Status wie ein Sozialhilfebezieher. »Ihr lebt ja nur auf unsere Kosten«, dieser Titel einer Talkshow von Bärbel Schäfer über Sozialhilfe paßt besser auf das Steuergebaren des Kapitals.

Auch die Restgröße an Steuern, die es noch zahlt, will es gegen Null drücken. Dieses Bestreben ist vorhanden, solange irgendein Konzern in Deutschland im internationalen Wettbewerb der Profitraten schlechter abschneidet als ein beliebiger internationaler Konkurrent. Das aber ist immer der Fall.

Der Druck auf Steuerminderung vergrößert sich auch, je kraftloser die ökonomische Entwicklung, je größer also der Druck auf die Profite ist.

Das Interesse an Steuersenkungen setzt sich durch unabhängig von Regierungen und auch unabhängig von der Gesetzeslage. Seine Formel ist: legal illegal scheißegal Kapital.

*Privatinteressen werden als Allgemeininteressen ausgegeben*

Die Staatsfinanzen werden natürlich nicht ruiniert, ohne das als ökonomische Notwendigkeit zu verkaufen.

»Wir brauchen Arbeitsplätze, d. h. wir brauchen Investitionen in Deutschland, das heißt wir brauchen eine verbesserte Basis für die Ergebnisplanung von Investoren, das heißt wir brauchen erstens niedrigere Arbeitskosten und zweitens niedrigere Steuern und Abgaben. Jetzt ist die Reduzierung der öffentlichen Aufgaben dringlich sie ist Voraussetzung für die Senkung der exorbitanten Steuerlast [...] Steuersenkungen sind eine Grundvoraussetzung für mehr Wirtschaftswachstum. Jedes Prozent Wirtschaftswachstum entlastet die öffentlichen Haushalte um mindestens zwölf Milli-

arden DM. [...] Kritik und Ablehnung von Steuern heißt auch Verzicht auf staatliche Leistungen, von Personalausgaben über Subventionen und Sozialausgaben.«<sup>11</sup>

Alles zum Wohle der Arbeitsplätze und damit der Arbeitslosen, heißt die herzerreißende Formel, die aus der Tränendrüsenabteilung eines Filmstudios stammen könnte.<sup>12</sup>

Gewinnsteuersenkungen erscheinen als Dienst am Ganzen, das sich zum Wohle aller verständlicherweise auch gegen die bestehende Gesetzeslage durchsetzt. Indirekt wird auch der Steuerkriminalität und legalen Verbrechen, soweit sie die »Ergebnisplanung« verbessern, der Heiligenschein des gesellschaftlichen Interesses umgehängt.

Deshalb noch einmal die nüchterne Wahrheit:

#### *Investitionen sinken absolut und relativ*

Die bisherigen Senkungen der Gewinnsteuern hatten keinerlei Einfluß auf die Höhe der Investitionen.

1970 investierte das Produzierende Gewerbe in Preisen von 1991 im früheren Bundesgebiet 86,8 Milliarden DM in Ausrüstungen, 1994 nicht mehr, sondern weniger: 80,4 Milliarden DM. Die Bauinvestitionen summierten sich 1960 auf 29,81 Milliarden DM und 1994 auf 27,7 Milliarden DM.<sup>13</sup>

Die Ausrüstungsinvestitionen des Produzierenden Gewerbes bewegen sich also real auf dem Niveau der 70er Jahre, die Bauinvestitionen auf dem Niveau der 60er Jahre.

#### *Konsum statt Investitionen*

Was durch Gewinnsteuersenkungen den Unternehmen mehr verbleibt, wird immer mehr für die private Lebensführung und für die private Vermögensbildung entnommen. In den 80er Jahren wurden den Unternehmen durchschnittlich 345 Milliarden DM jährlich für privaten Konsum entnommen, in den 90er Jahren durchschnittlich 582 Milliarden DM.<sup>14</sup>

#### *Finanzanlagen statt Sachanlagen*

Die Senkung der Gewinnsteuern hat die Bildung eines riesigen Kapitalüberschusses gefördert. In den letzten 15 Jahren wurde mit Abstand mehr Kapital in die Geldvermögensanlage gesteckt als in die Neubildung von Sachanlagevermögen. Von 1980 bis 1995 betrug die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen), also das neu gebildete Sachanlagevermögen 1039 Milliarden DM. Im gleichen Zeitraum bildeten die Produktionsunternehmen aber 1560 Milliarden DM an Geldvermögen.<sup>15</sup>

Bis 1980 war die Geldvermögensbildung noch erheblich geringer gewesen als die Sachvermögensbildung.

Heute gilt die Formel: »Die Gewinne von heute sind die Finanzanlagen von morgen und die Arbeitsplätze von Vermögensberatern und Golftrainern für übermorgen.«

#### *Investitionen werden voll aus Abschreibungen und Subventionen finanziert*

Die Bruttoinvestitionen der Produktionsunternehmen in Sachanlagen wurden 1995 zu fast 100 Prozent aus Abschreibungen und staatlichen Zuschüssen finanziert (zu 81,4 Prozent aus Abschreibungen, d. h. aus zum Ersatz verbrauchten Sachkapitals zurückgelegten Gewinnen, und zu 16,8 Prozent aus nicht-entnommenen Gewinnen bzw. staatlichen Zuschüssen). Man braucht also gar keine Gewinnsteuersenkungen, um zu investieren.

#### *»Exorbitante Steuerlast«*

Der reale Steuersatz eines Arbeiters mit einem zu versteuernden Bruttoeinkommen von 3 350 DM im Monat beträgt 19,77 Prozent,<sup>16</sup> der reale Steuersatz (das Verhältnis der gezahlten direkten Steuern zum Bruttogewinn) der Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften und GmbHs) dagegen 11,2 Prozent.<sup>17</sup> Die »exorbitante«, d. h. gewaltige Steuerlast der Kapitalgesellschaften liegt weit unter den Steuersätzen von Facharbeitern.



Die Steuerlast ist in Wahrheit für die arbeitende Bevölkerung unerträglich, nicht für die Märchenerzähler des Kapitals (Märchenerzählen ist im übrigen völlig legal).

Die Steuersenkungen für das Kapital sind also indirekte Profitsubventionen. Profitsubventionen deshalb, weil sie nur eine einzige erkennbare Folge haben, nämlich die Profitmasse der Unternehmen zu vermehren.

Da das private Interesse an maximalen Profitraten Vorrang genießt, ist es weder ein Verbrechen noch illegal, die Staatsfinanzen zu ruinieren. Es ist nur die bewußtlose Auswirkung der ökonomischen Interessen des Kapitals. Von daher ist es auch sinnvoll, diesen Prozeß nicht in erster Linie mit moralischen oder rechtlichen Kategorien zu analysieren, sondern mit Ökonomischen.

*These 2: Mit Staatskriminalität werden Profitsubventionen refinanziert*

Die legale und illegale Steuerhinterziehung durch das Kapital treibt zugleich auch Formen der Staatskriminalität hervor.

Der Staat – aufgrund von akutem Geldmangel – übertritt seinerseits Gesetze, um sich Einnahmen zu verschaffen oder Ausgaben zu vermeiden. Dabei handelt er auch auf der Grundlage von Gesetzen, die selbst wieder ungesetzlich sind, wenn sie am obersten Gesetz, dem Grundgesetz, gemessen werden.

Der Begriff Wirtschaftskriminalität ist zu eng, weil nicht nur »die Wirtschaft«, sondern auch »der Staat« aus wirtschaftlichen Gründen Gesetze übertritt.

*Besteuerung des Existenzminimums Verfassungsbruch*

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts binden Regierungen und Verwaltungen und stehen Gesetzen gleich ( § 3 1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1990 entschieden:

»Aus den [...] Verfassungsnormen [Art. 11 GG i.V. mit dem Sozialstaatsgrundsatz des Art. 20 I GG, d. Verf.], zusätzlich aber auch aus Art. 6 I GG, folgt [...], daß bei der Besteuerung einer Familie das Existenzminimum sämtlicher Familienmitglieder steuerfrei bleiben muß«. <sup>18</sup> »Entscheidende Bedeutung für die Bemessung des Existenzminimums [...] kommt den Leistungen der Sozialhilfe zu, die gerade dieses Existenzminimum gewährleisten sollen«. <sup>19</sup>

Dennoch besteuert der Staat bis heute das Existenzminimum auf der Grundlage eines Gesetzes.

Das ist illegale Legalität oder legale Illegalität. Bis Ende 1995 wurden monatlich nur 468 DM für einen Erwachsenen bzw. 342 DM für ein Kind als steuerfreies Existenzminimum betrachtet.

Notwendige Haushaltsausgaben für Miete, Heizung, Kleidung und Hausrat wurden besteuert.

Der monatliche Raubüberfall der Finanzämter auf die Löhne und Gehälter brachte jährlich bis zu 50 Milliarden DM ein.

Ab 1996 werden 1008 D M monatlich nicht besteuert.

Mit diesem Betrag hat auch heute nahezu jeder alleinstehende Erwerbstätige Anspruch auf laufende Sozialhilfe, Er liegt unter dem Existenzminimum.

Bei einem durchschnittlichen Regelsatz von 530 DM, einmaligen Beihilfen von 15 Prozent des Regelsatzes, d. h. 80 DM, einem Freibetrag für Erwerbstätige in Höhe von 50 Prozent des Regelsatzes, d. h. 265 DM, bleiben für Miete und Heizung noch 133 DM übrig. Das reicht nicht mal für ein Wohnklo. Zumal bei der Sozialhilfeberechnung vom Nettoeinkommen noch berufsbedingte Aufwendungen wie Fahrtkosten usw. abgezogen werden müssen.

Die Bundesregierung besteuert faktisch den größten Teil der notwendigen Ausgaben für durchschnittliche Unterkunft- und Heizungskosten. Zudem stellt sie das Existenzminimum von Erwerbstätigen mit dem von Arbeitslosen gleich. Sie gesteht Erwerbstätigen keinen Mehraufwand für Erwerbstätigkeit als Bestandteil des Existenzminimums zu.

Das mißachtet ein weiteres Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

»Zum sozialhilferechtlichen Mindestbedarf zählt [...] auch [...] der] Mehrbedarf für Erwerbstätige, der den mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Aufwand abdecken, aber auch den Willen zur Selbsthilfe fördern soll.«<sup>20</sup>

Der höhere Mindestbedarf für Erwerbstätigkeit verschwindet auch dadurch nicht, daß er jetzt die Form eines Freibetrags hat, der vom Einkommen abgezogen wird, statt beim Bedarf hinzugerechnet zu werden.

Allein durch diese Manipulation werden die lohnsteuerpflichtigen Arbeiter und Angestellten in Deutschland jährlich um etwa 18 Milliarden DM beraubt. Ein legales Verbrechen, wenn man so will. (Annahme: 22 Millionen steuerzahlende Lohnsteuerpflichtige; 3180 D M jährlich nicht anerkannter Mehrbedarf/Freibetrag für Erwerbstätigkeit pro Lohnsteuerpflichtigem; das macht 69,7 Milliarden DM zu versteuernde Einkommen mehr. Bei einem Eingangsteuersatz von 25,9 Prozent ergibt das 18 Milliarden DM.)

Würden alle Posten der Herunterrechnung des Existenzminimums korrigiert, müßte der Grundfreibetrag von 12095 DM auf mindestens 18000 DM angehoben werden.<sup>21</sup> Unter diesen Voraussetzungen beträgt der jährliche Steuerraub schon mehr als 34 Milliarden DM.

Das steuerfreie Existenzminimum eines Kindes, der Kinderfreibetrag, wurde zum 1.1.1996 auf 522 D M angehoben.

Der durchschnittliche Regelsatz eines Kindes beträgt aber schon 363 D M plus 19 Prozent für einmalige Beihilfen, also 69 DM. Bleiben 90 DM für Miete und Heizung. Schon für 1994 kamen die Fachreferenten des Bundes und der Länder zu dem Ergebnis, daß 628 DM monatlicher Mindestbedarf nicht versteuert werden dürfte oder 7536 DM jährlich.<sup>22</sup>

Auch mit der Anhebung des Kinderfreibetrages also »wird noch immer kein verfassungsmäßiger Zustand erreicht«, so Joachim Lang, einer der bekanntesten deutschen Steuerexperten.<sup>23</sup> Familien zahlen auf einen Teil der notwendigen Lebenshaltungskosten ihrer Kinder weiterhin Steuern. Kindergartenbeiträge z.B. werden voll besteuert.

Unterhalt an getrennt lebende Kinder wird ebenfalls voll versteuert.

Bei der Wahl zwischen Verfassungstreue und Milliarden illegaler Mehreinnahmen entscheidet sich die Bundesregierung für die Milliarden. Im Gegensatz zum normalen Taschendiebstahl stehen darauf keinerlei Strafen, denn der staatlich organisierte Diebstahl beruht auf einem Gesetz.

Sofern Lohnabhängige im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten Steuern hinterziehen, holen sie sich objektiv nur einen Bruchteil von dem zurück, was man ihnen gestohlen hat. Sie allerdings handeln dann illegal und übertreten Gesetze.

Die notwendigen Lebenshaltungskosten von Arbeitskräften, Familien und Kindern werden illegal besteuert. Die notwendigen Lebenshaltungskosten von Maschinen, Kraftfahrzeugen, Bürogebäuden, Schreibtischen usw., also die des Kapitals in Form von Sachanlagen, werden nicht besteuert.

Für Sachkapital gelten sogar noch Sonderabschreibungen, denen gar keine realen »Lebenshaltungskosten« entsprechen. Spitzenleistungen werden hier mit Verlustzuweisungen bis zu 125 Prozent erbracht. Das Kapital steht steuerlich im Mittelpunkt, nicht der Mensch. Das ist die ökonomische Basis der verfassungswidrigen Besteuerung des Existenzminimums.

*These 3: Armut wird als eigentliches Wirtschaftsverbrechen behandelt*

»Wer die Erwirtschaftung von Einkommen und Vermögen verschweigt und hierdurch Sozialhilfe in unberechtigter Höhe beansprucht und erhält, wird bei Bekanntwerden in jedem Falle wegen des Verdachts auf Sozialhilfebetrug bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Betrug wird gemäß § 263 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.«

Diesen »Hinweis« müssen Sozialhilfebezieherinnen in Frankfurt bei Antragstellung unterschreiben. Endlich haben wir die wirklichen Wirtschaftsverbrecher gefunden, Ihnen muß man wegen jeder Mark und in jedem Fall mit Gefängnis drohen.

Bei genauerem Hinsehen stellt man jedoch fest, daß es die Armut selbst ist, die zum Verbrechen erklärt wird.

Wer arbeitslos wird und unglücklicherweise zum Sozialamt gehen muß, stellt plötzlich fest, daß der sogenannte Sozialstaat einen großen Teil seines bisherigen Lebensstandards außerhalb des Gesetzes stellt. Dazu gehören z.B. Auto, Reisen, Urlaub, Lebensversicherung, Telefon, Fernseher, Videorecorder, CD-Player usw. und auch die direkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wie Bewirtung von Freunden oder Auswärtsessen. All das gehört für die Sozialhilfe nicht zum »notwendigen Lebensunterhalt«.

Die Sozialhilfe ist auf das Bedürfnisniveau der 50-60er Jahre ausgelegt. Ratenzahlungen – für viele Arbeiter ein normaler Ausgabenposten im Budget – werden zum Privatproblem ebenso wie Unterhaltszahlungen an Kinder oder Tilgungsleistungen bei Wohneigentum.

Eigenvorsorge für die Zukunft durch Sparvermögen über 2500 DM o. ä. steht plötzlich unter Strafandrohung. Menschliche Beziehungen stehen unter dem Verdacht des Mißbrauchs wegen möglicher Zuwendungen.

Die gesamte, bisher legale Existenz, wenn sie weitergeführt wird, kann zur Quelle strafrechtlicher Vergehen werden. Nur zehn Prozent der Sozialhilfebezieherinnen kamen am Ende der 80er Jahre unter äußerster Sparsamkeit bis zum Ende des Monats aus.<sup>24</sup> Heute sind es noch weniger.

Wenn es aber für viele nicht möglich ist, ein Minimum an Lebensbedürfnissen zu befriedigen, ohne Gesetze zu übertreten, dann werden faktisch die Lebensverhältnisse von Armen selbst für kriminell erklärt.

Aus diesem Grund wird auch das Wort »Sozialhilfe« ständig mit »Mißbrauch« in Verbindung gebracht. Der Bezug von Sozialhilfe selbst wird schon als »Mißbrauch« betrachtet. Der regierungsnaher Burda-Verlag sprach das offen aus, als er 1995 in seiner Zeitschrift »focus« alle Sozialleistungsbezieher zu »Sozialschmarotzern« erklärte, die ein »süßes Leben« führen.

Die Aggressivität gegen Sozialleistungsbezieher entlastet die kriminellen Kapitalschmarotzer. »Cleverer Anleger bringen ihr Geld [...] bar, persönlich und per Auto ins Steuerparadies.« Das schrieb »focus« ebenfalls.<sup>25</sup> Die Steuerausfälle durch Steuerkriminalität möchte »focus« gerne durch Sozialleistungskürzungen refinanzieren.

Schwarzarbeit von Sozialhilfebezieherinnen ebenso wie von Lohnabhängigen ist im großen und ganzen eine Form der Selbsthilfe, mit der man ein Existenzminimum erreichen will, das der sogenannte Sozialstaat nicht zugesteht.<sup>26</sup>

Umgekehrt ermöglicht Selbsthilfe in Form von Schwarzarbeit Kürzungen der Sozialhilfe.

Der Zwang, Gesetze zu übertreten, nimmt zu, wenn es aufgrund von legalen und illegalen Senkungen des Armutsniveaus immer weniger möglich ist, innerhalb der Gesetze zu leben.

Bundestag und Bundesrat senken seit Jahren real die Regelsätze. Kommunen und Landkreise kürzen bei Kleidung und Hausrat. Im Main-Kinzig-Kreis wird inzwischen geprüft, welche Gegenstände in der Wohnung vorhanden sind, und in Frankfurt fragt man nach Schmuck.

Das alles ist legal.

Dazu kommt der chronische Rechtsbruch durch Sozialämter, Wäre dieser strafbar, könnte man einen bedeutenden Teil der Sozialämter schließen.<sup>27</sup>

Es ist nicht strafbar, Freibeträge für Erwerbstätige, Mehrbedarfzuschläge oder einmalige Beihilfen zu unterschlagen, Arbeitseinkommen nicht zu bereinigen oder Armen Sozialhilfe mit der Begründung zu verweigern, sie seien Selbständige oder sie hätten Besuch durch einen Freund gehabt.

Betrug durch das Sozialamt wird belohnt, weil rechtswidrig verweigerte Beträge nicht zurückgezahlt werden müssen. Sozialhilfe deckt aus Prinzip nur den gegenwärtigen Bedarf, nicht den vergangenen. Das ist das Wesen des Bedarfsdeckungsprinzips.

»Wirtschaftsverbrechen« von Armen können zu Gefängnisstrafen führen. Wegen ein paar Tausend Mark kann man zu Haft verurteilt werden, während die Hinterziehung von Milliarden durch Unternehmen und Staat im wesentlichen straffrei bleibt.

Überzahlte Beträge müssen von Sozialhilfebezieherinnen voll zurückgezahlt werden; kriminelle Extraprofite der Unternehmen oder illegale Extrasteuer-Einnahmen des Staates dagegen nicht oder nur zu einem Bruchteil.

Das ist eben der Unterschied zwischen legalen und illegalen Verbrechen. Mit unbeugsamer Strenge gegenüber der Armut werden Profitsubventionen für das Kapital refinanziert.

*These 4:* Die »große Steuerreform« beschleunigt die legale Steuerhinterziehung der Reichen und legalisiert Steuerkriminalität

»Die Deutschen sind ein Volk von Steuervermeidungsstrategen geworden. Anstatt das Sozialprodukt zu steigern, perfektionieren wir die Steuervermeidung« (Ulrich Cartellieri, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank).<sup>28</sup>

Mit »den Deutschen« meint er wohl seine eigene Schicht, denn die meisten Deutschen können Steuerzahlungen gar nicht oder kaum vermeiden, schon gar nicht strategisch.

Mit der großen Steuerreform wird die Steuervermeidung des Kapitals weiter perfektioniert und rationalisiert.

Steuerhinterziehung und Steuerkriminalität werden belohnt. CDU-Finanzexperte Gunnar Uldall: »Das wichtigste ist aber: Der Anreiz für Steuerhinterziehung wird mit den Steuersätzen stark fallen.«<sup>29</sup>

Steuerhinterziehung wird dadurch »bekämpft«, daß die Besteuerung legal in die Richtung des Niveaus heruntergefahren wird, das durch Steuerhinterziehung schon erreicht wurde.

Die Spitzensteuersätze sollen um ein Viertel bis ein Drittel auf 35 Prozent gesenkt werden. Die Einkommenserhöhung z. B. eines Millionenverdieners soll nach Uldall (CDU) monatlich 19425 DM betragen, nach den Grünen 10280 DM.<sup>30</sup>

Wie wird die steuerliche Bereicherung der Reichen finanziert? Auf keinen Fall durch die Streichung ihrer Steuerprivilegien im gleichen Umfang. BDLPräsident Henkel erklärte zwar: »Wären die Sätze der Einkommenssteuer hierzulande so niedrig wie im Ausland [...], würde sich hierzulande wohl niemand [über die höhere Besteuerung von Dienstwagen] beschweren.«<sup>31</sup> Steuerprivilegien werden zum Faustpfand, um die Steuersätze möglichst weit nach unten zu drücken.

Aber gleichzeitig will man sie retten.

#### *Der halblegale Sozialstaat der Reichen*

Die Interessenverbände des Kapitals kämpfen entschlossen gegen die Abschaffung ihrer Steuervergünstigungen.

Betrachten wir als Beispiel das steuerfinanzierte Luxusleben auf Staatskosten.

»Freiberufler und Selbständige haben nach wie vor die Möglichkeit zwar illegal, aber kaum kontrollierbar, private Aufwendungen steuermindernd in den betrieblichen Bereich zu verlagern«<sup>32</sup> Natürlich nicht nur sie, sondern auch die Manager der Banken und Konzerne.

»Die Deklaration des privaten Essens, der privaten Reise, des Privat-PKW, der privaten Haushaltshilfe als Betriebsausgaben ist an der Tagesordnung,« so Bundesminister Norbert Blüm.<sup>33</sup> Er muß es ja wissen.

#### *Bewirtungskosten*

»Viele Manager laden sich reihum ins Restaurant ein auch wenn

die Geschäftsbeziehung eher lose ist. «<sup>34</sup>

In der Schwarzwaldstube zu Baiersbronn<sup>35</sup> kann man sich also nach wie vor mit einem Businessmenü für 195 DM (ohne Getränke) gegenseitig bewirten und das zu 80 Prozent als Betriebsausgabe absetzen. Man muß nur alle Speisen und Getränke zur Freude der Finanzbeamten einzeln auflisten. Von der Abschaffung der Absetzbarkeit von Bewirtungskosten hört man nichts.

### *Geschäftswagen*

Bei Geschäftswagen wurde die Besteuerung der privaten Nutzung ab 1.1.1996 geändert. Ab einem Listenpreis von 52000 DM führt das zu höheren Steuern, so daß sich der Kauf von 100000 DM-Nobelkarossen auf Staatskosten »unterm Strich nicht mehr so schön rechnet«.<sup>36</sup>

Luxuswagenhersteller und -fahrer laufen einschließlich ihrer Landesregierungen in Stuttgart, München und Hannover und anderer Verbündeter Sturm gegen diese Änderungen.

### *Reisen*

Nach wie vor haben zwei Drittel der Top-Manager und die Hälfte des mittleren Managements bei Übernachtungen und Reisekosten keine betriebsinternen Höchstgrenzen zu beachten,<sup>37</sup> erst recht natürlich keine steuerlichen Höchstgrenzen. First-Class-Flüge und 2000 DM pro Tag für eine Übernachtung sind bei aller internen Beschneidung von Reisekosten durch die Unternehmen nach wie vor steuerlich absetzbar.

KLARtext e.V. schätzte die Steuerhinterziehung durch die Luxussubventionierung von Bewirtungskosten, Geschäftswagen und Geschäftsreisen schon für 1993 auf über 20 Milliarden DM.<sup>38</sup>

Am besten rechnet es sich also, Steuerprivilegien beizubehalten, wofür z. B. die Automobilindustrie energisch kämpft, und gleichzeitig die Steuersätze zu senken, wofür die Automobilindustrie ebenfalls energisch kämpft.

Sollten ein paar kleinere Steuerprivilegien geopfert werden, dann dient das der Rationalisierung der legalen Steuerhinterziehung. Was man nämlich vorher über Quittungen und Belege mühselig beantragen mußte, soll jetzt gewissermaßen pauschal als Gewinn oder Einkommen belassen werden.

Wer zahlt also die Steuerausfälle für die Reichen?

Arbeitern mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von bis

zu 40000 DM sollen durch die Steuerreform ab 1998/99 monatlich 100 bis 200 DM mehr zugestanden werden,<sup>39</sup> weil der Eingangssteuersatz auf unter 20 Prozent »gesenkt« werden soll. Bis Ende 1995 betrug er aber schon 19 Prozent. Die teilweise Rücknahme einer Steuererhöhung wird als Steuersenkung vermarktet. Wahrhaft eine »große Steuerreform«.

Gleichzeitig sollen aber notwendige Kosten für die Verausgabung von Arbeitskraft wieder besteuert werden z.B. die Kosten der Fahrt zum Betrieb oder der Mehraufwand bei Nachtschicht.<sup>40</sup> Die werden zu Steuervergünstigungen umgefälscht.

Selbst die »Wirtschaftswoche« stellte fest, daß »Arbeitnehmer [...] von den geplanten Streichungen besonders betroffen« sind<sup>41</sup>

Das DIW kommt nach einer Analyse aller Modelle zu dem Schluß: »Für den Durchschnittsverdiener ist die Steuerersparnis nur wenig mehr »wert«, als es seinen bisherigen Freibeträgen (Werbungskosten, Vorsorgepauschalen u.a.) entspricht«,<sup>42</sup> wenn diese gestrichen werden. Die Bundesregierung plant, mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer<sup>43</sup> und der Besteuerung von Arbeitslosengeldern, Renten und Krankengeldern<sup>44</sup> die verbleibenden Milliardenlöcher zu stopfen.

Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Sozialhilfebezieherinnen und Rentnerinnen dürfen also Profitsubventionen und die Erhöhung des Lebensstandards der Reichen mitbezahlen. Wenn das Geld noch nicht reicht, wird es durch höhere Staatsverschuldung beschafft.

Die Steuersenkungen Ronald Reagans Anfang der 80er Jahre, die Vorbild der »großen Steuerform« sind, verdoppelten und verdreifachten die Haushaltsdefizite der USA. Und zwar von ursprünglich etwa 70 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf über 200 Milliarden Dollar und nach Rücknahme einiger Steuersenkungen auf 150 Milliarden Dollar Ende der 80er Jahre.<sup>45</sup> Walter Wittmann urteilt: »Die US-Defizite stammen weniger von den Militärausgaben als vielmehr von den massiven Steuersenkungen unter Präsident R. Reagan«.<sup>46</sup> Die Nachwirkungen sind bis heute zu spüren.

Steuererhöhungen für die breite Masse und Steuersenkungen für die Reichen, das ist die große Steuerreform.

Uldall prophezeit »einen gewaltigen Schwung, den deutliche niedrigere Steuersätze in der Wirtschaft auslösen« würden.<sup>47</sup>

In den letzten 15 Jahren wurden schon unzählige Milliarden an indirekten steuerlichen Profitsubventionen ausgeschüttet. Wir sahen aber nur einen »gewaltigen Schwung« in der Profitmasse einerseits und einen bei Arbeitslosen und Staatsschulden andererseits.

Wir sahen gleichzeitig einen gewaltigen Abschwung der Investitionstätigkeit und eine immer schwunglosere wirtschaftliche Entwicklung. Das Kapital will mit der großen Steuerreform im ökonomischen Niedergang wenigstens seine Profitraten und den Lebensstandard seines Klienteis auf Kosten der Gesellschaft retten. Es geht in erster Linie um die Steigerung seiner Besitzstände, um die Befriedigung der uferlosen Anspruchshaltung, die seiner Natur entspringt.

Hoffentlich erzeugt das unter den arbeitenden Menschen ebenfalls einen »gewaltigen Schwung«, für ihre eigenen Interessen ebenso einzutreten wie das Kapital für seine.

Eine große Steuerreform im Interesse der breiten Mehrheit könnte so aussehen:

Erhöhung des Grundfreibetrags auf 18000 DM. Keine Steuer auf das Sozialhilfeexistenzminimum von Erwerbstätigen. Keine Besteuerung des Existenzminimums von Kindern! Deutliche Erhöhung des Kinderfreibetrags. Senkung des Eingangssteuersatzes weit unter das frühere Niveau.

Das kann finanziert werden u. a. durch Subventionsabbau, d. h. die Rücknahme aller Profitraten subventionen, und vollständige Streichung aller Steuerprivilegien für das Kapital und die Reichen.

### *Schlußfolgerungen*

Es hat keinen großen Sinn, im Namen einer für alle geltenden Gerechtigkeit gegen diese Verhältnisse anzugehen. Das Kapital weist jede Beschneidung und Infragestellung seiner Existenzweise als ungerecht, unmoralisch und letztlich auch als kriminell zurück. Welche Gerechtigkeit dann siegt, hängt allein von den Kräfteverhältnissen ab.

Von denen hängt es auch ab, ob Unternehmen weiterhin straffrei bleiben, die die Staatsfinanzen mit Kartellen ausplündern, ob es weiterhin straffrei bleibt, Steuerzahler und Sozialleistungsbezieher staatlicherseits zu betrügen und Öffentliche Mittel für private Sonderinteressen von Unternehmen und Bürokraten zu vergeuden.

Es geht darum, Grundbedürfnisse der Menschen zu verteidigen, die vom System der sich selbst befriedigenden Kapitalverwertung immer offener mißachtet werden. Die Befriedigung von Grundbedürfnissen der Menschen muß legal sein. Es ist widersinnig, die Befriedigung von Grundbedürfnissen in die Illegalität zu drängen.

Deswegen brauchen wir neben einer erheblichen Ausdehnung der Steuerfreiheit von Arbeitseinkommen auch z.B. *statt Sozialhilfe eine Grundsicherung*, die deutlich über dem bisherigen Sozialhilfeniveau liegen muß. Das Kapital möchte illegale Wirtschaftsverbrechen durch den Anreiz höherer legaler Profite überflüssig machen.

Auf die Idee, Verstöße gegen Sozialgesetze durch Erhöhung der Leistungen und durch Erleichterung des Leistungsbezugs überflüssig zu machen, kommt das Kapital nicht. Genauso wenig darauf,

Steuerhinterziehung der unteren Schichten durch Anhebung der Löhne zu bekämpfen. Darauf müssen wir schon selber kommen.

Die Welt steht auf dem Kopf. Stellen wir sie auf die Füße.

»Die deutsche Industrie ist überhaupt nicht daran interessiert, die soziale Marktwirtschaft in Frage zu stellen. Sie macht sich nur große Sorgen darüber, daß die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft durch zuviel Sozialismus In Frage gestellt werden.« Zuviel Sozialismus? - »Ja.« - Wir haben seit 15 Jahren eine Regierung in Bonn, die mit Sozialismus nun wirklich nichts zu tun hat. »Damit meine ich den übermächtigen Einfluß, den die Sozialpolitiker quer durch die Parteien gehabt haben. Damit muß Schluß sein.«

Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, im Interview der »Frankfurter Rundschau« (8.7,1996).

-----

- 1 Frankfurter Rundschau, 21.9.1996 und 15.5.1997.
- 2 Frankfurter Rundschau, 22.12.1995,
- 3 Wirtschaftswoche, 17,10.1996.
- 4 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1996, S. 53'^
- 5 Frankfurter Rundschau, 2./3.10.96
- 6 Statistisches Taschenbuch 1996, Tab. 1.27.
- 7 Der Steuerskandal, isw-wirtschafts- und grafikdienst, Juni 1996, Nr. 3, S. 3.
- 8 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1996, S. 55'^ S, 54'^  
Gesamtsteueraufkommen 1995 814,2 Milliarden DM;  
veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und  
Gewerbsteuer zusammen 78 Milliarden DM.
- 9 DIW, Wochenbericht 36/1996, S. 605.
- 10 zitty, 15/1996,5. 18,
- 11 Ulrich Cartellieri, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank: Zur Wirtschaftslage, Pressekonferenz der Deutschen Bank vom 28,3.1996, S, 5-6
- 12 Vgl, auch Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) über die Steuerreform: »An erster Stelle steht die Schaffung von Arbeitsplätzen«, in: Spiegel, 37/ 1996, S, 52,
- 13 Sachverständigenrat der Bundesregierung, Jahresgutachten 1995/6, Stuttgart 1995, S.395.
- 14 Statistisches Taschenbuch 1996, Tab. 11.
- 15 Sachverständigenrat 1995/6, a.a.O., S. 410f.;
- 16 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/1996, S. 44 und S, 46.
- 16 DIW-Monatsberichte, 35/1996, S. 590.
- 17 Der Steuerskandal, isw, a. a. O., S, 9.
- 18 Beschluß vom 29.5.1990, in: Neue Juristische Wochenschrift, 1990, Heft 45, S. 2871.
- 19 Ebd., S. 2873.
- 20 BVerfG vom 25.9.1992, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, NDV, 12/1992, S. 414.
- 21 Berechnung: KLARtext e.V. vom 10.7.1995,
- 22 Bericht der Arbeitsgruppe der Sozialhilfekonferenz Familienreferenten, Februar 1995, nach: Stimme der Familie, Juli 1995, S, 3,
- 23 Spiegel, 25/1995,5. 42.
- 24 R. Roth: Über den Monat am Ende des Geldes, Frankfurt a. M. 1992.
- 25 focus, 7/1993.
- 26 Vgl. Ag TuWas: Schwarzarbeit. Mißbrauch oder Mittel zum Überleben, Frankfun a.M. 1995.
- 27 vgl. dazu R. Roth: Der wahre Mißbrauch, Klarstellungen zum Thema »Sozialkriminalität«, in: sozial extra, Juni 1994, 5,12-14.
- 28 U. Cartellieri, a.a.O., S. 6.
- 29 Wirtschaftswoche, 10.10.96,5.28.
- 30 DIW, Wochenbericht, 35/96, S. 590.
- 31 Wirtschaftswoche, 18.4.1996, S. 22.
- 32 Wirtschaftswoche, 19.9.1996, S. 159.
- 33 Frankfurter Rundschau. 22.6.1993.
- 34 Wirtschaftswoche, 28-3-1996, S. 137.
- 35 Capital, 3/1995,5. 227.
- 36 ADAC-Mitteilungen, Februar 1996, S. 63.
- 37 Wirtschaftswoche, 25.4.1996,5. 141.
- 38 KLARtext: Die Absahner sie genießen wir zahlen, Frankfun a.M. November 1993, S. 41.
- 39 DIW, Wochenbericht, 35/1996, S. 590.
- 40 Wirtschaftswoche, 19.9,1996,5. 159.
- 41 Ebd.
- 42 DIW, Wochenbericht, 35/ 1996,S. 587.
- 43 Frankfurter Rundschau, 7,10.1996.
- 44 Frankfurter Rundschau, 8.10.1996.
- 45 H.E. Figgie/G.J.Swanson; Bankrott '95, Frankfun a.M. 1994, S. 80f.
- 46 W. Wittmann: Das globale Desaster, München 1995, S. 57.
- 47 Wirtschaftswoche, 10.10.96, S. 28.

### III Schuldenerlass statt Sparprogramme

*„Die Streichung von Schulden ... kostet Gläubiger Geld, kann aber in einer Situation, in der ein Ende mit Schrecken annehmbarer ist als ein Schrecken ohne Ende, Anwendung finden. Mit Blick auf reiche Länder bleibt das Thema Umschuldung bisher ein Tabu, aber es wäre erstaunlich, wenn sich dies nicht änderte.“* (Gerold Braunberger, Am Ende der Schuldenpolitik, FAZ 16.10.2023)

In der Tat.

Klartext beteiligte sich in Frankfurt an einem Aktionsbündnis gegen Sozialabbau, das sich 1995/1996 gebildet hatte. Rainer Roth sprach am 9. Mai 1996 auf der Kundgebung einer Demonstration mit 3.000 Teilnehmern und forderte einen Zinsstopp für die kommunalen Schulden und die Rücknahme von Gewinnsteuersenkungen.

Ende der 1990er Jahre nahm Klartext die massiv gestiegene Staatsverschuldung Deutschlands aufs Korn und forderte einen Schuldenerlass auch für Deutschland, nicht nur für arme Länder. Über 250 Personen unterschrieben eine Anzeige Schuldenerlass statt Sparpaket. Die Staatsschulden des Bundes hatten sich von 1990 538 Mrd. Euro auf 1.211 Mrd. Euro in 2000 mehr als verdoppelt. Die Zinsausgaben explodierten bis 2000, fielen aber dann mit steigender Verschuldung. Ab 2021 explodierten sie dank Krise und Pandemie wieder beim Bund auf 39,1 Mrd. in 2023 bei einer Verschuldung von 2.620 Mrd. Euro. Die Schuldenbremse im Grundgesetz ab 2009 entstammte der Furcht, dass die Staatsschulden nicht mehr zurückgezahlt werden könnten. Das Thema Schuldenstreichung hat sich dadurch aber nicht erledigt. Hunderte Milliarden Kredite stecken in sogenannten Sondervermögen für eine angebliche Bekämpfung von Klimawandel und Corona-Pandemie sowie für eine unglaubliche Aufrüstung der Bundeswehr gegen eine angeblich drohende Invasion Russlands in den baltischen Staaten, Polen und auch in Deutschland, um nur die zwei wichtigsten Schattenhaushalte zu nennen. In den riesigen Staatsschulden Italiens, Frankreichs usw. lauert die Gefahr, dass sie auch von Deutschland mit getragen werden müssen, um die EU am Leben zu halten. Die EU gibt inzwischen auch eigene Kredite aus, um die Ukraine kriegstüchtig zu machen. Nur die momentan noch niedrigen Zinsen für deutsche Staatsanleihen lassen die riesigen Staatsschulden Deutschlands noch als finanzierbar erscheinen. Das könnte sich ändern, wenn wachsende Umweltschäden und die Jahrzehnte vernachlässigte Infrastruktur neue Schulden erzwingen.





**Alle fünf Minuten** kassieren Kapitalanleger und Banken vom Staat eine Million DM Zinsen. 1994 sind es täglich 286 Millionen DM, im ganzen Jahr 104 Mrd. DM. In Frankfurt zahlt die Stadt täglich 1,4 Mio. DM Zinsen.

### **Zinsen kassieren ...**

Die Banken kassieren im Schnitt jährlich 7-8% Zinsen.  
Hier werden keine "Tarifverhandlungen" geführt. Hier gibt es keine Nullrunden.  
Zinssenkungen sind bei Sparmaßnahmen tabu.  
Und die Bankengewinne explodieren.

### **... durch Kürzungen ohne Tabu.**

Um den Zinshunger des Molochs Banken zu stillen, kürzen Politiker in **Bund, Ländern** und Kommunen vor allem **Sozialleistungen**.

Sie lassen Arbeitslosen immer weniger Geld für den Lebensunterhalt.

Sie **entlassen** Personal und kürzen **die** Löhne.

**Wohnungen, Schwimmbäder, Jugendhäuser, Theater, Bibliotheken, Sportanlagen und Beratungsstellen** stehen auf der Abschußliste.

**Jede** dadurch eingesparte Million befriedigt den Bankenmoloch für ein paar Stunden (in den **Kommunen**) oder ein paar Minuten (beim **Bund**).

Beim **Ausverkauf** gibt es für die Banken kein Tabu.

### **Die Opfer sind sinnlos.**

Denn neue **Schulden** müssen aufgenommen werden, weil Banken und Unternehmer gleichzeitig die **Senkung ihrer Kapitalsteuern** durchsetzen. Die Abschaffung der **Gewerbesteuer** bedeutet **sieben Milliarden DM** weniger in der Kasse.

### **Wir sind keine Geiseln für Schuldenmacher und Banken!**

Politiker, die zum Nutzen der Banken **Schuldenberge** aufgetürmt haben, halten sich jetzt als Gerichtsvollzieher der **Banken an uns schadlos**.

Wir **hatten** nie Einfluß, wer wofür **Schulden** gemacht hat.

Die verantwortlichen Politiker **sollten** jetzt den Mut aufbringen, die **Zahlungsunfähigkeit** zu erklären und die **Probleme auf Kosten** der Gläubiger lösen.

Wir jedenfalls wollen nicht **die Geiseln** für den Staatsbankrott sein.

**Jedes Prozent Zinssenkung erspart dem Staat 14 Milliarden DM.**

**Jedes Prozent Zinssenkung erspart der Stadt Frankfurt rd. 70 Millionen DM.**

# **Zinsen senken statt Leistungen kürzen!**

KLARtext 1996

# 150 DM monatlich für die Gesundung der Staatsfinanzen!

Es geht uns immer schlechter. Darüber wollen wir nicht länger jammern.  
Gerade heute müssen wir täglich positiver denken.

**Durch uns geht ein Ruck - wir packen an!**

Wir können nicht länger zusehen, daß der Staat kein Geld hat.

Jährlich muß er 130 Milliarden DM Zinsen an die Banken zahlen.

Und das kann er nur, wenn er neue Kredite bei den Banken aufnimmt.

Sind wir nicht alle der Staat?!!

Dann sollten wir den Banken die Zinsen auch selbst überweisen.

Wenn sich jeder verpflichtet, mtl. 150 DM direkt an seine Bank zu zahlen, können wir den Staat entlasten. Die Haushaltslöcher wären auf einen Schlag beseitigt.

**Die Finanzierung ist einfach:**

ArbeitnehmerInnen brauchen nur auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu verzichten.

Arbeitslose, RentnerInnen, Studierende usw. brauchen z.B. nur ein Päckchen Zigaretten pro Tag weniger zu rauchen.

**Die Vorteile sind überwältigend:**

\* Wir retten den **Sozialstaat**.

Sozialleistungen müssen nicht mehr gekürzt werden, um die Zinsen aufzubringen.

\* Wir tragen zu aktiver **Beschäftigungspolitik** bei.

Der Staat muß kein Personal mehr abbauen, um die Zinsen zu zahlen.

\* Wir senken die **Steuerlast**.

Mit nur 150 DM mtl. werden weitere Mehrwertsteuererhöhungen überflüssig, können Gewinnsteuern und die Zinsabschlagssteuer ganz abgeschafft werden.

\* Wir verringern die **Steuerkriminalität**.

Wenn Gewinnsteuern und die Zinsabschlagssteuer abgeschafft werden, müssen sie nicht mehr hinterzogen werden.

\* Wir kämpfen gegen die **Geißel des Besitzstandsdenkens**.

Was wir jetzt verlieren, werden wir eines Tages gewinnen, ob im Himmel oder auf Erden.

**Zinsschweine: Mahnmale der Opferbereitschaft**

KLARTEXT schlägt vor, vor Banken und öffentlichen Gebäuden Sparschweine aufzustellen, in die Sie Ihre Abtretungserklärungen über 150 DM einwerfen sollten.

Wir haben deshalb das Modell eines „Zinsschweins“ entwickelt, das flächendeckend aufzustellen wäre.

\* Zinsschweine sind Signale für ein soziales Europa.

\* Zinsschweine sind Mahnmale zur Überwindung des Besitzstandsdenkens.

\* Zinsschweine beweisen die Kundennähe der Banken.

\* Zinsschweine schaffen hunderttausend neue Arbeitsplätze.

## Spaß beiseite:

1980 führten die Kapitalgesellschaften noch 33,6% ihrer Gewinne über Steuern an den Staat ab. 1999 waren es noch 11%.\* Wäre die Gewinnsteuerquote heute genauso wie 1980, würden 120 Mrd. DM mehr in die Staatskassen fließen. Der Staat geht bankrott, weil die Reichen kaum noch Steuern zahlen. Sie verdienen sogar noch an der Ruinierung der Staatsfinanzen. Was sie an Gewinnsteuern ersparen, stellen sie dem Staat über „großzügige“ und „günstige“ Kredite wieder zur Verfügung!



**Wir fordern:  
Stop aller Zinszahlungen!  
Schuldenerlaß und Zinsverzicht!**

**Zinszahlungen kürzen,  
statt  
Sozialleistungen,  
Personal und öffentliche Dienste  
abbauen!**

## **Keine Opfer für die Anspruchsmentalität der Millionäre!**

\* IGM direkt, Sonderheft 1/1998, S. 1

KLARtext 1. Mai 1998

## Die Landeskasse ist leer

# Wer hat reingegriffen ?

Im Jahr 2000 nahm das Land Hessen noch 1.400 Millionen € Körperschaftssteuer ein, der Gewinnsteuer von Kapitalgesellschaften wie Opel, Deutsche Bank, Aventis, Volkswagen usw.

2001 tröpfelten nur noch 91 Millionen € in die Landeskasse.

2002 zahlte das Land sogar 165 Mio. Körperschaftssteuer an die Konzerne zurück.

### ... Banken und Konzerne

Das war das Ergebnis der »im Ziel verfehlten ... Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung«. So die Hessische Staatskanzlei. Aber: die CDU hat den Steuergeschenken für die Banken und Konzerne damals zugestimmt und verlangt noch höhere Gewinnsteuersenkungen.

Und sie denkt nicht daran, sich für die Rücknahme dieser »verfehlten Steuerpolitik« einzusetzen, ebenso wenig die SPD und Grüne.

### ... Die Vermögenden

1996 nahm Hessen noch 500 Millionen Euro Vermögenssteuer von den Villenbesitzern in Kronberg, Bad Soden, Wiesbaden und anderswo ein.

2002 waren es noch 40 Millionen €.

Das war das Ergebnis der Abschaffung der Vermögenssteuer durch Kohl.

CDU denkt nicht daran, die Vermögenssteuer wiedereinzuführen, ebenso wenig wie die Spitzen von SPD und den Grünen.

### ... Die Spitzenverdiener

Auch die Senkung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener, z.B. die Vorstände von Opel, Deutsche Bank, Volkswagen usw. brachte Hessen hunderte Millionen € Steuerausfälle. Die CDU verlangt weitere massive Senkungen.

All das kostet Hessen seit 2001 mindestens zwei Milliarden € Steuerausfälle jährlich.

Angeblich dient das der »Bekämpfung der Arbeitslosigkeit«. Doch fest steht: Der Kontostand von Kapitalgesellschaften und Spitzenverdienern stieg und die Arbeitslosigkeit stieg auch.

Die Verschiebung von Geldern aus öffentlichen in private Kassen riss riesige Löcher in den Landeshaushalt. Die Löcher müssen gestopft werden. Aber wie?

# Entscheiden Sie sich!

Soll der Landeshaushalt durch die Rücknahme der riesigen Steuersenkungen für Kapitalgesellschaften, Vermögende und Spitzenverdiener ausgeglichen werden?

Oder dadurch, dass die verschenkten Steuern u.a. bei den Armen, bei Arbeitslosen, bei Frauen, bei Schulkindern, bei Studierenden, bei Beamten, Arbeitern und Angestellten des Landes, bei Jugendlichen usw. zusammengekratzt werden?

## Die hessische Landesregierung hat sich entschieden

Um die zwei Milliarden Steuergeschenke für Konzerne und Villenbesitzer zu finanzieren, werden z.B.

30 Millionen € bei sozialen Einrichtungen gestrichen:

z.B. alle Landesmittel für Schuldnerberatungen, berufliche Wiedereingliederung von Frauen und Frauenhäuser und

ein Drittel der Gelder für AIDS-Kranke, Drogenabhängige, Obdachlose, Beratungsstellen usw. .

50 Millionen € beim Wohnungsbau gestrichen

200 Millionen € bei Beamten in Schulen und Verwaltungen über unbezahlte Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen eingespart - Angestellte und Arbeiter sollen folgen.

39 Millionen € bei Studierenden eingefordert.

Die Operation soll einer sicheren Zukunft dienen, so die Landesregierung.

Doch Arbeitgeberverbände, Bundesregierung und CDU/CSU/FDP betreiben schon weitere Steuersenkungen für Kapitalgesellschaften und die Reichen. Und die sollen mit weiteren Sparpaketen finanziert werden. Sichere Zukunft? Für wen?

**Für welche Zwecke werden eigentlich die Milliarden € verwandt, die der Staat den Kapitalbesitzern zukommen lässt?**

**Wollen Sie die Zeche für etwas zahlen, das Sie weder kennen noch bestellt haben?**

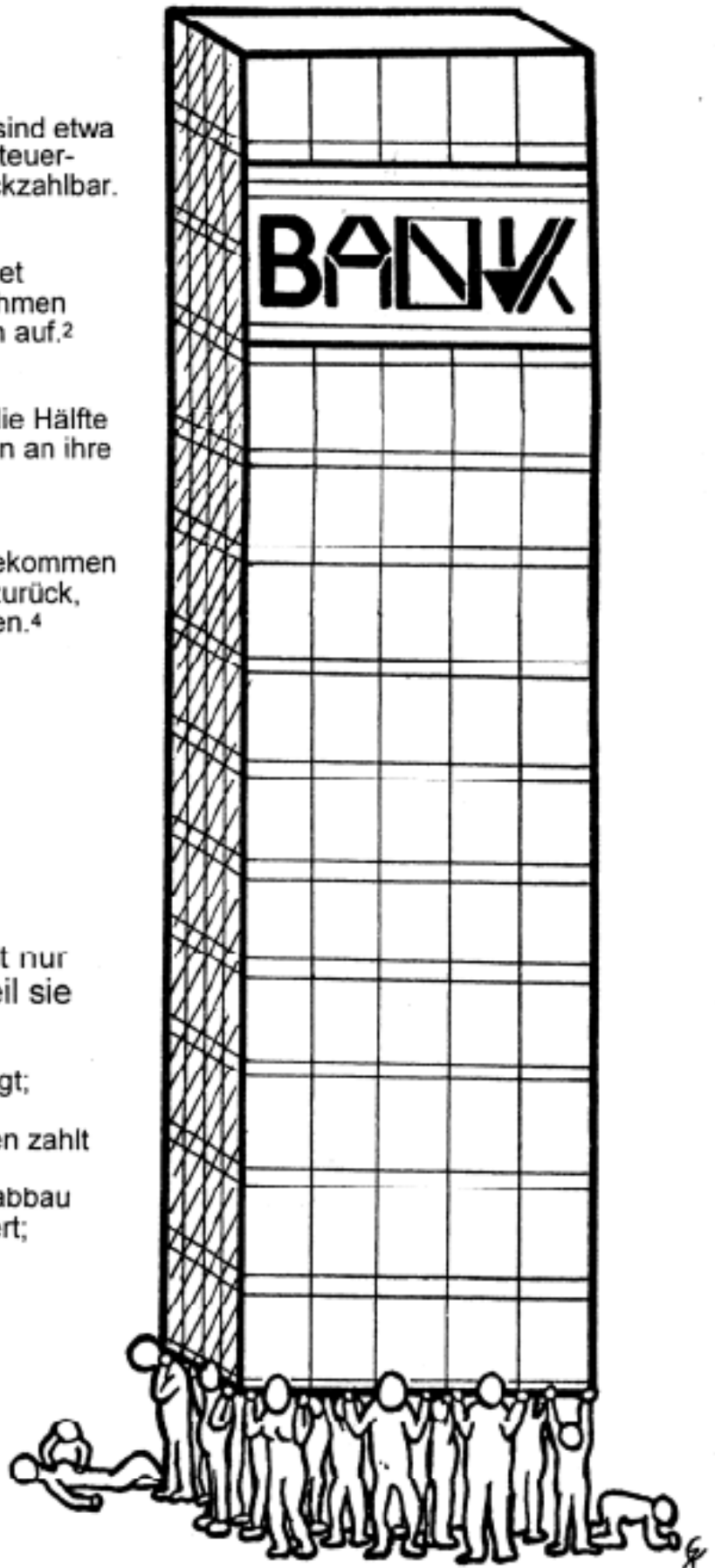
[www.nichtimmernurjammern-früherging'sdochauch-jedermussverzichten-außernatürlichdieoben-nelndanke.de/](http://www.nichtimmernurjammern-früherging'sdochauch-jedermussverzichten-außernatürlichdieoben-nelndanke.de/)

# Kennen Sie dieses Land?

- \* Die Staatsschulden dieses Landes sind etwa dreimal so hoch wie die jährlichen Steuereinnahmen.<sup>1</sup> Sie sind nicht mehr rückzahlbar.
- \* Die Regierung dieses Landes wendet mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen für Zinsen und Tilgung der Schulden auf.<sup>2</sup>
- \* Die Regierung dieses Landes gibt die Hälfte der Lohnsteuereinnahmen für Zinsen an ihre Gläubiger aus.<sup>3</sup>
- \* Die Unternehmen dieses Landes bekommen mehr an Subventionen vom Staat zurück, als sie ihm an Gewinnsteuern zahlen.<sup>4</sup>

Die Regierung dieses Landes ist nur noch deshalb zahlungsfähig, weil sie

- ihre Schulden mit neuen Krediten tilgt;
- die Schuldzinsen aus neuen Krediten zahlt
- und aus Personalabbau und Sozialabbau bei Arbeitslosen und Armen finanziert;
- an Schulen und Kindergärten spart;
- die Investitionen in die Infrastruktur des Landes zusammenstreicht;
- die Massensteuern immer mehr in die Höhe schraubt.



# Willkommen in Deutschland!

Beschäftigte, Arbeitslose, RentnerInnen und Arme müssen immer mehr bluten.

Kinder werden in Kindergärten und Schulen nicht ausreichend betreut, Kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen werden immer schlechter versorgt,

Nur damit die Gläubiger der Staatsschulden 5,2% Zinsen bekommen!  
Die Privatwirtschaft bereichert sich an Krediten, die sie der Regierung u.a. aus den ihr erlassenen Gewinnsteuern zur Verfügung stellt.

Wir fordern:

## Schuldenerlaß - auch in Deutschland!

1 Staatsschulden 2002: 1.277 Mrd. Euro; Steuereinnahmen: 442 Mrd. Euro

2 Zinsen 2002: 66 Mrd. Euro, Tilgung 2002: 229 Mrd. Euro

3 Lohnsteuereinnahmen 2002: 132 Mrd. Euro

4 Gewinnsteuern 2002: rd. 34 Mrd. Euro (Gewerbsteuer; Körperschaftssteuer; veranlagte Einkommenssteuer); Subventionen an Wirtschaftsunternehmen 1998: 64 Mrd. Euro

(Angaben aus Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 10/2003.)

Zu den ökonomischen Ursachen der Staatsverschuldung: Rainer Roth, Das Kartenhaus, Frankfurt 1999

Anzeige FR 27.11.1999

### Schuldenerlass statt Sparpaket

Finanzminister Eichel bezeichnet die enormen Zinszahlungen des Staates an Banken und Anlagegesellschaften als „große soziale Ungerechtigkeit“. In der Tat: jährlich müssen Lohnabhängige, Arbeitslose und Arme über Steuern und Einsparungen mehr als 130 Mrd. DM an Zinsen aufbringen. Sozialabbau, um Gewinnsteuersenkungen und Zinszahlungen zu finanzieren, nennt die Bundesregierung „sozial ausgewogen“.

**Wir haben andere Vorschläge!**

Die Gläubiger des Staates haben lange genug von der Umverteilung von unten nach oben profitiert. Schuldenerlass und Zinssenkungen wären das Sparpaket, für das auch wir eintreten würden!

208 UnterzeichnerInnen u. a.

Ulrike Haberlandt, Kurt Klein (BS), Eva König (HB), Georg Hepburn (Zittau), Bastian Ripper (DA), Egon Dirks (KI), Willig Schmelig (Spangenberg), Gemot Köpke (Biebesheim), Gregor Böckermann, Andrea Busch, Gina Echt, Cora Molloy, Heidi Pfeiffer, Manfred Rehm, Rainer Roth, Elisabeth Schneider, Christoph Stoodt, Herbert Stom, Anna Veit, Gerhard Walentowicz (alle F), Gerhard Maul (Hofheim), Nathalie und Harald Morawietz (Weißenburg), Klara und Gerhard Mey (MZ), Werner Rügemer (K), Herbert Settele (A), Andrea Höhn (H), Dr. Edmund Haferbeck (Schwerin), Heinz und Rosmarie Bayer, Ferdinand Hareter, Michael Pilz, Friedhelm Winkel (HU), Egon Kunkel (Aschaffenburg), Reinhard Frankl (Bessenbach).

V.i.S.d.P. und weitere Informationen über Rainer Röth, Berger Str. 195, 60385 Ffm.



## Quellen

Klartext e.V. (Hg.)

### Sparen für wen?

### Schuldenerlass statt Sparpakete,

Frankfurt April 2000

<https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/sparen-fuer-wen/sparen.html>



## Inhalt

Wer oder was ist KLARtext? .....	4
Einleitung .....	9
1 Der Staat hat nicht genug Geld.....	10
... für Kindergärten .....	10
... für Schulen .....	10
... für Hochschulen und Fachhochschulen .....	10
... für Volkshochschulen.....	11
... für Krankenhäuser und Kuren .....	11
... für Pflegeheime .....	11
... für Gerichte .....	12
... für Behörden und Ämter .....	12
... für Jugendtreffs .....	12
... für öffentliche Versammlungsräume .....	13
... für kostenlose oder billige Nutzung von Sportanlagen .....	13
... für öffentlichen Nahverkehr .....	13
... für Arbeitslose .....	14
... für Rentnerinnen und Rentner .....	14
Der Staat hat nicht genug Geld für uns .....	15
2 Der Staat hat genug Geld .....	16
2.1 ... für die Subventionierung von Unternehmensprofiten .....	16
2-2 Gewinnsteuersenkungen, also Einnahmeausfälle, sind indirekte Staatsausgaben. ....	18
2-3 Der Staat hat genug Geld	
... für die Subventionierung von Firmenübernahmen und Finanzgeschäften .....	19
2-4 Der Staat behauptet, Gewinnsteuersenkungen kämen	
Investitionen und Arbeitsplätzen zugute .....	20
2-5 Der Staat hat genug Geld	
... für den Ausgleich von Verlusten der Banken aus	
windigen Geschäften .....	21
2-6 Der Staat hat genug Geld	
... für die Vermehrung des Immobilienvermögens der Reichen .....	22
2-7 Der Staat hat genug Geld für Profitsubventionen .....	24

2-8	Warum sollen wir dafür zahlen, ... daß der Staat im Interesse der Banken und Konzerne Steuerprüfungen vernachlässigt und dadurch auf Gewinnsteuern verzichtet? .....	25
2-9	Warum sollen wir dafür zahlen, daß die Reichen Steuern hinterziehen? .....	26
2-10	Warum sollen wir ferner dafür zahlen .....	27
2-11	Vorläufiger Höhepunkt der Steuergeschenke die Steuerreform 2000 .....	28
3	Wohin fließt das Geld? .....	30
3-1	Sparen für die Anhebung der Prozentsätze von Renditen? .....	30
3-2	Sparen für die Förderung der Konzentration von Banken und Konzernen? .....	32
3-3	Sparen für die Ausdehnung der Aktienmärkte? .....	33
3-4	Staatsverschuldung Folge von Profitratensubventionen .....	34
3-5	Sparen für Zinszahlungen und Tilgung der Staatsschulden? .....	36
3-6	Sparen für die Bereicherung der Banken und der Reichen .....	38
3-7	Von wem hängt der Staat ab? .....	40
3-8	Sparen für den Abbau von Staatsschulden? .....	42
4	Der Staat ist faktisch bankrott. ....	43
4-1	Stellen Sie sich vor, Ihr Privathaushalt wäre der Bundeshaushalt ... ..	43
4-2	Bundeshaushalt: 80% der Einnahmen für Zinsen und Tilgung der Schulden .....	44
4-3	Der Staat kann seine Schulden nie wieder zurückzahlen .....	45
4-4	Deutschland vergleichbar mit überschuldeten Ländern der Dritten Welt .....	47
4-5	Wollen wir, daß Finanzanleger die Haushaltspolitik bestimmen? .....	48
5	Entschuldung ist angesagt .....	50
5-1	Schuldenerlaß auch in Deutschland .....	50
5-2	Streichung der Altschulden der DDR .....	51
5-3	Schuldenerlaß Banken und Anleger sollen Eigenverantwortung tragen .....	52
5-4	Die „letzte Hoffnung“: Verdrängungskonkurrenz .....	56
Anhang		
	Flugblatt zum Schuldenerlass in Deutschland .....	59

## Einleitung

Wenn wir vom Staat etwas wollen, heißt es immer: Es ist kein Geld da. Der Staat ist verschuldet. Alle müssen sparen sagen die Politiker. Das stimmt nicht. Bei den Unternehmen als ganzen und insbesondere bei den Gläubigern der Staatsschulden wird nicht gespart. Im Gegenteil: sie werden in immer stärkeren Maße staatlich subventioniert. Wir zahlen, andere kassieren. Was gehen mich die Staatsschulden an? Fragen Sie vielleicht. Ganz einfach: Sie müssen sie bezahlen. Mit Steuererhöhungen, mit höheren Gebühren, mit der Verschlechterung staatlicher Dienstleistungen in allen Bereichen, mit Personalabbau usw.. Menschen sind lästige Kostenfaktoren, nicht nur für die Betriebe, sondern auch für den Staat. Die Bundesregierung will die Staatsschulden senken. Gut so. Das soll sie aber nicht auf unsere Kosten tun, sondern auf Kosten derer, die sie verursacht haben und derer, die von ihnen profitieren. Wenn wir die Rechnung zahlen sollen, müssen wir sie prüfen. Wer oder was hat die Staatsschulden verursacht? Für wen oder wofür sollen wir immer wieder verzichten? Warum sollen wir für Schulden geradestehen, die wir nicht verursacht haben? In dieser Broschüre stellen wir die Schulden, ihre Verursacher und Nutznießer auf den Prüfstand.

**Rainer Roth,**  
**Das Kartenhaus,**

2. aktualisierte Auflage Frankfurt/M., Oktober 1999

[https://www.klartext-info.de/alt/das\\_kartenhaus.htm](https://www.klartext-info.de/alt/das_kartenhaus.htm)

### **Vorwort**

Um die Staatsschulden zu bewältigen, müsse alles auf den Prüfstand. Es dürfe keine Tabus geben. So hört man Vertreter der Banken und Konzerne und Politiker auch nach dem Regierungswechsel reden.

Das ist richtig. Es darf vor allem keine Tabus in Form der „Heiligsprechung der Profitlogik“ (Hickel 1998, 54) und ihrer Auswirkungen auf die Staatsfinanzen geben.

Die Vertreter der Wirtschaft suchen bei jedem die Ursachen der Staatsverschuldung, nur nicht bei sich selbst. Sie suchen sie auf Kosten aller zu lösen, nur nicht auf ihre Kosten. Sie wollen alles auf den Prüfstand stellen, nur nicht sich selbst.

Das vorliegende Buch stellt die Profitlogik auf den Prüfstand.

Die vorherrschenden Erklärungen der Staatsverschuldung werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten. Sie reißen häufig Zusammenhänge auseinander, um sie nach jeweiligen Sonderinteressen zurechtzubiegen. Deshalb werden die Probleme meist nicht zu Ende durchdacht.

Uns geht es im Gegensatz dazu nicht darum, Beweise für vorgefertigte Denkschablonen und Interessen zu suchen. Es geht darum, die realen Verhältnisse schonungslos zu untersuchen und die den Erscheinungen zugrundeliegenden Gesetze wissenschaftlich zu analysieren.

Nur daraus sind praktische Möglichkeiten abzuleiten, die das Problem nicht noch verschlimmern, das sie angeblich lösen wollen.

Das Buch ist Ergebnis zahlreicher Vorträge und Ausarbeitungen der letzten Jahre. Dennoch ist es nur eine relative Annäherung an die Wirklichkeit.

Da die Entwicklungen sehr komplex sind, waren Vereinfachungen und Abstraktionen notwendig. Die Zeit, es zu schreiben, war äußerst kurz.

Die Analyse des Themas ist von daher noch nicht ausgereift.

Die zweite Auflage ist leicht überarbeitet. Die Tabellen sind aktualisiert. Das Buch ist vor dem Regierungswechsel geschrieben worden. Seine Grundaussagen treffen auch auf die neue Regierung zu.

Für Meinungsäußerungen und Anregungen bin ich sehr dankbar, zumal geplant ist, das Buch in gewissen Zeitabständen zu überarbeiten und zu aktualisieren.

Ich möchte all denen danken, die mich beim Schreiben ermutigt haben und allen, die mich in dieser Zeit trotz allem ertragen konnten.



Rainer Roth, Frankfurt im August 1999

### **Inhalt:**

1. Einleitung. Das Problem Staatsverschuldung und die gängigen Erklärungen.....	8
A Logik des Kapitals als Ursache der Staatsverschuldung.....	13
2.1 Langfristiger Fall der Profitraten durch Investitionen.....	15
2.2 Langfristiger Fall der Profitraten durch sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft.....	41
2.3 Tendenz zu sinkenden Investitionen.....	54
2.4 Folge langfristig fallender Profitraten – Kapitalüberschuss als Basis des Rentnerkapitalismus.....	59
2.5 Staatliche Reaktion auf fallende Profitraten sinkende Gewinnsteuern und höhere Subventionen.....	69
2.6 Profitratensubventionen Hauptursache der Staatsverschuldung.....	83

2.7 Staatliche Profitratensubventionen Subvention des privaten Kapitalüberschusses.....	92
2.8 Staatsverschuldung Motor der Nachfrage und des Wachstums.....	95
3.1 Sozialausgaben Hauptursache der Staatsverschuldung?.....	102
3.2 Sozialleistungen als Lohnsubventionen.....	117
3.3 Allgemeine staatliche Lohnkostenzuschüsse.....	139
3.4 Sozialabbau z u r Refinanzierung der Profitratensubventionen.....	146
3.5 Lohnsteuerund Mehrwertsteuererhöhungen zur Refinanzierung von Profitratensubventionen.....	150
4.1 Zusammenfassung: Ökonomische Ursachen der Staatsverschuldung.....	158
4.2 Zusammenfassung: Illusionen der Politiker und Marktillusionen.....	164
B Logik des Geldkapitals als Ursache der Staatsverschuldung.....	173
5.1 Schuldendienst (Zins und Tilgung) als eigene Quelle der Staatsverschuldung.....	175
5.2 Tendenzieller Fall der Bankkrediten als Ursache der Staatsverschuldung.....	190
5.3 Förderung der Aktienspekulation als Ursache der Staatsverschuldung.....	205
5.4 Privatisierung von Staatsbetrieben: Subventionierung privater Profitraten durch höhere Staatsverschuldung.....	227
C Privatinteressen im Staatsapparat als Ursache der Staatsverschuldung.....	239
6.1 Selbstbedienung der politischen Klasse und der Parteien.....	241
6.2 Privatinteressen der Parteien Parlamentarische Demokratie als Ursache der Staatsverschuldung.....	253
6.3 Komplizierte Gesetze Ausdruck von komplizierten Privatinteressen.....	261
6.4 Ausdehnung der Staatsbehörden als Ursache der Staatsverschuldung.....	268
6.5 Öffentliche Verschwendung und private Interessen.....	280
6.6 Staatsverschuldung Ergebnis von Gesetzesbrüchen?.....	292
D Internationalisierung (Globalisierung) als Ursache der Staatsverschuldung.....	301
7.1 Gefahr einer Weltwirtschaftskrise.....	303
7.2 Internationale Anlage des Kapitalüberschusses Direktinvestitionen und Staatsverschuldung.....	315
7.3 Internationale Anlage des Kapitalüberschusses -Aktienund Kreditspekulation.....	323
7.4 Warenüberschuss und Warenexport.....	328
7.5 Globaler Rentnerkapitalismus.....	334
7.6 Europäische Wirtschaftsund Währungsunion.....	352
7.7 Deutsche Vereinigung und Staatsverschuldung.....	360
E Vom Keynesianismus zum Neoliberalismus.....	365
8.1 Über den Keynesianismus.....	367
8.2 Über den Neoliberalismus.....	380
F Ausblick.....	391
9.1 Das Problem Staatsverschuldung und die gängigen Lösungen.....	393
9.2 Private und staatliche Interessen.....	409
9.3 Allgemeininteresse Interesse der Lohnabhängigen.....	418
Anhang.....	
Schröders Sparpaket: Gewinner ist das Kapital.....	427
Begriffe.....	430
Literaturverzeichnis.....	440
Stichwortverzeichnis.....	447

## IV Arbeitslosigkeit

Ob bei der früheren Sozialhilfe, bei Hartz IV oder Bürgergeld: Für Vertreter des Kapitals steht fest, dass die Leistungen deutlich zu hoch sind und den Arbeitswillen lähmen, d. h. Faulheit statt Fleiß erzeugen (vgl. dazu Nebensache Mensch, Seite 15-38 unter Quellen). Geld fürs Nichtstun abzuschaffen, ist damals wie heute die Devise des Kapitals und seiner Medien.

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) im Jahre 2004 sollte sich das ändern. Hat es das?

Im Jahr 2000 gab es 35,229 Millionen beschäftigte Lohnabhängige, 2023 waren es 42,054 Millionen, also 6,825 Millionen mehr. Also ein deutlicher Erfolg!?

Aber 4,803 Millionen waren marginal Beschäftigte, überwiegend Minijobber, die von ihrem Lohn nicht leben können, also ein Produkt der Hartz-Reformen. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit einer Wochenarbeitszeit von um die 20 Stunden hat um 2,023 Millionen zugenommen.

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten dagegen ist in diesen 23 Jahren Jahren trotz der massiven Hartz-Reformen“ mit 25.650 Personen gleich geblieben. Deren Arbeitsvolumen, d. h. die Gesamtheit der gearbeiteten Stunden, sank sogar von 42,687 Milliarden im Jahr 2000 auf 41,096 Milliarden Stunden in 2023.

Das Arbeitsvolumen der Teilzeitbeschäftigten dagegen explodierte in diesem Zeitraum von 5,673 Milliarden auf 12,939 Milliarden Stunden.

Immer mehr Lohnabhängige arbeiten in Arbeitsverhältnissen mit Löhnen, von denen man als Alleinstehender nicht leben kann.

Andererseits geht die Explosion der Teilzeitbeschäftigung überwiegend auf Frauen zurück, die mit Partnern (und Kindern) zusammenleben, und mit TZ- Arbeit zum Familieneinkommen beitragen (müssen), weil der Lohn eines VZ- Beschäftigten allein nicht mehr ausreicht, die gegenwärtigen Alltagsbedürfnisse zu befriedigen. Die durchschnittliche Gesamtarbeitszeit einer Familie mit Kindern tendiert also in Richtung 60 Stunden, während sie in den 1980er Jahren noch bei rund 40 Stunden lag. Die Arbeitszeit von VZ-Beschäftigten müsste also deutlich reduziert werden, um eine annehmbare Balance zwischen Beruf und familiären Pflichten zu schaffen. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbänden jedoch fordert spürbare Arbeitszeitverlängerungen.

Haben die Hartz-Reformen wenigstens zu einer drastischen Reduzierung der Faulheit, d. h. der Arbeitslosigkeit beigetragen?

Im Jahr 2000 gab es 3.889 Millionen registrierte Arbeitslose, in 2023 nur noch 2.609 Millionen.

Also ein deutlicher Erfolg der Reformen?

Doch im Jahr 2000 hing der Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose noch nicht von einer Bedürftigkeitsprüfung nach Art der Sozialhilfe ab. Sie war, wenn die geforderten Jahre an Beiträgen vorlagen, ein Prozentsatz des Nettolohns. 2023 dagegen bezogen zwei Drittel der Arbeitslosen Bürgergeld, d. h. Sozialhilfe. Nur noch ein Drittel bekam Arbeitslosengeld ohne Bedürftigkeitsprüfung. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft. Das sollte ein Arbeitsanreiz sein, der der Faulheit entgegenwirkt.

Die Arbeitslosenzahlen sind allerdings eine Beschönigung. Sie berücksichtigen nicht die massiven Zu- und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit. Sie erzeugen den falschen Eindruck, dass die registrierten Arbeitslosen das ganze Jahr arbeitslos sind. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen ist jedoch erheblich höher. Sie besteht aus der Zahl der Arbeitslosen im Dezember jeden Jahres plus der Zahl derjenigen, die die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres beendet haben.

Diese Zahl hat sich 2023 mit 9,007 Mio. (2.637 Mio. im Dezember plus 6,370 Millionen Abgänge aus der Arbeitslosigkeit) gegenüber 2000 kaum verändert.

Die Gesamtzahl der im Laufe des Jahres Arbeitslosen war 9,627 Mio. (2.453 Mio. im Dezember 2000 und 7,173 467 Mio., die 2023 die Arbeitslosigkeit beendet haben. Die Arbeitslosenquote ist dennoch gesunken, weil die um Teilzeitkräfte und marginal Beschäftigte aufgebauchte Zahl der Lohnabhängigen um 6,8 Mio. zugenommen hat. Sie halbierte sich deshalb von 10,7 Prozent in 2000 auf 5,7 Prozent in 2023.

Quellen: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), Arbeitsmarkt 2000 und 2023 sowie IAB-Kurzbericht 6/2024, 11 und IAB-Kurzbericht 1/2001, 9 ([https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV48.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV48.pdf))

# **Mit Dienstsänften Arbeitslosigkeit halbieren!**

**Mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze möglich!**

## **Dienstsänften statt Dienstwagen**

Wie wir alle wissen, können Arbeitsplätze in Zukunft nur noch im Leisten von Diensten entstehen.

Wir schlagen vor, in einem ersten Schritt alle Dienstwagen wenigstens im innerstädtischen Verkehr durch Dienstsänften zu ersetzen. Statt einem Chauffeur pro Auto könnten dann acht Sänftenträger pro Sänfte beschäftigt werden. Bei 300.000 Dienstwagen wären das 2,1 Millionen mehr Arbeitsplätze (ohne die Sänftenträger-Reserve).

Von Asien lernen.

## **Prototyp von Klartext entwickelt**

Dienstsänften sind nicht nur sozial, sondern auch umweltverträglich, da der Ausstoß von CO2 vollkommen entfällt und Sänftenträger nur drei Liter Wasser auf 100 km brauchen.

Es wäre technisch möglich, eine Acht-Zylinder-Sänfte herzustellen, wenn jeder Sänftenträger einen Zylinder trägt.

Wir bedauern, dass bisher, insbesondere von Mercedes, noch nicht die arbeitsplatzschaffende Wirkung des Sänftenbaus erkannt wurde. Um den Standort Deutschland zu fördern, haben wir deshalb in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro den Prototyp einer Dienstsänfte entwickelt.

## **Staat muß Rahmenbedingungen schaffen**

Wir haben in einer mehrmonatigen Erprobungsphase die Grundlagen für die Qualifikation zum Diplom-Sänftenträger entwickelt. Sie können dank der Hartz-Reform als Ich-AG oder als Mini-Jobber arbeiten.

Um den notwendigen Umstieg auf Dienstsänften nachhaltig zu fördern, ist die völlige und unbefristete Übernahme aller Lohnkosten durch das Arbeitsamt notwendig. Wir erwarten von der Bundesregierung einen entsprechenden Entwurf für ein Drittes Gesetz Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt.

## Spaß beiseite

Besser ist:

30-Stunden-Woche

bei vollem Lohnausgleich!

Von 1991 bis 2000 stiegen

- die Produktivität von IndustriearbeiterInnen um 75%, stieg aber auch die tatsächliche Jahresarbeitszeit vollzeitbeschäftigter ArbeitnehmerInnen.<sup>1</sup>

Von 1991 bis 2000 stiegen

- die Profite der Kapitalgesellschaften um 58% auf 300 Mrd. €, während der Reallohn eines durchschnittlichen Arbeitnehmers fiel.<sup>2</sup>

Die Einkommen der Erwerbstätigen blieben weit hinter der Produktivität und den Gewinnen zurück.

Lohnverzicht und

Verlängerung der Arbeitszeit

schaffen keine Arbeitsplätze.

- Die Arbeitslosigkeit ist von 1991 bis 2000 um 50% gestiegen.
- Die Investitionen in der Industrie lagen 2000 niedriger als 1991.<sup>3</sup>

Februar 2003

(1) Statistisches Taschenbuch 2002, Tab. 3.1; IG Metall, Report 2001, Tab. G 4.1

(2) Statistisches Jahrbuch 2002, Tab. 24.13; FR 8.12.2001, 9

(3) Sachverständigenrat Jahresgutachten 2002/2003, Stuttgart 2002, 434f.





# Arbeitslose alles Faulenzer?

Schröder:

"Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!"



1973 gab es 273.000 Arbeitslose. 2004 sind es 4.400.000.

**Werden wir immer fauler?**

Auf 4,4 Millionen Arbeitslose kamen 0,3 Millionen offene Stellen.

**Sind 4,1 Millionen Arbeitslose Faulenzer?**

2004 gab es 500.000 Arbeitslose mehr als 2000.

**Nimmt die Faulheit im neuen Jahrhundert sprunghaft zu?**

50-Jährige sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie 25-Jährige.

**Nimmt die Faulheit mit wachsendem Alter zu?**

Bauarbeiter werden im Winter häufig arbeitslos.

**Nimmt die Faulheit im Winter zu?**

In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie im Westen.

**Sind Ostdeutsche mehr als doppelt so faul wie Westdeutsche?**

BezieherInnen von Arbeitslosengeld II bekommen im Schnitt 650 €.

(4,23 € tgl. für Essen/ Trinken)

**Meinen Sie wirklich, dass sich "Faulheit" lohnt?**

Zwei Drittel der Arbeitslosen haben eine Berufsausbildung.

**Ist jemand faul, der nicht jede Arbeit für zumutbar hält?**

Auch beschäftigte Arbeitskräfte, die nicht für weniger Geld immer länger arbeiten wollen, gelten als Faulenzer. Wer dagegen Kapital hat, ist angeblich immer fleißig.

## Nicht Faulheit

# Profit ist das Problem!

-> Mit immer besseren Maschinen und Anlagen werden immer mehr Arbeitskräfte überflüssig. Ob sie fleißig waren oder nicht, spielt keine Rolle.

-> Arbeitskräfte werden letztlich nur beschäftigt, wenn sie Profit bringen. Der Nutzen einer Arbeit für die Gesellschaft zählt nicht viel.

-> Wer zu wenig einbringt, weil z.B. "zu alt", findet erst recht kaum noch Arbeit.

-> Kapital ist "zu faul zu arbeiten", wenn die Rendite nicht stimmt.

-> Moderne Maschinen verkürzen die Arbeitszeit für Produkte.

Doch die Arbeitszeit wird verlängert und immer stressiger, damit sich die teuren Investitionen lohnen. Arbeitslose bleiben draußen. Fleiß spielt keine Rolle.

\* In der Krise 2001-2004 wurden noch mehr Menschen arbeitslos. Krisen entstehen nicht, weil wg. Faulheit zu wenig, sondern weil zu viel produziert wird. Zu viele Waren, zu viel Kapital. Das lässt die Profite abstürzen. Die Überproduktion muss vernichtet werden. Noch bessere Maschinen werden angeschafft, um aus der Krise herauszukommen. Und alles geht mit noch weniger Personal wieder von vorne los.

Je "fleißiger" die Beschäftigten sind, je mehr Kapital sie produzieren, desto eher werden und desto länger bleiben sie arbeitslos.

Wir arbeiten zu viel! Wir haben ein Recht auf "Faulheit"!

Wir haben kein Interesse, für weniger Lohn mehr zu arbeiten, nur um bei Millionären nicht als Faulenzer zu gelten.

Die leben im übrigen nur deshalb im Luxus, weil sie andere für sich arbeiten lassen.

## Weniger arbeiten =

## weniger Arbeitslose!

## 30 Stunden in der Woche sind genug!

---

(KLARtext Dezember 2003)

---

# Das Arbeitslosengelöbnis

(1 x täglich langsam aufsagen)

**Wir geloben,**  
alle Schuld für unsere Arbeitslosigkeit auf uns zu nehmen  
und den Gewinnen der Arbeitgeber  
in Zukunft  
die notwendige Ehrerbietung zu erweisen.



**Wir geloben,**  
die Agenda 2010 zu unterstützen.  
Denn je schneller es uns Arbeitslosen  
und allen ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern  
schlechter geht,  
desto besser ist es für uns und alle.  
Dass es uns im eigenen Interesse immer schlechter gehen möge,  
ist unser innigster Wunsch.



**Wir geloben,**  
uns unermüdlich für die Senkung unserer Unterstützungen  
und Löhne einzusetzen,  
um unsere Abneigung gegen Arbeit zu überwinden.  
Denn Arbeit an sich ist sozial, jetzt und in Ewigkeit.



**Kanzler, wir sind bereit.  
Durch uns geht ein Ruck.  
Wir haben verstanden.**

---

## **4,4 Millionen Arbeitslose 286.000 offene Stellen**

2004 kam eine offene Stelle auf fünfzehn Arbeitslose. Die Zahl der offenen Stellen hat abgenommen und die der Arbeitslosen zugenommen.

Die "Arbeitgeber" brauchen mit steigender Produktivität immer weniger Arbeitskräfte und laden die Überflüssigen auf dem Arbeitsmarkt ab.

Sie haben in Konkurrenz zueinander erheblich mehr Waren produziert, als die Märkte aufnehmen konnten. Dadurch haben sie die Krise 2001-04 und die jetzige Stagnation verursacht und noch mehr Arbeitslose produziert.

### **An dieser Wirtschaft ist etwas faul.**

Um davon abzulenken regen sich Regierung, Arbeitgeberverbände und Medienkonzerne über die "faulen Arbeitslosen" auf, denen es angeblich zu gut geht. "*Niemandem wird künftig gestattet sein, sich zu Lasten der Gemeinschaft zurückzulehnen*", drohte Schröder vor allem den älteren Arbeitslosen. Sie sind oft länger als ein Jahr arbeitslos, weil sie kaum noch einer einstellt. (Regierungserklärung vom 14.3.2003)

Auch die "Arbeitgeber" werfen den 4.4 Millionen Arbeitslosen vor, sie wollten die 300.000 offenen Stellen nicht besetzen, weil zu viel Stütze bekämen.

Um das zu ändern wollen sie die Regelleistung für Arbeitslosengeld II-Bezieher von 345 € auf rd. 240 € senken oder sogar auf die Hälfte.

Regierung und "Arbeitgeber" wollen den Arbeitslosen Beine machen. Sie sollen Stellen besetzen, die es gar nicht gibt, und zu Löhnen arbeiten, von denen man nicht leben kann.

Alle sollen sich einschränken, damit die Lohnkosten für die Unternehmen sinken und ihre Profite steigen. Alle sollen sich einschränken, damit die Staatsausgaben sinken und die Unternehmen noch weniger Körperschafts- bzw. Einkommensteuer zahlen müssen. Deshalb die Agenda 2010. Das Kapital kann wegen seiner Profitinteressen mit immer mehr Menschen immer weniger anfangen.

**Hier** ist etwas faul, nicht bei den Arbeitslosen und Beschäftigten.

**Wer Arbeitslosigkeit erzeugt, soll auch für sie zahlen.**

**Statt massivem Sozialabbau -  
Rücknahme der massiven Steuersenkungen auf  
Gewinne und Vermögen!**

April 2005



## 30 Stunden sind genug!

Weniger Stress, weniger gesundheitliche und psychische Belastungen, mehr Zeit für PartnerIn, Kinder und Freundschaften, für gesellschaftliche, politische, kulturelle und sportliche Betätigung sind ohne Arbeitszeitverkürzung unmöglich. In einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW, Juni 2008) wünscht sich die Mehrheit der befragten 30.000 Personen eine deutliche Arbeitszeitverkürzung auf 34,5 Stunden. 2003 hatte eine Befragung ergeben, dass Eltern sich im Schnitt 31,4 Stunden wünschen.<sup>2</sup> Kürzere Arbeitszeiten sind unverzichtbare Voraussetzungen für menschliche Selbstentfaltung und emanzipative Partnerschaftsverhältnisse.

**Höhere Produktivität ...**

Die Möglichkeit für Arbeitszeitverkürzung steigt weltweit mit der Arbeitsproduktivität. In der Industrie Deutschlands z.B. stieg die Produktivität pro Beschäftigtenstunde von 1991 bis August 2008, dem Monat vor Ausbruch der Krise, um über 100 Prozent,<sup>3</sup> in der Gesamtwirtschaft pro Erwerbstätigenstunde um mehr als ein Drittel.<sup>4</sup>

Doch die Investitionen, die höhere Produktivität ermöglichen, müssen unter kapitalistischen Bedingungen maximale Rendite bringen. Je mehr Kapital in Maschinen und Anlagen steckt, desto länger müssen diese laufen, desto rationeller muss die Arbeitskraft ausgebeutet werden. Das erzeugt u.a. die Tendenz, die Arbeitszeit je nach Bedarf zu verlängern bzw. die Tendenz zu Arbeit auf Abruf („Flexibilisierung“). Das Kapital verwandelt die Lebenszeit in ein bloßes Anhängsel der Arbeitszeit.

**... trotzdem Arbeitszeitverlängerung ...**

Die tatsächliche jährliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland ist trotz gesteigener Produktivität 2008 auf 1.676 Stunden gegenüber 1.642 Stunden im Jahr 1993 gestiegen.<sup>5</sup> Unbezahlte Mehrarbeit eingerechnet, geht die EIRO<sup>5</sup> für das 3.Quartal 2008 von 41,2 Wochenstunden in Deutschland aus. Die Explosion von Nebenjobs und längere

<sup>2</sup> nach Helmut Spitzley, Arbeit flexibel und familienbewusst gestalten, 26.02.2008

<sup>3</sup> [www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen) -> USB06

<sup>4</sup> [www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen) -> JAB016

<sup>4</sup> IAB-Kurzbericht 6/2009,12; IAB-Kurzbericht 8/2002,7: erst ab 1993 liegen gesamtdeutsche Statistiken vor.

Wegezeiten sind ebenso wenig berücksichtigt wie die deutliche Zunahme der Gesamtarbeitszeit von Familien gegenüber den 70er Jahren, um die steigenden Unterhaltskosten von Familien zu decken. Auch die Lebensarbeitszeit wurde mit höheren Renteneintrittsaltern verlängert.

**... bei sinkender Nachfrage nach Arbeitskraft**

Mit wachsender Produktivität sinkt die Nachfrage nach Arbeitskraft. Das Arbeitsvolumen der Lohnabhängigen fiel von 51,8 Mrd. Stunden im Jahre 1992 auf 48,5 Mrd. im Jahr 2008. Die Zahl der erwerbsfähigen Personen dagegen stieg von 41,4 Millionen auf 44,4 Millionen.<sup>(6)</sup>

Das gesunkene Arbeitsvolumen führte aber nicht zu Arbeitszeitverkürzung für alle, sondern zu einem drastischen Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen (von 29,6 Mio. auf 23,8 Mio.), einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, wie befristeter Arbeit und Leiharbeit, einer Explosion der Teilzeitarbeit (von 5,7 auf 12,1 Mio.) und höherer Arbeitslosigkeit (offiziell 1992: 3 Mio. 2008: 3,3 Mio.).

Die steigende Produktivität, das wichtigste Instrument zur Arbeitszeitverkürzung, für menschliche Selbstentfaltung und emanzipative Partnerschaftsverhältnisse, kurz: für eine höhere Lebensqualität, verschlechtert unter kapitalistischen Bedingungen die Lage der LohnarbeiterInnen, vergrößert ihre Existenzunsicherheit und ruiniert ihre sozialen Beziehungen und ihre Gesundheit.

Je mehr Menschen überflüssig gemacht werden, desto eher kann das Kapital die Arbeitszeiten der Arbeitenden verlängern bzw. flexibilisieren und ihre Löhne senken. Sinkende Löhne wiederum erhöhen die „Bereitschaft“, länger zu arbeiten und damit weitere Arbeitslosigkeit zu erzeugen.

Dieser irrwitzige Zustand folgt notwendig daraus, dass Produktionsmittel und menschliche Arbeitskraft unter kapitalistischen Bedingungen nur der rentablen Vermehrung des Kapitals dienen müssen.

**Der Kampf für kollektive Arbeitszeitverkürzung ist eines der wichtigsten Mittel, dem entgegenzuwirken.**

<sup>5</sup> Europäische Beobachtungsstelle für Arbeitsbeziehungen (Eiro), working time developments 2008; [www.eurofound-europa.eu/eiro/studies](http://www.eurofound-europa.eu/eiro/studies)

<sup>6</sup> IAB-Kurzbericht 1999,11; IAB-Kurzbericht 6/2009,11

30 Stunden sind genug!

## Arbeitszeitverlängerung verschärft Krisen

Höhere Produktion und relativ dazu sinkende Kaufkraft sind das Ergebnis der steigenden Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen. Dieser Widerspruch führt zu Überproduktion. Er entlädt sich alle Jahre wieder in Krisen. Arbeitszeitverlängerungen verschärfen die Überproduktion. Das Ergebnis von vielen Millionen Arbeitsstunden wird wieder vernichtet. Erst Schuftten wie blöd, dann rumstehen – was soll das?

Gerade jetzt muss das Thema Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung.

## Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich!

In vielen Betrieben wird die Arbeitszeit in Folge von Auftragseinbrüchen drastisch verkürzt. Entweder in Form von Kurzarbeit, teilweise ausgeglichen durch die Arbeitslosenversicherung, also durch Lohnbestandteile, teilweise aufgestockt von Betrieben. Es gibt aber weder vollen Lohnausgleich noch eine drastische **kollektive** Arbeitszeitverkürzung.

Die Lohnabhängigen sind lange genug um die Früchte ihrer gestiegenen Produktivität geprellt worden. Die Nettolöhne und -gehälter der Lohnabhängigen wuchsen von 1991 bis 2008 um 33,6 Prozent auf 643 Mrd. Euro. Sie fielen aber wegen der um 40,4 Prozent gestiegenen Verbraucherpreise real um etwa 7 Prozent.

Die Gewinne aus "Unternehmertätigkeit und Vermögen" dagegen stiegen von 1991 bis 2008 um 91,3 Prozent auf 661 Mrd. €. Das Kapital hat gewonnen. Es hat sich das komplette Ergebnis der gestiegenen Produktivität in dieser Zeit alleine angeeignet. Worauf soll also noch Rücksicht genommen werden?

## 30-Stunden-Woche – eine langfristige Forderung!

1866 forderte die Internationale Arbeiterassoziation die 48-Stunden-Woche, als die Arbeitswoche noch 72 Stunden dauerte. Mehr als 50 Jahre später wurde 48-Stunden-Woche in der Novemberrevolution für kurze Zeit durchgesetzt, aber erst 90 Jahre später wurde sie zur Regel.

Ab Ende der 70er Jahre wurde die 40-Stunden-Woche zur Normalarbeitszeit, eine Forderung aus den 20er Jahren.

- Bündnis 31. Januar
- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)

Die 35-Stunden-Woche wurde in den 1980ern ab 1995 vor allem in der Metallindustrie eingeführt, aber heute vielfach durchbrochen.

Die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist kein „unrealistisches“ Hirngespinnst. Sie steht in der Tradition einer Arbeiterbewegung, die ihre Grundinteressen nicht aus Rücksicht auf das Kapital aufgibt. .

## 30 Stunden sind genug!

Angesichts der faktischen Rückkehr zur 40-Stunden-Woche stehen gerade in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit der Sechstuentag und die 30-Stunden-Woche auf der Tagesordnung. Den Kampf für langfristige Ziele aufzugeben, bedeutet, sich der Kapitalverwertung zu unterwerfen und letztlich Arbeitszeitverlängerung zu ermöglichen. Eigene Lebensbedürfnisse zu formulieren, ist in Krisenzeiten dringender denn je.

## Arbeitszeitverkürzung mit vollem Personalausgleich!

Gesetzliche Arbeitszeitverkürzungen verringern das Angebot an Ware Arbeitskraft. Sie wirken damit der Arbeitslosigkeit entgegen, vor allem dann, wenn ein voller Personalausgleich erkämpft wird. Der volle Personalausgleich ist notwendig, damit Arbeitszeitverkürzungen die Arbeitsbelastungen tatsächlich verringern.

## 30-Stunden-Woche: Beseitigung der Arbeitslosigkeit?

Obwohl die Arbeitszeit in der Geschichte der BRD um etwa 10 Wochenstunden verkürzt wurde, ist die Arbeitslosigkeit erheblich gestiegen. Die Produktivität, nicht zuletzt durch kürzere Arbeitszeiten beflügelt, hat sich noch schneller entwickelt; Krisen tun das Übrige. Dennoch: der Kampf für eine drastische Arbeitszeitverkürzung liegt im gemeinsamen Interesse von beschäftigten und erwerbslosen Lohnabhängigen. Ihn aufzugeben, fällt den beschäftigten und den erwerbslosen LohnarbeiterInnen in den Rücken. Ihn wieder aufzunehmen, stärkt beide.

- Tacheles e.V.
- Klartext.e.V.
- Labournet Germany
- Anti-Hartz-Bündnis Berlin
- Die Linke, OV Uslar (Solling)

1866



1920er



1990er



Dezember 2009

## Quellen

**Rainer Roth**

### **Nebensache Mensch.**

Arbeitslosigkeit in Deutschland, Frankfurt/M.,  
Mai 2003, 600 Seiten

Im ersten Teil des Buchs belegt Roth, dass weder das Alter noch die Jugend, weder zu hohe Löhne noch zu hohe Sozialhilfe, weder mangelnde Qualifikation noch die Ausländer an der steigenden Arbeitslosigkeit schuld sind.

Im zweiten Teil stellt er das Wirtschaftssystem selbst auf den Prüfstand. Arbeitslosigkeit ist Folge höherer Produktivität. Aber nur deswegen, weil Menschen Nebensache und die Kapitalvermehrung die Hauptsache ist. Roth beschäftigt sich ausführlich mit den Ursachen von Krisen und »Arbeitslosigkeit« des Kapitals.

Im dritten Teil untersucht Roth kritisch die Wirkung der wichtigsten bisherigen Lösungswege in Bezug auf die Arbeitszeit, die Löhne, den Staat und die Eigentumsverhältnisse. Er setzt sich mit Forderungen nach 30-Stunden-Woche, Mindestlöhnen, Steuersenkungen und öffentlicher Beschäftigung auseinander. Das Buch ist ein leicht verständliches Nachschlagewerk. Sie können bei jedem beliebigen Kapitel anfangen und aufhören. Im pdf

herunterzuladen: [http://www.klartext-info.de/alt/buecher/Nebensache\\_Mensch\\_2005.pdf](http://www.klartext-info.de/alt/buecher/Nebensache_Mensch_2005.pdf)



### **Buch-Besprechung von Robert Schlosser**

[www.robert-schlosser.de/Soziale\\_Emanzipation/\\_private/Nebensache%20Mensch.pdf](http://www.robert-schlosser.de/Soziale_Emanzipation/_private/Nebensache%20Mensch.pdf)

#### **»Nebensache Mensch« -**

#### **Ein antikapitalistisches Lesebuch, das es in sich hat**

Wer heute nach ebenso lebendiger wie radikaler Ökonomiekritik sucht, um nicht im Sumpf der öffentlichen Meinung und der Stammtische völlig die Orientierung zu verlieren, braucht Geduld und eine Lupe mit starker Vergrößerung, um fündig zu werden. Die Bücher von Rainer Roth zählen zu den wenigen Lichtblicken in der oft langweiligen, desorientierten linken Ideologieproduktion, in der die soziale Frage häufig nur noch ein Schattendasein führt. Bei Rainer Roth erhält man wieder eine Vorstellung vom Ziel sozialer Emanzipation, deren Konsequenz sich wie von selbst aus seiner Kapitalkritik ergibt. Nach dem »Kartenhaus«, das sich mit den Ursachen der Staatsverschuldung auseinandersetzt, ist jetzt im DVS-Verlag »Nebensache Mensch« erschienen, das den Ursachen der Lohnarbeitslosigkeit im heutigen deutschen Kapitalismus nachgeht.

#### **Was will der Autor mit dem Buch?**

*„Das Buch hat einen einzigen Zweck: Es will nachweisen, dass nicht LohnarbeiterInnen und Arbeitslose für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, sondern das Kapital. Und es will nachweisen, dass die Lösung des Problems nicht darin liegen kann, dass die LohnarbeiterInnen sich unter der Leitung von Gewerkschaftsfunktionären selbst bekämpfen. Arbeitslosigkeit bedeutet eine ungeheure Ver-*

*schwendung menschlicher Energien. Die Wirtschaftsordnung, die solche Probleme erzeugt, steht selbst auf dem Prüfstand.“ (S. 6)*

Die Apologeten der Marktwirtschaft – ob diese nun als frei oder sozial tituliert wird – haben sich verschärft darauf verständigt, dass die Unternehmen ent- und die Lohnabhängigen belastet werden müssen. Speziell für die Arbeitslosen müsse der »Arbeitsanreiz« durch Leistungskürzungen erhöht werden, damit sie jede »zumutbare« Lohnarbeit akzeptieren. Mit Hilfe des blanken sozialen Zynismus wird Jesus nachgeeffert: Diesmal geht es aber nicht darum, Tausende mit einem Leib Brot zu speisen, sondern über 4 Millionen Arbeitslose auf nicht einmal 500000 freie Lohnarbeitsplätze zu verteilen. Die Wunderheiler des Kapitals scheuen vor keiner dreisten Denunziation zurück, wenn sie ihr asoziales Skalpell ansetzen.

### **Über Leistungsträger und Faulenzer**

Im ersten Teil seines Buches beleuchtet Rainer Roth all jene »ökonomischen Weisheiten«, wonach die Lohnabhängigen selbst Schuld an der Lohnarbeitslosigkeit sind, wie zum Beispiel das »Faulheitsargument«: Alle Varianten dieses Arguments werden aufgenommen und schlagend widerlegt. In diesem Zusammenhang weist Roth auch auf Folgendes hin: „Das Faulheitsgerede entsteht nicht an bierseligen, dumpfen Stammtischen, sondern in den kühlen Chefetagen. Es verbreitet sich von da aus über die Sprachrohre der Medienkonzerne und der führenden Politiker und gibt den Stammtischen Nahrung.“ (S. 24) Mögen die Denunzianten und Demagogen nun Hundt, Henkel, Braun, Schröder, Clement, Westerwelle, Miegel .... heißen, alle spielen die gleiche Melodie. Rainer Roth führt diese Koalition der fleißigen »Leistungsträger« vor, und er spricht aus, was für die Konsensmacher der Marktwirtschaft tabu ist: „Es gibt Hunderttausende von Menschen, die sich als Kapitalbesitzer der Lohnarbeit bzw. der Arbeit überhaupt entziehen, ohne diskriminiert zu werden. Im Gegenteil, sie verkaufen sich als Leistungsträger, nur weil sie besitzende Faulenzer sind.“ (S. 35) Schön, dass es noch Leute gibt, die diesen Umstand nicht übersehen oder einfach als natürliche Gegebenheit akzeptieren. Bekanntlich verweisen Wunderheiler gern auf »leuchtende Beispiele« für die Wirksamkeit ihrer Rezepturen. Die deutschen Virtuosen von Angebot und Nachfrage haben in den letzten Jahren oft auf die USA und die Niederlande und deren »grandiose« Erfolge im Kampf gegen die Lohnarbeitslosigkeit verwiesen. Roth weist nach, dass in diesen Ländern nicht die Zahl der Lohnarbeitslosen spürbar verringert wurde, sondern nur die Zahl derer, die von der Statistik erfasst wurden.

### **Zu wenig zum investieren**

Im zweiten Teil seines Buches beschäftigt sich der Autor mit den wirklichen Ursachen von Lohnarbeitslosigkeit im Kapitalismus.

*„Das Kapital geht davon aus, dass Arbeitslosigkeit eine Folge der Unfähigkeit von LohnarbeiterInnen ist, sich seinen Forderungen anzupassen. Die LohnarbeiterInnen hemmen gewissermaßen den Fortschritt. Sie sind faul, träge, egoistisch, unbeweglich und zu anspruchsvoll, unabhängig davon, ob sie arbeitslos sind oder arbeiten. Sie kosten immer zu viel und schwächen damit das Kapital. Sie bringen den Privateigentümern zu wenig ein, so dass sich ihre Beschäftigung oft nicht lohnt ... Mit anderen Worten: die mangelnde Produktivität der LohnarbeiterInnen soll die Hauptursache der Arbeitslosigkeit sein ... In Wirklichkeit ist es (nämlich) umgekehrt: Es ist die steigende Produktivität selbst, die, eingepresst in die Zwänge der Kapitalverwertung, immer mehr Menschen überflüssig macht und sie in Arbeitslose verwandelt. Das Kapital wird mit der steigenden Produktivität nicht fertig. Die steigende Produktivität führt unter seiner Regie tendenziell zu einem Fall der Profitraten. Sie führt deshalb gleichzeitig zu wachsender Investitionsmüdigkeit und zu riesigen Kapitalüberschüssen. Die Arbeitslosigkeit des Kapitals ist die Kehrseite der Arbeitslosigkeit der Ware Arbeitskraft ... Das Kapital selbst ist die wahre »Problemgruppe.«“ (S. 208f.)*

In den bürgerlichen Wirtschaftsstatistiken wird die Rentabilität des Kapitals in Begriffen wie »Nettoumsatzrendite«, »Sachkapitalrendite« oder auch »Kapitalproduktivität« ausgedrückt, niemals



werden die Profite auf das gesamte vorgeschossene Geldkapital bezogen. Immerhin weisen alle diese Indikatoren für die Profitrate des Kapitals darauf hin, dass die Rentabilität des Kapitals tendenziell, d. h. über konjunkturelle Schwankungen hinaus deutlich abnimmt. Die Entwicklung der »Sachkapitalrendite« zeigt diesen Prozess übrigens für alle großen, kapitalistischen Industrieländer, unabhängig von der Höhe der Löhne und vom Umfang der Sozialleistungen. Selbstverständlich kann sich das »Sachkapital«, das in Maschinen, Gebäuden etc. angelegte Geldkapital, nicht dagegen wehren, ins Verhältnis zum erzielten Profit gesetzt zu werden, auch wenn es mit dem Zustandekommen dieses Profits nur am Rande zu tun hat. »Sachkapital« kann überhaupt keinen Wert und schon gar keinen Mehrwert erzeugen. Sein Wert wird während der Produktion, im Laufe seines Verschleißes lediglich auf das neue Produkt übertragen. Allein die Ware Arbeitskraft kann mehr Wert erzeugen, als sie selbst verkörpert. Auch diesen grundlegenden sozialen und ökonomischen Tatbestand kann Roth mit einfachen Worten überzeugend darstellen.

Er zeigt, dass das, was landauf landab als Lösung des ökonomischen Übels der zu niedrigen Kapitalrentabilität gepriesen wird, die »segensreiche« Investitionstätigkeit der Unternehmen, weit mehr Ursache als Lösung des Problems ist. Über die Jahre zeigt sich, dass die Investitionen der kapitalistische Lohnarbeitskiller Nummer eins sind. Tendenziell wird für jede neue »Sachanlage« von Geldkapital – um damit produzieren zu können – immer weniger menschliche Arbeitskraft benötigt. Ja, sagen unsere famosen Ökonomen, und sind auch hier nicht um eine Antwort verlegen, da braucht es halt noch mehr Investition und Wachstum, damit der »Arbeitsplatzvernichtungseffekt« durch den »Arbeitsplatzschaffungseffekt« überlagert wird. Mit den gegenwärtigen Profiten sei das aber nicht zu machen, weil ein menschlicher Arbeitsplatz eben heute nur mit sehr viel »Sachkapital« zu realisieren sei. *„Um eine Million Erwerbstätige zu beschäftigen, brauchte die Industrie in Deutschland 1991 preisbereinigt ein Sachkapital von 84 Mrd. Euro. 2000 waren es schon 116 Mrd. Euro.“* (S. 228) Sind unsere kapitalistischen Geldbesitzer nicht arm dran, wo sie doch keinen anderen Zweck verfolgen, als anderen Menschen »Erwerbstätigkeit« und damit bürgerliche Existenz zu ermöglichen? Die »Wohltätigkeit« kommt einfach zu teuer! Das kann sich ja kein Schwein leisten! Die vorhandene, überschüssige Geldmasse der Besitzenden ist riesig, aber nicht riesig genug. Und so kommen denn solche Schergen des Kapitals wie Clement auf gar nicht lustige Einfälle: Jede (Lohn-) Arbeit, die nicht ungesetzlich sei, sei zumutbar! Schluss mit dem (angeblichen) Rumhängen, die Stütze wird gestrichen! Arbeit für Hungerlöhne schafft das »Beschäftigungswunder«. Hungerlöhne sind heute der »natürliche« Preis der Arbeitskraft, damit sich Kapital »ökonomisch-sachlich« angemessen verwerten kann. Rainer Roth formuliert eine bestechende Anklage gegen diesen ebenso skrupellosen wie schwachsinnigen Marktfundamentalismus.

### **Narreteien: »Gemeinwohl und Gewinnzurückhaltung«**

Im dritten und letzten Teil seines Buches beschäftigt sich Rainer Roth detailliert mit den verschiedenen Varianten, die die Probleme der Kapitalverwertung lösen sollen. *„Das Kapital ergibt sich (aber) nicht willenlos in sein Schicksal. Es kämpft mit aller Macht gegen den Strudel der fallenden Profitraten, der es in die Tiefe hinabzuziehen droht. Seine gesamte wirtschaftliche und politische Tätigkeit ist dem Ziel untergeordnet, dem Fall der Profitraten entgegen zu wirken.“* (S. 320)

Und was führt man so konkret im Schilde? Zum Beispiel Arbeitszeitverlängerung in jeder Form (Wochenarbeitszeit, Lebensarbeitszeit etc.). *„Die Funktionäre des Kapitals wollen (also) zurück zu den Wochenarbeitszeiten der 70er Jahre. Und das bei einer um das vierfache gestiegenen Arbeitsproduktivität pro Arbeiterstunde. Naive Gemüter, die die höhere Mathematik des Kapitals nicht verstehen, schütteln den Kopf. Wenn die beschäftigten Arbeitskräfte länger arbeiten, braucht man doch weniger Arbeitsplätze und nicht mehr, oder?“* (S. 323)

Aber die Logik des Kapitals ist schon von besonderer Qualität, weil sie eine Logik des »Wettbewerbs« ist, für die man auch die Lohnabhängigen begeistern möchte. Längere Arbeit bedeutet danach mehr Profit. Mehr Profit bedeutet mehr Investition, und mehr Investition bedeutet mehr

Lohnarbeitsplätze. Diese heile Welt des Marktes funktioniert aber nur unter einer Voraussetzung, die man allerdings als selbstverständlich voraussetzt, nämlich dass der Markt insgesamt wächst und alle Unternehmen an diesem Wachstum teilhaben. Wächst der Markt nicht schnell genug und nicht in genügendem Umfang, dann wird die Spreu vom Weizen geschieden, will sagen, es gibt Gewinner und Verlierer. Das eine Unternehmen wächst, das andere macht pleite, die eine Nationalökonomie expandiert, die andere geht in die Knie. Die Folge sind Lohnarbeit bis an die Grenzen der Belastbarkeit hier und Lohnarbeitslosigkeit da. So funktioniert das seit Jahr und Tag, und trotzdem wird uns das mit immer größerer Dummdreistigkeit als allgemeines Programm zu »Vollbeschäftigung« im Kapitalismus angedient. Ein Narr, wer es glaubt – und Rainer Roth nennt die Narretei nicht nur beim Namen, sondern nimmt sie auch Punkt für Punkt auseinander.

Mit Genuss auch zu lesen seine Kritik an Flexibilisierung und Arbeitszeitkonten, die er wie folgt auf den Punkt bringt: *„Arbeitszeitkonten sind gewissermaßen eine Form der privaten Arbeitslosenversicherung der LohnarbeiterInnen.“* (S. 325) Auch in diesem letzten Teil des Buches beeindruckt die Vollständigkeit und Konsequenz, mit der Roth die kapitalistischen »Lösungswege« abarbeitet. Dabei bekommen auch die »Sozialpartner« auf Seiten des DGB, zum Beispiel in Bezug auf das »Bündnis für Arbeit«, ihr wohlverdientes Fett weg. Die IGM wollte »die Unternehmer beim Wort nehmen« und sorgte für Lohnverzicht, weil dadurch angeblich mehr Lohnarbeitsplätze entstehen würden. Aus »beschäftigungspolitischer Sicht« endete das ganze bekanntlich und nachweislich als Flop. *„Die Konzerne sackten die Gewinne ein und dankten für die Kooperation. Und die IGM-Führer drohten, dass das Bündnis scheitern würde, wenn es zur lohnpolitischen Mäßigung missbraucht würde. Lustig.“* (S. 383) Aber was soll man auch von Gewerkschaftsorganisationen halten, die sich schon mal gern als »soziale Gegenmacht« definierten, deren gewählte Führer aber unwidersprochen Sätze wie diesen hinausposaunen dürfen: *„Was dieses Land braucht, ist Gewinnzurückhaltung ... Was dieses Land braucht, sind Unternehmen, die endlich wieder ihren Teil zum Gemeinwohl beitragen. Die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst werden.“* (Zwickel, zitiert nach Roth, S. 387) Ist doch toll, dann braucht man doch auch die »soziale Gegenmacht« gar nicht! Appellieren wir doch lieber an das soziale und nationale (braucht nur dieses Land solche Unternehmer?) Gewissen der Unternehmer! Roth bemerkt lakonisch dazu: *„Er (Zwickel, R.S.) hätte auch sagen können: Was dieses Land braucht, sind Pferde, die auf Bäume klettern können, und endlich wieder Katzen werden.“* (S. 387)

Besonders gut hat mir in puncto Gewerkschaftskritik Roths Argumentation zur Arbeitszeitverkürzung gefallen. Es ist ja wie eine Seuche, die auch in der Gewerkschaftslinken grassiert, das die Notwendigkeit und Berechtigung von Arbeitszeitverkürzung etwa wie folgt begründet wird: *„Die Arbeit muss gerechter verteilt werden, weil sich anders das Arbeitslosenproblem nicht lösen lässt.“* (Informationsdienst der IGM, zitiert nach Roth, S. 376) Rainer Roth zeigt überzeugend, dass Arbeitszeitverkürzung die Lohnarbeitslosigkeit im Kapitalismus allenfalls lindern, aber niemals beseitigen kann, und er betont völlig zu Recht: *„Die Arbeitszeiten sind nicht in erster Linie zu lang im Verhältnis zur fehlenden Arbeitszeit der Arbeitslosen. Sie sind zu lang im Verhältnis zu ihren eigenen Arbeitsbelastungen (der der Beschäftigten, R.S.), also im Verhältnis zu den Anforderungen des Kapitals.“* (S. 378) Diese Sätze können sich auch manche Gewerkschaftslinke getrost hinter die Ohren schreiben!

Ich will das Loblied auf dieses Buch nicht enden, ohne ausdrücklich auf das hervorragende Schlusswort »Über den menschlichen Willen« hinzuweisen, das die ganze Scharlatanerie bürgerlicher Politik und marktwirtschaftlicher Ideologie auf den Punkt bringt.

*»Viele LohnarbeiterInnen wollten mit ihrer Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen Parteien wählen, die die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle bekommen. Die Entwicklung hat sie enttäuscht: Die Arbeitslosigkeit kann offensichtlich nicht abgewählt werden. Der bisherige politische Wille ist zu schwach. Das politische Kasperletheater dient – außer der Beweihräucherung der Politiker – auf je-*

*den Fall einem Zweck. Das Kapital darf mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht ... in Verbindung gebracht werden. ... Das Kapital hält mit seinem Willen Verhältnisse aufrecht, die die Ohnmacht des Willens zum Gesetz machen ... Das Kapital selbst stellt damit seine Wirtschaftsordnung in Frage ... Die Verhältnisse, in denen Menschen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen bewusst so einrichten können, dass sie wenigstens im Durchschnitt glücklich werden können, müssen erst noch geschaffen werden.*« (alle Zitate: S. 587ff.) »Nebensache Mensch« ist Balsam für die ›geschundene antikapitalistische Seele«. Das Buch ist eine hervorragende Argumentationshilfe für alle, die den ideologisch und praktisch vorherrschenden Marktfundamentalismus als unerträglich empfinden und nicht an das Ende der Geschichte glauben. Es ist materialreich und leicht verständlich, ohne dabei den roten Faden der grundlegenden Kritik an der Kapitalverwertung und seinen asozialen Auswüchsen aus den Augen zu verlieren. Dabei ist es auch eine hervorragende Illustration des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate. Die Lektüre lohnt sich sowohl für Leute mit theoretischen Vorkenntnissen in Sachen Kritik der politischen Ökonomie als auch für Leute, die das Marx'sche Kapital noch nie in den Händen hatten.

Selbstverständlich bietet das Buch auch Angriffspunkte für theoretischen Streit, aber es ist vor allem verblüffend, mit welcher Selbstverständlichkeit der Autor grundlegende Aussagen der abstrakten Werttheorie und Kapitalkritik in den aktuellen Erscheinungen des Kapitalismus bestätigt findet. Die Marktapologeten in Parteien, Verbänden und Unternehmen werden dabei vorgeführt und ihre angeblich so pragmatisch-sachlichen Verkündigungen als pure Ideologie des Privateigentums entlarvt. Kurzum, »Nebensache Mensch« ist eine interessante und spannende Lektüre und ein tolles Geschenk! Eigentlich sollte es überall griffbereit sein. Bei allenthalben aufkommendem dummen Geschwätz über »ökonomische Vernunft«, »dringend erforderliche Maßnahmen« etc. kann man wunderbar nachschlagen und ein bisschen »Butter bei die Fische tun«! Lest es!

---

Diese Buchbesprechung wurde zuerst veröffentlicht bei Trend online

<http://www.trend.infopartisan.net/trd7803/t287803.html>, dann im express,

Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 9/03; bei Labournet

<http://labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/alos/schlosser.html> und auf „Linkes Oldenburg“

<http://www.linkes-oldenburg.de/wp-content/uploads/2013/06/Nebensache-Robert.pdf>

Klartext e. V. (Hrsg.)

## Sind Arbeitslose faul?

Was ist dran an den Vorwürfen?

Klartext gab Anfang 2004 im Fachhochschulverlag diese Broschüre heraus. Sie hatte die beachtliche Auflage von 4.400 Exemplaren. Sie enthielt viele gute Argumente, übersichtlich dargestellt, für nur 3 Euro. Die Mitgliederzeitschrift der IG Metall schrieb damals: „Die Broschüre ist eine gute Argumentationshilfe, um die Debatte zu versachlichen und einer Spaltung zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten entgegenzuwirken.“ (metall 7-8/2004)



### Inhalt

I »Viele Arbeitslose wollen nicht arbeiten« 8

- Mehr als ein Drittel der Arbeitnehmerinnen sind arbeitslos - alles Faulenzer? 8
  - Arbeitslose bleiben nicht ewig arbeitslos 10
  - Offene Stellen bleiben nicht ewig offen 11
  - 80 % aller Arbeitslosen wollen arbeiten 11
  - Arbeitnehmerinnen wollen nicht jede Arbeit annehmen 13
  - Sinkendes Selbstwertgefühl kann Arbeitsaufnahme erschweren 14
  - Egoismus gibt es auch bei Arbeitslosen 15
- II »Jeder, der Arbeit will, findet auch welche« 17
- Nachfrage nach Arbeitskräften fällt mit steigender Produktivität 17
  - Nicht jeder Ältere, der Arbeit will, findet auch welche 19
  - Nicht jeder jugendliche, der Arbeit will, findet auch welche 21
  - Wachsende Arbeitslosigkeit in Krisen - wachsende Faulheit? 22
- III »Den Arbeitslosen geht es zu gut - deshalb wollen sie nicht arbeiten« 24
- Durchschnittseinkommen von Arbeitslosen deutlich niedriger als von Arbeitenden 24
  - Wenn es den Arbeitslosen zu gut geht, weshalb fühlen sie sich im Durchschnitt erheblich schlechter als Berufstätige? 24

IV »Die Sozialhilfe ist zu hoch - deshalb wollen Sozialhilfeempfänger nicht arbeiten« 26

- Sozialhilfebedarf von allein Stehenden - weit unter dem Durchschnittslohn ungelerner Arbeiter 26
- Sozialhilfebezug ist meist vorübergehend 26
- Sozialhilfe reicht kaum zum Leben 28
- Lohnabstand ja, aber anders 30

V Arbeitslose und Beschäftigte sind keine Gegner - Sie haben gemeinsame Interessen 32

- Beschäftigte, die Arbeitslosen alles zumuten wollen, treffen sich letztlich selbst 32

VI Faulheitsdebatten - warum? 35

VII Ungeheurer Reichtum oder: Wem geht's hier eigentlich zu gut? 38

- Auf der einen Seite nehmen Arbeitslosigkeit und Armut zu ... 38
- ... auf der anderen Seite wachsen die Berge an Kapital 38
- Höhere Gewinne - geringere Steuern 39

VIII Weniger arbeiten, statt immer länger arbeitslos zu sein 42

Anhang 44

## **Vorwort**

Die Wirtschaft steckt in einer Krise. Dennoch macht die Bundesregierung in erster Linie die Arbeitslosen selbst für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich. Sie will vor allem die älteren Arbeitslosen »aktivieren«, indem sie ihnen die Leistungen streicht und sie zwingen will, jede Arbeit anzunehmen. Und das, obwohl doch gerade Ältere als Minderleister aus den Betrieben ausgesondert werden. Den Arbeitslosen wird unterstellt, dass es ihnen zu gut gehe und sie deshalb nicht arbeiten wollten. Die Stimmungsmache gegen faule Arbeitslose bereitet Leistungskürzungen bei Arbeitslosen vor.

Wir beschäftigen uns in dieser Broschüre damit, ob die Vorwürfe stimmen. Wir wollen zeigen, dass sich die Stimmungsmache nicht nur gegen Arbeitslose, sondern vor allem auch gegen die beschäftigten Lohnabhängigen richtet. Wir hoffen, dass wir mit dieser Broschüre dazu beitragen können, dem sozialen Unfrieden entgegenzuwirken, der zwischen den Lohnabhängigen geschürt wird.

Gemeinsames Handeln ist angesagt, nicht Spaltung.

Wir möchten uns bei allen bedanken, die uns mit Informationen und Kritik bei der Erarbeitung dieser Broschüre unterstützt haben, insbesondere bei Angelika Beier, Michael Eismann, Frank Jäger, Angelika Janku, Rolf Kaul, Imme Krämer, Jürgen Maier, Petra Spöck, Anna Veit und Heidi Wächter, ferner bei Theo Hoffmann (Bund Deutscher Pfadfinderinnen).

Frankfurt am Main, Januar 2004

## IVa Kampf gegen Sozialabbau

Nach dem Kongress „Geld ist genug da“ im November 1995 wurde Rainer Roth bis zum 1. November 2003 zu mehr als 100 Vorträgen in ganz Deutschland eingeladen. Das, die zahlreichen Klartextaktivitäten vor allem zum Thema Arbeitslosigkeit und sein im Mai 2003 erschienenes Buch Arbeitslosigkeit in Deutschland - Nebensache Mensch führten dazu, dass er eingeladen wurde, als erster von vier Rednerinnen und Rednern auf der Demonstration „Alle gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“ am 1. November 2003 zu sprechen. Das Bündnis richtete sich gegen die massiven Kürzungen der Schröder/Fischer-Regierung für Arbeitslose, Kranke und RentnerInnen und ihre Pläne, gleichzeitig Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende durchzusetzen. Die 100.000 TeilnehmerInnen übertrafen alle Erwartungen. Organisator war das Bündnis gegen Sozialkahltschlag, in dem Gewerkschafter, Arbeitslose und ihre Gliederungen und Organisationen, sowie eine Vielzahl von Bündnissen und Vereinigungen vertreten waren, unter anderem das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, mit dem Klartext e.V. schon damals eng zusammenarbeitete. Presserechtlich verantwortlich für den Demonstrationaufruf waren zwei Mitglieder des Rhein-Main-Bündnisses.

Der DGB-Bundesvorstand reagierte auf die nicht zuletzt von der Gewerkschaftsbasis organisierte Anti-Hartz-IV Demonstration des 1. November. Nach Verabschiedung von Hartz IV Ende 2003 rief der DGB für den 3. April 2004 unter dem Titel „Gemeinsam für ein soziales Europa“ zu Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart auf. Ver.di demonstrierte „Gegen Sozialabbau – Für soziale Gerechtigkeit“. Insgesamt 500.000 Menschen nahmen daran teil. Rainer Roth wurde vom DGB-Bundesvorstand eingeladen, auf der Berliner Abschlusskundgebung zu sprechen, allerdings so weit am Schluss, dass von den 250.000 Demonstranten nur noch rund 1.000 übrig geblieben waren. Malte Kreuzfeldt, der Pressesprecher von Attac, erklärte dazu. *„Daß ... Menschen wie Rainer Roth oder Peter Grottian neben Vertretern von Attac auf den Kundgebungen sprechen konnten, zeigt doch, dass die Gewerkschaften einen gewaltigen Schritt gemacht haben und bereit sind, sich den vielfältigen gesellschaftlichen Bewegungen sowohl organisatorisch und strategisch als auch inhaltlich zu öffnen.“* (junge Welt 6. April 2004) Die „inhaltliche Öffnung“ bestand darin, dass die sozialen Bewegungen auch mit Hilfe von Attac und linken Gewerkschaftern den Kampf gegen Sozial- und Lohnabbau mit dem Ziel Soziale Gerechtigkeit oder in der Krise 2009 dem Ziel Solidarische Gesellschaft (siehe Kapitel VIII) führen sollten, also für einen „sozialen“, „gerechten“ und „solidarischen“ Kapitalismus.

Die massiven Proteste gegen den Sozial- und Lohnabbau führten dazu, dass Rainer Roth als Vorsitzender von Klartext e.V. allein in den Jahren 2004 bis 2006 zu mehr als 70 Vorträgen im ganzen Bundesgebiet eingeladen wurde.

Nach dem 1.11.2003 gab es den Versuch, mit dem am 18. Januar 2004 von rund 500 Personen verabschiedeten Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau ein breites kämpferisches Bündnis zu schaffen. Der Appell wurde von weit über 15.000 Personen unterschrieben.

Das Bündnis scheiterte Ende 2006 an Anhängern des bedingungslosen Grundeinkommens, aber auch an Linkspartei und Attac, die in Aufrufen eine kapitalistische „solidarische Gesellschaft“ als Ziel durchsetzten.

Klartext e.V. konzentrierte sich darauf, das Regelsatzniveau anzugreifen, das Mangelernährung und soziale Isolation bedeutete. 500 Euro Eckregelsatz sollten es sein, nicht ein Drittel weniger. Ferner ging es darum, einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro brutto zu fordern. Das sollte dem Druck auf Hungerlöhne entgegenwirken, den Hartz IV als neue Grundversorgung für Arbeitslose erzeugte. Für diese Forderungen entstand mit Hilfe von Klartext ein breites Bündnis für 500 Euro Eckregelsatz bzw. 10 Euro Mindestlohn.

# ES REICHT!

## **Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag!**

BUNDESWEITE DEMONSTRATION  
AM **1. NOVEMBER** IN BERLIN!

Beginn: 13 Uhr Alexanderplatz  
Abschlusskundgebung: Gendarmenmarkt

Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland verschiedene Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und Gesundheitsreform. Damit betreibt die Schröder/Fischer-Regierung die größten Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg.

■ Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes macht sie Hunderttausende von Erwerbslosen zu Sozialhilfebezieher/innen. Gleichzeitig plant sie die Absenkung der Sozialhilfe.

■ Das Hartz Konzept bedeutet Übergang zur Zwangsarbeit, bereitet Lohnsenkungen den Weg und höhlt Tarifverträge aus.

■ Für Zahnersatz und Krankengeld sollen wir in Zukunft selbst aufkommen. Eintrittsgeld beim Arzt und höhere Zuzahlungen für Medikamente sind geplant. Wir sollen 20 Mrd. Euro mehr zahlen.

■ Die Renten sollen so abgesenkt werden, dass die meisten Rentner/innen in Zukunft nicht mehr haben als Sozialhilfe und die Altersarmut steigt. Uns wird eingeredet, es sei kein Geld da. Dabei hat sich die Produktivität in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum ist enorm gewachsen! Den Unternehmerverbänden und der Regierung geht es nur darum, den Banken und Konzernen auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschieben. Sie sind es, die für Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich sind.

■ Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Mrd. Euro in die Kassen der Unternehmen.

■ Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich 16 Mrd. Euro mehr auf ihren Konten.

■ Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird mit Kürzungen bei Erwerbslosen in Höhe von 6 Mrd. Euro finanziert.

■ Der geplante Kauf von 60 Militär-Airbussen kostet 8,3 Mrd. Euro aber der Rentenzuschuss von 2 Mrd. Euro soll gestrichen werden.

Der internationale Standortwettbewerb der großen Konzerne und Regierungen führt auch in anderen Ländern zu »Strukturanpassungen«, Senkung von Unternehmersteuern, Kürzung von sozialen Leistungen, Löhnen und Gehältern. In Frankreich und Österreich hat diese Politik große Proteste und Streiks ausgelöst. Auch wir dürfen diese dreisten Angriffe nicht länger hinnehmen. Ob Arbeiter/innen, Angestellte, Beamte, Erwerbslose, Frauen, Flüchtlinge, Jugendliche oder Rentner/Innen – wir dürfen uns nicht spalten lassen und müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen.

■ Wir lehnen alle Angriffe auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung ab, ob unter dem Namen, Agenda 2010, Rürup, Hartz und Gesundheitsreform.

■ Wir fordern umfassende Heranziehung der Unternehmensgewinne und hohen Vermögen zur Finanzierung menschenwürdiger Lebensverhältnisse!

### **Wir rufen auf:**

**Baut örtliche und regionale Initiativen und Bündnisse gegen den Sozialabbau auf!**

**Organisiert am Montag, 20.10., regionale Aktionstage in Betrieben und Städten!**

**Auf zur bundesweiten Demonstration am 1.11. in Berlin!**

ERSTUNTERZEICHNER unter anderem:

Bernd Riexinger, ver.di Geschäftsführer, Stuttgart; Jürgen Schumann, IG-Metall Vorstandsverwaltung; Angelo Lucifero, ver.di Thüringen; Wolfgang Ziller, 2. Bevollmächtigter IG Metall Schweinfurt; Helmut Born, Landesbezirk ver.di, NRW; Peter Kruse, stv. Bezirksvorsitzender ver.di Bremen; Edel Kutter, Bezirksfrauenrat ver.di Mitte/Nord Thüringen; DGB Jugend FFM; Bezirksvorstand ver.di Frankfurt; Bezirksvorstand Frankfurt GEW; ver.di Erwerbslosenrat; ver.di Berlin; Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken; Forum kritischer Gewerkschafterinnen Düsseldorf; Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di; ver.di Linke NRW; Kölner Sozialforum; Berliner Arbeitslosenzentrum e.V.; Runder Tisch der Erwerbslosen und Sozialhilfeorganisationen; Tacheles e.V.; Arbeitsloseninitiative Bad Pyrmont e.V.; Berliner Bündnis für soziale Grundrechte stoppt die Hartzpläne; Projektgruppe „Agenda 2010 kippen“, Hannover; ATTAC Berlin; ATTAC Würzburg; DIDF; Bremer Friedensforum; Friedensinitiative Hassberge; Widerstand International; Mag Wompe! labournet; Rainer Roth, klartext e.V.

**Bündnis gegen Sozialkahltschlag [www.Demo-gegen-Sozialabbau.de](http://www.Demo-gegen-Sozialabbau.de)**

V.i.S.d.P.: A. JANKU / M. KÖSTER (Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne) Freiherr-v-Stein-Str. 17, 61440 Oberursel

---





Rainer Roth, 1.11.2003, Gendarmenmarkt, Berlin

## **Bundesweite Demonstration gegen Sozialkahlschlag, Berlin, 1.11.2003 Redebeitrag Rainer Roth, Abschlusskundgebung**

A) Deutschland steckt in einer tiefen Krise. Und wer ist schuld?

Wir hören es pausenlos. Die Lohnabhängigen sind zu teuer. Die Rentner leben zu lange. Die Frauen bekommen zu wenig Kinder. Die Jugend will nur ihren Spaß und die Arbeitslosen sind faul.

Und wenn sie etwas abgeben sollen, damit die Unternehmensgewinne steigen, jammern sie auch noch.

Mit einem so reformfeindlichen Volk können die Herrschenden nicht zufrieden sein. Frage: Warum suchen sie sich eigentlich kein Anderes?

B) Die Produktivität steigt dank der technischen Revolution rasant. Die Gesamtarbeitsstunden aller Industriearbeiter z.B. sanken in den 90er Jahren um 2,8 Milliarden Stunden. Zwei Millionen Arbeiter wurden überflüssig, besonders in Ostdeutschland.

Gleichzeitig verdoppelte sich das investierte Kapital in Deutschland auf unvorstellbare 15.000 Mrd. Euro. Es steckt überwiegend in Finanzanlagen. Das Kapital vermehrt sich, in dem es immer mehr Menschen überflüssig macht. Es lässt nur die arbeiten, an denen es verdienen kann. Dabei ist sinnvolle Arbeit genug da.

Die Arbeitszeit muss und kann drastisch verkürzt werden und das bei vollem Lohnausgleich. Das muss auf unserer Agenda stehen.

Das Kapital jedoch will die Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich verlängern. Das macht noch mehr Menschen überflüssig.

C) Vor allem die sogenannten Problemgruppen werden aussortiert. Dazu zählen laut Statistischem Bundesamt "insbesondere Jüngere, Ältere, Frauen, Ausländer und Schwerbehinderte." Also die Mehrheit. Der Chef von Infineon redet von "Schwach-Performern". Wer zu wenig bringt, wird mit steigender Produktivität in Arbeitslosigkeit und Rente abgedrängt.

Das ist letztlich die Ursache der Krise der Sozialversicherung und der Staatsfinanzen. Nicht die Anspruchshaltung der Arbeitslosen und der Rentner.

Frage: Ist das Kapital, das so viele Menschen überflüssig macht, nicht selbst eine Problemgruppe?

Das Kapital ist für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Also soll es auch für eine anständige Grundversicherung der Freigesetzten zahlen. Der gesellschaftliche Reichtum macht es möglich.

D) In der gegenwärtigen Krise werden die Überkapazitäten vernichtet, die das Kapital im Aufschwung aufgebaut hat. Die Profitraten sind gefallen. Sie durch Lohnsenkungen zu steigern, ist der Hauptzweck der Agenda 2010.

Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ist ihr Herzstück.

Für 2 Millionen Arbeitslose wird die Unterstützung unter das Niveau der heutigen Sozialhilfe gesenkt. Sie sollen gezwungen werden, für Armutslöhne in Höhe der gesenkten Sozialhilfe und noch darunter arbeiten. Das ist staatlich organisiertes Lohndumping.

Die Angriffe auf Arbeitslose richten gegen alle Lohnabhängigen. Das muss deutlich gemacht werden.

Um die Lohnabhängigen zu spalten, wird das Märchen von den faulen Arbeitslosen erzählt. Aber ist nicht eher an diesem Wirtschaftssystem etwas faul als an den Arbeitslosen?

E) Die Bundesregierung versucht, die sogenannten Lohnnebenkosten zu senken. Jeder Prozentpunkt an Sozialabgaben weniger bringt dem Kapital 7,5 Mrd. Euro mehr. Ob Arbeitslose, Kinder, Alte und Kranke in Armut leben oder nicht, was zählt das gegenüber der Aussicht auf Profit?

Um die Senkung der Renten auf Armutsniveau zu vermarkten, wird das Märchen von der Schuld der Kinderlosen erzählt. Alte und Junge sollen sich bekriegen. Doch das Problem liegt beim Kapital selbst. Es entlässt mit steigender Produktivität immer mehr Ältere in die Rente. Und verweigert gleichzeitig dem jugendlichen Nachwuchs ausreichende Arbeits- und Ausbildungsplätze.

F) Die Haushaltslöcher der Sozialversicherung sind durch die Logik der Kapitalverwertung verursacht. Die Gewinne und Vermögen der Besitzer des Kapitals müssen dazu herangezogen werden, sie zu schließen. Das ist unsere Agenda. Wer die Probleme verursacht, soll dafür aufkommen.

SPD, Grüne und CDU/CSU jedoch schenken den Kapitalgesellschaften seit 2001 50 Mrd. Euro an Körperschaftsteuern. 6 Mrd. Euro Einkommensteuer jährlich werfen sie ab dem nächsten Jahr den Spitzenverdienern in den Rachen. Die Vorstände der Deutschen Bank z.B. bekommen dadurch mindestens 20.000 Euro monatlich mehr. Alles natürlich nur, um Binnennachfrage und Wachstum zu fördern.

Gegenüber den Arbeitslosen heißt es knallhart: keine Leistung ohne Gegenleistung. Für das Kapital gilt das Gegenteil. Für Dutzende Milliarden Steuererleichterungen gibt es keinerlei Gegenleistung. Nach Angaben des ifo-Instituts flossen die Steuergeschenke der Steuerreform ins Ausland, weil das Kapital dort höhere Renditen abwirft als hier.

Die Gewinnsteuersenkungen müssen ohne Ausnahme rückgängig gemacht werden. Oder sollen wir alle verzichten, damit andere ihre Kapitalanlagen aufstocken?

G) Die Arbeiter und Angestellten haben den gesamten Reichtum erarbeitet. Aber wenn sie berechnete Ansprüche anmelden, heißt es: Es ist kein Geld da.

Da sagen die, die Milliarden an der Börse verzocken, in windigen Finanzanlagen in den Sand setzen oder ins Ausland verschieben.

Das sagen die, die erst die Kassen leeren und dann mit Unschuldsmiene versichern: Die Kassen sind leer.

Das Kapital kennt keine soziale Verantwortung. Die arbeitenden Menschen sollten ihr Schicksal nicht länger dem Kapital überlassen. Sie sollten die Verantwortung für sich in die eigenen Hände nehmen. Dazu gibt es keine Alternative.

H) Man verspricht uns Vollbeschäftigung. Wir müssten nur mit drastischen Lohnsenkungen einverstanden sein. Löhne und Lohnnebenkosten sollen solange fallen, bis die letzte Ware Arbeitskraft einen Käufer gefunden hat. "Der Markt für die Ware Arbeitskraft unterscheidet sich ... nicht vom Markt für Äpfel." So der Leiter des Ifo-Instituts, Prof. Sinn. Wir wollen nicht mit Äpfeln auf einer Stufe stehen.

Was für ein Widersinn. Das Kapital nutzt die technologische Revolution trotz Lohnsenkungen weiterhin, um immer mehr Menschen überflüssig zu machen. Der gesellschaftliche Reichtum wird auch zukünftig steigen.

Und wir sollen dafür eintreten, dass unsere Löhne und unser Lebensstandard ins Bodenlose fallen? Das zu blockieren: Dazu gibt es keine Alternative.

Die versprochene Vollbeschäftigung wird es nie geben. Und auch nicht die nachhaltige Sicherung des Sozialstaates durch Sozialabbau.

Lohnsenkungen und Sozialabbau: Das ist nicht unsere Agenda.

I) Das Kapital verspricht uns Wohlstand, wenn wir seine internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern. Aber diese Wettbewerbsfähigkeit wird in allen Ländern durch Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerung und Rentenkürzungen gesteigert. Die Spirale dreht sich nach unten.

Die versprochene Steigerung unseres Wohlstands in der Zukunft wird es nicht geben. Allenfalls dann, wenn wir die Arbeitnehmer anderer Länder ruinieren. Das wollen wir nicht. Wir wollen internationale Solidarität, nicht internationales Lohndumping.

J) Die Agenda 2010 ist der größte Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten in der Nachkriegsgeschichte. Noch stärkere Angriffe werden folgen.

Und der DGB-Bundesvorstand antwortet nicht einmal mit einer bundesweiten Demonstration. In Frankreich, Österreich und Italien organisierten Gewerkschaften Generalstreiks. Die DGB-Führung ist international nicht wettbewerbsfähig.

Für sie hat die Partnerschaft mit dem Kapital und die Kumpanei mit der SPD-Grünen-Regierung Vorrang vor den Interessen der LohnarbeiterInnen. Für uns nicht.

Alle die, die sich wehren wollen, müssen sich überall in Deutschland stärker in Bündnissen zusammenschließen. Das ist dringend notwendig. Diese Bündnisse müssen alle ansprechen, seien sie erwerbslos, erwerbstätig, in Rente oder in Ausbildung. Sie müssen sich gegen das Kapital richten. International.

Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen. Die heutige Demonstration ist ein ermutigender Anfang.

([https://www.klartext-info.de/alt/redebeitraege/rainer\\_roth\\_berlin031101.htm](https://www.klartext-info.de/alt/redebeitraege/rainer_roth_berlin031101.htm)  
vgl. Doku auf [http://kanalb.org/index.php?play\\_id=584&modul=Clip](http://kanalb.org/index.php?play_id=584&modul=Clip))



## Europäischer Aktionstag

### Abschlusskundgebung des DGB Berlin, 3.4.2004

#### Rede von Prof. Rainer Roth, Fachhochschule Frankfurt

A) Bis 2010 will Deutschland mit der Agenda an die Weltspitze, z.B. indem es Arbeitslosen die Stütze unter die heutige Sozialhilfe kürzt, indem es sie in untertarifliche Armuts-Arbeit presst und indem es alte Menschen zu Sozialhilfeempfängern macht.

Deutschland will gewinnen, indem Millionen verlieren.

Wer ist eigentlich Deutschland? Deutschland ist immer noch die Mehrheit der arbeitenden Menschen und nicht eine Minderheit von Besitzenden, die ihrem Profit hinterherjagt. Kann man überhaupt im Namen Deutschlands sprechen, wenn man eine Politik gegen die Mehrheit des Volkes macht?

B) Dem Kapital reicht die Agenda nicht. Hans-Werner Sinn fordert die Senkung aller Bruttolöhne um 10-15%. Für's Erste. Das wollte die Deutsche Bank auch schon mal, nämlich 1929. Die Abschaffung der Tarifverträge und das Ende der Gewerkschaften folgte nach 33. Solche Krisenlösungen wollen wir nicht.

Arbeitgeberverbände verlangen die Senkung der Sozialhilfe um 25%.

Und die Bundesregierung hat das ernsthaft überlegt.

Beim Abriss der Sozialhilfe geht es nicht um Florida-Rolf. Es geht um das Lohnniveau aller. Die Sozialhilfe wirkt wie ein Mindestlohn. Sie muss genauso verteidigt werden wie Tarifverträge. Wir brauchen den Schulterchluss von Arbeitslosen und Beschäftigten, nicht ihre Spaltung.

C) Es heißt, Arbeitslose sind faul. Ist nicht ein Wirtschaftssystem selbst faul, das mit so vielen Menschen so wenig anfangen kann, besonders mit Älteren, mit Jugendlichen oder mit Frauen?

D) Hauptzweck der Agenda ist Lohndumping. Dennoch haben fast alle Gewerkschaftsmitglieder im Bundestag dafür gestimmt. Das ist eine Schande für die Gewerkschaftsbewegung. Und: Demonstrationen wie die heutige hätte es auch schon vor der Verabschiedung der Agenda geben müssen.

E) Das Kapital macht ständig Arbeitskräfte arbeitslos. Mit revolutionärer Technik, Überproduktionskrisen und Kapitalexport. Und es hat auch die Lösung dafür: Der Preis der Ware Arbeitskraft muss in einem internationalen Schlussverkauf so lange fallen, bis eben jeder wieder Arbeit hat. Wenn es dabei überhaupt eine Grenze nach unten gibt, dann nur, wenn wir sie durchsetzen.

F) Löhne und Sozialhilfe, die nicht bis zum Ende des Monats reichen, sind asozial. Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne oberhalb der Sozialhilfe. Denkbar wären zehn Euro die Stunde. Und wenn das Kapital schon so viele Menschen nicht mehr braucht, dann soll es wenigstens zahlen, damit sie anständig leben können.

G) Die Armut von Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern zu verhindern, ist Wirtschaftsmanagern zu teuer, die es selbst auf Stundenlöhne von über 1.000 Euro bringen. Da werden lieber Dutzende Milliarden verbrannt: in Aktiencrashes, Immobilienblasen, Fehlinvestitionen oder abenteuerlichen Krediten. Menschen sind Nebensache. Treten wir dafür ein, dass Menschen sich selbst zur Hauptsache machen, statt Spielzeug von Märkten zu sein.

H) Kapitalgesellschaften kassierten dank der Steuerreform bisher 60 Mrd. Euro Steuersozialhilfe. Ohne jede Gegenleistung, einfach fürs Nichtstun. Hier klagt keine BILD-Zeitung über Mißbrauch. Diese Steuersozialhilfe muss gestrichen werden.

I) Die Lohnabhängigen in Europa wollen keinen Wirtschaftskrieg gegeneinander. Letztlich hat keiner etwas davon, sich im Namen der Wettbewerbsfähigkeit gegenseitig zu unterbieten. Wir brauchen verstärkte internationale Zusammenarbeit.

Wir brauchen auch viele örtliche Bündnisse auf einer klaren Grundlage. Ich möchte Sie aufrufen, den Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau zu unterstützen. Man kann vom Kapital auch lernen.

Nämlich: entschlossen die eigenen Interessen zu vertreten. Sorgen wir dafür, dass es in diesem Sinne überall eine Aufbruchstimmung gibt. Kanzler Schröder fordert uns auf, an unsere Kinder zu denken. Genau das tun wir!

Quelle z. B. <https://www.linksnet.de/artikel/18678>

Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab. Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt.

### **Wir wollen und werden nicht hinnehmen,**

- dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen für Erwerbslose, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden
- dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird

### **Arbeit um jeden Preis ist für uns unzumutbar.**

Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner oder das »Besitzstandsdenken« der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist. Wir sehen keinen Sinn darin, dass von Anlegern x Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder ins Ausland verlagert werden, während wir auf das Notwendigste verzichten sollen. Wir sehen auch nicht ein, dass Sozialleistungen deshalb abgebaut werden, um Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit zu finanzieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können.

Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der »Steuerreformen« immer weniger Gewinnsteuern zahlen und weil sie gleichzeitig immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos machen. U.a. deswegen, weil sie Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen.

Wir sind nicht bereit, uns gegen unsere Kolleg/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Deshalb Agenda 2010. Das ist nicht unser Ziel.

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

### **Wir fordern:**

- einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht,
- ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge
- eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung.
- die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten)
- keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen
- massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

**Dazu gibt es für uns keine Alternative.**

Stellungnahme zur Neufassung des Frankfurter Appells auf der bundesweiten Aktions- und Strategiekonferenz gegen Sozial- und Lohnabbau am 2./3. Dezember 2006 in Frankfurt

## **Das Bündnis ist geplatzt Eine Nachlese zur Frankfurter Aktionskonferenz der Erwerbsloseninitiativen**

aus: SoZ - Sozialistische Zeitung, Januar 2007, Seite 17  
<https://www.die-welt-ist-keine-ware.de/vsp/soz-0701/070117.htm>

*Die Anti-Hartz-Demonstration am 1. November 2003 war die Geburtsstunde eines Bündnisses zwischen der Erwerbslosenbewegung und einem Teil der Gewerkschaftsbewegung (der Gewerkschaftslinken). Die danach folgende Frankfurter Aktionskonferenz stellte dies Bündnis auf eine inhaltliche Grundlage, den "Frankfurter Appell". Im weiteren Verlauf der Mobilisierungen drifteten die beiden Bündnispartner mehr und mehr auseinander, neue Organisationsformen entstanden, die an der Debatte um den Appell nicht teilgenommen hatten. Auf der letzten Aktionskonferenz, die am 2./3. Dezember 2006 wiederum in Frankfurt tagte, brach das Bündnis auch formell auseinander. Die Anhänger eines bedingungslosen Grundeinkommens "überarbeiteten" den Appell in einer Weise, dass er als Einstieg in ein bGE verstanden werden konnte. Ein Teil der früheren Unterzeichneten zog darauf bis auf weiteres seine Unterschrift zurück.*

*Nachstehend die gekürzte Fassung einer Stellungnahme von Thomas Amm (Frankfurt), Christiaan Boissevain (München), Reinhard Frankl (Bessenbach), Frank Jäger (Wuppertal), Petra Kirstein (Berlin), Michael Köster (Frankfurt), Heinz Mittelstädt (Neu-Anspach), Rainer Roth (Frankfurt) und Sturmi Siebers (Dortmund).*

Der alte Frankfurter Appell von 2004 enthielt die Forderung nach einem ausreichenden, garantierten Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung. Sie wurde seinerzeit ohne Diskussion beschlossen, obwohl sie schon damals dem Wortsinn nach falsch war. Wir und viele andere gingen davon aus, dass damit die unerträglichen Bedürftigkeitsprüfungen der Ämter abgelehnt wurden, das Konstrukt der eheähnlichen Gemeinschaft, die jämmerlichen Vermögensfreibeträge, die rechtswidrige Ausdehnung der Bedarfsgemeinschaften usw. Wir fordern auch weiterhin entschieden die Abschaffung dieser schikanösen, entwürdigenden "Verfolgungsbetreuung". Die Formel "ohne Bedürftigkeitsprüfung" hat aber heute eine andere, dem tatsächlichen Wortsinn entsprechende Bedeutung erhalten, nämlich: "ohne jede Bedürftigkeitsprüfung". Dies wurde ab Mitte 2004 deutlich, als das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang stärker verbreitet und massiv propagiert wurde. Daran knüpfte sich für einen nennenswerten Teil der Bewegung die "Vision" einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ohne Armut und eines individuellen, existenziell abgesicherten Ausstiegs aus der Lohnarbeit.

Wir lehnen dieses Konzept ab, weil wir erstens eine solidarische Gesellschaft auf Basis einer Wirtschaftsordnung, deren Ziel und Zweck die Kapitalverwertung ist, für eine die herrschenden Verhältnisse zementierende Illusion halten; weil zweitens der individuelle Ausstieg aus der Lohnarbeit unter Beibehaltung der kapitalistischen — d. h. Lohnarbeit voraussetzenden Produktionsweise — nur möglich ist auf Kosten der Lohnarbeit anderer; aber auch drittens, weil ein steuerfinanziertes Grundeinkommen für alle — oder für bestimmte Bevölkerungsgruppen — ohne jede Bedürftigkeitsprüfung, also unabhängig von jeglichem Einkommen und Vermögen, dazu führen muss, dass die Unterhaltungskosten der Beschäftigten und der nicht (mehr) Beschäftigten noch stärker als bisher schon aus Steuern der Werktätigen selbst bezuschusst werden und im selben Verhältnis nicht

mehr über Löhne seitens des Kapitals und über ursprünglich paritätisch finanzierte Sozialversicherungsleistungen gedeckt werden müssen.

Das bGE wirkt, unabhängig von den unterschiedlichen Absichten seiner Befürworter, auf dem Boden des Kapitalismus als massives Mittel, die Löhne zu senken, Tarifverträge anzugreifen und die Sozialversicherungen auszuhebeln (Senkung der "Lohnnebenkosten"). Diese Wirkung macht bGE-(Teil-)Forderungen in einer Plattform, die als verbindende Klammer gemeinsame Interessen von Erwerbslosen und Erwerbstätigen bündeln soll, ganz und gar unbrauchbar.

### **Bedürftigkeit**

Uns ist klar, dass diejenigen, die der Formel "ohne Bedürftigkeitsprüfung" am 2./3.12. zugestimmt haben, die beschriebenen Ziele des Kapitals nicht teilen. Sie wollen eine Verbesserung, nicht eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse von Erwerbslosen und Erwerbstätigen.

Der gute Wille ändert aber nichts an den realen Resultaten: Ein "Grundeinkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung" als "Vision" schürt Illusionen über die Möglichkeiten des Kapitalismus, "Wohlstand für alle" zu verwirklichen; es fördert ein beispielloses, modernes Programm der Profitsteigerung, der Verlagerung der Kosten der Ware Arbeitskraft auf die ganze Gesellschaft, während die durch eben diese Arbeitskraft erzeugten Profite nach wie vor privat angeeignet werden; es fördert die von den Herrschenden massiv betriebene Spaltung zwischen den erwerbslosen bzw. prekarierten und den erwerbstätigen Teilen der Lohnabhängigen.

Indem die Konferenz die oben genannte Forderung nach Abschaffung jeglicher Bedürftigkeitsprüfung für ALG-II-Bezieher angenommen hat, hat sie objektiv einen massiven Schritt in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen getan, auch wenn die verabschiedete Forderung noch nicht das von linken bGE-Protagonisten angestrebte "bedingungslose Grundeinkommen für alle in armutsfester Höhe" darstellt. Denn das sollen eben alle Menschen bekommen und die Höhe des Eckregelsatzes von 500 Euro wird als viel zu niedrig abgelehnt. Für das Netzwerk Grundeinkommen ist das bGE für Erwerbslose auf Basis von Hartz IV jedoch ein erster großer Schritt, der nach und nach durch die Ausweitung der Forderung auf weitere Bevölkerungsgruppen ergänzt werden soll und bereits ergänzt wird.

### **Repressionsfrei**

Auch der in den neuen Frankfurter Appell eingeführte Begriff "repressionsfrei" ist in dieser Hinsicht doppeldeutig. Er schließt die Ablehnung des Zwangs zu 1-Euro-Jobs, die Ablehnung von Sanktionen, vom Zwang zu Eingliederungsvereinbarungen, unsinnigen Bewerbungen usw. ebenso ein wie die Vorstellung einer kapitalistischen Gesellschaft, die trotz des Verwertungszwangs des Kapitals ohne den Zwang zur Lohnarbeit auskommen könnte.

Ersterem stimmen wir zu. Letzteres ist eine weitere Form von Illusionen über die Funktionsweise des Kapitals, die den Blick verstellt für die Ursachen der herrschenden Zustände und deren Beseitigung.

Wir könnten dem Frankfurter Appell in der jetzigen Fassung nur dann zustimmen, wenn die Formeln "ohne Bedürftigkeitsprüfung" und "repressionsfrei" auf ihre "visionsfreie" Bedeutung zurückgeschnitten würden, das heißt, wenn festgehalten wird, welche Bedürftigkeitsprüfungen und Sanktionen abgeschafft werden sollen, und wo die Grenze liegt zwischen solidarischer Finanzierung gesellschaftlicher Teilhabe der vom Kapital erwerbslos Gemachten einerseits und Ausnutzung der Ergebnisse fremder Lohnarbeit andererseits.

Zurückgeschnitten z.B. auf die Ablehnung der Konstruktion der eheähnlichen Gemeinschaft, der Unterhaltspflicht zwischen Eltern und erwachsenen Kindern, der rechtswidrigen Ausdehnung der Bedarfsgemeinschaft, der gegenwärtige Höhe der Vermögensfreibeträge, der gegenwärtigen Formen der Anrechnung von Erwerbseinkommen und anderen Einkommen; der Ablehnung von Sanktionen bei der Verweigerung von 1-Euro-, Mini- und Niedriglohnjobs usw.



Wir erklären uns aber nicht mit der bGE-Botschaft einverstanden, dass Erwerbslose keinerlei Verpflichtungen akzeptieren sollten, zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen, sofern das möglich ist, und folglich von den beschäftigten Lohnarbeitern beliebig verlangen dürfen, den selbst gewählten Ausstieg aus der Lohnarbeit durch Lohnarbeit anderer zu finanzieren. Das macht ein Bündnis mit Erwerbstätigen unmöglich.

Einige Stellungnahmen zur Regelsatzforderung ("ohne Bedürftigkeitsprüfung und repressionsfrei") betonen nun deren Einschränkung auf Erwerbslose. Sie wollen damit der Kritik entgegenreten, durch den Bezug auf den Eckregelsatz hätten alle Erwerbsfähigen Anspruch auf das geforderte Mindesteinkommen, womit ein perfekter Kombilohn für alle und ein beinahe perfektes bGE gegeben wäre. Diese Einwände übersehen, dass sich schließlich jeder aus der Lohnarbeit in die Erwerbslosigkeit verabschieden kann, wenn er denn will. Durchaus im Sinne der bGE-Forderung: als individuelle Freiheit zum existenziell abgesicherten Ausstieg aus der Lohnarbeit — auf Kosten der Lohnarbeit anderer.

Wenn die Einfallstore zum bedingungslosen Grundeinkommen und zu sozialpartnerschaftlichen Visionen aus dem Frankfurter Appell herausgenommen sind, werden wir uns einverstanden erklären. Solange das nicht der Fall ist, können wir die am 2./3.12. verabschiedete Fassung des Frankfurter Appells weder unterzeichnen noch zu ihrer Verbreitung beitragen. Die jetzt verabschiedete Formel "ein Mindesteinkommen für Erwerbslose, mindestens 500 Euro Eckregelsatz, partnerunabhängig, plus Unterkunfts- und Heizungskosten, damit auch Anhebung der Kinderregelsätze, ohne Bedürftigkeitsprüfung und repressionsfrei" ist dazu nicht geeignet. Im Gegenteil. Sie sprengt den Kern des anzustrebenden kämpferischen Bündnisses zwischen Erwerbslosen und Erwerbslosen, den wir in den Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro und der Forderung nach einem Eckregelsatz von mindestens 500 Euro verkörpert sehen.

### **Kombilohn**

Die Forderung nach Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung für Erwerbslose hat darüber hinaus noch einige inakzeptable Nebenwirkungen:

Es wird gefordert (und das ist in der entstandenen Situation u.E. auch richtig!), Hartz IV zu verändern, denn nur dort (und im SGB XII) gibt es einen Eckregelsatz. Im Aufruf des Bündnisses 3.Juni zur Demo in Berlin wurde deswegen auch die Erhöhung des ALG II auf mindestens 500 Euro gefordert.

Hartz IV ist aber nicht nur ein Mindesteinkommen für Erwerbslose, sondern auch ein Mindesteinkommen für Erwerbstätige. Nicht die Erwerbslosigkeit, sondern die Erwerbsfähigkeit ist die entscheidende Voraussetzung für ALG-II-Leistungen. Ferner beziehen auch Kinder unter 15 Jahren Hartz-IV-Leistungen. Sie gelten nicht als erwerbslos und beziehen Sozialgeld als Prozentsatz des Eckregelsatzes. Auch Kinder über 15 Jahren, die noch in Schulausbildung sind, gelten nicht als erwerbslos. Die Mehrheit der heute 7,1 Millionen Hartz-IV-Bezieher ist nicht erwerbslos.

Da die jetzige Forderung die Ablehnung jeder Bedürftigkeitsprüfung nur auf Erwerbslose bezieht, bedeutet das, dass bei Nichterwerbslosen die Bedürftigkeit weiterhin in der bisherigen Form geprüft werden würde. Für die Beibehaltung der jetzigen Bedürftigkeitsprüfungen bei Erwerbstätigen einzutreten, war sicher nicht mit dem Beschluss beabsichtigt, geht aber logisch aus der beschränkten Sicht auf Erwerbslose hervor. Das richtet sich in der Tendenz gegen Erwerbstätige.

Des weiteren gelten derzeit auch alle diejenigen als erwerbslos, die weniger als 15 Stunden die Woche arbeiten. Diese Definition halten wir für richtig. Dann würde die mehrheitlich beschlossene Forderung aber bedeuten, dass die Erwerbseinkommen all derjenigen, die weniger als 15 Stunden arbeiten, unabhängig von ihrer Höhe nicht angerechnet werden. Das würde Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte benachteiligen, deren Einkommen möglicherweise noch niedriger liegt. Diese Wirkung kann nicht beabsichtigt gewesen sein. Sie würde die Mindestlohnforderung von zehn Euro unter-

graben und eine Form des Kombilohns darstellen, bei der bei geringfügiger Beschäftigung das Erwerbseinkommen in voller Höhe nicht angerechnet, also in voller Höhe aus Steuergeldern bezuschusst wird. Die U15-Jobs würden massenhaft Blüten treiben.

Weiterhin würde die Formel bedeuten, dass Erwerbslose, die Einkommen aus Kapitalanlagen und Immobilienbesitz haben, alle entsprechenden Einkünfte behalten können. Wieso wir uns aber für die Interessen derer einsetzen sollten, die arbeitslos von Kapitaleinkünften leben oder leben wollen (und dabei handelt es sich eben nicht nur um die Albrechts und Ackermänner, die sich mit Sicherheit nicht auf den Weg zur Arge machen würden), ist unerfindlich.

Wenn aber nicht die Beschränkung der Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung auf Erwerbslose, sondern die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung für alle erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher gemeint gewesen sein sollte, dann hätte die Konferenz dafür gestimmt, dass Erwerbseinkommen unabhängig von der Höhe nicht auf ALG-II-Leistungen angerechnet werden darf. Sie hätte damit einer sprunghaften Ausdehnung von Kombilöhnen den Weg geebnet. Die Forderung fördert Lohnsenkungen ins Bodenlose und den weiteren Abschied von Tarifverträgen, denn das vom Staat bezahlte ALG II wird für Erwerbstätige dann in der Tendenz zum Grundstock ihrer Existenzsicherung, nicht mehr der Lohn (der damit massiv gedrückt werden kann).

Der Frankfurter Appell in der jetzigen Fassung verletzt unmittelbar die Tagesinteressen von teilzeit- (15 Stunden und darüber) und vollzeitbeschäftigten Lohnarbeitern und mittelbar die aller Lohnabhängigen, der erwerbstätigen wie der erwerbslosen. Dadurch und indem er die Option auf das bGE und den individuellen Ausstieg aus der Lohnarbeit öffnet, setzt er voraus, dass es Lohnarbeiter gibt, aus deren Arbeit die entsprechenden Geldsummen (und die damit konsumierten Waren und Dienstleistungen) aufgebracht werden müssen.

Auf der Basis dieser Forderung ist es nicht möglich, ein Bündnis zwischen erwerbstätigen und erwerbslosen Lohnarbeitern zu schließen. Ein solches Bündnis kann nur geschlossen bzw. ausgebaut werden, wenn in den Forderungen die gemeinsamen Interessen von erwerbslosen und erwerbstätigen Lohnarbeitern wiederzufinden sind. Während die DGB-Führung versucht, im Rahmen ihres Co-Managements mit dem Kapital zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, sprich zur Sicherung hoher Kapitalrenditen, die Erwerbstätigen auf Kosten von Erwerbslosen relativ besser zu stellen, hat der jetzige Frankfurter Appell eine deutliche Schlagseite in die andere Richtung.

Wir treten dafür ein, dass die verabschiedete Fassung des Frankfurter Appells, wie oben dargestellt, korrigiert wird. [...]

Der Frankfurter Appell muss wieder zur verbindenden Klammer für die kämpferischen Teile der sozialen Bewegung gegen Lohn- und Sozialabbau werden.

---

Anmerkung: Diejenigen, die den Frankfurter Appell in ein Hilfsmittel zur Förderung des bGE verwandelt haben, hatten zu keinem Zeitpunkt das Interesse, ihn in der neuen Form zu verbreiten. Damit traten sie den Frankfurter Appell, der ein umfassendes Bündnis von Erwerbslosen und Erwerbstätigen zur Verteidigung ihrer sozialen Interessen anstrebte, in die Tonne. 2006 erschien in Frankfurt unter Mitwirkung von Irmgard Schaffrin, Robert Schlosser und Sturmi Siebers die Broschüre von Rainer Roth, Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens. Nachzulesen unter [https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/bge\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/bge_A5.pdf)

# Ex und Hopp!

23.12.2002

Was erwartet uns?

Anja Schmidt z. B., 25 Jahre, Fleischereifachverkäuferin, 1000 € Nettolohn, wird zum 31. Januar 2004 von ihrem Kaufhaus entlassen. Sie erhält ein Arbeitslosengeld von 610 €. (1) Das Arbeitsamt (jetzt- Job-Center) steckt sie nach einem Monat in eine Leiharbeitsfirma, umgetauft in **PSA (PersonalServiceAgentur)**. Die PSA wird von Randstad betrieben.

Die PSA verleiht sie sofort an ein anderes Kaufhaus. Sechs Wochen muss sie zur Probe für ihr Arbeitslosengeld arbeiten. Danach macht sie ihre alte Arbeit in der neuen Firmafür 800 €, also für 20% weniger. Diesen Tarif hat ver.di mit Randstad vereinbart. (2) Da ihre Warmmiete 400 € beträgt, bleiben ihr zum süßen Leben noch 400 € mtl. Sie liegt jetzt unter dem Sozialhilfebedarf.

Anja Schmidt ist empört. Doch das JobCenter droht ihr mit 12 Wochen Sperrzeit, wenn sie die Leiharbeit nicht annimmt.

Die Regierung tröstet sie:

*"Wer nur seine Ansprüche pflegt, der hat noch nicht verstanden."* (3)



(1) durchschnittliches Arbeitslosengeld einer unverheirateten Frau im Jahre 2001 in Deutschland  
(2) Gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommt Anja Schmidt nur dann, wenn kein Tarifvertrag mit der Leiharbeitsfirma abgeschlossen wurde. So das am 16.11. 2002 beschlossene Gesetz.

(3) Regierungserklärung FR 30.10.2002, 14

(4) Koalitionsvereinbarung nach FR 17.10.2002, (5) Hartz-Bericht, 148 (6) FR 17.10.2002 (7) Hartz-Bericht, 148

# Lohnsenkungen im Interesse aller?

\* Schröder und Fischer erklären, dass von den Hartz-Plänen „*alle profitieren*“.  
(4) Angeblich „*profitiert*“ Anja Schmidt, wenn sie für weniger Lohn arbeiten muss. Angeblich „*profitieren*“ ihre Kolleginnen, wenn sie durch billigere Leihkräfte ersetzt werden. Tatsächlich profitiert nur das Kaufhaus, weil es Arbeitskräfte „*zu günstigen Bedingungen*“ (5) zugeführt bekommt.

\* Schröder und Fischer setzen mit den Hartz-Plänen den „*Anspruch auf Sicherheit*“ um. Anja Schmidt hat nicht einmal mehr die Sicherheit, immer ihre Miete bezahlen zu können. Ihre Kolleginnen haben weniger Sicherheit, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Das Kaufhaus dagegen senkt mit Sicherheit die Lohnkosten und steigert seine Profite.

\* Schröder und Fischer nennen Arbeit für weniger Lohn einen „*gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt*“.(6) Sie halten ungleichen Lohn für gleiche Arbeit für gerecht.

## **Massiver Ausbau der Leiharbeit - "Herzstück" der Hartzpläne (7)**

Die Hartz-Kommission möchte die Zahl der Leiharbeiterinnen um 800.000 erhöhen. Das würde Hunderttausende Beschäftigte verdrängen, die zu den üblichen Tarifen arbeiten. Der DGB - Bundesvorstand begrüßt die Hartz-Pläne. Vorteile für die Entleihbetriebe:

\* Sie können Leiharbeiterinnen jederzeit „*kündigen*“.

\* Sie zahlen nur für die tatsächliche Arbeitszeit. Leiharbeiterinnen sind selbst dann insgesamt billiger, wenn sie den gleichen Lohn bekommen.

Der Ausbau der Leiharbeit dient angeblich dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Leiharbeit schafft aber keine neuen Arbeitsplätze. Sie erhöht nur die Profite der Unternehmen. Und es ist gerade dieses Streben nach Profit, das Arbeitslosigkeit letztlich erst erzeugt. Mit mehr Profit die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen, ist genauso sinnvoll, wie mit mehr Alkohol den Alkoholismus zu bekämpfen.

Von 1991 bis 2001 sind die Profite der Kapitalgesellschaften um 100 Mrd. € gestiegen. Die Zahl der LeiharbeiterInnen hat sich auf 360.000 verdreifacht. Die Arbeitslosigkeit hat um 1,2 Millionen zugenommen.

## **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Keine Billigtarife!**

### **Reduzierung statt Ausbau der Leiharbeit!**

### **30 Stundenwoche**

### **bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**

(Nur Arbeitszeitverkürzung bringt mehr Arbeitsplätze, Leiharbeit nicht.)

---

**Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern.**

weg!

Hartz IV muss

## Chance für Unternehmer, die Löhne zu senken

### **"Was gehen mich Arbeitslose an? Ich habe Arbeit!"**

Franz Bauer trägt mit etwa 1.500 € netto den Durchschnittsverdienst eines Arbeiters im Produzierenden Gewerbe nach Hause. (Statistisches Taschenbuch 2004, 5.3)

Vor Hartz IV hätte er bei Arbeitslosigkeit rd. 950 € Arbeitslosengeld und danach rd. 800 € Arbeitslosenhilfe bekommen. Mit Hartz IV ist die Arbeitslosenhilfe abgeschafft. Es gibt nach einem Jahr nur noch das sogenannte Arbeitslosengeld II, eine Art Sozialhilfe, die aber unter dem bisherigen Niveau der Sozialhilfe liegt. Franz bekäme dann nur noch etwa 600-650 €. (Regelsatz 345 € plus angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung) Im Regelsatz sind u.a. 4,76 € täglich für Ernährung, Getränke, Verzeehr außer Haus und Tabak sowie 0,64 Cent für Verkehrsmittel enthalten. Kommen Sie damit aus?



Hartz IV senkt die Arbeitslosenunterstützung erheblich. Aber das ist nur der Anfang. Die Dachorganisation aller Unternehmen in Deutschland, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, fordert die Senkung des Regelsatzes von ALG II um 25%. Minister Clement ist ebenfalls dafür. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung will sogar eine Senkung um 30%. Arbeitgebern ist nämlich nicht egal, wie viel Franz Bauer als Arbeitsloser bekommt.

Je weniger er bekommt, desto mehr Angst hat er, arbeitslos zu werden, desto eher ist er mit Lohnkürzungen oder unbezahlter Mehrarbeit einverstanden, wenn die Chefs ihm andernfalls mit Arbeitslosigkeit drohen.

**Die Arbeitgeber wollen Ihren Lohn senken, deshalb greifen sie mit Hartz IV die Arbeitslosen an.**

### **"Mein Arbeitsplatz ist sicher, wenn ich auf Lohn verzichte",**

denken Sie vielleicht.

Obwohl mit Hilfe revolutionärer Technik immer weniger Arbeitskräfte gebraucht werden?

Obwohl die Zahl der Vollzeitbeschäftigten seit 1991 um fünf Millionen abgenommen hat?

Obwohl überall Überkapazitäten aufgebaut wurden, die mit Entlassungen wieder abgebaut werden?

Die EU will bis 2010 die "wettbewerbsfähigste Region der Welt" werden, d.h. Banken und Konzerne wollen bis 2010 die Profitraten der USA einholen und überholen. Die Profitraten aber werden mit Lohnsenkungen, unbezahlter Mehrarbeit **und** Arbeitsplatzabbau gestärkt. Siehe VW, Opel, Karstadt, Siemens usw.. Je mehr Sie sich dieser Logik beugen, desto unsicherer wird Ihr Arbeitsplatz. Und wenn Sie dann arbeitslos geworden sind, bekommen auch Sie nach einem Jahr nur noch weniger als die heutige Sozialhilfe. Wollen Sie das?

### **"Die Arbeitslosen liegen doch sowieso nur in der Hängematte. Den Faulenzern soll man ruhig mal Beine machen,"**

denken Sie vielleicht.

Sie hätten dann dieselbe Meinung wie die Chefs der Konzerne und Banken und wie Schröder und Fischer.

Warum die so denken, ist klar: Mit Hartz IV sind Arbeitslose gezwungen,

- zu Löhnen zu arbeiten, die bis zu einem Drittel unter Tarif liegen oder
- Minijobs anzunehmen, von denen man nicht leben kann oder
- Ein-Euro-Jobs anzunehmen.

Die Arbeitsagenturen können über 3 Millionen Arbeitslose mit Hartz IV zwingen, unter Tarif zu arbeiten. Mit Minijobs werden Vollzeitbeschäftigte verdrängt, z.B. im Einzelhandel. Mit Ein-Euro-Jobs werden tariflich Beschäftigte im Öffentlichen Dienst oder bei Wohlfahrtsverbänden ersetzt. Die Möglichkeit, Arbeitskräfte bis zum einem Drittel unter Tarif einzustellen, ermuntert Unternehmer zum Ausstieg aus Tarifverträgen, damit sie die verbilligte Arbeitskraft nutzen können und erhöht den Druck, die Tarife für Neueingestellte abzusenken. In diesem Verdrängungswettbewerb können auch Sie auf der Strecke bleiben.

Mit Hartz IV greifen Arbeitgeberverbände und Regierung massiv die Flächentarifverträge an. Hartz IV ist gewerkschaftsfeindlich. Hartz IV ist Lohndumping. Meinen Sie, Lohndumping nützt Ihnen?

**Sie sollten lieber nicht die Meinung ihrer Chefs und der Regierung übernehmen, sondern sich eine eigene Meinung leisten.**

**"Wenn es weniger Arbeitslose gibt, und die auch noch weniger kosten, dann muss ich weniger Steuern für sie zahlen."**

Irrtum. Die Staatsausgaben werden gesenkt, um die Gewinnsteuern, nicht um die Lohnsteuern zu senken. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer für Spitzenverdiener kann dann noch schneller von heute 45 % auf 25 % fallen. Das streben die Arbeitgeberverbände an. Die Gewerbesteuer, eine der Haupteinnahmequellen der Kommunen, kann dann nach dem Willen der Konzerne noch eher abgeschafft werden. Wenn Sozialbeiträge für Sie sinken, dann nur unter der Bedingung, dass Sie bei Rente, Krankheiten und Arbeitslosigkeit privat immer mehr draufzahlen müssen.

**"Hartz IV ist doch eine Chance für die Arbeitslosen."**

Arbeitslosigkeit gibt es nicht, weil Arbeitslose ihre Chancen nicht wahrnehmen, sondern weil die Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskraft drastisch abnimmt und das Wirtschaftssystem immer wieder Krisen produziert. Die insgesamt in Deutschland gearbeiteten Arbeitsstunden haben seit 1991 um 4 Milliarden Stunden abgenommen, allein seit 2000 aufgrund der Krise um 1,5 Milliarden Arbeitsstunden. 2000 gab es offiziell 3,9 Mio. Arbeitslose und 514.000 offene Stellen. 2004 waren es 4,4 Mio. Arbeitslose und 286.000 offene Stellen. Die offenen Stellen werden aber nur zur Hälfte von Arbeitslosen besetzt. Die Chancen der Arbeitslosen nehmen ab. Arbeitskräfte, die zu alt, zu krank, zu langsam, zu jung, zu behindert, zu wenig qualifiziert, alleinerziehend usw. sind, werden vom Kapital aussortiert. Deswegen steigt die Langzeitarbeitslosigkeit, nicht weil die Arbeitsagenturen schlecht vermitteln. Die Aussortierten werden aber nur beschäftigt, wenn irgendwer aus der Nutzung ihrer Arbeitskraft noch Profit ziehen kann. *"Jeder findet Arbeit, wenn man zulässt, dass der Lohn weit genug fällt."* erklärt Prof. Sinn aus München den Standpunkt der Herrschenden. Wie man dann leben kann, interessiert solche Leute nicht. Was Arbeitslosen als Chance zur Eingliederung verkauft wird (untertarifliche Löhne, Minijobs und Ein-Euro-Jobs), hat eine Kehrseite. Wer bisher zu Normaltarifen arbeitet, hat die "Chance", noch eher ausgegliedert zu werden.

**Hartz IV hat nur ein Ziel: Den Lebensstandard der Mehrheit zu senken, damit die Profite einer Minderheit steigen.**

Deshalb:

**Hartz IV muss weg!**

**500 € Regelsatz plus Warmmiete als Grundeinkommen für Erwerbslose!**

**Wenigstens 10 € pro Stunde als gesetzlicher Mindestlohn!**

**"Wer soll das bezahlen?"**

Ein Wirtschaftssystem, in dem das Kapital seit 2001 mit 25 Mrd. Gewinnsteuersenkungen jährlich gefüttert wird, in dem Manager Milliarden Euro in Überkapazitäten, überflüssigen Immobilien und riskanten Finanzanlagen verbrennen, in dem Milliarden überschüssiges Kapital ins Ausland fließen, ist reich genug, auch die Arbeitskräfte, die es nicht mehr braucht, anständig zu versorgen.

Deutschland:

# Standort für Millionäre ...

## "Sozialhilfe"erhöhung für Konzernchefs

Dr. G., Vorstand eines Automobilkonzerns (Jahreseinkommen 2 Millionen Euro brutto), ist bedürftig. Deshalb bekommt er im Jahr 2004 vom Staat Sozialhilfe in Form der Senkung des Spitzensteuersatzes\* von 48,5% auf 45%. Insgesamt steckt Dr. G. 66.000 Euro oder 5.500 Euro monatlich mehr ein. Er könnte davon u.a. einen Monat im Berliner Luxus-Hotel Adlon logieren, wenn er wollte, und sich auch ein weiteres Pferd leisten. Das alles würde die Binnennachfrage stärken und das Wachstum ankurbeln.

Für 2005 kann sich Dr. G. über eine weitere Sozialhilfeerhöhung von 57.000 € freuen (4.750 € mtl.). Denn der Spitzensteuersatz fällt auf nur noch 42%. Steuerausfall 2004 insgesamt 2-3 Milliarden €, Steuerausfall 2005 weitere 2-3 Milliarden €.

## Lohnsenkung für Arbeitnehmer

Max B., Facharbeiter in der Automobilindustrie, Jahreseinkommen 30.000 € brutto, muss im Jahr 2004 insgesamt 407 € Lohnsteuern weniger zahlen oder 34€ mtl. Davon muss er Praxisgebühren und Zuzahlungen bestreiten und privat fürs Alter vorsorgen, weil die Rentenansprüche erneut um 15-20% gesenkt worden sind. Außerdem soll er drei Stunden in der Woche länger arbeiten für dasselbe Geld. Er hat 2004 trotz Steuersenkungen weniger in der Tasche.

## "Sozialhilfe" Kürzung für Arbeitslose

Bernd F., 56 Jahre, vom Konzern des Dr. G. vor drei Jahren in die Arbeitslosigkeit entlassen, erhält 2004 noch 10.800 € Arbeitslosenhilfe oder 900 € im Monat. SPD/Grüne/CDU/CSU/FDP haben die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe beschlossen. Auf Wunsch der Arbeitgeberverbände, u.a. auch des Verbands der Automobilindustrie und des Konzerns von Dr. G. .

Bernd F. wird dann statt 900€ nur noch rd. 600€ im Monat Sozialhilfe (jetzt: Arbeitslosengeld II) bekommen. Und kann von seinem kundenfreundlichen Jobcenter gezwungen werden, zu Dumpinglöhnen unterhalb der Sozialhilfe zu arbeiten.

**..... Nicht für Millionen !**

---

**Rücknahme der Steuersenkungen für Millionäre!  
Keine Abschaffung der Arbeitslosenhilfe!**

Mai 2004

\* Steuersatz auf Bruttoeinkommen über rd. 55.000 €

## IVb Hartz IV (Alg II) Regelsätze

Mit Einführung von Hartz IV wurde mit 345 Euro ein Regelsatz für alleinstehende Erwachsene in Höhe von 345 Euro eingeführt. Der Paritätische rechnete willkürliche Kürzungen von Verbrauchsausgaben der untersten 20 Prozent Verbrauchergruppen heraus und kam auf 420 Euro. Allein die Anerkennung aller Verbrauchsausgaben dieser Gruppen hätte einen Betrag von 500 Euro ergeben. Klartext hielt es für falsch, das Existenzminimum auf der Grundlage des Konsums von Armutshaushalten festzusetzen. September 2009 erschien die Broschüre Hartz IV Fördern durch Mangelernährung, in der gegenüber Hartz IV ein Mehrbedarf von rund 80 Euro für gesunde Ernährung nachgewiesen wurde. Darauf stützten wir jetzt die Forderung nach 500 Euro, als der Regelsatz eines Alleinstehenden 359 Euro im Jahr 2009 war. Ein breites „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ griff die Argumentation auf, ohne allerdings daraus eine Forderung abzuleiten. (<https://www.yumpu.com/de/document/view/7434308/ein-menschenwuerdiges-leben-fur-alle-diakonie-deutschland>)

Für 2024 fordert der Paritätische statt eines Bürgergeldsatzes von 563 Euro für Alleinstehende 813 Euro. Die Differenz von 250 Euro beruht vor allem darauf, dass für Verkehr 60 Euro, für Freizeit und Kultur ebenfalls rund 60 Euro, für Gaststätten und Beherbergung 50 Euro mehr und Versicherungen 25 Euro mehr veranschlagt wurden. Aus den untersten 20 Prozent Verbrauchergruppen werden alle ausgeschlossen, die verdeckt arm sind bzw. bei einem Einkommen unter 100 Euro noch Grundsicherung beziehen. Alle Verbrauchsausgaben werden als „regelsatzrelevant“ anerkannt.

([https://www.derparitaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/doc/expertise\\_regelsatzberechnung-2023.pdf](https://www.derparitaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/expertise_regelsatzberechnung-2023.pdf)) Die Ausgaben der untersten Verbrauchergruppen für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in Höhe von 195,40 Euro (6,41 Euro täglich) werden allerdings anerkannt. Damit ist keine ausgewogene gesunde Ernährung möglich. Wenn der Mehrbedarf dafür nach wie vor 80 Euro wäre, kämen wir auf eine Forderung von 900 Euro.

Regelsatzniveau und Mindestlohniveau stehen in engem Zusammenhang. Mit 900 Euro plus 500 Euro Warmmiete und 348 Euro Freibetrag bei Vollzeit-Erwerbstätigkeit ab 1.200 Euro brutto kommen wir auf einen Bürgergeldbedarf von 1.748 Euro. Bei einer Warmmiete von 600 Euro entsprechend mehr. Gehen wir davor aus, dass jemand, dessen Nettolohn zehn Prozent über dem Bürgergeldbedarf liegen sollte, sind wir schon bei 1.922 Euro. Das würde auf einen Mindestlohn von etwa 17 Euro hinauslaufen. Eine Forderung von 600 Euro weiterhin aufzustellen, hat sich mit der inflationsbedingten Erhöhung des Regelbedarfs eines Alleinstehenden auf 563 Euro erübrigt. Forderungen sozialer Bewegungen sind kaum noch zu hören. Insgesamt stehen eher Kürzungen des Bürgergelds an, da die Staatsfinanzen ruiniert sind und nicht durch Steuererhöhungen auf Gewinne, Vermögen und Erbschaften erhöht werden sollen, um die Renditen des Kapitals nicht zu gefährden. Subventionen für Unternehmen und eine massive Aufrüstung gegen eine angebliche militärische Bedrohung Deutschlands durch Russland bereiten den Boden für Kürzungen auch beim Bürgergeld vor.



## Thesen zum Regelsatz für Alg II-BezieherInnen

I) 7,2 Mio. Personen bekommen z. Zt. Alg II<sup>1</sup> oder (als Familienangehörige) Sozialgeld. Alleinstehende müssen mtl. mit 345 Euro Regelsatz plus der als angemessen betrachteten Warmmiete auskommen, im Schnitt zusammen mit etwa 650 Euro.

II) Mit diesem Regelsatz stehen ab Juli 2006 pro Tag zur Verfügung:

- 3,79 Euro für Ernährung und Getränke, darunter 83 Cent für Frühstück und je 1,48 für Mittag- und Abendessen
- 27 Cent für Café- und Kneipenbesuche = ein Cappuccino die Woche
- 47 Cent für öffentlichen Nahverkehr = eine Hin- und Rückfahrt in der Woche
- 77 Cent für Telefon/Fax incl. Grundgebühren = 24 Cent für Gespräche/Faxe
- 0 Cent für Bildung
- 25 Cent für Zeitungen/Zeitschriften = einmal in der Woche eine Tageszeitung und
- 21 Cent für Sport- und Freizeitveranstaltungen = alle zwei Monate einmal Kino

345 Euro reichen nicht aus, um Grundbedürfnisse ausreichend zu befriedigen.

345 Euro bedeuten Existenzunsicherheit, Armut und soziale Isolation.

345 Euro stehen aber oft nur auf dem Papier, weil z.B.

- tatsächliche Mieten und Heizkosten bzw.
- Tilgungsraten bei selbst genutzten Eigenheimen nicht anerkannt werden,
- einmalige Anschaffungen nicht von den vorgesehenen Minibeträgen angespart werden konnten,
- Kontogebühren nicht im Regelsatz drin sind,
- Bewerbungs- oder Krankheitskosten anfallen,
- Schulden zurückgezahlt oder
- die seit Januar 2005 gekürzten Regelsätze der Schulkinder aufgefangen werden müssen usw.

1.. III) Woher kommt der Regelsatz?

Der Regelsatz 2006 wird aus dem Ausgabeverhalten der unteren 20 % der Verbrauchergruppen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 2003 abgeleitet. Diese hatten (ohne Warmmiete) 496 Euro zum Leben, 4 Euro weniger als nach der EVS 1998.

Die Bundesregierung kürzt diesen Betrag auf 345 Euro herunter.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband dagegen fordert 415 Euro, vor allem weil er höhere Kosten für Verkehrsmittel (plus 30 Euro), Nachrichtenübermittlung (plus 10 Euro) sowie Gesundheitspflege und Gaststättenbesuche (jeweils plus 5 Euro) anerkennt. Außerdem berücksichtigt er im Gegensatz zur Bundesregierung, dass die Preise gestiegen sind.

Angesichts des Drucks durch die Vertreter des Kapitals, den Eckregelsatz abzuschaffen (Bertelsmann-Stiftung, Hans-Werner Sinn) oder wenigstens um 25 bis 30 % zu senken (Arbeitgeberverbände, Sachverständigenrat usw.), erkennen wir den Mut des Paritätischen an, überhaupt eine bescheidene Erhöhung zu fordern.

Die geforderte Erhöhung ist jedoch zu gering.

■ Da das Einkommen der unteren Verbrauchergruppen gesunken ist, sind auch ihre Ernährungsausgaben gesunken. Früheren Untersuchungen zu Folge kann man sich von dem für Essen und Trinken veranschlagten Betrag allenfalls 20 Tage ausgewogen ernähren. Der auf 113,57 Euro gesunkene Ernährungsanteil des Regelsatzes müsste also mindestens um 57 Euro erhöht werden.

■ Der Regelsatz von 345 Euro ist ein "Rentnerregelsatz".

Die unteren 20 % der Einpersonenhaushalte, deren Ausgabeverhalten Maßstab für diesen Regelsatz sind, bestehen überwiegend aus Rentnerinnen über 65. Sie geben rd. 20 % weniger für die im Regelsatz enthaltenen Bedarfe aus als unter 65-jährige Personen.

Weil Erwerbslose erheblich höhere Bedarfe haben als RentnerInnen, muss ihr Regelsatz mindestens 500 Euro betragen.

Der Regelsatz für Erwerbslose darf nicht unter das Niveau der untersten Einkommensgruppen heruntergerechnet werden.

IV) Unterkunftskosten

müssen in angemessener Höhe zusätzlich zum Regelsatz gezahlt werden. Sie dürfen nicht pauschaliert werden, wie einige Kritiker fordern. Für diejenigen, deren Mieten über den Pauschalen liegen, führen Mietpauschalen zu Regelsatzkürzungen und für diejenigen, die darunter liegen, zu Regelsatzerhöhungen.

V) Das Armutsniveau

für einen Alleinstehenden lag 2003 nach Auffassung der Bundesregierung bei 938 Euro. Die Forderung nach 500 Euro plus angemessenen Unterkunftskosten würde sich diesem Niveau nähern.

VI) Mobilität auch für Arbeitslose!

Öffentlicher Nahverkehr und Freizeiteinrichtungen müssen für Erwerbslose und ihre Kinder zum Nulltarif zur Verfügung stehen. Alg II-BezieherInnen müssen von Eigenbeteiligungen in der Gesundheitsversorgung befreit werden.

## **VII) 500 Euro: fair, sozial gerecht, oder gar menschenwürdig?**

Wir halten nichts davon, bei einer bescheidenen Regelsatzerhöhung schon von Fairness, sozialer Gerechtigkeit oder Menschenwürde zu sprechen. Ein Zustand, in dem Millionen Menschen daran gehindert werden, produktiv tätig zu sein, wird auch durch ein paar Euro mehr nicht menschenwürdig. Fraglich ist auch, ob es der Würde des Menschen entspricht, seine Arbeitskraft als Ware verkaufen zu müssen. Mit einer Regelsatzerhöhung auf 500 Euro würde die Lage von Erwerbslosen etwas leichter. Mehr nicht.

Die Menschenwürde wäre mit 500 Euro auch zu billig. Die Spitzenmanager der Wirtschaft halten ihre Menschenwürde schon für verletzt, wenn sie 500 Euro pro Tag bekommen. Die Gerechtigkeit ist in ihren Augen nicht einmal gewahrt, wenn sie 500 Euro pro Stunde absahnen.

## **VIII) Die Forderung "Weg mit Hartz IV"**

bedeutet für uns, den Zweck von Hartz IV möglichst zu durchkreuzen, mit Sozialabbau Lohndumping zu fördern. Die Forderungen nach 500 Euro Regelsatz und einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro/Std. wirken dieser Absicht entgegen.

"Weg mit Hartz IV" kann nicht bedeuten, den Zustand vor Einführung von Hartz IV, d. h. die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige, wiederherstellen zu wollen. Dieser Zustand war auch nicht hinnehmbar.

## **IX) Das Kapital hetzt Arbeitslose und Beschäftigte gegeneinander,**

um Sozialund Lohnabbau durchzusetzen. Arbeitslose werden als Arbeitsscheue dargestellt, die auf Kosten der Arbeitenden leben und Beschäftigte als Besitzstandswahrer, die Arbeitslose daran hindern, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten.

Wir dagegen brauchen ein Bündnis zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten. Das wird umso dringender, je mehr die Arbeitslosigkeit steigt.

Forderungen wie die nach einem Regelsatz für Erwerbslose in Höhe von mindestens 500 Euro und einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro tragen dazu bei, dieses Bündnis herzustellen.

Das Alg II-Niveau (Regelsatz plus Warmmiete) definiert eine Art Mindestlohn. Das Kapital will den Regelsatz weiter senken, um Lohndumping zu fördern.

Wer dem entgegenwirken will, muss eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes fordern.

Der DGB-Bundesvorstand fordert keine Erhöhung des Regelsatzes und einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, der bei einer 38,5 Stundenwoche im Schnitt zu einem Nettolohn führt, der durch Alg II aufgestockt werden muss. Damit fällt er Erwerbslosen und Beschäftigten in den Rücken.

## **X) Wer soll für den Unterhalt der Arbeitslosen aufkommen?**

Von 1991 bis 2005 ist die Zahl der Vollzeit Arbeitsplätze in Deutschland um über sechs Millionen oder um ein Fünftel gesunken.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen sank um 3,5 Milliarden Arbeitsstunden. Entsprechend sank auch das Bedürfnis des Kapitals nach Ausbildungsplätzen für Jugendliche.

Die Nachfrage des Kapitals nach der Ware Arbeitskraft fällt mit der Steigerung der Produktivität, mit den revolutionären technischen Fortschritten, mit seiner wachsenden Konzentration, mit jeder Fusion von Unternehmen und mit dem Untergang von Klein- und Mittelunternehmen. Dieser Prozess wird durch Arbeitszeitverlängerungen gefördert und durch periodisch wiederkehrende Überproduktionskrisen beschleunigt.

Die Nachfrage des Staates nach Arbeitskräften fällt mit sinkenden Gewinnsteuern. Die Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten wiederum senkt die Nachfrage nach Arbeitskräften in den von der Sozialversicherung abhängigen Bereichen.

Da die Nachfrage nach Arbeitskraft von der Verwertung von Kapital abhängt, werden mehr und mehr Arbeitskräfte in allen Bereichen überflüssig. Sie finden häufig gar keine oder nur noch geringfügige oder befristete Beschäftigungen zu tendenziell sinkenden Löhnen.

Da Arbeitslosigkeit ihre Ursache nicht in zu hoher Arbeitslosenunterstützung oder zu hohen Löhnen hat, sondern in der Kapitalverwertung, muss das Kapital auch für die Unterhaltungskosten der überflüssig Gemachten aufkommen, nicht etwa die Arbeitslosen selbst und ihre Familien.

## **XI) Was kostet die Regelsatzerhöhung auf 500 Euro?**

Eine Regelsatzerhöhung auf 500 Euro würde einschließlich der aus ihr folgenden Regelsatzerhöhungen für Haushaltsangehörige etwa 10-15 Mrd. Euro kosten.

Allein daran,

■ dass Anleger jährlich 30 Mrd. Euro verlieren, weil sie ihr überschüssiges Kapital Finanzbetrüger anvertrauen,

■ dass Banken jährlich 10-20 Mrd. Euro abschreiben müssen, weil sie Kredite an Schuldner verliehen haben, die sie nicht zurückzahlen können,

■ dass die massiven Gewinnsteuersenkungen dem Kapital jährlich Zusatzprofite von 20 Mrd. Euro verschaffen, kann man sehen, dass der Reichtum dieser Gesellschaft völlig ausreichen würde, diese Forderung zu befriedigen.

Das Kapital aber verbubelt und verspekuliert lieber den durch die Arbeit von Millionen aufgehäuften Reichtum in für uns sinnlosen Anlagen, als ihn für die Bedürfnisse der Arbeitslosen bzw. der LohnarbeiterInnen zur Verfügung zu stellen. Aber nur so lange, wie Arbeitslose und Beschäftigte das Kapital nicht gemeinsam in seine Schranken verweisen.

## **Alg II: Anhebung des Regelsatzes von 345 € auf 500 €!**

**November 2006**

<sup>1</sup> Alle Angaben zum Regelsatz 2006 aus Rainer Roth/Harald Thomé, Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z, Frankfurt/M., Oktober 2006



## Gewinnspiel 2007

Wir möchten einen Test mit Ihnen machen,  
ob Sie verstanden haben,  
was Soziale Marktwirtschaft ist.

Die Bertelsmann-Stiftung ist  
Inhaberin der Bertelsmann AG,  
des größten deutschen Medienkonzerns.

(u.a. RTL, RTL 2, Vox, Stern, Brigitte, Eltern, Capital, Financial Times  
Deutschland, Berliner Zeitung, Berliner Kurier, Spiegel (24,75%) usw.)

**Was glauben Sie,**  
wie viel Geld ein Bezieher von Arbeitslosengeld II  
nach Meinung der Bertelsmann AG  
in Zukunft bekommen soll <sup>1</sup>  
für

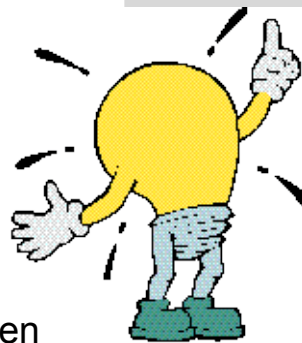
1) Essen und Trinken	<input type="text"/>	€ pro Tag
2) Kneipenoder Cafebesuche	<input type="text"/>	€ pro Tag
3) Zigaretten	<input type="text"/>	€ pro Tag
4) Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel	<input type="text"/>	€ pro Tag
5) Zeitungen/Zeitschriften	<input type="text"/>	€ pro Tag
6) Sport-/Freizeitveranstaltungen	<input type="text"/>	€ pro Tag
7) Telefon: Gesprächseinheiten/Telekom	<input type="text"/>	€ pro Tag
8) die Unterhaltungskosten eines KfZ (ohne Versicherung und Steuer)	<input type="text"/>	€ pro Monat
9) Strom	<input type="text"/>	€ pro Monat
10) die gesamten Lebenshaltungskosten (außer Warmmiete und Mietnebenkosten)	<input type="text"/>	€ pro Monat

**Bitte tragen Sie die von Ihnen geschätzten Beträge ein,  
lesen Sie dann bitte die Rückseite.**

Dort erfahren Sie auch etwas über Ihren Gewinn.

<sup>1</sup> Die Bertelsmann Stiftung hat 1992 zusammen der **Heinz-Nixdorf-Stiftung** (Siemens-Nixdorf) und der **Ludwig-Erhard-Stiftung**, der bedeutende Vertreter von Banken und Konzernen, Medien und Parteien angehören, die Gemeinschaftsinitiative Soziale Marktwirtschaft gegründet. Diese hat unter den Leitlinien "Eigenverantwortung" und "Verteilungsgerechtigkeit" von fünf Professoren eine "umfassende Reformperspektive" ausarbeiten lassen. F. Breyer, W. Franz, S. Homburg, R. Schnabel, E. Wille, Reform der sozialen Sicherung, Berlin 2004

**Herzlichen Glückwunsch! Sie haben gewonnen:**  
Sie haben eine Erkenntnis gewonnen!  
**Null** ist die richtige Antwort auf alle Fragen.



**Für die Bertelsmann AG bedeutet Marktwirtschaft:**

- die heutige Regelleistung von 347 €<sup>2</sup> monatlich für Alg II-Empfänger vollständig zu streichen<sup>3</sup>,
- Arbeitslosen also nichts mehr für Essen und Trinken zu zahlen und
- den **Hunger als Anreiz** zu nutzen, dass sich Arbeitslose ihr Essen durch Arbeit unter jedem Tarif „eigenverantwortlich“ erarbeiten.

**Für die Bertelsmann AG bedeutet sozial:**

- Alg II-Empfängern immerhin noch die Warmmiete zu zahlen und
  - alle, die nicht einmal zu Armutslöhnen Arbeit finden, dazu zu zwingen, ihr Alg II für den Staat abzuarbeiten, unbefristet und in Vollzeit.
- So werden immer mehr normal bezahlte Arbeitsplätze vernichtet. Dieser Weg führt zur Abschaffung der Flächentarifverträge, zuletzt verwirklicht 1934 nach der Zerschlagung der Gewerkschaften. Hauptsache, die Renditen stimmen!  
Die regierenden Parteien setzen das Schritt für Schritt um, je nachdem, wie viel Widerstand sie spüren.  
Arbeitslose und Erwerbstätige brauchen dringend eine ausreichende Mindestsicherung, um dem etwas entgegensetzen zu können.  
Müsste man dafür nicht etwas tun, bevor Bertelsmann und Co. sich durchgesetzt haben?

**Ein Regelsatz für Alg II in Höhe von mindestens 500 € mtl. statt Hunger!**

**Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 €/Stunde statt Armutslöhne!**

<sup>2</sup> Zur Zeit sind im Regelsatz eines alleinstehenden Alg II-Empfängers im Regelsatz enthalten: 1) 3,81 2) 0,27 3) 0,21 4) 0,47 5) 0,25 6) 0,21 7) 0,25 8) 0 9) 21,88 10) 347,00 Näheres dazu: Rainer Roth, Harald Thomé, Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z, Frankfurt 2006 (Hg. AG TuWas)

<sup>3</sup> F. Breyer u.a, Berlin 2004, 42

**Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern.**

**Wir brauchen Gegeninformation statt Gehirnwäsche.**

September 2007



# Hartz IV – Mangelernährung und Isolation für Millionen

Hartz IV-Empfängern wird pro Tag offiziell zugestanden für:

	Nahrungsmittel/ nicht-alk. Getränke	Öffentliche Verkehrsmittel	Café/ Kneipe
Alleinstehende (100%)	3,85 €	0,48 €	0,28 €
Kinder 0-13 (60%)	2,31 €	0,29 €	0,17 €
Kinder 14-17 (80%)	3,08 €	0,38 €	0,22 €

Vor Hartz IV bekamen Schulkinder von 7-13 Jahren noch 65% des Satzes von Alleinstehenden, 14 bis 17-jährige 90%. 2004, im Jahr vor Einführung von Hartz IV, bekamen Schulkinder unter 14 noch 2,82 € und 15 bis 18-jährige noch 3,91 € pro Tag für Essen und Trinken. Der Wachstums- und Schulbedarf von Schulkindern und Heranwachsenden wird nicht mehr anerkannt. Die Hartz IV-Parteien greifen insbesondere Schulkinder an.

Die Preise für die im Regelsatz enthaltenen Ausgaben sind seit 2005 um 9,1% gestiegen. Der Eckregelsatz jedoch ist seit 2005 nur um 1,7% auf 351 € monatlich erhöht worden. Wäre er mit der Preissteigerungsrate erhöht worden, müsste er 376 € betragen.

Das Hauptproblem von Hartz IV ist die chronische Mangelversorgung in allen Bereichen, vor allem bei Ernährung und Teilnahme am Leben in der Gesellschaft.

## Hartz IV = Mangelernährung bzw. Hunger

Das Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) in Dortmund hat errechnet, dass ein Mensch im Mai 2007 pro 1.000 Kilocalorien (Kcal) Energiezufuhr 2,16 € brauchte. Zugrundegelegt ist der Mittelwert der Preise von Discountern und Supermärkten Bioprodukte sind nicht drin. Es wird unterstellt, dass gekaufte Lebensmittel zu 100% verzehrt werden und nichts verdirbt. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) geht von mindestens 10% für Schwund und Verderb aus. Rechnet man das und die von Mai 2007 bis Juli 2008 um 8% gestiegenen Preise für Lebensmittel ein, kommt man auf 2,56 € pro 1.000 kcal. Die Hartz IV-

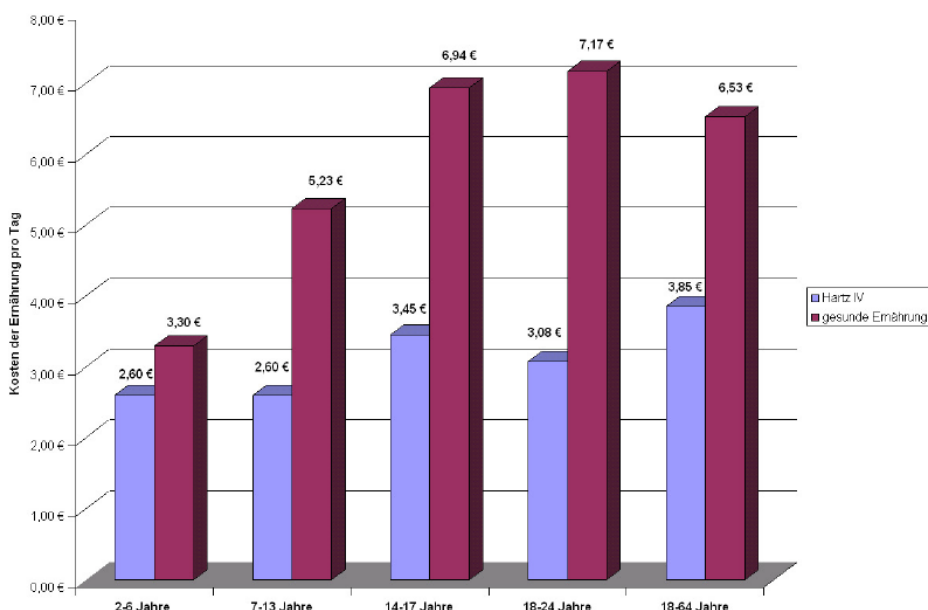
Parteien gestehen Vorschulkindern etwa 80% der Summe zu, die für eine gesunde Ernährung notwendig ist, 7 bis 13-Jährigen und 14 bis 17-Jährigen dagegen nur rd. 50%.

Aber auch Erwachsene können sich nicht gesund ernähren. 18 bis 64-jährige brauchen dafür 6,53 € pro Tag

(bei rd. 2.550 kcal Energiezufuhr; errechnet nach Kersting/Clausen, Ernährungs-Umschau 9/2007, 508 ff.). Sie haben pro Tag 2,68 € zu wenig bzw. pro Monat rund 80 €. Hartz IV stellt nur rd. 1.500 kcal für gesunde Ernährung und Bewegung zur Verfügung (3,85 € : 2,56 € pro 1.000 kcal).

## Hartz IV = Isolation

Hartz IV erschwert massiv die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die Einpersonen-Haushalte unterer Verbrauchergruppen, deren Ausgaben Maßstab für die Festsetzung der Regelsätze ist, geben für Kneipen- und Cafébesuche 25 € im Monat aus. Davon werden für Hartz IV-Empfänger 8,30 € anerkannt, d.h. nur die reinen Kosten der verzehrten Lebensmittel und Getränke. Hartz IV Empfänger sollen zu Hause bleiben. Auch mit den 14,26 € monatlich für öffentliche Verkehrsmittel kommt man nicht weit. Selbst verbilligte Monatskarten sind erheblich teurer.



## Selbst die Beträge für Mangelernährung stehen nur auf dem Papier

Häufig zahlen die Behörden zu wenig Heizkosten, erkennen die Unterkunftskosten nicht vollständig an, unterstellen Zahlungen, die gar nicht eingehen, verzögern oder verweigern Leistungen. Fixkosten wie Kontogebühren, Stromkosten, Zuzahlungen für Medikamente oder notwendige Anschaffungen ist das Hauptproblem und nicht, dass Alg II-BezieherInnen angeblich Ihr Geld für Flachbildschirme ausgeben bzw. es versaufen oder verpaffen würden. Wer mehr als 2 Zigaretten am Tag raucht bzw. mehr als 2 Flaschen Billigbier in der Woche trinkt, hat sowieso schon Probleme. Denn mehr ist im Regelsatz nicht drin.

## Nichtstun – besser bezahlt als Arbeit?

Hartz IV wird nicht fürs Nichtstun bezahlt, sondern fürs Überleben auf Sparflamme. Viele Unternehmen zahlen allerdings Löhne, deren Niveau noch niedriger ist bzw. die Es nicht einmal erlauben, den Nachwuchs an Arbeitskräften, d.h. Kinder zu ernähren. Sie lassen sich die Kosten zukünftiger Arbeitskräfte über Kindergeld und Hartz IV Subventionieren. Um das Lohnniveau noch mehr unter das Existenzminimum zu senken, sind die Verbände Des Kapitals für massive Regelsatzsenkungen bzw. für ihre völlige Streichung. Deshalb Auch die gnadenlose Senkung der

Regelsätze für Schulkinder. Das erhöht den Druck auf Die Eltern, für Armutslöhne zu arbeiten. Diesem Ziel dienen auch Mangelernährung und die Drohung mit Hunger.

## Deshalb: Regelsatzerhöhung auf mindestens 500 €.

Manche fordern 435 € statt 351 €. Damit werden höhere Beträge für öffentlichen Nahverkehr, Telefon, Cafébesuche, Gesundheitspflege usw. gefordert, aber nicht für Ernährung. Mangelernährung Darf nicht akzeptiert werden. Wir akzeptieren auch nicht, dass die Regelsätze in starkem Maße aus dem Verbrauchsverhalten Von RentnerInnen abgeleitet werden. Diese Grundlagen von Hartz IV müssen weg. Der Eckregelsatz Muss auf mindestens 500 € erhöht werden.

## Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 €!

Bei 38,5 Stunden wöchentlich kommen Alleinstehende damit auf rd. 1.100 € netto. Das liegt deutlich über ihrem durchschnittlichen Hartz IV-Niveau von 985 € (351 € Regelsatz plus 354 € Warmmiete plus 280 € Freibetrag von Erwerbseinkommen). Kinder kann man davon allerdings immer noch nicht ernähren.

Dezember 2008



**Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) •**

fon (0551) 9964381 • [info@die-soziale-bewegung.de](mailto:info@die-soziale-bewegung.de) • <http://www.die-soziale-bewegung.de>



**Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V.** (BAG-SHI), Moselstr. 25 • 60329 Frankfurt • fon (069) 27 22 08 96 • [info\(at\) bag-shi.de](mailto:info(at) bag-shi.de) • [www.bag-shi.de](http://www.bag-shi.de)



**Bund Deutscher PfadfinderInnen (BDP)**

Baumweg 10, 60316 Frankfurt • fon (069) 43 10 30 • [bundesverband@bdp.org](mailto:bundesverband@bdp.org) • <http://www.bdp.org>



**Erwerbslosen Forum Deutschland**, Vorsitzender: Martin Behrsing,

Schickgasse 3, 53117 Bonn • fon (0228) 24 95 59 4 • [info\(at\) erwerbslosenforum.de](mailto:info(at) erwerbslosenforum.de)



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,**

Landesverband Hessen • Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt am Main • [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)



**Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)**

fon (069) 74 01 69 • [info@rmb-ffm.de](mailto:info@rmb-ffm.de) • [www.rhein-main-buendnis.de](http://www.rhein-main-buendnis.de)



**Tacheles e.V.**, Luisenstr. 100, 42103 Wuppertal • fon (0202) 31 84 41 •

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de> • [info\(at\) tacheles-sozialhilfe.de](mailto:info(at) tacheles-sozialhilfe.de)



**ver.di Bezirkserwerbslosenausschuss Südhessen.**

Rheinstr. 50, 64283 Darmstadt • <http://suedhessen.verdi.de>

# Mindestens 500 Euro statt 359 Euro!



## 3,94 Euro pro Tag für Essen und Trinken!

So „viel“ steht ab 1. Juli 2009 alleinstehenden Hartz-IV-BezieherInnen für Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke pro Tag zu. Dieser Betrag entspricht zu 100 Prozent dem, was die unteren 20 % der Ein-Personen-Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für Ernährung ausgeben. Ihre Ausgaben sollen laut Regierung dem Bedarf entsprechen.

Die EVS ist die Grundlage für die Festsetzung der Regelsätze. Mehr als 3,94 Euro pro Tag sind auf dieser Basis nicht möglich.

Ein Durchschnittserwachsener im Alter von 18 bis 64 Jahren braucht rund 2.550 kcal, wenn er sich ausreichend ernähren und bewegen will. Erhebungen des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund ergaben, fortgeschrieben auf April 2009, dass ein Mensch 2,50 Euro pro 1.000 kcal braucht, um sich gesund zu ernähren.<sup>1</sup> 3,94 Euro reichen nur für 1.580 kcal pro Tag. Für 2.550 kcal braucht man demnach 6,38 Euro pro Tag. Pro Monat fehlen rund 73 Euro. Dass Hartz IV die Ernährungsausgaben von armen Leuten mit „Bedarf“ gleichsetzt, ist unhaltbar.

⇒ **359 Euro bedeuten Mangelernährung**

Deshalb:

## 500 Euro als Eckregelsatz!

Bitte wenden ➡

<sup>1</sup> <http://www.500-euro-eckregelsatz.de/mat/foerdern-durch-mangelernaehrung-a5.pdf>

Weitere Informationen und Materialien zur Kampagne, die Broschüre „Fördern‘ durch Mangelernährung“ **ie Möglichkeit, online zu unterzeichnen für Einzelpersonen und für Organisationen, Unterschriftenlisten zum Ausdrucken** und den letzten Stand der UnterstützerInnen finden Sie auf unserer Website:

**[www.500-euro-eckregelsatz.de](http://www.500-euro-eckregelsatz.de)**

# Mindestens 10 Euro brutto die Stunde, lohnsteuerfrei!

Das Hartz-IV-Niveau zeigt, wie ärmlich das Lohnniveau von Millionen LohnarbeiterInnen in Deutschland ist.

Wenn Alleinstehende 7,50 Euro/Std. brutto verdienen, haben sie im Durchschnitt noch Anspruch auf Hartz IV. Aber schon bei 7,50 Euro gesetzlichem Mindestlohn droht das Kapital, Hunderttausende arbeitslos zu machen.

Erst mit zehn Euro brutto liegt man deutlich über dem Hartz-IV-Niveau. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto die Stunde.

## Der gesetzliche Mindestlohn muss als Existenzminimum lohnsteuerfrei sein!

Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn erscheint hoch, ist aber äußerst bescheiden. Für Familien reicht es nicht.

Ein Ehepaar mit zwei Kindern (5 und 9 Jahre) und einem Alleinverdiener hat im Juli 2009 im Bundesdurchschnitt bis zu einem Nettoeinkommen von 1.924 Euro Anspruch auf ergänzendes Hartz IV (1.112 Euro Regelsätze, idyllische 502 Euro Warm-

miete - Stand 12/2007 - und 310 Euro Freibetrag für Erwerbstätige).

Nur mit steuerfinanziertem Kindergeld und einem Nettolohn ab 1.600 Euro bzw. 12,30 Euro/Std. kommt man aus Hartz IV heraus, ... wenn die Warmmiete 502 Euro ist.

In der jetzigen Krise setzt das Kapital verstärkt auf Lohnsenkungen. Hartz IV steht dem im Weg. Denn hier wird der Kinderbedarf, d.h. der Bedarf des Nachwuchses der Arbeitskräfte, wenigstens grundsätzlich anerkannt. Regelsatzsenkungen stehen also auf der Agenda der Arbeitgeber.

Erwerbstätige werden gegen Erwerbslose aufgehetzt, weil das Armutsniveau von Hartz IV noch über dem Hungerlohniveau von Millionen liegt. Wer für Kürzungen bei Hartz IV eintritt, kämpft nicht gegen Faulenzer, sondern für die Senkung von Löhnen und für die eigene Verarmung, wenn man nach einem Jahr Erwerbslosigkeit Hartz IV beantragen muss. Wer für einen Eckregelsatz von 500 Euro kämpft, kämpft auch für Lohnerhöhungen!

Haste ma ne  
Milliarde?



Wir hören sie jammern.

Es jammern alle, die milliardenschwere Gewinnsteuersenkungen und die Abschaffung der Vermögenssteuer für nichts Besseres verwendet haben als für Ausschüttungen an Aktionäre, Rückkäufe ihrer eigenen Aktien, Firmenübernahmen und Finanzwetten, Gewinnentnahmen aus ihren Firmen, Monatsgehälter ab 100.000 Euro, Monatspensionen ab 50.000 Euro und den entsprechenden Luxuskonsum.

Jetzt wollen diese Leute die Folgen ihres Profitsystems auf die ganze Gesellschaft abwälzen! Dagegen kämpfen wir und stellen uns ihnen mit unseren Forderungen entgegen!

## Unterzeichner dieser Bündnisplattform:

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) · Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (ag spak) · Attac AG ArbeitFairTeilen · BAG Prekäre Lebenslagen e.V. · DIDF · Erwerbslosen Forum Deutschland · Euromarsch Deutschland · GEW Hessen · Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG) · internationale sozialistische linke (isl) · KLARtext e.V. · Labournet · Landesverband Nordrhein-Westfalen und Vorstand der Bundespartei DIE LINKE · Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne · Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) · Tacheles e.V.

Attac Ortsgruppen: Bonn, Dresden, Göttingen, Leipzig, Lörrach, Solingen, AG genug für alle Gießen · DGB: Region Südniedersachsen-Harz; Gewerkschaftlicher Erwerbslosen-Arbeitskreis Südbrandenburg (GELA) · GEW: Bezirk Unterfranken, Kreisverband Aschaffenburg-Miltenberg · IG Metall: Erwerbslosen-Arbeitskreis (ELA) der IG Metall Ludwigsfelde · ver.di: Bezirk Stuttgart, Ortsverein Aschersleben · ver.di Erwerbslosenausschüsse: Landesbezirk Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen; Bezirke Südhessen, Sachsen-Anhalt Süd, Region: Hannover · Die Linke: BAG Hartz IV, AG "Soziale Politik" Leipzig, Fraktion im Gemeinderat Losheim am See, Kreistagsfraktion Groß-Gerau, Kreisverbände: Aschaffenburg und Untermain, Bonn, Esslingen, Mülheim an der Ruhr, Osterode am Harz; Stadtverband Frankfurt am Main; Ortsverbände: Plochingen, Uslar; Landesarbeitsgemeinschaften: Bedingungsloses Grundeinkommen NRW, Linke sozialistische AG der Frauen in der Partei Die Linke (LISA) NRW, Arbeit und Soziales Bayern · Hartz IV muss weg! · Weitere Unterstützer: AG ausPAK e.V. (Boizenburg/Elbe - Mecklenburg-Vorpommern) · Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Finsterwalde · @Iptraum Redaktion (Hannover) · Arbeitskreis Arbeitslose Linden (Hannover) · Arbeitskreis Grundeinkommen Göttingen · Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) · Arbeitslosenselbsthilfe - Arbeit für alle - e.V. Wedel · Berliner Bündnis Montagsdemo · Berliner Bündnis für soziale Grundrechte · Anti-Hartz-Bündnis · Berliner Kampagne gegen Hartz IV · Bielefelder Sozialbüro e.V. · Bremer Erwerbslosenverband · Buchhandlung "Hans im Glück" (Bad Bramstedt) · Bündnis gegen Amterschikane (Göttingen) · Bürgerbasar Saarland e.V. · Bürgerinitiative gegen Sozialkahltschlag und Nationalismus Dresden · Concept social e.V. (Berlin-Köpenick und -Friedrichshain) · >durchblick< (Kaisersesch) · Erwerbsloseninitiative Fulda · Erwerbsloseninitiative für Remscheid · Neues Prekariat e.V. · Erwerbslosenkreis Hanau · ex-Heimkinder.de · Flüchtlingsrat im Kreis Coesfeld e.V. · FSG Neuruppin e.V. (Freie Selbsthilfegruppe) · gegen-hartz.de (Hannover) · Gegen verlogene Politik (GvP e.V.) Mönchengladbach · Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) · Goslarer Aktion 10, 30, 500 · Hartz IV Betroffene e.V. (Potsdam) · Hartz IV-Café Hattersheim/Main-Taunus-Kreis · IG Contra Sozialabbau Aschersleben-Staßfurt · Initiative Alg II Selbsthilfe e.V. (Zossen) · Initiative für soziale Gerechtigkeit Gera · Korsar Freizeit für Behinderte u. Nichtbehinderte e.V. (München) · Kunstlandschaft e.V. (Berlin) · Migration, Integration, Antirassismus AG Kreis Rhein-Sieg · Montagsdemonstranten Gießen · Montagsdemo Rheinfelden · M.U.T. Initiative (Erwerbslose Eschwege) · NaturFreunde Göttingen · Nordhausen macht mobil gegen Agenda 2010 · Paritätischer Wohlfahrtsverband Göttingen · Runder Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg · SolidarAktiv (Potsdam) · Sozial- und Schuldnerberatung Bonn · Förderverein Soziale Netzwerke e.V. (Ludwigsfelde/Brandenburg) · Soziales Bündnis Lutherstadt Wittenberg · Soziales Zentrum Höxter e.V. · Sozialforum Dortmund · Sozialforum Pforzheim/Enzkreis · Verein für soziale Selbstverteidigung (Jüterbog) · Verlag AG SPAK Bücher · Wohlfahrt, Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (w.a.s.g.) e.V. Berlin · Zittauer Arbeitskreis für soziale Gerechtigkeit (ZAK) · Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Stand: 12. Januar 2010



# 3. Oktober 2012:



www.mindestlohn-10-euro.de

**einen Tag die Einheit Deutschlands feiern,  
365 Tage die soziale Spaltung vertiefen!**



Wie steht es um die Einheit in Deutschland?

- Wenn Erwerbslose sich sträuben, für Stundenlöhne zu arbeiten, von denen man nicht leben kann, werden sie als faul beschimpft. In Umfragen glaubt mehr als die Hälfte, dass Erwerbslose nicht arbeiten wollen.
- Wenn Erwerbstätige sich weigern, auf Lohn zu verzichten, um die gesunkene Rentabilität ihrer Firmen zu erhöhen, greifen die Firmeneigentümer deren „Anspruchsmentalität“ an und drohen mit Arbeitslosigkeit.
- Wenn Menschen erwerbslos sind, vermutet man als Erstes, dass sie daran selbst schuld seien.
- Wenn Menschen Armutslöhne beziehen, sollen sie ebenfalls schuld sein, weil sie nicht genügend qualifiziert seien.

365 Tage im Jahr läuft die Propagandamaschinerie der Arbeitgeberverbände, der Regierungsparteien und der Medienkonzerne von Springer bis Bertelsmann.

365 Tage Zwietracht, um Erwerbslose und Erwerbstätige daran zu hindern, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten, um ihre Einheit zu untergraben.

Aus Anlass des einen Tags der Deutschen Einheit am 3. Oktober erinnern wir an die 365 Tage der Deutschen Zwietracht, die uns die Repräsentanten des wiedervereinigten Deutschlands als tägliches Brot reichen.

Aus Anlass des Tags der Deutschen Einheit erinnern wir daran, dass die Einheit von Erwerbslosen und Erwerbstätigen von offiziellen Repräsentanten Deutschlands massiv bekämpft wird.





**Schritte zur sozialen Einheit der Lohnabhängigen, ob erwerbslos oder erwerbstätig, sind konkret:**

**Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro brutto (Lohnsteuerfrei)**

Der gesetzliche Mindestlohn darf als Existenzminimum eines alleinstehenden Arbeitnehmers nicht mit Lohnsteuer belegt werden. Erwerbslose haben genauso wie Erwerbstätige das Interesse, dem Fall der Löhne nach unten Schranken zu setzen. Entgegen der Propaganda der Spalter muss der gesetzliche Mindestlohn in West- und Ostdeutschland gleich hoch sein, so wie es der Hartz-IV-Eckregelsatz schon ist.

**Mindestens 500 Euro Eckregelsatz bei Arbeitslosengeld II.**

Nur bei diesem Niveau ist es möglich, dass man sich gesund ernähren und einigermaßen am Leben in der Gesellschaft teilnehmen kann. Dieses Hartz IV-Niveau trifft auch eine Aussage darüber, was Erwerbstätige mindestens zum Leben brauchen, welchen Mindestlohn sie also bekommen müssten. Wenn dann Erwerbstätige, statt für 500 Euro Eckregelsatz sich sogar noch für die Senkung des offiziellen, zu gering festgesetzten Existenzminimums (Hartz IV) einsetzen, dann fallen sie nicht nur den Erwerbslosen, sondern auch sich selbst in den Rücken.

Die Repräsentanten und Profiteure der Deutschen Einheit weigern sich, einen gesetzlichen Mindestlohn in halbwegs ausreichender Höhe einzuführen. Sie kämpfen für die reale Senkung der gesetzlichen Mindestlöhne in ganz Europa. In Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Tschechien waren sie schon erfolgreich (WSI-Mindestlohnbericht 2012, WSI-Mitteilungen 2/2012, 128).

Sie erzählen uns, dass ein Lohn, von dem ein Alleinstehender halbwegs leben kann, Arbeitslosigkeit erzeugt und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes untergräbt. Löhne, von denen man Kinder unterhalten kann, halten sie für eine nationale Katastrophe. Sie ziehen Vollzeitbeschäftigten schon bei Armutslöhnen ab 4,50 Euro Lohnsteuern ab. Und sie erzählen uns, dass ein höheres Unterstützungsniveau bei Alg II nur die Faulheit fördert.

Das alles (und noch mehr) nennen sie „Soziale Marktwirtschaft“.

Unterstützen Sie reale Schritte zur Einheit von Erwerbslosen und Erwerbstätigen! Unterstützen Sie die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto (Lohnsteuerfrei) und mindestens 500 Euro Eckregelsatz

- durch Ihre Unterschrift.
- durch die Verteilung unserer (kostenlosen) Flugblätter.
- durch Ihre Einflussnahme in der Öffentlichkeit und in Organisationen

Argumente und Einschätzungen finden Sie auf unserer Webseite.

**UnterstützerInnen der Bündnisplattform**

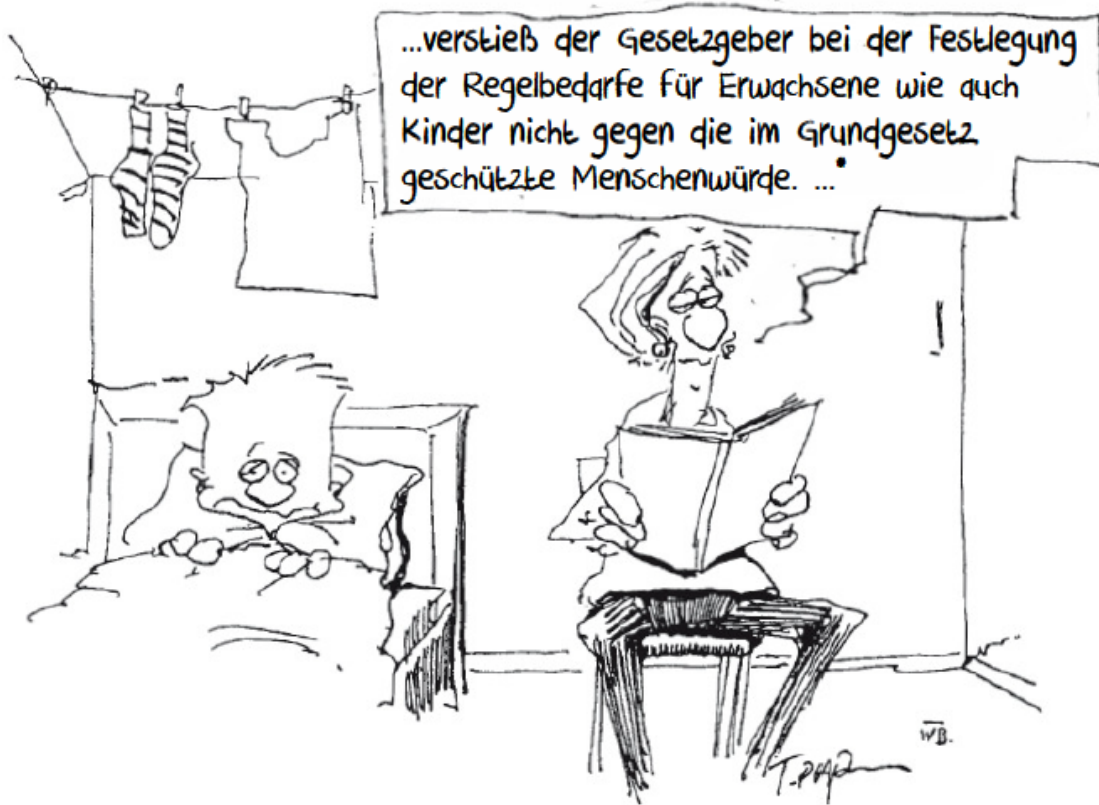
**“10 Euro Mindestlohn! 500 Euro Eckregelsatz!“ sind u. a.**

- |   |  |
|---|--|
| ■ Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)          | ■ Klartext.e.V.  |
| ■ ALSO Oldenburg                                | ■ Labournet Germany  |
| ■ attac Aschaffenburg-Miltenberg                | ■ Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB) |
| ■ BAG-PLESA                                     | ■ Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)                    |
| ■ Erwerbslosen Forum Deutschland                | ■ Tacheles e.V.  |
| ■ Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft Bayern |  |
| ■ Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft Hessen |  |

**www.mindestlohn-10-euro.de**



www.mindestlohn-10-euro.de



\* BSG Az.: B 4 AS 12/12 R

## Wie viel kostet die Würde des Menschen?

Zum 1.1.2016 wurde der Hartz-IV-Satz für Alleinstehende von 399 Euro auf 404 Euro mtl. „erhöht“.

Die Bundesregierung hält diese Summe für das Existenzminimum, das der Würde des Menschen entspricht.

Zugestanden werden:

4,72 Euro pro Tag für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.

Jeder Mensch braucht für gesunde Ernährung und Bewegung 2,85 Euro pro 1.000 kcal (Stand Januar 2016). Die Menschenwürde wird also mit 1.656 kcal täglich befriedigt. Das bedeutet Mangelernährung, denn Erwachsene brauchen schon nach offiziellen Angaben mindestens 2.200 kcal pro Tag, eher jedoch 2.500 kcal. Notwendig wären also 7,12 Euro pro Tag.

0,00 Euro pro Tag für alkoholische Getränke und Tabak.

Bier und Zigaretten widersprechen der Menschenwürde.

0,26 Euro pro Tag für Café- und Restaurantbesuche.

Hartz-IV-BezieherInnen sollen demnach zu Hause bleiben und keine Kontakte pflegen.

0,68 Euro pro Tag für Verkehrsmittel

Das reicht in der Regel nicht einmal für eine Hin- und Rückfahrt pro Woche. Hartz-IV-BezieherInnen sollen zu Hause bleiben.

0,00 Euro pro Tag für KfZ-Kosten

Autofahren widerspricht der Menschenwürde.

**Die Menschenwürde besteht für den Bundestag aus Mangelernährung und Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben!**

Dagegen setzen wir seit langem die Forderung nach einem Eckregelsatz von mindestens 500 Euro. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert inzwischen 491 Euro. Er stellt jedoch die verordnete Mangelernährung nicht in Frage. Diese zu vermeiden würde 73 Euro im Monat mehr erfordern! 500 Euro mtl. sind eigentlich zu niedrig, auch wenn sie den gegenwärtigen Regelsatz um 25 % übersteigen.

**Zum 1.1.2017 soll der ges. Mindestlohn von 8,50 Euro erhöht werden.**

Alleinstehende Vollzeitbeschäftigte müssen zur Zeit pro Monat mit 1.420 Euro brutto oder 1.058 Euro netto auskommen (ohne Kirchensteuer). Selbst das ist den Arbeitgeberverbänden noch zu viel.

Mit 1.058 Euro hat man ab einer Warmmiete von 354 Euro einen Anspruch auf Hartz IV. Von 1.058 Euro netto werden wegen eines „Freibetrags“ ab einem Bruttolohn von 1.200 Euro 300 Euro nicht auf Hartz IV angerechnet.

Diese 300 Euro dienen faktisch dazu, die erhöhten Lebenshaltungskosten abzudecken, die man als Erwerbstätiger hat. Erwerbstätige haben einen höheren Kalorienbedarf und können nicht auf ihren häuslichen Bereich beschränkt werden. Sie haben höhere Ausgaben für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Anschaffung und Unterhaltung eines Autos sowie Urlaubsreisen sind auf dem Hartz-IV-Niveau eines Nicht-Erwerbstätigen ebenso wenig vorgesehen wie Mobiltelefone, Internetanschluss oder die Einladung von Freunden und Bekannten.

Wir fordern seit langem mindestens zehn Euro brutto pro Stunde. Damit käme man auf 1.670 Euro brutto mtl. bzw. nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der jetzigen Lohnsteuer auf 1.193 Euro netto (ohne Kirchensteuer). Das entspricht dem Hartz-IV-Niveau eines Vollzeitbeschäftigten nach einer Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro und bei einer Warmmiete von 393 Euro.

**Weg mit der Besteuerung des Existenzminimums!**

Alleinstehende Vollzeitbeschäftigte müssen bei 8,50 Euro Mindestlohn 68 Euro Lohnsteuer zahlen, bei zehn Euro brutto wären es 132 Euro (inkl. Soli-Zuschlag). Die Besteuerung drückt Lohnabhängige in die Nähe des jetzigen bzw. in die des geforderten Hartz-IV-Niveaus herab.

Alle Parteivorstände der Bundestagsparteien treten für die Besteuerung eines Mindestlohns ein, der nicht einmal für Grundbedürfnisse reicht, geschweige denn für die Gründung einer Familie. Der Parteitag der Linkspartei allerdings hat die Abschaffung der Besteuerung des gesetzlichen Mindestlohns beschlossen.



**www.mindestlohn-10-euro.de**

# **Unterstützt die Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn (steuerfrei)!**

Quellen:

Der Paritätische, Fortschreibung der Regelsätze zum 1. Januar 2016; [www.der-paritaetische.de/uploads/media/Expertise\\_Regelsatz-2015\\_web.pdf](http://www.der-paritaetische.de/uploads/media/Expertise_Regelsatz-2015_web.pdf)  
Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum, Ein menschenwürdiges Leben für alle – das Existenzminimum muss dringend angehoben werden, Dezember 2012; [www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/positionspapier/2013050954.html](http://www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/positionspapier/2013050954.html)

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)  
attac Aschaffenburg-Miltenberg  
Erwerbslosen Forum Deutschland  
Klartext e.V.  
LabourNet Germany

Rhein-Main-Bündnis gegen  
Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)  
Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)  
Tacheles e.V.

Februar 2016

Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!

V.i.S.d.P.: Edgar Schu • Postfach 3434 • 37024 Göttingen • [edgar.schu@die-soziale-bewegung.de](mailto:edgar.schu@die-soziale-bewegung.de) • Tel. 0551 20 190 386  
Kostenlose Bestellung über KLARtext e.V. • [info@klartext-info.de](mailto:info@klartext-info.de)

## Eckregelsatz Hartz IV:

# Mindestens 600 Euro statt 416 Euro!



### 4,77 Euro pro Tag für Essen und Trinken!

So „viel“ steht ab 1. Januar 2018 alleinstehenden Hartz-IV-BezieherInnen zu. So „viel“ geben nämlich die untersten 15 % der Ein-Personen-Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für Essen und Trinken aus: pro Tag 4,16 Euro für Nahrungsmittel und 61 Cent für Getränke. Ausgaben für alkoholische Getränke erkennt die Bundesregierung nicht an. Sie rechnet die Flüssigkeitsmenge alkoholischer Getränke in Mineralwasser um. Je 1,91 Euro für Mittag- und Abendessen, 0,94 Euro für Frühstück und nichts für Zwischenmahlzeiten: mehr ist auf der Basis der EVS nicht drin.

Ein Durchschnittserwachsener im Alter von 18 bis 64 Jahren braucht rund 2.550 kcal pro Tag, um sich ausreichend ernähren und bewegen zu können. Dafür braucht ein Mensch 3,26 Euro pro 1.000 kcal. Das ergaben Erhebungen des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund, fortgeschrieben auf November 2017 und unter Berücksichtigung von 8 % Schwund und Verderb ([www.500-euro-eckregelsatz.de/2011/05/29/29](http://www.500-euro-eckregelsatz.de/2011/05/29/29)). Für 2.550 kcal braucht man 8,31 Euro pro Tag. 4,77 Euro reichen nur für 1.463 kcal. Pro Monat fehlen rund 100 Euro. Dass Hartz IV die Ernährungsausgaben armer Leute mit „Bedarf“ gleichsetzt, ist unhaltbar.

⇒ **416 Euro bedeuten Mangelernährung**

### 0,72 Euro pro Tag für öffentliche Verkehrsmittel!

Das schließt von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aus. Hartz-IV-BezieherInnen sollen zu Hause bleiben. Sie müssen schon für ein Monatsticket im öffentlichen Nahverkehr 30 bis 40 Euro drauflegen, und selbst in den wenigen Städten/Kreisen mit 'Sozialtickets' liegen die Preise teilweise erheblich über dem vom Regelsatz zugestandenen Bedarfsposten. Hartz IV erkennt den Besitz eines nicht zu teuren PKW an. Man kann ihn jedoch nicht fahren, denn Ausgaben unterer Verbrauchergruppen dafür (1,06 Euro pro Tag) werden nicht als Bedarf anerkannt.

### 0,32 Euro pro Tag für Besuche von Cafés oder Gaststätten

Hartz-IV-BezieherInnen sollen keine Cafés und Gaststätten besuchen. Von den Ausgaben der Haushalte der EVS für solche Besuche wird nur ein Drittel anerkannt, nämlich die reinen Materialkosten der auswärts verzehrten Lebensmittel und Getränke. Man soll zu Hause bleiben. Zu Hause jemanden bewirten, ist ebenfalls nicht vorgesehen.

⇒ **416 Euro bedeuten Isolation**

Der Paritätische fordert inzwischen für Alleinstehende einen Regelsatz von 529 Euro, die Diakonie sogar von rund 570 Euro. Beide berücksichtigen vor allem die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft deutlich stärker. Sie akzeptieren aber, dass Regelsätze von den Ausgaben einer Armutsgruppe abhängen, und damit auch Ausgaben für Ernährung, die nur Mangelernährung ermöglichen.

### Wir akzeptieren das nicht.

Die Bundesregierung rechnet die Ausgaben dieser Gruppe auf 416 Euro herunter, obwohl sie ohne Warmmiete schon über 531 Euro betragen. Warum sollen Hartz-IV-BezieherInnen so viel schlechter leben als die untersten Verbrauchergruppen?

### Hartz IV – Bedrohung für Millionen Beschäftigte

Allen, die arbeitslos werden, droht sehr rasch Hartz IV und damit Mangelernährung und gesellschaftliche Isolation. Das lehnen wir ab.

Deshalb:

## Mindestens 600 Euro als Eckregelsatz!

# Gesetzlicher Mindestlohn: **Mindestens 11 Euro brutto die Stunde, lohnsteuerfrei!**

Das Hartz-IV-Niveau zeigt, wie ärmlich das Lohnniveau von Millionen LohnarbeiterInnen in Deutschland ist. Wenn Alleinstehende in Vollzeit (38,5 Wochenstunden) 8,84 Euro/Std. brutto und 1.099 Euro/Monat netto als Mindestlohn verdienen, haben sie ab einer Warmmiete von 383 Euro Anspruch auf Hartz IV.

Wir halten nicht 1.099 Euro, sondern 1.350 Euro netto für das soziokulturelle Existenzminimum eines alleinstehenden, in Vollzeit Erwerbstätigen. Es setzt sich zusammen aus 600 Euro Regelsatz plus als Durchschnitt angenommener Warmmiete in Höhe von 450 Euro plus 300 Euro Freibetrag, der den Mehrbedarf von Erwerbstätigen abdeckt.

Da dieses Existenzminimum besteuert wird, liegen Alleinstehende in Vollzeit mit 11 Euro brutto (1.299 Euro netto monatlich) noch **unter** dem Niveau des Existenzminimums. Auch nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts darf das Existenzminimum nicht besteuert werden. Ohne Steuerabzug würden 1.457 Euro netto bleiben.

Ein steuerfreier gesetzlicher Mindestlohn von 11 Euro erscheint hoch, ist aber äußerst bescheiden. Für Familien reicht auch das nicht, noch nicht einmal, wenn man von der jämmerlichen Höhe der aktuell gültigen Hartz-IV-Regelsätze ausgeht. Ein Ehepaar mit zwei

Kindern (5 und 9 Jahre) und einem Alleinverdiener hat im Januar 2018 im Bundesdurchschnitt bis zu einem Nettoeinkommen von 2.255 Euro Anspruch auf ergänzendes Hartz IV. Ihr Bedarf setzt sich zusammen aus 1.326 Euro Regelsätzen, äußerst günstigen 600 Euro Warmmiete und 330 Euro Freibetrag für Erwerbstätige. Erst ab einem Bruttolohn von 2.441 Euro monatlich oder 14,63 Euro/Std., d. h. bei gegenwärtiger Besteuerung einem Nettolohn von 1.868 Euro plus steuerfinanziertem Kindergeld von zusammen 388 Euro, kommt eine vierköpfige Familie aus Hartz IV heraus, ... wenn die Warmmiete 600 Euro ist. Das Kapital setzt verstärkt auf Lohnsenkungen. Das Hartz-IV-Niveau ist ihm noch zu hoch. Denn hier wird der Kinderbedarf, d. h. der Bedarf des Nachwuchses der Arbeitskräfte, wenigstens grundsätzlich anerkannt. Regelsatzsenkungen stehen auf der Agenda der Arbeitgeber. Erwerbstätige werden gegen Erwerbslose aufgehetzt, weil das Armutsniveau von Hartz IV noch über dem Hungerlohniveau von Millionen liegt. Wer für Kürzungen bei Hartz IV eintritt, kämpft für die Senkung von Löhnen und für die eigene Verarmung, wenn man nach einem Jahr Erwerbslosigkeit Hartz IV beantragen muss. **Wer für einen Eckregelsatz von mindestens 600 Euro eintritt, kämpft auch für Lohnerhöhungen!**

Wir hören sie jammern.

*Haste ma ne  
Milliarde?*



Es jammern alle, die milliardenschwere Gewinnsteuersenkungen und die Abschaffung der Vermögensteuer für nichts Besseres verwendet haben als z.B. für

- Ausschüttungen an Aktionäre und Rückkäufe ihrer eigenen Aktien,
- Firmenübernahmen und Finanzwetten,
- Gewinnentnahmen aus ihren Firmen, Monatsgehälter ab 100.000 Euro, Monatspensionen Euro und den entsprechenden Luxuskonsum.

Jetzt wälzen diese Leute die Folgen ihres Profitsystems auf die ganze Gesellschaft ab! Dagegen kämpfen wir und stellen uns ihnen mit unseren Forderungen entgegen!

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) • Erwerbslosen Forum Deutschland • KLARtext e.V. • Rhein-Main- Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne • Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) • Tacheles e.V. • Labournet Germany • Aktive Arbeitslose Österreich • Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft e.V. (REGE) • Sozialforum Dortmund • DIE LINKE Regionalverband Mecklenburg-Strelitz; KreissprecherInnenrat Göttingen/Osterode; Ortsverbände Bad Bramstedt und Umgebung, Osterode; Kreisarbeitsgemeinschaft Weg mit Hartz IV Oberberg • Fürther Sozialforum • Montagsdemo Zeit / Offener Runder Tisch Zeit (ORTZ)

Die Kampagne für 600 Euro Eckregelsatz und 11 Euro gesetzlichen Mindestlohn folgt auf die Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro steuerfreien gesetzlichen Mindestlohn. Diese Kampagne hatte seit 2009 erfolgreich Druck aufgebaut und offenbar dazu beigetragen, dass große Organisationen teilweise einlenkten. Siehe Artikel auf [www.mindestlohn-10-euro.de](http://www.mindestlohn-10-euro.de). Organisationen, die die neue Kampagne unterstützen möchten, bitte per E-Mail an [info@mindestlohn-11-euro.de](mailto:info@mindestlohn-11-euro.de). Einzelpersonen finden auf der Internetseite [www.mindestlohn-11-euro.de](http://www.mindestlohn-11-euro.de) die Möglichkeit zum Unterzeichnen.

Stand: 17. Februar 2018

## Quellen

KLARtext e. V. (Hrsg.)

### Hartz IV: Fördern durch Mangelernährung.

Warum der Eckregelsatz mindestens 500 Euro und der gesetzliche Mindestlohn mindestens zehn Euro betragen muss.  
1. Auflage, September 2009

<https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/foerdern-durch-mangelernaehrung-a5.pdf>



## Inhalt

Einleitung .....	5
Bündnisplattform „Eckregelsatz Hartz IV: Mindestens 500 Euro statt 359 Euro!“ .....	6
Bundesregierung verteidigt die gegenwärtige Regelsatzhöhe .....	8
Erhöhung des Eckregelsatzes auf 420 bzw. 440 Euro .....	11
Beträge für Ernährung im Eckregelsatz langfristig real gesunken .....	12
EVS lässt nur Mangelernährung zu .....	13
Wieviel Kilokalorien Energiebedarf hat ein erwachsener Mensch? .....	15
Durchschnittsgröße und -gewicht heute	
Durchschnittlicher Energiebedarf pro Tag	
a) Grundumsatz im Ruhezustand: 1.700 kcal	
b) Energiebedarf für körperliche Aktivitäten: das 1,5-fache des Grundumsatzes	
Rechtfertigungen der Hartz-IV-Mangelernährung .....	19
1) Deutsche Gesellschaft für Ernährung	
2) Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)	
3) Der ehemalige Finanzsenator Sarrazin (SPD-Berlin) und BILD	
4) Kochbücher für gesunde Hartz-IV-Ernährung	
Mangelernährung wird durch Unterversorgung in anderen Bereichen verstärkt! .....	26
Eckregelsatz von 500 Euro und das Lohnniveau .....	29
Gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro weder mit 359 Euro noch mit 440 Euro .Eckregelsatz vereinbar	
Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro notwendig, lohnsteuerfrei	
Gesetzlicher Mindestlohn und die Unterhaltungskosten von Kindern	
Arbeitgeber haben Interesse an einer Senkung des Eckregelsatzes	
LohnarbeiterInnen haben Interesse an einem deutlich höheren Eckregelsatz	
Schluss .....	37
Literatur .....	38
Anhang	
Mailwechsel zwischen dem SPD-Parteivorstand und dem Bündnis für 500 Euro Eckregelsatz .....	39

**Rainer Roth:**

## **Was ist eigentlich das Existenzminimum?**

Warum der Regelsatz eines Alleinstehenden mindestens 600 Euro und der gesetzliche Mindestlohn mindestens elf Euro (steuerfrei) betragen muss.

Januar 2017

Überarbeitung eines Vortrags, den Rainer Roth auf dem Europakongress des DGB Kreisverbandes Böblingen, der IG Metall Stuttgart, der GEW Böblingen, attac Böblingen und anderen Unterstützern am 21.10.2016 in Böblingen gehalten hat. Der Vortrag beschäftigt sich mit der Frage, wie das soziokulturelle Existenzminimum von Erwerbslosen bzw. Beschäftigten in einem Land zu bestimmen wäre.

[www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/Gruppen/boeblingen/2016Existenzminimum\\_R\\_RothBoeblingen.pdf](http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/boeblingen/2016Existenzminimum_R_RothBoeblingen.pdf)



## **Inhaltsverzeichnis**

Zusammenfassung.....	7
Mindestlohn turmhoch oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums?.....	9
Welche Bedürfnisse können ArbeitnehmerInnen in Vollzeit mit dem offiziell anerkannten soziokulturellen Existenzminimum befriedigen?.....	11
Regelsatz von mindestens 600 Euro notwendig.....	17
Mehrbedarf – Freibetrag.....	17
Warmmiete.....	19
Schlussfolgerung.....	19
Vier Dinge wären also notwendig.....	20
Mindestlohn - Mindestrente.....	23
Welche Maßstäbe legt die EU bei Armut und Mindestlohn an?.....	24
Was also wäre ein „gerechtes Arbeitsentgelt“?.....	28
Wie soll man in diesem Irrgarten zurechtfinden?.....	32
Mindestlohn als Prozentsatz vom Lohn?.....	32
„Gerechter Lohn“ und Familie.....	34
Fördert die Kritik an Mindestlohn und Hartz IV Rassismus und Faschismus?.....	36
Quellen:.....	39

## **Zusammenfassung**

In Deutschland sollen die Verbrauchsausgaben einer Gruppe armer Menschen mit einem Durchschnittseinkommen von 764 Euro Maßstab dafür sein, welche Bedürfnisse als Mindestbedarf eines alleinstehenden Erwachsenen anerkannt werden. Diese Gruppe besteht wahrscheinlich zum großen Teil aus RentnerInnen (Jäger/Thomè 2015, 296). Die Regelsätze, die daraus abgeleitet werden - in welcher Höhe auch immer - haben ihre Schranke in dem, was sich arme Leute geleistet haben.



Mehr ist nicht drin. Notwendig wären jedoch selbstständige Untersuchungen über Mindestbedarfe, die unabhängig vom Einkommen armer Leute befriedigt sein müssten. Wohlfahrtsverbände, die die Regelsatzbemessung kritisieren, ziehen daraus keinerlei Schlussfolgerungen für die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns, der den Mindestbedarf von Beschäftigten befriedigen soll. Vermutlich weil sie selbst Hunderttausende von Menschen beschäftigen.

Auch auf gewerkschaftlicher Seite zieht man aus einer Kritik des Niveaus von Hartz IV keine Schlussfolgerungen für die Höhe des soziokulturellen Existenzminimums von Beschäftigten bzw. eines darauf beruhenden gesetzlichen Mindestlohns. Man untersucht auch nicht den höheren Bedarf, den Erwerbstätige gegenüber Erwerbslosen haben. Ihr Mindestbedarf wird vielmehr in der Regel als Prozentsatz von Löhnen definiert. Natürlich befriedigen Löhne auch notwendige Bedürfnisse, damit Arbeitskräfte arbeitsfähig bleiben. Sie hängen aber von Profitinteressen der „Arbeitgeber“ ab, von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitskräftemarkt und von Konjunkturen. Das führt dazu, dass sie in vielen Fällen das Existenzminimum unterschreiten. Auch in Gewerkschaften fehlt es an einer selbstständigen Untersuchung der Bedürfnisse, die bei Beschäftigten mindestens befriedigt sein sollten. Man geht letztlich davon aus, was Unternehmen bereit sind zu zahlen.

Wenn man das soziokulturelle Existenzminimum bestimmen will, muss im Mittelpunkt eine Untersuchung stehen, wie hoch das Mindestniveau der Bedürfnisse an Ernährung, Mobilität, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Wohnen usw. sein soll, sowohl für Erwerbslose als auch für Erwerbstätige. Da es dazu kaum Anstrengungen gibt, ist man gezwungen, auf eine Korrektur der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zurückzugreifen.



► Teller leergeputzt

Hartz IV reicht nicht, um sich vernünftig zu ernähren. Doch die Mangelernährung wird vertuscht. Seite 3



► Nöte ausgenutzt

Immer mehr Menschen müssen in schlecht bezahlten Jobs arbeiten. Hartz IV macht Druck auf die Löhne. Seite 5



► Das hilft!

Wer die eigenen Rechte kennt, kann bei den Behörden viel mehr erreichen. Wertvolle Tipps in den meisten Randspalten

# Extrablatt

## Einkommen zum Auskommen

Die Zeitung der Erwerbsloseninitiativen

August / September 2010

[www.also-zentrum.de/files/also/material/extrablatt\\_082010\\_internet%20kl.pdf](http://www.also-zentrum.de/files/also/material/extrablatt_082010_internet%20kl.pdf)

### Gesund geht anders

Beitrag von Rainer Roth in der Zeitung der Erwerbsloseninitiativen (Extrablatt) zur Demo gegen Mangelernährung im September 2010 in Oldenburg, an der 2 - 3.000 Menschen teilnahmen.

3,94 Euro pro Person sieht Hartz IV für Essen und Trinken an einem Tag vor. Das zwingt zur ungesunden Ernährung. Die Mangelernährung wird jedoch vertuscht. Von Rainer Roth

Schleichender Entzug von Mitteln für Essen und Trinken ist das Rezept von Hartz IV. 2010 ist dafür in den Regelsätzen real 12,5 Prozent weniger drin als noch 2005, für Alleinstehende heute 3,94 Euro aktuell pro Tag, bei Paaren 3,54 Euro pro Person.

Die Zahlen sind das Ergebnis der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die das Statistische Bundesamt alle fünf Jahre durchführt. Die diesjährigen Zahlen weisen aus, dass Alleinstehende aus dem untersten Fünftel der Einkommensgruppen der EVS, welche nicht auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, 3,94 Euro für Essen und Trinken ausgeben.

Und was dieses untere Fünftel für Ernährung ausgibt, sieht der Staat als soziokulturelles Existenzminimum.

Würde die Stichprobe ergeben, dass diese Menschen zwei Euro pro Tag für Essen und Trinken ausgeben, einfach, weil sie nicht mehr zur Verfügung haben, wäre dies das Existenzminimum, obwohl kein Mensch davon leben könnte. Tatsächliche Bedarfe lassen sich so nicht ermitteln.

Je 1,58 Euro für Mittag- und Abendessen und 78 Cent für Frühstück, Getränke inklusive, sollen dem soziokulturellen Existenzminimum entsprechen. Zwei Drittel erklären in Umfragen, damit sei gesunde Ernährung nicht möglich. Sie haben recht.

Kalorienmenge nur durch ungesunde Ernährung Was ein Mensch für gesunde Ernährung braucht, hat das Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) in Dortmund für Mai 2007 untersucht.

Zugrunde gelegt wurden Mittelwerte der Preise von Discountern und Supermärkten. Fortgeschrieben bis Juli 2010 braucht jeder Mensch 2,55 Euro pro 1.000 Kilokalorien (kcal). Hartz IV gesteht also Alleinstehenden gerade mal 1.545 Kilokalorien zu. Damit kann ein Durchschnittserwachsener, wenn er sich gesund ernähren will, nicht mal die Funktionen des Herzens, der Verdauung und des Hirns im Ruhezustand aufrecht erhalten.

Diese Lage zwingt Hartz IV-Bezieher dazu, sich entweder ungesund zu ernähren, um halbwegs auf die nötige Kalorienmenge zu kommen, und damit entsprechende Mangelkrankheiten in Kauf zu nehmen. Oder sie müssen bei anderen Regelsatzbestandteilen Abstriche machen, um mehr Mittel für eine gesunde Ernährung zur Verfügung zu haben. Dann ist noch weniger Geld dafür da, am kulturellen Leben teilzunehmen oder auch mit dem Bus in die Innenstadt zu fahren.

Wer sich bewegt, braucht eine Menge Energie. Ein in Größe und Gewicht durchschnittlicher Erwachsener benötigt bei ausreichender Bewegung insgesamt mindestens 2.550 Kilokalorien.

Daraus ergibt sich ein aktueller Bedarf für gesunde Ernährung pro Tag von 6,50 Euro statt der ausgezahlten 3,94 Euro. Im Monat sind das an die 80 Euro mehr.

Wenn nicht nur der zusätzliche Bedarf für gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung anzuerkennen ist, sondern auch der vom Paritätischen Wohlfahrtsverband errechnete höhere Bedarf an Mobilität, Kommunikation und Freizeitaktivitäten in Höhe von ebenfalls etwa 80 Euro, ist ein entsprechender Eckregelsatz notwendig.

Die Mangelernährung mit Hartz IV wird massiv vertuscht. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung zum Beispiel – die Ratgeberin der Bundesregierung – geht unter anderem vom Energiebedarf von Menschen aus, die viel weniger wiegen und viel kleiner sind als der heutige Durchschnitt. Sie unterstellt Bewegungsarmut, geht nur von Discountpreisen aus und nimmt nur die untersten Preise, nicht die mittleren. Das Thema »Gesunde Ernährung« gehört ins Zentrum der Kritik an Hartz IV.

## **Hartz IV: Zur Kritik des Regelsatzniveaus**

Ein Beitrag von Rainer Roth, Frankfurt (April 2011)

[https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/Broschuere-Regelsatz\\_20110405.pdf](https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/Broschuere-Regelsatz_20110405.pdf)

### **Vorwort**

Mit dem Vorabdruck des Stichworts „Regelsätze“ (Stichwort aus: Frank Jäger/Harald Thomé, Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z, Frankfurt 2011) möchte diese kleine Broschüre größere Klarheit darüber schaffen,

- wie sich der gegenwärtige Eckregelsatz von 364 Euro zusammensetzt,
- wie die einzelnen Ausgabepositionen zu beurteilen sind,
- auf welcher Grundlage der Regelsatz von 364 Euro festgesetzt wurde,
- welche Rolle das Bundesverfassungsgericht dabei spielt,
- wie die Kinderregelsätze neu festgesetzt und gesenkt wurden,
- wie die neue Bemessungsmethode für die Kinderregelsätze zu beurteilen ist und
- in welchem Zusammenhang das Regelsatzniveau zu den Interessen des Kapitals steht.

Ein Extradruck neben dem Leitfaden Alg II/Sozialhilfe ist sinnvoll, weil Regelsätze eine große Bedeutung für die Festsetzung des Existenzminimums und für die Beurteilung des Lohnniveaus haben.

Das Thema ist deswegen auch für diejenigen wichtig, die keine Leistungen beanspruchen wollen, sondern „nur“ für die Erhöhung des gegenwärtigen Regelsatz- und Lohnniveaus kämpfen.

Da das Stichwort nicht begründet, warum der Eckregelsatz mindestens 500 Euro hoch sein sollte, folgt eine kleine Ausarbeitung dazu. Sie knüpft an aktuellen Diskussionen über die Höhe des Eckregelsatzes an. Argumentative Grundlage für die Forderung bleibt nach wie vor die Broschüre von Klartext e.V. „Hartz IV: „Fördern“ durch Mangelernährung“, die im September 2009 erschienen ist.

Die vorliegende Broschüre möchte auch dazu beitragen, die Kampagne für 500 Euro

Eckregelsatz/zehn Euro Mindestlohn zu fördern. Die aktualisierte Bündnisplattform der Kampagne findet sich deshalb am Schluss. Näheres unter [www.500-euro-eckregelsatz.de](http://www.500-euro-eckregelsatz.de)

Frankfurt, April 2011

Rainer Roth

## **500 Euro Eckregelsatz – eine sehr bescheidene Forderung! (S. 27 ff.)**

Die Bundesregierung hat sich mit dem neuen Eckregelsatz von 364 € bis auf Weiteres durchgesetzt. Alle Forderungen nach einer Erhöhung sind zurückgewiesen worden, auch wenn sie noch so kompromissbereit waren. Dennoch ist festzustellen, dass sich bei denen, die für eine Erhöhung des Eckregelsatzes eintreten, die Gewichte in Richtung unserer Forderung nach mindestens 500 Euro Eckregelsatz verschoben haben.

In unserer Bündnisplattform vom Juli 2009 erklärten wir: „Wenn man die Ausgaben unterer Verbrauchergruppen als Grundlage der „Bedarfsberechnung“ akzeptiert (wir tun es nicht), warum

werden sie dann auf 359 € oder 435 € heruntergerechnet, obwohl sie ohne Warmmiete rund 500 € betragen? Warum sollen Hartz-IV-BezieherInnen schlechter leben als untere Verbrauchergruppen?“ Diese Position, die sich noch auf dem Boden der EVS bewegt und für uns nur eine hilfswise Argumentation ist, hat Anhänger gewonnen.

Irene Becker hat im Auftrag der Diakonie Rheinland- Westfalen-Lippe und neun weiteren Landesverbänden der Diakonie errechnet, dass der Eckregelsatz 480 € betragen müsste, wenn das Statistik-Modell weitgehend umgesetzt wäre (<http://www.haraldthome.de/media/files/SachgerechteErmittlungDesExistenzminimums.pdf>). Auf der Basis der EVS legte sie 514 Euro Konsumausgaben der untersten Verbrauchergruppen zugrunde (ohne Warmmiete). (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07530.pdf>) Wenn die Positionen herausgerechnet werden, die gesondert erbracht werden, wie z.B. die Ausgaben für Rundfunk, welche aufgrund der Gebührenbefreiung für Transferempfänger nicht im Regelsatz enthalten sein müssen, kommt man auf einen Eckregelsatz von etwa 500 Euro. Becker behauptet, dass diese Art der Berechnung der „Philosophie des Statistikmodells“ und seinen Grundgedanken entsprechen würde. Allerdings teilt das Bundesverfassungsgericht diese Auffassung nicht. Es hält Abschläge für zulässig, wenn sie transparent sind.

Ähnlich auch Die Linke. Ausgehend von den 503,08 € der Verbrauchsausgaben der untersten 15 % der Verbrauchergruppen müssten 15,28 € herausgerechnet werden (darunter 10,66 € für GEZ-Gebühren). Ergebnis wären dann rund 490 Euro Eckregelsatz (<http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/20101129-alternative-berechnungen-hartz-regelsatz.pdf>) Diese Beträge würden höher ausfallen,

- wenn die Auswertung der EVS verändert wird
- wenn die bisherige Methode, aus den untersten 20 % der Einpersonenhaushalte der EVS die BezieherInnen von Alg II/ Sozialhilfe herauszunehmen, durch die Methode abgelöst würde, die 20 % der untersten Verbrauchergruppen erst nach Herausnahme der LeistungsbezieherInnen zugrundelegen Das würde das Einkommen der Bezugsgruppe erhöhen und damit auch die Verbrauchsausgaben, die in den Eckregelsatz eingehen. Das entspricht jedoch nicht der wenn die Vorgabe des BVerfG umgesetzt würde, diejenigen aus der Bezugsgruppe herauszunehmen, die mit ihrem Einkommen unterhalb ihres Hartz-IV-Niveaus lägen und
- wenn auch diejenigen herausgenommen würden, die ihre Verbrauchsausgaben nur mit Zuwendungen Dritter und Auflösung von Vermögen tätigen können. Das hält das BVerfG für eine Verfälschung der Datenbasis.

### **EVS als Grundlage und Bedarfsdeckung: unvereinbar**

Welche Bezugsgruppe auch immer man wählt: die grundsätzliche Anerkennung des Statistik-Modells stößt an deutliche Grenzen Eine ganze Reihe von Verbrauchspositionen deckt nämlich auch dann Grundbedürfnisse nicht, wenn sie zu 100 % anerkannt würde.

Wir haben schon bei unserer Kampagne für die Rücknahme der Senkung der Kinderregelsätze ab Anfang 2008 die unzureichenden Verbrauchsausgaben für Ernährung aufs Korn genommen. ([www.kinderarmut-durchhartz4.de](http://www.kinderarmut-durchhartz4.de)) Die Beträge für Essen und Trinken stellen den größten Posten in den Regelsätzen dar. Die Beträge für Essen und Trinken, die in den Regelsätzen der Kinder von 7 bis 17 enthalten waren, lagen weit unter dem Bedarf an gesunder Ernährung, wie er vom Dortmunder Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) im Herbst 2007 festgestellt worden war (Rainer Roth, Hartz IV: „Fördern“ durch Kürzen, Frankfurt 2008). Auch der Paritätische nutzte die Untersuchungen des FKE. Allerdings kam er zu dem Schluss, dass die Kinderregelsätze ab dem Schulalter gesunde Ernährung ermöglichen würden. Statt des Mittelwerts der Preise von Discountern und Supermärkten legte er nur die Preise von Discountern zugrunde. Discounter sind nicht für jeden erreichbar. Außerdem ging der Paritätische wie das FKE von der lebensfremden Annahme aus, dass alle

Lebensmittel nach dem Kauf zu 100 % verzehrt werden (Der Paritätische, Was Kinder brauchen, Berlin 2008, 20).

Nach monatelangen Vorbereitungen eröffneten wir Mitte 2009 die Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz/zehn Euro Mindestlohn. Wir betonten, dass einem alleinstehenden Erwachsenen aufgrund der von uns korrigierten und aktualisierten Vorgaben des Forschungsinstituts rund 80 Euro für gesunde Ernährung und Bewegung fehlen würden. Ausgehend davon begründeten wir die Forderung nach einem Eckregelsatz von 500 Euro. Die damals höchste Forderung auf der Basis der EVS, die Forderung des Paritätischen nach 420 Euro, müsse um wenigstens diesen Bedarf aufgestockt werden. Unsere Forderung hieß „Mindestens 500 Euro Eckregelsatz“, weil wir die Forderung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) nur um eine Bedarfsposition ergänzt haben, die die Grundlage der EVS sprengt. Diese Position, die Anwendung der Ergebnisse des FKE auf den Eckregelsatz, wird bis heute vom Paritätischen nicht aufgenommen. Unsere Berechnungen wurden 2009 jedoch von der Linkspartei aufgegriffen. Katja Kipping begründet in Kurzform die 500 Euro als *„DIE LINKE (BT-Drs.17/659) – wie Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz: nach Parität plus Korrektur der Güterabteilung Ernährung gemäß des Energieverbrauchs eines Menschen: (statt 3,94 Euro 6,40 Euro pro Tag für Ernährung). Das ergibt pro Monat in der Summe etwa 74 Euro mehr Regelleistung - statt 440 Euro (Parität) also rund 500 Euro“* (<http://www.katjakipping.de/article/345.einige-kritiken-an-den-vorhabender-schwarz-gelben-bundesregierung.html>).

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) und andere, die sich bis dahin an der Kampagne 500 Euro Eckregelsatz/zehn Euro Mindestlohn nicht beteiligt hatten, griffen ab Mitte 2010 das Thema Mangelernährung auf. 80 Euro mehr für gesunde Ernährung war die Hauptforderung einer Demonstration vor allem von Erwerbslosen im Oktober 2010 in Oldenburg. Diese Forderung wurde in einer Massenzeitung mit über 200.000 Auflage verbreitet. Sie spielte auch bei anderen Demonstrationen eine Rolle.

Die isolierte Forderung nach 80 Euro mehr für Ernährung gab allen Bestrebungen Auftrieb, das Statistik-Modell abzulehnen. Die KOS erklärte schließlich: *„Wir halten das Statistik-Modell – also die Ermittlung des Existenzminimums aus den Ausgaben der einkommensschwächsten Haushalte – prinzipiell für untauglich“*. (KOS, Armut ist politisch gewollt, 5.10.2010) Das ist ein deutlicher Fortschritt.

Auf dieser Basis entwickelten sich weitere Überlegungen, die vollständige Anerkennung der Verbrauchsausgaben der Bezugsgruppe des Statistikmodells mit Elementen eines Warenkorb zu verbinden. Typisch dafür ist z.B. der „Bedarfs-TÜV“ in den alternativen Berechnungen der Linkspartei, also die Empfehlung, die Verbrauchsausgaben der EVS mit tatsächlichen Bedarfen gegenzuprüfen (<http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/20101129-alternative-berechnungenhartz-regelsatz.pdf>). Modell dafür stand der Ernährungsbedarf. Aber auch bei Mobilität und Bildung sind Mindestbedarfe feststellbar, ebenso beim 29 Stromverbrauch. Kombiniert man die volle Ausschöpfung des Statistik-Modells mit Bedarfslagen, erreicht man schnell ein Niveau von 600 Euro und mehr für den Eckregelsatz. Das zeigt, dass die Forderung nach mindestens 500€ Eckregelsatz äußerst bescheiden ist.

## IVc Hartz IV – gekürzter Regelsatz für Kinder unter 18

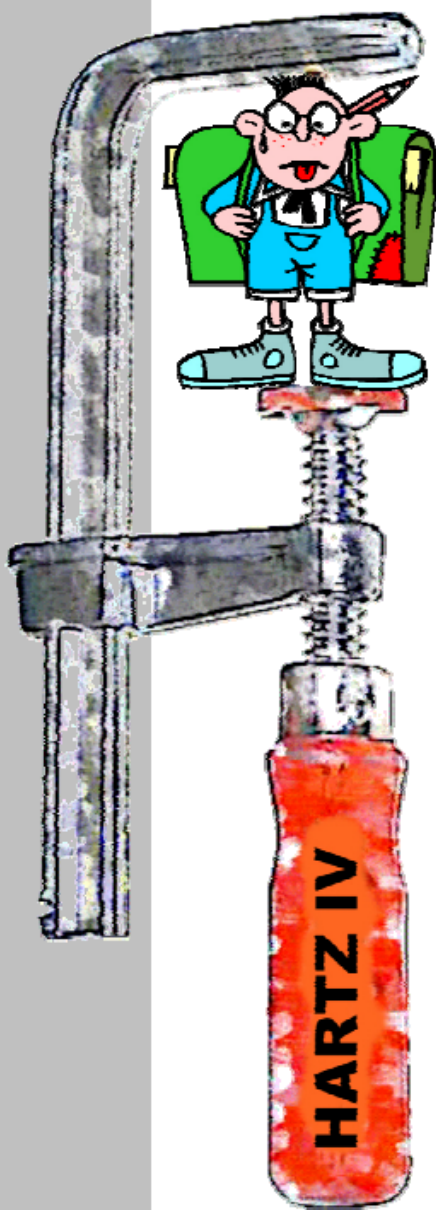
Mit der Einführung von Hartz IV 2005 zeigte die Bundesregierung überdeutlich, dass ihr Grundbedürfnisse von BezieherInnen der Alg II-Sozialhilfe gleichgültig waren. Am deutlichsten war das mit der Kürzung des Regelsatzes von Schulkindern unter 14 auf das Niveau von Säuglingen und von Jugendlichen zwischen 14 und 17 auf das Niveau von erwachsenen Haushaltsangehörigen. Die Bundesregierung erkannte den Wachstumsbedarf aller Kinder unter 18 nicht mehr an, um Anreize zur Aufnahme von Lohnarbeit zu schaffen.

Das Rhein-Main-Bündnis und Klartext starteten eine Kampagne für die Rücknahme der Streichung des Wachstumsbedarfs bei Kindern unter 18 mit Flugblättern und Broschüren wie „Ein Hartz für Kinder“ und „Fördern durch Kürzen“. Der DGB, Wohlfahrtsverbände wie der Paritätische, aber auch die Nationale Armutskonferenz und der Vorstand der Linkspartei unterstützten unsere Forderung nicht, wohl aber der Vorstand der GEW und der Gewerkschaft Nahrung und Genuss (NGG). Anfang 2008 bildete sich ein breites Bündnis gegen Kinderarmut, das schließlich 250 Organisationen, Gliederungen von Organisationen und Initiativen umfasste. Schon im Januar 2009 gab die Große Koalition von CDU und SPD nach und nahm die Kürzung für Kinder unter 14 zum 1. Juli 2009 zurück. Die Rücknahme wurde damit begründet, sie diene dem Wachstum der Wirtschaft durch die Förderung der Konjunktur. Der Wachstum von Schulkindern war CDU und SPD nach wie vor gleichgültig. Die Streichung des Wachstumsbedarfs von Jugendlichen wurde nicht zurückgenommen. Dazu führte das Bündnis gegen Kinderarmut im März 2009 in über 50 Orten einen Aktionstag durch.

Klartext äußerte sich im Juli 2008 auch zum Kindergeld, dessen Verdopplung der Bundesverband der Arbeitgeberverbände gefordert hatte, um die Bereitschaft zu stärken, zu Armutslöhnen zu arbeiten. Damals betrug das Kindergeld für die ersten beiden Kinder je 154 Euro. 2024 beläuft es sich auf 250 Euro. Für Familien mit Niedriglöhnen kann das Kindergeld mit einem Kinder(geld)zuschlag von bis zu 292 aufgestockt werden. Die Verdopplung des Kindergelds gibt es nur für erwerbstätige Eltern, deren Bruttoeinkommen 900 Euro übersteigt und deren Nettoeinkommen plus Kindergeld, Kindergeldzuschlag und Wohngeld die Höhe des Bedarfs an Bürgergeld erreicht bzw. überschreitet oder nur bis zu 100 Euro unterschreitet. Ist das subventionierte Lohnniveau um mehr als 100 Euro niedriger als der Bürgergeldbedarf, entfällt der Anspruch auf Kinderzuschlag. (<https://www.kinderzuschlag.org/voraussetzungen/#bedarf>) Der Kinderzuschlag muss alle sechs Monate neu beantragt werden. Er ist eine massive Lohnsubvention, die dazu dient, die Zahlung von Armutslöhnen durch das Kapital zu fördern. Klartext hat die Forderung aufgestellt, dass Kindergeld als Lohnsubvention aus Steuermitteln zu finanzieren ist, die vom Gesamtkapital zu zahlen wären. Das gleiche gilt auch für den Kinderzuschlag. Ab 2025 soll eine massive staatliche Lohnsubvention unter dem Titel Kindergrundsicherung eingeführt werden. Ob und wie es dazu dank der Krise der Staatsfinanzen dazu kommt, ist unklar.

# Hartz IV erkennt Wachstum von Kindern nicht an

Stellen Sie sich vor:



Sie geben Ihrem Kind bis zum Alter von 13 Jahren nur so viel zu essen und zu trinken, wie es im Säuglingsalter bekommen hat.

Wenn die Presse das erfahren würde, würde sie Ihre Verantwortungslosigkeit an prangern und mehr Kontrollen durch Jugendämter und Ärzte fordern.

Was aber, wenn CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne dasselbe machen?

Diese Parteien gestehen nämlich 7 bis 13-jährigen Schulkindern aus Hartz IV-Familien keinen höheren Bedarf mehr zu als Säuglingen. Vor Hartz IV bekamen sie noch rd. 20% mehr. 7 bis 13-Jährigen sind mit Hartz IV erhebliche Mittel für Essen und Trinken entzogen worden.

Wenn sich Eltern beklagen, dass sie zu wenig Geld für ihre schulpflichtigen Kinder bekommen, hören sie

von gutverdienenden VertreterInnen der Hartz IV-Parteien, sie müssten sich das Geld eben besser einteilen. CDU, SPD usw. lehnen jede Verantwortung ab.

## Weniger Geld besser einteilen?

Kinder im Alter von 7 bis 13 brauchen im Schnitt rd. 2.050 kcal an Energiezufuhr pro Tag, Kinder unter 7 nur 1.250. Die Bundesregierung stellt Kindern unter 14 für den täglichen Ernährungsbedarf aber nur die Einheitssumme von 2,31 Euro pro Tag zur Verfügung. Altersgerechte Förderung? Pustekuchen.

Für gesunde Ernährung brauchen Menschen mit dem Preisniveau von Juni 2008 2,33 Euro pro 1.000 kcal, wenn sie den Energiewert von Lebensmitteln zu 100% nutzen. Kinder

von 7 bis 13 Jahren bräuchten also 4,78 Euro.<sup>1</sup>

Wie sollen Eltern 2,31 Euro einteilen, um den Bedarf an gesunder Ernährung in Höhe von 4,78 Euro zu decken?

Merkel, Beck, von der Leyen und Scholz meinen: Das geht.

Damit behaupten sie:

Auch wenn ein 13-jähriges Kind etwa zehnmal so viel wiegt wie ein Säugling und mehr als drei mal so groß ist, braucht es nicht mehr Geld für Nahrungsmittel als ein Säugling. Wenn Eltern damit nicht auskommen, sind sie selber schuld.

Dabei ist den regierenden Parteien wenigstens in Bezug auf Autos klar: Je mehr Gewicht und je länger, desto höher ihr Energieverbrauch.

Bei Kindern aus Armutsfamilien jedoch wollen sie solche einfachen Zusammenhänge nicht wahrhaben. Sie würden schließlich Geld kosten.

## Wachstumsbedarf von Kindern ab 14 gestrichen

Kinder hören bekanntlich erst zwischen 16 und 19 Jahren auf zu wachsen. Deshalb wurde bisher anerkannt, dass Kinder bis 18 einen höheren Bedarf als Erwachsene haben. Die Hartz IV-Parteien haben das abgeschafft. Sie setzen den Bedarf von Heranwachsenden mit dem von erwachsenen Haushaltsangehörigen gleich und gestehen ihnen nicht mehr 90%, sondern nur noch 80% des Eckregelsatzes zu. Sie meinen also, dass man ab 14 nicht mehr wächst.

## Was wird zur Rechtfertigung angeführt?

Es sind zwei dürre Sätze:

1) "(Damit) werden die Leistungen für Familien gerechter verteilt." (Bundesgesundheitsministerium Pressestelle 16.05.2004)

Kann es ungerecht sein, dass Kinder Wachstumsschübe haben?

2) "Die Einteilung der Altersklassen "bis unter 14 Jahre"... entspricht international anerkannten wissenschaftlichen Verfahren."

(Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Antwort vom 2.Juli 2007 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE BT-Drs. 16/5699, Seite 3)

Tatsächlich rechnet die OECD allen Kindern unter 15 dieselbe Höhe von Ausgaben im

<sup>1</sup> eigene Berechnung nach Angaben des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund, Ernährungsumschau 09/2007; die dort angegebene 2,16 € pro 1.000 kcal beziehen sich auf das Preisniveau von Mai 2007. Bis Juni 2008 stiegen die Preise für Nahrungsmittel um 8 %.

EIN  
HARTZ FÜR  
KINDER



Verhältnis zum "Haushaltsvorstand" zu. Die OECD ist ein Zusammenschluss von 30 Industrieländern, repräsentiert durch ihre Regierungen. Bloß weil 30 Regierungen es verfügen, sollen Kinder verschiedenen Alters denselben Bedarf haben?

Die wirklichen Gründe für die Kürzung sind:

- die Senkung der Regelsätze von Kindern erhöht den Druck auf die Eltern, zu Armutslöhnen zu arbeiten. Dadurch sollen Unternehmen höhere Profite einfahren können.
- Desinteresse an Kindern aus Armutsfamilien. Sie sollen billiger abgeschrieben werden.

Die regierenden Parteien sind zu feige, das zuzugeben. Sie reden bei der Senkung von Unterstützungen lieber von Beseitigung von "Fehlanreizen", aktivierendem Sozialstaat, Fördern und Fordern, mehr "Eigenverantwortung" und mehr "Freiheit" von staatlicher Bevormundung.

Wir fordern:

### **Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern ab 7 Jahren!**

Deshalb:

#### **Erhöhung des Regelsatzes für Schulkinder von 7 bis 13 Jahren von 211 auf 253 Euro!**

Sie müssen sofort wieder einen Regelsatz bekommen, der 20% höher ist als der von Säuglingen.

#### **Erhöhung des Regelsatzes von 14- bis 17-Jährigen von 281 auf 316 Euro!**

Sie müssen sofort wieder 90% des Eckregelsatzes von 351 Euro bekommen statt 80%.

- ☞ Unterstützen Sie die Plattform des Bündnisses für die sofortige Rücknahme der Senkung der Regelsätze für Kinder ab dem Schulalter.
- ☞ Unterzeichnen Sie über [www.kinderarmut-durch-hartz4.de](http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de).
- ☞ Sammeln Sie Unterschriften für die oben genannten Forderungen. (Liste über die website abrufen)
- ☞ Bestellen Sie die Broschüre "Fördern' durch Kürzen", Frankfurt Juli 2008, 28 S., die die Gründe und die Bedeutung der Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern und Jugendlichen mit Einführung von Hartz IV ausführlich behandelt. Schutzgebühr 1€, bei Versand unter 10 Ex.plus 0,85€ Porto. Bestellung über [info@klartext-info.de](mailto:info@klartext-info.de)

August 2008

V.i.S.d.P. und Adresse zum Bestellen des Flugblatts: Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt, fon (069) 45 38 32  
Spendenkonto: „Rhein-Main-Bündnis“, Konto 824084-307, BLZ 250 100 30, Postbank Hannover  
Treff en des Rhein-Main-Bündnisses: Jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 18.30h:  
DIDF, Hanauer Landstr. 3 (Zwischengeschoss, im Aufzug über „Z“ zu erreichen)

### **Zurück zur Weimarer Republik**

Die Gleichsetzung des Bedarfs von Schulkindern und Säuglingen war die Regel in Weimar, zur Zeit des Faschismus und in der Nachkriegszeit. Erst 1955 wurde diese kinderfeindliche Praxis aufgegeben. Die Nicht-Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern seit Hartz IV ist ein Schritt zurück.

Sogar noch zurück hinter das 19.Jahrhundert, in dem die Anerkennung höherer Bedarfe für Kindern höheren Alters üblich war. Hamburg gestand sogar schon 1788 Kindern von 5 bis 12 Jahren 50% mehr zu als Kindern unter 5.

Wir sind für die allgemeine Erhöhung des Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro!

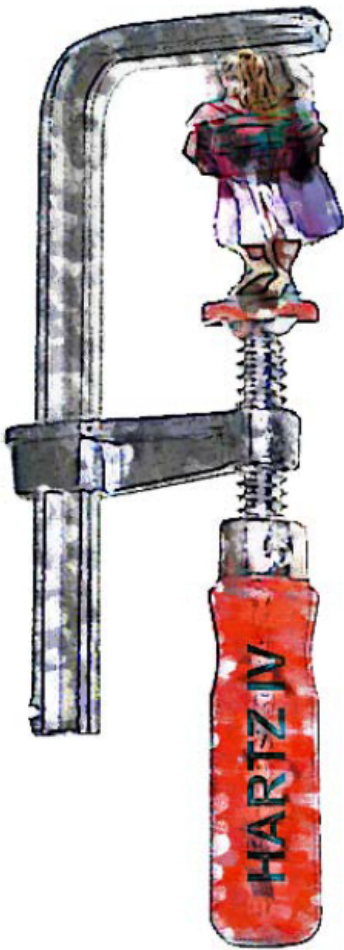
Damit würden auch die Regelsätze der Kinder deutlich steigen.

Das Mindeste wäre jedoch, den empörenden Zustand zu beenden, dass der Wachstumsbedarf von Schulkindern aus Armutsfamilien nicht mehr anerkannt wird.

**Stoppt**  
Sozialabbau  
und  
Billiglöhne



# Hartz IV – vorsätzliche Kürzungen bei Schulkindern!



**Schluss mit dem empörenden Zustand,  
Kinder für ihr Wachstum und ihren  
Schulbesuch zu bestrafen**

**In Deutschland lebt jedes sechste Kind von Hartz IV.**

**Was sagt die Bundesregierung?** *"Die Bundesregierung hat es zu ihren vordringlichen Zielen erhoben,... die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes zum Herzstück einer neuen Bildungspolitik zu erklären."* (1)

**Wie setzt sie das um ?**

- ◆ Mit Einführung von Hartz IV wurden die Regelsätze für Schulkinder bis 14 auf das Niveau von Säuglingen gekürzt. Vor Hartz IV waren sie rd. 20% höher. Die Bundesregierung geht damit zurück in die Zeit von Weimar und des Faschismus, in der sogar der Bedarf von Kindern bis 16 mit dem von Säuglingen gleichgesetzt wurde. (2) Schulkosten sind im Hartz IV-Regelsatz nicht enthalten.
- ◆ Die Regelsätze für Jugendliche zwischen 14 und 17 wurden auf das Niveau von Haushaltsangehörigen ab 18 gekürzt. Vor Hartz IV waren sie über 12% höher.

Schulkinder unter 14 bekamen vor Hartz IV höhere Regelsätze,  
weil sie größer sind, ein höheres Gewicht haben und sich mehr bewegen als  
Vorschulkinder. Sie verbrauchen deshalb immerhin zwei Drittel mehr Kilokalorien.

Jugendliche zwischen 14 und 17 bekamen vor Hartz IV höhere Regelsätze,  
weil sie ebenfalls noch wachsen und einen höheren Bewegungsbedarf haben.  
Deshalb brauchen sie mehr Kilokalorien als Erwachsene.

Hartz IV entzieht etwa 1,4 Millionen Kindern  
zwischen 7 und 17, die in Armut leben, erhebliche Mittel für Essen und Trinken.  
Sollen Kinder nicht mehr wachsen oder sich bewegen dürfen?

(1) Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010, Juni 2006, 11  
(2) zuletzt in §3 Runderlass des Reichsarbeitsministeriums vom 31.10.1941

Bitte wenden



Weitere Informationen zur Kampagne, die Broschüre " 'Fördern' durch Kürzen " und  
den letzten Stand der UnterstützerInnen finden Sie auf unserer Website

[www.kinderarmut-durch-hartz4.de](http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de)

## Welche Gründe führt die Bundesregierung für die Senkung der Regelsätze an?

*"(Damit) werden die Leistungen für Familien gerechter verteilt." (3)*

Wieso ist es ungerecht, dass Kinder wachsen und deshalb mehr essen müssen?

Und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

*"Die Einteilung der Altersklassen 'bis unter 14 Jahre' ... entspricht international anerkannten wissenschaftlichen Verfahren." (4)*

Seit wann ist es wissenschaftlich, den Wachstumsbedarf von Kindern abzustreiten?

## Die Kürzung der Regelsätze der Kinder von 7 bis 17 muss zurückgenommen werden ! Und zwar sofort!

### ◆ Regelsatz für Schulkinder von 7 bis 13 Jahren 253 € statt 211 €!

Sie müssen wieder einen Regelsatz bekommen, der 20% höher ist als der von Säuglingen.

### ◆ Regelsatz von 14 bis 17-jährigen 316 € statt 281 €!

Sie müssen wieder 90% des Eckregelsatzes von 351 Euro bekommen statt 80%.

## Schluss mit dem empörenden Zustand, Kinder für ihr Wachstum und ihren Schulbesuch zu bestrafen!

Wir halten ferner daran fest :

**Alle Regelsätze, auch die für Erwachsene, sind viel zu niedrig und müssen deutlich erhöht werden!**

#### Unterzeichner:

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), Arbeitslosenverband Deutschland (ALV), Attac Deutschland, Erwerbslosen Forum Deutschland, Euromarsch Deutschland, GEW Hessen, Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG), internationale sozialistische linke (isl), Klartext e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitslosentreffs und -zentren in Baden Württemberg, LAG Soziales DIE LINKE, Hessen, Erwerbslosenzeitung quer, Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB), Tacheles e.V., Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V. (VVN-BdA Baden Württemberg)

DGB Ortsverbände: Mörfelden-Walldorf, Mühlheim (Main), Wolfskehlen (Riedstadt); Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Bonn/Rhein-Sieg, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe Göttingen (GALG), DIE LINKE, Kreisverbände: Aschaffenburg und Untermain, Coesfeld, Dachau, Darmstadt, Düren, Düsseldorf, Elbe-Elster, Erzgebirge, Goslar, Herford, Northeim, St. Wendel, Straubing, Vogtland - Plauen; DIE LINKE, Ortsverbände: Geislingen, Haltern am See, Kevelaer, Kirkel (Saarland), Solling, Treental, Troisdorf; DIE LINKE, Stadtverbände: Bockenheim, Dorsten, Hoyerswerda, Pirmasens; Hartz IV Arbeitskreis, DIE LINKE, Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, IG Metall: Verwaltungsstelle Frankfurt, Erwerbslosen-Arbeitskreis (ELA) IG Metall Ludwigsfelde, Gewerkschaftlicher Erwerbslosenausschuss Südbrandenburg, ver.di Bezirke: Mittelbaden-Nordschwarzwald, Stuttgart, Süd-Ost-Niedersachsen; ver.di Bezirkerwerbslosenausschüsse: Rhein-Neckar, Mittelbaden-Nordschwarzwald, Südhessen; Kulmbacher Arbeitsloseninitiative in und bei ver.di, Weitere Organisationen, Initiativen und Organisationsgliederungen: AG Soziales Berlin im Berliner Sozialforum, AG.SOZIALPOLITIK Dresden, AG Soziale Politik in und bei DIE LINKE Leipzig, Aktion Sozialer Widerstand Lemgo, Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Finsterwalde, @Ipraum Redaktion Hannover, ALSO Oldenburg, Arbeitslose helfen Arbeitslosen (AhA) Detmold e.V., Arbeitslosenberatung der AfDU Flensburg, Arbeitslosenhilfe Rheinland-Pfalz, Arbeitslosen Hilfe Forum Deutschland e.V., Arbeitslosenkreisverband Löbau-Zittau e.V., Arbeitslosenselbsthilfe - Arbeit für alle - e.V. Wedel, Beistand ARGE-Freiburg, Braunschweiger Arbeitslosenzentrum (BALZ), Bund Soziales Zentrum Deutschland e.V., Bürgerinitiative Hartz IV e.V. (Gladbeck), Büro für soziale Dienstleistungen (Kalefeld), Business Crime Control, chefdutzen, Computerhilfe u. Info Blog (Hildesheim), Darmstädter Sozialhilfegruppe, Demokratische Initiative Paderborn (DIP), DIDF Frankfurt, DKP Darmstadt, Erwerbsloseninitiative Albstadt, Erwerbsloseninitiative Peine e.V. (EIP), Erwerbslosen Initiative Nordfriesland (Husum), Erwerbslosenzentrum Hanau, Frauenhaus Kassel, Frauen helfen Frauen (Aachen), FrauenZimmer (Nürnberg), friga e.V. - Sozialberatung in der Fabrik (Freiburg), GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt), Redaktion gegen-hartz.de, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Hanau, Halkevi - Volkshaus Aschaffenburg e.V., Hanauer Sozialforum - Bündnis gegen Sozialabbau, HARTZ IV Betroffene e.V. (Potsdam), Hartz4 Betroffene Herford, Hof Sondern e.V., "Horch amol aus Franken" - kostenlose Zeitung, IG Hartz4-Geschädigte (St. Ingbert), Initiative Bremer Montagsdemo, Initiative Bürgerhilfe e.V. (Zwickau), Initiative Bürger in Not e.V. (Lutherstadt Eisleben), Initiative >>durchblick<< (Kaisersesch), Initiative für soziale Gerechtigkeit Gera, Initiative "Reiche Stadt - Arme Kinder" (Stuttgart), Initiative Sozial e.V. (Bad Hersfeld), Kinderschutzbund Höxter, Linksjugend Solid Aschaffenburg, Mahlzeit - Essen für Kinder e.V. (Fürth), Maßarbeit e.V. - Arbeitslosenzentrum Herford, Mean Musik e.V. (Wuppertal), Menschenrechtsreporter (Vorderpfalz/Neuhofen), M.I.L.A.N. (Raubach), Montagsdemo Magdeburg, Montagsdemo Mannheim, NaturFreunde Ortsgruppe Göttingen, Nordhausen macht mobil gegen Hartz, Oase-der-lebensfreude (Münstertal), Offenes Büro Lörrach, Onlinezeitung (Duisburg), Organisierte Witzenhäuser Erwerbslosen-Initiative e.V. - OWEL, Ortsjugendring Plau e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband in Göttingen, PeNGI Aktive Erwerbslose und Geringverdiener (Hamburg), Projekt LebensWert (Duisburg), Sozial- und Schuldnerberatung (Bonn), Soziales Zentrum Höxter e.V., Sozialforum Aschersleben, Sozialforum Dortmund, Sozialforum Göttingen, Sozial-IGEL e.V. Itzehoe, Sozialinitiative gegen Armut und Ausgrenzung e.V. (Neumünster), Sozialeleistungen.info (Marburg), tbo-Beratung (Hannover), Tübinger Arbeitslosentreff (TAT e.V.), Tübinger Bündnis gegen Sozialabbau, Verband alleinerz. Mütter & Väter (VaMV) Kontaktst. Trappenkamp (Kiel), VdK Kreisverband Frankfurt/Main, Verein Brückenschlag (Eisenberg/Thüringen), Verein für soziales Leben e.V. (Lüdinghausen), Verein für soziales Leben e.V. - Ortsgruppe Münster, Wege zur Einen Welt (Göttingen), Widerspruch e.V. (Bielefeld), Wir Tun Was e.V., Zabergäu Spiegel (Pfaffenhofen), Zukunftsforum Stuttgarter

Stand: 15.10.2008

(3) Bundesgesundheitsministerium Pressestelle 16.05.2004

(4) Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Antwort vom 2.Juli 2007 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestags-Drucksache 16/5699, 3

**Möchten Sie sich als Einzelperson oder als Organisation der Bündnisplattform anschließen?  
Möglichkeit zum online Unterzeichnen und viele weitere Informationen:**

[www.kinderarmut-durch-hartz4.de](http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de)



## EIN HARTZ FÜR KINDER

10. Februar 2007

Die 13-jährige Nicole Müller geht auf die Hauptschule. Ihr Vater ist arbeitslos, ihre Mutter hat einen Minijob als Verkäuferin. Nicole hat noch eine 3-jährige Schwester. Die Familie bezieht Hartz IV. Jedes Mitglied der Familie erhält einen sogenannten Regelsatz<sup>1</sup> (für die Lebenshaltungskosten) plus die angemessenen Unterkunft- und Heizungskosten.

CDU/SPD/Grüne/FDP gewähren Nicole ab 2005 207 Euro im Monat als Regelsatz. Das gilt für alle 6 bis 14-jährigen SchülerInnen.

### Wie soll Nicole mit 207 Euro mtl. auskommen?

Sie soll ausgeben können

→ für Essen und Trinken 2,71 Euro am Tag (0,59 Euro für Frühstück; je 1,06 Euro für Mittag- und Abendessen) Das Mittagessen in der Schule kostet sie aber schon 2,50 Euro.

#### Leerer Magen lernt nicht gern!

- für öffentliche Verkehrsmittel 0,28 Euro am Tag (8,42 mtl.)
- Nicoles verbilligte Monatskarte kostet schon 27,10 Euro (in Frankfurt).
- für ein Fahrrad 1,00 Euro im Monat. Für ein Fahrrad, das 50 Euro kostet, müsste Nicole vier Jahre sparen.
- für Kleidung 14,73 Euro im Monat
- für Schuhe 4,55 Euro im Monat
- für Sport- und Freizeitveranstaltungen 3,76 Euro im Monat. Das reicht für 2 Stunden Schwimmbad ohne Pommes.

### Regelsatzkürzungen für Schulkinder bereiten Lohnkürzungen für ihre Eltern vor

Die vierköpfige Familie Müller hat einen Gesamtbedarf von 1.636 Euro. (1036 Euro für die Regelsätze aller vier Personen und angenommene 600 Euro für Unterkunftskosten und Heizung)

Das passt den Arbeitgeberverbänden und ihren politischen Vertretern nicht. Sie halten das für ungerecht gegenüber denen, die für wenig Geld arbeiten. Denn: "Es muss selbstverständlich und "zumutbar" werden, Jobs zu Stundenlöhnen von zum Beispiel 3 oder 4 Euro anzunehmen." So die Dachorganisation aller Unternehmen in Deutschland, der DIHK. (DIHK, Mehr Chancen am Arbeitsmarkt, Für einen bes-

### Null Euro für Schulkosten im Namen der "Gerechtigkeit"

Für Schulkosten ist kein einziger Cent mehr im Regelsatz enthalten. Schulkinder bis 14 erhalten seit der Einführung von Hartz IV genauso viel wie Säuglinge. Vor Hartz IV hatte Nicole noch 30% mehr.

Begründung für die Kürzung: "(Damit) werden die Leistungen für Familien gerechter verteilt." (Bundesgesundheitsministerium Pressestelle 16.05.2004)

Die Bundesregierung berief sich auf eine Untersuchung des Statistischen Bundesamts über die Verbrauchsausgaben von Kindern. Die Untersuchung beweist jedoch das genaue Gegenteil:

Schulkinder haben eindeutig höhere Ausgaben als Kleinkinder, nämlich 20% (bei 6 bis 12-Jährigen) bzw. 50% (bei 12-18-Jährigen). Dabei sind Schulkosten noch nicht berücksichtigt. (Münnich, Krebs, Wirtschaft und Statistik 12/2002, 1080 ff.) Nicole müsste also statt 207 Euro einen Regelsatz von mindestens 300 Euro haben.

Die Hartz IV-Parteien kürzen Schulkindern, deren Eltern erwerbslos sind, unter einem billigen Vorwand den Regelsatz.

Das war ihre Reaktion auf die PISA-Studie von 2003.

### Informieren Sie Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen darüber!

seren Einstieg Arbeitsloser, Arbeitspapier, Berlin Januar 2006,1)

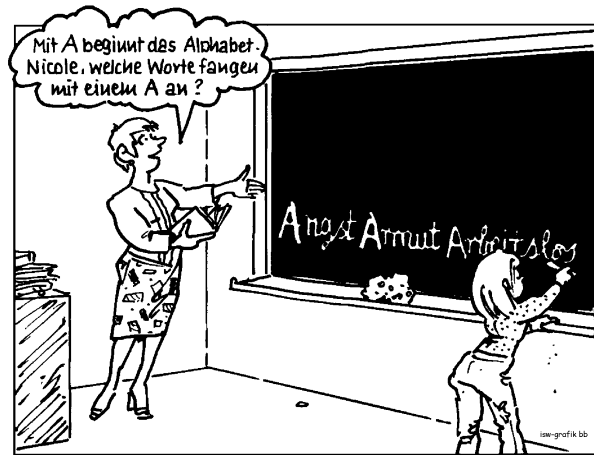
Die Arbeitgeber behaupten, dass Herr Müller keinen Bock auf Arbeit hat, weil er und seine Familie ohnehin schon Anspruch auf zusammen 1.636 Euro netto im Monat vom Staat haben. Um vor allem Nicoles Vater dazu zu zwingen, für Hungerlöhne zu arbeiten, strebt das Kapital eine massive Senkung seines Regelsatzes an. Entsprechend würden dann auch die Regelsätze seiner Frau sinken und natürlich auch der Regelsatz von Nicole, der ja 60% des Regelsatzes ihres Vaters beträgt. Der Bertelsmannkonzern kämpft sogar dafür, dass Nicoles Vater überhaupt keinen Regelsatz mehr bekommt.

Aber laut Financial Times Deutschland (einem Blatt des Bertelsmannkonzerns) ist die offene Regelsatzsenkung (leider) "ein Vorschlag, der für die Politik verständlicherweise unannehmbar war." (09.01.2007) Die Hartz IV-Parteien haben momentan zu viel Angst vor der Reaktion der Lohnabhängigen.

### Die "Kinderfreunde"

Also beschlossen die Hartz IV-Parteien, sich an den Kindern der Erwerbslosen schadlos zu halten. Ihre Regelsätze und die ihrer Eltern sollen letztlich solange gesenkt werden, bis die Hartz IV-Zahlungen für Familie Müller von rd. 1.600 Euro unter das Hungerlohniveau plus Kindergeld, also unter z.B. 1.100 oder 1.200 Euro gefallen sind. Die Hartz-Parteien würden am liebsten für die beiden Kinder von Herrn Müller gar nichts mehr zahlen.

Um das zu vertuschen, bauen sie sich als große Kinderfreunde auf. "Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft gibt es keine wichtigere Aufgabe als die zugewandte, verlässliche und kompetente Unterstützung aller Kinder, die in die Gesellschaft hineinwachsen." (Familienministerin von der Leyen)



Deutschland im 21. Jahrhundert: jedes 6. Kind ist arm  
isw – institut für sozialökologische wirtschaftsordnung e. V. 2006

Schulkosten verweigern nennen die Kinderfreunde "kompetente Unterstützung". Kindern Leistungen zu kürzen, um das Lohnniveau ihrer Eltern besser senken zu können, nennen sie verlässlich.

Profitfreundlichkeit hat Vorrang vor Kinderfreundlichkeit!

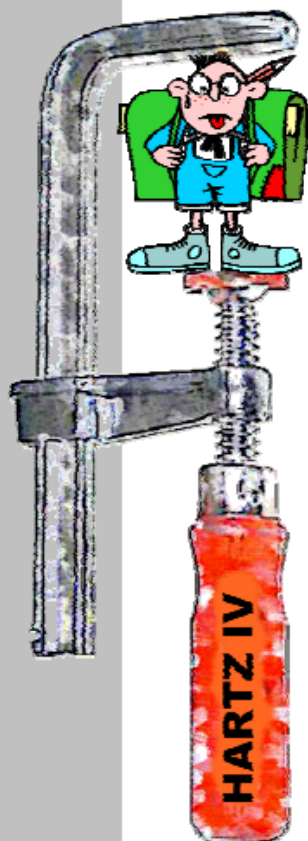
Aber nicht für uns!

### ■ Erhöhung des Regelsatzes für 6 bis 14-Jährige auf mindestens 300 Euro! deswegen:

- Erhöhung des Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro! (Der Regelsatz für 6 bis 14-Jährige beträgt 60% des Eckregelsatzes.)
- Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro brutto die Stunde statt Hungerlöhne!

<sup>1</sup> Alle Angaben zum Regelsatz 2006 aus Rainer Roth/Harald Thomé, Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z, Frankfurt/M., 10/2006. Der Text basiert auf einem Flugblatt des Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne.

## Druck zeigt Wirkung:



# Höhere Hartz IV-Regelsätze für Schulkinder unter 14 Jahren!

Ab 1. Juli will die Bundesregierung den Regelsatz von Sechsbis 13-Jährigen auf 70 % des Eckregelsatzes (246 Euro) statt wie bisher 60 % (211 Euro) festsetzen. Bis zum Schluss hatten SPD und CDU/CSU mit Zähnen und Klauen verteidigt, dass es richtig war, den Bedarf

von Schulkindern unter 14 auf den Bedarf von Säuglingen herunterzukürzen. Dann schwenkten sie plötzlich um.

Das ist ein Erfolg all derer, die sich für höhere Kinderregelsätze eingesetzt haben, nicht zuletzt ein Erfolg unseres Bündnisses gegen Kinderarmut durch Hartz IV. Druck zeigt Wirkung!

## Aber:

### Wo bleiben höhere Regelsätze für Jugendliche?

Arbeitsminister Scholz (SPD) und Familienministerin von der Leyen (CDU) erklärten, dass es vor 2010 bei den Regelsätzen keine Veränderungen mehr geben solle.

Dass Jugendliche vor Hartz IV 90 % und erwachsene Haushaltsangehörige 80 % des Eckregelsatzes bekamen, geht auf den Deutschen Verein zurück, die Dachorganisation der Träger der öffentlichen und privaten Fürsorge.

*„Die Altersgruppen (unter 7, 7-13, 14-17 und über 18) sind nicht nur empirisch fundiert (d.h. durch Untersuchungen belegt), sondern scheinen auch plausibel: Die Abgrenzungen der Altersgruppen markieren den Beginn wichtiger Lebensabschnitte wie Schuleintritt, Übergang vom Kindes- ins Jugendalter und Volljährigkeit und die damit verbundenen Veränderungen des Verbrauchsverhaltens.“<sup>1)</sup>*

Sorgen wir dafür, dass sich Scholz, von der Leyen, Müntefering und Merkel nicht mehr länger weigern können, das Selbstverständlichste vom Selbstverständlichen anzuerkennen, dass Kinder die Eigenschaft haben zu wachsen, bis sie erwachsen sind.

Sie weigern sich also weiterhin,

- die Kürzung des Regelsatzes von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren von 90 % auf 80 % des Eckregelsatzes zurückzunehmen, die SPD und CDU/CSU ab 2005 durchgesetzt haben.

Sie weigern sich weiterhin anzuerkennen,

- dass Jugendliche von 14 bis 17 Jahren einen höheren Regelsatz brauchen als erwachsene Haushaltsangehörige.

Sie weigern sich damit weiterhin anzuerkennen,

- dass Jugendliche im Gegensatz zu Erwachsenen einen Wachstumsbedarf haben und deshalb wieder 90 % statt 80 % des Eckregelsatzes brauchen.

## Sofortige Anhebung des Regelsatzes für Jugendliche von 281 Euro auf 316 Euro!

Setzen Sie die Verantwortlichen mit dieser Forderung unter Druck!

EIN  
HARTZ FÜR  
KINDER



b.w.

# Warum brauchen Jugendliche von 14 bis 17 einen höheren Regelsatz als Haushaltsangehörige ab 18?

Eigentlich sollte bekannt sein, dass Kinder in bestimmten Altersstufen besonders schnell wachsen, z.B. im Alter von 14 bis 17. Mit 18 ist ihr Wachstum weitgehend abgeschlossen.

Laut der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, der anerkannten Instanz für Ernährungsfragen in Deutschland, haben 14- bis 17-Jährige einen durchschnittlichen Kalorienbedarf von 2.700 kcal und Erwachsene von 2.200 kcal. Diese 500 kcal pro Tag machen den Energiebedarf aus, den Wachstum und höheres Bewegungsbedürfnis von Jugendlichen erfordern. Die Bundesregierung streitet das ab, wenn sie verfügt, es gebe keinen Veränderungsbedarf mehr bei den Regelsätzen.

Das ist ein Rückschritt in die Zeit weit vor Einführung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahr 1962. Bis Ende 1955 galt nämlich der Richtsatz erlass aus dem Jahre 1941. Dieser setzte den Bedarf von 16 und 17-jährigen Jugendlichen mit dem von erwachsenen Haushaltsangehörigen gleich, den von 14 und 15-Jährigen sogar mit dem von Säuglingen. Die Sozialhilfe dagegen erkannte erstmals in der Geschichte Deutschlands an

*„In der Wachstumsphase – bei Kindern und Jugendlichen – ist der Aufbaubedarf erheblich höher als bei Erwachsenen. ... Ein erhöhter Bewegungseinsatz musste in besonderem Maße bei Jugendlichen berücksichtigt werden.“<sup>2)</sup>*

Der Rückschritt wird offiziell mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begründet. Mit hö-

heren Kinderregelsätzen „würde Kinderarmut zementiert, weil der Anreiz fehle, Arbeit aufzunehmen“, erklärte Ministerin von der Leyen (tagesspiegel 02.02.2009). Sie lehnt die Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern ab, weil das die Faulheit der Eltern fördere. Während die Arbeitslosenzahlen steigen, weil Banken sich verzockt und Konzerne Überkapazitäten aufgebaut haben, lässt sich „Familien“-ministerin von der Leyen im Verein vor allem mit der FDP über die Faulheit der Arbeitslosen aus.

Sie macht damit Stimmung für Regelsatzkürzungen gerade bei Kindern.

Die Tür dazu hält sich die Bundesregierung offen. Deshalb nahm sie die Kürzung bei Schulkindern unter 14 auch nicht zurück, weil sie einen höheren Bedarf haben als Säuglinge. Sie hält die Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern unter 14 nicht für einen Fehler. Die Änderung soll vielmehr nur ein Beitrag sein, die Konjunktur mit zusätzlicher Kaufkraft in Höhe von 500 Mio. Euro anzukurbeln.

Es ist völlig unglaubwürdig, dass die Bundesregierung in Zukunft Kinderregelsätze nach dem eigenständigen Bedarf von Kindern festsetzen wird, wenn sie heute schon den Wachstumsbedarf als eigenständigen Bedarf von Kindern dermaßen missachtet.

1) Deutscher Verein, Neues Bedarfsbemessungssystem für die Regelsätze in der Sozialhilfe, Ableitung der Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige, Frankfurt 1989, 68

2) Käthe Petersen, Die Regelsätze nach dem BSHG, Frankfurt 1972, 37f.

Wir fordern:

## **Sofortige grundsätzliche Wiederanerkennung des Wachstumsbedarfs von Jugendlichen! Ihr Regelsatz muss 316 Euro statt 281 Euro betragen!**

Wir halten ferner daran fest: Alle Regelsätze, auch die für Erwachsene, sind viel zu niedrig und müssen deutlich erhöht werden.

Bündnis Kinderarmut durch Hartz IV

<http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de>

***kinderarmut-durch-hartz4.de***

Februar 2009

# Wovon sollen Kinder leben?



Dass Kinder nicht in Armut aufwachsen und eine Lebensperspektive haben sollen, wagt niemand offen in Frage zu stellen. Wie wird Armut von Kindern am ehesten verhindert?

*"Wenn Eltern Arbeit haben, dann ist das die beste Armutsverhinderung, ... ."* (von der Leyen, FTD 27.05.2008)

*"Gute Arbeit verhindert Armut, denn die beste Prävention ist es, Eltern in Arbeit zu bringen, damit sie die Existenz ihrer Familien eigenständig sichern können."* (SPD Aktionsplan für gleiche Lebenschancen: 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut, Pressemitteilung 334/08 vom 09.06.2008)

*"Nur über Mindestlöhne lässt sich erreichen, dass eine Vollerwerbstätigkeit auch aus der Armut herausführt."* (DGB Bundesvorstand Positionspapier "Kinderarmut" 27.05.2008)

## Lohnarbeit macht arm

Familie Müller hat zwei Kinder, Frank(10) und Anna(14). Ihre Warmmiete beträgt 646 €. Der Hartz IV-Bedarf der Familie ist 1.770 €. Herr Müller verdient als Leiharbeiter 1.252 € brutto bzw. 998 € netto monatlich (7,50 € die Stunde; 38,5 Stundenwoche). 5,5 Millionen LohnarbeiterInnen haben Löhne unter 7,50 €. (FR 08.12.2007) Frau Müller ist als Kassiererin eine von 6,9 Mio. MinijobberInnen. Sie bekommt 400 € netto.

Die Familie hat also zusammen rund 1.400 € Lohneinkommen. Davon müssen die Kosten gedeckt werden, die man hat, um überhaupt arbeiten zu können: Fahrtkosten zur Arbeit, Arbeitsmittel, Verpflegungsmehraufwand usw..

Man sollte außerdem, wenn man arbeitet, mehr haben, als wenn man nicht arbeitet. Hartz IV erkennt das über den "Freibetrag für Erwerbstätigkeit" an. Vom Einkommen von Herrn Müller bleiben 285 € frei, d.h. werden nicht auf Hartz IV angerechnet, bei Frau Müller sind es 160 €.

Das anzurechnende Lohneinkommen der Eltern von zusammen 955 € deckt gerade mal ihren eigenen Hartz IV-Bedarf. (632 € Regelsätze plus die Hälfte der Warmmiete von 646 € ergeben 955 €)

## Wovon leben die Kinder der Familie Müller?

Wie bei Millionen anderer Kinder auch ist im Lohneinkommen der Eltern kein einziger Cent für Frank und Anna enthalten. Ihre Armut wird durch die Lohnarbeit der Eltern nicht verhindert, sondern erzeugt. Übrigens auch dann, wenn die Arbeitskraft der Eltern

für das Kapital uninteressant ist. Die Eltern könnten die "Existenz" ihrer Familie eigenständig, d.h. ohne staatliche Unterstützung, nur sichern, wenn der Stundenlohn von Herrn Müller rund 15 € brutto betragen würde. Das Kapital aber droht schon bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 € Hunderttausende zu entlassen. Selbst wenn auch Frau Müller Vollzeit für 7,50 € arbeiten würde, läge das Lohneinkommen der Familie noch weit unter ihrem Hartz IV-Bedarf. 10 € würden auch nicht reichen.

Das Kapital ist eben keine soziale Einrichtung, sondern dient der Vermehrung von Geld, das Privateigentümer angelegt haben. Als Rechtfertigung wird aber verbreitet: Herr und Frau Müller "leisten" angeblich nicht genug, dass sie einen Lohn verdient hätten, der ihre Familie unabhängig von staatlichen Sozialleistungen machen würde.

Das Kapital interessiert sich zwar für die zukünftige Arbeitskraft der Kinder, will aber möglichst nicht für die Unterhaltskosten der Kinder aufkommen. Kinder sind in den Augen der Käufer der Ware Arbeitskraft Privatsache der Eltern.

Wenn aber die Kosten für den Nachwuchs nicht im Lohn enthalten sind, liegt der Lohn unter dem sozialen Existenzminimum.

## Kindergeld ist Lohnzuschuss

Familie Müller bekommt für Anna und Frank nur Kindergeld in Höhe von z.Zt. je 154 €. Das offizielle Existenzminimum von Kindern unter 18 jedoch beträgt 304 €. (1) Der Staat zahlt nur die Hälfte des Existenzminimums von Kindern. Die andere Hälfte erklärt auch er zur Privatsache. (2)

Der Gedanke liegt nahe, dass das Kindergeld verdoppelt werden müsste. Kinder sollen leben können. Wenn nicht über den Lohn, dann eben über Kindergeld.

Doch ausgerechnet die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gehörte zu den Ersten, die das forderten. *"Außerdem müssen die Kindergeldsätze an das Sozialhilfeniveau angepasst werden, damit Kinder faktisch aus der Sozialhilfe herausgenommen werden."* (Presse-Informationen 19.12.01 - PI 85/01: Dr. Hundt zum Niedriglohn)

Warum fordert die BDA die Verdopplung einer Sozialleistung?

*"Ein höheres Kindergeld sorgt bei Eltern mit Kindern ... dafür, dass sich für sie die Aufnahme einer - auch gering bezahlten - Arbeit lohnt."* (BDA 09.01.02 - PI 02/02)

Wovon sollen Kinder leben?

Kindergeld ist also für das Kapital ein Mittel, Löhne zu senken und darüber die Prozentsätze der Renditen zu steigern. Um das zu vertuschen, verkaufen uns CDU, SPD usw. Kindergeld als Mittel des Kampfes gegen Kinderarmut.

Höheres Kindergeld spiegelt wieder, dass die Kosten von Kindern immer weniger im Lohn enthalten sind. Der Arbeitsmarkt fragt eben nicht danach, was Menschen zum Leben und zu ihrer Entwicklung brauchen..

### **Verdopplung des Kindergeldes – wer soll dafür zahlen?**

Langfristiges Ziel des Kapitals ist es, die noch im Lohn enthaltenen Mindestkosten für Kinder vollständig aus dem Lohn herauszunehmen. Kinder brauchen aber Lebenschancen. Wenn das über den Lohn nicht möglich ist, dann eben über den Staat. Die Verdopplung des Kindergeldes würde dazu beitragen, die Lebenschancen von Kindern zu verbessern. Finanzminister Steinbrück (SPD) jedoch kämpft schon gegen eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 €. Die Eltern würden die 10 € doch nur in Zigaretten umsetzen, statt sie für die Kinder zu verwenden. (FAZ 14.06.2008)

Zur Zeit werden 35 Mrd. € für das Kindergeld aufgebracht. Die Verdopplung des Kindergeldes würde weitere 35 Mrd. € kosten. Das Kapital will, dass Kindergeld nach wie vor über Lohn- und Mehrwertsteuern von der Gesamtheit der Lohnabhängigen sowie der Erwerbslosen und RentnerInnen aufgebracht wird. Familie Müller z.B. zahlt zwar keine Lohnsteuer, zahlt aber über indirekte Steuern das Kindergeld für mindestens ein Kind selbst.

Da Kindergeld aber im Wesentlichen ein Lohnzuschuss ist, muss es über eine Umlage von der Gesamtheit der Käufer der Ware Arbeitskraft aufgebracht werden, nicht von den Lohnabhängigen selbst.

Nur unter dieser Bedingung können wir uns der Forderung anschließen, das Kindergeld bis zur Höhe des (zu erhöhenden) offiziellen Existenzminimums aufzustocken.

Das muss auch für die Kinder der erwerbslosen bzw. geringfügig beschäftigten Lohnabhängigen gelten, die Hartz IV bekommen. Auch die Kosten der Kinder der "Arbeitskraftreserve" müssen vom Kapital insgesamt getragen werden. Ohne die Schikanen von Hartz IV lebt es sich etwas besser.

## **■ Verdopplung des Kindergelds!**

## **■ Das Kapital soll zahlen!**

(1) Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008, Monatsbericht des Bundesministeriums für Finanzen, November 2006, 64

(2) Das offizielle Existenzminimum für Kinder unter 18 ist niedriger als das Hartz IV-Niveau. Es besteht aus einem Durchschnittsregelsatz für Kinder bis 18 in Höhe von 223 €. Da Hartz IV den Wachstumsbedarf von Kindern ab dem Schulalter nicht mehr an erkennt und ihre Regelsätze entsprechend gekürzt wurden, ist der Durchschnittsregelsatz gesunken. Wenn das rückgängig gemacht würde, wäre der Durchschnittskinderregelsatz 248 €. (vgl. [www.kinderarmut-durch-hartz4.de](http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de)). Das offizielle Existenzminimum gesteht Kindern unter 18 nur 12m<sup>2</sup> Wohnfläche zu. Auf jedes Kind entfallen 67 € Miete und 14 € Heizkosten monatlich. Hartz IV dagegen erkennt für Kinder bis zu 25m<sup>2</sup> an; im April 2006 entfielen 122 € Warmmiete auf Kinder einer vierköpfigen Familie. (Bericht der Statistik der BA, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Wohnsituation und Wohnkosten, Oktober 2006, 14) Das durchschnittliche Existenzminimum eines Kindes unter 18 müsste also mindestens 370 € betragen.

V.i.S.d.P.: Klartext e.V., Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt, [info@klartext-info.de](mailto:info@klartext-info.de);

Juli 2008

[www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)



## Quellen

### **Die Unterhaltungskosten von Kindern müssten im Lohn enthalten sein!**

Aus: Rainer Roth, 500 Euro Kindergrundsicherung für jedes Kind?

10. Mai 2009

<https://klartext-info.de/?p=662#more-662> und  
<https://www.klartext-info.de/alt/pdf/09Kindergrundsicherung5.pdf>

Arbeitskräfte altern, verschleißen, sterben usw. und müssen durch neue Arbeitskräfte ersetzt werden. Gesamtwirtschaftlich muss das Reservoir von Arbeitskräften ständig neu aufgefüllt werden, um alte durch neue Arbeitskräfte zu ersetzen. Der Ersatz von Arbeitskräften setzt Nachwuchs voraus. Und dieser Nachwuchs besteht eben in den Kindern der Arbeitskräfte. Um die Arbeitskraft also insgesamt wiederherzustellen, genügt es nicht, dass nur die eine Arbeitskraft selbst essen, trinken, wohnen und sich kleiden kann. Auch die Kinder müssen essen, trinken usw. Die Reproduktionskosten, d. h. die Kosten der Wiederherstellung der Arbeitskraft insgesamt, schließen die Unterhaltungskosten von Kindern ein. Das abzustreiten ist gewissermaßen ein betriebswirtschaftlich beschränkter, auf Kurzfristigkeit angelegter Blick, kein volkswirtschaftlicher, auf Langfristigkeit angelegter Blick.

Die Vertreter des Kapitals halten die Unterhaltungskosten von Kindern für eine Sache der staatlichen Sozialpolitik, nicht für einen notwendigen Lohnbestandteil. Das Grundinteresse des Kapitals besteht eben darin, möglichst niemanden über Löhne zu finanzieren, der nicht unmittelbar dazu beiträgt, Kapital zu vermehren. Die Kosten für das Heranwachsen und die schulische Bildung der zukünftigen Arbeitskräfte wollen die Arbeitgeber möglichst in voller Höhe der Gesellschaft als Ganzer aufbürden. Das nützt ihren Profitraten und ihrer darauf beruhenden internationalen Konkurrenzfähigkeit. Wenn man sich darüber beschwert, wird entgegengehalten, dass Löhne Entgelte für die Leistung seien und die entsprechenden Lohnabhängigen eben mehr leisten müssten, wenn sie ihre Kinder ernähren wollen.

Der Standpunkt des Kapitals, dass Kinderarmut nichts mit dem Lohn zu tun habe, wird vom DGB und den Wohlfahrtsverbänden geteilt. Auch die Initiatoren der Kampagne „Kinder brauchen mehr!“ gehen davon aus, dass die Bekämpfung eines Zustandes, in dem die Reproduktionskosten der Arbeitskraft nicht oder nicht ausreichend gedeckt sind, ausschließlich Sache des Staates und damit der Millionen Lohnabhängigen selbst, die ihn hauptsächlich finanzieren.

Das Problem der Armutslöhne spiegelt sich im Bewusstsein von Menschen, die Kinder aus beruflichen oder anderen beschränkten Interessen isoliert von ihren Eltern betrachten, als Kinderarmut wider.

Die Umsetzung der Forderung nach 500 Euro für jedes Kind, unabhängig vom Lohn, würde es möglich machen, die Unterhaltungskosten von Kindern, sofern sie noch in Löhnen enthalten sind, vollständig daraus zu entfernen. Denn: „Damit (d. h. mit den 500 Euro) wird der grundlegende Bedarf, den Kinder für ihre Aufwachsen benötigen, ... aus öffentlichen Mitteln gedeckt.“ Die Deckung der Unterhaltungskosten für den Nachwuchs der bestehenden Arbeitskräfte (die Kinder) aus öffentlichen Mitteln würde den Ausstieg von Arbeitgebern aus Tarifverträgen begünstigen und Lohnsenkungen in breitem Umfang möglich machen. Der Vorstoß ist objektiv der bisher massivste Vorstoß zu Lohnsubventionen. Die 500 Euro Kindergrundsicherung ist eine modifizierte Form des bedingungslosen Grundeinkommens, angewandt auf Kinder.

Bedingungsloses Grundeinkommen, weil jedes Kind dieses Geld bekommen soll, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Modifiziert, weil die 500 Euro versteuert werden sollen. Das bedeutet, dass BezieherInnen mit niedrigen Löhnen für ihre Kinder eine höhere Netto-Kindergrundsicherung erhalten als Bezieher von Spitzeneinkommen. Der Charakter der Lohnsubvention wird dadurch noch deutlicher.

Da die VertreterInnen der 500 Euro-Kindergrundsicherung sich weigern, einen Zusammenhang zwischen staatlichen Zahlungen für Kinder und Löhnen anzuerkennen, erscheint ihnen die massive Subventionierung von Löhnen als Kampf gegen Kinderarmut. Da sie Armut nicht als Problem der Ökonomie, sondern der Politik behandeln, können sie nicht wahrnehmen, dass ihr Weg, die „Kinderarmut zu bekämpfen“ unter den Bedingungen der Kapitalverwertung ein Weg ist, die Lohnarmut der Eltern zu vergrößern.

Die Vertreter des Kapitals kennen ihre Interessen und die grundlegenden ökonomischen Zusammenhänge besser als die Initiatoren der Kampagne für 500 Euro Kindergeld. Zu Beginn der letzten Krise erklärte die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA). „Außerdem müssen die Kindergeldsätze an das Sozialhilfeniveau angepasst werden, damit Kinder faktisch aus der Sozialhilfe herausgenommen werden“ (BDA, Presse-Informationen 19.12.01 – PI 85/01: Dr. Hundt zum Niedriglohn). Wieso steht nach Meinung des Dachverbandes aller Arbeitgeberverbände eine Kindergelderhöhung in Zusammenhang mit Niedriglöhnen? „Ein höheres Kindergeld sorgt bei Eltern mit Kindern ... dafür, dass sich für sie die Aufnahme einer - auch gering bezahlten - Arbeit lohnt“ (BDA 09.01.2002 . PI 02/02). Höheres Kindergeld begünstigt also Lohnsenkungen. Kindergeld ist eine Form der „Vergesellschaftung“ des Lohns. Die BDA verlangte damals, dass das sächliche Existenzminimum von Kindern voll ausgezahlt wird, damit Armutslohne für die Eltern akzeptabel werden. Das wären, angewandt auf heute, 322 Euro. Wenn der Staat für den Nachwuchs der Arbeitskräfte aufkommt, brauchen die Unternehmer für ihn keine Lohnkosten mehr aufzubringen.

#### **Holen 500 Euro Kindergeld Kinder aus Hartz IV heraus?**

Das Kapital verkauft sein Interesse an Lohnsenkungen, d. h. an der Steigerung seiner Profitraten, als Kampf gegen die Kinderarmut bzw. aus Kampf für die Herausnahme von Kindern aus Hartz IV. Die Arbeitgeberverbände wollten schon 2001/2002 durch die Verdopplung des Kindergelds Kinder aus der Sozialhilfe herausnehmen.

Die CDU, als Partei des Kapitals, übersetzte damals den Wunsch der BDA in ihr Wahlprogramm von 2002.

„Keine Familie soll nur deshalb, weil sie die Kosten für ihre Kinder nicht aufbringen kann, auf Sozialhilfe angewiesen sein. Familienförderung ist Zukunftsinvestition. ... Kinder sollen nicht mehr zu Sozialhilfebedürftigkeit führen“. Das in Familiengeld umgetaufte erhöhte Kindergeld sollte 600 € für Kinder unter drei Jahren und 300 € für Kinder von drei bis unter 18 Jahren betragen.

Die 500 Euro-Kindergrundsicherungs-Forderung toppt alle bisherigen Forderungen. Diesmal wird versprochen, Kinder aus dem Hartz IV-Bezug herauszuholen „Damit (mit der Kindergrundsicherung) werden Kinder aus dem stigmatisierenden Bezug insbesondere von Hartz IV-Leistungen herausgeholt“, heißt es in der Erklärung von AWO, Kinderschutzbund, GEW-Hauptvorstand usw. Objektiver Hintergrund für die Erhöhung der Kindergeld-Forderung ist, dass der Bedarf an Lohnsubventionen für Kinder sich im letzten Aufschwung vergrößert hat, weil dieser für Lohnabhängige nur Senkungen des Reallohns und wachsende Existenzunsicherheit gebracht hat.

„Weg mit Hartz IV für Kinder“ ist die Parole der Arbeitgeberverbände und der 500 Euro-Kindergeld-Befürworter.

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, Klartext e.V.

**Ein Hartz für Kinder. Zur Senkung der Regelsätze für Schulkinder mit Einführung von Hartz IV, (April 2007), 34 Seiten**

[https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/Regelsaetze\\_Schulkinder.pdf](https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/Regelsaetze_Schulkinder.pdf)



**Inhalt**

I. Was bedeutet es für Kinder, auf Hartz IV-Niveau zu leben?.....	1
a) Wieviel Geld steht für Ernährung zur Verfügung?.....	1
b) Schulkosten sind nicht im Regelsatz enthalten.....	4
c) Fahrtkosten zur Schule.....	8
d) Andere Beispiele.....	8
e) Verzicht der Eltern?.....	9
II. Hartz IV – Senkung des Leistungsniveaus für Schulkinder um mehr als zehn Prozent.....	10
III. Wie kommt der Eckregelsatz überhaupt zustande, von dem sich die Beträge für Kinder ableiten? .....	14
a) regelsatzrelevante Ausgaben.....	14
b) Durchschnittsausgaben statt Bedarf.....	15
c) Rentnerregelsatz.....	15
d) Sinkende Einkommen – sinkender Regelsatz.....	16
IV. Warum die Anstrengungen, die Lebensverhältnisse der Kinder von Erwerbslosen zu verschlechtern?.....	18
Beschluss des GEW-Hauptvorstandes (März 2007).....	23
Flugblatt: Ein Hartz für Kinder.....	24
Flugblatt: Hartz IV – Förderung der Bildung durch Kürzungen?.....	28
Wieviel Geld ist im Regelsatz von Schulkindern aus Hartz IV-Familien für ein Mittagessen enthalten?.....	32

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne und Klartext e.V. (Hrsg.):

### Hartz IV: „Fördern“ durch Kürzen.

Zur Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern und Jugendlichen mit Einführung von Hartz IV, 1. Auflage Mai 2008, 38 Seiten

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/Hartz\\_IV\\_Foerdern\\_durch\\_Kuerzen\\_2.Auflage\\_081101\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/Hartz_IV_Foerdern_durch_Kuerzen_2.Auflage_081101_A5.pdf)



#### Inhalt

Einleitung .....	5
Bündnisplattform "Hartz IV - vorsätzliche Kürzungen bei Schulkindern" .....	6
Hartz IV - Kürzung des Leistungsniveaus vor allem bei Schulkindern .....	8
Hartz IV - Nicht-Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern unter 14 Jahren .....	9
Hartz IV - Nicht-Anerkennung des Wachstumsbedarfs von 14- bis 17-Jährigen .....	11
Warum die Aberkennung des Wachstumsbedarfs? .....	12
Nur noch zwei Altersklassen - Zurück in die 40er und 50er Jahre .....	18
Phrasen pflastern ihren Weg .....	19
Senkung von Kinderregelsätzen = Förderung der Eltern? .....	21
Zurück zur Auffanggrenze? .....	24
Kein Interesse an Kindern aus Armutsfamilien .....	26
Anhang	
Mittel für Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke im Regelsatz eines 13-jährigen Schulkindes 1971-2008 .....	27
Kostenloses Material .....	28

#### Einleitung

Vor mehr als drei Jahren hat die Bundesregierung die Regelsätze für 1,4 Millionen Kinder zwischen sieben und siebzehn Jahren gesenkt, die von Hartz IV leben. Ab 2005 wird der Bedarf von 13-Jährigen mit dem von Säuglingen gleichgesetzt und der von heranwachsenden Jugendlichen mit dem von erwachsenen Haushaltsangehörigen. Die Senkung bedeutet: der entwicklungsbedingte Wachstumsbedarf wird nicht mehr anerkannt. Zweck der Kürzung bei Kindern war, den Druck auf die Eltern zu erhöhen, Arbeit für Armutslöhne anzunehmen. Die empörende Tatsache, dass Kindern Mittel für Essen und Trinken entzogen werden, um Lohnsenkungen zu ermöglichen, hat bis jetzt kaum Aufmerksamkeit gefunden.

Bisher lag die Aufmerksamkeit nahezu ausschließlich auf dem Eckregelsatz von 347 Euro, dem Regelsatz eines Alleinstehenden, von dem alle Regelsätze, auch die der Kinder, prozentual abgeleitet werden. Der Eckregelsatz ist zweifellos der Dreh- und Angelpunkt von Hartz IV. Er muss deutlich erhöht werden, unserer Meinung nach auf mindestens 500 Euro. Damit würden auch die

Regelsätze der Haushaltsangehörigen steigen. Nach der jetzigen Alterseinstufung würden sie auf 300 Euro bei unter 14-Jährigen und 400 Euro bei 14- bis 17-Jährigen steigen. Bei einer Erhöhung auf 420 Euro wären es 252 bzw. 336 Euro.

Bundesregierung und Bundestag treten aber nicht einmal dafür ein, dass der Eckregelsatz mit den Lebenshaltungskosten steigt. Sie setzen sich für die reale Senkung des Eckregelsatzes ein.

Um die Regelsatzblockade wenigstens etwas aufzubrechen, wollen wir den Hebel verstärkt bei der Forderung nach Rücknahme der Regelsatzkürzungen vor allem für Schulkinder ansetzen.

Das ist eine Forderung, die, obwohl eigentlich selbstverständlich, bisher kaum erhoben wurde.

Mit dieser Broschüre wollen wir dazu beitragen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, die Regelsatzverordnung zu ändern.

Sieben- bis 13-Jährige müssen wieder 20 % mehr bekommen als unter 7-Jährige, d. h. 252 Euro.

14- bis 17-Jährige müssen wieder 90 % des Eckregelsatzes (oder 312 Euro) bekommen statt 80 %.

Mai 2008

Klartext e.V.

Rhein-Main-Bündnis gegen  
Sozialabbau und Billiglöhne

*Rainer Roth*

### **Erster Teilerfolg gegen Hartz IV:**

#### **Kürzung des Kinderbedarfs zurückgenommen**

in Werner Rügemer (HG): Arbeitsunrecht. Münster 2009, 216-221

Mit Einführung von Hartz IV im Januar 2005 kürzten SPD, Grüne sowie CDU/ CSU und FDP den Regelsatz von Schulkindern unter 14 Jahren auf das Niveau von Säuglingen. Auch der Regelsatz der Jugendlichen von 14 bis 17 wurde um über 11 Prozent auf das Niveau des Regelsatzes von erwachsenen Haushaltsangehörigen abgesenkt. Die Kürzung bedeutete, dass die herrschenden Parteien ab dem Schulalter biologische Grundbedürfnisse von Kindern, d. h. ihren Wachstumsbedarf nicht mehr anerkannten. Die Behauptung, kein Kind würde zurückgelassen und die Bildung aller Kinder werde gefördert, erwies sich als Phrase.

Die alte Sozialhilfe hatte Schulkindern unter 14 Jahren und Jugendlichen aufgrund ihres höheren Energiebedarfs noch höhere Bedarfe zuerkannt. Hartz IV beseitigte das und knüpfte an den Richtsaterlass von 1941 an, der bis Ende 1955 galt. Dieser rechnete sogar allen Schulkindern unter 16 Jahren den gleichen Bedarf zu wie Säuglingen. Der Bedarf aller Personen über 16 Jahren wurde ebenfalls gleichgesetzt. Der Erlass schrieb die in der Weimarer Republik vorherrschenden, von den Kommunen festgesetzten Richtsätze reichseinheitlich vor.

SPD, Grüne und die Christenparteien rechtfertigten die Aberkennung biologischer Grundbedürfnisse mit haltlosen Behauptungen. Das sei „gerecht“ und „wissenschaftlich“, würde dem „soziokulturellen Existenzminimum“ entsprechen, würde den Bedarf decken und müsste von den Eltern eben durch Einsparungen bei anderen Ausgaben ausgeglichen werden (vgl. Hartz IV, „Fördern durch Kürzen“, Juli 2008, 12-17, [www.kinderarmut-durch-hartz4.de](http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de)).

#### **Widerstand**

Der Widerstand gegen Hartz IV richtete sich zu Anfang vor allem gegen den heruntermanipulierten Eckregelsatz. Von seiner Höhe hängen ja auch die Kinderregelsätze prozentual ab. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaftsführungen und Kinderschutzverbände machten den „Skandal Kinderarmut“ nicht an der Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern ab dem Schulalter fest, sondern an der sprunghaft gewachsenen Zahl armer Kinder und der Behandlung der Kinderbedarfe als Prozentsätze des Eckregelsatzes.

Anfang 2008 bildete sich ein Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV, bestehend aus dem Aktionsbündnis Sozialproteste, dem Arbeitslosenverband, dem Erwerbslosenforum Deutschland, dem Rhein-Main-Bündnis und Tacheles.

Es brachte Ende April 2008 eine Plattform heraus, in der die sofortige Rücknahme der Kürzung der Regelsätze von Kindern ab dem Schulalter gefordert wurde ([http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/kuerzung\\_schulkinder/kuerzungen-bei-schulkindern-2009-03-09.pdf](http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/kuerzung_schulkinder/kuerzungen-bei-schulkindern-2009-03-09.pdf)). Die Plattform griff die vorgeschobenen Begründungen der Regierung an und den Rückfall in die Zeit von Weimar und Faschismus.

Das Bündnis stellte in der Plattform zwar fest: „Alle Regelsätze, auch die von Erwachsenen, sind viel zu niedrig und müssen deutlich erhöht werden,“ konzentrierte sich aber auf die gekürzten Kinderregelsätze, weil es in der Aberkennung biologischer Grundbedürfnisse den schwächsten Punkt der Regelsatzfestsetzung sah. Die Möglichkeit, einen Erfolg zu erzielen, schien am ehesten hier gegeben. Das Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV hat über 250 Organisationen, Organisationsgliederungen und Initiativen für die Unterstützung der Plattform gewinnen können, darunter die Gewerkschaften GEW und NGG. Ferner wurden weit über 6.000 Unterschriften gesammelt.

### **Auch Linkspartei, DGB und ver.di winden sich**

Das Bündnis hat im Juni 2008 allen Bundestagsabgeordneten aus CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen die Frage gestellt, warum sie Kindern ab dem Schulalter mit Hartz IV den Wachstumsbedarf aberkannt haben. Es forderte sie auf die Plattform zu unterschreiben und sich für die sofortige Rücknahme der Kürzungen einzusetzen. Wir erhielten Antworten u.a. von Merkel, Pofalla (CDU), Seehofer, Singhammer (CSU), Oppermann (SPD), Niebel (FDP), Kurth, Künast (Die GRÜNEN).

Niemand hielt es für nötig, auf unsere Frage einzugehen. Niemand war bereit, sich für die sofortige Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern aus Armutsfamilien einzusetzen. Alle nutzten vielmehr nur die Gelegenheit, uns die programmatischen Vorstellungen und die Verdienste ihrer eigenen Parteien im „Kampf gegen Kinderarmut“ zu erläutern. Motto: Bürger fragen - wir antworten nicht. Indirekt jedoch wurde die Kürzung gerechtfertigt als Beitrag „Familien (zu) stärken und ihnen mehr Freiheit (zu) geben, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben organisieren“ (Pofalla), „Allen Kindern gleiche Teilhabechancen zu ermöglichen“ (Oppermann) und den Anreiz, durch Arbeit eigenes Einkommen zu erwirtschaften“, zu stärken (Niebel). Später schrieben wir auch alle Abgeordneten der Linkspartei an. Nach teilweise zähen Mailwechseln haben immerhin 18 ihrer 53 Abgeordneten die Plattform unterschrieben. Typisch für Reaktionen war auch hier, dass angeblich die Linke die Position des Bündnisses eh schon vertreten würde. Das entsprach nicht den Tatsachen. Die häufig kuriosen Manöver von MdBs aller Bundestagsparteien und unsere Antworten sind auf der Website [www.kinderarmut-durch-hartz4.de](http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de) dokumentiert. Dort haben wir auch zu den Positionen der Bundestagsparteien zur Kinderarmut in Bezug auf unsere Forderungen Stellung genommen.

Kein Wohlfahrtsverband hat sich auf Bundesebene für die sofortige Rücknahme der Kürzungen einsetzen wollen, folglich auch nicht die Nationale Armutskonferenz. Stellvertretend erklärte die Vorsitzende des Paritätischen, die ehemalige SPD-Landesministerin Merk: „Angesichts unseres im Ergebnis deutlich weitergehenden ... Ansatzes bitte ich um Verständnis, dass wir keine Veranlassung sehen, die in der Kampagne erhobenen Forderungen nach einer schlichten Rücknahme der Kürzung zu unterstützen! Nur einen „weitergehenden Ansatz“ zu verfolgen, bedeutete aber, die Linderung des Problems in eine ungewisse Zukunft zu verschieben und sie Kommissionen zu überlassen, die noch gar nicht existieren. Bei links stehenden Menschen war die Haltung weit verbreitet, dass es sich nicht lohne, für die Rücknahme einer monatlichen Kürzung von 35 Euro bei Kindern zu kämpfen. Notwendig sei vielmehr z.B. die Abschaffung von Hartz IV, ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine Kindergrundsicherung, eine völlige Neuermittlung des Kinderbedarfs usw. Dass angesichts der Schwäche der sozialen Bewegung gerade die Teile von Hartz IV angegriffen werden sollten, bei denen die Regierung am schwächsten ist, stieß auf breites Unverständnis. Die

Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern ist ein solcher Punkt. Andere kritisierten, wir würden die Erwachsenen bzw. die Alten usw. vergessen und unterstützten deshalb unsere Forderung nicht. Die Beschränkung auf ein Teilziel, um den notwendigen Druck ausüben zu können, bedeutete für das Bündnis jedoch keinesfalls, dass weitergehende bzw. andere Forderungen fallen gelassen oder nicht weiterhin vertreten werden sollten.

Der DGB-Bundesvorstand lehnte wie andere auch die Unterstützung der Plattform ab, weil wir angeblich einen „grundfalschen historischen Vergleich“ mit Weimar und dem Faschismus vorgenommen hätten. Die Gleichsetzung des Bedarfs von Schulkindern mit Säuglingen, die deutschlandweit von 1941 bis 1955 galt, ist eine unbestreitbare Tatsache und nicht ein falscher Vergleich von politischen Systemen. Diejenigen, die sich darüber empören, nehmen damit SPD, CDU/CSU und Grüne aus der Schusslinie, obwohl sie objektiv auf den Richtsatz erlass von 1941 zurückgegriffen haben.

Der Vorsitzende von ver.di war besonders originell. Er ließ über seine Büroleiterin mitteilen: „Die Gewerkschaft ver.di widmet sich dem Thema Bekämpfung der Kinderarmut über die Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.“ Ein Stundenlohn von 7,50 Euro brutto, der nicht einmal reicht, Lohnempfänger selbst aus dem Hartz IV-Niveau herauszubringen, soll auch noch der „Bekämpfung der Kinderarmut“ dienen. So viel Unsinn kann einem die Sprache verschlagen.

Fast alle Medien haben unsere Kampagne und unsere Pressemitteilungen vollständig ignoriert. Sie wollten die Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern durch die herrschenden Parteien nicht zum Thema machen.

### **Der Erfolg durch Selbstorganisation**

Unsere eigene Website war das wichtigste Medium, die Forderungen der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Hier konnte unsere Meinung nicht unterdrückt oder verfälscht werden. Entsprechend sauer waren Vertreter der Linkspartei und der Grünen, die unter dieser Meinungsfreiheit gelitten haben. Mediale Unterstützung gab es nur bei einigen alternativen Radiosendern und anderen Websites. Warum die massive Ablehnung unserer Forderung, Selbstverständliches anzuerkennen? Unabhängig von den subjektiv vertretenen Absichten: Die verantwortlichen Regierungsparteien wurden aus der Schusslinie genommen. Die Ablehnung, dieses Thema aufzugreifen, hält auch unter dem Teppich, dass die Kürzung letztlich erfolgt ist, um dem Interesse des Kapitals an Lohnsenkungen nachzukommen. Motto: „Klar ist, je höher die Grundsicherung ausfällt, umso mehr sinkt die Bereitschaft, auch zu einem geringeren Lohn zu arbeiten“. (FAZ 05.12.2007) Gerade bei Kindern muss also gekürzt werden.

Angesichts der massiven Widerstände gegen die Forderung nach Rücknahme der Kürzungen der Kinderregelsätze bzw. der Zurückhaltung, offen für sie einzutreten, hat das Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV mit geringen Kräften eine maximale Wirkung erzielt.

Es ist sehr positiv, dass zahlreiche Gruppierungen von Erwerbslosen und Gewerkschaftsgliederungen sich dem herrschenden Interesse nicht unterordnen wollten. Das trifft auch auf eine Reihe von Ortsverbänden der Linken zu. Allerdings haben viele Verbände die Plattform nur unterschrieben, ohne wirklich etwas dafür zu tun. Sonst wären erheblich mehr als 6.000 Unterschriften gesammelt worden.

Im Januar 2009 gaben Christenparteien und SPD nach und nahmen die Kürzung bei Schulkindern unter 14 weitgehend zurück. Sie gestehen ihnen ab 1. Juli 2009 (nach der Erhöhung des Eckregelsatzes auf 359 Euro) 251 Euro statt der geforderten 260 Euro zu. Sie hoben sogar den Regelsatz von 6-Jährigen von 60 auf 70 Prozent des Eckregelsatzes an, ohne dass es gefordert war. Die haltlosen Rechtfertigungen wurden (vorübergehend) begraben. Der Verweis auf Flachbildschirme, Alkohol und Zigaretten, in die Eltern jede Erhöhung eines Kinderregelsatzes angeblich sofort umsetzen würden, verschwand wieder in der Demagogie-Trickkiste.

Allerdings wurde der Regelsatz nicht angehoben, um das Wachstum von Kindern zu fördern. Als Teil des Konjunkturpakets II sollte die Wiederanhebung ausschließlich das Wachstum (und die Renditen) der Wirtschaft fördern. Deshalb wurde sie auch bis 2011 befristet. Wachstumsbedarf ist bekanntlich nicht befristet, wohl aber die gegenwärtige Krise.

Dennoch: die Rücknahme dieser Kürzung ist der z.Zt. bedeutendste praktische Erfolg aller, die gegen das Regelsatzniveau von Hartz IV kämpfen. Auf der Basis des Drucks aller gegen Kinderarmut kämpfenden Kräfte hat die Zuspitzung durch die Plattform des Bündnisses den Ausschlag dafür gegeben, dass wenigstens ein Kinderregelsatz wieder angehoben wurde.

### **Auch Jugendliche haben einen Wachstumsbedarf**

Die Bundesregierung hält jedoch die Kürzung des Regelsatzes für Jugendliche aufrecht. Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung haben Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren einen durchschnittlichen Kalorienbedarf von 2.700 kcal. Erwachsene aber nur von 2.200 kcal. Dieser Aufbaubedarf rechtfertigt, wie in der früheren Sozialhilfe anerkannt, einen höheren Regelsatz als den von erwachsenen Haushaltsangehörigen.

Das wird von der Bundesregierung weiterhin abgestritten. Familienministerin von der Leyen gab als Begründung für die Kürzung an, mit höheren Kinderregelsätzen „würde Armut zementiert, weil der Anreiz fehle, Arbeit aufzunehmen“ (Tagesspiegel 02.02.2009). Die Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Jugendlichen fördert also angeblich die Faulheit der Eltern und der Jugendlichen selbst. Die Arbeitslosigkeit steigt, weil Banken sich verzockt und Konzerne ihre Überkapazitäten abreißen, und die „Familienministerin phantasiert über die „freiwillige Arbeitslosigkeit“ der Eltern, weil es ihren Kindern zu gut ginge.

Das Bündnis gegen Kinderarmut hat am 14. März 2009 in über 50 Städten und Orten einen Aktionstag durchgeführt. Unsere Hauptforderung war, auch die Streichung des Wachstumsbedarfs von Jugendlichen zurückzunehmen. Ein darauf bezogenes Flugblatt kann kostenlos bezogen werden (info@klartext-info.de). Die Bundesregierung muss gezwungen werden, wenigstens grundsätzlich das Selbstverständlichste vom Selbstverständlichen ausdrücklich wieder anzuerkennen, dass nämlich Kinder die Eigenschaft haben zu wachsen, bis sie erwachsen sind.

### **Wie weiter?**

Die regierenden Parteien haben ihre Grundeinstellung, die Ausgaben für Armutsfamilien nach Möglichkeit zu beschneiden, in keiner Weise aufgegeben. Zu einem Eingeständnis, dass es falsch ist, Grundbedürfnisse von Kindern nicht zu befriedigen, sind sie nicht fähig. Entscheidend ist für sie, die Kapitalverwertung zu stärken, d. h. Druck auf die Senkung von Löhnen aufzubauen und den „Steuerzahler“ zu schonen, d. h. neue Gewinnsteuersenkungen zu ermöglichen und Schulden abzutragen. Das wird zu einer neuen Offensive zu Regelsatzsenkungen nach den Bundestagswahlen führen, um die Folgen der Krise auch auf die Armutsfamilien abzuwälzen.

Die Initiatoren des Bündnisses gegen Kinderarmut durch Hartz IV sind sich einig, dass sie ihren Schwerpunkt auf die Erhöhung des Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro verlagern müssen, kombiniert mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro. Die Forderung nach der sofortigen Rücknahme der Kürzung bei Jugendlichen bleibt bestehen. Ein entsprechendes Flugblatt wurde am 1. Mai in weit über 30 Städten und Orten verteilt ([www.die-soziale-bewegung.de/2009/regelsatz/500Euro\\_Eckregelsatz.pdf](http://www.die-soziale-bewegung.de/2009/regelsatz/500Euro_Eckregelsatz.pdf)).



**KLARtext e. V. (Hg.)**

**Auf dem Weg zur kommunalen Schule.** Kritische Beiträge zur Kommunalisierung staatlicher Bildungsaufgaben, Februar 2014, 58 Seiten

[https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/auf\\_dem\\_weg\\_zur\\_kommunalen\\_schule.htm](https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/auf_dem_weg_zur_kommunalen_schule.htm)



**INHALTSVERZEICHNIS**

Karola Stötzel	
Vorwort.....	7
Herbert Storn	
Kommunen unter den „Rettungsschirmen“.....	9
Jens Wernicke	
Marktbereitung im Bildungssystem.....	20
Reinhard Frankl	
Aschaffenburg: ein kommunaler Bildungsleitplan!.....	27
Uli Ludwig: Interview mit Lars Hallenberg	
Kommunalisierung der Schulen in Schweden: Ein Rückblick aus gewerkschaftlicher Sicht.....	35
Uli Ludwig	
Beispiel Schweden: Kommunalisierung der Schulen als neoliberales Projekt.....	40
Matthias Holland-Letz	
Schul-Privatisierung in den USA. Charter Schools auf dem Vormarsch.....	48
Die Autoren.....	58

## V Mindestlohn – Regelsatzniveau

Um dem Lohndumping entgegenzuwirken, das mit der Einführung von Hartz IV im Januar 2004 beschlossen wurde, entwickelte das Rhein-Main-Bündnis, unterstützt von Klartext e.V., Argumente für die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto. (vgl. Quellen) Da die Sozialhilfe in Form von Hartz IV faktisch einen Mindestlohn darstellt, war Ausgangspunkt der Forderung das Sozialhilfe-Existenzminimum eines Erwerbstätigen, das überschritten werden sollte. Schon ab April 2005 forderte Klartext e.V. mit einem Flugblatt 500 Euro Eckregelsatz und zehn Euro brutto Mindestlohn. (vgl. IVb Gewinnspiel 2007).

Im November 2007 brachte Klartext das erste Flugblatt heraus, das einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto (lohnsteuerfrei) forderte. Seit Juli 2009 gab es eine Kampagne für die beiden zusammenhängenden Forderungen zehn Euro brutto und mindestens 500 Euro Eckregelsatz. Klartext e.V. beteiligte sich an einem Kampagnenrat, in dem auch das Erwerbslosenforum Deutschland (Bonn), das Aktionsbündnis Sozialproteste (Göttingen), das Rhein-Main-Bündnis (Frankfurt) und Tacheles e.V. (Wuppertal) vertreten waren. Das ABSP schildert die Lage in einem newsletter vom November 2009. (<https://www.elo-forum.org/threads/rundschreiben-der-buendnisplattform-fuer-500-euro-eckregelsatz.47908/>) Die Bündnisplattform wurde schließlich von über 180 Organisationen, Gliederungen von Organisationen und Initiativen unterschrieben, darunter attac Deutschland und der Linkspartei. Auf dem Höhepunkt der Kampagne wurden Flugblätter der Kampagne aus mehr als 200 Orten Deutschlands bestellt. Aufkleber wurden gedruckt und Transparente finanziert.

Ab 1. Januar 2015 wurde ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto eingeführt. Ursprünglich waren sogar nur 7,50 Euro brutto vorgesehen. 2019 wurde der Mindestlohn auf 9,19 Euro erhöht.

Klartext erhöht 2019 seine Forderung auf 12 Euro brutto. Die SPD, die durch das Hartz IV-Lohndumping Hunderttausende Mitglieder verloren hatte, übernahm früh diese Forderung und versprach, bei einem Wahlsieg bei den Bundestagswahlen im September 2021 schon 2022 einen gesetzlichen Mindestlohn von zwölf Euro einzuführen. Dass die SPD die Verwirklichung dieser Forderung gegen erheblichen Widerstand der Arbeitgeberverbände ankündigte, trug zu ihrem überraschenden Wahlsieg bei. Zum 1.10.2022 wurde der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Aktuell kündigt Arbeitsminister Heil (SPD) an, bis 2026 den Mindestlohn auf 15 Euro zu erhöhen, um bei den Wahlen 2025 wieder zu punkten. Klartext e.V. sah keinen Sinn darin, sich mit einer Forderung von 15 bzw. aktuell 17 Euro brutto von der SPD abzusetzen, zumal ab 2020 die Corona-Pandemie und schließlich 2022 der Ukrainekrieg in den Vordergrund traten.

Ursprünglich forderten Klartext und auch das breite Bündnis für 500 Eckregelsatz und zehn Euro brutto Mindestlohn, dass jeder Mindestlohn lohnsteuerfrei zu sein habe. In der Tat war nicht einzusehen, dass auf das neue Existenzminimum des Mindestlohns noch Lohnsteuern erhoben werden, die den Mindestlohn unter das Hartz IV-Niveau drücken. Doch mit der Übernahme der 12 Euro-Forderung änderte sich die Lage. 2023 fielen bei alleinstehenden Vollzeitbeschäftigten und einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden, die 12 Euro brutto Stundenlohn erhielten noch 123,25 Euro Lohnsteuer an. Sie erhielten 1.458 Euro netto (ohne Kirchensteuer). Ein Lohn von 1.581 Euro mtl. netto und 18.972 Euro jährlich wäre also lohnsteuerfrei. Um unter den gegenwärtigen Besteuerung auf diesen Betrag zu kommen, wären 16 Euro brutto Mindestlohn notwendig. ([www.nettolohn.de](http://www.nettolohn.de)) 2023 betrug der mittlere Wert (Median) des Einkommens von Vollzeitbeschäftigten 3.650 Euro brutto. Der Stundenlohn würde bei rd. 22 Euro brutto liegen, der Nettolohn bei rd. 2.400 Euro. (<https://www.finanz.de/gehalt/>)

Wir sind zu dem Schluss gekommen, die Mindestlohnforderung nicht mehr mit dem steuerlichen Existenzminimum zu koppeln. Das bedeutet, dass es wohl ein Fehler war, die Forderung nach 11 Euro Mindestlohn (lohnsteuerfrei) aufzustellen, die auf besteuerte 12 Euro brutto hinausliefen. Die Forderung war zu kompliziert und setzte sich nicht durch.

Wenn wir allerdings wie der Paritätische (vgl. IVb) von einem Regelsatz von 813 Euro für Alleinstehende ausgehen, ferner von bescheidenen 500 Euro Warmmiete und 280 Euro Mehrbedarf für Erwerbstätige, kommen wir auch schon auf ein steuerfreies Existenzminimum von über 19.000 Euro.

DA!... FÜNF EURO ZEHN!... WER  
MAGT'S FÜR VIER FÜNFZIG DIE STUNDE ?!



„Wie hoch müsste Ihr Lohn mindestens sein, damit Sie noch bereit wären, dafür zu arbeiten?“

Das wurden Anfang 2006 rund 11.000 Erwerbslose gefragt.

Sie nannten einen Stundenlohn von mindestens 6,80 € netto, d.h. umgerechnet ca. 10 € brutto. (Stefanie Bender u.a. Was muten sich Arbeitslose zu? IAB DiscussionPaper No.23/2007, 22)

Die gängigen Mindestlohnforderungen liegen alle darunter. Sie berücksichtigen offensichtlich nicht die Vorstellungen von LohnarbeiterInnen.

Ein Alleinstehender hätte mit 10 € brutto einen Nettomonatslohn von 1.160 € (bzw. 1.670 € brutto bei 38,5 Stunden die Woche und 14,9 % Krankenversicherungsbeitrag).

Dieser Betrag liegt für Deutschland

- über 20 % über dem Alg II -Niveau eines alleinstehenden Vollzeitbeschäftigten (im Durchschnitt 942 €: 359 € Regelsatz + 303 € Warmmiete + mindestens 280 € nicht als Einkommen angerechneter Freibetrag vom Erwerbseinkommen),
- rund 50 % über dem Betrag, der seit 2008 als Armutsrisikogrenze gilt (781 €),
- rund 17 % über dem Betrag, der bei einem Alleinstehenden nicht gepfändet werden darf (989,99 €).

## 10 € brutto – immer noch ein Niedriglohn

Als Niedriglohn gelten zwei Drittel des Wertes, den die Hälfte aller Bruttolöhne erreicht. 2007 lag ein Bruttolohn von 1.670 € rd. 9 % über dem Niedriglohn. (T. Kalina, C. Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen, IAQ-Report 2009-05, 3)

## 10 € reichen nicht, wenn man Kinder hat

10 € brutto decken selbst bei einer Gesamtarbeitszeit der Eltern von 66,5 Stunden in der Woche nicht die vollen Unterhaltungskosten einer vierköpfigen Familie auf Hartz IV-Niveau.

**Beispiel:** Familie Müller hat zwei Kinder unter 15. Sie hat einen Alg II-Bedarf von 1.614 €. (Regelsätze Eltern: 646 €, der Kinder: 466 € ; als angemessen anerkannte durchschnittliche Warmmiete: 502 €)

Wenn Frank M. 38,5 und Eva M. 28 Stunden die Woche für 10 € brutto die Stunde arbeiten würden, würden ihre Nettolöhne zusammen 2.096 € betragen. (Steuerklasse III/V)

Davon werden jedoch nur 1.506 € als Einkommen angerechnet. Frank und Eva M. können Freibeträge für Erwerbstätigkeit von ihrem Nettoeinkommen abziehen. Allein mit ihren Nettolöhnen, d.h. ohne Kindergeld, hätte die Familie noch einen Alg II-Anspruch von 108 €.

## 10 € brutto – knapp an der Armutsrente

10 € brutto ergeben bei 38,5 Wochenstunden einen Jahresverdienst von 20.040 €. Das entspricht etwa 65% des durchschnittlichen Bruttojahresentgelts von 2009. Pro Versicherungsjahr würden damit in Westdeutschland 65 % des Rentenwerts von 27,20 € oder 17,68 € erzielt. Bei 40 Versicherungsjahren erreichen Männer eine Rente von 707 €, Frauen bei 30 Jahren eine Rente von 530 €.

## All das zeigt:

die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 € ist äußerst bescheiden!

## Arbeitgeber: Wer von seinem Lohn leben will, macht sich arbeitslos

Arbeitgeber interessieren sich nicht dafür, ob man von seinem Lohn Miete zahlen, Kinder ernähren oder eine ausreichende Rente erarbeiten kann. Sie kaufen die Ware Arbeitskraft, um Gewinne zu erzielen. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde die Rendite des Kapitals schmälern. Die Arbeitgeber-Propaganda verschleiern die Profitgier und nennt den gesetzlichen Mindestlohn "beschäftigungsfeindlich". Lohnabhängige, die danach streben, über den Lohn das soziale Existenzminimum zu decken, machen sich angeblich selbst arbeitslos.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) kämpft, solange es geht, gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, damit Unternehmen ungehindert Löhne unterhalb des Existenzminimums zahlen und Arbeitskräfte auf staatliche Lohnzuschüsse z.B. über Hartz IV verweisen können. Auch Kombilöhne erhöhen die Prozentsätze der Renditen.

### Arbeitslosigkeit wegen zu hoher Löhne?

Arbeitgeber behaupten, dass die Massenarbeitslosigkeit nur eine Folge zu hoher Löhne sei. Schon bei einem Armutslohn von 7,50 € malen sie das Drohbild Hunderttausender Arbeitsloser an die Wand. (BDA kompakt, Juli 2007)

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten jedoch ist in Deutschland von 29,5 Mio. im Jahre 1991 auf 23,7 Mio. im Jahr 2008 gesunken (IAB-Kurzbericht 20/2009, 12), obwohl es keinen gesetz-

lichen Mindestlohn gibt und die Nettoeallöhne im Durchschnitt gesunken sind.

Die Nachfrage nach Arbeitskraft sinkt eben nicht wegen zu hoher Löhne. Sie sinkt aufgrund technischer Fortschritte und höherer Produktivität, aufgrund von Fusionen und Kapitalexporth in profitablere Auslandsmärkte und aufgrund des wachsenden Drucks von Finanzanlegern. Sie sinkt nicht zuletzt auch in Krisen, in denen die Überproduktion von Waren und Kapital alle Jahre wieder vernichtet wird.

Das daraus folgende Überangebot an Arbeitskraft, d.h. die wachsende Arbeitslosigkeit, erlaubt es Arbeitgebern, das Lohnniveau immer mehr unter das Existenzminimum zu drücken.

Um dieser Rücksichtslosigkeit der Käufer der Ware Arbeitskraft Schranken zu setzen, brauchen wir dringend einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro.



## Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro statt Kombilöhne und Lohnsubventionen mit Hartz IV!

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) • fon (0551) 9964381 •  
info@die-soziale-bewegung.de • <http://www.die-soziale-bewegung.de>

Attac Aschaffenburg • c/o Heinz Klein • Hanauer Landstr.78, 63796 Kahl • [www.attac-aschaffenburg.de](http://www.attac-aschaffenburg.de)

Erwerbslosen Forum Deutschland, Vorsitzender: Martin Behrsing,  
Schickgasse 3, 53117 Bonn • fon (0228) 24 95 59 4 • info (at) erwerbslosenforum.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,  
Landesverband Hessen • Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt am Main • [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)  
Landesverband Bayern • Schwanthaler Str. 64 • 80336 München • [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken c/o Hans Kroha  
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt • Hkroha (at) t-online.de • [www.labourmet.de/GewLinke](http://www.labourmet.de/GewLinke)

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)  
fon (069) 74 01 69 • info@rhein-main-buendnis.de • [www.rhein-main-buendnis.de](http://www.rhein-main-buendnis.de)

Tacheles e.V., Luisenstr. 100, 42103 Wuppertal • fon (0202) 31 84 41 •  
<http://www.tacheles-sozialhilfe.de> • info(at) tacheles-sozialhilfe.de

ver.di Bezirkserwerbslosenausschuss Südhessen.  
Rheinstr. 50, 64283 Darmstadt • <http://suedhessen.verdi.de>.

Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!  
V.i.S.d.P. u. kostenlose Bestellung: Rainer Roth • Berger Str. 195 • 60385 Frankfurt • info(at) klartext-info.de

Januar 2010





www.mindestlohn-10-euro.de

# Für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto - lohnsteuerfrei!



Arbeitgeber im Gespräch: gesetzlicher Mindestlohn

Die Löhne von Millionen Menschen sind in den letzten Jahren gesunken, nicht zuletzt durch zunehmende Leiharbeit. Mehr als sieben Millionen Menschen arbeiten zu Löhnen unter zehn Euro. Und es werden mehr. Gegen asoziales Lohndumping durch das Kapital muss dringend eine gesetzliche Schranke nach unten eingezogen werden. In einer repräsentativen Befragung von 5.000

Personen durch ein Frankfurter Institut (IWAK) sprachen sich 70 % für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro brutto aus (Böckler-Impuls 1/2010). Die Mehrheit will keine Milliarden Lohnsubventionen durch Hartz IV für Armutslöhner. Sie will kein Ausbluten der Sozialversicherungen und keine Förderung der Armut im Alter durch Hungerlöhne.

Aber in dieser Demokratie hat eine Minderheit das Sagen. Sie kämpft verbissen für Löhne, die weit unter dem Existenzminimum liegen. Des Profits wegen.

## Warum zehn Euro brutto?

Die Bundesregierung muss diesen Mindestlohn endlich einführen. In den Benelux-Ländern, in England und Frankreich gibt es schon längst gesetzliche Mindestlöhne, ohne dass deren Volkswirtschaften deswegen zusammengekracht wären. Beim „ExportvizeWeltmeister“ muss ein Mindestlohn gezahlt werden, der deutlich über dem der wirtschaftlich schwächeren Nachbarn liegt. Damit würde gegen den dauernden Lohn- druck eine erste Grenze gesetzt und ein Lohn gesetzlich bestimmt, der für eine alleinstehende Arbeitskraft knapp über der Armutsgrenze liegt. Nicht nur mehr Netto, auch mehr Brutto ist nötig. Das zur Losung: „Arbeit muss sich wieder lohnen“

### Beispiel:

Bei zehn Euro brutto und einer 38,5 Stundenwoche hat Frank Müller 1.670 Euro brutto bzw. 1.169 Euro netto (ohne Kirchensteuer). Damit kann er halbwegs auskommen, wenn er bescheiden ist, sich weder Auto noch Urlaub leistet und auf eine Familie mit Kindern verzichtet. Das durchschnittliche Hartz IV-Niveau eines Vollzeitbeschäftigten beträgt zur Zeit offiziell 1.022 Euro: 364 Euro Eckregelsatz plus äußerst preiswerten 358 Euro Warmmiete plus 300 Euro Freibetrag für Erwerbstätigkeit. Aber bei realistischer 500 Euro Warmmiete läge Frank schon wieder auf dem Hartz IV-Niveau.

## Aber: Hartz IV reicht nicht

364 Euro für den Lebensunterhalt bedeuten gesellschaftliche Isolation und Mangelernährung.

Deshalb sind wir für eine Erhöhung des Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro. (Broschüre dazu: [www.500-euro-eckregelsatz.de](http://www.500-euro-eckregelsatz.de)) Unter dieser Voraussetzung erhöht sich das durchschnittliche Existenzminimum eines Erwerbstätigen auf 1.158 Euro (500 plus 358 plus 300 – siehe oben). Das entspricht dem Nettolohn bei einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto.

Für öffentliche Verkehrsmittel z.B. sind nur 62 Cent pro Tag vorgesehen, für Reisen gar nichts, für Café- und Gaststättenbesuche 24 Cent. Für Essen und Trinken werden nur 4,31 Euro pro Tag zugestanden.



## Existenzminimum besteuern – nein danke

Der gesetzliche Mindestlohn als das Existenzminimum eines Erwerbstätigen darf nicht auch noch mit Lohnsteuern belegt werden. Wir sind dagegen, dass Frank Müller von seinen 1.670 Euro brutto auch noch 153 Euro Lohnsteuer zahlen muss. Der steuerliche Grundfreibetrag eines Alleinstehenden muss dem aufs Jahr hoch gerechneten gesetzlichen Bruttomindestlohn entsprechen. Bei zehn Euro brutto wären das rund 20.000 Euro (12 x 1.670 Euro). Heute dagegen werden Lohnsteuern schon bei einer Vollzeitarbeit mit einem Hungerlohn von 4,50 Euro brutto fällig.

### Zehn Euro brutto - Armut im Alter

Mit zehn Euro brutto (1.670 Euro monatlich)

kommt man nach 39 bzw. 38 Jahren (West/Ost) auf eine Bruttorente von 700 Euro oder 630 Euro netto. Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Notwendig ist deshalb eine Mindestrente, die das Armutsniveau deutlich übersteigt.

### Zehn Euro brutto – und wovon leben Kinder?

Zehn Euro brutto decken nicht die notwendigen Unterhaltungskosten von Kindern. Löhne auf diesem Niveau sind familienfeindlich. Kindergeld deckt nur etwa die Hälfte des offiziellen Existenzminimums von minderjährigen Kindern ab. Zehn Euro brutto sind auch in dieser Hinsicht ein Armutslohn.

**Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn ist eine äußerst bescheidene Forderung. Die von SPD und DGB seit 2010 geforderten 8,50 Euro sind untragbar, ebenso wie die 7,50 Euro der Grünen.**

## Der Wind dreht sich ein wenig

Die Arbeitgeberverbände in Einzelhandel und Leiharbeit, für Lohndumping sattem bekannt, haben plötzlich ihr Herz für Mindestlöhne in ihren Branchen entdeckt. Auch Arbeitgeberpräsident Hundt rudert zurück. Sie wollen mit Mindestlöhnen die Konkurrenz schwächen, die den eigenen Profit bedroht. Denn ab dem 1. Mai 2011 können Unter-

nehmen aus Ländern mit gesetzlichen Mindestlöhnen von 1,92 Euro aufwärts wie Polen, Tschechien usw. zu ihren heimischen Bedingungen in Deutschland antreten und hiesige Betriebe ruinieren. Lidl ruft sogar zu einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto auf.

## Worum geht es?

Nutzen wir also den Rückenwind. Seit Juli 2009 existiert unsere Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto, lohnsteuerfrei, die als Grundlage unsere Forderung nach einem Eckregelsatz von mindestens 500 Euro hat. Uns geht es dabei um die Interessen aller Lohnabhängigen, seien sie beschäftigt, erwerbslos oder in Rente.

Machen wir die Zehn-Euro-Forderung noch bekannter.

Das breite Bündnis, das dafür eintritt, muss gestärkt werden.

Auf [www.500-euro-eckregelsatz.de](http://www.500-euro-eckregelsatz.de) findet man Vorschläge dazu.

Beispiel: dieses Flugblatt bestellen und verteilen. Es ist kostenlos.

**Einen ausreichenden gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen, wäre ein bedeutender Erfolg für die LohnarbeiterInnen.**

**Arbeiten wir daran!**

**Bündnis [www.mindestlohn-10-euro.de](http://www.mindestlohn-10-euro.de)**

**- alle UnterstützerInnen der Bündnisplattform sind dort einzusehen!**

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- ALSO Oldenburg
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- BAG-PLESA
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft Hessen
- Klartext.e.V.
- Labournet Germany
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)
- Tacheles e.V.



# Mindestlohn: Statt 8,50-Euro-Mogelpackung zehn Euro brutto lohnsteuerfrei ohne Ausnahmen!

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist ein „deutlicher Sieg“ der Kritiker der Agenda 2010, jammert die FAZ (17.3.2014). Da ist was dran. Jahrelange Anstrengungen waren nötig, diesen Fortschritt gegen alle die Parteien zu erkämpfen, die noch gestern oder wie die SPD noch vorgestern entschiedene Gegner eines gesetzlichen Mindestlohns waren. Millionen werden davon profitieren. Wir sind stolz darauf, dazu beigetragen zu haben. Diesen Fortschritt möglichst gering zu halten, ist jetzt das Ziel des Kapitals und der Großen Koalition.



GroKo: geheuchelter Jugendschutz

## Die Kaufkraft des Mindestlohns wird auf Jahre eingefroren. Sie kann sogar sinken.

- x Man schiebt die flächendeckende Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro auf den 1.1.2017 hinaus. Die erste Erhöhung soll es zum 1.1.2018 geben. Bis Ende 2017 hat die Inflation von 8,50 Euro vielleicht nur noch 7,80 Euro übrig gelassen.
- x Tariflöhne unter 8,50 Euro sollen bis 1.1.2017 weiterbestehen. Das betrifft über 500 von 4.500 tariflichen Lohngruppen.
- x Die Arbeitgeberverbände wetteifern mit Vorschlägen für Ausnahmen. Überlegt wird, 7,7 Millionen Minijobbern, Millionen Arbeitskräften mit „Vermittlungshemmnissen“, 20 Millionen Rentnern, jungen Leuten unter 21 Jahren usw. den gesetzlichen Mindestlohn zu verweigern. Solche Arbeitskräfte sollen in möglichst großem Umfang Beschäftigte mit 8,50 Euro ersetzen können.
- x Selbst wenn es nur wenige Ausnahmen gibt: der entscheidende Vorteil für das Kapital ist, dass auf lange Zeit die Kaufkraft der 8,50 Euro eingefroren werden und sogar sinken könnte. Erhöhungen des Mindestlohns sollen von der Entwicklung der Tariflöhne, der Gesamtwirtschaft und des Arbeitsmarktes abhängen (FAZ 11.03.2014). Sie werden von einer Kommis-

sion vorbereitet, in der die Vertreter der Arbeitgeber alle ihnen nicht passenden Ergebnisse blockieren können. Wenn der real schon auf unter 8 Euro gefallene Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2018 mit 2 % jährlich (dem Durchschnitt der Tarifierhöhungen der letzten Jahre) erhöht wird, steht er 2026 bei zehn Euro. Bei einer zukünftigen Inflationsrate von 2 % jährlich werden diese zehn Euro weniger Kaufkraft haben als heutige 8,50 Euro. Steigt die Arbeitslosigkeit, kann man den Mindestlohn dafür verantwortlich machen. Da es bis 2026 auch Jahre einer Wirtschaftskrise geben wird und Tariflöhne unter Umständen sinken, kann der Mindestlohn auch gesenkt werden.

- x 8,50 Euro gesetzlicher Mindestlohn ab 2017 bedeuten in westeuropäischem Maßstab Lohndumping. In Irland gibt es 2014 schon 8,65 Euro, in Belgien 9,10 Euro, in Frankreich 9,53 Euro, den Niederlanden 9,74 Euro (bei 38 Wochenstunden inkl. Urlaubsgeld von 8 % des Mindestlohns), in Luxemburg 11,10 Euro. Großbritannien hätte 9,52 Euro Mindestlohn, wenn das Pfund nicht abgewertet worden wäre. Deutschland, die stärkste Wirtschaft in Europa, ist u.a. wegen Lohndumping stark. Das soll mit den armseligen 8,50 Euro so weitergehen.

www.mindestlohn-10-euro.de

## **Für mindestens zehn Euro brutto Lohnsteuerfrei!**

Mit 8,50 Euro gesetzlichem Mindestlohn kann jeder Vollzeit beschäftigte Alleinstehende Hartz IV beantragen, wenn seine von der Arbeitsagentur anerkannte Warmmiete 358 Euro und mehr beträgt. Die Warmmiete ist in Großstädten erheblich höher, im Bundesdurchschnitt wohl auch ([http://bit.ly/vergleich\\_mindestlohn\\_existenz\\_minimum](http://bit.ly/vergleich_mindestlohn_existenz_minimum)). Dass Kinder und Familien von einem Lohn von 8,50 Euro nicht leben können, ist sowieso kein Thema. Sigmar Gabriel schwärmt: „Wir geben der Arbeit ihre Würde zurück.“ Auch der DGB sieht die Würde nur bei Löhnen unter 8,50 Euro verletzt.

8,50 Euro bedeuten bei einer 38,5-Stundenwoche 1.048 Euro netto. Wegen eines Freibetrags für Erwerbstätigkeit in Höhe von 300 Euro werden nur 748 Euro angerechnet. Der Regelsatz eines Alleinstehenden beträgt 391 Euro. Ab einer anerkannten Warmmiete von 358 Euro besteht ein Hartz-IV-Anspruch.

Es geht uns nicht um einen Wettlauf von Forderungen, sondern um einen gesetzlichen Mindestlohn, der ein halbwegs angemessenes Existenzminimum eines vollzeitbeschäftigten Alleinstehenden darstellt.

**Wir fordern also:**

### **■ Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn brutto!**

Der gesetzliche Mindestlohn muss über dem Hartz-IV-Niveau auf der Basis eines Eckregelsatzes von mindestens 500 Euro liegen.

### **■ Lohnsteuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns wie in Frankreich!**

Das offizielle Existenzminimum eines Lohnabhängigen darf nicht mit Lohnsteuer belegt werden ([www.ambafrance-de.org/Steuern-auf-Einkommen-in](http://www.ambafrance-de.org/Steuern-auf-Einkommen-in)).

### **■ Keinerlei Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn!**

Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn bedeuten Lohndumping.

### **■ Erhöhungen von Mindestlöhnen mindestens mit Inflationsausgleich!**

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Klartext.e.V
- LabourNet Germany
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)
- Tacheles e.V.

Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!

Maßstab dafür ist für uns nicht das gegenwärtige Hartz-IV-Niveau. Mit seinen 4,56 Euro pro Tag für Essen und Trinken und 0,66 Euro pro Tag für öffentliche Verkehrsmittel läuft es auf Mangelernährung und gesellschaftliche Isolation hinaus. Allein für gesunde Ernährung würde man 95 Euro monatlich mehr brauchen. Unsere Forderung von mindestens 500 Euro Eckregelsatz ist also sehr bescheiden.

Für die Arbeitgeberverbände ist jedoch schon ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro „unsozial“, da er 1,8 Millionen Arbeitsplätze gefährde (FAZ 21.11.2013). Für sie gilt: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, nicht was Arbeit gefährdet. Je niedriger der Lohn, desto eher wird eine Arbeitskraft eingestellt, desto sozialer geht es also zu.

### **Den Mindestlohn auch noch besteuern?**

Die mickrigen 8,50 Euro Mindestlohn gelten jetzt als Existenzminimum eines alleinstehenden Lohnabhängigen. Warum eigentlich dieses Existenzminimum noch mit 76 Euro Lohnsteuer belegen? Macht man das, weil es unsozial wäre, die massiven Steuersenkungen für Millionäre, Kapitalgesellschaften und Finanzanleger rückgängig zu machen? Der gesetzliche Mindestlohn muss deutlich über dem Hartz-IV-Niveau eines Alleinstehenden liegen.



**www.mindestlohn-10-euro.de**

April 2014





# Mindestlohn und Mindestrente!

Die SPD hat angekündigt, nach einem Wahlsieg in den ersten 100 Tagen ihrer Regierung einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto pro Stunde einzuführen. Die Grünen haben sich ebenfalls dafür ausgesprochen. Wenn es zu diesem gesetzlichen Mindestlohn käme, wäre das ein hart erkämpfter Fortschritt. Denn SPD und Grüne waren noch bis vor gar nicht langer Zeit entschlossene Gegner eines gesetzlichen Mindestlohns. CDU, CSU und FDP dagegen wehren sich heftig gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie halten immer noch am Standpunkt der Arbeitgeberverbände fest.

## Warum ein Mindestlohn unter Hartz IV?

Mit 8,50 Euro/Std. fordern SPD und Grüne aber einen gesetzlichen Mindestlohn, der durch Hartz IV aufgestockt werden müsste. Und sie verkaufen diesen Armutslohn unverdrossen auch noch als armutsfest. Sie behaupten sogar, man käme dadurch aus Hartz IV heraus. Das stimmt nur, wenn eine Wochenarbeitszeit von mehr als 40 Stunden unterstellt wird. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt jedoch bei rund 38,5 Stunden (IAB Kurzbericht 14/2012, 11).

Mit 8,50 Euro hätte Moritz Müller bei einer 38,5 Stundenwoche einen Lohn von 1.420 Euro brutto oder 1.040 Euro netto. Damit kann er erfolgreich Hartz IV beantragen. Sein Regelsatz beträgt nämlich 382 Euro und die durchschnittliche Warmmiete 381 Euro ([www.mindestlohn-10-euro.de](http://www.mindestlohn-10-euro.de)), zusammen also 763 Euro. Aufgrund des Freibetrags für Erwerbstätigkeit in Höhe von 300 Euro werden statt 1.040 Euro nur 740 Euro seines Nettolohns als Einkommen angerechnet. Er hat also bei 381 Euro Warmmiete Anspruch auf 23 Euro staatliche Unterstützung.

➔ **Der gesetzliche Mindestlohn muss bei 38,5 Stunden deutlich über dem Hartz IV-Niveau eines alleinstehenden Vollzeitbeschäftigten liegen. Das ist erst bei mindestens zehn Euro der Fall.**



Altersvorsorge ... Moritz Müller, Mindestlöh-

## Aber warum nur 382 Euro Regelsatz?

382 Euro für Alleinstehende bedeuten Mangelernährung und gesellschaftliche Isolation. Pro Tag 4,52 Euro für Ernährung, 65 Cent für öffentliche Verkehrsmittel und 26 Cent für Cafébesuche müssen laut SPD reichen. Wir halten mindestens 500 Euro für nötig. Das geht der SPD zu weit. Dadurch würde ihr Armuts-Mindestlohn ja noch tiefer unter das Hartz IV-Niveau fallen.

## Keine Lohnsteuer auf den Mindestlohn!

Der gesetzliche Mindestlohn stellt das offiziell anerkannte Existenzminimum eines Alleinstehenden dar. Die SPD tritt dafür ein, ihren Mindestlohn auch noch zu besteuern. 82 Euro Lohnsteuer fallen an. Moritz Müller rutscht allein dadurch schon unter das durchschnittliche Hartz-IV-Niveau.

➔ **Der gesetzliche Mindestlohn, egal in welcher Höhe, muss lohnsteuerfrei sein, wie in Frankreich.** ([www.ambafrance-de.org/Steuern-auf-Einkommen-in](http://www.ambafrance-de.org/Steuern-auf-Einkommen-in))

**(F): 9,43 EUR - (D): 8,50 EUR? Warum?**

Wenn schon Frankreich einen gesetzlichen Mindestlohn von 9,43 Euro hat, kann es sich Deutschland erst recht leisten, denn die Arbeitsproduktivität ist hier deutlich höher als in Frankreich. Zehn Euro brutto sind das Mindeste. 8,50 Euro dienen nur dazu, Deutschland einen Konkurrenzvorteil gegenüber Frankreich und anderen Ländern zu verschaffen.

## Mit 8,50 Euro in die Altersarmut!

1.420 Euro brutto im Monat machen 50 Prozent des monatlichen Durchschnittsbruttolohns der Rentenversicherten aus. Ein Jahr Durchschnittslohn wird mit einem sogenannten Entgeltpunkt gleichgesetzt. Pro Versicherungsjahr hat sich Moritz Müller also 0,5 Entgeltpunkte erarbeitet, wenn man unterstellt, dass das Verhältnis seines Bruttolohnes zum durchschnittlichen Bruttolohn gleich bleibt. Die Entgeltpunkte werden mit dem sogenannten Rentenwert multipliziert. Er beträgt im Jahr 2013 28,07 Euro (West) und 24,92 Euro (Ost).



www.mindestlohn-10-euro.de

Bei völlig unrealistischen 45 Versicherungsjahren zu je 0,5 Entgeltpunkten hätte Moritz also 22,5 Entgeltpunkte und damit eine Bruttorente von gerade mal 632 Euro brutto (West) oder 561 Euro brutto (Ost).

Tatsächlich aber betragen die Versicherungsjahre der Altersrenten 2011 durchschnittlich 35,5 Jahre (Männer 40,6 und Frauen 31,4 Jahre).

(DRV, Rentenversicherung in Zeitreihen 2012, 133 ff.)

So kämpfen SPD und Grüne mit 8,50 Euro Mindestlohn also energisch gegen die Altersarmut ... Aber selbst bei einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto entkäme man nicht der Altersarmut. Selbst mit 45 Versicherungsjahren kommt man bei zehn Euro nur auf eine Rente von etwa 750 Euro brutto (675 Euro netto).

Prösterchen, auf unsere private Vorsorge!

### Gesetzliche Mindestlöhne schützen nicht vor Altersarmut – deshalb Mindestrente

Die Mindestrente müsste über dem von uns angestrebten Grundsicherungsniveau liegen. Es setzt sich aus 500 Euro Regelsatz plus 381 Euro Warmmiete zusammen. Bei 1.000 Euro brutto Mindestrente ergeben sich nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern etwas über 900 Euro. Auch die Mindestrente darf nicht auch noch mit Lohnsteuer belegt werden. Wie dringlich eine Mindestrente ist, zeigt sich daran, dass eine Bruttorente von 1.000 Euro nach den jetzigen Rentenplänen nur bei einem Bruttolohn von etwa 14 Euro und 45 Versicherungsjahren erzielt werden kann. Millionen Lohnabhängige schaffen das nicht.

### Was also steht an?

**Ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro brutto (lohnsteuerfrei) statt 8,50 Euro!**

**Eine Mindestrente (lohnsteuerfrei) von 1.000 Euro brutto statt im Alter ein Leben unter dem Hartz IV-Niveau!**

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- Erwerbslosenforum Deutschland
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Unterfranken
- Klartext.e.V
- LabourNet Germany
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Tacheles e.V.

März 2013



# Mindestlohn: 9,19 Euro - viel zu wenig!

www.mindestlohn-12-euro.de



Bundesregierung und Mindestlohnkommission (DGB und Arbeitgeber) haben den Mindestlohn für 2019 auf 9,19 Euro pro Stunde festgesetzt. Alleinstehende Vollzeitbeschäftigte (38,5 Wochenstunden: 167 Stunden im Monat) bekommen 1.535 Euro brutto. Davon müssen sie dem Finanzamt noch 79 Euro Lohnsteuer abtreten. Abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge bleiben 1.148 Euro netto zum Leben.

## Kann man von diesem Mindestlohn leben? Nur sehr schlecht!

Wer nur den Mindestlohn bezieht, kann vielfach noch mit Hartz IV aufstocken.

- Alleinstehende in Vollzeit (38,5 Wochenstunden) und einer Warmmiete von 500 Euro können sogar noch 76 Euro Hartz IV beanspruchen,
- AlleinverdienerInnen in einer Familie mit zwei Kindern im Alter von 5 und 9 Jahren bei 800 Euro Warmmiete noch 556 Euro.

Für eine ausreichende Rente reicht dieser Mindestlohn ebenfalls nicht.

Männer mit ihren durchschnittlichen Versicherungsjahren erhalten in Westdeutschland 549 Euro Rente netto (Ost: 565 Euro), Frauen nur 436 Euro netto (Ost: 563 Euro).

Zum Vergleich: Daimlerchef Zetsche erhält eine Rente von 4.200 Euro pro Tag.

## Die Reichen werden immer reicher.

„Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte kam im Wesentlichen bei den reichsten zehn Prozent an“, so Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Armutslöhne (und Hungerrenten) senken bekanntlich Lohnkosten und erhöhen die Renditen.

Die Armut der Einen erzeugt den Reichtum der Anderen. 45 Familien hatten in Deutschland 2014 ein höheres Vermögen als rund 20 Millionen Haushalte.

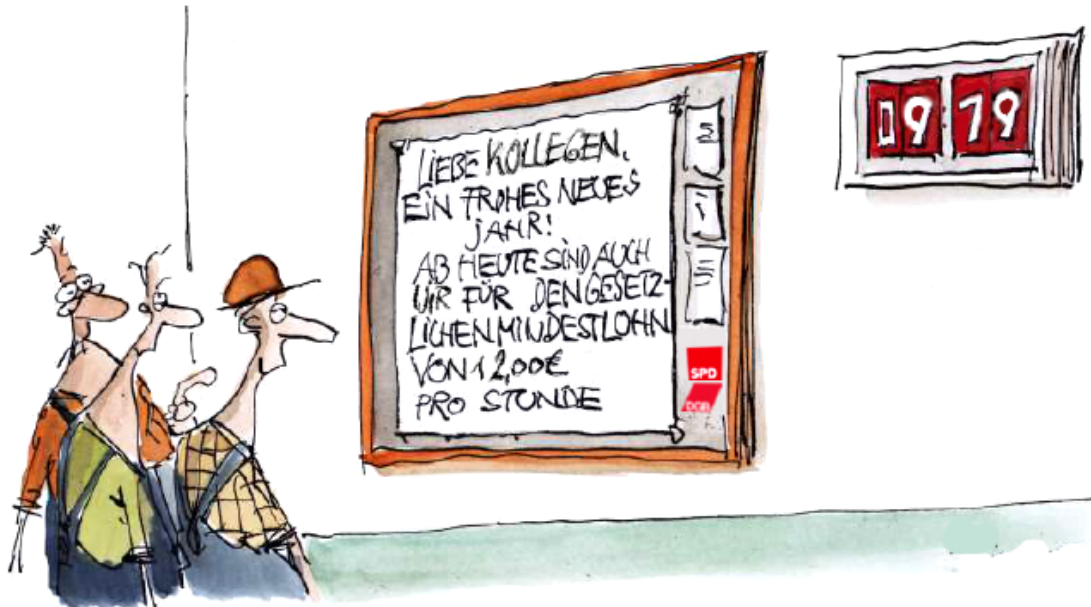
## Das macht zunehmend wütend!

### In Frankreich entlädt sich die Empörung in Protesten der Gelbwesten.

### Auch bei uns wächst der Unmut.

b.w.

# Der Mindestlohn muss auf 12 Euro erhöht werden!



Scholz, Hoffmann & Co – Worte und Wirklichkeit

Diese Forderung gibt es schon länger.

Über Nacht brachten jetzt sogar führende Sozialdemokraten den Mindestlohn von zwölf Euro ins Spiel. Es soll wieder „linkes Profil“ gezeigt werden. Die gewaltigen Stimmenverluste der SPD bei den letzten Wahlen haben die für Hartz-Gesetze und Rentenabbau hauptverantwortliche Partei zutiefst beunruhigt. Sie geht auf Stimmenfang.

Die Spitzen des VdK und des Sozialverbandes Deutschland sprechen sich ebenfalls für einen Mindestlohn von zwölf Euro aus, seit Ende 2018 auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann (SPD).

Die AfD dagegen begrüßt zur Freude der Arbeitgeberverbände die mickrigen 9,19 Euro. Sie lenkt von den Profiteuren ab und schürt lieber Hass auf Ausländer.

## 12 Euro Mindestlohn - „armutsfest“?

Bei 12 Euro Stundenlohn bekommen alleinstehende Vollzeitbeschäftigte 1.410 Euro netto (2.004 Euro brutto). Sie liegen damit deutlich über Hartz IV.

## Aber:

- AlleinverdienerInnen in einer Familie mit zwei Kindern im Alter von 5 und 9 Jahren haben bei 800 Euro Warmmiete immer noch einen Anspruch auf 178 Euro Hartz-IV.
- Männer mit ihren durchschnittlichen Versicherungsjahren erarbeiten mit 12 Euro in Westdeutschland eine Nettorente von 716 Euro (Ost: 735 Euro), Frauen nur 570 Euro netto (Ost: 729 Euro).

## 12 Euro - immer noch ein Armutslohn!

Die Beschlüsse der Mindestlohnkommission sind für die Bundesregierung laut Gesetz bis 2020 bindend. Dann muss eine Überprüfung stattfinden.

Der Mindestlohn wurde 2015 auf viel zu niedrige 8,50 Euro festgesetzt und seither mit jährlich 2 Prozent erhöht. Wird das beibehalten, kommt es erst 2033, also in vierzehn(!) Jahren, zu einem Mindestlohn von zwölf Euro.

**Das geht gar nicht!**

## Mindestlohn von 12 Euro sofort!

**Bisherige Unterstützer:** Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) • KLARtext e.V. • Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne • DIE LINKE Bad Bramstedt & Umgebung • Labournet Deutschland • Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) • attac Aschaffenburg-Miltenberg

**Organisationen und Gruppen, die den Aufruf für 12 Euro Mindestlohn unterstützen möchten, bitte per E-Mail an [edgar.schu@die-soziale-bewegung.de](mailto:edgar.schu@die-soziale-bewegung.de).**

**Auf der Internetseite [www.mindestlohn-12-euro.de](http://www.mindestlohn-12-euro.de) finden sich Erläuterungen und Quellen für die Ausführungen im Flugblatt.**

Stand 1.5.2019

V.i.S.d.P.: Edgar Schu, Postfach 3434, 37024 Göttingen E-Mail: [edgar.schu@die-soziale-bewegung.de](mailto:edgar.schu@die-soziale-bewegung.de), Tel.: 0551 20 190 386

[www.mindestlohn-12-euro.de](http://www.mindestlohn-12-euro.de)

## Quellen



*Das Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne*

# Thesen zum gesetzlichen Mindestlohn

1) Kern der Hartz-Gesetze ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Das sowie die Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld I, die Festlegung des neuen Arbeitslosengelds II (ALG II) unter das bisherige Sozialhilfeniveau, der Ausbau öffentlicher Zwangsdienste und die Zumutbarkeit von Löhnen, die bis zu einem Drittel unter Tarif liegen, dient nicht nur dazu, Sozialausgaben beim Staat oder bei der Sozialversicherung einzusparen. Es dient wesentlich dazu, Löhne abzubauen.

2) Die Sozialhilfe definiert das offizielle Existenzminimum und damit eine Art Mindestlohn. Das Arbeitslosengeld II ist nur eine andere Form von Sozialhilfe. Die Dachorganisation aller Unternehmen, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, tritt für die allgemeine Senkung der Sozialhilfe bzw. des ALG II um mindestens 25% ein. Es geht dabei darum, allgemeine Lohnsenkungen um bis zu einem Drittel durchzusetzen und die Löhne unter das heutige Existenzminimum zu drücken. Langfristiges Ziel ist die völlige Beseitigung der Sozialhilfe für Arbeitsfähige, wie es in den USA wieder Realität ist.

3) Der Mindestlohn Sozialhilfe hemmt den Fall der Löhne nach unten, ebenso wie Tarifverträge, die in ihrem Geltungsbereich ebenfalls Mindestlöhne definieren. Deshalb ist die Sozialhilfe auch für Beschäftigte von entscheidender Bedeutung. Senkung und schließliche Abschaffung der Sozialhilfe für Erwerbsfähige und Abschaffung von Flächentarifverträgen haben dasselbe Ziel, nämlich Profitsteigerung.

4) Das Kapital und seine politischen Parteien versuchen, Beschäftigte und Arbeitslose zu spalten, um Sozialabbau und Lohnsenkungen durchzusetzen. Deshalb wird die Sozialhilfe als Hängematte dargestellt, nicht als der Mindestlohn, der sie in erster Linie ist. Arbeitslose werden als Faulenzer hingestellt, die angeblich nur durch Kürzungen zur Arbeit motiviert werden können. Umgekehrt wird Arbeitslosen gesagt,

dass die Beschäftigten und ihr egoistisches Beharren auf Tariflöhnen die Ursache ihrer Arbeitslosigkeit sei. Wären die Löhne untertariflich, würden sich nämlich Unternehmer finden, die ihre Ware Arbeitskraft kaufen. Die täglich propagierte Spaltung zeigt Wirkung. Sie schadet Arbeitslosen und Beschäftigten und nutzt dem Kapital.

5) Die vorherrschende Haltung der Gewerkschaftsführungen fördert die Spaltung. Die DGB-Führung ist für die Verabschiedung der Agenda 2010 mitverantwortlich. Sie hat die Hartz-Gesetze lange Zeit in erster Linie als Chance für Arbeitslose verkauft. Sie hat den gemeinsamen Widerstand von Beschäftigten und Arbeitslosen gegen die Agenda, wenn überhaupt, nur halbherzig organisiert. Sie hat auch über die gemeinsamen Interessen und über Lohndumping als Zweck des Sozialabbaus kaum aufgeklärt. Erst unter dem Druck von unten (1.11.) und erst nach der Verabschiedung der Agenda hat die DGB-Führung die Demonstrationen vom 3.4.2004 organisiert.

6) Aus all dem folgt, dass Bündnisse gegen Sozialabbau und Billiglöhne angesichts der vorherrschenden Spaltung in erster Linie die gemeinsamen Interessen der LohnarbeiterInnen betonen müssen, seien sie beschäftigt oder arbeitslos. Diese gemeinsamen Interessen müssen in gemeinsamen Forderungen zum Ausdruck kommen.

7) Um dem Lohndumping Schranken nach unten zusetzen, ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig, der das Existenzminimum eines Erwerbstätigen deckt. Die Sozialhilfe definiert offiziell das Existenzminimum. Sie ist deshalb trotz der Kürzungen der letzten Jahre der wichtigste Maßstab, um festzustellen, ob Löhne dem Existenzminimum entsprechen. Sie kann aber nur Ausgangspunkt für unsere Forderungen sein, nicht Endpunkt.

8) Die Pfändungsfreigrenze ist ein Anhaltspunkt für die Höhe eines Mindestlohns, der dem Existenzminimum entspricht. Sie beträgt zur Zeit 930€. Sie wurde im Jahr 2001 etwas oberhalb des damaligen Sozialhilfeniveaus eines Erwerbstätigen festgesetzt (870€). Der Mindestlohn muss über der Pfändungsfreigrenze liegen. Das wäre z.B. bei einem Lohn von 10€ brutto der Fall. Auch der Mindestlohn für un- und angelernte Bauarbeiter liegt bei etwa 10€. Bei einer durchschnittlichen tariflichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden in der Woche (167 Stunden im Monat) wären das 1.670€ brutto. Nach Abzug von Lohnsteuern und 21% Sozialversicherungsbeiträgen kämen bei Alleinstehenden etwa 1.050€ netto heraus. 1.670€ brutto liegen für 2002 etwas über 60% des durchschnittlichen Lohns von Lohnabhängigen in Höhe von 2.730€ brutto. Offiziell wird als Armutslohn ein Lohn in Höhe von 50% des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts betrachtet. Der Armutslohn hätte also im Jahr 2002 1.365€ brutto oder 890€ netto betragen. Ein solcher Lohn liegt unterhalb der Pfändungsfreigrenze. Die Vorstellung von ver.di über einen Mindestlohn liegt bei 1.500€brutto oder 962€ netto. Ein ausreichender Mindestlohn muss deutlich über dem offiziellen Armutslohn und deutlich über der Pfändungsfreigrenze liegen.

9) In einem Mindestlohn von 10€ wären keinerlei Lebenshaltungskosten für ein Kind enthalten, also den Ersatz der Arbeitskraft. Das wäre erst bei 12€ der Fall. Denn der Sozialhilfebedarf eines Kindes beläuft sich je nach Alter auf etwa 300-400€. Davon sind nur 154€ durch Kindergeld gedeckt. So betrachtet sind 10€ brutto sehr bescheiden.

10) Der Mindestlohn in Deutschland muss auf der Basis des Existenzminimums in Deutschland festgesetzt werden, nicht auf der Basis eines durchschnittlichen Existenzminimums in der EU. Das Existenzminimum ist in jedem Land verschieden. In Frankreich z.B. beträgt der Mindestlohn 1154€ mtl. brutto auf der Basis einer 35-Stundenwoche. Das sind 7,61€ brutto pro Stunde.

11) Gegenwärtig gelten für 2,8 Millionen Beschäftigte Tariflöhne unterhalb von 6€ die Stunde. Die Agenda2010 hält es für zumutbar, dass

Arbeitslose zu Löhnen von bis zu einem Drittel unterhalb der Tariflöhne arbeiten, also z.B. für 4€ die Stunde bis hin zu rd. 2€. Der niedrigste Tariflohn in Deutschland ist 2,74€. Aber auch Löhne oberhalb von 6€ die Stunde liegen noch unterhalb des Sozialhilfe-Existenzminimums. Tariflöhne verhindern nicht, dass Löhne unter dem Existenzminimum liegen. Sie sind keine ausreichende Grundlage, um dem Lohndumping entgegenzuwirken. Dazu kommt, dass viele Betriebe nicht mehr tarifgebunden sind, besonders in Ostdeutschland. Weil tariflich vereinbarte Löhne häufig unterhalb des Existenzminimums liegen, ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig, der zum Leben reicht.

12) Arbeitgeberpräsident Hundt, Kanzler Schröder und viele Gewerkschaftsführer führen gegen gesetzliche Mindestlöhne das demagogische Argument an, sie seien ein Verstoß gegen die Tarifautonomie. Wir sehen das anders: Wir verteidigen die Tarifautonomie z.B. gegen das Lohndumping der Hartz-Gesetze und gegen alle Vorstöße des Staates, tariflich vereinbarte Bedingungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wir verteidigen sie aber nicht gegen gesetzliche Regelungen, die uns vor Dumpinglöhnen schützen. Im Gegenteil kämpfen wir für solche Gesetze. Wenn Gewerkschaften sich gegen gesetzliche Mindestlöhne aussprechen, die oberhalb der Sozialhilfe liegen, fallen sie den unteren Schichten der Arbeiter und Angestellten sowie den Arbeitslosen in den Rücken, die sich gegen Lohndumping wehren.

13) Die Arbeitgeberverbände sind faktisch ebenfalls für eine Art Mindestlohn. Das Kapital will nämlich möglichst niedrige Löhne zahlen und durch Lohnzuschüsse aus Steuermitteln bis zu einem bestimmten „Mindestlohn“ aufgestockt bekommen („negative Einkommensteuer“). Das Kapital strebt massive Lohnsubventionen aus Lohn- und Mehrwertsteuern an. Das lehnen wir ab. Wir treten für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, nicht für „Kombi“löhne.

14) Einen gesetzlichen Mindestlohn zu fordern, bedeutet nicht, dessen Festlegung der Regierung oder dem Parlament zu überlassen. Regierung und Bundestag, die die Lohndumping-Agenda beschlossen haben, wollen sie natürlich nicht über einen existenzsichernden Mindest-

lohn wieder außer Kraft setzen. Der Gesetzgeber wird ohne massiven Druck von Beschäftigten und Arbeitslosen nicht bereit sein, einen ausreichenden Mindestlohn zu beschließen.

15) Der gesetzliche Mindestlohn muss lohnsteuerfrei sein. Seine Einführung würde außerdem die Einnahmen der Sozialversicherung erheblich erhöhen und damit der Krise der Sozialversicherung entgegenwirken.

16) Ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10€ fördert auch den Kampf für Arbeitszeitverkürzung. Denn je niedriger die Löhne sind, desto geringer ist das Interesse an Arbeitszeitverkürzung.

17) Die Forderung nach einem Mindestlohn von wenigstens 10€ muss wesentlicher Bestandteil des Kampfs gegen die Lohndumping-Agenda sein. Auf dieser Basis ist ein Bündnis zwischen beschäftigten und arbeitslosen Lohnabhängigen möglich.

Beschluss des Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne Frankfurt, den 01.09.2004

Anmerkungen:

- Im Jahr 2002 gab es rd. 41 Millionen LohnarbeiterInnen, von denen etwa 14 Millionen Menschen, d. h. über ein Drittel,

innerhalb dieses Jahres zeitweise oder dauernd arbeitslos waren. (Klartext, Sind Arbeitslose faul, Frankfurt 2004, 8-9; Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2003/2004, Stuttgart 2004, 534) Innerhalb eines Jahres beenden etwa sieben Millionen Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit und etwa genauso viele werden arbeitslos. Zwei der Drittel der Arbeitslosen sind ArbeiterInnen; rd. 3/4 der beschäftigten ArbeiterInnen hatte 2001 ein Nettoerwerbseinkommen unter 1.534 Euro monatlich, 43% sogar unter 1.125 Euro; Rd. 60% aller Angestellten hatten ein Nettoerwerbseinkommen unter 1.534 Euro, rd. ein Drittel unter 1.125 Euro. (Statistisches Taschenbuch 2003, Tabelle 5.13)

- Durchschnittlich betrug das Arbeitslosengeld in Deutschland 732 € (2001), die Arbeitslosenhilfe 522 Euro. (Arbeitsmarkt 2002, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 2003, 84)
- Der durchschnittliche Sozialhilfebedarf eines Alleinstehenden beläuft sich 2002 auf etwa 640 €, der eines Ehepaars mit zwei Kindern auf 1.600 € (Stand Ende 2002; Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe, Juli 2003, 28)

## VI Keine Besteuerung des Existenzminimums!

Einkommen eines Erwerbstätigen bis 11.604 Euro (d.h. 967 Euro mtl.) bleiben 2024 steuerfrei, „weil es das Existenzminimum einer erwachsenen Person sichert.“ (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/tipps-fuer-verbraucher/steuerliche-entlastungen-2251158>) Davon kann keine Rede sein.

967 Euro mtl. entsprechen dem Bürgergeld eines Alleinstehenden in Höhe von 563 Euro Regelsatz plus 404 Euro Warmmiete (298 Nettomiete und 106 Euro Heizung).

Wir gehen daon aus, dass Erwerbstätige auf Grund ihres höheren Einkommens höhere Mieten zahlen.

Abgesehen davon wird unterstellt, dass das Existenzminimum eines Erwerbstätigen genauso hoch wie das eines Erwerbslosen. Erwerbstätigen wird kein Mehrbedarf gegenüber Erwerbslosen zugestanden, wie es in der Sozialhilfe bis Mitte der 1990 der Fall war. Der Mehrbedarf wurde 1996 gestrichen und in einen Freibetrag vom Einkommen verwandelt, so dass er auf der Bedarfsseite nicht mehr vorkam. 2024 war der Freibetrag eines Erwerbstätigen ab einem Einkommen von 1.200 Euro netto 348 Euro. Gehen wir hilfsweise davon aus, dass der Höchstbetrag des Mehrbedarfs für Erwerbstätige wie früher in der Sozialhilfe 50 % des Regelsatz beträgt, würden 281 Euro als Mehrbedarf gelten.

Der real anfallende Mehrbedarf von Erwerbstätigen wird also besteuert. Klartext e.V. hat zuletzt 15.000 Euro Grundfreibetrag verlangt. Heute müsste der Grundfreibetrag mindestens 16.000 Euro betragen (563 Euro Regelsatz plus 500 Euro Warmmiete plus 280 Euro Mehrbedarf = 16.116 Euro). Die Differenz zwischen 11.604 und 16.116 Euro ergibt sich in erster Linie daraus, dass die Bundesregierung Erwerbstätigen einen Mehrbedarf gegenüber Erwerbslosen abspricht. Ferner daraus, dass die Warmmiete ohne jede Untersuchung des realen Bedarfs von Vollzeitwerbstätigen zu niedrig angesetzt wird ebenso wie der Regelsatz (vgl. IVb)

Klartext hat auf DGB und Linkspartei einen erheblichen Druck ausgeübt, einen höheren steuerlichen Grundfreibetrag zu fordern und Erfolge dabei erzielt. Bis heute jedoch gehen die Bundestagsparteien davon aus, dass der arbeitsbedingte Mehrbedarf von Erwerbstätigen nicht zum Existenzminimum zählt und besteuert werden muss.



# Organisierter Diebstahl

Seit Jahrzehnten verlangt der Staat Steuern auch noch von Arbeitseinkommen, die unter dem Existenzminimum liegen. Existenzminimum wird gleichgesetzt mit Sozialhilfebedarf\*. Zur Zeit sind 468 DM im Monat steuerfrei oder 5 616 DM jährlich (Grundfreibetrag). Der Regelsatz der Sozialhilfe beträgt heute aber schon rd. 520 DM.

Das Existenzminimum zu besteuern, ist nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verfassungswidrig\*\*. Monatlich werden Arbeitnehmern dadurch 100 - 200 DM zusätzlich aus der Tasche gezogen. Jahr für Jahr 30 bis 50 Milliarden DM. Das Bundesverfassungsgericht hat 1992 die Bundesregierung aufgefordert, ab 1.1.1996 mit diesem Rechtsbruch aufzuhören.

**Wir fordern als steuerfreies Existenzminimum:**

## **Nicht 12.000 DM, sondern 18.000 DM jährlich!**

Bundesregierung und Bundestag setzten für 1996 einen Betrag von 12.000 DM jährlich (1 000 DM mtl.) fest. Je niedriger, desto mehr Steuern, desto besser, sagten sie sich.

Mit 1.000 DM hat aber jeder Erwerbstätige Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe. Der Regelsatz beträgt 520.- DM. Die einmaligen Beihilfen sind zwischen 78.- DM (15% vom Regelsatz) und 130.- DM (25%), der Mehrbedarf/Freibetrag für Erwerbstätige macht 260 DM aus (50% vom Regelsatz). Bleiben für Miete und Heizung noch 90 bis 140.- DM übrig.

Das Existenzminimum soll also weiterhin verfassungswidrig besteuert werden. Wie kommt Waigel auf 12.000 DM?

1) Die Bundesregierung bestreitet, daß Erwerbstätige einen Mehrbedarf haben. Als ob sie arbeitslos wären. Jedes Sozialamt aber berücksichtigt einen Mehrbedarf für Erwerbstätige (in Form eines V Freibetrags). Das Bundesverfassungsgericht hat den Mehrbedarf für Erwerbstätige eindeutig zum Sozialhilfebedarf gerechnet \*\*\*

2) Die Bundesregierung geht von einer durchschnittlichen Kaltmiete von 324 DM aus. Allerdings ohne die Adressen anzugeben, wo diese Wohnungen sind. 1992 ging dieselbe Bundesregierung bei ihren Berechnungen noch von 420 DM aus. Es wird eben alles immer billiger. Auch die Heizkosten haben sich wunderbarerweise seit 1992 von 105 DM monatlich auf 57 DM verringert.

Rechnet man auch die anderen Tricks heraus, müßte der Grundfreibetrag 6.000 DM höher sein, also 18 000 DM.

(Wollen Sie eine genaue Berechnung? Dann schicken Sie uns einen frankierten Rückumschlag. Wir senden sie zu).

6.000 DM mehr, mit einem Steuersatz von 19% besteuert, macht 1 200 DM jährlich oder 100 DM monatlich aus. Wenn 18.000 DM statt 12.000 DM steuerfrei wären, würde jeder Arbeitnehmer 100 DM mehr im Monat bekommen. Alle Steuerfreibeträge zusammengenommen wäre dann ein Bruttoeinkommen von 2.000 DM (1.600 DM netto) steuerfrei.

Wir sollen verfassungswidrige Steuern zahlen, damit die Kapitalsteuer auf Gewinne und Vermögen noch weiter sinken. Sie sind schon von 1980 22,1% auf 1995 13% gesunken (metall 1/96, S.8). Jetzt sollen wir auch noch die Abschaffung der Gewerbesteuer in Höhe von über 40 Mrd. DM damit finanzieren.

**Protestieren Sie bei den Bundestagsparteien. Steilen Sie Ihre Abgeordneten zur Rede. Überlegen Sie sich, ob Sie gegen den nächsten Steuerbescheid Widerspruch einlegen und gegen die 12.000 DM Grundfreibetrag klagen.**

**Wir wollen nicht die Profite der Reichen mit überhöhten Steuern subventionieren!**

# Steuern senken für Millionen – statt für Millionäre!

Die Bundesregierung beteuert: Mehr als 12.000 DM Grundfreibetrag sind "nicht finanzierbar". Das kann doch nicht wahr sein: Steuersenkungen für Millionäre sind immer finanzierbar und eine vollständige Befreiung des Existenzminimums von der Steuerpflicht nicht?

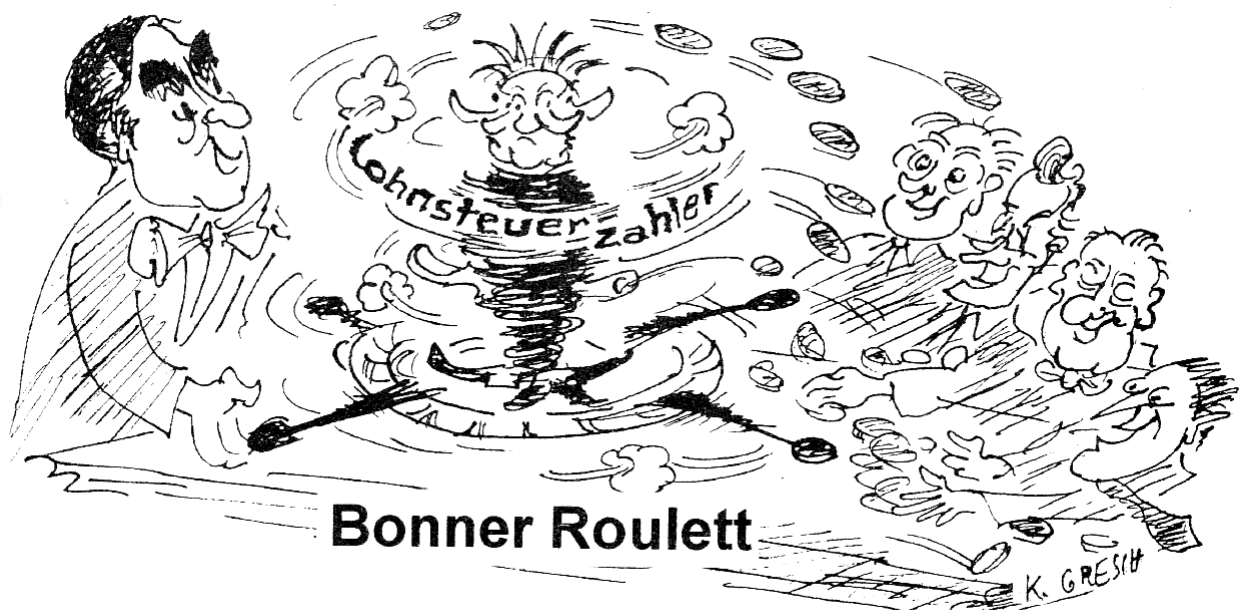
Wir fordern:

## Rücknahme aller Steuersenkungen für Kapitaleinkünfte - dafür 100 DM im Monat mehr für uns!

Wenn der Anteil von Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und veranlagter Einkommenssteuer 1996 dem Anteil entsprechen würde, den sie 1980 am gesamten Steueraufkommen hatten, würden rd. 100 Mrd. DM jährlich mehr in die Kassen fließen.

### Ein Wort noch zur "Solidaritäts"steuer:

Die können wir uns ebenfalls sparen. Man braucht nur die Altschulden der DDR ersatzlos zu streichen, die die Großbanken billig aufgekauft haben, um sie von uns samt Zinsen zurückzuverlangen. Solidaritätssteuer für Banken? Nein!



\*Der Sozialhilfebedarf setzt sich zusammen aus Regelsatz plus Mehrbedarf/Freibetrag für Erwerbstätige plus Einmalige Beihilfen (Kleidung und Hausrat) plus durchschnittliche Kosten der Unterkunft

\*\*Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25.9.1892 (Nachrichtendienst des Deutschen Vereins -NDV 12/1992

\*\*\* ebenda . S 414

# Der Staat besteuert das Existenzminimum!

Wir sind mit den Ergebnissen der Steuerreform nicht einverstanden. Denn nach wie vor wird das Existenzminimum besteuert. Das macht die gigantischen Steuersenkungen für die Konzerne und die Reichen möglich.

**Ab einem Lohn von 639 € mtl. bzw. 7.664 € jährlich müssen Sie Lohnsteuer zahlen.<sup>1</sup>**

Wussten Sie, dass

\* bis zu einem Lohn von 940 Euro nicht gepfändet werden darf?

Der Staat "pfändet" trotzdem in Form von Steuern.

\* bis zu einem Lohn von 1.100 Euro brutto im Schnitt noch Anspruch auf Alg II besteht? <sup>2</sup> Der Staat verlangt trotzdem Steuern.

\* bis zu einem Lohn von 840 Euro kein Unterhalt für Kinder gezahlt werden muss? Der Staat jedoch verlangt "Unterhalt" in Form von Steuern.

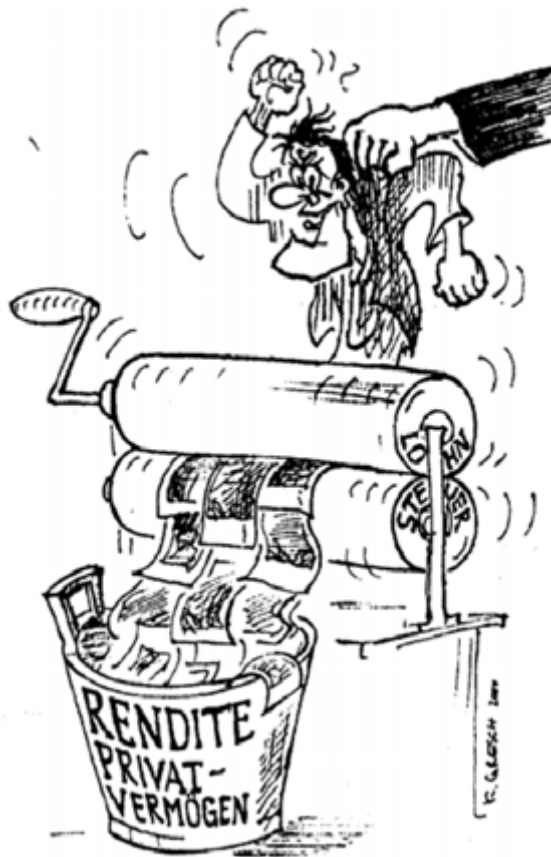
## Keine Besteuerung des Existenzminimums!

1 Werbungskostenpauschale und Vorsorgepauschale rechnen wir nicht ein, da sie in den Selbstbehalten für Pfändungen und Unterhalt und bei der Berechnung des Alg II-Bedarfs ebenfalls nicht berücksichtigt werden.

2 DGB, Arbeitslosengeld II, Oktober 2004, Tabelle Seite 28; Jemand, der einen Alg II-Bedarf über 610 Euro hat und 1.100 Euro brutto (ca. 840 Euro netto) verdient, hätte noch Anspruch auf Alg II. Laut Bundesverfassungsgericht ist es verfassungswidrig, den durchschnittlichen Sozialhilfebedarf (Alg II-Bedarf) von Erwerbstätigen zu besteuern.

Das steuerliche Existenzminimum müsste bei mindestens 940 Euro mtl. oder 11.280 Euro jährlich liegen. Da aber schon ab 639 Euro besteuert wird, zahlen Sie jeden Monat rd. 60 Euro Lohnsteuern zu viel.

So finanziert die Bundesregierung die Senkung des  
\* Steuersatzes für Banken und Konzerne von 45% auf 25% (bald 19%)  
\* und des Spitzensteuersatzes für Reiche von 53% auf 42%.



Da die Absahner in Ruhe kassieren wollen, haben sie Interesse daran, dass Stimmung gegen Arbeitslose und Ausländer gemacht wird.

**Wir fordern:**

**11.280 € Grundfreibetrag jährlich!**

Kein Haushalt, der Alg II-Ansprüche hat, soll Lohnsteuern zahlen!

April 2005



Ab 5,42 Euro brutto/Std. verlangt der Staat Lohnsteuer

# Deutschland: Hochsteuerland für Armutslöhner!

**KLARTEXT ZU STEUEROASEN**

Alle reden von Steuerskandalen, von Steueroasen, in die Uli Hoeneß, Gunter Sachs und andere Millionäre Gelder verschoben haben. Wir reden von Frank Müller.

Frank ist Lagerfacharbeiter. Als Leiharbeiter in der Automobilindustrie bekommt er 10 Euro/Std. (bei 38,5 Std./Woche 1.670 € im Monat). 10 Euro sind ein Armutslohn.

An diesem Armutslohn bedient sich das Finanzamt monatlich mit 142,00 € ([www.lohnsteuertabelle-online.de/lohnsteuertabelle-2013.pdf](http://www.lohnsteuertabelle-online.de/lohnsteuertabelle-2013.pdf)).

Ab 906 Euro oder 5,42 Euro/Std. werden Frank von jedem zusätzlich verdienten Euro mindestens 14 % Lohnsteuer abgezogen, dieser Abzug steigt ab 1.122 Euro aufgrund der extremen Steuerprogression auf 24 % und mehr.

Er kann mit 906 € brutto (718 € netto) Hartz IV beanspruchen. Das Finanzamt schlägt trotzdem zu. Die Pfändungsfreigrenze liegt bei 1.030 Euro. Das Finanzamt „pfändet“ trotzdem.

Wenn Frank mehr als 500 Euro Warmmiete zahlt, kann er sogar mit seinen 1.670 Euro brutto (1.182 Euro netto) noch Hartz IV beantragen. Trotzdem wird Lohnsteuer fällig.

Warum eigentlich wird nicht hier von einem Skandal gesprochen?

### 10 Euro brutto, lohnsteuerfrei!

10 Euro brutto sind ein bescheidenes Existenzminimum für einen alleinstehenden Vollzeitbeschäftigten. So hoch muss ein gesetzlicher Mindestlohn mindestens sein. In Frankreich liegt der gesetzliche Mindestlohn bei 9,43 Euro, lohnsteuerfrei. Mit den 8,50 Euro, die DGB-Führung und SPD fordern, liegt man schon bei einer Warmmiete von 380 Euro unter dem jetzigen Hartz IV-Niveau. Was soll das?

### Null-Prozent Lohnsteuern über Steueroasen? Für Frank unmöglich.

Frank kann nicht wie Unternehmer in eine Null-Prozent-Steueroase abwandern. Sein Lohn ist kein Gewinn, den er verschieben kann. Er ist keine „Ich AG“, kein Unternehmen. Er bekommt die Lohnsteuer nicht; sie wird direkt abgezogen. Wo soll Frank das Geld hernehmen für Gebühren, Anwalts-



kanzleien und Ausgaben, die einem Briefkasten in einer Steueroase den Anschein geschäftlicher Aktivitäten verleihen? Andernfalls würde dieser als „rechtswidrige Zwischengesellschaft“ eingestuft. Frank würde dennoch in Deutschland versteuert. Legale „Steuroptimierung“ in Richtung Null-Prozent mit Hilfe von „Steueroasen“ ist nur was für Banken und Konzerne und für vermögende Privatleute aller Sorten.

### Nach Lohnsteuer vom Bruttolohn, auch noch Mehrwertsteuer vom Nettolohn?

#### Weg mit der Doppelbesteuerung!

Wenn Frank mit seinem versteuerten Lohn Brot, Milch, Fleisch, Obst, Elektrogeräte, Möbel, Kleidung usw. kauft, fällt Mehrwertsteuer an. Er wird doppelt besteuert. Bei Kaffee, Strom, Benzin, Tabak, Alkohol usw. kommt noch eine Extrasteuer hinzu. Die indirekten Steuern dürften Frank weitere 100 Euro Steuern kosten. Zusammen mit den 142 Euro Lohnsteuer gehen rund 15 Prozent seines Bruttolohns für Steuern drauf.

Die Mehrwert- oder Umsatzsteuer ist von 4 % (1951) auf 10 % (1968) und zuletzt auf 19 % (seit 2007) erhöht worden. Sie ist mit 195 Mrd. Euro bzw. einem Drittel des Steueraufkommens die wichtigste Steuer geworden. Verbrauchssteuern treffen vor allem die Lohnabhängigen. Je geringer das Einkommen, desto höher die Belastung.

Wir fordern:

### Abschaffung der Mehrwertsteuer und aller indirekten Steuern!



Wo sie Recht hat, hat sie Recht!

### Deutsche Banken betrachten Steuern als Enteignung

Der Bundesverband Deutscher Banken hält es für „nichts anderes als eine ... Enteignung ..., wenn der Fiskus den Bürgern ihr Geld wegnimmt“ (*Wirtschaft, Materialien für den Unterricht*, 1.6, 41). Banken und die von ihnen betreuten Millionäre streben nach Freiheit von Steuern, wie schon Adel und Klerus vor der Französischen Revolution.

EU-Ratspräsident van Rompuy bezifferte die Steuerausfälle der EU durch „Steuervermeidung und Steuerflucht“ auf 1.000 Milliarden jährlich (*Handelsblatt* 12.04.2013). Bei einer Verteilung gemäß der Wirtschaftskraft würden auf Deutschland 21 % oder 210 Mrd. Euro jährlich entfallen, ein Drittel des jetzigen Steueraufkommens.

Nach der Weltwirtschaftskrise 1975 umgaben sich alle Industrieländer verstärkt mit Steueroasen, um die Profitraten des Kapitals aufzupäppeln. Das war und ist auch in EU-Staaten legal („Selbstgebohrte Schlupflöcher“, *SZ* 11.04.2013).

### Steuer“optimierung“ staatlich gefördert

Mit massiven Gewinnsteuersenkungen verwandelt sich auch Deutschland nach und nach in eine Steueroase. 1989 betrug der Einkommensteuersatz der Kapitalgesellschaften (Körperschaftsteuer) noch 56 %,

**Steueroasen stehen im Zentrum, nicht am Rand der kapitalistischen Weltwirtschaft!** (*Nicholas Shaxson, Schatzinseln, Zürich 2011, 18*). Die größten Banken und Konzerne Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der USA usw. sind die Nutznießer ihrer 60 Steueroasen. Die Hälfte der Bankvermögen und ein bedeutender Teil des Welthandels und der weltweiten Investitionen fließen legal durch deren Nullprozent-Filter. Die bedeutendsten Steueroasen sind die City of London (mit Außenposten auf 20 Inseln) sowie die USA mit Delaware und anderen Bundesstaaten (*Shaxson 2011, 34*). In beiden ist die Deutsche Bank stark vertreten. Steueroasen sind die zweite Heimat der Banken. Hier können sie mit Schattenbanken und winzigem Eigenkapital riesige Finanzräder drehen. Die u.a. daraus entspringenden Verluste werden mit zig-Milliarden an Steuergeld aufgefangen. Die Wut darüber ist groß, der Vertrauensverlust für das Kapital ebenso. Jetzt geben die G8-Staaten vor, handeln zu wollen, aber nur, weil sich das Dunkel über den Steueroasen dank Geheimnisverrat lüftet. Manche fordern sogar:

### Steueroasen trockenlegen!

Schön und gut, aber wie lassen sich Großbritannien und die USA trockenlegen?

seit 2008 nur noch 15 % (knapp über den Steueroasen Zypern und Irland). 1989 machte die Körperschaftsteuer 6,4 % des Steueraufkommens aus, 2012 waren es nur noch 2,8 %. Legaler Steuerausfall rund 25 Mrd. Euro jährlich.

1989 betrug der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer 56 %, heute nur noch 42 % bzw. 45 % (Reichensteuer). Das ergibt weitere Milliarden legaler Steuerausfälle.

Unternehmen zahlen auch keine Mehrwertsteuer. Sie wälzen sie auf die Verbraucher ab. Wir fordern u.a.

### Senkung des Körperschaftsteuersatzes zurücknehmen!

### Spitzensteuersatz der Einkommensteuer kräftig anheben!

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Klartext.e.V.
- Labournet Germany
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)



www.mindestlohn-10-euro.de

# Das Existenzminimum von Erwerbstätigen darf nicht besteuert werden!

## Den Grundfreibetrag der Einkommensteuer drastisch erhöhen!

Seit es den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro/Std. gibt, verdient Lisa Müller 1.420 Euro brutto im Monat (bei einer 38,5-Stundenwoche).

Dieser Betrag soll das offizielle Mindesteinkommen von Vollzeitbeschäftigten sein. Trotzdem wird er besteuert.

Nur 1.026,97 Euro brutto sind bei Lisa von Steuern freigestellt, nicht 1.420 Euro:

706,00 Euro	als steuerfreies Existenzminimum
+ 83,33 Euro	als Werbungskostenpauschbetrag
+ 79,66 Euro	als 60 %ige steuerfreie Vorsorgepauschale für 132,77 Euro Rentenversicherungs-Beitrag
+ 157,98 Euro	volle Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung
<hr/>	
<u>1.026,97 Euro</u>	

Ab 1.026,97 Euro, also einem Bruttolohn von 6,15 Euro/Std., fängt die Bundesregierung an, Lisas Mindestlohn zu besteuern. Bei ihr kassiert das Finanzamt jeden Monat 75 Euro, im Jahr 900 Euro.

### Absurd: wegen Lohnsteuerzahlung hat Lisa M. Anspruch auf Hartz IV

Lisa Müller lebt in Berlin. Sie zahlt für ihre Zweizimmerwohnung 390 Euro warm (offiziell sind in Berlin bis zu 423 Euro warm angemessen) und hat somit einen Anspruch auf 41 Euro Hartz IV. Lisa zahlt auf ihren Mindestlohn 75 Euro Lohnsteuer. Wäre dieser Mindestlohn steuerfrei, hätte sie einen Nettolohn von 1.123 Euro und wäre damit nicht Hartz-IV-bedürftig.

Bedarf (Hartz IV)	Einkommen
399 Euro Regelsatz	1.048 Euro Nettolohn
+ 390 Euro Warmmiete	-300 Euro <b>Freibetrag f. Erwerbstätige</b> (ab Bruttoeinkommen von 1.200 Euro, s. § 11b SGB II)
<b>789 Euro</b>	<b>748 Euro</b>
minus	<b>= 41 Euro Hartz IV</b>

### Seit Jahrzehnten besteuert die Bundesregierung das Existenzminimum!

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 25.09.1992 festgestellt, dass der Sozialhilfebedarf (heute Hartz-IV-Bedarf) nicht besteuert werden darf (<http://lexetius.com/1992,419#58>). Dieser beträgt 2015 laut Bundesregierung 706 Euro. Er soll sich zusammensetzen aus jämmerlichen 399 Euro als Hartz-IV-Regelsatz eines Alleinstehenden, nur 249 Euro Kaltmiete\*) und nur 58 Euro Heizkosten, also nur 307 Euro Warmmiete.

Wo aber bleibt der Mehrbedarf von Erwerbstätigen, den das BVerfG mit seinem Urteil als Teil des steuerfreien Existenzminimums eines Erwerbstätigen ebenfalls vorgeschrieben hat? Mit diesem Mehrbedarf sollten zusätzliche Kosten von Erwerbstätigen für Ernährung, Mahlzeiten außer Haus, Körperpflege, Kleidung, Kontaktpflege und Bedürfnisse des täglichen Lebens abgegolten werden. Dieser Mehrbedarf wurde 1996 aus dem notwendigen Bedarf eines Erwerbstätigen entfernt.

\*) Seit 1996 gilt eine Einzimmerwohnung mit 30 qm Wohnfläche im Steuerrecht als Existenzminimum. In Sozialhilfe/Hartz IV dagegen gelten 45-50 qm als angemessene Wohnungsgröße eines Alleinstehenden, also eine Zweizimmerwohnung.

Die Quadratmetermiete von 8,30 Euro für diese 30-qm-Wohnung entnimmt die Bundesregierung der Wohngeldstatistik. Anspruch auf Wohngeld haben aber überwiegend Rentnerinnen. Unserer Meinung nach dürfte die durchschnittliche Warmmiete eines solchen Vollzeitbeschäftigten über 400 Euro liegen. Entsprechend muss der Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöht werden.

Statt die Warmmiete, die steuerfrei bleiben muss, aus der Wohngeldstatistik zu errechnen, müsste man diesen Wert durch eine repräsentative Erhebung der Mietkosten von Alleinstehenden bestimmen, die bei gesetzlichem Mindestlohn in Vollzeit arbeiten.

## Die Trickereien von CDU und SPD

Das BVerfG hat in seinem Urteil alle steuerlichen Grundfreibeträge von 1978 bis 1992 für verfassungswidrig erklärt. Der Grundfreibetrag hätte 1992 zwischen 12.000 und 14.000 DM betragen müssen, tatsächlich aber betrug er 5.616 DM. Ob CDU, SPD oder FDP: alle Bundesregierungen besteuerten den Sozialhilfebedarf. Sie besteuerten die Ausgaben für Warmmiete, den „existenzsichernden Aufwand“ des Mehrbedarfs für Erwerbstätige und sogar den damaligen Regelsatz. Bis 1996 musste das wegen Verfassungswidrigkeit korrigiert werden. Ab 1996 wurde der Grundfreibetrag auf 12.095 DM verdoppelt. Aber er hätte noch höher sein müssen, wenn die CDU mit Zustimmung der SPD nicht getrickst hätte.

Der **Mehrbedarf für Erwerbstätige** wurde in der Sozialhilfe von der Bedarfsseite auf die Einkommensseite verschoben (siehe Kasten auf S. 1 unten: „Freibetrag“). Da der Freibetrag die gleiche Höhe wie der Mehrbedarf hatte, änderte sich für Sozialhilfeempfänger nichts, wohl aber negativ für Steuerzahler. Anfangs, am 27. Mai 1993, kritisierte dies Joachim Poß, der damalige finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion noch in der Plenardebatte: „Die Behandlung des Mehrbedarfs von Erwerbstätigen als Zuschlag oder als Freibetrag vermag doch an der objektiven Höhe des Existenzminimums nichts zu ändern“.

**Trotzdem wird der Mehrbedarf/Freibetrag seit 1996 besteuert. Seit fast vierzig Jahren behandeln alle Bundesregierungen Erwerbstätige steuerlich so, als wären sie erwerbslos.**

Wir fordern:

- **Schluss mit der Besteuerung des Existenzminimums von Erwerbstätigen!**
- **Steuerfreiheit für jeden gesetzlichen Mindestlohn!**

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Klartext e.V.
- LabourNet Germany

- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)
- Tacheles e.V.



## Steuerfreiheit des Mindestlohns!

In der alten Sozialhilfe betrug der Mehrbedarf bei Vollzeitbeschäftigten die Hälfte des Regelsatzes. Das wären heute 200 Euro monatlich. In Hartz IV beträgt der Freibetrag bei Vollzeitbeschäftigten mit einem Einkommen über 1.200 Euro brutto pauschal 300 Euro mtl. bzw. 3.600 Euro jährlich. Den Mehrbedarf/Freibetrag zu besteuern bringt jährlich Milliarden über Milliarden an Steuermehreinnahmen. Daraus erklärt sich die Hartnäckigkeit, mit der alle Regierungen die Besteuerung des Existenzminimums verteidigen.

**Der Mehrbedarf/Freibetrag für Erwerbstätige muss steuerfrei gestellt werden! Dies ist als Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer umzusetzen. Dieser beträgt zur Zeit nur 8.472 Euro jährlich (nur 706 Euro mtl.).**

Die Kampagne für mindestens „500 Euro Eckregelsatz / 10 Euro Mindestlohn steuerfrei“ hat im November 2014 alle Bundestagsabgeordneten angeschrieben und gefragt, ob der gesetzliche Mindestlohn nicht steuerfrei gestellt werden müsste. Alle, die antworteten, lehnten dies ab und erklärten, dass das Existenzminimum eines Erwerbstätigen für 2014 auf 8.354 € jährlich bzw. 696 € mtl. festgelegt sei, der Mindestlohn also doppelt so hoch sei wie das Existenzminimum. Alle vier Fraktionen traten folglich dafür ein, bei Erwerbstätigen weiterhin den Mehrbedarf für Erwerbstätigkeit zu besteuern.

März 2015

Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!

V.i.S.d.P.: Edgar Schu • Postfach 3434 • 37024 Göttingen • edgar.schu@die-soziale-bewegung.de • Tel. 0551 20 190 386  
Kostenlose Bestellung: Rainer Roth • Berger Str. 195 • 60385 Frankfurt • info@klartext-info.de

www.mindestlohn-10-euro.de





www.mindestlohn-10-euro.de

# Staatlicher Taschen- diebstahl? - Nein Danke!!



## Hartz-IV-Anspruch wegen Lohnsteuerzahlung? Das ist absurd!

Lisa Müller, alleinstehend, keine Kinder, bekommt einen Lohn von 8,50 Euro, der dem ab 1.1.2015 geltenden gesetzlichen Mindestlohn entspricht. Sie hat eine 38,5-Stundenwoche und bekommt monatlich 1.419 Euro brutto und 1.048 Euro netto. Lisa wohnt in Frankfurt und zahlt für ihre Zwei-Zimmer-Wohnung 390 Euro warm.

Irgend jemand macht sie darauf aufmerksam, dass sie Hartz IV beantragen könne. Sie kann es kaum glauben und lässt es ausrechnen. 391 Euro beträgt ihr Regelsatz. Die Warmmiete ist in Frankfurt angemessen. Sie hat also einen Gesamtbedarf von 781 Euro. Ihr anrechenbares Einkommen beträgt aber nicht 1.048 Euro, sondern nur 748 Euro, weil sie über 1.200 Euro brutto verdient und deswegen einen Freibetrag für Erwerbstätigkeit von 300 Euro hat. Lisa hat einen Anspruch auf 33 Euro Hartz IV.

Sie reibt sich die Augen. Das Finanzamt zieht ihr 76 Euro Lohnsteuer ab und sie kann vom JobCenter **deshalb** 33 Euro Hartz IV bekommen? Sie wird zur Hartz-IV-Empfängerin, weil sie Steuer auf ihren Mindestlohn zahlen muss! Absurd!

## Steuer auf den gesetzlichen Mindestlohn? Absurd!

Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro soll das Existenzminimum von Lohnabhängigen darstellen, heißt es. Warum bedient sich der Staat eigentlich selbst noch am Existenzminimum mit 76 Euro monatlich? Das Finanzamt zieht Lisa Müller pro Jahr nahezu ein volles Nettomonatseinkommen aus der Tasche. Die Lohnsteuer setzt schon bei 945 Euro ein, d.h. bei einem Bruttolohn von 5,66 Euro die Stunde! Der Staat bereichert sich also selbst an einem Lohnniveau, das weit unter Lisas Hartz-IV-Niveau liegt.

## Besteuerung des Mindestlohns, damit Gewinnsteuern gesenkt werden können? Absurd!

Lisa Müller zahlt auf den Verdienst oberhalb des steuerfreien Betrags von 945 Euro bis zu ihrem Bruttolohn von 1.419 Euro Steuern in Höhe von 16 %. Der Körperschaftsteuersatz von Aktiengesellschaften wie der Deutschen Bank auf ihre Gewinne oberhalb ihrer steuerfreien Beträge beträgt 15 % statt 53 % im Jahr 1998. Lisas Steuersatz ist höher als der der Deutschen Bank. Sie finanziert mit der Besteuerung ihres Lohns die Steuersenkungen für große Konzerne.

Wir treten für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto ein. Der gesetzliche Mindestlohn muss deutlich über dem Hartz-IV-Niveau liegen. Das jetzige Hartz-IV-Niveau bedeutet Mangelernährung und gesellschaftliche Isolation. Wir fordern deshalb, dass der Alg-III-Regelsatz für Alleinstehende von derzeit 391 auf mindestens 500 Euro erhöht wird. Derzeit würde ein Mindestlohn von zehn Euro mit 141 Euro Lohnsteuer monatlich belegt. Mit zehn Euro brutto (lohnsteuerfrei und damit auch kirchensteuerfrei) käme man netto auf rund 1.329 Euro. Das entspricht einem heutigen besteuerten Bruttolohn von etwa 11,60 Euro.



SCHWARZ-ROT ... VON ALLEM DAS BESTE

### Steuerprogression abmildern!

„Wer mehr verdient, muss auch einen größeren Teil seines Einkommens als Steuer abgeben. Er ist 'leistungsfähiger'“, so das Bundesfinanzministerium. Lisa gilt als „leistungsfähig“.

Bei Lohnabhängigen mit Einkommen unterhalb des Niveaus des gesetzlichen Mindestlohns steigen die Steuersätze rasant an. Vom Eingangssteuersatz von 14 % auf den ersten Euro oberhalb von 8.354 Euro brutto jährlich explodieren sie auf 24 % ab dem ersten Euro über 13.470 Euro brutto jährlich. Dieser Betrag entspricht einem Bruttostundenlohn von 6,72 Euro die Stunde.

Der DGB-Bundesvorstand beschwert sich zu Recht darüber. Er verlangt, dass dieser Steuersatz von 24 % erst ab 14.500 Euro brutto jährlich bzw. 7,23 Euro pro Stunde anfallen soll.

## Kein gesetzlicher Mindestlohn darf besteuert werden!

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Klartext e.V.
- LabourNet Germany
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)
- Tacheles e.V.

September 2014

### Steuerfreiheit des Mindestlohns!

Wie kann man - wie der DGB-Bundesvorstand - nur so bescheiden sein und auch noch Löhne unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns besteuern wollen? Armutslöhne, die noch unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen, dürfen ebenso wenig mit Steuer belegt werden wie der gesetzliche Mindestlohn selbst. Der Mindestlohn soll den Mindestunterhalt eines Lohnabhängigen sichern. Er stellt von daher das Existenzminimum dar, das der Staat anerkennt.

Die Besteuerung und damit auch die Steuerprogression sollte folglich erst oberhalb dieses Mindestunterhalts ansetzen.

### Wie hoch müsste der steuerliche Freibetrag bei 8,50 Euro Mindestlohn sein?

Der Jahreslohn von Lisa Müller beträgt 17.028 Euro brutto (12 x 1.419 Euro). Ihr Rentenversicherungsbeitrag ist zur Zeit nur zu 56 % steuerfrei, ihr Krankenversicherungsbeitrag zu 96 %, die Pflegeversicherung zu 100 %. Wenn wir diese steuerfreien Beträge von ihrem Jahreslohn abziehen, kommen wir auf einen Betrag von 14.570 Euro, der steuerfrei gestellt werden müsste. Zur Zeit sind es aber nur 8.354 Euro Grundfreibetrag plus 1.000 Euro Werbungskostenpauschale plus 36 Euro Sonderausgabenpauschale, also 9.390 Euro.

Über 5.000 Euro von Lisas Jahreslohn werden besteuert, die steuerfrei sein müssten. **Es sind viele Milliarden, die den Lohnabhängigen mit der Besteuerung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro aus der Tasche gezogen werden!**



www.mindestlohn-10-euro.de

## Quellen

Rainer Roth, Edgar Schu, Tobias Weißert (Autoren)  
Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne  
(Hrg.):

### **Besteuerung des Existenzminimums?**

#### **Nein – Danke!**

1. Auflage, September 2015, Kt., 85 Seiten

[https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/  
Existenzminimum\\_bestuern-NEIN\\_danke\\_a5.pdf](https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/Existenzminimum_bestuern-NEIN_danke_a5.pdf)

Seit Jahren fordern das „Rhein-Main- Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne“ und die „Kampagne für 10 Euro Mindestlohn (lohnsteuerfrei) und 500 Euro Eckregelsatz“ den gesetzlichen Mindestlohn von der Lohnsteuer zu befreien.

Eine gute Sache kann sich durchsetzen, wenn sie wahr ist. Wir legen Ihnen deswegen diese Broschüre vor, damit Sie sich selbst ein klares Bild machen können. Zu Beginn der Broschüre legen wir in einem einführenden Artikel unsere Position dar. Dann folgt eine wissenschaftliche Expertise, die Prof. Rainer Roth für den Parteivorstand der Partei „Die Linke“ in Niedersachsen zu der Angelegenheit geschrieben hat. Danach dokumentieren und kommentieren wir unseren Briefwechsel

mit den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen der Bundestagsparteien.



# Aktien

## - wichtiger als Brot ?

Dr. Reinhard B., Bankmanager, monatliches Nettoeinkommen 125.000 DM, kauft 50 Aktien zu einem Kurswert von 20.204 DM und zahlt 0% Mehrwertsteuer

Frau Gerda M., Rentnerin, monatliches Nettoeinkommen 1.000 DM, kauft einen Laib Brot für 3,90 DM und zahlt darauf 7% Mehrwertsteuer. Auf Konsumgüter zahlt sie 16% Mehrwertsteuer.

Beim Kauf notwendiger Güter für den täglichen Bedarf von Menschen kassiert der Staat Mehrwertsteuer, beim Kauf von Wertpapieren für den täglichen Bedarf von Kapital verzichtet der Staat auf Mehrwertsteuer.



Das große Fressen - steuerfrei

### Milliardensubventionen - für Aktienkäufer und Banken

**1997** wurden Aktien für 2.700 Milliarden DM gekauft (FR 06.01.1999). Jede Regierung, die Aktienkäufe nicht mit Mehrwertsteuer belegt, subventioniert somit Aktienhandel und Aktienspekulation.

### Subvention für Aktionäre insgesamt 1997:432 Milliarden DM.

Die Staatssubventionen für Aktienkäufer sind die höchsten Wirtschaftssubventionen in Deutschland.

Zum Vergleich: für den Bergbau werden **10 Mrd.** DM gezahlt.

Wir fordern:

**Besteuerung des Handels mit Aktien  
mit 16% Mehrwertsteuer!**

**Brot - Wichtiger als Aktienspekulation!**

# „Solidaritätszuschlag“

Ab 1.1.1995 zahlt Kollegin F. "Solidaritäts"zuschlag". 7,5% ihrer Lohnsteuer - macht für sie monatlich 52 DM weniger Lohn. Ihr Nettolohn von 2.500 DM sinkt dadurch um 2%. Bonn nimmt voraussichtlich 28 Milliarden DM damit ein. Politiker behaupten: Der Steuerzuschlag dient den Menschen im Osten - das ist die Erblast des Sozialismus - man muß teilen mit denen, die weniger haben - das ist eine gesamtdeutsche Verantwortung - das ist eine nationale Aufgabe zur Überwindung der inneren Teilung uswuf.

Tatsache ist aber:

## **1) Mit dem Solidaritätszuschlag müssen die privatisierten "Altschulden" der DDR-Betriebe an die Banken bezahlt werden.**

Zu DDR-Zeiten teilte der Staat den *Staatsbetrieben* Maschinen und Anlagen zu. "Bezahlt" wurden sie u.a. mit Krediten der *Staatsbank*. Der Staat war Eigentümer der Betriebe und der Bank d. h. Gläubiger und Schuldner zugleich. Er finanzierte die Kredite aus den Gewinnen seiner Staatsbetriebe und aus Steuern. Eine *echte* Schuld entstand *nicht*.

## **sichert die Profite der**

Die *Staatsbank* und ihre Unterbanken wurden nach der Wiedervereinigung für wenig Geld an westdeutsche Großbanken verkauft d. h. privatisiert. Die Großbanken besaßen plötzlich Forderungen in Höhe von ca. 150 Milliarden DM und das Recht, darauf 10 -12% Zinsen zu nehmen.\* Die Privatisierung der Staatsbank war ein Riesengeschäft für die Banken.

Die *Staatsbetriebe* gingen in den Besitz der Treuhand über. Und die bezahlte eifrig die Zinsen und lieh sich dazu Geld. Es war ja auch nicht ihr eigenes. Bei der Privatisierung der Betriebe wurden deren Altschulden meistens nicht von den neuen Eigentümern, sondern von der Treuhand übernommen.

Ab 1.1.95 ist der Haushalt der Treuhand in den Bundeshaushalt aufgegangen. Und jetzt müssen wir das Ganze mit dem "Solidaritäts"zuschlag ausbaden.

## **2) Mit dem Solidaritätszuschlag muß die Verschleuderung der DDR-Betriebe an die Konzerne bezahlt werden!**

Die Privatisierung der Staatsbetriebe war ebenfalls ein Riesengeschäft für die Konzerne und Banken. Sie kauften Betriebe billig von der Treuhand und ließen sich einen Großteil der Investitionen auch noch aus der Treuhandkasse bezahlen. Folge: Aus einem Volksvermögen von 600 Milliarden DM, das die DDR hinterließ \*\*, wurden 275 Milliarden DM Schulden der Treuhand. Das muß ab 1.1.1995 vom Bund verzinst und getilgt werden. Und wir müssen mit dem "Solidaritäts"zuschlag zahlen.

## **Banken und Konzerne**

\* "Das Zinswunder im Osten", Spiegel 10/1994, S. 55 ff. " Treuhand-Chef Rohwedder laut FR vom 16.10.1992

Wir wollen nicht die Zahlmeister der deutschen Abzocker bei der Wiedervereinigung sein!

# Statt "Solidaritäts"zuschlag - Streichung der DDR- Altschulden! Sondersteuer für Wiedervereinigungsgewinnler!



KLARtext

1995

# Wer oder Was ist das?

- Lügt und beklagt den Verfall der Werte?
- Bricht Gesetze und fordert härtere Strafen für Kriminelle?

- Zahlt mit Schwarzgeld und beschwert sich, wenn es auffliegt?
- Kämpft gegen soziale Hängematten und lebt selbst auf Staatskosten?
- Fliegt überall hin, aber nicht mit der Lufthansa?
- Schwört, dem Volk zu dienen und lässt sich von Konzernen finanzieren?



Gibst Du mir.... so geb' ich Dir.

**1998** spendeten z.B. Daimler Chrysler und Daimler Chrysler Aerospace der CDU 230.000 DM. An die SPD flößen 225.300 DM, an die CSU 171.000 DM und an die FDP 160.000DM.

**Wir sehen nicht ein,**

daß Belegschaften Gewinne erarbeiten

**und Vorstände sie für Parteispenden ausgeben.**

1998 finanzierten sich die Parteien zu über 60% aus Steuergeldern, die sich selbst bewilligt haben.

Wir sehen nicht ein,

**daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitslose Lohn und**

Mehrwertsteuern zahlen, um Parteien zu

finanzieren, denen sie nicht angehören.

**Parteien sollen sich ausschließlich aus den privaten Einkommen ihrer eigenen Mitglieder und Anhänger finanzieren.**

# Keine Firmenspenden für Parteien!



2000



## VII Rente zum Leben, Mindestrente und Rente mit 60

### Bündnis „Rente zum Leben“

Tobias Weißert

in Balodis, Hühne, Rente rauf, 2020 S. 144-145

#### Welche Schwerpunkte setzen wir in der Rentenpolitik?

Die gesetzliche Rente in Deutschland ist stark ramponiert. Durch fortwährende „Reformen“ wurde sie ab 1992 derart abgebaut, dass sie für die meisten Rentnerinnen keinen angemessenen Lebensstandard im Alter mehr sichert und noch schlimmer: Sehr vielen droht Armut im Alter. Die Bundesregierungen bedienen damit die Interessen der Unternehmer und ihrer Verbände sowie die der Versicherungskonzerne. Die Unternehmer wollen die Löhne nicht zahlen, die für eine ausreichende Alterssicherung notwendig sind, und haben zu diesem Zweck eine massive Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge durchgesetzt. Die Versicherungen sind am Abbau der gesetzlichen Renten interessiert, um den Absatzmarkt für von ihnen vertriebene Altersvorsorgeprodukte auszudehnen. Sie profitieren von der Angst vor Altersarmut, die sie selbst fördern. Diese Rentenpolitik, die seit fast 30 Jahren in unserem Lande herrscht, hat dazu geführt, dass die deutschen Renten im Durchschnitt inzwischen mehr als 50 Prozent unter denen Österreichs liegen, obwohl beide Länder wirtschaftlich gut vergleichbar sind. Mit dieser Politik muss grundlegend gebrochen werden. Wir brauchen eine tief greifende Rentenreform, die die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten vertritt. Das Bündnis „Rente zum Leben“ ist ein Zusammenschluss von sozialen Initiativen und Organisationen, der sich für eine solche Reform einsetzt.

Drei Kernpunkte hat unser Programm:

1. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern.

In der Zielvorstellung der früheren deutschen Rentenpolitik waren dazu immer 70 Prozent der zuletzt erzielten Nettolöhne erforderlich. Dieser Wert ist das Mindeste. In Österreich beträgt die Rentenhöhe circa 90 Prozent der Nettolöhne, während sie bei uns gegenwärtig nur bei 50 Prozent liegt. Die Forderung von mindestens 70 Prozent ist also bescheiden, zumal die Lebenshaltungskosten, zum Beispiel durch Mieten, gestiegen sind und die zunehmende Besteuerung der Renten einen wachsenden Teil des Rentenbetrags wieder auffrisst.

2. Alle Erwerbstätigen sind mit allen ihren Einkünften in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist derzeit nur für Arbeitnehmerinnen eine Pflichtversicherung. Wer im Jahr 2020 mehr als 6.900 Euro brutto monatlich verdient oder selbstständig tätig ist, kann sich bislang selbst privat oder in berufsständischen Organisationen versichern. Das wollen wir ändern. In die gesetzliche Rentenversicherung sollen künftig verbindlich alle Erwerbspersonen mit allen Einkommensarten einzahlen. Damit wird die gesetzliche Rentenversicherung auf eine breite Basis gestellt. Höhere Renten sind so finanzierbar.

3. Eine Mindestrente von 1.050 Euro netto muss eingeführt werden.

Diese Forderung scheint uns gegenwärtig am wichtigsten. Die Armut in unserem Lande wird von den Reichen und Wohlhabenden totgeschwiegen.

Die Grundsicherung (Hartz W) reicht vorne und hinten nicht. Mit 424 Euro ist weder eine gesunde Ernährung noch eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich. Deswegen fordern wir die Anhebung des Regelsatzes der Grundsicherung für Alleinstehende auf 600 Euro.

Für die Kaltmiete und Heizung setzen wir als Durchschnittswert für Deutschland 450 Euro an.

Aus diesen beiden Beträgen leitet sich für uns die Forderung nach einer Mindestrente von 1.050 Euro netto ab.

Wir haben in einer gründlichen Untersuchung festgestellt, dass bei der geplanten Fortsetzung der jetzigen Rentenpolitik im Jahr 2040 nahezu die Hälfte aller Rentnerinnen weniger Geld als diese Mindestrente haben wird. Deswegen haben wir uns vorgenommen, die zunehmende Altersarmut als das wichtigste sozialpolitische Thema in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Die Rentnerinnen können nicht warten, bis eine große Rentenreform nach unseren Vorstellungen möglich wird. Der zunehmenden Altersarmut muss jetzt begegnet werden. Unsere Kampagne zur Einführung einer gesetzlichen Mindestrente soll helfen, das Problem sichtbar zu machen und für Abhilfe zu kämpfen.

---

Dem Bündnis „Rente zum Leben“ gelang es nicht, zusammen mit dem gewerkschaftlichen Seniorenaufstand in Norddeutschland und der süddeutschen Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. eine bundesweite Kampagne für die Einführung einer gesetzlichen Mindestrente zustande zu bringen. Diejenigen, die das Bündnis mit getragen haben, waren letztlich inaktiv und haben die Kampagne nicht praktisch unterstützt, so dass das Bündnis mit der Pandemie 2020 eingeschlafen ist. Die Pandemie hat auch verhindert, dass eine für April 2020 geplante Veranstaltung mit Balodis und Hühne stattfinden konnte. Es gab ein Versammlungsverbot.

Immerhin haben wir mit Spenden geholfen, das Buch von Holger Balodis und Dagmar Hühne, Rente rauf! So kann es klappen, zu finanzieren.

# 10-15% weniger Rente für viele!

Die Renten werden langfristig um 10-15% sinken.\*  
Das haben Bundesregierung und Bundestag im Januar 2001 beschlossen.

## Was bedeutet das im Klartext?

Klaus Maier\*\*, Lagerarbeiter, 3.500 DM brutto, hatte früher nach 39 Versicherungsjahren 1600 DM Rente zu erwarten. Nach der „Reform“ hat er noch 1.400 DM (auf heute bezogen). Maria Busch\*\*, Verkäuferin, 3.100 DM brutto, hatte früher nach 26 Jahren 947 DM zu erwarten. Nach der „Reform“ hat sie noch 850 DM.

## Das sind Armutsrenten.

## Die Arbeitgeber sprechen von „Basissicherung“.

Unter dem Druck sinkender Renten sollen wir zusätzlich 4% vom Bruttolohn betrieblich in Pensionsfonds oder privat bei Versicherungskonzernen oder Banken anlegen. Damit können wir angeblich die Rentenkürzungen ausgleichen.

Klaus Maier und Maria Busch sollen also 140 DM bzw. 120 DM monatlich mehr zahlen. Wenn sie das von ihren 2.100 DM bzw. 1.900 DM netto überhaupt können.

## Jung und Alt verlieren.

## Die Bundesregierung spricht von „Generationengerechtigkeit“.

## Millionen Menschen verlieren -

## Private Versicherungen und Banken gewinnen.

Vom Übergang zur kapitalgedeckten Altersvorsorge (privat oder betrieblich) erhoffen sie sich jährlich 80 Mrd. DM mehr Einnahmen. Damit wollen die Versicherungskonzerne und Banken an den Finanzmärkten spekulieren. Das ist der Hauptzweck der Rentenreform.

## Die Profitinteressen sind das Problem der

## Rentenversicherung und nicht die steigende Lebenserwartung oder die fallende Geburtenrate.

\* vor der Streichung des „Ausgleichsfaktors“ Mitte Dezember 2000 waren es 15 bis 20%

\*\* 3.500 DM bzw. 2.800 DM entsprechen 85% bzw. 75% des Durchschnittsentgelts aller Versicherten. 39 bzw. 26 Versicherungsjahre entsprechen dem Durchschnitt bei Arbeiterrentnern bzw. weiblichen Angestellten. Klaus Maier und Maria Busch sind die wirklichen Durchschnittsrentner, nicht der sogenannte Standardrentner mit 4.200 DM brutto (bei 13 Löhnen im Jahr) und 45 Versicherungsjahren.

# Spitzenrenten für wenige!

Minister Riester (SPD) bekommt für **ein** Jahr intensiver „Arbeit“ an Rentensenkungen bereits eine Rente von 1.750 DM mtl.. Für vier Jahre Dienst am Volk bezieht er, wie alle Bundesminister 7.000 DM Rente.

Die Vorstände der Versicherungen, Banken und Konzerne genehmigen sich üblicherweise für fünf Jahre Dienst am Profit eine Pension von 25.000 DM mtl.

**Spitzenpolitiker und Manager nehmen sich aus den von uns erarbeiteten Gewinnen und Steuern das, was sie „brauchen“.**

**Was für sie gilt, muß für alle gelten.**

**Auch die steigenden Ausgaben für die Rentnerinnen und Rentner müssen aus den von uns erarbeiteten Gewinnen gezahlt werden.**

Die Nettogewinne allein der Kapitalgesellschaften stiegen von 1993 bis 1999 um 180 Mrd. DM. Sie wurden vollständig an die Aktionäre ausgeschüttet.\*\*\*

**Wir wollen nicht immer mehr arbeiten und zahlen, um dafür weniger Rente zu bekommen.**

Deshalb:

- \* **Keine Rentenkürzungen!**
- \* **Keine Verlagerung der Renten auf Kapitalanlagen!**  
(Weder privat, noch betrieblich)
- \* **Ausreichende Grundrente für alle!**

---

**Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern.**

V.i.S.d.P.: Silvia Walz, Füllerstr. 50, 60431 Frankfurt, Tel. 069/ 51 39 12

## Die Demografie-Lüge:

# „Mehr Alte, weniger Kinder - die Katastrophe droht!“

„Niedrige Geburtenraten und eine spürbar gestiegene Lebenserwartung bewirken, dass die Bevölkerung schrumpft und die Bevölkerung immer älter wird. Die Folgen für die Sozialsysteme sind drastisch.“ So wörtlich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; in ihrem Schlepptau CDU/CSU, SPD, Medien, Bertelsmann-Stiftung, Wissenschaftler und teilweise auch der DGB.

Die Bevölkerungsentwicklung (Demografie) geht tatsächlich in diese Richtung. Dass sie aber drastische Folgen für die Sozialsysteme haben müsste, ist eine dreiste Lüge.

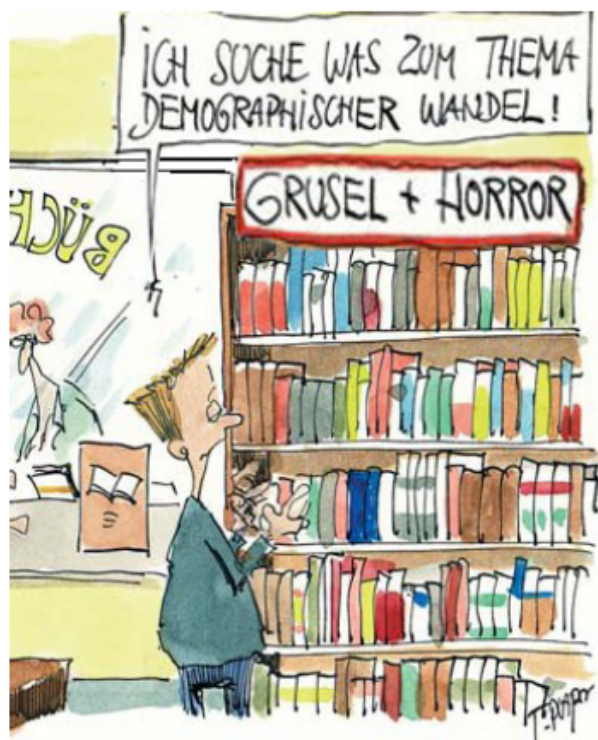
### **Steigende Lebenserwartung gibt es schon seit 150 Jahren**

1913 lebten die Menschen in Deutschland durchschnittlich 50 Jahre, 1950 rund 65 und

2013 rund 80 Jahre. Die enorme Steigerung der Lebenserwartung ist ein gewaltiger Fortschritt. Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit und mehr frei verfügbare Zeit ist ein Gewinn an Lebensqualität und keine Katastrophe. Die enorm gestiegene Produktivität und die Kämpfe der Lohnabhängigen machten es möglich.

### **Sinkende Geburtenraten gibt es ebenfalls schon seit 150 Jahren**

Von 1871 bis 1913 fiel die Zahl der Geburten pro Frau von rund 4 auf 2,2 Kinder. Trotzdem gab es viele Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs und einen Anstieg der Bevölkerung um mehr als die



Hälfte. Von 1950 bis 1975, in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders, sank die Zahl der Geburten pro Frau von 2,1 auf 1,45 Kinder.

Weniger Kinder versorgen zu müssen, steigert die Lebensqualität für viele Familien, insbesondere für Frauen, und stellt keinesfalls eine Katastrophe dar.

Ein demografisches Gesetz, welches lautet: „Wer länger lebt und zu wenig Kinder produziert, verursacht Sozialabbau“, ist frei erfunden.

### **Die Arbeitgeber hetzen mit der Demografie-Lüge Junge gegen Alte auf ...**

Sie stellen die höhere Lebenserwartung als „Altenlast“ für die Jungen hin. Wenn ihre Eltern erst mit 67 bzw. 70 Jahren in Rente und Armutsrenten bekämen, könnten die Beiträge der Jungen in die Rentenkassen sinken und ihr Nettolohn dadurch steigen.

Das soll Generationengerechtigkeit zwischen Eltern und Kindern verwirklichen?

### **Was für ein Quatsch!**

Die Jungen von heute sind die Alten von morgen. Sie möchten nicht trotz steigender Arbeitshetze bis 67 oder 70 arbeiten. Sie möchten genauso wenig Armutsrentner werden wie ihre Eltern. Sie werden es aber allein schon wegen des ausge dehnten Niedriglohnssektors. Und sie möchten auch nicht aus Niedriglöhnen noch private Vorsorgebeiträge an die Allianz AG zahlen, um ihre zukünftige Armutsrente aufzustocken.

**... und Alte gegen Junge**

Sie hämmern uns ein, dass Rentenzahlungen von der Zahl der Kinder abhängen.

Keine oder zu wenig Kinder in die Welt zu setzen, soll die Ursache für sinkende Renten und späteren Rentenbezug sein?

**Was für ein Quatsch!**

Niedriglöhne, befristete Arbeitsplätze, Leiharbeit und immer flexiblere bzw. längere Arbeitszeiten gerade bei der jungen Generation durchsetzen und dann noch mehr Kinder verlangen – welch ein Zynismus! Wenn Kinder geboren werden, gibt es nicht einmal ausreichende Betreuungs- und Ausbildungsplätze.

„Kinder sind unsere Zukunft!“ Ja, aber in dieser Wirtschaftsordnung bleiben sie Privatvergnügen. Die Profitinteressen von Unternehmen fördern nicht das Leben mit Kindern, sie untergraben es.

**Trotz steigender Lebenserwartung und niedriger Geburtenrate: wachsender Reichtum!**

Das Bruttoinlandsprodukt stieg pro Kopf der Bevölkerung von 1975 bis 2012 von 8.940 auf 33.100 Euro! Doch dieser Reichtum wird von einer Minderheit privat angeeignet, die ihn als Kapital profitabel vermehren will. Das aber ist schwieriger als früher. Deshalb sollen abhängig Beschäftigte länger arbeiten und weniger verdienen (geringerer Bruttolohn). Deshalb die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Rente von 1998 bis 2014 um 0,7 Prozentpunkte.

**Höchste Zeit,**

- die Sozialversicherungspflicht für alle einzuführen,
- die Beitragsbemessungsgrenzen aufzuheben,
- die Deckelung der Rentenversicherungsbeiträge abzuschaffen!

Für eine Mindestrente von 1.000 brutto (lohnsteuerfrei)!

Für die Rente mit 60 statt mit 67 oder gar 70!

Immer gestresster, immer später  
und mit immer weniger Geld in Rente?

**NEIN DANKE!**

Die Senkung des Arbeitgeberbeitrags um einen Prozentpunkt bringt 13,6 Mrd. Euro mehr Profit. Steigende Lebenserwartung, mehr Alte und weniger Kinder, sind für sich genommen weder ein Grund für längere Lebensarbeitszeit noch für Rentenkürzungen. Es ist allein das Interesse an der Anhebung der Renditen, das nach Kürzung der Renten und Erhöhung des Renteneintrittsalters verlangt. Man steuert sogar auf die Rente mit 70 zu, dem Renteneintrittsalter der Arbeiter im Jahre 1889! Das ist eine Bankrotterklärung.

Die Verwertung von Kapital ist Selbstzweck. Sie ist rücksichtslos gegenüber Lebensbedürfnissen, seien es die von Kindern, Eltern oder Rentnern. Das ist die eigentliche Katastrophe. Nicht auf Grund des „Demografischen Wandels“, sondern auf Grund der privaten Profitinteressen der Eigentümer von Kapital sind die Sozialsysteme von einer Katastrophe bedroht. Die Demografie-Lüge wurde erfunden, um davon abzulenken und den Widerstand gegen Sozialabbau zu schwächen, an dem die Lohnabhängigen ja angeblich schuld sein sollen, da sie älter werden und zu wenig Kinder bekommen.

Je älter das Kapital wird, je länger es lebt, desto mehr droht es, an seinem riesenhaft aufgehäuften Reichtum zu ersticken. Es schlägt verzweifelt um sich und versucht, sich wieder Luft zu verschaffen, indem es die Lage derer verschlechtert, die mit ihrer Arbeit das Kapital vermehren. Das alternde Kapital ist unsere eigentliche „Altenlast“.

# Plattform des Bündnisses Rente zum Leben



## Wir wollen

- **eine Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert:**  
Dazu sind mindestens 70 Prozent des Nettolohns erforderlich.
- **eine Standardrente auf der Basis von 40 Versicherungsjahren wie vor 1992**
- **eine Mindestrente von 1.000 Euro netto**
- **das Recht, mit 60 Jahren ohne Abschläge in Altersrente gehen zu können**  
Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit lehnen wir ab.
- **die Einbeziehung aller Erwerbstätigen mit ihrem Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung.** Das ist die Grundlage für die Finanzierung unserer Forderungen. Die Rentenhöhe ist nach oben zu begrenzen. Österreich zeigt, was möglich ist.

**842 Euro netto!** So unfassbar niedrig war 2015 die durchschnittlich ausgezahlte Altersrente in Deutschland, für Männer 1.006 und Frauen 679 Euro. Doch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die von den Konzernen der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird, verteidigt die Rente als sicher, fair und gerecht. Dabei geht sie wie die Bundesregierung für 2015 von einer Rente von 1.222 Euro netto aus (1.372 Euro brutto). Diese sogenannte Standardrente, nicht die Durchschnittsrente, soll der Maßstab sein.

Die **Standardrente** bekommt aber nur, wer 45 Jahre für den Durchschnittslohn gearbeitet hat. 60 Prozent der Männer und 90 Prozent der Frauen erreichen diese 45 Jahre nicht. Die meisten kommen auch nicht auf den Durchschnittslohn der Rentenversicherten von 2.947 Euro brutto (1.877 Euro netto) im Jahr 2015.

Notwendige Versicherungsjahre um 1.000 Euro Rente netto zu erreichen ArbeitnehmerInnen (38,5 Std./Woche)	
Lohn	Jahre
8,84 Euro brutto/Std.	73
10,00 Euro brutto/Std.	65
12,00 Euro brutto/Std.	54
15,00 Euro brutto/Std.	43

Wenn Vollzeitbeschäftigte mit 15 Euro brutto/Std. den Durchschnitt von 38 Versicherungsjahren erreichen, liegt ihre Rente nach dem Stand von heute mit 884 Euro nur knapp über der Grundsicherung. Ein Rentensystem mit solchen Folgen verkauft die Metall- und Elektroindustrie als fair, die ihren ehemaligen Konzernchefs wie Winterkorn (VW) Renten um die **100.000 Euro im Monat** zahlt.

## Doch sie wollen das Rentenniveau weiter drücken!

Und zwar im Verhältnis zum Durchschnittslohn bis 2030 um rund zehn Prozent (von heute 47,7 Prozent des Nettolohns vor Steuern auf 43 Prozent). Wäre das 2015 schon umgesetzt gewesen, hätte die Durchschnittsrente nur noch 760 Euro betragen, für Männer 907 und Frauen 612 Euro. Wieder rechnen Volkswagen, Daimler, Siemens, deren INSM und die Bundesregierung anders: Die Fata Morgana der Standardrente steigt ihnen zufolge bis 2030 von 1.372 Euro auf 1.824 Euro brutto. Was wollten wir mehr?

## **Industriekonzerne und Regierung unterschlagen,**

- dass die „Soziale Marktwirtschaft“ Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse immer mehr ausbaut und dadurch auch das Rentenniveau senkt,
- dass die Inflation bis 2030 nicht verschwunden ist (von 2000 bis 2015 hat die Inflation die gesamten Rentenerhöhungen weggefressen),
- dass die Bruttorenten 2030 zu 90 Prozent besteuert werden, nicht mehr wie heute zu 74 Prozent,
- dass es bis 2030 mit Sicherheit Wirtschafts- und Finanzkrisen geben wird und
- dass seit 1990 Kürzungsfaktoren in die Rentenformel eingebaut wurden, wodurch die Durchschnittsrente bis heute um 30 Prozent auf mickrige 842 Euro gesenkt wurde.

## **Junge gegen Alte?**

Die INSM und die Arbeitgeberverbände halten es für fair und gerecht, das Rentenniveau zu senken. Das sei im Interesse der jungen Generation, da andernfalls ihr Nettolohn wegen steigender Rentenbeiträge sänke. **Nichts als Krokodilstränen!**

Wer befristet denn Arbeitsverträge gerade für Junge, wer versorgt sie mit schlecht bezahlter Leiharbeit, Minijobs und unbezahlten Praktika? Würden die Unternehmer höhere Löhne zahlen und unbefristet einstellen, hätten junge Werk tätige kein Problem damit, einen höheren Rentenbeitrag zu bezahlen. Die Jungen von heute sind die RentnerInnen von morgen. Auch sie haben kein Interesse an Armutsrenten im Alter.

Das Kapital tritt nicht im Interesse der Jungen für Rentenkürzungen ein, sondern weil es seine Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung senken will. Jeder Prozentpunkt weniger an Beiträgen, d. h. an Lohnkosten, erhöht die Profite um 6,5 Mrd. Euro. Das Interesse an Lohnsenkungen ist der Hauptgrund für Rentenkürzungen, nicht die unverschämten Ansprüche einer wachsenden Zahl von Alten gegenüber den jungen Menschen.

## **Die Generationen sollen gegeneinander aufgehetzt werden.**

Die Arbeitgeber streben an,

- die Beitragssätze und damit die Renten noch weiter zu senken,
- die Rentenkosten auf die ArbeitnehmerInnen zu verlagern und
- gleichzeitig über die Privatisierung der Altersvorsorge die Gewinne der Versicherungskonzerne zu erhöhen.

Das alles dient ausschließlich der Erhöhung ihrer Profite

Alle bisher regierenden Parteien, ob CDU/CSU, SPD, FDP oder Grüne, stimmen dem zu. Ihre Argumente zum Rentenabbau entstammen besonders der INSM, dem Propaganda-Organ der Metall- und Elektroindustrie. Eine Rentenreform, die ihren Namen verdient, ist nur gegen diese Kräfte durchzusetzen.

## **Der Kampf sollte nicht zwischen den Generationen stattfinden, sondern zwischen Lohnarbeit und Kapital.**

## **Bündnis Rente zum Leben**

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- Arbeitskreis Schuntersiedlung
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- attac Braunschweig
- attac Celle
- attac Fulda
- Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
- DIE LINKE - KV AB u. Bayer. Untermain
- DIE LINKE - KV Bab Bramstedt u. Umgeb.
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- GEW Kreis AB-MIL und Bezirk Unterfranken
- GEW KV Offenbach-Stadt
- Gruppe "Gnadenlos gerecht" Hannover
- Initiative ART, Braunschweig
- KLARtext e.V.
- LabourNet Germany
- Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft e.V. (REGE)
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Soziale Liste Bochum
- Tacheles e.V.
- Zusammen e.V.





# Mindestrente – Jetzt!

## Die Lage: Ernst

Der Reichtum in Deutschland steigt. Die Armut ebenfalls. Besonders stark wächst sie im Alter. 2016 betrug die durchschnittliche Altersrente für Neuzugänge in Deutschland 837 Euro.

Für Frauen betrug sie gerade mal 681 Euro. Das bedeutet: Viele Millionen RentnerInnen und Rentner beziehen bereits heute Armutsrenten.



## Die Ursachen: Interessen

Schuld ist nicht etwa die Wirtschaftslage oder die demografische Entwicklung. Schuld an dem Niedergang der Renten sind Eingriffe wie die Teilprivatisierung der Rente („Riester-Reform“). Seit 1992 haben diese Eingriffe die Renten um rund ein Drittel entwertet. Profiteure waren die private Finanzwirtschaft, der ein riesiger Markt für private Vorsorge mit Milliardengewinnen zugeschanzt wurde, und die Arbeitgeber, deren Lohnkost-

en damit gesenkt wurden. Gleichzeitig wurden ein riesiger Mindestlohnssektor geschaffen und Beschäftigungsverhältnisse gefördert, die versicherungspflichtige Beschäftigung aushöhlen. Die Folge: Wer sich einige Jahre in Leiharbeit, in Werkvertragsarbeit, in Befristung, in Teilzeit, in Mini- oder Midi-Jobs, in Mindestlohnarbeit, in längerer Ausbildung oder in Arbeitslosigkeit befindet, muss später mit Altersarmut rechnen.

## **Die Zukunft: Dramatisch**

Wir sorgen uns vor allem um die junge Generation. Wenn Lobbyisten und Politiker behaupten, bessere Renten gingen zu Lasten der Jungen, ist das eine glatte Lüge. Denn die Jungen von heute werden die ArmutsrentnerInnen von morgen sein! Wenn jetzt nichts geschieht, bricht das Elend quasi per Gesetz über uns herein. In 15 oder 20 Jahren wird es jeden zweiten betreffen. Weit über 10 Millionen alte

Menschen leben dann in Armut. Eine gesellschaftliche Katastrophe – auf Ansage. Die nächste Generation wird das mit voller Wucht zu spüren bekommen. Besonders betroffen: Frauen. Sie arbeiten oft in Teilzeit, werden schlecht bezahlt und kümmern sich immer noch überwiegend um Kindererziehung und Pflege von Angehörigen. Sie haben schon fast eine Garantie auf Altersarmut.

## **Gegenmittel: Eine Mindestrente**

Neben einer generellen Erhöhung der Renten für alle, brauchen wir dringend eine Mindestrente. In unserem Rentensystem führen geringe Einkommen, Teilzeitbeschäftigung und Lücken im Versicherungsverlauf (Kindererziehung, Pflege, Arbeitslosigkeit) zwangsläufig zu geringen Renten. Nur eine echte Mindestrente kann da helfen, wie das Beispiel Österreich zeigt. Dort wird jeder, der einen Rentenanspruch erwirbt, egal in welcher Höhe, aufgestockt auf eine

Mindestrente von monatlich 1.038 Euro. Wer mindestens 30 Jahre eingezahlt hat, erhält sogar 1.176 Euro. Ähnliche Mindestrenten gibt es in fast allen europäischen Ländern. Nur in Estland, Litauen, Slowenien und Deutschland gibt es sie bislang nicht. Es wird höchste Zeit: Wir fordern für Deutschland eine monatliche Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro netto. Liegen laufende Einnahmen darunter, sollen sie auf diesen Betrag aufgestockt werden.

## **Mindestrente auch in Deutschland!**

### **1.050 Euro netto sind das Mindeste!**

#### **Bündnis Rente zum Leben ([www.rente-zum-leben.de](http://www.rente-zum-leben.de))**

(Zum Bündnis „Rente zum Leben“ gehören Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), Arbeitskreis Schuntersiedlung BS, attac Aschaffenburg-Miltenberg, Braunschweig, Celle und Fulda, Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS), DIE LINKE - KV AB u. Bayer. Untermain, DIE LINKE - KV Bad Bramstedt u. Umgeb., Erwerbslosen Forum Deutschland, GEW Kreis AB-MIL und Bezirk Unterfranken, GEW KV Offenbach-Stadt, Gruppe „Gnadenlos gerecht“ Hannover, Initiative ART BS, KLARtext e.V., LabourNet Germany, Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft e.V. (REGE), Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB), Soziale Liste Bochum, Tacheles e.V. und Zusammen e.V.)

Die Forderung nach einer gesetzlichen Mindestrente von 1.050 Euro wird ebenfalls unterstützt vom „Seniorenaufrüst“ ([www.seniorenaufruest.de](http://www.seniorenaufruest.de)), dem Senioren aus ver.di, IG Metall, IG Bau, DGB und EVG angehören.

Stand 18. April 2018

# Wer Rentner quält – wird nicht gewählt!

**Die Jungen von heute sind die RentnerInnen von morgen.**

Wir wollen

- eine Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert:  
Dazu sind mindestens 70 Prozent des Nettolohns erforderlich.
- eine Standardrente auf der Basis von 40 Versicherungsjahren wie vor 1992
- eine Mindestrente von 1.000 Euro netto
- das Recht, mit 60 Jahren ohne Abschläge in Altersrente gehen zu können. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit lehnen wir ab.
- die Einbeziehung aller Erwerbstätigen mit ihren Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung

Das ist die Grundlage für die Finanzierung unserer Forderungen. Die Rentenhöhe ist nach oben zu begrenzen. Österreich zeigt, was möglich ist.

**842 Euro netto!** So unfassbar niedrig war 2015 die durchschnittlich ausgezahlte Altersrente in Deutschland, für Männer 1.006, für Frauen 679 Euro. Das reicht hinten und vorne nicht.

Wenn die bis 2030 geplanten Kürzungen heute schon verwirklicht wären, würde die Durchschnittsrente nur 760 Euro betragen.

Beim Rentenniveau liegt Deutschland in Europa an drittletzter Stelle.

Eine große Zahl von RentnerInnen ist von Altersarmut bedroht.

- x Wer weniger als den Durchschnittslohn von zur Zeit 18 Euro pro Stunde verdient,
- x wer nicht ununterbrochen Arbeit hat und
- x wer länger in Teilzeit arbeiten muss, hat Mühe, eine Rente zu erzielen, die über der Sozialhilfe (Grundsicherung) liegt.



Stundenlohn	Nettorente nach 40 Versicherungsjahren	Versicherungsjahre für eine Nettorente von 1.000 Euro
8,84 € (Mindestlohn)	543,40 €	73 Jahre
10,00 €	614,54 €	65 Jahre
12,00 €	737,80 €	54 Jahre
15,00 €	922,15 €	43 Jahre

**www.rente-zum-leben.de**



# Für Zusammenhalt zwischen jung und alt!



Die Jungen sind die RentnerInnen von morgen. Auch sie haben kein Interesse, im Alter von Armutsrenten zu leben.

Renten Kürzungen und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit werden oft mit der demografischen Entwicklung begründet, die keine Alternativen zuließe. Die Alten, die immer länger lebten, könnten von den Jungen nicht mehr finanziert werden. Führend dabei ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die von den

Konzernen der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird. Mit dieser Propaganda wird vertuscht, dass die Profitinteressen von Unternehmen und nicht zuletzt die der Versicherungskonzerne die wichtigste Ursache für Renten Kürzungen sind. Armutsrenten sind auch Ergebnis von Armutslöhnen. Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Rentenversicherung ist unsere Alternative. Sie nutzt den Jungen und den Alten.

## Wir müssen unser eigenes Programm entwickeln und für dessen Durchsetzung aktiv werden.

Alle Regierungsparteien haben seit 1990 das Rentensystem bewusst untergraben. Ohne ihre „Reformen“ wäre die Durchschnittsrente heute um 30 Prozent höher. Das alles geschah auf Wunsch der Arbeitgeberverbände und von Konzernen, die ihren Spitzenmanagern Renten von 100.000 Euro im Monat zusprechen (Ex-VW-Chef Winterkorn z.B. 91.000 Euro mtl.). CDU/CSU, FDP und AfD sprechen sich derzeit klar gegen jede Verbes-

serung aus. Die SPD behauptet, dass sie für Rentenverbesserungen eintritt, Nahles will die Rente bei einem Niveau von 46 % des Nettolohns ohne Steuern festschreiben. Das wären, bezogen auf heute, 793 Euro Durchschnittsrente, zwei Euro weniger als das staatlich anerkannte Existenzminimum. Dieses Armutsniveau verkauft sie als „Haltelinie“!

**Von diesen Parteien haben wir nichts zu erwarten.**

**Mit Aktionen, Ständen, Kundgebungen wollen wir in möglichst vielen Städten und Orten Altersarmut zum Thema machen.**

**Wir fordern Einzelne und soziale Initiativen auf, dabei mitzuwirken.**

Wir schlagen als **Aktionstage** vor: **Samstag, den 20. Mai** und **Samstag, den 16. September.**

## Bündnis Rente zum Leben

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ASP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- attac Braunschweig
- attac Celle
- attac Fulda
- Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Gruppe "Gnadenlos gerecht" Hannover
- Klartext e.V.
- Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft e.V. (REGE)
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Tacheles e.V.
- Zusammen e.V.
- ...

Stand 04. April 2017

**www.rente-zum-leben.de**

## 70 % des Nettolohns: Die gesetzliche Rente soll den Lebensstandard im Alter sichern!

Dieses Ziel galt bis 1991. Dann wurden die Renten systematisch gekürzt. Erst von schwarz-gelb und dann von rot-grün.

Die jetzige Regierung will bis 2030 die Standardrente auf 55,7 Prozent des Nettolohns drücken und den Lebensstandard im Alter nicht mehr sichern.

2015 würde eine Nettorente von 70 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns im Westen Deutschlands 1.317 Euro betragen. Sie betrug aber nur 823 Euro (Rentenversicherung in Zeitreihen, 2016, 123). Über 60 Prozent aller RentnerInnen erhalten sogar weniger als 823 Euro Rente. Wären die Regierungspläne heute schon umgesetzt, würde die durchschnittliche Rente nur noch 742 Euro betragen. Sie läge damit unter dem Niveau der gesetzlichen Grundsicherung für alte Menschen. Diese Situation erzeugt Wut. Breiter gesellschaftlicher Widerstand beginnt sich zu bilden. Die DGB-Gewerkschaften, Verbände wie VdK, SoVD, der Paritätische und kirchliche Arbeitnehmerorganisationen organisieren im Rahmen eines „Netzwerks für eine gerechte Rente“ eine Kampagne „Rente muss reichen“ ([www.rente-muss-reichen.de](http://www.rente-muss-reichen.de)).

Wir halten daran fest:

**Die Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern! Mindestens 70 % des Nettolohns!**



RENTE ... REFORMANSATZ

Das Netzwerk orientiert sich an den Forderungen der IG Metall. Es will das gegenwärtige Rentenniveau „stabilisieren“, das sich auf das Armutsniveau von durchschnittlich 823 Euro beläuft. In einem weiteren Schritt soll das durchschnittliche Rentenniveau auf 862 Euro angehoben werden. Das soll zum Leben reichen und sogar gerecht sein?

Keine DGB-Gewerkschaft hält am alten Ziel fest: 70 Prozent des Nettolohns. Angestrebt sind für heute 62, später 65 Prozent. Das „Netzwerk für eine gerechte Rente“ akzeptiert damit, dass die gesetzliche Rente nicht mehr den Lebensstandard im Alter sichern soll. Nur die schlimmsten Auswüchse sollen abgemildert werden.



**www.rente-zum-leben.de**

# Nebelkerzen!

**1. Nebelkerze:** Die Standardrente (Eckrente). Die bekommt, wer in 45 Beitragsjahren den Durchschnittsverdienst erzielte. 2015 betrug die Standardrente monatlich 1301 Euro brutto und 1163 Euro netto. 75 Prozent der RentnerInnen erreichen die Standardrente nicht. Die durchschnittliche Versicherungszeit betrug nur 36,9 Jahre. Auch das durchschnittliche Entgelt der Versicherten lag mit 2560 € deutlich unter dem des Eckrentners (2947 €). Die große Mehrheit der RentnerInnen erhielt noch weniger. Deswegen beträgt die Durchschnittsrente eben nur 823 Euro. Die Standardrente führt in die Irre. Wer die Rentenarmut bekämpfen will, muss vom wirklichen Durchschnitt ausgehen. 45 Erwerbsjahre als Grundlage der Standardrente sind unreal. Die Standardrente muss mit 40 Beitragsjahren zu erreichen sein.

**2. Nebelkerze:** Das bereinigte Netto. Das ist die Größe, an der heute der prozentuale Anteil der Rente vom Nettolohn gemessen wird. Aber: Vom Bruttolohn werden nur die steuerfreien, nicht die vollen Sozialversicherungsbeiträge abgezogen, und vor allem auch nicht die Steuer. 2015 betrug der Prozentsatz der Nettostandardrente zum so bereinigten Nettolohn 47,7 Prozent. Die Linkspartei fordert nun die Anhebung des Anteils auf 53 %, die IG-Metall die Stabilisierung bei 48 % usw. Das ist alles sehr verwirrend, weil nicht klar ist, was konkret an Euro dabei herauskommt. Wir halten deswegen die alte Formel „70 Prozent vom Nettolohn“ für richtiger und klarer. Folgende Tabelle soll veranschaulichen, wie die geforderten Prozentsätze sich zueinander verhalten:



**www.rente-zum-leben.de**

2015

Durchschnittslohn		bereinigtes Netto vor Steuern	Nettostandardrente in Prozent des bereinigten Netto				Nettorente v. Nettolohn
brutto	netto		43 %	47,7 %	50%	53 %	
2.947 €	1.881 €	2.437 €	1.048 €	1.163 €	1.218 €	1.292 €	70 %
Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zeitreihen 2016; www.nettolohn.de			umgerechnet in Prozent vom Nettolohn				
			55,7 %	61,8 %	64,7 %	68,7 %	

Nicht zu vergessen: Diese Zahlen beziehen sich immer auf eine Nettostandardrente nach 45 Versicherungsjahren.

## Bündnis Rente zum Leben

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- Arbeitskreis Schunterstedlung
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- attac Braunschweig
- attac Celle
- attac Fulda
- Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
- DIE LINKE - KV AB u. Bayer. Untermain
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- GEW Kreis AB-MIL und Bezirk Unterfranken
- Gruppe "Gnadenlos gerecht" Hannover
- Initiative ART, Braunschweig
- KLARtext e.V.
- LabourNet Germany
- Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft e.V. (REGE)
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Tacheles e.V.
- Zusammen e.V.

Stand 16. Juni 2017

# **Alt werden ohne Rente - die wahre Alternative**

Deutschland muss wieder an die Weltspitze. Dahin, wo es hingehört.

Ohne Siegertypen und Erfolgsmenschen geht das nicht. Wir brauchen Menschen wie Schumi ... oder Johannes Heesters. Auf dem harten Weg dahin gibt es Probleme. Eins davon ist: Die Menschen werden immer älter.

Und: Immer weniger Arbeitende müssen die wachsende Rentnerlast schultern.

## **Heesters zeigt die Lösung.**

Er ist hundert Jahre alt und arbeitet immer noch. Als Sänger und Schauspieler. Das ist weltweit vorbildlich.

So gesehen, ist die demographische Entwicklung kein Risiko, sondern eine Chance.

## **Arbeit statt Rente: Das ist der Weg zu mehr Wachstum.**

Und der Weg zur wirklichen Vollbeschäftigung. Ohne mehr zu arbeiten, können wir angesichts der Globalisierung nicht bestehen. Ein paar Jahre länger arbeiten, hat noch niemandem geschadet.

Wir brauchen das Modell Heesters 100.

Dazu müssen wir Anreize schaffen.

\* Das Renteneintrittsalter sollte in einer ersten Stufe auf 75 Jahre angehoben werden.

\* Die jetzige Rentenhöhe ist ein Fehlanreiz, der zum Nichtstun auf Kosten der Gemeinschaft verführt. Deshalb sollte die volle Rente erst mit dem 80. Lebensjahr ausgezahlt werden.

Ab 2010 könnten dadurch Einsparungen in Höhe von 75 Milliarden Euro jährlich erzielt werden. Diese Gelder sind dringend notwendig, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und um Deutschlands Manager und Politiker endlich wieder nach ihrer Leistung bezahlen zu können.

Heesters zeigt: Man kann sogar bis 100 arbeiten. Man muss es nur wollen. Die Verantwortung dafür trägt jeder selbst. Man kann sie nicht auf Unternehmen und Staat abwälzen.

## **Spaß beiseite:**

Nicht jeder hat das Glück, im Alter noch so gesund und arbeitsfähig zu sein wie Heesters. Am wenigsten die,

- \* die in Zukunft 42 Stunden arbeiten sollen,
- \* die noch einen Zweitjob annehmen müssen, wenn sie z.B. ihren Kindern etwas bieten oder in Urlaub fahren wollen,
- \* die Schichtarbeit machen oder an Wochenenden arbeiten müssen,
- \* die ihren Arbeitsplatz verlieren, weil Unternehmen sie nicht mehr brauchen,
- \* die in Existenzunsicherheit und Stress leben, weil sie mit ihren Einkommen nicht auskommen können.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters erhöht die Arbeitslosigkeit noch und senkt den Lebensstandard im Alter. Arbeiten bis zum Umfallen ist für uns nicht der Sinn der Lebens. Unternehmen pressen Arbeitskräfte immer mehr aus, um ihre Gewinne zu steigern.

Sie können immer weniger mit Menschen etwas anfangen, die für sie nicht profitabel genug sind.

Deshalb sollen sie auch gemeinschaftlich zahlen, damit man im Alter anständig leben kann.

## **Wir brauchen eine Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge.**

---

**Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern.**

---



2004



# 60

## Rente mit 60 – nicht erst ab 67/70!

Kaum ist die Rente mit 67 beschlossen, steht die Rente mit 70 vor der Tür. *„Wenn Europas Bürger immer älter werden und deswegen länger Altersbezüge erhalten, müssen sie ... länger arbeiten. Langfristig muss aus der Rente mit 67 wohl eine Rente mit 70 werden“* (FTD 27.05.2010). Focus findet Rente mit 70 „voll sozial“ (Focus-Online 24.07.2009). In Umfragen jedoch wünschen sich 82 Prozent einen Renteneintritt mit

60 Jahren (Welt-Online 16.06.2008). Sehr bescheiden, denn das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Konzernvorstände lag 2009 bei 53 Jahren. Rente mit 60 ist für sie das Äußerste, was sie für zumutbar halten. Kapitaleigentümer können ab einer gewissen Höhe des Kapitals schon nach der Schulzeit die Rentenlaufbahn einschlagen. 10 Mio. Euro z.B. bringen bei 5 % Rendite monatlich 40.000 Euro (Kapital)Rente.

### Statt Rückkehr ins 19. Jahrhundert weiter zur Rente mit 60

1891, bei Einführung der Arbeiterrentenversicherung, betrug die Altersgrenze 70 Jahre, ab 1916 dann 65. 100 Jahre später soll trotz erheblich höherer Produktivität das Rentenalter auf 67/70 Jahre erhöht werden? - Eine Bankrotterklärung! Noch Ende der 1960er Jahre starben die meisten ArbeiterInnen vor Erreichen der Regelaltersgrenze. Die steigende Lebenserwartung verschaffte ihnen den Genuss einer bescheidenen Altersrente, ebenso wie verschiedene Senkungen von Altersgrenzen. 1997 ging die Mehrheit der RentnerInnen mit 60 in Altersrente. Seither dreht sich der Wind in Richtung 19. Jahrhundert. LohnarbeiterInnen mit Armutslöhnen und

gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen wird die Altersrente langsam wieder entzogen. Dabei endet ihr Leben an die zehn Jahre früher als das der besser Bezahlten. Männer mit mtl. unter 1.500 Euro brutto leben im Durchschnitt 71,1 Jahre, Frauen 78,4; Männer mit einem Einkommen über 4.500 Euro dagegen 80,0 und Frauen 87,2 Jahre (<http://arbeiter.verdi.de/data/K.-Lauterbach.pdf>). Damit die Masse der Lohnabhängigen Altersrente ohne Abschläge beziehen kann, muss die Altersgrenze auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter aller Versicherten (Alters- und Erwerbsminderungsrente) lag 2008 bei 60,7 Jahren.

### Warum dennoch Rente mit 67/70?

Höhere Ausgaben für RentnerInnen müssen aus dem Mehrprodukt der Wirtschaft finanziert werden, zunächst über höhere Rentenversicherungsbeiträge. Von 1950 bis 1986 stiegen diese von 10 % auf 19,2 %. 2010 betragen sie 19,9 %, bis 2020 sind sie mit 20 % gesetzlich festgeschrieben. Die Hälfte des Beitrags entfällt auf den Arbeitgeberbeitrag. Das Kapital hat durchgesetzt, den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren, obwohl die Lebenserwartung seit 1986 um 4 bis 5 Jahre gestiegen ist. Denn jedes Prozent mehr an Arbeitgeberbeitrag würde die Profite um 9 Mrd. Euro senken. Die Alten gelten umso mehr als „Altlast“, als die Profitraten, der Lebenszweck des Kapitals, heute niedriger sind als vor der Krise 1974/75. Das Kapital will für die steigende Lebenserwartung seiner

ehemaligen Arbeitskräfte nicht aufkommen. Die steigenden Ausgaben für Renten werden auf den Staat (rund 80 Mrd. Euro) und die Lohnabhängigen abgewälzt. „Parität“ ist schon lange nicht mehr gegeben. Das Kapital entzieht gleichzeitig der Sozialversicherung Milliarden an Einnahmen, weil seine Nachfrage nach Arbeitskraft mit wachsender Produktivität sinkt. Die sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen schmolzen von 28,5 Mio. auf 22,2 Mio., Minijobs explodierten. Das Kapital selbst produziert also die Defizite der Rentenversicherung, nicht die gierigen Rentner. Um das zu vertuschen, wird die Rente mit 67/70 als unabwendbare Folge der älter werdenden Bevölkerung verkauft.

KLARText zur Rente

KLARText

## Rente mit 67/70, weil Fachkräfte benötigt werden?

2008 war ein Drittel der Personen zwischen 60 und 64 erwerbstätig, mit 64 waren nur 7,1 % sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Selbst der Präsident des Industrieverbandes Keitel gab zu: „Es geht nicht darum, dass jemand bis 67 oder gar 70 arbeitet, ... Es geht darum, wann 100 Prozent des Rentenanspruchs er-

reicht werden.“ (Tagesspiegel 05.10.2009) Jedes Jahr vorzeitiger Rente ergibt Abschläge von 3,6 %. Die Hälfte aller RentnerInnen bekommt schon keine volle Rente mehr. 820.000 RentnerInnen über 65 sehen sich bereits gezwungen, ihre Armutsrenten durch billige Lohnarbeit aufzubessern. Japan lässt grüßen.

## Rente mit 67/70, weil gerecht gegenüber den „Jungen“?

Lohnarbeit lohnt nicht wirklich. 2008 betrug die Durchschnittsrente für Männer in Westdeutschland 970 Euro, für Frauen 473 Euro. Sie sind nach all den massiven Kürzungen preisbereinigt niedriger als 1975! 35 Jahre Steigerung des Sozialprodukts - als Dank weniger Rente. 2030 wird ein westdeutscher Durchschnittsrentner von seiner heutigen Rente nur noch 700 Euro behalten (Metall 6/2009, 4). So sieht die „Generationengerechtigkeit“ aus.

Weder jüngere noch ältere Menschen streben an, erst mit 67 oder 70 in Rente zu gehen, noch dazu bei steigender Arbeitsbelastung. Die Lebensarbeitszeit verlängert sich für „Alte“ durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters, für „Junge“ durch die Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten. Länger arbeiten für fremden Profit kann nicht im Interesse von Lohnabhängigen liegen.

## Rente mit 67/70, damit die Jungen höhere Nettolöhne haben?

Den Jungen sei nicht zuzumuten, mit höheren Beiträgen immer mehr Alte zu ernähren (Kapitalrentner natürlich ausgenommen). Sie sollen ihr Geld lieber bei Allianz und Co. anlegen. „Dies (das Einfrieren der Beiträge) setzt die Jüngeren in den Stand, einen beachtlichen Teil ihres Bruttoeinkommens, insbesondere die so gesparten Sozialabgaben, für die Eigenvorsorge zu verwenden“ (Norbert Walter, damaliger Chefvolkswirt Deutsche Bank nach FR 30.12.1996). Wer 36 Jahre lang 75 % des Durchschnittseinkommens verdient (2009: 1930 Euro brutto),

bekommt eine Rente in Höhe der durchschnittlichen Sozialhilfe, nämlich 657 Euro (359 Euro Eckregelsatz und 298 (!) Euro Warmmiete). Die vorprogrammierte Altersarmut soll ausgerechnet Geringverdiener „motivieren“, einen größeren Teil ihres Lohns für betriebliche Renten bzw. private Altersvorsorge aufzuwenden. Die Gesamtabzüge der Lohnabhängigen für Altersvorsorge können dann auf bis zu 18 % steigen, während das Kapital bei 10 % bleibt. Renten mit 67 und Armutsrenten sind also für Versicherungskonzerne doppelte Profitquellen.

## Rente mit 67/70, weil zu wenig „Beitragszahler“ geboren werden?

Abstrus. Denn das Kapital verweigert gerade diesen Geborenen mehr und mehr den Zutritt zum Erwerbsleben oder erlaubt ihn nur unter prekären Bedingungen. 30 % der unter 35-Jährigen arbeitet befristet, in Leiharbeit oder in AB-Maßnahmen. Im Februar 2010 lag die offizielle

Arbeitslosigkeit Jugendlicher unter 25 in der Eurozone bei 20 %. Im Übrigen zieht sich das Kapital nicht nur aus der Finanzierung der Alten zurück, sondern auch aus der der Kinder. Mit Löhnen unter zehn Euro kann man nicht mal ein einziges Kind unterhalten.

- **Altersrente mit 60 ohne Abschläge!**
- **Rente für langjährige Versicherte nach 35 Jahren!**
- **Mindestrente in Höhe von 1.000 Euro brutto (900 Euro netto)!**
- **Beitragsbemessungsgrenzen aufheben! (5.400 Euro West - 4.550 Euro Ost)**
- **Pflichtversicherung für jeden Erwerbstätigen!**
- **Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung nicht einfrieren!**
- **Keine staatliche Förderung privater Rentenverträge!**

Ausführlicher: Broschüre „Rente mit 60 - nicht erst ab 67/70 Jahren!“  
Frankfurt August 2010, 35 Seiten, 1 Euro plus Versandkosten. Bestellung s. u.



## Quellen

Bündnis Rente zum Leben:  
Tobias Weißert

### Mindestrente 1.050 Euro – jetzt!

1. Auflage, Mai 2018 (38 Seiten)  
vergriffen, download unter:  
[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/mindestrente\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/mindestrente_A5.pdf)



www.rente-zum-leben.de

MINDESTRENTE  
Alle  
Gemeinsam  
JETZT!

Tobias Weißert

# Mindestrente

## 1050 Euro – jetzt !



NUR BETRIEBET?  
IM NIEDRIGLOHSEKTOR?  
UND WAS WIRD ICH DA  
AM ENDE RAUS?!

ALTERSARMUT?

FRAU L. UND DER PERSONALER

T. Weißert

Bündnis Rente zum Leben:  
Tobias Weißert,

### Altersarmut – Zukunft für die Hälfte aller RentnerInnen?

1. Auflage, November 2019 (36 Seiten)  
vergriffen, download unter:  
[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/Altersarmut\\_Quantitaet\\_des\\_Problems.A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/Altersarmut_Quantitaet_des_Problems.A5.pdf)



www.rente-zum-leben.de

MINDESTRENTE  
Alle  
Gemeinsam  
JETZT!

Tobias Weißert

# Altersarmut -

## Zukunft für die Hälfte aller RentnerInnen?



RENTEN-  
BESCHLEDE

SOZIALAMT

UNTERWEGS ZUM RÜCKSPAND

T. Weißert

KLARtext e.V. (Hg.):

## **Rente mit 60 – nicht erst ab 67/70!**

13 Thesen von Rainer Roth

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2021/06/rente\\_mit\\_60\\_20100824\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2021/06/rente_mit_60_20100824_A5.pdf)

Kaum ist die Rente mit 67 beschlossen, steht die Rente mit 70 vor der Tür. „*Wenn Europas Bürger immer älter werden und deswegen länger Altersbezüge erhalten, müssen sie ... länger arbeiten. Langfristig muss aus der Rente mit 67 wohl eine Rente mit 70 werden*“ (FTD 27.05.2010). genau solche Pläne sind 2014 wieder im Schwange. Wie die Forderungen 10-30-500 gehörte und gehört noch die "Rente mit 60!" zum Katalog gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten.

## **Mehr Alte weniger Kinder - Katastrophe?**

Die Demagogie mit der Demografie  
Herausgeber: KLARtext e.V.

Autoren: Günter Berg, Gerd Bosbach  
1. Auflage, September 2014, 40 S.

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/demografieluege\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/demografieluege_A5.pdf)



Bündnisveranstaltung:

## "Altersarmut - kein Problem?"

mit Dagmar Hühne und Holger Balodis.  
Frankfurt (Main), DGB-Haus, 16.11.2018

UnterstützerInnen:

- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne
- GEW Bezirksverband Frankfurt u. Kreisverband Offenbach
- Klartext e.V.
- Bündnis „Rente zum Leben“ ([www.rente-zum-leben.de](http://www.rente-zum-leben.de))
- Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, Arbeitsausschuss
- express – Zeitung f. sozialistische Betriebs- u. Gewerkschaftsarbeit
- Aufstehen - Ortsgruppe Göttingen

# Altersarmut - kein Problem?



<https://www.youtube.com/watch?v=uyBE1-qxVmE&feature=youtu.be>



Zusammenfassung: <https://klartext-info.de/klartext-newsletter-zur-veranstaltung-altersarmut-kein-problem/>

Holger Balodis, Dagmar Hühne: Die große Rentenlüge. Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist, Frankfurt 2017

Holger Balodis, Dagmar Hühne: Rente rauf! So kann es klappen, Frankfurt 2020

## VIII Krise - Keine Rettungsschirme für das Kapital

2008 brach eine Wirtschafts- und Finanzkrise aus, die laut Deutsche Bank-Chef Ackermann den „Tod des deutschen Bankensystems“ hervorrufen sollte, wenn der Staat bankrotte Banken nicht mit Milliarden Steuergeldern retten würde. Sogar der finanzielle Weltuntergang wurde beschworen. Dagegen bildete sich eine breite Bewegung unter der Forderung: Wir zahlen nicht für eure Krise. Am 28. März 2009 demonstrierten 25.000 Menschen in Frankfurt und 30.000 in Berlin für dieses Ziel.

Allerdings setzten Attac und Linkspartei entgegen dem Beschluss einer Versammlung, die die Frankfurter Demonstration vorbereitete, die Parole „Für eine solidarische Gesellschaft“ an den Anfang des Aufrufs. Die Forderung bleiben im Allgemeinen. Zum Beispiel wurde ein „armutsfester gesetzlicher Mindestlohn“ gefordert statt zehn Euro. Das Ziel der „solidarischen Gesellschaft“ schloss aus, die in der sozialen Bewegung breit anerkannten Ziele 500 Euro Eckregelsatz, zehn Euro Mindestlohn und 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in den Mittelpunkt zu stellen. Sie wären unsolidarisch mit dem Kapital gewesen und hätten den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Klartext e.V. beteiligte sich aktiv an der Gründung eines Bündnisses, das an den Forderungen der sozialen Bewegungen festhielt und nahm unter diesen Parolen auch an der Demonstration in Frankfurt teil.

### **Bündnis 31. Januar: Was wir sind und was wir wollen**

(in: Was bedeutet eigentlich Gerechtigkeit, S. 53 ff;

[www.klartext-info.de/alt/broschueren/gerechtigkeit-ist\\_das\\_nicht\\_ungerecht.pdf](http://www.klartext-info.de/alt/broschueren/gerechtigkeit-ist_das_nicht_ungerecht.pdf))

Das Bündnis 31. Januar ist ein bundesweiter Zusammenschluss für den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Lohnabhängigen, seien sie beschäftigt, in Ausbildung, erwerbslos oder in Rente. Es wurde am 31. Januar 2009 gegründet.

Politisches Ziel des Bündnisses ist, die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrisen selbst so viel wie möglich für die Krisenfolgen zur Kasse zu bitten. Wir sind uns einig in der Analyse, dass nicht die persönliche Gier und Maßlosigkeit einiger „Casino-Kapitalisten“ sowie eine „falsche (neoliberale) Politik“ die letzte Ursache der Wirtschafts- und Finanzkrise(n) ist, sondern die kapitalistische Produktionsweise selbst mit ihrem konkurrenzgetriebenen Zwang zum Maximalprofit.

Das Bündnis entwickelt Inhalte und Forderungen, die ohne Rücksicht auf die Belange des Kapitals ausschließlich die Interessen und Rechte der Lohnabhängigen zum Inhalt haben. Damit unterstützen wir die Formierung eines breiten kämpferischen Bündnisses gegen das Kapital und seine politischen Agenturen, bundesweit und international. In diesem Sinn verstehen wir uns als kritische Strömung innerhalb der sozialen Bewegungen gegen die Abwälzung der Krisenlasten.

Das Bündnis 31. Januar ist parteiunabhängig und finanziert sich durch Spenden. Mitglied in unserem Bündnis kann jede Einzelperson, jede Initiative, jede Organisation werden, unabhängig von weltanschaulichen Einstellungen (mit Ausnahme von faschistischen und rassistischen Einstellungen). Einzige Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Bündnis 31. Januar ist die Unterzeichnung - und damit Unterstützung - seiner politischen Plattform.

Auf den Treffen des Bündnis 31. Januar werden Erfahrungen ausgetauscht, die Plattform des Bündnisses weiterentwickelt und gemeinsame Aktivitäten besprochen und verabredet. An diesen Treffen können sich selbstverständlich auch Einzelpersonen, Initiativen sowie Organisationen beteiligen, die nicht Mitglied des Bündnisses 31. Januar sind.

Das Bündnis wird unterstützt von:

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), Anti-Hartz-Bündnis Berlin, Attac Aschaffenburg-Miltenberg (partiell), Erwerbslosen Forum Deutschland, Klartext e.V., LabourNet Germany (partiell), Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB), Sozialforum Dortmund (partiell), Tacheles e.V.

[www.buendnis31januar.de](http://www.buendnis31januar.de)

# Sie kriegen den Karren nicht flott ...



„Aufschwung kaum noch zu stoppen“ (FTD 25.11.2009). Die Herrschenden reden das Ende der Rezession herbei, obwohl die Krise noch in voller Blüte steht. Die Industrieproduktion in Deutschland lag 2009 in den ersten neun Monaten um 20 % unter dem Vorjahreswert, der Auftragseingang um 27 %. Die Kapazitäten in Europa und den USA waren nur zu etwas über 70 % ausgelastet. Die Krise ist damit tiefer als alle vorherigen der Nachkriegszeit und wird deshalb auch länger dauern.

## **Wirtschafts- und Finanzkrise – Produkt der „Realwirtschaft“**

Gier und Maßlosigkeit sind nicht die letzte Ursache von Krisen. Sie sind persönlicher Ausdruck des kapitalistischen Zwangs zu Maximalprofit. Zu diesem Zweck erzeugen Unternehmen und Konzerne in heftiger Konkurrenz zueinander Waren für unberechenbare Märkte. Im Wettlauf um die höchste Produktivität macht das Kapital die Produzenten des Reichtums, die LohnarbeiterInnen, ferner immer mehr überflüssig. Folge all dessen sind periodische Überproduktionskrisen. Sie zeigen Überfluss an Waren und Kapital an, während es vielen Menschen am Notwendigsten mangelt. In der Krise werden die Überkapazitäten vernichtet (siehe Automobilindustrie). Dann beginnt das verrückte Spiel von Neuem.

Die Finanzkrise ihrerseits besteht in einer „Überproduktion“ von Krediten und Wertpapieren. Auch die Banken haben „zu viel“ Kapital. Die Bilanzen der Banken verdoppelten sich in der Eurozone und den USA von 2000 bis 2008 um viele Billionen. Da ein Überangebot von Kapital die Zinssätze senkt, fielen trotz aller Gier von Bankern die Bankrenditen. Um dem entgegen zu wirken, floss immer mehr Kapital in abenteuerliche Finanzgeschäfte ohne Einsatz von Eigenkapital. Milliardenwerte müssen nun abgeschrieben werden. Neuer Abschreibungsbedarf entsteht, weil die Krise auch die Bedienung von gewerblichen Krediten untergräbt.

## **Ohne Staat läuft nichts – mit Staat aber auch nicht**

Staaten versorgen bankrotte Banken und Konzerne mit Kapital und garantieren Bankkredite, die Banken gar nicht mehr vergeben würden. Gigantische kreditfinanzierte Konjunkturprogramme vor allem der USA und Chinas geben der maroden Wirtschaft einen leichten Schub. Zentralbanken akzeptieren wertlose Wertpapiere als Sicherheit für frisches Geld zu minimalen Zinsen und finanzieren damit neue Blasen an Aktien- und Rohstoffmärkten.

Die „Rettungsmaßnahmen“ und krisenbedingt fallende Steuereinnahmen führen zu explodierenden Staatsschulden, an denen wiederum Banken und Kapitalbesitzer verdienen. Die Gläubiger bekommen immer mehr Einfluss auf den Staatshaushalt. Die Kreditwürdigkeit von Staaten sinkt; die Gefahr von Staatsbankrotten nimmt zu. 2010 wird die Hälfte des Bundeshaushalts der USA mit Schulden finanziert, in Deutschland wird es einschließlich der Schattenhaushalte über 30 % sein.

Uns Lohnabhängigen, seien sie beschäftigt, erwerbslos oder in Rente, stehen deshalb drastische Kürzungen von Sozialleistungen und Löhnen, eine allgemeine Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, bevor.

**Wir Lohnabhängigen müssen eigene Forderungen ohne Rücksicht auf das Kapital aufstellen, um den Auswirkungen der Krise entgegenzutreten.  
Wir brauchen ein breites kämpferisches Bündnis gegen das Kapital.**

# Das Kapital soll für die Folgen der Krise aufkommen!

- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.** Damit werden Entlassungen reduziert. Sie ist überfällig, weil sich die immens gestiegene Produktivität seit 20 Jahren nicht mehr in Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhungen niedergeschlagen hat.
- **Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro brutto.** Er muss als Existenzminimum von Erwerbstätigen lohnsteuerfrei bleiben.
- **Bezug von Arbeitslosengeld I mindestens fünf Jahre lang zu 80 % des Nettolohns.**
- **Anhebung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf mindestens 500 Euro und damit auch Anhebung der Kinderregelsätze.** Zumutbarkeit von Vollzeitlohnarbeit nur, wenn Lohn und Kindergeld von Hartz IV unabhängig machen. Keine Zumutbarkeit von Löhnen unter 10 Euro brutto.
- **Grundrente in Höhe von 1.000 Euro brutto als Mindestrente innerhalb der Rentenversicherung.** (1000 € brutto = 900 € netto oder 500 € Eckregelsatz plus Warmmiete)
- **Rente mit 60 ohne Abschläge.** Das dient der Arbeitszeitverkürzung und der Verringerung von Arbeitslosigkeit. Anhebung des Rentenalters dagegen bedeutet Arbeitszeitverlängerung und Rentenkürzung und noch mehr Erwerbslosigkeit..
- **Wiederherstellung der paritätischen Kranken- und Pflegeversicherung.**
- **Wiederanhebung des Körperschaftsteuersatzes der Kapitalgesellschaften und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer mindestens auf den alten Stand von 56 Prozent. Wiedereinführung der Vermögenssteuer.**
- **Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten.** Warum werden Brot, Getränke, Kleidung usw. mit Umsatzsteuer belegt (was wir nicht befürworten), der Handel mit Aktien, Devisen usw. aber nicht?
- **Absicherung von Bankgeschäften mit erheblich mehr Eigenkapital, mindestens 10 % der Bilanzsumme**  
Banken in Deutschland hätten dann statt 360 Mrd. € rund 800 Mrd. € Eigenkapital nachweisen müssen. Banken sollen für ihre Verluste selber zahlen.

Solange die Kapitalverwertung Grundlage der Wirtschaft ist, werden weder die Durchsetzung unserer Forderungen noch alle Rettungsmaßnahmen der Regierung verhindern können, dass die nächste Krise kommt.

Unsere Forderungen wären auch nach ihrer Verwirklichung noch längst keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft. Das Kapital ist unfähig zur Solidarität mit den arbeitenden Menschen. Die Verwirklichung der Forderungen setzt der Kapitalverwertung jedoch Schranken und verbessert unsere Lage.

## **Bündnis 31. Januar ([www.buendnis31Januar.de](http://www.buendnis31Januar.de))**

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), Berliner Bündnis für soziale Grundrechte - Anti-Hartz-Bündnis, Erwerbslosenforum, KLARtext e.V., LabourNet Germany, Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, Sozialforum Dortmund, Tacheles e.V.

Stand 08.01.2010



# Nach uns die Sintflut? Nein danke!



Über Deutschland türmen sich immer schwärzere Schuldenwolken auf. Wenn sie sich entladen, kann es zu einer Katastrophe mit ungeahnten Auswirkungen kommen.

- Die Europäische Zentralbank (EZB) hält mit Krediten von mehr als 1.000 Milliarden Euro Banken am Leben, vor allem südeuropäische, die von Geschäftsbanken kaum noch Kredite bekommen. Zu diesem Zweck wird die Gelddruckmaschine angeworfen. „Höhere Inflationsraten sind ein Bestandteil der Lösung für die Staatsschuldenkrise“, erklärt der Chefvolkswirt von Morgan Stanley (SZ 15.03.2012).
- Der Niedergang Südeuropas führt zu einer dramatischen Kapitalflucht vor allem nach Deutschland und Luxemburg. Damit südeuropäische Banken nicht aus Kapitalmangel zusammenbrechen, haben Notenbanken sie mit weiteren 800 Mrd. Euro versorgt, darunter allein die Bundesbank mit 547 Mrd. Euro.
- Die kreditfinanzierten „Rettungsschirme“ von EU und IWF bewegen sich ebenfalls auf 1.000 Mrd. Euro zu. Mit ihnen wird

ein Kreditrahmen für Länder Europas bereitgestellt, die dem Bankrott nahe sind. Die EZB hat ferner für 220 Mrd. Euro Staatsanleihen von Südeuropa und Irland gekauft.

Als Sicherheiten für ihre Kredite an Banken akzeptiert die EZB wertlose Staats- bzw. staatlich garantierte Bankanleihen. Auch wenn immer wieder „rote Linien“ verkündet werden, die nicht überschritten werden dürften: weitere „Rettungs“-Milliarden sind unausweichlich. Denn die Grundursache des Problems wirkt weiter und liegt jenseits des Einflussbereichs von EZB und Regierungen.

## Wen sollen die „Rettungsschirme retten“?

Erstens den Euro. Bundesbankpräsident Weidmann nennt als Hauptziel der Rettungsmaßnahmen die Sicherung der Währungsunion und hält das Auseinanderbrechen der Eurozone für absurd. Der Euro bzw. die EU dienen Deutschland dazu, sich für den Kampf mit den USA um die Vorherrschaft in der Welt zu stärken. Dafür ist das imperialistische Deutschland bereit, viele Hundert Milliarden auf den Tisch zu legen. Doch die Währungsunion produziert ihren Zerfall selbst. Wer steigt wohl ab, wenn Fußballvereine der Regionalliga und der Bundesliga in derselben Liga vereinigt würden? Ähnlich ist es, wenn kapitalistische Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsstand und Produktivität auf dem Boden einer gemeinsamen Währung konkurrieren. Der Euro hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der produktivsten europäischen Volkswirtschaften gestärkt, vor allem der deutschen, und den Ruin der schwächeren Konkurrenten beschleunigt. Diese haben zwar zeitweise von niedrigen Zinsen, Auslandskapital und EU-Geldern profitiert. Aber das ist nun vorbei. Das Auseinanderbrechen der Eurozone verhindern zu wollen, ist illusionär. Konkurrenz ohne Verlierer ist beim Fußball nicht möglich, erst recht nicht in der kapitalistischen Ökonomie. Die „Schuldenkrise“ ist nicht das Ergebnis von Spekulation, Gier, einer falschen Politik oder mangelnder Binnennachfrage. Sie ist auch nicht das Ergebnis von Faulheit und Schmarotzertum der Südländer und anderer Ausländer, allerdings auch nicht das Produkt der habgierigen Deutschen. Sie ist das Produkt der „ganz normalen“ Geschäftstätigkeit des Kapitals.

Zweitens das Bankkapital. Der Staat übernimmt in wachsendem Maße die Finanzierung kreditunwürdiger Staaten, damit sich Banken aus der Staatsfinanzierung verabschieden und ihre noch bestehenden Bankkredite getilgt und verzinst werden können. Gefährdete Banken sollen mit EZB-Geld zu einem Prozent noch an der Finanzierung ihrer Staaten mit Krediten zu vier Prozent verdienen können.

Ob in Deutschland oder Griechenland: Wie alle Schuldner stehen auch Staaten bei Überschuldung unter Kontrolle ihrer Gläubiger. Diese wollen niemanden außer sich selbst retten. 85 % des letzten 130 Mrd. Euro schweren Rettungspaket für Griechenland flossen an die Gläubigerbanken. Auch die 110 Mrd. Euro vorher kamen nur einigen Banken zugute (FAZ 27.02.2012). Die „Rettung“ der Banken und die des Euro beruht auf der Verarmung der Masse des Volkes.

b.w.

**Rettungsschirme:**

## In Deutschland drohen Milliardenverluste

„Hoffentlich endet dieses Billionenspiel nicht ... mit einem großen Knall“, betete die FAZ (10.2.2012). Wie aber soll es sonst enden?

„Starke“ Staaten finanzieren „schwache“ Staaten, weil den Geschäftsbanken deren Finanzierung zu heiß wurde. Wenn aber auch die Finanzkraft der „starken“ Staaten schwindet, wer versorgt dann bankrotte Staaten noch mit Kredit? Wenn alte Kredite nicht mehr mit neuen zurückgezahlt werden können, zerfällt die Eurozone und die ausgegebenen Kredite sind verloren.

Deutschland als Hauptprofiteur des Euro erntet dann die Früchte seines „Erfolgs“. Deutschland haftet für 27 % der ausgegebenen Kredite und nimmt dafür selbst Kredite auf. Es steht insgesamt mit einer Summe von nahezu einer Billion Euro im Risiko. Der vergebliche Versuch, den Staatsbankrott seiner kapitalistischen Konkurrenten zu verhindern, um seinen Konkurrenzvorteil, die Währungsunion, zu erhalten, könnte Hunderte von Milliarden Euro kosten.

Wenn die vom deutschen Staat eingesetzten Gelder auf dem Roulettisch des Kapitals verspielt werden, zahlen die LohnarbeiterInnen die Zeche, ob als Beschäftigte, Erwerbslose oder Rentner. Die in Griechenland, Spanien, Italien usw. angewandten Methoden drastischer Senkungen des Lebensstandards werden dann auch hier angewandt. Das Kapital möchte schließlich nicht für die Folgen seiner eigenen Geschäfte aufkommen.

## Auf dem Weg zur Finanzdiktatur

Die gewaltigen Summen, die für die Gläubigerstaaten auf dem Spiel stehen, zwingen sie dazu, die Schuldnerstaaten nach und nach in Protektorate mit Marionettenregierungen der Banken zu verwandeln. Deren Staatshaushalte werden über eine Art „Wirtschaftsregierung“ von den Gläubigern diktiert. Aber auch die Gläubigerstaaten unterwerfen sich mit dem geplanten Fiskalpakt harten „Schuldenbremsen“, d.h. Ausgabenkürzungen. Die Staatsgewalten Europas werden immer mehr von einer Handvoll Machern repräsentiert, die die Interessen des Finanzkapitals umsetzen. Nationale Souveränität und parlamentarische Demokratie gehen zur Neige. „Wir brauchen mehr Europa,“ nennt Westerwelle das. Das Finanzkapital strebt nach Herrschaft, nicht nach der überkommenen bürgerlichen Demokratie.

Die Profiteure des Euro, die wettbewerbsstärksten Konzerne Europas, vor allem die Deutschlands, haben keinerlei Hemmungen, die Völker Südeuropas in Armut und Arbeitslosigkeit zu stürzen. In ihren eigenen Ländern haben sie ebenfalls keine Hemmungen. Die Völker Südeuropas lassen sich nicht widerstandslos ins Elend stürzen, um das Vertrauen „der Finanzmärkte“ wiederzugewinnen. Das Gleiche gilt auch für Deutschland, je mehr uns die Schuldenlast niederdrückt.

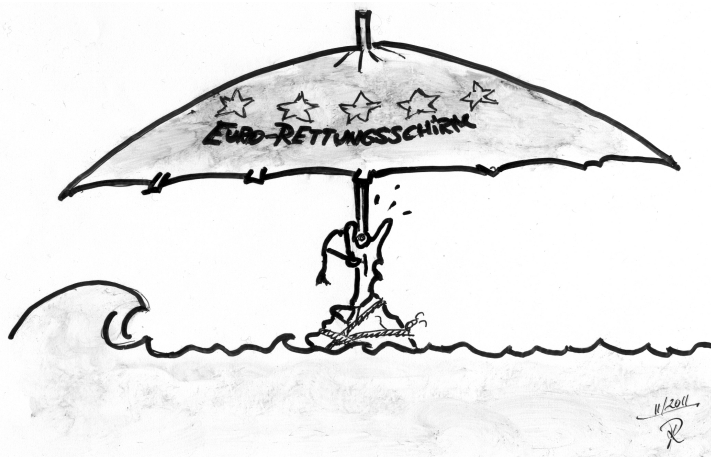
## Was folgt daraus?

- Warum Schulden in vollem Umfang bedienen, die der Markt schon längst abgewertet hat, in Griechenland auf inzwischen 25 Prozent? Keine „Rettungsschirme“ zwecks weiterer Bedienung der Staatsschulden kreditunwürdiger Länder! Schuldenstreichung statt Schuldenbedienung!
- Wenn schon „Rettungsschirme“ für das Kapital, dann soll es selbst für sie aufkommen. Volle Umlage der Kosten der Rettungsschirme auf das Kapital durch massive Steuererhöhungen und Sonderabgaben!
- Gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro brutto/Std. lohnsteuerfrei, Erhöhung des Hartz IV-Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro, Mindestrente von 1.000 Euro brutto, Rente mit 60, Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das wäre zwar kein Rettungsschirm, der uns von kapitalistischen Krisen erlösen würde, würde aber die Lage der Lohnabhängigen erheblich erleichtern.

## Bündnis 31. Januar (www.buendnis31Januar.de)

- 
- |  |  |
|--|--|
| • Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) | • Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB) |
| • Klartext e.V.                        | • Erwerbslosenforum Deutschland                              |
| • Attac Aschaffenburg-Miltenberg       | • Tacheles e.V.  |
-

## **Keinen Euro, keinen Cent für Banken und Establishment!**



Für die Explosion der Staatsschulden der EU-Länder und damit auch Griechenlands ist die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 verantwortlich. Nicht der gierige Grieche oder das dolce vita der Italiener! Alle paar Jahre kracht die kapitalistische Wirtschaft zusammen. Sie produziert aufgrund ihrer inneren Logik erheblich mehr Waren als gekauft und erheblich mehr Kapital als rentabel angelegt werden kann. Krisen

brechen unabhängig vom Willen von Bankern, Spekulanten oder Politikern aus. Jede Krise erzeugt tiefe Haushaltslöcher. Und die wurden mit Unmengen Staatskrediten „bekämpft“.

Griechenlands Staatsschulden explodierten besonders stark, weil seine Wirtschaft besonders schwach ist. Trotzdem: die Krise ist in Europa noch nicht überwunden. Die Industrieproduktion der Eurozone (auch die Deutschlands) liegt immer noch unter dem Vorkrisenniveau von 2007.

Einige Staaten der EU stehen vor dem Bankrott. Banken geben ihnen keinen Euro mehr, Staatsinsolvenzen von Griechenland, Portugal, Irland, Spanien oder Italien u.a. brächten hohe Verluste. Das wollen die Banken unbedingt vermeiden, denn sie haben noch milliarden schwere marode Staatspapiere in ihren Büchern. Um sie vor den ruinösen Folgen der „Finanzmärkte“ zu „retten“, spannen die EU-Staaten riesige „Schirme“ im Volumen von einer Billion Euro auf. Sie ersetzen die auslaufenden Bankkredite an marode Staaten durch Staatskredite. Sie decken damit den Rückzug der Banken ab. Wenn die Banken ihre völlig unverkäuflichen Griechenlandanleihen um 50 % abschreiben, versichert die EU die noch verbleibenden 100 Mrd. Euro griechischer Staatsanleihen gegen weitere Abschreibungen. Ein gutes Geschäft zu Lasten der Steuerzahler.

Die deutschen Industriebosse, aber auch die Gewerkschaftsführung sprechen sich entschieden für die „Rettung“ des Euro und der EU aus. Sie sehen keine Alternative. Staatsbankrotte und der Zerfall der Währungsunion würden die Exporte verringern. Das gesamte europäische Finanz- und Industriekapital profitiert von einem einheitlichen Markt für seine riesigen Waren- und Kapitalmassen. Die EU ist ihre Basis im internationalen Konkurrenzkampf.

Doch die Euro-Zone war von Anfang an nicht stabil. Länder ganz unterschiedlicher Wirtschaftskraft treten in einer Währungsunion gegeneinander an. Es gibt keine gleichmäßige Entwicklung von kapitalistischen Ländern. Die Wettbewerbsfähigkeit der einen begründet die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der anderen. Griechenland gehört zu den Ländern mit den höchsten Handelsbilanzdefiziten in Europa, Deutschland zu denen mit den höchsten Handelsbilanzüberschüssen. Aus diesen Gründen verschulden sich die schwächeren Länder stärker.

Die Schulden sind das Druckmittel, mit dem die Gläubigerstaaten, v.a. Deutschland, die schwächeren EU-Staaten ihrem Diktat unterwerfen. Nichts Anderes bedeutet die angestrebte sogenannte Wirtschaftsregierung. Auf die Dauer versinkt auch Deutschland im Strudel der Rettung der untergehenden Konkurrenten.

**Keine Rettungsschirme für Banken und Konzerne!**

## **Streichung der Staatsschulden Griechenlands!**

Banken und Konzerne in Deutschland haben von der ausufernden Verschuldung u.a. Griechenlands profitiert. Sie sollen auch für die Folgen aufkommen. Die Vertreter der hiesigen Wirtschaft schwafeln ständig von privater Eigenverantwortung. Für Banken und Konzerne jedoch gilt das nicht. In wachsendem Maße haften der Staat und damit die Gesellschaft und ihre Bürger für Verluste aus privaten Investitionen und Zockereien. Weltuntergänge, Zusammenbrüche und schreckliche Folgen werden beschworen, um Zustimmung dazu zu erpressen. Privates Kapital jedoch, das ohne Staatsdoping und Steuersubventionen nicht mehr funktioniert, hat jede Legitimation verloren.

Nur noch durch Raub an den Besitzständen seiner Bürger und an den Ressourcen der Länder kann das System des Profits am Leben gehalten werden. Das griechische Volk zahlt mit 20-40%-igen Kürzungen von Löhnen und Renten, mit Entlassungen und dem Ruin der Kleineigentümer. Das öffentliche Vermögen wird ausgeschlachtet und fällt internationalen Banken und Konzernen in die Hände.

Die Staatsschulden, die zur Rettung von Bank- und Industriekapital aufgetürmt werden, müssen auch in Deutschland getilgt und verzinst werden. Die breite Masse wird auch in Deutschland weiter enteignet und abkassiert. 2011 ist die Staatsschuld auf 2,1 Billionen Euro angewachsen, 500 Mrd. Euro mehr als 2007. Da die Schuldenbremse in Zukunft keine Neuverschuldung mehr zulassen soll, wird der Druck auf Kürzungen noch stärker. Die Löhne stagnieren, fallen immer mehr unter das Existenzminimum, prekäre Arbeit nimmt zu, die Armut der Jugend und der Alten wächst. Jetzt auch noch für die Fehlinvestitionen von Banken haften? Nein.

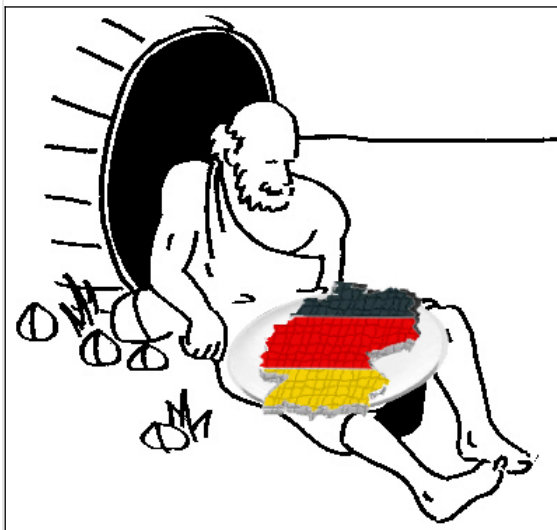
### **Die Verursacher sollen ihre Schuldenkrise selbst bezahlen!**

- Die herrschende Klasse Deutschlands hat vom Euro und von den Staatsschulden am meisten profitiert. In den letzten Jahren wurden Körperschaftssteuer und der Spitzensatz der Einkommensteuer massiv gesenkt. Sie müssen wieder drastisch angehoben werden, damit die Staatsschulden nicht von den kleinen Leuten bezahlt werden.
- Das gesamte Geldvermögen in Deutschland beträgt 4.900 Milliarden Euro. Auf das oberste Zehntel der Haushalte entfällt die Hälfte davon. Die Reichen müssen mit einer Sonderabgabe deutlich zur Senkung der Staatsschuld beitragen. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden.
- Die Banken drehen mit möglichst wenig Eigenkapital möglichst große Krediträder. Die Verluste laden sie auf den Staat ab. Deshalb muss das Eigenkapital der Banken auf mindestens 10 % der Aktiva angehoben werden.
- Handelbare Kreditausfallversicherungen ohne Deckung (CDS) müssen verboten werden.
- Wenn schon eine Mehrwertsteuer, dann auch auf Finanzprodukte, nicht nur auf Brot.
- Weltweit gehen Menschen gegen Banken und Regierungen auf die Straße. Nur durch breite Massenproteste können Änderungen der Politik der Herrschenden erzwungen werden. Wenn wir keine Opfer der anstehenden Kürzungen zur Bedienung der Staatsgläubiger sein wollen, brauchen wir z.B. einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde lohnsteuerfrei, die Erhöhung des Hartz IV-Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro, eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich, Mindestrente und Rente mit 60.

Lohnsenkungen, Anhebungen des Renteneintrittsalters, Arbeitszeitverlängerungen usw. sind „Rettungsschirme“ alleine für das Kapital.

### **Wir müssen uns schon selber retten!**

## Luxus-Griechen fressen Deutschland auf?



Laut Medienkonzernen, Wirtschaftsverbänden und Regierungsparteien sind für die griechische Schuldenkrise zu hohe Löhne, Luxus-Renten, Faulheit und ein aufgeblähter Staatsapparat verantwortlich. Tatsache ist: Die „faulen Griechen“ arbeiten 42 Stunden pro Woche im Schnitt und liegen damit zwei Stunden über dem Durchschnitt der Eurozone. Die „hohen Löhne“ liegen bei durchschnittlich 803 Euro brutto mtl. Ein Drittel der Griechen hat keine Sozialversicherung. Die „Luxus-Renten“ liegen bei 55 % des Durchschnitts der Eurozone. Die „schmarotzenden Rentner“ gehen im Durch-

schnitt mit 62,4 Jahren in Rente, in Deutschland mit 62,1. Die Gehälter im Öffentlichen Dienst sind seit 1990 um 30 % gekürzt worden. Das Preisniveau jedoch ist vergleichbar mit dem in Deutschland.

***Griechenland ist nicht das Schlemmerland der Europäischen Union, sondern eher das Armenhaus!***

Wenn so gelogen wird, dann soll wohl von den wahren Ursachen abgelenkt werden.

### **Die wahre Ursache liegt in den ungleichen Wirtschaftsverhältnissen**

Die griechische Wirtschaft ist im Verhältnis zu den entwickelten Ländern der Eurozone rückständig. Sie ist geprägt von kleineren und mittleren Unternehmen. Gegenüber der Großindustrie Deutschlands und der führenden Länder der Eurozone ist Griechenland nicht wettbewerbsfähig. Die geringe Arbeitsproduktivität gegenüber Deutschland zeigt sich in den um ein Drittel höheren Lohnstückkosten und in permanenten Leistungsbilanzdefiziten. Griechenland importiert Jahr für Jahr erheblich mehr als es ausführt. Es fließt fortwährend mehr Geldkapital ab, als zurück. Allein 2009 machten die Defizite 30 Mrd. Euro aus. Die jährlichen Defizite konnten nur durch Schulden finanziert werden. Beim Staat summieren sie sich inzwischen auf 300 Mrd Euro. 60 Prozent davon entfallen auf französische, deutsche und schweizerische Banken.

**Mit Staatsschulden** kurbelte der griechische Staat die Binnennachfrage an, damit Importe bezahlt und die einheimische Wirtschaft belebt werden konnte. Die Warenexporteure Deutschlands profitierten davon.

**Mit Staatsschulden** musste bezahlt werden, dass man die „Wettbewerbsfähigkeit“ mit Hilfe extrem niedriger Steuersätze fördern wollte. Das Aufkommen aus Einkommens- und Gewinnsteuern betrug mickrige 7,5 % des BIP (OECD-Durchschnitt 12 %). Hinzu kam noch massive Steuerhinterziehung.

**Mit Staatsschulden** wurde die Infrastruktur (Olympiabauten, Autobahnen, Wasserkraftwerke, Gas- Pipelines u.a.) ausgebaut, um der Bau- und Energiewirtschaft und dem Tourismus auf die Beine zu helfen. Verbreitete Korruption, dick beteiligt dabei auch Siemens, erhöhte die Ausgaben und damit die Staatsschulden.

**Mit Staatsschulden** wurde auch die gigantische Aufrüstung bezahlt. 6 % des BIP flossen in Militärausgaben. Griechenland ist nach der Türkei der zweitgrößte Abnehmer deutscher Waffen. Thyssen verdient an jeder Seite der Front. In Griechenland stehen mehr Leopard II-Panzer als in Deutschland selbst.

**Die Staatsschulden** zwangen zur Privatisierung von Staatsunternehmen. Die Telekom riss so 30 % des größten griechischen Telefonkonzerns OTE an sich.

**Die Staatsschulden** des griechischen Staats wurden zur Quelle von Milliarden an Bankprofiten in Deutschland, Frankreich, aber auch in Griechenland. Der griechische Staat steht bei griechischen Banken mit 40 Mrd. Euro in der Kreide.

Die internationale Wirtschaftskrise traf Griechenland besonders hart, weil der internationale Seehandel, an dem Griechenland stark beteiligt ist (Griechenlands Handelsflotte ist die fünftstärkste der Welt) und der Tourismus stark zurückgingen. Die Finanziere der Staatsschulden zweifelten daran, dass Griechenland in der Lage wäre seine Schulden zu bedienen. Die Risikoaufschläge der Zinsen explodierten. Der Staatsbankrott stand vor der Tür.

### **Die Werktätigen Europas sollen für die Bankgeschäfte haften.**

Griechenland wird seine Schulden nie zurückzahlen können. Die Bankiers und ihre politischen Marionetten benutzen ihre Staaten als Vollkaskoversicherung für ihre privaten Geschäfte. Sie geben an Griechenland nur noch Kredite, wenn der Staat für die Rückzahlung bürgt. So sichern sie sich die Rückzahlung alter Kredite, indem die Staaten Europas Griechenland neue Kredite gewähren, die keine Privatbank gewähren würde. So treiben sie ihrerseits die eigene Staatsverschuldung voran. Wer die Zeche zahlt, das sind die Beschäftigten und ihre Familien, die Rentner, die Arbeitslosen.

Zuerst sind die griechischen Werktätigen dran. Ihnen werden drastische Sparmaßnahmen auferlegt, damit das Haushaltsdefizit sinkt. Um die Lohn- und Rentensenkungen durchzusetzen, werden sie auch noch in der Öffentlichkeit aufs Übelste beschimpft. Die lügenhafte und demagogische Pressekampagne gegen die griechischen Werktätigen soll die Erkenntnis verhindern, dass **WIR ALLE Griechen** sind. Denn überall in Europa werden die breiten Massen für die Profite der Reichen in Haftung genommen. So wie auf der Grundlage der Kapitalverwertung die Schere zwischen arm und reich innerhalb der Länder der Europäischen Union auseinander geht, so geht zwischen den einzelnen Ländern ebenfalls die Schere zwischen reich und arm auseinander.

Wir fordern:

- Keine kostenlose staatliche Vollkaskoversicherung für private Bankgeschäfte!
- Schuldenstreichung statt Verarmung!
- Forderungsverzicht der Banken statt Lohnverzicht der Werktätigen!
- Drastische Erhöhung der Gewinn- und Vermögenssteuern!
- Sofern schon Bankverluste vergesellschaftet wurden: Einrichtung eines Sonderfonds, gespeist aus Abgaben der Banken und Konzerne, aus dem alle staatlichen Verluste abgedeckt werden!
- Statt Subventionen für die Profite des Kapitals: Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn (lohnsteuerfrei), 500 Euro Eckregelsatz, 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Rente mit 60!

- 
- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
  - Anti-Hartz-Bündnis Berlin
  - Attac Aschaffenburg-Miltenberg
  - Klartext.e.V.

- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Sozialforum Dortmund



# Rettungsschirme und Fiskalpakt ablehnen - ist das Nationalismus?

## Rettungsschirme für das Kapital

Die Schulden der Staaten der Eurozone belaufen sich 2012 auf 91 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt), d. h. über 8 Billionen Euro. Das „solide“ Deutschland kommt auf 82 Prozent, auf über 2 Billionen. Einer wachsenden Zahl der Eurostaaten droht der Bankrott, vor allem denen Südeuropas. Sie bekommen kaum mehr frisches Geld von Banken. Diese befürchten nicht zu Unrecht, es nie mehr wieder zu sehen. Als „Geldgeber der letzten Instanz“ springen die Staaten Europas mit Steuermitteln und Garantien für Bankkredite ein, momentan mit einem Volumen von über 1.000 Mrd. Euro. Der ESM (Europäischer „Stabilitäts“-Mechanismus), der letzte Rettungsschirm, ist mit 700 Mrd. Euro der größte.

80 Mrd. Euro davon schießen die Eurostaaten direkt ein. Im Umfang von 620 Mrd. Euro nimmt der ESM staatlich garantierte Bankkredite auf, um seinerseits Staaten und am Ende auch Banken zu versorgen. Die Summe ist nach oben unbegrenzt. Niemand weiß, wie viel Milliarden Euro noch benötigt werden.

Deutschland haftet allein dadurch mit etwa 300 Mrd. Euro, dem Umfang des Bundeshaushalts.

Dank der Rettungsschirme können Banken und andere Gläubiger sich in „sichere“ Anlagen zurückziehen.

Europäische Politik  
„Erfüllungsgehilfe der  
Großanleger“ (FAZ)

Die Kartenhäuser der Bankbilanzen können durch Abschreibungen z.B. auf Staats-

bzw. Bankkredite und den Rückzug der Geldgeber von Fremdkapital schnell erschüttert werden. Denn die Schulden der Banken der Eurozone belaufen sich auf 368 % des BIP oder rund 32 Billionen Euro. Nur etwa 8 % davon sind durch Eigenkapital gedeckt. Die Bankschulden im „Vorbild“ Deutschland betragen 345 % des BIP (8,8 Billionen Euro). Sie sind durch weniger als 5 % Eigenkapital gedeckt. Das Kreditkartenhaus der Eurobanken ist noch labiler als das der Eurostaaten.

Die europäischen Rettungsschirme werden als Akt der internationalen Solidarität gepriesen. In Wirklichkeit sind sie Akte der Solidarität mit den Eigentümern und Kapitalgebern der Finanzinstitute, vor allem denen der jeweiligen eigenen Nation, um sie vor dem Bankrott und vor Verlusten zu bewahren. Das wird als „nationales Interesse“ verkauft, dem sich alle unterzuordnen hätten. Aber selbst die FAZ bezeichnete „die euro-

päische Politik“ als „Erfüllungsgehilfe der Großanleger“ (FAZ 17.07.2012). Kein Wunder. Die Geberstaaten, auch Deutschland, befinden sich wegen ihrer eigenen Schuldenberge ebenfalls unter Kontrolle ihrer Gläubiger. Deshalb streben sie alle unterwürfig danach, das „Vertrauen der Finanzmärkte“, d. h. ihrer Geldgeber mit allen Mitteln zu erhalten.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ferner rund 1.000 Mrd. Euro Kredite für 1 Prozent ausgegeben, die überwiegend den vor dem Bankrott stehenden Banken Südeuropas zuflossen. Mit diesen Krediten werden auch Exporte aus Deutschland bezahlt (Börsenzeitung 14.07.2012). Auch die EZB trägt dazu bei, dass Großanleger in Bankenanleihen bisher „herausgehauen“ werden (FAZ 17.07.2012). Die Exportindustrien nicht zu vergessen.

Im Jahr 2011 lag der Anteil der deutschen Ausfuhren in Euro-Länder bei 40 Prozent des Gesamtexportes, in EU-Länder bei etwa 60 Prozent. Knapp 10 Prozent der deutschen Exporte gingen nach Amerika, etwa 16 Prozent nach Asien. Der Exportanteil der Euroländer geht vor allem auf Grund der Krise in Südeuropa zurück. Exporte nach Südeuropa, die den Umfang der Importe von dort übersteigen, können über Kredite der Bundesbank finanziert werden (sog. Target-Forderungen). Ende Juni 2012 betragen sie 730 Mrd. Euro. „In Portugal und Griechenland wurde in den letzten drei Jahren der gesamte Importüberhang so finanziert.“ (SZ 19.09.2011) Die Target-Kredite der Notenbank sind Rettungsschirme zur (unbegrenzten) Finanzierung von Exporten.

## Rettungsschirme - Verelendungsprogramme zugunsten des Kapitals

Die „Rettungsgelder“ im Interesse der Banken werden nicht bedingungslos gegeben. Die europäischen Geldgeber diktieren gemeinschaftlich, was zu tun ist, um wieder würdig zu werden, Kredite privater Banken ohne Staatsgarantie zu bekommen. Kürzung von Löhnen, Renten und Arbeitslosengeldern, schnellere Entlassungen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Abbau im Bildungs- und Gesundheitswesen, Auslieferung der staatlichen Infrastruktur an private Konzerne usw. sind gefragt. Die Verelendungsprogramme der EU verbilligen vor allem die Ware Arbeitskraft und erhöhen die Profitraten des Kapitals in Europa. Auch das griechische Kapital profitiert von Lohnsenkungen und der Abschaffung von Tarifverträgen. Die Verarmungsorgien verharmlost man als „Reformen des Arbeitsmarktes“. Verelendung wird als Voraussetzung für zukünftigen Wohlstand der Lohnabhängigen verkauft. Das Interesse der LohnarbeiterInnen aller europäischen Länder jedoch ist dem des Kapitals entgegengesetzt. Es besteht darin, seine eigenen sozialen Interessen zu verteidigen, und nicht darin, die Profitmassen und Vermögen der Kapitaleigentümer vor Verlusten zu bewahren.

zur Euro-Rettung

KLARTEXT

## „Unfähige“ Ausländer schuld an Krise?

Um dem Widerstand der LohnarbeiterInnen Europas gegen ihre Verarmung entgegenzuwirken, wird immer mehr Stimmung gegen andere Nationen gemacht. Einige Nationen hätten lange genug Party gemacht und sich auf Kosten anderer in die Hängematte gelegt. Sie hätten ihre Lage durch eine falsche Politik selbst verschuldet. Der Lebensstandard z.B. der „faulen Griechen“ sei ohnehin zu hoch. Wir sollen uns über „unsolide“ Ausländer aufregen statt gegen die eigenen Kapitalschmarotzer vorzugehen, die für misslungene Geschäfte nicht selbst haften wollen.

Mit „Luxusansprüchen“ von Rentnern, Beschäftigten und Erwerbslosen haben die gegenwärtigen Probleme von Banken und Staaten nämlich überhaupt nichts zu tun. Es war die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008, die riesige Haushaltslöcher in die Staatsfinanzen aller Ländern der Eurozone riss, auch bei den „fleißigen Deutschen“. Die Löcher wurden mit Schulden gestopft, um Staatsbankrotte zu vermeiden. Die Staatsschuldenquote des Euroraums war 2011 um rund 32 Prozent höher als im Vorkrisenjahr 2007, in Deutschland um rund 25 %. In ökonomisch schwächeren Ländern wie Griechenland jedoch um 54, in Portugal um 58 und in Spanien sogar um 89 Prozent. Die EZB förderte mit Zustimmung Deutschlands die Verschuldung, indem sie den Leitzins von 4,25 % im September 2008 auf sagenhafte ein Prozent ab Mai 2009 senkte.

**Nationalismus, um das Kapital aus der Schusslinie zu nehmen.**

Die Krise hat ihre Ursache in der Funktionsweise des Kapitals. Überall war zu viel Kapital in industrielle Kapazitäten, Immobilien und Finanzpapiere investiert worden, eine notwendige Folge der gegeneinander konkurrierenden Einzelinteressen auf dem Boden der Kapitalverwertung. Die Krise wird bereinigt, indem die Überproduktion und Überinvestition von Kapital vernichtet wird. Diese „marktwirtschaftliche“ Lösung stößt jedoch auf energischen Widerstand von Kapitaleigentümern, die die Vernichtung ihres Kapitals mit Hilfe des Staates minimieren wollen. Banken, die hätten bankrott gehen müssen, wurden mit Steuergeldern künstlich beatmet oder verstaatlicht. Das trieb die Staatsverschuldung besonders in Großbritannien (+ 93 %), Island (+ 350 %) und Irland (+ 436 %) noch mehr als in Griechenland in die Höhe.

## 2 Nationalistische Kritik an Rettungsschirmen

Nationalismus ist in Europa angesagt, um das Kapital, den Verursacher der Krise, und seine asozialen Sonderinteressen aus der Schusslinie zu bringen und den Widerstand der Lohnabhängigen zu bremsen und in die falsche Richtung zu lenken. Dabei helfen auch deutsche Kritiker der Rettungsschirme wie Sarrazin und Sinn sowie Industrievertreter wie Henkel. SPD-Mitglied Sarrazin ließ verlauten, die „Südländer“ müssten durch

eine „entsprechende Reformpolitik“ Kosten und Preise um 25 bis 50 Prozent senken, um so „leistungsfähig“ wie die „Nordländer“ zu werden. Das könnten oder wollten sie aber nicht und setzten stattdessen lieber auf die „Vergemeinschaftung“ ihrer selbst verursachten Schulden (FAZ 17.07.2012, 25). Ähnliche Kritik richtet sich auch gegen „die Franzosen“. Sinn und andere fürchten, dass die Ausfälle der „Rettungs“gelder die Wirtschaftskraft Deutschlands schwächen und seine Bonität an den Finanzmärkten gefährden könnten. Deutschland und die Eurozone insgesamt würden gegenüber den USA und Asien zurückfallen, wenn Mitglieder wie z.B. Griechenland zu lange durchgeschleppt würden. Die deutsche Wirtschaft könne nur konkurrenzfähig bleiben, wenn die Eurozone verkleinert würde. Wenn allerdings die staatlichen Rettungsgelder auch noch versiegen, ist der griechische Staat bankrott. Er wäre gezwungen, die Drachme wieder einzuführen. Die NPD lehnt alle Rettungsschirme ab. Sie tritt dafür ein, dass Deutschland die D-Mark als nationale Währung wiedereinführt. Sie behauptet, Deutschland sei nicht Hauptprofiteur der Währungsunion, sondern Zahlmeister. Auf der Basis der D-Mark strebt die NPD eine „neue Währungsordnung“ nur mit Staaten an, die – wie Deutschland – eine „ausgeprägte Stabilitätskultur“ (na so was!), Wirtschaftskraft und „passende Mentalität“ haben. „So könnte ein Europa freier Völker im Wettbewerb der Großräume mit den Vereinigten Staaten, China und Indien gestärkt werden,“ heißt es.

Ebenso wie die bürgerlichen Befürworter einer Verkleinerung der Eurozone gehen auch die Anhänger der D-Mark vom Grundinteresse des deutschen Kapitals aus, mit Hilfe eines „Großraums“ Europa seine ökonomische Position in Europa und der Welt auf Kosten der Konkurrenten zu stärken. Dieses Ziel, ob mit Euro oder D-Mark, erzeugt Überheblichkeit gegenüber anderen Nationen – eben Nationalismus. Das gilt nicht nur für Deutschland.

*Der Hitlerfaschismus strebte das Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes ... (sowie) feste innereuropäische Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion“ an (Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“ .9. September 1943, nach Reinhard Opitz Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, 965). Die Hitler-Regierung wusste, was dem*

**Im Unterschied zu den nationalistischen Kritikern der Rettungsschirme lehnen wir diese nicht ab, weil sie der falsche Weg für die Profitinteressen des Kapitals in Deutschland wären, sondern weil sie sprunghaft steigende Armut für die Völker Europas im Interesse des Kapitals bedeuten. Die Verteidiger der Rettungsschirme versuchen, diese Position ebenfalls als Ausdruck von Nationalismus zu diffamieren.**



## Währungsunion und Euro = Mittel gegen Nationalismus?

Die Arbeitgeberverbände und ihre Regierung, aber auch die DGB-Spitzen wollen die gegenwärtige Eurozone (zur Zeit noch) unbedingt aufrechterhalten.

Das Kapital hat Interesse an seiner möglichst wenig durch nationale Regelungen behinderten freien Entfaltung. Die Produktivkräfte des Kapitalismus haben schon lange die nationalen Grenzen gesprengt. Deshalb das Interesse aller europäischen Länder an einer Zollunion und schließlich auch an einer Währungsunion. Der Eurozone liegt ein gemeinsamer Markt zugrunde, in dem alle Schutzmechanismen für schwächere Konkurrenten entfallen sind (Abwertung der Währung, Zölle, Kapitalverkehrskontrollen). Deutschland, als Land mit der höchsten industriellen Produktivität in Europa, ist der Hauptprofiteur des Euro. Es konnte die Euroländer mit seinen Waren überfluten und bescherte ihnen dadurch gewaltige Handelsbilanzdefizite, d. h. Schulden. Lohnrückerei mit Hilfe von Hartz IV half dabei. Mit Hilfe des Euro strebt das deutsche Kapital die ökonomische Vorherrschaft über die europäischen Konkurrenten an und mit der Stärkung des Wirtschaftsraums EU auch seine Stärkung gegenüber den USA und Asien. Deshalb das hohe Risiko, das Deutschland mit den Rettungsmaßnahmen für den Euro eingeht. Aber auch die mächtigsten Konzerne der Konkurrenten treten für den Euro ein, in der Hoffnung, ebenso davon zu profitieren.

Euro – Mittel zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit vor allem Deutschlands

Dagegen spricht auch nicht, dass Deutschland der größte „Zahlmeister“ Europas ist. Die Nettzahlungen Deutschlands

nach Griechenland, Spanien usw. schlugen sich auch in hohen Aufträgen für deutsche Konzerne nieder. Die Verbesserung der Infrastruktur förderte den Tourismus und andere Wirtschaftszweige, nicht zuletzt, um die Gelder zu erwirtschaften, mit denen die Importe aus Deutschland bezahlt werden konnten. Jede „Entwicklungshilfe“ ist in erster Linie Hilfe für die Entwicklung der Helfer.

Die mit Hilfe des Euro auf dem Weltmarkt gewachsene ökonomische Stärke Deutschlands erzeugt hierzulande Überheblichkeit. Was aber ist Nationalismus anderes als die fixe Idee, die eigene Nation sei anderen überlegen und verdiene es, sich selbst zum Fixstern für alle anderen zu machen?

Zu dieser fixen nationalistischen Idee zählt auch, dass eine europäische Exekutive mit größerem deutschen Einfluss den kapitalistischen Tiger in Europa besser reiten könne als die bisherigen Kommissare. Die kapitalistische Ökonomie als Grundlage der Eurozone enthält unkontrollierbare Sprengkräfte, die jeden „politischen Willen“ in die Schranken verweisen. Die Kapitalverwertung schließt Konkurrenz ein, in der nicht nur Unternehmen,

sondern auch Regionen und Länder untergehen können, die weniger kostengünstig produzieren als andere. Griechenland und Portugal z.B. als abgelegene, schlecht erschließbare Randgebiete ohne Rohstoffvorkommen haben letztlich keine Chance, gegenüber der industriellen und finanziellen Artillerie vor allem Deutschlands zu bestehen. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gilt als Ziel der Verbilligung der Ware Arbeitskraft in Europa im Zuge der „Reformen“. Je mehr jedoch die Produktivität der ökonomisch stärksten Länder steigt und ihre Produktionskosten sinken, desto mehr wird die Wirtschaft anderer Länder geschwächt, desto größer wird wiederum ihr Kreditbedarf usw. Solange die Verschuldung das Schmiermittel von genügend Wachstum war, schien alles in Ordnung. Doch die Krise folgte auf dem Fuße und löste noch stärkeren Verdrängungswettbewerb aus. Nach Griechenland, Portugal und Spanien kommt Italien, nach Italien vielleicht Frankreich usw. Die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ kann keine Lösung für alle sein.

## Beschlüsse supranationaler Regierungsgremien der EU ablehnen - Nationalismus?

Nicht nur der ESM, auch der „Fiskalpakt“ dient den Interessen der Gläubiger der Staaten. Sie sehen die Zahlungsfähigkeit der Staaten nur gewährleistet, wenn die Staatsverschuldung aller EU-Länder in den nächsten 20 Jahren auf 60 % des BIP und die Neuverschuldung auf 0,5 % des BIP zurückgeschraubt wird. In Deutschland müssten die Staatsausgaben jährlich um 25 Mrd. Euro gekürzt werden. Überall, vor allem bei Sozialleistungen, muss gekürzt werden, damit Banken Kredite nicht abschreiben müssen.

All dem liegen supranationale Beschlüsse der Regierungsgremien der EU bzw. der Eurozone zugrunde, die auf lange Zeiträume festgelegte Automatismen und Ermächtigungen für Regierungen enthalten. Der Fiskalpakt z.B. ist unkündbar. Es besteht die Tendenz, supranationale Regierungsbeschlüsse unter dem Bruch des geltenden Rechts und nach geheimen Verhandlungen von oben in alle Länder durchzustellen.

Rettungsschirme – Abbau der Restbestände bürgerlicher Demokratie

Nationale Parlamente und ihr Budgetrecht als Kern der bürgerlichen Demokratie stehen den Regierungsbeschlüssen im Wege, das gegenwärtig noch vorhandene Ausmaß nationaler Souveränität ebenfalls. Die Parlamente ermächtigen im Großen und Ganzen die Regierungen dazu. Sie entmachten sich selbst. Die bürgerliche Demokratie noch mehr zu beschneiden, wird als „europäisch“ bzw. als „mehr Europa“ gefeiert.

Die Interessen der Lohnabhängigen können jedoch noch weniger als bisher zur Geltung kommen, wenn

Entscheidungen über Ausgaben und Einnahmen der Haushalte von den jeweiligen Parlamenten der Länder auf europäische Kommissare und Gouverneure verlagert werden, die niemandem außer ihren Regierungen rechenschaftspflichtig sind. Es ist weder reaktionär noch antieuropäisch, die Restbestände der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen.

### Alternativen?

Bei Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern sind Schuldentreibungen üblich, d. h. die Vernichtung von Kreditkapital. Die Kreditgeber jedoch setzen die Regierungen unter Druck, die notwendige Kapitalvernichtung mit Steuermitteln zu begrenzen oder wenigstens aufzuhalten.

Die kapitalistische Logik erfordert es, mit steigendem Risiko der Zahlungsunfähigkeit die Zinsen zu erhöhen. Regierungen, aber auch die DGB-Führungen und die Linkspartei möchten das außer Kraft setzen, indem die Staatsfinanzierung der EZB oder einer europäischen Staatsbank übertragen wird, die niedrigere Zinsen als der Markt verlangt und deren Haushalt von allen europäischen Staaten garantiert wird. Die kapitalistische Logik erzwingt, dass Verlierer in der Konkurrenz untergehen, dass die Produktivität der einen die Handelsbilanzdefizite der anderen erzeugt. Regierungen dagegen versprechen, mit ESM und Fiskalpakt alle europäischen Staaten wettbewerbsfähig zu machen. Linke träumen sogar davon, dass alle europäischen Staaten ausgeglichene Handelsbilanzen haben könnten. Das Kapital der reichen Staaten müsste sich nur dazu bereit finden, durch Erhöhungen von Löhnen und Sozialleistungen seine eigene Kapitalverwertung und damit seine Konkurrenzfähigkeit zu schwächen.

Wir halten es für sinnlos, sich ein Kapital zu wünschen, das keines mehr ist, ein Kapital, das seinen Zweck nicht mehr ausschließlich in seiner eigenen Verwertung sieht, sondern einen sozialen Auftrag erfüllt. Es gilt, die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten nicht zu vertuschen, sondern aufzudecken. Auf dem Boden der Kapitalverwertung ist vom Standpunkt der Lohnabhängigen aus keine Lösung möglich.

Dennoch: Die Lohnabhängigen aller europäischen Länder müssen sich gegen die aggressiven Angriffe des Kapitals verteidigen. Die Profiteure des Wirtschaftssystems, das uns die gegenwärtige Krise beschert hat, sollen für die Folgen ihrer misslungenen Geschäfte selbst aufkommen. Deshalb:

- Rücknahme der massiven Senkungen der Gewinnsteuern;
- Wiedereinführung hoher Vermögenssteuern;
- Die Gläubigerbanken sollen für die Folgen ihrer Investitionen selber haften.
- Schuldentreibung statt „Rettungsschirme“;
- Gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro (lohnsteuerfrei); Hartz IV-Eckregelsatz von mindestens 500 Euro als Untergrenze gegen Lohn dumping und Verarmung;
- Volksabstimmungen über die „Rettungsschirme“.

All das ist nicht Nationalismus, sondern verteidigt die sozialen Interessen vor allem der Lohnabhängigen gegen die Profitinteressen des Kapitals. Dieses Ziel verfolgen die nationalistischen Anhänger der Großmacht Europa unter deutscher Führung nicht, ob sie für oder gegen den Euro, ob sie für die Verkleinerung der Eurozone oder dagegen argumentieren. Lohnabhängige interessieren sich nicht in erster Linie für die Währung, in der ihr Lebensstandard gekürzt wird.

## Es ist nicht der Euro, nicht die Mark, es ist der Kapitalverwertungsquark!

V.i.S.d.P.: Klartext e.V., Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt, [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de); Eigendruck im Selbstverlag

Die Grenzen verlaufen zwischen oben  
und unten, nicht zwischen den Völkern.

Juli 2012

KLARTEXT

Bündnis 31. Januar:

Eintreten für antikapitalistische Positionen

Durch breiten Protest der Kapitalverwertung Schranken setzen

## **Bündnistreffen in Frankfurt für weitere Proteste**

Aus: *Neue Hanauer Zeitung* 142/2009



**Am 28. März 2009 demonstrierten in Frankfurt/M. etwa 25 000 Menschen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen.**

Es war das Rhein-Main-Bündnis in Frankfurt, das Ende des Jahres 2008 als erste Gruppierung die Initiative zu einer bundesweiten Einladung der sozialen Bewegungen ergriff, um gegen die sozialen Folgen der damals noch wenig begriffenen Wirtschafts- und Finanzkrise eine Protestbewegung auf die Beine zu stellen. Das Treffen fand am 31. Januar in den Räumen der Frankfurter Gruppe der DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine) statt. Inhaltlich wurde festgestellt, dass die Krise ihre Ursachen in der Kapitalverwertung habe und die Maßnahmen der herrschenden Politik wie der Unternehmen darauf hinauslaufen, ökonomisch durch Marktberreinigung und sozialpolitisch durch Lohn- und Sozialabbau die Funktionsfähigkeit des Systems wiederherzustellen bzw. zu gewährleisten. Damit werde aber nur die nächste Krise auf noch höherem Niveau vorbereitet. Obwohl zum damaligen Zeitpunkt die herrschende Marktideo-

logie einen Bruch erlitten habe, könne jedoch die klassenbewusste Linke kaum davon profitieren.

Grund hierfür seien immer noch bestehende sozialpartnerschaftliche Illusionen und Hoffnungen auf Seiten der Lohnabhängigen, die zwar in der Masse enttäuscht und angewidert seien, aber kaum ein Vertrauen in die eigene Kraft und in antikapitalistische Lösungen setzten.

Forderungen zur Mobilisierung von Protest und Gegenwehr müssten dieser Situation entsprechen, so die Auffassung der Mehrheit in dem Frankfurter Treffen. Man war sich einig, dass man nicht - wie das tendenziell staatstragende und reformistische Spektrum von Linkspartei bis Attac und die Gewerkschaften - in die keynesianische Falle laufen dürfe; Grundlage eines zu grünenden Bündnisses dürften nicht irgendwelche Reparaturversuche am System sein, sondern die schonungslose Aufklärung der Ursa-

chen dieser Krise, die in der Kapitalverwertung liegen. Forderungen dürften daher nicht nur - defensiv - in der Abwendung von Krisenlasten liegen, sondern müssten - offensiv - in Besitzstände und Machtbefugnisse des Kapitals eingreifen, um den Klassenkampf von unten zu fördern und tendenziell systemüberwindende Perspektiven zu öffnen.

### **Ziele und Forderungen**

Damit war eine Bruchstelle mit eben dem angesprochenen Spektrum vorprogrammiert, zum Teil bewusst gesetzt, weil es auch von dieser Seite inzwischen Initiative und Treffen gegeben hatte. Dort setzten sich vor allem Kräfte wie ver.di Stuttgart, Die Linke, Attac, Zukunftswerkstatt e. V. durch, die Ausgestaltung der Demonstrationen vom 28. März 2009 bestimmten.

Gegen deren Ablehnung der in den sozialen Bewegungen weithin anerkannten Triadenforderung (10 Euro Mindestlohn, 30-Stunden-Woche, 500 Euro Regelsatz Hartz IV), vor allem auch gegen die staats- und systemtragende Parole »für eine solidarische Gesellschaft« bestand das in Frankfurt am 31. Januar tagende Treffen auf seiner den Kapitalismus angreifenden Ausrichtung. Um ihre inhaltlichen Positionen weiterhin gemeinsam vertreten zu können, beschlossen die Teilnehmenden, eine Organisation zu gründen, der sie ganz schlicht und behelfsmäßig den Namen »Bündnis 31. Januar« gaben.

Diese Bezeichnung hat sich inzwischen verfestigt. Es gibt eine Internetseite mit diesem Namen: [www.buendnis31januar.de](http://www.buendnis31januar.de).

Dem Bündnis gehören u. a. an; Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), Berliner Bündnis für soziale Grundrechte - AntiHartz- Bündnis, Erwerbslosenforum, KLARtext e.V., LabourNet Germany, Rhein-Main- Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, Sozialforum Dortmund, Tacheles e.V., darüber hinaus Einzelpersonen. Diese Zusammensetzung kann sich ändern, weil es keine zu engen Kriterien für die Zugehörigkeit gibt.

Als einzige Voraussetzung gilt bislang, die in der Plattform niedergelegten politischen Forderungen anzuerkennen und zu unterstützen. Diese sind:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich;
- Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro brutto (lohnsteuerfrei);
- Bezug von Arbeitslosengeld I mindestens fünf Jahre lang zu 80% des Nettolohns.
- Anhebung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf mindestens 500 Euro und damit auch Anhebung der Kinderregelsätze;
- Grundrente in Höhe von 1.000 Euro brutto als Mindestrente innerhalb der Rentenversicherung;
- Rente mit 60 ohne Abschläge;
- Wiederherstellung der paritätischen Kranken- und Pflege Versicherung;
- Wiederanhebung des Körperschaftssteuersatzes der Kapitalgesellschaften und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer mindestens auf den alten Stand von 56 Prozent, Wiedereinführung der Vermögenssteuer;
- Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten;
- Absicherung von Bankgeschäften mit erheblich mehr Eigenkapital, mindestens 10 % der Bilanzsumme.

Zusammenfassen lässt sich dies unter der Parole: Das Kapital soll für die Folgen der Krise aufkommen. Anstatt die kapitalistische Wirtschaftsweise mit dem Begriff »solidarische Gesellschaft« zu adeln, soll vielmehr jede Anstrengung versucht werden, auf den beständig geführten Klassenkampf mit Protesten, Forderungen und Aktionen von unten zu antworten und damit die Perspektive zu öffnen, in Zukunft auch in die Offensive gehen zu können. »Unsere Forderungen«, so die Plattform des Bündnisses 31. Januar, »wären auch nach ihrer Verwirklichung noch längst keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft. Das Kapital ist unfähig zur Solidarität mit den arbeitenden Menschen. Die Verwirklichung der Forderungen setzt der Kapitalverwertung jedoch Schranken und verbessert unsere Lage.«

### **Staatshaushalt und Steuerpolitik**

Das Bündnis trifft sich »von Zeit zu Zeit«, diskutiert seine inhaltlichen Positionen vor dem Hintergrund der jeweils gegebenen Lage und verabredet weitere Aktivitäten.

Ein solches Treffen fand am 20. Februar 2010 in den gleichen Räumlichkeiten in Frankfurt statt. Die Tagesordnung umfasste im Wesentlichen zwei umfangreiche Vorträge mit anschließender Diskussion und organisatorische Maßnahmen. Das erste Referat wurde von Rainer Roth vorgelesen und befasste sich mit der Lage des Staatshaushaltes auf Bundesebene für die Jahre 2010 und 2011, soweit sich dies vorläufig abschätzen lässt, und einem Ausblick auf dessen Entwicklung und Folgelasten in der Zeit danach. Der Vortrag wurde mündlich gegeben, für die schriftliche Fassung verweisen wir auf die Internetseite des Bündnisses (s. o.). In grober Übersicht und ohne die Fülle von Zahlen hier wiederzugeben, waren die wesentlichen Gesichtspunkte folgende: Im Jahr 2010 werden die Defizite des Bundeshaushalts - bei gleichzeitiger Steuersenkung - noch durch Kredite gedeckt. Für 2011 ff. dagegen ist bereits angekündigt, jährlich 10 % einsparen zu wollen. Das bedeutet tiefe Einschnitte in Leistungsgesetze in Höhe von jährlich 30 - 35 Mio. Euro. Ab 2016 tritt die noch von der Großen Koalition beschlossene Schuldenbremse in Kraft, was etwa bedeutet, dass der Bund nur noch Schulden in Höhe von jährlich 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufnehmen darf, die Länder ab 2020 sogar ganz auf Neuverschuldung verzichten müssen. Wenn man die zentrale Bedeutung des Kredits für die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft bedenkt, ist diese Bestimmung eine schwere Keule. Die Lösung der Staatsverschuldung kann dann letztlich nur noch in der Inflation mit dem Ausgang einer Währungsreform, wahrscheinlich auf Kosten der Masse der kleinen Leute, bestehen. Hinzu kommen weitere Gefahren, die mit Stichworten wie Entwicklung der Sozialversicherungen und Hartz IV, die neue Gewerbeimmobilienkrise in den USA, Staatsbankrotte, Aktienblasen umschrieben wurden. Die gegenwärtige Kampagne zu Hartz IV sei, wie ein Teilnehmer sagte, die »schwere Artillerie«, mit der der Sozialstaat in Grund und Boden geschossen werde. Das zweite Referat von Tobias Weissert befasste sich mit der Steuerpolitik und der Notwendig-

keit einer Umkehr; es ist nachfolgend auf den Seiten 17 und 18 mit geringfügigen Kürzungen abgedruckt. Zum Teil wiederholten sich inhaltliche Aussagen beider Vorträge, doch insgesamt war der zweite stärker auf die politische Mobilisierung gegen die Krisenlasten und die zu erwartenden Maßnahmen der schwarz-gelben Koalition bezogen. Ein langer Katalog von Forderungen war ihm angehängt worden. Über deren Inhalt und Charakter wurde anschließend schwerpunktmäßig diskutiert mit der Zielsetzung, sich für die kommenden Auseinandersetzungen und Demonstrationen zu positionieren. Weitgehend einig war man sich darin, dass die Forderungen an sich noch keine systemsprengende Wirkung haben können, sondern mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise noch im Einklang stehen.

Sie stellen aber in der gegenwärtigen Lage einen Eingriff in Besitzstände und Machtpositionen des Kapitals dar, sodass sie zur Belebung von Klassenkämpfen beitragen und damit auch eine Dynamik zur schließlichen Überwindung des Kapitalismus eröffnen können. Man dürfe aber die gegenwärtige Bewusstseinslage der Lohnabhängigen nicht überfordern: Insofern zielt der Forderungskatalog auf die Wiederherstellung des Steuersystems vor den »Reformen« der SPD-Grünen-Koalition bzw. noch weiter zurück vor der Angliederung der DDR (1990) ab. Das damalige Steuersystem (s. das Referat ab S. 17) würde heute öffentliche Einnahmen erbringen, die der Masse der Bevölkerung ein angenehmeres Leben dank höherer Nettolöhne und besserer öffentlicher Dienstleistungen bringen würde.

Letztlich soll das Material dieses Vortrags in Flugblätter zu einzelnen Themen umgesetzt werden. Als einer der Schwerpunkte wurde zunächst die Umkehrung des Schlagwortes »mehr netto vom brutto« genannt.

Anders als die FDP es meint, wären die Ansprüche dorthin zu richten, wo sie hingehören: an die Unternehmer. Zunächst müsse es »mehr brutto«, dann aber auch »mehr netto« geben durch Senkung der Umsatzsteuer (»Mehrwertsteuer«) und Verbesserung von Sozialversicherung und preiswerten bis kostenlosen öffentlichen Dienstleistungen.

Ein weiteres Thema wäre die Mehrwertsteuer selbst.

Zum politischen Nutzen von Flugblättern wurde hervorgehoben, es komme nicht so sehr auf die Masse, sondern auf die Wirkung an. Kleine Verbesserungen z. B. im Bereich der Kinderregelsätze von Hartz IV zeigten, dass das mit geringen Mitteln möglich ist, wenn es auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stößt.

### **Organisatorisches**

Für organisatorische Regelungen blieb nicht mehr viel Zeit, es gab aber auch nicht viel, das hätte geregelt werden müssen. Für die bereits bestehende Internetseite wurde ein Text ver-

einbart, der das Bündnis 31. Januar vorstellt und zum Mitmachen einlädt.

Weitere Absprachen etwa zu den Demonstrationen am 20. März müssen hier nicht dargestellt werden, weil sie beim Erscheinen des Heftes vom Zeitablauf überholt sind. Zu einer von der Aktionskonferenz in Stuttgart vorgeschlagenen bundesweiten Demonstration in Berlin am 12. Juni lagen noch keine gesicherten Erkenntnisse vor, zu denen man sich hätte verhalten müssen. Das nächste Treffen des Bündnis 31. Januar soll jedenfalls nach diesem Datum sein.

*pebo, 28.2.2010*

### **Erklärung**

zu den Demonstrationen vom 28. März und 16. Mai 2009

Wir - **das Bündnis 31. Januar** - gehen gemeinsam vom Standpunkt aus, dass die kapitalistische Produktionsweise selbst für die jetzige Krise verantwortlich ist.

Wir lehnen die Erklärung ab, dass eine falsche - neoliberale - Politik, eine falsche Ideologie oder gar eine falsche moralische Haltung ursächlich für die Krise sei.

Wir sind nicht bereit, den Kapitalismus in der einen oder anderen Form zu verteidigen, sondern lasten ihm die jetzige tiefe Krise an.

Wir halten die Rede von einem gerechten oder solidarischen Kapitalismus für illusorisch.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kapitaleigner und die Reichen für die Folgen der Krise im möglichst großem Umfang zahlen.

Wir setzen uns auf der Basis von konkreten Forderungen für ein breites, kämpferisches Bündnis gegen das Kapital ein, ein Bündnis, in dem keine der beteiligten Strömungen versucht, ihre weitergehenden strategischen Forderungen anderen überzustülpen.

Ausgehend von dieser Positionsbestimmung erklären wir zu den Demonstrationen:

Dass am 28. März 55.000 Menschen in Berlin und Frankfurt und am 16. Mai noch einmal 100.000 in Berlin gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf ihren Rücken demonstriert haben, ist unter den heutigen Bedingungen als Erfolg zu betrachten.

Wir betrachten es auch als Erfolg, dass sich zum ersten Mal bei allen drei Demonstrationen unter Beteiligung unseres Bündnisses Blöcke unter den Forderungen 10 Euro Mindestlohn - 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich - 500 Euro Eckregelsatz gebildet haben.

Aufrufe und Reden zeigen allerdings, dass auf allen Demonstrationen die Vorstellung vorherrschend ist, einen Kapitalismus erkämpfen zu können, der auf Solidarität und sozialer Gerechtigkeit beruht.

Das von attac und Linkspartei entgegen der Absprachen durchgesetzte Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft“ unterscheidet sich im Grundsatz nicht vom Motto der DGB-Demo vom 16. Mai „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa. Die Verursacher müssen zahlen.“ Bekanntlich sieht DGB-Chef Sommer die „Soziale Marktwirtschaft“ als Mittel an, Krisen zu verhindern. Die Losungen „Menschen vor Profite“ im Aufruf zum 28.3. und „Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen“ im DGB-Aufruf zum 16.5. gehen beide davon aus, dass in einer Gesellschaft auf der Basis der Kapitalverwertung menschliche Bedürfnisse den Vorrang vor Kapitalverwertung haben könnten. „Wir brauchen eine Marktwirt-

schaft für Menschen“, so Sommer (einblick 6/09) und natürlich auch Müntefering usw. Es ist eine alte Losung der SPD.

Vorherrschend bei den Organisatoren der drei Demonstrationen ist ferner die Erklärung der Finanz- und Wirtschaftskrise aus der Umverteilung von unten nach oben, aus einer falschen Politik. Daraus folgt, dass sich angeblich mit einer Steigerung der Binnennachfrage durch Konjunkturprogramme bzw. soziale „Schutzschirme“ Krisen vermeiden ließen.

Die Organisatoren aller drei Demonstrationen halten es für möglich zu verhindern, dass die Kosten der Krise auf uns abgewälzt werden, obwohl dieser Prozess doch schon in vollem Gange ist.

Typisch für alle Demonstrationen ist auch die Verschwommenheit der Forderungen. Höhere Löhne und Sozialleistungen werden verlangt, ohne Beträge zu nennen.

Dennoch gibt es natürlich Unterschiede. Sie resultieren daraus, dass der 28. März unter dem Haupteinfluss der Linkspartei stand, während der 16. Mai vom SPD-beherrschten Bundesvorstand des DGB gestaltet wurde. Während am 28.3. Lafontaine und Gysi sprechen konnten, hievten Sommer und Co. am 16.5. ausgerechnet Müntefering und Künast in die erste Reihe der Demonstration. Der DGB-Bundesvorstand lehnte es ab, zum 28.3. aufzurufen bzw. die Organisatoren des 28. März an der Vorbereitung des 16. Mai zu beteiligen, geschweige denn, auch nur einen einzigen von ihnen zu Wort kommen zu lassen. Der DGB ging so gar soweit, Stände, die ihm nicht passten, am 16. Mai zu zerstören bzw. von der Polizei abräumen zu lassen. Die DGB-Chefs fürchten nicht nur eine etwas radikalere Kritik am Kapitalismus, sondern auch die etwas radikaleren Forderungen.

Beide Demonstrationen zielten auch auf die Bundestagswahlen. Die am 16. Mai sollte seitens der Veranstalter die Bedingungen für SPD-Grün verbessern. Die am 28. März wurde genutzt, die Linkspartei in eine bessere Ausgangsposition zu bringen.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen beiden Strömungen ist das Verbindungsbüro Soziale Bewegung beim Hauptvorstand der IG Metall unter der Leitung von Horst Schmitthener. Im November 2008 wurden in diesem Zusammenhang Vorstellungen und Forderungen zivilgesellschaftlicher Bewegungen verabschiedet. Es hieß: „Die übergreifende Perspektive ist die der Rekonstruktion und Mobilisierung einer solidarischen Gesellschaft. ... Eine solidarische Gesellschaft braucht eine solidarische Verteilung des Reichtums.“ (<http://www.wissenstransfer.info/wissen/pages/news.php?id=99>)

Die Projekte hießen Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Bildung für Alle und globale soziale und ökologische Rechte. „Sie bilden einen Rahmen für einen Politikwechsel“ für das Wahljahr 2009. Auch einige der Organisatoren des 28. März aus Linkspartei und Attac haben diesen Text unterschrieben.

Die IG Metall selbst fordert in ihrem Frankfurter Appell eine Marktwirtschaft, die nicht zügellos ist und nicht von Profitgier geprägt ist. Sie appelliert an die Unternehmensvorstände, ihre Strategien auf die Sicherung von Arbeitsplätzen auszurichten und an die Bankvorstände, sich öffentlich zu entschuldigen und an der demokratischen Regulierung der Finanzmärkte mitzuwirken.

Die IG Metall bietet eine linkere und eine weniger linke Variante für einen Politikwechsel mit einer SPD-Regierung an.

Die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise steht erst an ihrem Beginn. Die faulen Werte in den Bankbilanzen sind erst zu einem geringen Teil abgeschrieben, die Industrieproduktion bricht weltweit drastisch ein. Das führt zu höherer Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und Einbrüchen bei den Steuereinnahmen. Die Krise wird mit einer Explosion von Staatsschulden und milliarden schweren Garantien von Bankkrediten bekämpft, die wir am Ende mit Sozialabbau und Erhöhungen der Massensteuern bezahlen sollen.

Frankfurt, den 13.06.2009

Kontakt (vorläufig): Sturmi Siebers, Am Heedbrink 42, 44263 Dortmund, [sturmisiebers@web.de](mailto:sturmisiebers@web.de)

## Quellen

Rainer Roth (Autor), Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, KLARtext e.V. (Hrg.):

Finanz- und Wirtschaftskrise:

**Sie kriegen den Karren nicht flott.**

Anmerkungen zu Ursachen und „Lösungen“, 1. Auflage, April 2009, Kt., 127 Seiten

<https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/>

Sie\_kriegen\_den\_Karren\_nicht\_flott\_auf13gesamt.pdf



Inhalt:

Einleitung	5
Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise	6
1.1 Menschliche Gier?	6
1.2 Langfristig fallende Eigenkapitalrenditen	8
1.3 Versagen der Märkte?	13
1.4 Mangelnde Aufsicht durch den Staat?	28
2.1 Sinkende Zinsen – Folge von Kapitalüberschüssen	37
2.2 Sinkende Zinsen – Folge falscher Geldpolitik?	43
2.3 Kapitalüberschuss – Produkt der „Realwirtschaft“	47
2.4 Kapitalüberschuss – Folge falscher Verteilung?	50
2.5 Wirtschaftskrise wegen mangelnder Binnennachfrage?	53
Lösungen der Finanz- und Wirtschaftskrise	60
3.1 Finanzmärkte sollen der „Realwirtschaft“ dienen?	60
3.2 Verstaatlichung oder Vergesellschaftung?	68
3.3 Hypo Real Estate – Verstaatlichung im Interesse der Deutschen Bank	87
3.4 Mehr Regulierung der Kapitalverwertung der Banken?	91
4.1 Konjunkturprogramme?	96
4.2 Explosion der Staatsschulden?	106
4.3 Soziale Forderungen	114
4.4 Umverteilung - Mittel der Verhinderung von Finanzkrisen?	118
4.5 Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft?	120
Schluss	124
Literatur	126
Echo	127

Einleitung

Die vorliegende Broschüre hat nicht den Anspruch einer umfassenden, ausgereiften Analyse. Sie will nur einige Anregungen geben. Sie hat ihren Schwerpunkt in der Analyse der Finanzkrise. Ihr Ziel ist der Nachweis, dass die auf Kapitalverwertung gegründeten Eigentums- und Produktionsverhältnisse die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Krise sind, nicht eine falsche Politik bzw. eine falsche Verteilung.



Gegenwärtig wird Kapital, das für die Kapitalverwertung überschüssig ist, in unvorstellbaren Summen vernichtet. Das Überangebot an Geldkapital wird ebenso stillgelegt, wie das Überangebot an Waren mitsamt der zugrundeliegenden Überkapazitäten an Produktionsmitteln. Damit werden auch die Arbeitskräfte überflüssig, die sie mit längeren Arbeitszeiten und Reallohnsenkungen aufgebaut haben. Das ist die „natürliche“ Art der heutigen Produktionsweise, Krisen zu „überwinden“.

Die heutige Krise hat sich „organisch“ aus dem Gang der Verwertung von Kapital entwickelt. Das Kapital zieht sich selbst den Boden unter den Füßen weg, indem es die LohnarbeiterInnen, die es mit ihrer unbezahlten Arbeit vermehren, mit steigender Produktivität immer mehr überflüssig macht. Damit verengt das Kapital auch die Absatzmöglichkeiten für die Warenmassen, die es in der Hoffnung auf Profit auf die Märkte wirft. Die Verwertung des Kapitals wird schwieriger; riesige Kapitalüberschüsse entstehen. Diese treiben über Kredite und die Anlage in Aktien und Immobilien die erlahmende Wirtschaft zu Scheinblüten an. Die Blasen platzten bisher nur in partiellen Aktien-crashes, regionalen Immobilien- und Finanzkrisen, Krisen der Staatsfinanzen einzelner Länder usw. Sie potenzierten sich zur gegenwärtigen Krise, weil die letzte Krise ab 2001 mit einer wahren Explosion von Krediten gelöscht wurde. Die daraus entstandenen Ansprüche auf Zins und Tilgung übersteigen bei weitem die Möglichkeiten der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Mit einer unverschämten Selbstverständlichkeit nehmen Banken und Konzerne gesellschaftliche Mittel in Anspruch, um weiterhin privat mit Finanz- und auch Produktionsmitteln als Kapital spekulieren zu können. Dem dienen auch die Verstaatlichungen und die Vermehrung der Staatsschulden. Wer nicht für die Misere der Verwertung des Kapitals haftbar gemacht werden will, ist gezwungen, seine Interessen denen des Kapitals entgegenzustellen und gegen die Abwälzung der Krise auf seinen Rücken zu kämpfen.

Solange aber die Kapitalverwertung die Grundlage der Wirtschaft bildet, bereitet jede Bewältigung der gegenwärtigen Krise, wie auch immer sie gelingt, die nächste (noch tiefere?) Überproduktions- und Finanzkrise vor.

Frankfurt, im März 2009

Rainer Roth (Autor), KLARtext e.V. (Hrg.): Verstaatlichung der Hypo Real Estate: **Die Verhinderung des Weltuntergangs**. Ein Beitrag von Rainer Roth, 1. Auflage, September 2009, Kt., 48 Seiten

[https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/Hypo%20Real%20Estate%20Bankrott\\_09\\_09\\_2009.pdf](https://www.klartext-info.de/alt/broschueren/Hypo%20Real%20Estate%20Bankrott_09_09_2009.pdf)



Rainer Roth (Autor), KLARtext e.V. (Hrg.):

### **Die Gier, die Krise und wir.**

Geringfügige Überarbeitung des gleichnamigen Vortrages, gehalten am 15.03.2011 bei lea gemeinnützige bildungsgesellschaft der GEW Hessen mbH, März 2011, Kt., 24 Seiten

[https://www.klartext-info.de/alt/vortraege/11\\_Die\\_Gier\\_die\\_Krise\\_und\\_wir.pdf](https://www.klartext-info.de/alt/vortraege/11_Die_Gier_die_Krise_und_wir.pdf)  
oder:  
[https://klartext-info.de/alt/broschueren/Die\\_Gier\\_die\\_Krise\\_und\\_wir\\_brosch\\_screen.pdf](https://klartext-info.de/alt/broschueren/Die_Gier_die_Krise_und_wir_brosch_screen.pdf)



Werner Rügemer (Autor), KLARtext e.V. (Hrg.):

### **Europäische Union – sozial und völkerverbindend?**

1. Auflage, Kt., 64 Seiten, ISBN 978-3-932246-44-9  
[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/eu\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/eu_A5.pdf)

#### Vorwort

Oft ist zu hören, diejenigen, die die Europäische Union und ihre Kommissare als Repräsentanten des Kapitals kritisieren, würden sich damit gegen „unser Europa“ stellen. Sie werden als „Anti-Europäer“ bezeichnet.

Man reibt sich verwundert die Augen.

Europa umfasst 49 Staaten, die EU (einschließlich Großbritannien) nur 28. Es braucht also schon eine gehörige Portion Überheblichkeit, die EU mit Europa gleichzusetzen bzw. den Eindruck zu erwecken, EU-Ministerrat und Europäische Kommission vertreten ganz Europa.

Aber auch als Bürger eines EU-Mitgliedstaates sollte es möglich sein, die von „seiner“ Regierung miternannten Kommissare anzugreifen, ohne als Gegner Europas, als „Anti-Europäer“ beschimpft zu werden. Übertragen auf

Deutschland müssten demnach alle Kritiker der Bundesregierung als Gegner Deutschlands, als „Antideutsche“ gelten. Wirklich „europäisch“ bzw. „deutsch“ usw. soll nur sein, wer auf Regierungskurs liegt. Dennoch gilt Meinungsfreiheit den Regierenden als bürgerlich-demokratisches Grundrecht. Seit Jahrzehnten steht die EU in der Kritik aufgrund ihrer Bindung an die Interessen des Kapitals. Nach dem Motto „links gleich rechts“ wird diese Kritik immer öfter als Ausdruck des wachsenden Nationalismus in Europa diffamiert. Sie wird sogar mit der Kritik der Deutsch-Nationalen und der



Faschisten auf eine Stufe gestellt, die Deutschland als ausgebeuteten „Zahlmeister“ der Union hinstellen und deswegen den Austritt aus der EU anstreben.

Aber fördert nicht gerade die EU Nationalismus, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Konkurrenz der Volkswirtschaften gegeneinander in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellt?

Dass es genug sachliche Gründe gibt, die EU in ihren reaktionären Fundamenten zu hinterfragen oder gar abzulehnen, das soll diese Broschüre aufzeigen.

Werner Rügemer hat auf einem Klartext-Wochenende am 25. Mai 2019 dazu Stellung genommen und in erweiterter Form zu dieser Broschüre verarbeitet. Dafür bedanken wir uns.

Der Vorstand von Klartext e.V.

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	5
I. Geschwisterpaar: Marshall-Plan und NATO.....	9
USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen.....	9
Kalter Krieg beginnt spätestens 1943.....	10
NATO: Die Gründungslüge.....	10
Die Legende vom „Kalten Krieg“.....	11
USA: „Verteidigungs“linie nach Europa vorschieben.....	12
General Marshall: Erst Außen-, dann Verteidigungsminister.....	13
Vorstufe Brüsseler Pakt: „Deutsche“ und „kommunistische Gefahr“.....	14
Krieg gegen Befreiungsbewegungen in den europäischen Kolonien.....	16
Großbritannien.....	16
Kanada.....	17
Frankreich.....	17
Belgien, Niederlande, Luxemburg.....	19
Belgien.....	19
Portugal.....	20
Kleine Staaten als NATO-Gründungsmitglieder.....	20
Spätere NATO-Mitglieder.....	21
Die USA dringen in die europäischen Kolonien ein.....	23
Im Geleitzug: Ost-Erweiterung von EU und NATO.....	23
Endlich Russland erobern.....	24
Den USA folgen, auch wenn man selbst geschädigt wird.....	25
Nationalismus, Ethno-Politik.....	25
Globale Kriege unter US-Führung.....	26
„Mehr europäische Unabhängigkeit“?.....	26
Völker- und menschenrechtlicher Tiefpunkt.....	28
Friedens-Nobelpreis für die EU 2012.....	28
II. Kapital und Arbeit.....	29
Kapitalverflechtung zwischen der EU und den USA.....	29
Die Kapital-Bürokratie.....	33
Beginn: Die Montanunion.....	33
Die heutige EU-Bürokratie.....	35
Arbeitsunrecht in der EU: Die Instrumente.....	42
Die führende Rolle der Bundesrepublik Deutschland.....	43
Die Instrumente des EU-Arbeits-Unrechts.....	48
III. Soziale, demokratische und friedliche Umgründung.....	61

## IX Klima – Nach uns die Sintflut

Von weit unter 300 Parts per Million (CO<sub>2</sub> pro einer Million Luftpartikel) in der vorindustriellen Zeit (z.B. 1750) erhöhte sich der Kohlendioxidgehalt global auf über 420 ppm im Jahr 2023. 2004 war er noch 380 ppm.

Als Maximum, um schwerwiegende globale Umweltschäden zu vermeiden, gelten 350 ppm. Diese Grenze wurde bereits in den 1990er Jahren überschritten. Allgemein gilt als vorindustriell der Mittelwert der Jahre 1850 bis 1900. Ziel der Pariser Konferenz von 2015 war es, die globale Erwärmung bis 2050 auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dem stimmten fast alle Staaten zu. Doch schon 2023 waren 1,5 Grad zum ersten Mal überschritten. (<https://www.nzz.ch/wissenschaft/2023-war-das-heisseste-jahr-seit-messbeginn-ld.1772730> 12.01.2024) CO<sub>2</sub> trägt zwei Drittel zum Treibhauseffekt bei, ein Drittel entfallen auf Methan, Lachgas und andere Treibhausgase.

Werden die Treibhausgasemissionen nicht verringert, ist eine globale Erwärmung um 0,2 Grad Celsius pro Dekade für die nächsten 30 Jahre sehr wahrscheinlich, erklärte das Umweltbundesamt (<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/zu-erwartende-klimaaenderungen-bis-2100> vom 8.04.2024) Das UN-Umweltprogramm (UNEP) kommt zu dem Schluss, dass die Erderwärmung bis 2100 um drei Grad steigen würde, wenn die gegenwärtigen Maßnahmen des Klimaschutzes beibehalten würden. (<https://www.tagesschau.de/wissen/klima/unep-erwaermung-cop-100.html>)

Die Erwärmung in Deutschland ist erheblich höher als die globale, durch Ozeane stark beeinflusste Erwärmung. Laut Deutschem Wetterdienst war sie schon im Zeitraum 2011 bis 2020 um zwei Grad höher als im Zeitraum 1881 bis 1910.

(<https://boettcher.science/wp-content/uploads/2021/09/Extremwetter-in-Deutschland.-Faktenpapier-zum-Extremwetterkongress2021.pdf>) Es gibt keine Anzeichen, dass die Erwärmung global bzw. in Deutschland abnimmt. Im Gegenteil.

Der CO<sub>2</sub> Ausstoß stieg weltweit seit 1990 um 14,4 Milliarden Tonnen bis 2022 auf 37,15 Mrd. Tonnen. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37187/umfrage/der-weltweite-co2-ausstoss-seit-1751/>)

Deutschland will bis 2045 klimaneutral sein. Wichtiges Mittel soll die Speicherung von CO<sub>2</sub> in vor allem in Wäldern sein. Beim Klimaschutzgesetz ist eine erhoffte jährliche CO<sub>2</sub> Speicherung von 25 Mio. Tonnen bis 2030 und 40 Millionen Tonnen von 2042 bis 2045. Tatsächlich ist der Wald aber wegen des Klimawandels (Dürre, Stürme, Schädlinge) zu einer Quelle von Treibhausgasemissionen geworden. Deshalb sei nicht mit 25 Mio. t, sondern nur mit 0,2 Mio. t. Die erhoffte Speicherung durch Wälder ist jedoch schon mit fortlaufenden Emissionen bei Verkehr usw. verrechnet, um auf dem Papier die Klimaneutralität zu erreichen. (Petra Ahne, CO<sub>2</sub>-Helfer fällt aus, Unser Wald ist jetzt Treibhausquelle, FAZ 9.10.2024) Klimaneutralität ist unter diesen Bedingungen illusorisch.

Für Deutschland und die Europäische Union insgesamt ist seit 2005 der zentrale Hebel des Kampfs gegen die Erderwärmung, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> nur zu erlauben, wenn der Emittent vorher ein Zertifikat gekauft hat, das ihm die Verschmutzung gestattet. 30 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> mussten 2023 gezahlt werden. 2024 sind es 45 Euro, ab 2025 dann 55 Euro.

CO<sub>2</sub> stellt nur zwei Drittel der Treibhausgase. Weite Teile der Wirtschaft wie Verkehr und Immobilien müssen keine Zertifikate kaufen. In der EU werden nur 45 Prozent der Treibhausgase bepreist, weltweit nur 23 Prozent, da außerhalb der EU nirgendwo sonst Verschmutzungsrechte verkauft werden. (Sven Beckert, Verkaufte Zukunft, Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin 2024, 145 f.) Die Industrie der EU insgesamt „kauft“ ihre Zertifikate allerdings größtenteils kostenlos, damit die Renditen international wettbewerbsfähig bleiben. Das ändert sich ab 2027 und wird erst 2032 beendet.

([https://www.lbbw.de/perspektiven/themenspecials/emissionshandel/industrie-chemie-pharma/emissionshandel-industrie-chemie-pharma\\_aeyds7hh2d\\_d.html](https://www.lbbw.de/perspektiven/themenspecials/emissionshandel/industrie-chemie-pharma/emissionshandel-industrie-chemie-pharma_aeyds7hh2d_d.html))

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung trifft vor allem Geringverdiener und die Armutsbevölkerung insgesamt, da sich ihr Konsum verteuert. Für sogenanntes Klimageld als Entschädigung haben Deutschland und die EU kein Geld.

Außerhalb der EU (USA, China usw.) wird der Ausbau erneuerbaren Energien mit Subventionen gefördert, während die Nutzung fossiler Energie weiterläuft und sogar ausgeweitet wird. (Beckert a.a.O, 150) Nach uns die Sintflut ist das Motto des Kapitals, hieß es in einem Klartext-Flugblatt vom April 2007.

# Klimawandel und Zukunft

Dr. Dieter Stein, KLARtext e.V.

mit politischer, redaktioneller und technischer Unterstützung der Mitglieder von  
KLARtext e.V.  
Rainer Roth, Michael Köster, Reinhard Frankl



gehalten z. B. zum 20. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe am 26. April 2006 in Aschaffenburg

online zu betrachten unter:  
[www.klartext-info.de/alt/klima\\_und\\_umwelt.htm](http://www.klartext-info.de/alt/klima_und_umwelt.htm)

26. April 2006  
20 Jahre Tschernobyl

Vortrag und Diskussion:

## Klimawandel und Zukunft

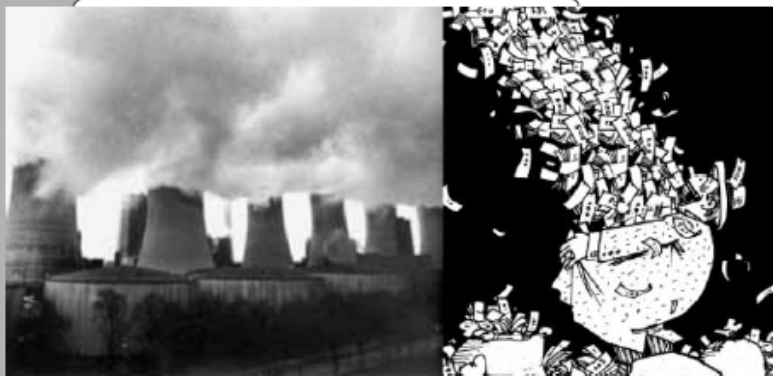
Dr. Dieter Stein, KLARtext e.V.

26. April 2006, 20:00 Uhr  
Aschaffenburg, Martinushaus  
Treibgasse 26

eine gemeinsame Veranstaltung von

**Eine andere Welt ist möglich!**

V.i.S.d.P.: R. Frankl, Morgenweg 17, 63856 Bessenbach, rf@attac-aschaffenburg.de



## Aus Dreck Geld machen

### Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionen schützt das Profitklima

#### Erzeugung von Strom und Wärme in Deutschland: völlig ineffizient

Die Energiekonzerne erzeugen Strom überwiegend mit Kohle und Braunkohle. Dabei wird etwa 60% der Energie als Wärme in die Atmosphäre geblasen, statt sie für Heizzwecke zu nutzen.

Dieselben Energiekonzerne erzeugen auch Wärme, überwiegend mit Erdgas, ohne das Gas für die Stromerzeugung zu nutzen.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Heizwärme, hat nur Energieverluste von 12%. Mit der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung könnten auf Dauer 60-70% der Stromproduktion abgedeckt werden, im Gegensatz zu gegenwärtig 11%.

Die Energiekonzerne behindern jedoch die KWK massiv.

Sie haben eh schon Überkapazitäten. Das Wichtigste aber: die massive Verschwendung von Energie durch die Trennung von Strom- und Wärmeproduktion und die entsprechende hohe CO<sub>2</sub>-Produktion bringt für

#### Rendite geht vor ökologischer Effizienz

Der übliche Strompreis beläuft sich z.Zt. auf rd. 4 Ct/kWh, für KWK-Strom aber müssen Zuschläge zwischen bis zu 6-7 Ct/kWh gezahlt werden, um die höheren Kosten zu decken.

Der Staat musste die Zuschläge gegen die Energiekonzerne durchsetzen und sie zwingen, die Einspeisung von KWK-Strom in ihre Netze zu erlauben. Klimaschonende Stromerzeuger sind für die ineffizienten Stromdinos Konkurrenten und Kostentreiber, die ihre Renditen schmälern.

#### Überhöhter CO<sub>2</sub>-Ausstoß - Kehrseite der Rendite

Ein zu hoher Ausstoß an CO<sub>2</sub> ist die notwendige Folge dessen, dass Strom- und Fernwärmeerzeugung nur Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung sind. 40% des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland entfallen auf die hochzentralisierten Energiedinos.

2000 jagten sie 357 Mio. t CO<sub>2</sub> in die Luft, 2006 waren es 381 Mio. t. RWE/Eon und Co. hatten sich aber 2001 in einer Klimaschutz-

vereinbarung verpflichtet, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um 45 Mio. Tonnen zu reduzieren und dazu besonders neue KWK-Anlagen aufzubauen. Ein Täuschungsmanöver zum Zweck, eine Quotenvorgabe für KWK-Strom zu verhindern.

#### Emissionshandel - Subvention für die Energieverschwender

Im Rahmen einer Regelung in der EU teilte die Bundesregierung den Energiekonzernen von 2005 bis 2007 Rechte zu, die Luft mit 390 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Treibhausgasen pro Jahr zu verpesten. Weitere 105 Millionen Tonnen erhalten andere Industriekonzerne. Pro Tonne CO<sub>2</sub> gibt es ein "Zertifikat" (Bescheinigung), das ge- und verkauft werden kann. Das Ganze nennt sich "Emissionshandel", besser: Handel mit verschmutzter Luft.

Die Dreck-Zertifikate werden bis 2007 kostenlos zugeteilt (EU-Vorschrift). Die Stromkonzerne aber erhöhten die Strompreise um den Preis der Zertifikate, als hätten sie dafür bezahlt. Eine Tonne CO<sub>2</sub> kostete an der Licht 15-20 Euro. Die Energiedinos fuhren also jährlich 6-8 Mrd. Euro Extraprofit ein. (WELTDebatte 18.04.2007)

Ab 2008 werden rd. 9% der insgesamt zugeteilten CO<sub>2</sub>-Zertifikate, also 40 Mio. Tonnen versteigert. Der Rest von ca. 413 Mio Tonnen bleibt kostenlos. Der Extraprofit wird geringfügig reduziert. Das gilt bis 2012.

#### Profitschutz vor Klimaschutz

Die Energiekonzerne finanzieren mit den Extraprofiten voll den Bau neuer Kohle- und Braunkohlekraftwerke, die die nach 30-40 Betriebsjahren verbrauchte alte Kraftwerksgeneration ablösen müssen. Allein bis 2012 werden 25 neue Kohlekraftwerke ans Netz gehen. Ihr Wirkungsgrad steigt zwar von 30-35% auf 40-43%. Der größte Teil der Energie wird aber immer noch verpulvert.

Für die Stromproduktion mit Steinkohle gibt es doppelt so viel Dreck-Zertifikate wie für die klimafreundlicheren Gaskraftwerke. Den Klimakiller Kohle zu verstromen, soll sich lohnen.

Je mehr Kapazitäten auf Kohlebasis aufgebaut sind, desto weniger Raum bleibt für klimaschonende Stromerzeugung. Das garantiert, dass das Ziel der Halbierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2050 ein Luftschloss ist. Mit den Extraprofiten aus dem Emissionshandel finanzieren die Energiekonzerne auch ihre weltweiten Firmenübernahmen. Sie werden mit Staatshilfe noch mächtiger.

#### **Moderner Ablasshandel**

Sollte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei einzelnen Kraftwerken die zugewiesenen CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechte überschreiten, können sie sich loskaufen, in dem sie pro Tonne CO<sub>2</sub> z.B. 20 Euro zahlen. Oder für noch geringere Summen CO<sub>2</sub>-mindernde Projekte in Afrika, Asien usw. finanzieren. Emissionshandel ist Öko-Ablasshandel.

Allerdings können die Energieriesen die Ablassgelder bis 2012 locker aus den kostenlosen CO<sub>2</sub>-Zertifikaten bezahlen und sie auch noch steuerlich absetzen. Sollten die Zertifikate ab 2012 vollständig versteigert werden, haben RWE und Eon kein Problem, die Kosten nochmals auf die Preise überzuwälzen. Sie beherrschen 80% des Strommarkts.

#### **CO<sub>2</sub>-Zertifikate als neues Finanzprodukt**

Auch für das Finanzkapital eröffnen sich mit dem CO<sub>2</sub>-Handel neue Geschäftsfelder. Wenn der CO<sub>2</sub>-Preis aufgrund einer Verringerung der Verschmutzungsrechte steigt und CO<sub>2</sub>-Zertifikate ab 2012 tatsächlich voll versteigert werden müssten, jubeln vor allem die Banker. *"Selbst die Banker an der Wall-Street geben sich immer grüner: Schließlich*

#### **Wir brauchen**

- keine Förderung von Kohlekraftwerken und keine Kernkraftwerke, sondern
- massive Förderung der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung und
- radikalen Ausbau erneuerbarer Energien.
- Öffentliche Non-Profit-Energieversorgungsbetriebe

*wollen sie dabei sein, wenn der Handel mit Kohlendioxid-Zertifikaten zum globalen Instrument des Klimaschutzes und damit zur Börse mit Milliardenumsätzen wird."* (FAZ 09.06.2007)

*"Deutschland soll Vorbild für die Welt werden,"* verkündet Frau Merkel. (SPIEGEL-online 05.03.2007) Beim (Profit)klimaschutz für Industrie- und Finanzkonzerne, genauer gesagt.

#### **Klimaschutz über höhere Strompreise?**

RWE rechtfertigt die gewaltigen Strompreiserhöhungen als *"den politisch gewollten Zweck des Instruments Emissionshandel: Energie zu verteuern, um die Verbraucher zu Einsparungen zu bringen."* (www.rwe.com "Kein Wachstum ohne Energie") Die Dreckschleuderer schieben den Stromkunden die Verantwortung zu und geben ihrer Profitsucht auch noch einen grünen Anstrich.

Was für sie zählt, ist nicht das Erdklima, sondern das Profitklima. Es ist gerade ihre Orientierung am Preis, d.h. am Profit, die uns der Klimakatastrophe näher bringt. Die Katastrophe zu vermeiden, rechnet sich eben weniger, als sie zu ermöglichen.

Nur wenn die Energieerzeugung kein Mittel der Kapitalverwertung wäre, könnten die Energiequellen rationell genutzt und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß massiv reduziert werden.

#### **Stoppt die Versenkung von Milliarden im Rachen der Kohlestromdinos!**

**Weg mit dem Emissionshandel!**

**Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern.**







## Vor uns die Sintflut?

Schon immer schwankte der Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Gehalt der Luft, viele hunderttausend Jahre zwischen 200 und 280 ppm (ppm = Teile pro einer Million). Mit der Industrialisierung ist er ab 1850 sprunghaft angestiegen und lag 2004 bei 380 ppm. Wenn die CO<sub>2</sub>-Konzentration weiter auf 450 ppm steigt, kann es zu einer unumkehrbaren Klimakatastrophe kommen, denn die globale Temperatur folgt dem CO<sub>2</sub>-Anstieg.

### Auswirkungen für uns

Durch das Schmelzen der Eismassen kann der Meeresspiegel um mehrere Meter steigen. Durch Hitzewellen, Stürme und Überschwemmungen kommen viele Menschen um. Krankheiten nehmen zu. Es wird "Klimaflüchtlinge" geben.

### Die Hauptverursacher der CO<sub>2</sub>-Produktion

Die Medien lenken die Aufmerksamkeit vor allem auf den Verbraucher. Wer nicht das neueste Automodell besitzt, das wenig Sprit frisst, ältere Geräte nutzt, die viel Strom ziehen und in einem schlecht gedämmten Häuschen wohnt, soll mehr zahlen.

Entscheidend für die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sind aber vor allem die Energieversorgungs- und Verkehrssysteme, die nach Profitinteressen eingerichtet wurden.

### A) Die Öl-, Gas- und Stromkonzerne

Sie produzieren 43 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland. Sie wollen immer schon grün gewesen sein.

- Warum haben sie dann ein Versorgungssystem aufgebaut, das Heizenergie erzeugt, ohne diese für die Stromproduktion zu nutzen und Strom erzeugt, ohne die Abwärme für Heizenergie zu nutzen?
- Warum unterdrücken sie dann die Nutzung von Erdwärme sowie die Verbreitung der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung, die Strom und Wärme gleichzeitig erzeugt?
- Warum planen sie dann 39 neue Kohle- und sechs neue Braunkohlekraftwerke?

### B) Die Automobilkonzerne

Sie sind für rund 16 Prozent der CO<sub>2</sub>-Produktion in Deutschland verantwortlich. Ihre Werke in den USA, China usw. nicht gerechnet.

Sie versprechen uns eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes pro Auto und pro km.

- Warum aber steigern sie ihre weltweite Autoproduktion?
- Warum hemmen sie technische Entwicklungen (Drei-Liter-Motoren, Hybrid-Autos, Bio-Sprit, leichtere Automobile), die den Benzinverbrauch drastisch senken?
- Warum rollten 2006 in Deutschland 5,4 Millionen Autos von den Bändern, die auf 100 km im Schnitt 17 kg CO<sub>2</sub> ausstoßen?
- Warum verdrängen sie mit ihren LKW-Flotten den Güterverkehr?
- Warum sind sie gegen die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100km/h?

### C) Der Staat

Die Bundesregierung stellt Deutschland als Vorreiter des Kampfes gegen die drohende Klimakatastrophe hin.

- Warum teilt der Bund den Konzernen gratis Verschmutzungsrechte zu, die sie als Profit auf die Preise draufsatteln?
- Warum erlaubt der Bund den Energiekonzernen, dadurch an der CO<sub>2</sub>-Verschmutzung noch über fünf Milliarden Euro jährlich zu verdienen?
- Warum fördert der Bund den Bau neuer Kohle- und Braunkohlekraftwerke?
- Warum werden die Gelder für öffentlichen Nahverkehr zusammengestrichen?
- Warum fördert der Bund über die Privatisierung der Bahn die Stilllegung von Strecken?
- Warum subventioniert der Bund den Kerosinverbrauch im Flugverkehr?

b.w.

# Nach uns die Sintflut - Motto des Kapitals

Energiesparende Techniken, Versorgungs- und Verkehrssysteme sind längst entwickelt und bekannt.

**Aber:**

- Energiekonzerne mögen keine effiziente Kraft-Wärme-Kopplung.
- Autokonzerne mögen keine Konkurrenz durch öffentliche Verkehrsmittel.
- Ölkonzerne mögen 15-Liter-Autos lieber als Drei-Liter-Autos.

**Das derzeitige Klima-Problem liegt nicht im System der Natur, sondern in der Natur unseres Systems.**

Es wird nicht entlang der Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen geplant. Nicht die rationellste, umweltschonendste Technik zählt, sondern die profitable Verwertung von Kapital. Privatinteressen Weniger führen permanent zu riesiger Verschwendung und Überproduktion.

Dringend notwendige schnelle Investitionen in energiesparende Techniken und Systeme würden zunächst nur die Rendite schmälern.



Angesichts der Interessen der CO<sub>2</sub>-produzierenden Industrie ist auf die Absichtserklärungen der EU und der Bundesregierung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent bzw. 30 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken, genauso viel Verlass wie auf die jahrzehntelangen Absichtserklärungen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren und die Armut zu bekämpfen.

**Verlass ist nur auf das, was wir gestützt auf die eigene Kraft bewegen!**

## Wir brauchen

- den radikalen Ausbau und die radikale Verbilligung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
- den radikalen Ausbau der gleichzeitigen Nutzung von Energie für Strom und Heizung (Kraft-Wärme-Kopplung) und
- die radikale Umstellung auf Erdwärme, Wind- und Solarenergie usw.

**Alle AKW sofort stilllegen!**



**Tschernobyl und Fukushima mahnen:**

**Nie wieder eine Kernschmelze!**

In drei Blöcken des AKW in Fukushima kam es im März 2011 zu einer Kernschmelze. Der Strom für die Kühlungssysteme der Reaktorbrennstäbe war bereits nach einem Erdbeben ausgefallen war. Der anschließende Tsunami war nicht die Ursache.

#### **Die Kettenreaktionen gehen weiter!**

Die Kernschmelze wird in Fukushima noch solange weiter bestehen, bis die 1.500 Brennstäbe der drei Kernreaktoren ausgebrannt sind. Die unkontrollierte Kettenreaktion kann viele Jahre dauern, offiziell zehn Jahre, wahrscheinlich aber mehr. Die freigesetzte Radioaktivität übertrifft alles Bisherige um ein Vielfaches. Die Strahlungswerte im havarierten Kernreaktor erreichten im August 2011 die gigantische Strahlendosis von bis zu 10 Sievert pro Stunde: Erst Anfang November wurde erneut das Vorkommens von radioaktivem Xenon gemessen, das nur sehr kurze Zeit nach einer Kettenreaktion auftritt. Verharmlosung und Vertuschen der Havarie-Folgen kennzeichnen bis heute die Vorgehensweise von Tepco und der japanischen Regierung.

#### **Verseuchtes Wasser**

Große Mengen radioaktiven Wassers fließen direkt in den Pazifik und ins Grundwasser, weil Druckbehälter, Sicherheitsbehälter und die mit 3.000 Brennstäben gefüllten Abklingbecken ständig gekühlt werden müssen und undicht sind. Das Meer um Fukushima ist hochgradig verseucht. Nordöstlich der Reaktoren liegt eines der fischreichsten Gebiete der Welt.

#### **Verseuchte Luft, verseuchte Böden**

Die Explosionen in den Reaktoren haben große Mengen Radioaktivität in die Luft freigesetzt. Wind und Regen verteilen die radioaktiven Substanzen über weite Flächen Japans und verseuchen auch die Böden. In Obst, Gemüse und Fleisch aus der Präfektur Fukushima wurde stark erhöhte Radioaktivität nachgewiesen. Man kann davon ausgehen, dass die radioaktive Belastung von Lebensmitteln in weiten Teilen Japans die Grenzwerte übersteigt. Nahrungsmittel werden zu Atommüll.

#### **Verseuchte Menschen**

Die japanischen Behörden messen den Grad der radioaktiven Belastung von Gemüse usw., aber nicht den von Menschen. Sie heben lieber Grenzwerte an. Sie verurteilt Kinder lieber zu Krebserkrankungen. Für in Fukushima eingesetzte Arbeiter wurden die Grenzwerte von 50 mSv auf 250 mSv bei einem Einsatz angehoben. Bei Millionen Menschen dürfte der Wert selbst von 20 mSv/Jahr deutlich überschritten werden.

Atomtechnologie ist nicht beherrschbar. Kein anderer Industriezweig erzeugt solche Katastrophen. Wirtschaftsbesitzer, Bundesregierung und Bundestag aber meinen, dass wir uns in Deutschland noch elf weitere Jahre dem Risiko einer Kernschmelze aussetzen sollten. Wir meinen das nicht.

**Alle Atomkraftwerke müssen sofort stillgelegt werden. In Japan, in Deutschland, überall. Einer weiteren Kernschmelze keine Chance!**

Der Verein KLARtext e.V. hat elf Thesen dazu vorgelegt.

b.w.

**These 1** – Merkels Mogelpackung bedeutet nicht Atomausstieg sondern Verlängerung der Betriebsdauer von mindestens elf Todesmeilern. Wir haben kein Interesse, das als „nationale Aufgabe“ zu betrachten, auch nicht daran, die „Standortkonkurrenz“ der kapitalistischen Nationalstaaten um maximale Profitabschöpfung zu Gemeininteressen verklären zu lassen. Ginge es nach dem Allgemeininteresse, müssten alle AKW schon längst abgeschaltet sein.

**These 2** – Atomkraftwerke sind lebensgefährlich und niemals sicher. Die Regierung geht mit dem Weiterbetrieb von elf Meilern das tödliche Risiko einer weiteren Kernschmelze ein.

**These 3** – Atomstromproduktion ist die ineffizienteste Form der Stromerzeugung. Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist die effizienteste Form. Deshalb muss sie - entgegen vieler Kapitalinteressen - Grundlage der Energieversorgung und vor allen anderen Energieerzeugungsverfahren gefördert werden.

**These 4** - Ohne massive Subventionen liefe heute kein einziges AKW. Damit muss Schluss sein. Das heißt u.a. vollständige Übernahme der Lagerungskosten von Atommüll durch die Konzerne und komplette Abdeckung aller Folgekosten von Atomkatastrophen durch eine von den Konzernen zu tragende Haftpflichtversicherung.

**These 5** – Atomstrom ist ein Abfallprodukt des Strebens nach Atombomben. Nach seinem ersten Zweck, der Herstellung von Atomwaffen, liegt der zweite Zweck: in der Schöpfung von Profitquellen für die Gesamtwirtschaft. Allerdings nur Dank massiver Subventionen wie Verbilligung der Betriebskosten und Erhöhung der Strompreise, staatliche Förderung der Konzentration. Die Stromautobahnen werden als Profitquelle zur Verfügung gestellt. Größter Profiteur des subventionierten Atomstroms ist die Industrie.

**These 6** – Die sofortige Stilllegung ist überfällig und möglich. Sie stellt kein Problem für die Stromversorgung dar und bedeutet „nur“ sinkende Profitraten. Die in Arbeit befindliche Atomfusion ist volkswirtschaftlich noch ineffizienter, gefährlicher, verspricht aber privatwirtschaftlich noch größere Profite.

**These 7** - Erneuerbare Energien fördern die Verdrängung von Atom- und Kohle-Großkraftwerken. Ihre Zukunft begann als Mittelstandsförderung bis hin zur Marktfähigkeit. Die Stromkonzerne wollen diese Zukunft so spät wie möglich beginnen lassen.

**These 8** - Erneuerbare Energien geraten mehr und mehr in Konzernhand. So entwickelte sich die Solarenergie von der Mittelstandsförderung zum neokolonialen Projekt (Desertec, Offshore-Windparks etc.). Die Weltmarktführung mit erneuerbaren Energien ist auch Ziel des Mittelstandes. Aber: Konzerne verdrängen den Mittelstand.

**These 9** - Wer von Umweltschutz und Energieeffizienz redet, muss sich für den Vorrang der KWK einsetzen. Alle Eigentümer von Wohnimmobilien, alle Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen könnten umweltfreundlich und energieeffizient ein KWK-Kraftwerk betreiben und ihre Versorgung mit Wärme und Strom selbst in die Hand nehmen. Die derzeitige massive Behinderung von KWK, der effizientesten Technik, muss gestoppt werden.

**These 10** - Kommunale Energieversorgung ist ein Mittel der Kapitalverwertung und per se noch lange nicht „gut“ (Beteiligung am Bau neuer Kohlegroßkraftwerke, off-shore Windgroßkraftwerke). Energieversorgung muss aber dezentralisiert werden. Kommunalisierung ist ein Weg dazu.

**These 11** - Stilllegung der AKW muss überhaupt nicht zu steigenden Strompreisen führen. Es ist möglich, einen staatlich geförderten Sozialtarif von 15 Cent/kW für Haushalte, die Hartz IV beziehen oder deren Löhne bzw. Renten unterhalb des Hartz IV-Niveaus liegen, einzuführen. Die EEG-Umlage darf nicht über den Strompreis der Endverbraucher, sondern muss aus Steuermitteln finanziert werden.

Ausführliche Erläuterung der Thesen als Broschüre zu bestellen unter [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)

**Der Kernschmelze keine Chance!**

Nov 2011

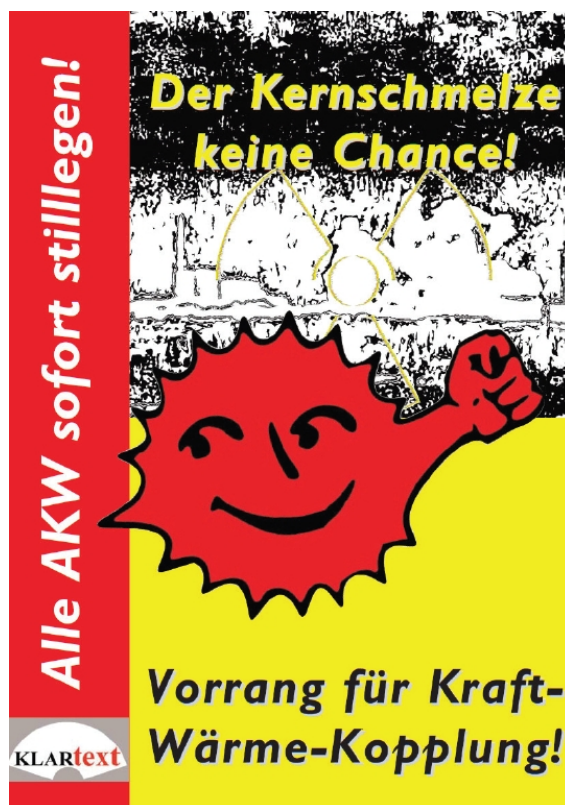
## Quellen

Alle AKW sofort stilllegen!  
**Der Kernschmelze keine Chance!**  
Vorrang für Kraft-Wärme-Kopplung!

Autoren: Rainer Roth, Jens Wernicke  
unter Mitarbeit von Peter Djordjevic, Irmgard Schaffrin,  
Su Schilling und Robert Schlosser

1. Auflage, Oktober 2011, 119 S. kart.

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/kernschmelze\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/kernschmelze_A5.pdf)



## Inhaltsverzeichnis

Nie wieder Fukushima!.....	5
These 1 Atomausstieg? Nein: Verlängerung der Betriebsdauer!.....	10
These 2 Atomkraftwerke: lebensgefährlich – niemals sicher.....	15
These 3 Atomstromproduktion: Die ineffizienteste Form der Stromerzeugung.....	30
These 4 Ohne massive Subventionen liefe heute kein einziges AKW.....	36
These 5 Atomstrom: Abfallprodukt des Strebens nach Atombomben.....	44
These 6 Sofortige Stilllegung: Überfällig und möglich!.....	55
These 7 Erneuerbare Energien fördern die Verdrängung von Atom- und Kohle-Großkraftwerken..	63
These 8 Erneuerbare Energien geraten mehr und mehr in Konzernhand.....	72
These 9 Wer von Umweltschutz und Energieeffizienz redet, muss sich für den Vorrang der Kraft- Wärme-Kopplung einsetzen.....	82
These 10 Energieversorgung auf dem Wege der Kommunalisierung dezentralisieren! .....	93
These 11 Stilllegung der AKW führt nicht zwingend zu steigenden Strompreisen.....	106
Quellen .....	111
Forderungen.....	115
Wer und was ist KLARtext?.....	116

*„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zu-  
sammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und  
haben sie als boni patres familias [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert  
zu hinterlassen.“*

Karl Marx (1894): Das Kapital, Band 3, MEW 25, 784

## X Zum Thema Geflüchtete und „Ausländer“

Die Gründungszeit von KLARtext e. V. 1992/93 waren Jahre der Wirtschaftskrise. 1993 gab es 30 % mehr Arbeitslose als 1991. Die Wirtschaft Ostdeutschlands schmolz wie Schnee in der Sonne. Und dann gab es noch 3-400.000 Asylbewerber, so viele wie noch nie. Aufgrund der auch von Deutschland geförderten Auflösung des Vielvölkerstaates Jugoslawien und der daraus folgenden Bürgerkriege.

Die richtige Zeit also für Faschisten, Jagd auf Ausländer zu machen, damals vor allem auf Asylbewerber. Sie wollten davon ablenken, wer sich wirklich an uns bereichert. Es sollten auf keinen Fall „die da oben“ sein, sondern Ausländer.

Die KLARtext-Antwort auf die rassistische Stimmung war, Stimmung gegen die eigentlichen Abkassierer, gegen die Herrschaft des Kapitals zu machen, das unter scharfen Krisenbedingungen immer wieder zu Nationalismus, Rassismus und Faschismus greift.

Für KLARtext war klar: im Kampf gegen diese Erscheinungen muss die Soziale Frage in den Vordergrund gerückt werden. Das scheinen auch die Faschisten zu tun, wenn sie soziale Unzufriedenheiten über hohe Mieten, niedrige Löhne und Sozialabbau aufgreifen. Allerdings machen sie nicht die Interessen des Kapitals dafür verantwortlich, sondern Asylbewerber und Migranten insgesamt. Remigration und Schließung der Grenzen für Asylsuchende soll die Lösung der Sozialen Frage sein.

Was 1998 im folgenden Vortrag über die Republikaner gesagt, gilt in vollem Umfang auch für die heutige AfD. Für sie steht die „Ausländerfrage“ im Mittelpunkt und ein völkische Nationalismus. Höcke z.B. fordert ein „Migrationsverbot raumfremder Bevölkerungen“ (283) und „die geordnete Rückführung der hier nicht integrierbaren Migranten in ihre ursprünglichen Heimatländer“ (284). Dadurch muss man das Volk „in erheblichen Teilen sogar erst wiederherstellen“ (288). Es ist die Rede einem „Aderlaß“, durch den wir „*leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden ... Islamisierung zu widersetzen*“ (257). Wie verliert das deutsche Volk zu schwache oder unwillige Deutsche? Man soll es sich denken. Vielleicht durch Gefängnis oder KZ oder Ausbürgerung?

(Alle Zitate aus Björn Höcke, Niemals in denselben Fluss, Lüdinghausen 2023)

Bürgerliche Parteien und Medien „bekämpfen“ die AfD, indem auch sie die Migrationsfrage in den Vordergrund stellen. „*Das Debakel in Sachsen und Thüringen schreit der Regierung von Kanzler Olaf Scholz ins Gesicht: Es ist die Migration, Dummkopf!*“ (Berthold Kohler - einer der Herausgeber der FAZ - Die Quittung, FAZ 2.9.2024) Die Migrationsfrage in den Mittelpunkt zu stellen ist heute angesagt, um die Interessen des Kapitals zu vertreten, je weniger es aufgrund seiner Profitinteressen imstande ist, Lösungen für die weltweiten umfassenden Krisen zu finden.

### **Faschismus ist nicht mit Sozialpartnerschaft zu bekämpfen**

#### **Soziale Frage und Rassismus**

von Rainer Roth, in: Neue Hanauer Zeitung, Sommer 1998

*Im folgenden veröffentlichen wir den Text des Redebeitrages, den Rainer Roth auf der Gegenveranstaltung zum Rep-Parteitag in Hanau-Steinheim hielt:*

Faschistische Parteien bekommen unter anderem auch in Arbeitervierteln der Städte bis zu 20% der Stimmen, vor allem in Vierteln mit schlechter Wohnqualität und hoher Arbeitslosigkeit. Die Republikaner bieten den verarmenden Arbeiterschichten an, dafür zu kämpfen, daß sie als Deutsche bei Arbeitsplätzen, Wohnungen und Sozialleistungen Vorrang vor Einwanderern genießen sollen. Die durch Verarmung gedemütigten unteren Schichten wollen sie psychisch aufrichten, in dem sie wenigstens den Stolz vermitteln, Deutsche zu sein.

#### **Konkurrenz von Arbeitnehmern**

Es nützt nichts zu bestreiten, daß es Konkurrenz um Arbeitsplätze oder Wohnungen gibt. Märkte ohne Konkurrenz der Warenverkäufer bzw. Warenkäufer untereinander gibt es nicht. Und Arbeitskräfte sind nun mal hierzulande Waren auf dem Arbeitsmarkt.

Rassismus ist nicht nur ein Vorurteil, eine falsche Idee oder falsche Ethik, die man durch Aufklärung über die Gleichheit aller Menschen verändern kann. Rassismus ist eine Form der Konkurrenz auf

dem Boden der Marktwirtschaft, die durch die nationale Konkurrenz auf den Weltmärkten noch gefördert wird. Die Konkurrenz der Arbeitskräfte und damit auch der Rassismus werden mit wachsendem Überangebot dieser Ware, mit wachsender Arbeitslosigkeit stärker. Die Arbeitslosigkeit aber steigt, weil die Verwertung des Kapitals im Mittelpunkt steht und Menschen nur dann beschäftigt werden, wenn sie irgendwem eine hinreichende Rendite bringen.

### **Gemeinsame Interessen von Arbeitnehmern**

Neben der realen Konkurrenz gibt es aber auch reale gemeinsame Interessen. Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen, um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen bzw. um Erhöhung von Sozialleistungen und die Verhinderung von Verschlechterungen kann letztlich, wenn überhaupt, dann nur durch größtmögliche Einheit, durch den gemeinsamen Kampf aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. aller von Sozialabbau Betroffenen erfolgreich sein.

Betont man die Konkurrenz, dann begnügt man sich mit dem engen Rahmen, der das Kapital steckt und will nur in diesen Rahmen seine eigene Haut retten. Die Konkurrenz zu verschärfen, ist das Geschäft der Arbeitgeber. Sie haben nicht nur Interesse die Widersprüche zwischen Deutschen und Einwanderern, sondern auch die zwischen Männern und Frauen, zwischen Jungen und Alten usw. zu vergrößern, also sozialen Unfrieden zu stiften. Eine kämpferische Einheit aller Arbeitnehmer zu organisieren, um die Konkurrenz abzumildern, müßte die Aufgabe derer sein, die dem Rassismus da; Wasser abgraben wollen.

### **Konkurrenz um Sozialleistungen**

Die Reps werden auch von Arbeitslosen und armen Leuten gewählt. Diese hoffen z.B., daß es ihnen besser gehen würde, wenn die Gelder, die für Asylbewerber aufgebracht werden, ihnen selbst zugute kommen. Sie halten Ausländer im allgemeinen für weniger bedürftig als Deutsche. Auch z. B. auf Sozialämtern existiert eine reale Konkurrenz um Sozialleistungen. Auch die Konkurrenz der Arbeitslosen untereinander bzw. der Sozialhilfebezieherinnen untereinander und mit den Beschäftigten wird in allen ihren Formen von Arbeitgebern und vom Staat geschürt. Rassismus ist auch hier eine Form der Konkurrenz.

### **Rassismus und Passivität**

Grundlage des Rassismus ist die Passivität. Man glaubt, für seine eigenen sozialen Interessen nicht aktiv kämpfen zu können. Man verlangt die Lösung der Probleme von den Mächtigen, gegenüber denen man sich ohnmächtig fühlt. Man verlangt von denen, die daran interessiert sind, die Konkurrenz anzuheizen, daß sie sie abmildern, in dem sie Konkurrenten entfernen. »Mein Sohn hat eine Lehrstelle, aber der Marokkaner hat eine. Ich werde arbeitslos, aber ein Türke behält seine Arbeit« usw. Wer so denkt, erkennt an, daß die Mächtigen einstellen oder entlassen können wie sie wollen, er fordert nur die bevorzugte Entlassung von Ausländern. Er fordert gewissermaßen nationalverträgliche Entlassungen.

Die Reps denken sozialpartnerschaftlich, sie gehen von gemeinsamen Interessen zwischen deutschem Kapital und deutschen Arbeitern aus. Rassismus ist eine Form der Sozialpartnerschaft mit dem Kapital. Die Reps kämpfen für den sozialen Frieden mit dem Kapital, indem sie die ausländischen Kollegen zum Grundproblem erklären. Da aber diese Gemeinsamkeit in der Realität gar nicht besteht, verstärkt sich die Ohnmacht und kann sich in um so größerem Haß auf ausländische Konkurrenten entladen, die man dann eben selber mit eigenen Mitteln bis zum Terror verdrängen muß.

Der Faschismus kann aus all diesen Gründen nicht mit Sozialpartnerschaft zwischen Reichen und Armen zurückgedrängt werden. Gemeinsame Interessen unabhängig von der Nationalität gegenüber dem Kapital zu entwickeln, erfordert die Abkehr von der Sozialpartnerschaft.

Eine starke kämpferische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist wichtig, die auch die Interessen von Arbeitskräften in prekärer Beschäftigung, von Arbeitern in Kleinbetrieben und von Arbeitslosen und Sozialhilfebezieherinnen verteidigt. Wenn Arbeitnehmer unabhängig von ihrer Nationalität für ihre sozialen Interessen kämpfen, werden sie eher feststellen, daß die Reps die Schnauze halten und sie nicht unterstützen. Die Reps sind eine bürgerliche Mittelstandspartei. Das muß man offensiv klarmachen.

Mit Totschweigen ist nichts zu erreichen.

## **Aktivität statt Passivität**

Man kann den Rassismus nicht nur durch richtige Erklärungen der Verhältnisse bekämpfen. Natürlich ist es wichtig zu erklären, wer und was Lohnsenkungen, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verursacht, und das mit eingängigen Mitteln klarzumachen. Genauso wichtig und noch wichtiger aber ist es, gegen die Verursacher gemeinschaftlich zu kämpfen. In der Praxis machen Menschen Erfahrungen, die dann auch wieder das Bewußtsein verändern.

Aufgrund ihrer Passivität beim Kampf für ihre sozialen Interessen erwarten die Wähler der Republikaner sich Lösungen von einer »Führerpersönlichkeit«, die »Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert« (Hans Gerd Jaschke, Die Republikaner, Bonn 1990, S. 112). Jaschke sagt: »Die Dringlichkeit einer Sozial-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik im Interesse des unteren Drittels ... liegt... auf der Hand. Die praktische Umsetzung einer solchen Politik könnte ... perspektivisch ein Kriterium sein für den Auf- oder Abstieg der Republikaner« (ebd. S. 113). Das ist nur halbrichtig.

Natürlich sind Verarmungsprozesse ein Treibsatz, der die Konkurrenz um den von den Reichen übriggelassenen Kuchen verschärft. Die Konkurrenz wird objektiv entschärft, wenn es den unteren Schichten insgesamt besser geht. Aber bessere Fürsorge alleine tut's nicht. Sie wirkt nicht der Passivität entgegen, die eine Grundlage des Rassismus ist. Sie fordert nicht kollektive Interessenvertretungen der unteren Schichten, sondern macht ihr Schicksal vom Verständnis freundlicher Herrscher abhängig, die den sozialen Frieden d. h. die wohlwollende Untätigkeit der Bevölkerung von vornherein durch Zugeständnisse fördern.

Soziale Bewegungen sind notwendig, nicht in erster Linie Sozialpolitik.

Auch beim Kampf um die Verteilung der Staatsfinanzen gilt, daß die sozialen Gegensätze entscheidend sind, nicht die nationalen. Die Absahner sitzen oben. Die ökonomisch Mächtigsten haben die besten Karten. Sie haben ihre Gewinnsteuern mit Hilfe von Bundestag und Bundesrat so stark reduziert, daß die Staatsfinanzen ruiniert sind. Gleichzeitig haben sie sich über die Kredite, die sie dem ausgeplünderten Staat aus den Steuerersparnissen gaben, 15 - 20% der Haushaltsausgaben direkt untergeordnet. Die Selbstbedienung der Politiker tut das übrige.

Weil die Reichen zuerst absahnen, bleibt für die da unten, ob sie Deutsche oder Ausländer sind, immer weniger übrig. Was nützt es, wenn sich ein alleinstehender deutscher Sozialhilfebezieher darüber beschwert, daß er keine Waschmaschine bekommt, wohl aber eine türkische Familie mit zwei Kindern. Die »Ungerechtigkeit« existiert in erster Linie gegenüber den Reichen, die sich mehr und mehr vom Steuerzahlen verabschieden, während sie Arbeitslosen und Armen höhere Mehrwertsteuern aufbrummen. Und auch die Sozialämter werden aggressiver, je mehr die Reichen ihre eigenen Schäfchen auf Kosten der Gesellschaft ins Trockene bringen. Man muß klarmachen, daß die Reichen für sich selbst einen vollkaskoversicherten Sozialstaat errichtet haben, während sie Sozialleistungen für Arme tendenziell als Mißbrauch betrachten. Auch hier muß also der Gegensatz zwischen arm und reich in den Mittelpunkt gestellt werden, um dem Rassismus entgegenzuwirken.

Notwendig ist z.B. eine Arbeitslosenbewegung, die dem Abbau von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe entgegentritt. Diese Bewegung, die in Keimform vorhanden ist, braucht eine hundesweite möglichst-, starke Arbeitslosenorganisation. Wenn hier eine Kraft gegen die Demütigungen auf Arbeits- und Sozialämtern entwickelt werden könnte, würde das auch faschistische Stimmungen zurückdrängen. Dann entwickelt sich ein Stolz auf die eigene reale Stärke, der sich nicht mit dem jämmerlichen Stolz begnügt, eine Staatsbürgerschaft zu haben.

Alle diejenigen, die die Entwicklung einer solchen Kraft verhindern bzw. behindern, weil sie z.B. Arbeitslose lieber als Sozialfälle betreuen wollen, hindern Arbeitslose an Aktivität und fordern nicht den Zusammenschluß untereinander. Sie behindern damit auch den Kampf gegen den Rassismus.

Notwendig sind auch Bündnisse gegen Sozialabbau insgesamt.

Noch ein Wort zu den ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Die Tendenz, sich angesichts des starken Drucks in die eigene Nationalität zurückzuziehen, ist verständlich. Doch wenn tatsächlich soziale Bewegungen und die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von Menschen aller Nationalitäten gemeinsam getragen werden, wird man den falschen Urteilen überzeugender entgegenwirken können, daß Ausländer uns auf der Tasche liegen. Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen Völkern und Nationalitäten.



KLARtext e.V. schlägt entschlossene Reform des Arbeitsmarkts vor

# Militärdienst für Arbeitslose – Arbeitslose ans Gewehr

Es kann nicht sein, dass in weiten Teilen der Welt Instabilität und Krisen herrschen, während sich wehrfähige Arbeitslose hier in der sozialen Hängematte räkeln.

Ist es nicht ein Skandal, dass es 4,4 Mio. Arbeitslose, aber nur 300.000 Soldaten gibt? Sind die Deutschen ein Volk von Drückebergern?

Eine energische Reform ist notwendig. Sie soll auf dem Grundsatz aufbauen: Militärdienst vor Arbeitslosigkeit (MvA).

Eine Kommission unter Führung eines Generals sollte eingerichtet werden. Sie soll Maßnahmen ausarbeiten, die nach dem beispiellosen Erfolg der Hartz-Kommission eine weitere Halbierung der Arbeitslosigkeit sicherstellen.

## **Wir halten folgende Schritte für unverzichtbar:**

1) Ab 2004 müssen nicht nur zivile, sondern auch Militärische Auslandsarbeitsplätze (MA) für Arbeitslose zumutbar sein.

2) Um die Schaffung von MAs zu fördern, müssen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe so gekürzt werden, dass der notwendige Abstand zum Wehrsold hergestellt wird. Sonst gibt es keinen Anreiz, an der Waffe zu dienen.

Hängematten für Arbeitslose sollen nur noch in Zelten der Bundeswehr zulässig sein.

3) Die Zukunft von MAs liegt in ihrem Export. Der Umzug von Arbeitslosen an Militärische Arbeitsplätze im Ausland muss nach einem Monat Arbeitslosigkeit zumutbar sein. Mobilität darf nicht an deutschen Grenzen enden.

4) Arbeitslose sollen vor allem die »Krisenreaktionskräfte« der Bundeswehr verstärken. Die Verpflichtung hierzu ist die wirkungsvollste Reaktion auf die gegenwärtige Krise.

5) Die Verpflichtung von Arbeitslosen auf Militärische Auslandsarbeitsplätze (MA) trägt dazu bei, die Lohnnebenkosten in Deutschland zu senken. Das wird endgültig den kurz bevorstehenden Aufschwung auslösen.

6) Um die Arbeitsmarktreform organisatorisch zu bewältigen und Bürokratismus zu vermeiden, sollten Arbeitsamt und Bundesverteidigungsministerium für wehrfähige Arbeitslose zur Militärischen Service Agentur (MSA) zusammengeführt werden.

## **Spaß beiseite:**

Soldaten geloben, »das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen«.

Seit wann lebt das Deutsche Volk am Hindukusch (Afghanistan), am Horn von Afrika, in Bosnien oder im Kongo? Sind unsere Grenzen nach der Wiedervereinigung vorgeschoben worden, ohne dass wir es gemerkt haben? Nach den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 dienen Auslandseinsätze der »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«.

Nach den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) sollen deutsche Soldaten in allen Ländern einsetzbar sein, in denen es der »Vorbeugung und Eindämmung von Krisen« dient.

»Dementsprechend lässt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen.« Also, wenn es notwendig ist, in Indonesien, in Pakistan, im Iran, in Kolumbien, vielleicht auch in Rußland, in Algerien, in Jordanien usw. Krisen gibt es überall, nicht zuletzt in den USA.

Selbst da, wo es noch keine Krise gibt, will die Bundeswehr präventiv einmarschieren können, um sie zu verhindern? Auch in Belgien, Österreich oder in Frankreich?

Damit Arbeitslose nicht an den Hindukusch müssen, ist es notwendig der Bundeswehr Grenzen zu setzen.

**Weder die USA noch Deutschland  
haben das Recht, überall in der Welt  
militärisch einzugreifen!**

**Keine Auslandseinsätze  
der Bundeswehr!**

**Kürzung der Rüstungsausgaben  
statt Kürzungen bei Arbeitslosen!**



Juni 2003

# Fluchtursache in Syrien!

KLARtext zu Fluchtursachen

KLARtext

Der Krieg in Syrien hat seit 2011 zwischen 250.000 und 350.000 Tote und fast zwei Millionen Verletzte gefordert. Er hat mehr als die Hälfte der 22 Millionen Syrer zu Flüchtlingen gemacht, acht Millionen im Land selbst und mehr als vier Millionen im Ausland, vor allem in den Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien.

**Wussten Sie schon,**

- dass Deutschland für die Massenflucht der Syrer mitverantwortlich ist?

Die **Bundesregierung** unterstützt den gewaltsamen Sturz der syrischen Regierung. Als Rechtfertigung wird die gewaltsame Unterdrückung von Massenprotesten gegen wachsende Armut und die Regierung angegeben.

**Wussten Sie schon,**

- dass die Richtung dieser Maßnahmen im bisher nicht unterzeichneten Assoziationsabkommen zwischen der EU und Syrien verankert ist und auf die Einführung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ nach deutschem Vorbild zielte?
- dass die Proteste eine absehbare Reaktion auf rigide Wirtschaftsreformen Assads waren?

Nach dem Muster der IWF-Strukturanpassungsprogramme wurden Subventionen für Brot, Strom, Benzin und Dünger und die staatlichen Preisobergrenzen für viele Bedarfsgüter abgeschafft. Die Inflationsrate betrug jährlich zehn Prozent, der Mindestlohn blieb gleich.

Die Arbeitslosigkeit stieg, weil Staatsbetriebe nach und nach privatisiert wurden.

Die Außenzölle, die die syrische Wirtschaft schützten, wurden abgeschafft, um Syrien in eine Freihandelszone mit der EU einzubinden.

Der Staat kaufte den Bauern Produkte nicht mehr zu garantierten Preisen ab, sondern überließ sie den Kräften des Marktes.

Assoziationsabkommen mit Nachbarländern der EU dienen dazu, die uneingeschränkte Freiheit für Kapital und Waren aus der EU durchzusetzen, ebenso den massiven Abbau des Staates. Das Assad-Regime, das sich vor allem auf Einnahmen aus Staatsbetrieben stützte, hoffte dennoch vom Kapitalzufluss aus der EU zu profitieren, auch als Gegengewicht zum Druck vonseiten USA und Israels. Die EU war schließlich wichtigster Handelspartner Syriens, Erdöl die Haupthandelsware.



Zeichnung: Th. Plassmann, Sprechblase: KLARtext

**Wussten Sie schon,**

- dass die zunächst friedlichen Proteste gegen die Verarmung des syrischen Volkes genutzt wurden, um oppositionelle Kräfte mit Geld und Waffen auszustatten und Assad zu stürzen?
- dass diese Verarmung - wie oben schon ausgeführt - von der EU und Deutschland selbst betrieben wurde?
- dass zu den EU-Partnern nicht nur die USA sondern insbesondere die Despoten aus Katar, Saudi-Arabien und der Türkei zählen?

**Deutschland ist Kriegspartei, mittlerweile auch mit Soldaten und Flugzeugen.**

**Wussten Sie schon,**

- dass Deutschland und Frankreich 2011 die diplomatischen Beziehungen zu Syrien abbrachen und nur noch die Marionettenregierung in Gaziantep (Türkei) als legitim anerkennen, die Assad ersetzen soll?
- dass die EU mit den massivsten Sanktionen ihrer Geschichte den Kauf von Öl aus Syrien und den Export vieler Produkte nach Syrien verbot sowie alle Finanztransaktionen mit Syrien? Die EU erlaubt aber seit 2012 den Ölexport aus den „befreiten Gebieten“ Syriens.
- dass auch Sie vielleicht Öl vom „Islamischen Staat“ beziehen?

**Mit Krieg und Wirtschaftsboykott beschleunigt Deutschland das Elend des syrischen Volkes. Vor 2011 lebten 30 % in Armut, heute 80 %.**

### Wir sind nicht der Meinung,

- dass wir von Syrien und den Flüchtlingen aus Syrien bedroht werden. Sind es doch u.a. die EU und Deutschland selbst, die die Existenz Syriens bedrohen und seinen Bewohnern mit Wirtschaftsboykott und der Förderung eines Stellvertreterkriegs das Leben in ihrem Land unmöglich machen.
- dass die Grenzen für Flüchtlinge geschlossen werden sollen, die Grenzen für das nationale und transnationale Kapital dagegen offen stehen. Ist es doch gerade dessen Geschäftsinteresse, das Flüchtlinge produziert.



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

### Wir klagen auch nicht darüber,

- dass Flüchtlinge mit Hilfe von „kriminellen Schleuserbanden“ illegal in die EU eindringen, während Deutschland und andere Staaten es für legal halten, die Souveränität eines Landes zu verletzen, um die Regierung zu stürzen.
- dass Flüchtlinge sich nicht genug „anpassen“, während Deutschland weiterhin beteiligt ist, z. B. Syrer zu entwurzeln und aus ihren angestammten Regionen zu vertreiben.

### Kommt es Ihnen nicht seltsam vor,

- dass man bestimmte Regierungschefs nahezu inflationär als „2. Hitler“ brandmarkt, aber zu anderen Diktatoren beste Beziehungen pflegt?

- dass „Schurkenstaaten“ („failed states“) wie Pilze aus dem Boden schießen? „Zufällig“ allesamt dort, wo auch die geostrategischen bzw. wirtschaftlichen Interessen der USA, der EU und Deutschlands liegen!

Schon Mossadegh (Iran) und Nasser (Ägypten), später Milosevic, Saddam, Ghaddafi und Assad haben sich ab einem gewissen Punkt den geostrategischen Interessen des Westens widersetzt. Im Handumdrehen wurden sie der „zweite Hitler“ (seltsamerweise nie der 3. oder 4.) und ihre Staaten „failed states“. Um das Vorgehen gegen Staaten, die auf einer relativen Eigenständigkeit gegenüber dem Westen bestehen, vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen, braucht es die Dämonisierung. Dann traut man sich, sie entgegen dem Völkerrecht auch militärisch anzugreifen oder gar zu zerstören. Und wenn es sein muss, wie im Fall Syriens, sogar mit Hilfe islamistischer Despoten aus den Golfstaaten und der Türkei.

Quellen: LiPortal, Das Länder-Informationsportal, Syrien, März 2016; David X. Noack, IMI-Analyse 2016/03; Ingar Solty Studien der RLS-Stiftung 5/2016; Cristoph Sydow, Assad macht die Türen auf, zenith 2/2010; Jürgen Wagner IMI-Studie 12/2012; Bundeszentrale für politische Bildung APUZ 8/2016; Karin Leukefeld: Flächenbrand. Syrien, Irak, die arabische Welt und der Islamische Staat. Köln 2016, 2.Aufl.; Michael Lüders: Wer den Wind sät ... Was westliche Politik im Orient anrichtet. SWR Tele-Akademie, Erstausstrahlung 12.04.2015, [http://www.tele-akademie.de/begleit/video\\_fa150412.php?xtmc=L%C3%BCders&xtcr=1](http://www.tele-akademie.de/begleit/video_fa150412.php?xtmc=L%C3%BCders&xtcr=1) (18.06.2016)

### Die Syrer sollen selbst bestimmen, wer sie regiert.

#### Wir fordern:

- Keine Waffen an den IS bzw. seine Schutzpatrone Saudi-Arabien, Katar und Türkei!
- Rückzug aller fremden Truppen aus Syrien!
- Sofortiger Waffenstillstand in Syrien!
- Sofortige Aufhebung des Embargos gegen die syrische Bevölkerung!

Diejenigen, die Deutschland und die EU zur Kriegspartei in Syrien gemacht haben, um rücksichtslos ihre Geschäftsinteressen zu fördern, sollen mit höheren Steuern auf ihre Einkommen selbst für die Flüchtlinge aufkommen, die sie erzeugen.

Das wäre Eigenverantwortung!

## Doppelte Staatsbürgerschaft für alle Einwanderer -

Eine Million Aussiedler (aus Rußland, Kasachstan oder anderen osteuropäischen und asiatischen Staaten) haben die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, obwohl sie ihren alten Paß nicht abgeben mußten.

Wirtschaftsverbände und regierende Parteien, aber auch Reps und NPD befürworten das. Sie sind für den Doppelpaß, wenn es **ihren Interessen** nützt.

Sie sind nicht grundsätzlich gegen doppelte Staatsbürgerschaft.

Sie sind **gegen** die doppelte Staatsbürgerschaft, wenn sie dazu dient, allen Arbeiterinnen und Arbeitern **gleiche Rechte** zu geben. Das würde die Kraft der Lohnabhängigen stärken.

Sie sind für die doppelte Staatsbürgerschaft, wenn sie dazu dient, den **Nationalismus** zu fördern und großdeutsche Ansprüche aufrechtzuerhalten.

Deswegen sind sie nur dann für die doppelte Staatsbürgerschaft von ausländischen Arbeitskräften, wenn diese **deutscher** Nationalität sind.

**Das ist der alte Nationalismus und Rassismus aus der Zeit vor dem ersten und zweiten Weltkrieg.**

## **nicht nur für Aussiedler!**

Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland.

Inzwischen leben hier über sieben Millionen Menschen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft.

Wer hier arbeitet und die Profite deutscher Konzerne vermehrt, wer Milliarden an Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen zahlt, der soll auch die gleichen Rechte haben wie deutsche Staatsbürger.

-> Ausländische Millionäre brauchen keine deutsche Staatsbürgerschaft, um politische Rechte zu besitzen. Ihnen reicht die Macht ihres Kapitals.

Sie brauchen kein Wahlrecht, kein Demonstrationsrecht und keine Versammlungsfreiheit.

Sie brauchen auch keine deutsche Staatsbürgerschaft, um Aufenthaltssicherheit zu haben. Arbeitslosigkeit gefährdet ihren Aufenthalt nicht.

- > Ausländische Arbeitskräfte brauchen die deutsche Staatsbürgerschaft, damit sie politische Rechte haben und der politische Einfluß aller Lohnabhängigen steigt.

Sie brauchen die deutsche Staatsbürgerschaft, um im Fall von Arbeitslosigkeit und Armut nicht abgeschoben zu werden.

Wenn Lohnabhängige weniger gegeneinander ausgespielt werden können, nützt das allen Lohnabhängigen.

Zwei bis drei Millionen Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft leben in Deutschland. Neben Aussiedlern gibt es 400.000 türkische Staatsbürger mit Doppelpaß, Kinder aus binationalen Ehen oder Eingebürgerte, deren Ursprungsland sie nicht aus der alten Staatsbürgerschaft entläßt.

Gleiche Rechte für Einwanderer gibt es nur über Einbürgerung.

Doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Form der Erleichterung der Einbürgerung.

Gleiche Rechte sind eine wichtige Voraussetzung für den gemeinsamen Kampf für gemeinsame Interessen.

Doppelte Staatsbürgerschaft statt Nationalismus!

**Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten,  
nicht zwischen den Völkern!**

**Gleiche Rechte für ALLE für gleiche Rechte!**



August 2001

## XI Lockdown – nicht nochmal

Über zwei Jahre konzentrierten sich die Regierungsparteien darauf, die gesamte Bevölkerung durch Kontaktverbote vor Infektionen zu „schützen“. Statt die eigene Immunabwehr stärken zu helfen, wurde auf millionenfaches Injizieren nicht erprobter Stoffe gesetzt. Jetzt ist die Zeit zum bilanzieren gekommen.

Im Nachrichtenmagazin Hintergrund erschien am 23.3.2023 dazu ein Beitrag von Rainer Roth zur notwendigen Aufarbeitung der Pandemiemaßnahmen ([www.hintergrund.de/politik/heraus-aus-dem-schock-zur-aufarbeitung-der-corona-politik](http://www.hintergrund.de/politik/heraus-aus-dem-schock-zur-aufarbeitung-der-corona-politik)).

Im Folgenden ein Auszug daraus:

### Welche Fehler wurden begangen?

Über ein Dutzend Ärzte und Wissenschaftler haben am 14. Februar 2023 zusammen mit Prof. Dr. Schrappe, einem jahrelangen Mitglied jahrelang Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung des Gesundheitswesens, eine medizinisch fundierte ausführliche Stellungnahme zur Aufarbeitung der Pandemie-Politik veröffentlicht.<sup>1</sup>

Wir beschränken uns hier auf drei zentrale Punkte.

**Fehler Nr. 1:** Die Autoren halten das Hauptziel der Maßnahmen für falsch, Ansteckungen bei **allen** Menschen möglichst umfassend verhindern zu wollen, weil auch Menschen ohne Krankheitssymptome Infektionen verbreiten können. Quarantäne für alle positiv Getesteten zu verhängen, sei unsinnig gewesen, da viele von ihnen nicht oder kaum noch ansteckend waren. Für Kinder, Jugendliche und für die Masse der Menschen im erwerbsfähigen Alter seien Infektionen mit dem Virus zudem keine große Bedrohung, wohl aber für Vorerkrankte, besonders unter älteren Menschen. (Das zeigen alle Statistiken des RKI). Die Lockdown-Maßnahmen missachteten das vorhandene Wissen. Stattdessen konzentrierten sich die Regierungsparteien darauf, die gesamte Bevölkerung durch Kontaktverbote vor Infektionen zu „schützen“, obwohl diese sich in bedeutendem Umfang durch intakte Immunabwehr selbst schützen konnte. Schul-, Universitäts- und Kitaschließungen und andere Lockdown-Maßnahmen (wie Ladenschließungen, Ausgangssperren, Sportverbote, Versammlungsverbote usw.) waren kontraproduktiv. Sie schwächten die Immunabwehr. Die Kontaktverbote konnten nicht einmal verhindern, dass sich das Virus am Ende schneller ausbreitete als erwartet. Infektionen durch Kontakte zuzulassen, d. h. mit dem Virus zu leben, war regierungsamtlich unerwünscht, obwohl das bei Millionen Menschen wirkungsvoll zur Herdenimmunität beigetragen hat. Die Maßnahmen hätten sich also auf den Schutz immungeschwächter Menschen konzentrieren müssen, insbesondere unter der älteren Bevölkerung. Das geschah jedoch nicht, vor allem bei BewohnerInnen von Alten- und Pflegeheimen, wie selbst die FAZ feststellte (Thomas Holl, FAZ 30.01.2023). Viele Todesfälle unter ihnen waren die Folge. Auf den Intensivstationen habe ferner bei vergleichbarem Schweregrad die bevorzugte invasive Beatmung an Beatmungsgeräten zu einer Todesrate von 60 Prozent geführt, sechsmal so viel wie bei nicht invasiver Beatmung.<sup>2</sup>

**Fehler 2:** Viele Maßnahmen konzentrierten sich darauf, Aktivitäten im Freien, d. h. außerhalb geschlossener Räume, zu verbieten, „*obwohl eine Ansteckung eigentlich nur in Innenräumen (erfolgt). ... Draußen steigt nicht nur die abgeatmete Luft schneller nach oben, sie wird auch sofort verdünnt. Somit werden praktisch nie genug Viren inhaliert, um eine Infektion auszulösen.*“

Aktivitäten im Freien zu verbieten, verleugnete das vorhandene Wissen. Es war eben, wie Lauterbach erklärte, „Schwachsinn“. Es war Schwachsinn, Sport im Freien, Spaziergänge mit Freunden zu verbieten und überhaupt den Aufenthalt im Freien mit Ausgangssperren zu untersagen. Maskenpflichten im Freien waren außerdem „vollkommen sinnlos“. In Innenräumen jedoch konnten Masken sinnvoll sein, besonders wenn viele Personen anwesend waren, die Decken niedrig und die Lüftung schlecht war.

**Fehler 3:** Impfungen und die Produktion von Antikörpern als Hauptschutz gegen Infektionen sei ein „wissenschaftlicher Irrweg“. „*Es gehört seit Jahrzehnten zum Basiswissen der Immunologie, dass*

*die breite zelluläre Immunreaktion mit ihrem Gedächtnis für Antigene (fremde Substanzen) im Vordergrund der Immunabwehr steht.“* Die Stärkung der individuellen Immunabwehr hätte also im Vordergrund der Maßnahmen stehen müssen und nicht der Schutz vor jeder Infektion. Menschen zu impfen, die ein intaktes Immunsystem hätten, sei unnötig. Ein großer Teil von Pandemiemaßnahmen dagegen trug zur Schwächung des Immunsystems bei, statt es zu stärken. Das Autorenteam um Schrappe beschäftigt sich nicht mit dem Ausmaß der Impfschäden und der Übersterblichkeit, die es seit dem Zeitraum der Impfkampagne gibt.

Das notwendige Wissen war also in zentralen Bereichen der Pandemiemaßnahmen vorhanden, doch die Regierungsparteien wollten davon nichts wissen. Sie erzeugten bewußt eine lähmende Angst vor dem Virus und setzten entgegen besserem Wissen Maßnahmen durch, die die Gesundheit nicht schützten, sondern ihr eher schaden. Dieser Schluss liegt erst recht nahe, nachdem die schwedische Statistikbehörde SCB auf Grundlage u. a. der Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat bekannt gab, dass die Übersterblichkeit in Schweden in den Jahren 2020-2022 gegenüber den Jahren 2017-2019 mit Abstand die niedrigste in Europa war. Sie war halb so hoch wie in Deutschland, obwohl (oder weil?) in Schweden Schulen, Kindergärten, Läden, Cafés usw. offen blieben und keine Maskenpflicht bestand.<sup>3</sup>

### **Auch „Sinnloses“ hat seinen Sinn**

Was bei nüchterner Betrachtung für uns als sinnlos erscheint, muss für die Verantwortlichen einen Sinn gehabt haben. Sonst hätten sie „sinnlose“ Maßnahmen nicht auf dem Boden eines für die gegenwärtige Demokratie „hochgefährlichen“ Ausnahmezustandes mit der Staatsmacht durchgesetzt. Den wirklichen Sinn offenzulegen, d. h. die Interessen aufzuzeigen, aus denen die Handlungen entspringen, wagten sie allerdings nicht.

Die wichtigste Aufgabe besteht also darin, anhand der Folgen der Pandemiemaßnahmen den wirklichen Sinn herauszuarbeiten. Entscheidend hierbei ist aufzudecken, wie die Interessen des Kapitals in der Coronakrise durch die für uns „sinnlosen“ Maßnahmen bedient wurden. (vgl. Frankl, Roth, Weißert, Lockdown – Nicht nochmal!, Frankfurt August 2020, 87 ff.) Zu untersuchen ist vor allem, wie die längerfristige Verwertung von Kapital für die wichtigsten Kapitalgruppen durch die Pandemie-Politik gefördert wurde. Es geht hier nicht nur um die Geschäftsinteressen der Pharmaindustrie und anderer Profiteure, sondern um die überfallartige Förderung der digitalen Revolution in allen Bereichen, um die staatliche Förderung von Gewinnen und Renditen mit Hilfe gewaltiger Staatsschulden und um die Einübung von Herrschaftsmethoden, mit denen die Mehrheit der Bevölkerung trotz drohender Senkung ihres Lebensstandards dazu gebracht wird, auch sinnlosen Anweisungen zu gehorchen und dennoch das Vertrauen nicht zu verlieren. Die verantwortlichen Regierungsparteien sehen sich schon von ihren Programmen her verpflichtet, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals in Deutschland zu fördern. Genau das haben sie auch in der Coronapandemie gemacht.

-----  
1 <https://www.schrappe.com/ms2/>

2 Matthias Schrappe, Gerd Antes, Thomas Voshaar u.a.: Stellungnahme zum Umgang mit Corona-Lehren aus der Pandemie <https://cicero.de/kultur/stellungnahme-sokrates-corona-pandemie-schrappe-antes>; das ist auch die Quelle für die unter Fehler 2 und 3 aufgeführten Zitate

3 Lockdownfrei und Erfolg dabei, taz 7.3.2023, <https://taz.de/Uebersterblichkeit-in-den-Corona-Jahren/!5920764/>



# Keine Allgemeine Impfpflicht, für wen auch immer!

## Covid-Impfungen müssen freiwillig sein!

Für die Regierenden in Deutschland sind **Impfungen der einzige Weg**, die Pandemie zu beenden. Ihr Maßstab ist die Impfquote. Sie „leugnen“ damit, dass ein gesunder Körper mit einer intakten Immunabwehr auch ohne die Injektion eines Pharmaprodukts mit dem Virus fertig werden kann.

Im Zentrum der körpereigenen Immunabwehr stehen die **langlebigen Gedächtniszellen**. Diese bilden bei Bedarf **kurzlebige Antikörper**, die Infektionen abwehren und sich danach zurückziehen.

Die natürliche Immunabwehr hat das ganze Virus im Visier, nicht nur – wie die derzeitigen „Impfstoffe“ – ein einzelnes Spike-Protein. Die körpereigenen Gedächtniszellen sorgen also für eine langlebige und umfassendere Grundimmunität, die bisherigen gentechnisch produzierten Impfstoffe gegen Covid eben nicht.

Es wird eine „**Impflücke**“ beschworen, die mit einer Allgemeinen Impfpflicht geschlossen werden müsse. Nur 73 Prozent der Einwohner seien vollständig geimpft. In Portugal sind z. Zt. 90,5 Prozent der Einwohner vollständig geimpft. Es gibt keine „Impflücke“. Doch die Inzidenzwerte liegen dort trotzdem bei weit über 3.000 pro 100.000 Einwohner. **Dass Impfen aus der Pandemie herausführt, ist offensichtlich falsch.**

Entscheidend ist jedoch, ob es eine „**Immunitätslücke**“ gibt. Aber die Zahl der Geimpften wird klein

gerechnet und die vielen Millionen Genesenen mit ihrer langandauernden natürlichen Immunität werden gar nicht erst erwähnt.

Es wird willkürlich eine „**Pandemie der Ungeimpften**“ behauptet, die nur mit einer Allgemeinen Impfpflicht beendet werden könne. Das ist Unsinn, denn zweifach Geimpfte und Geboosterte können wie Ungeimpfte andere anstecken und selbst angesteckt werden.

Es wird täglich eine **drohende Überlastung der Krankenhäuser** wegen Covid-19 beschworen, die von Ungeimpften ausginge. Laut Drosten sind in Großbritannien, dem europäischen „Stammland“ von Omikron, die Hälfte der PCR-positiven Patienten auf Intensivstationen nicht wegen Covid-19 aufgenommen worden, sondern wegen anderer Krankheiten (**DIE WELT 6.1.2022**). In Deutschland dürfte es ähnlich sein. Die Lage der Krankenhäuser wurde, um Lohnkosten zu sparen und die Privatisierung voranzutreiben, schon Jahrzehnte vor Covid prekär. Sogar während der Pandemie wurden auf Intensivstationen achttausend Betten gestrichen. Der Personalnotstand wurde nicht behoben, sondern vergrößert. Wegen dieser Verantwortungslosigkeit eine Allgemeine Impfpflicht einführen statt den Notstand zu beheben? Absurd!

Alle Covid-„Impfstoffe“ haben bisher nur eine Notfallzulassung. Was soll eine Allgemeine Impfpflicht, bevor über eine allgemeine Zulassung entschieden wird? b. w.

# Die Allgemeine Impfpflicht dient nicht unserer Gesundheit, sondern den Interessen der Pharmakonzerne.

Rhein-Main-Bündnis  
gegen Sozialabbau  
und Billiglöhne

Sie wollen Millionen Menschen den Konsum von mRNA-Impfstoffen - laut Bayer-Vorstand Stefan Oelrich: Gentherapie(!) - aufzwingen, die für viele keinen medizinischen Nutzen haben. Es kann sinnvoll sein, Menschen mit Immunschwächen so zu therapieren, aber der Pharmabranche reicht das nicht. Drei-, vier- und fünffach „Geimpfte“ sind ihr lieber. **Millionen wurde über Nacht rückwirkend der Impf- bzw. Genesenenstatus aberkannt**, und zwar alleine durch Verordnung nachgeordneter Behörden des Gesundheitsministeriums.

Die Regierenden drohen all denen, die jene umstrittenen „Impf“-Produkte verweigern, hohe Bußgelder und womöglich Erzwingungshaft an. Sie überziehen die ganze Gesellschaft mit Sanktionen (Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Le-

ben), um ihnen „Gentherapien“ aufzuzwingen.

Hunderttausende werden in Quarantäne geschickt, obwohl bekannt ist, dass ihre Viruslast nicht infektiös ist.

Ungeimpfte und Ungeboosterte werden als Egoisten verleumdet, als unsolidarisch, Staatsfeinde, Impfgegner und als tödliche Gefahr für Leib und Leben anderer.

„Ziel muss es sein, dass niemand um die Impfung herumkommt, der sich mit anderen treffen will“ (Reinhard Müller, *Die Impfpflicht ist ein Klacks*, FAZ 12.01.2022). Wohlgemerkt: niemand und nirgendwo.

Das alles stößt auf massives Unverständnis besonders von Menschen, die gesund sind. Ihr Widerstand soll mit einer Allgemeinen Impfpflicht gebrochen werden.

**Bis Ende November 2021 sind laut Paul Ehrlich Institut 78 Todesfälle von 1.919 Verdachtsfällen wahrscheinlich oder möglicherweise auf Impfungen zurückzuführen. Nur ein Bruchteil der Fälle wird gemeldet. Schließen mutmaßlich tausend Todesfälle im Zusammenhang mit der Impfung, so viele wie noch nie bei anderen Impfungen, nicht eine Allgemeine Impfpflicht aus?**

**Eine Impfpflicht wird es ... nicht geben.\***



**War das wieder nur ein leeres Versprechen?**

\* bei Maybrit Illner, ZDF, 14.10.2021

Kostenloser Versand dieses Flugblatts über [info@dvs-buch.de](mailto:info@dvs-buch.de); Nachdruck erwünscht; Stand der Daten: 27.1.2022, weiterführende Kritik nachlesen unter [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)

V.i.S.d.P.: Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne  
c/o DVS Michael Köster, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt, Tel. 069/740169

**Klartext zur Impfpflicht**

# **Allgemeine Impfpflicht gegen Covid? Unsinn!**

## **Impfpflicht zum Schutz vor der Omikronwelle?**

### **Nutzlos!**

Die Omikron-Welle läuft nach Regierungsangaben ab Mitte Februar 2022 aus. Ein Omikron „angepasster Biontech-Impfstoff“ liegt erst Ende April/Anfang Mai vor (Lauterbach in FAZ 28.01.2022), also nach dem Ende der Omikron-Welle. Was soll das?

## **Impfpflicht gegen eine Mutante, die keiner kennt?**

### **Absurd!**

Es wird fantasiert, dass im Herbst eine Mutante auftauchen könnte, die schwerere Erkrankungen hervorrufen könnte als das Delta-Virus. Warum dann jetzt eine Impfpflicht einführen? „Wir wollen ja die Welle im Herbst verhindern“ (Lauterbach 27.01.2022 in [www.express.de](http://www.express.de)). Die mögliche Herbstwelle eines unbekanntes Virus mit einem noch unbekanntes Impfstoff verhindern wollen?

### **Sollen wir lachen oder weinen?**

## **Impfpflicht gegen eine konstruierte Impflücke?**

### **Überflüssig!**

Die Lauterbachs, Söders, Kretschmäner und Wielers beziehen die Zahl der vollständig Geimpften auf die Gesamtbevölkerung. Das ist unseriös. Sie müsste auf die impffähige Bevölkerung, d. h. auf die über 12-Jährigen bezogen werden.

Danach sind fast 85 Prozent der Impffähigen vollständig geimpft (62 von 73,2 Millionen Menschen). Und: von einer Infektion Genesene sind Geimpften gleichgestellt. Berücksichtigen wir das, haben über 90 Prozent bereits eine Grundimmunität.

## **Schluss mit der Pandemie!**

### **Eine Impfpflicht ist unnötig!**

Das RKI erklärte im Sommer 2021, dass 85 Prozent der 12- bis 59-Jährigen und 90 Prozent der Älteren geimpft sein müssen, um Kontaktbeschränkungen weitgehend aufzuheben (d. h. die Pandemie zu beenden) (Andreas Ross, Wir wissen mehr als nichts, FAZ 7.02.2022). Das ist längst erreicht.

## **Ampel-Regierung für Impfpflicht ab 18 Jahren**

In den Altersgruppen von 18 bis 59 sterben an/mit Sars-CoV-2 laut RKI etwa 0,1 Prozent der Infizierten (wie bei einer Grippe). Nur wenige müssen ins Krankenhaus, noch weniger in Intensivstationen.

## **Eine Impfpflicht für gesunde Menschen?**

### **Absurd!**

## **CDU unter Merz für „Vorratsbeschluss“**

Der Bundestag soll eine Allgemeine Impfpflicht beschließen, quasi auf Vorrat. Sie soll im Herbst in Kraft treten, wenn sie notwendig wäre. Eine Impfpflicht jetzt gilt der CDU als sinnlos.

## **Schubladengesetze? Nein danke!**

Die Gefahr ist noch nicht gebannt. Der Bundestag plant nach wie vor die Einführung einer Impfpflicht. Noch immer ist es notwendig zu zeigen, dass eine Allgemeine Impfpflicht breit abgelehnt wird! Zeigen Sie Präsenz! Gehen Sie weiter auf die Straße! Gewinnen Sie MitstreiterInnen! Bestellen Sie dieses Flugblatt kostenlos (über [info@dvs-buch.de](mailto:info@dvs-buch.de)) und bringen Sie es unter die Leute. Zwei Broschüren zur Kritik an der Lockdown-Politik liegen vor (siehe [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)).

## **Schluss mit der Pandemie!**

**Folgen wir Dänemark, Norwegen und Schweden!**

**Keine Allgemeine Impfpflicht,  
für wen auch immer!**

**Sie nutzt weder Ungeimpften noch Geimpften!**

**Lauterbach'sche Logik:**



**„... die Impfpflicht führt ja dazu,  
dass man sich zum Schluss  
freiwillig impfen lässt.“**

Kostenloser Versand dieses Flugblatts über [info@dvs-buch.de](mailto:info@dvs-buch.de); Nachdruck erwünscht;  
Stand der Daten: 27.1.2022, weiterführende Kritik nachlesen unter [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)

V.i.S.d.P.: Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne  
c/o DVS Michael Köster, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt, Tel. 069/740169

**Klartext zur Impfpflicht**

## **Die Allgemeine Impfpflicht kommt, wenn Proteste sie nicht verhindern!**

### **Ist die Allgemeine Impfpflicht schon gescheitert? Nein!**

Mit der Lockerung der Pandemiemaßnahmen kehrt eine gewisse Sorglosigkeit gegenüber den Plänen für eine Impfpflicht ein.

Russlands völkerrechtswidriger Einmarsch in die Ukraine verdrängt zudem alle anderen Themen.

Keiner der drei bestehenden Anträge würde eine Mehrheit im Bundestag bekommen. Bedeutet das, die Allgemeine Impfpflicht würde scheitern?

### **Die Arbeitgeberverbände fordern die Einführung der Impfpflicht,**

vor allem der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), aber auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit ihrer eine Million Unternehmen und über 30 Millionen Beschäftigten.

„*Impfen ist die beste Medizin gegen das Virus*“, so der BDI. Das meint auch der Verband forschender Arzneimittelhersteller mit seinen 45 Pharmaunternehmen, der BDI-Mitglied ist.

### **Warum sollten die Ampelparteien und die CDU der Ermahnung durch die Arbeitgeberverbände nicht folgen?**

### **Lauterbach umwirbt also die CDU für einen gemeinsamen Antrag. Unklar ist nur, für welchen.**

Aus den Reihen der Koalition gibt es einen Antrag, alle ab dem Alter von 18 zu verpflichten, bis zum 1. Oktober drei Mal geimpft zu sein und einen weiteren, dass das nur für Erwachsene ab 50 gelten solle. Die CDU strebt eine gesetzliche Impfpflicht auf Vorrat an. Sie soll im Herbst nur umgesetzt werden, wenn es notwendig sei.

### **Und wieder wird Panik geschürt!**

Prof. Lauterbach sieht eine „Sommerwelle“ und danach eine schwere Herbstwelle kommen. Dr. Dahmen (Grüne) eine neue Mutante, die **gefährlicher** sei alle vorhergehenden (FAZ 1.3.2022). Die Frankfurter Grünen-Bürgermeisterin Eskanderi-Grünberg klagte Menschen, die gegen die Impfpflicht demonstrieren, sogar an, sie würden das Leben anderer „riskieren“ (FAZ 3.3.2022), d. h. sie ums Leben bringen können.

Den Krankenhäusern droht also im Herbst angeblich wieder eine schwere Überlastung.

## **Die Herdenimmunität ist erreicht! Eine Impfpflicht ist unnötig!**

88,6 Prozent der über 60-Jährigen und 83,4 Prozent der 18- bis 59-Jährigen waren am 4.3.2022 grundimmunisiert, weil doppelt geimpft (Statista). Am gleichen Tag galten etwa 12 Millionen Menschen als genesen. Ihr Immunitätszustand ist besser als der von Geimpften, wird aber ausgeklammert. Im Sommer 2021 erklärte das RKI, dass mit 85 Prozent der 18-59-Jährigen und 90 Prozent der über 60-Jährigen die Herdenimmunität erreicht sei (Andreas Ross, FAZ 07.02.2022).  
Impfen um des Impfens willen, lehnen wir ab.

## **Brauchen wir eine Pflichtimpfung zum Schutz vor Covid-19?**

Es gibt keine Pflicht zur Gesundheit! Wollen wir Rauchen, Alkoholkonsum, ungesunde Ernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht, Risikosport u. a. mit Hilfe von Sanktionen bekämpfen? Sollen wir das Einatmen verschmutzter Luft vermeiden, weil es z. B. Krebs fördert? Und wie steht es mit der Förderung von Krankheiten durch Arbeitsstress, Wohnungsnot und Existenzangst? Wer zieht hier die Verursacher zur Verantwortung?

## **Droht eine Überlastung der Krankenhäuser ohne Impfpflicht?**

Die Betten waren 2020 und 2021 mit um die 16,7 Millionen Belegungen nur zu 67 Prozent ausgelastet, über 12 Prozent weniger als 2019 mit 19,2 Millionen Belegungen und so wenig wie nie seit 1990. Wir haben einen historischen Tiefstand der Auslastung, keine Überlastung. Etwa die Hälfte der Covid-19-Patienten wurde aus anderen Gründen als Covid eingeliefert. Nur ein positiver Test machte sie zu Covid-19-Fällen (Ralf Wurzbacher 11.2.2022 in <https://www.nachdenkseiten.de/?p=80685>).  
Diejenigen, die eine drohende Überlastung inszenieren, hatten ferner gegen den Abbau vieler tausend Betten nichts einzuwenden.

## **Das sind stichhaltige Argumente gegen eine gesetzliche Impfpflicht oder einen indirekten Impfwang.**

**Die schwammige Berufung auf „Freiheit, Frieden, Selbstbestimmung“ oder auf das Grundgesetz helfen nicht weiter.**

## **Letzte Meldung: Erfolg von Protesten! Österreich hat die seit Anfang Februar geltende Corona-Impfpflicht ausgesetzt.**

**Bestellen Sie dieses Flugblatt (kostenlos über [info@dvs-buch.de](mailto:info@dvs-buch.de)) und bringen es unter die Leute. Stand der Daten 09.03.2022 Eine ausführliche Kritik der Stellung der AfD zur Impfpflicht ist zu finden unter <https://klartext-info.de/?p=1112>**

V.i.S.d.P.: Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne  
c/o DVS Michael Köster, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt, Tel. 069/740169

**NEIN zur Impfpflicht!**

## Quellen

Reinhard Frankl, Rainer Roth, Tobias Weißert;  
KLARtext e.V. (Hrg.), RMB (Hrg.):

### **Lockdown? Nicht nochmal!**

Eine Streitschrift zur Sache  
Frankfurt/M., August 2020, Kt., 102 Seiten,  
ISBN 978-3-932246-53-1

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/lockdown\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/lockdown_A5.pdf)



## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	5
Rückmeldungen zu dieser Broschüre (Auswahl).....	6
25.100 Tote und kein Lockdown!.....	8
Pandemie lange erwartet - keine Vorbereitung.....	13
Begründungsmythen.....	15
Hunderttausende Tote durch SARS-CoV-2.....	15
SARS-CoV-2 verbreitet sich exponentiell.....	16
Überlastung der Krankenhäuser verhindern.....	19
Tausende Tote als Nebenwirkung?.....	21
Überlastung von Gesundheitsämtern verhindern.....	22
Killervirus?.....	24
Belegt hohe Sterberate „Coronavirus = Killervirus“?.....	24
Corona-Virus: Killervirus für jeden Einzelnen?.....	26
Corona-Virus – Killervirus für ältere Menschen?.....	29
Übersterblichkeit durch Corona in Deutschland?.....	31
Tod durch Corona oder nur mit Corona?.....	33
Hälfte der Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen.....	34
R-Faktor gegen Lockdown 1:0.....	37
Tests und Infektionen.....	41
Fehlerhaftigkeit der PCR-Tests.....	43
Pandemieverlauf mit Blick über Grenzen.....	45
Leichenberge wie in Italien verhindern.....	45
Krankenhäuser in Italien.....	48
Umweltverschmutzung und Lungenbelastung.....	49
Ohne Lockdown 560.000 Tote mehr?.....	51
Pandemie - unabhängig von staatlichen Maßnahmen.....	54
Freche Schweden: kein Lockdown - „tödlicher Sonderweg“.....	57
Tod in Pflegeheimen.....	59
Warum so unterschiedlich viele Todesfälle?.....	62

Übersterblichkeit in Europa – Pflegeheime.....	63
Beweisen die USA die Gefährlichkeit des Virus?.....	65
Hungertod zum Schutz des Lebens?.....	68
Am Rande des Hungertods, ohne zu sterben?.....	72
Milder Verlauf der Corona-Pandemie.....	73
Pandemie – Ende erst mit Impfstoff?.....	76
Infektionen sind keine Krankheit.....	78
Wie viele aktuell noch Infizierte gibt es?.....	82
Zweite Welle – Dritte Welle – Dauerwelle?.....	84
Wirtschaftliche und soziale Folgen.....	87
Wem nützt der Lockdown?.....	89
Eindämmung ist angesagt.....	93

#### Vorbemerkung

KLARtext wurde 1993 als Reaktion auf den Rechtsruck gegründet, unter dessen Druck damals die Änderung bzw. faktische Aushebelung des Grundgesetzartikels zum Asylrecht durchgeboxt wurde und der sich in Hetze gegen Migranten und Migrantinnen bis hin zu Pogromen äußerte.

Gerade im jetzigen Streit um die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung einer Pandemie, und hier insbesondere um den erfolgten wirtschaftlichen Shutdown und gesellschaftlichen Lockdown halten wir es für wichtig, Einflussnahme von rechts zu isolieren.

Das kann allerdings nur gelingen, wenn wir der sich immer breiteren Bevölkerungsteilen aufdrängenden Frage sachlich nachgehen, ob diese Maßnahmen mit ihren weitreichenden und tiefgreifenden Grundrechtsbeschneidungen wirklich zum Schutz von Gesundheit und Leben nötig oder überhaupt dazu geeignet waren bzw. sind. Wir haben im Titel eine generelle Antwort schon einmal vorweggenommen und wollen mit unseren Erkenntnissen und Fragen im Einzelnen zur wissenschaftlichen bzw. politischen Auseinandersetzung beitragen. Falls uns dabei Fehler unterlaufen sind, bitten wir angesichts des komplexen Themas um Nachsicht, besser noch um Hinweise.

Wir möchten mit dieser Broschüre auch der panischen Angst vor Infektionen mit Corona entgegenwirken, die von Regierung, Medien und Wissenschaftlern täglich geschürt wird.

In einer repräsentativen Untersuchung nahmen 28 Prozent von 5.800 Befragten ein Risiko von 50 Prozent und mehr an, im Laufe der nächsten 12 Monate an Covid-19 lebensbedrohlich zu erkranken. Alle Befragten gingen im Durchschnitt von einer Wahrscheinlichkeit von 26 Prozent aus, lebensbedrohlich zu erkranken (Ralph Hertwig u.a., DIW aktuell Nr. 52, 6. August 2020). Die Gefahr wird enorm überschätzt, erklären die Autoren.

Wir möchten mit dieser Broschüre dazu beitragen, auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren.



Reinhard Frankl, Rainer Roth, Tobias Weißert;  
KLARtext e.V. (Hrg.), RMB (Hrg.):

## Die Schockstrategie geht weiter

Zweite Streitschrift zur Sache  
Frankfurt/M., März 2021, Kt., 121 Seiten,  
ISBN 978-3-932246-54-8

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/schockstrategie\\_A5.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/08/schockstrategie_A5.pdf)



### Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen: Schockstrategie statt Aufklärung.....	7
2 Behauptungen zur Lage der Pflegeheime und Kliniken.....	11
2.1 „Der Schutz vulnerabler Gruppen ist ein Kernanliegen der Politik.“.....	11
2.1.1 Die übergroße Mehrheit der mit oder an SARS-CoV-2 Verstorbenen sind Pflegebedürftige..	11
2.1.2 Besondere Gefährdung von Pflegebedürftigen macht besonderen Schutz notwendig.....	12
2.1.3 Besonderer Schutz? Nein!.....	13
2.1.4 Todesfälle von Pflegebedürftigen wurden in Kauf genommen.....	13
2.1.5 Täglich sterben in Pflegeheimen vermutlich 750 BewohnerInnen.....	14
2.2 „Allgemeine Kontaktverbote verhindern Todesfälle in Pflegeheimen“.....	15
2.3 „AHA-Regeln einhalten vermeidet den Tod in Pflegeheimen“.....	16
2.4 „Schwedens Verzicht auf Lockdown tötet Menschen aus Risikogruppen“.....	18
2.5 „Der Schwedische Weg ist gescheitert“.....	20
2.6 „Es droht eine Überlastung der Intensivstationen“.....	21
2.7 „Künstliche Beatmung dient vor allem dem Schutz des Lebens“.....	24
3 Behauptungen zu Infektionen mit SARS-CoV-2.....	27
3.1 „Wer PCR-testpositiv ist, ist krank“.....	27
3.2 „Jede Person mit positivem PCR-Test ist ansteckend (infektiös)“.....	28
3.3 „Inzidenzwerte des Sommers sind im Winter durchsetzbar“.....	31
3.3.1 Inzidenzwerte vom Sommer in Herbst und Winter erreichbar?.....	33
3.3.2 Inzidenzwerte sind abhängig von der Zahl der Tests.....	33
3.3.3 Inzidenzwert von 50 von Inzidenzwert 35 abgelöst.....	34
3.3.4 Neue Inzidenzwerte: Unter 50, zwischen 50 und 100 und über 100.....	35
3.4 „Die Zahl der Tests hat keine Bedeutung für die Zahl der Infektionen“.....	36
3.5 „2,9 Prozent der Infizierten sind gestorben“.....	38
3.5.1 Bisherige Untersuchungen der Dunkelziffer.....	38
3.5.2 Bisherige Antikörperstudien.....	39
3.5.3 Metastudie der WHO vom Oktober 2020.....	40
3.5.4 WHO nimmt eine weltweit hohe Dunkelziffer an.....	40

3.6 „Zweite ‚Welle‘ ist schlimmer als die erste“ .....	41
3.7 „Die Pandemie hat keinen saisonalen Verlauf“ .....	43
3.8 „SARS-CoV-2 ist ein Killervirus“ .....	44
4 Behauptungen zum Tod durch SARS-CoV-2.....	47
4.1 „SARS-CoV-2 führte zu einer Übersterblichkeit in 2020“ .....	47
4.2 „Corona ist die größte Gefahr für Gesundheit und Leben“ .....	49
4.2.1 Beispiele für vermeidbare Todesfälle.....	50
4.2.2 Die Gesamtheit der Verhältnisse müsste in der Kritik stehen.....	50
4.2.3 Luftverschmutzung .....	51
4.2.4 Tausendfacher Tod durch Adipositas (Fettleibigkeit).....	51
4.3 „Alle 17 Sekunden stirbt ein Mensch in der EU wegen Covid-19“ .....	52
4.4 „Jeder von uns kann unterschiedslos von dem Virus betroffen sein.“ .....	55
4.5 „Natürlich ist Covid-19 gefährlicher als die Grippe“ .....	56
4.6 „Der Schutz des Lebens stand und steht immer noch über allem.“ .....	58
4.6.1 Tausendfacher Tod durch Krankenhauskeime vermeidbar.....	58
4.6.2 Tausendfacher Tod durch Sepsis (Blutvergiftung).....	58
4.6.3 Tausendfacher Tod durch Influenzaviren.....	59
4.6.4 Tausendfacher Tod durch Neben- und Wechselwirkungen von Medikamenten.....	60
4.6.5 Millionenfacher Tod durch patentgeschützte HIV-Medikamente.....	60
4.7 „Lockdowns sind notwendig – auch im globalen Süden“ .....	61
5 Behauptungen zum Thema Immunität.....	63
5.1 „Auf natürliche Herdenimmunität abzielen, ist keine Option“ .....	63
5.1.1 Herdenimmunität in Schweden wächst.....	66
5.1.2 WHO ändert Definition von Herdenimmunität.....	67
5.2 „Förderung natürlicher Immunität nimmt Tod von Jüngeren in Kauf“ .....	67
5.2.1 No Covid wie in Australien.....	68
5.2.2 Natürliche Herdenimmunität fördern – ein sinnvolles Ziel.....	69
5.3 „Schwächung der Immunabwehr dient der Gesundheit und dem Schutz des Lebens“ .....	70
5.4 „Pandemie ist vorbei, wenn alle geimpft sind“ .....	72
5.4.1 Dauer der Wirksamkeit des Impfstoffs? - Unklar.....	74
5.4.2 Geimpfte können andere anstecken? - Unklar.....	74
5.4.3 Impfstoffe gegen Mutanten wirksam? -Ungeklärt.....	74
5.4.4 Die wichtigste Frage: Sind die Impfstoffe sicher?.....	75
5.5 „Die Pandemie traf alle unvorbereitet“ .....	78
5.5.1 Impfallianzen.....	78
5.5.2 Haftungsausschluss.....	79
5.5.3 Abnahmegarantien.....	80
5.5.4 Beschleunigte Zulassungsverfahren.....	80
5.6 „Niemand wird gezwungen, sich impfen zu lassen“ .....	83
6 Überlegungen zu Hintergründen der Lockdown-Politik.....	86
6.1 „Das Virus traf uns unvorbereitet“ .....	86
6.1.1 Seit über 20 Jahren Vorbereitung auf eine Pandemie.....	88
6.1.2 Vorbereitung ohne Bereitstellung von Schutzausrüstung.....	90
6.2 „Die WHO ist vor allem eine Organisation von Staaten“ .....	90
6.3 Personalnotstand in Krankenhäusern – Warum?.....	92
6.3.1 Personalnotstand – Folge des DRG-Fallpauschalensystems.....	93
6.3.2 Fallpauschalensystem – Senkung von Lohnkosten – Erhöhung von Unternehmensgewinnen	95
6.3.3 Mehr Stilllegungen von Krankenhäusern während der Pandemie.....	96
6.4 Personalnotstand in Pflegeheimen – Warum?.....	96

6.4.1 Warum Personalnotstand und untertarifliche Bezahlung?.....	97
6.4.2 Versagen und Verschlafen?.....	100
6.5 „Kein Arbeitsplatz sollte wegen Corona verlorengehen“.....	101
6.5.1 Digitalisierung fördert Arbeitslosigkeit und Armut.....	103
6.5.2 Furcht vor Revolution soll Umdenken fördern.....	103
6.5.3 Umverteilung wird versprochen.....	104
6.5.4 Ausbau der Überwachung.....	105
6.5.5 Covid-19-Krise und Weltwirtschaftskrise.....	106
7 Querdenken und ZeroCovid – zwei Seiten einer Medaille?.....	108
7.1 „Querdenker“ – generell „Corona-Leugner“? Spitze der Lockdown-Kritik?.....	108
7.1.1 Treffen mit Reichsdeutschen.....	109
7.1.2 „Mega-Lockdown“ trifft „ZeroCovid“.....	110
7.2 Die „Linke“ – radikale Opposition und konsequente Kämpferin gegen das Sterben?.....	111
7.2.1 Gemeinsame Diffamierungen von „links“ und „oben“.....	111
7.2.2 Skandale nicht skandalisiert.....	112
7.2.3 ZeroCovid.....	114
7.2.4 Was heißt wissenschaftlich?.....	114
7.2.5 Nur ein „griffiger Titel“?.....	115
8 Anhang.....	117
8.1 Unsere Forderungen.....	117
8.2 Literaturverzeichnis (nur Printmedien).....	118
8.3 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....	119
8.4 Nachbemerkung.....	119

### **Vorbemerkungen: Schockstrategie statt Aufklärung**

Das ganze Leben dreht sich seit März 2020 um ein Coronavirus namens SARS-CoV-2. Die Infizierung durch das Virus zu verhindern und es sogar zu eliminieren, hat Vorrang vor allem. Die Bereitschaft der Bevölkerung, sich dem zu fügen, wird durch Angst massiv gefördert, bis jetzt noch überwiegend erfolgreich. Die Angst wird von Regierenden, Medien und Experten mit dem Hinweis auf mögliche Bedrohungen geschürt, auch mit Bedrohungen, die keiner Überprüfung standhalten. Es ist dringend notwendig, die Gefahren nüchtern einzuschätzen, um sich selbst und andere vor Panik zu schützen. Panik schadet der Gesundheit und schwächt das Immunsystem, das wir zur Abwehr von Infektionen dringend brauchen. Die Gefahren durch SARS-CoV-2 nüchtern zu beurteilen, kann auch davor bewahren, gravierenden Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten und umfassender Überwachung zuzustimmen, die als Maßnahmen zum Schutz des Lebens ausgegeben werden. In dieser Broschüre analysieren wir zentrale Behauptungen, mit denen die Notwendigkeit von Lockdowns und massiven Freiheitseinschränkungen begründet werden. Wir stellen zahlreiche Übertreibungen, Halbwahrheiten und Desinformationen, also Fake News bei den offiziellen und medial verstärkten Rechtfertigungen fest, die mit maßlosen Verleumdungen und offener Unterdrückung von Kritik abgesichert werden.

Laut Bundeszentrale für politische Bildung<sup>6</sup> sind Fake News

- Nachrichten, die einem bestimmten Thema übertriebene Aufmerksamkeit widmen. Nicht das Thema an sich, sondern die vermeintliche Relevanz ist ein "Fake", d. h. eine Fälschung.
- Propaganda, die wahre und falsche Informationen vermischt, um die eigene Position zu stärken und andere zu schwächen und
- Desinformation, die in erfundenen, als Nachrichten getarnten Geschichten besteht.

<sup>6</sup> <https://www.bpb.de/252386/was-sind-fake-news> vom 12.7.2017

## Schockstrategie, um Panik zu erzeugen

Die Große Koalition aus den in Bund und Ländern regierenden Parteien CDU, CSU, SPD, Grünen und Linkspartei folgt bis heute im Wesentlichen dem Strategiepapier, das ein Expertenteam im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium unter Seehofer (CSU) im März 2020 vor dem ersten Lockdowns erarbeitet hat.<sup>7</sup> „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ heißt das Papier. Es ist auf der Website des Innenministeriums zu finden.<sup>8</sup> Das Expertenteam bestand aus Experten vom Robert-Koch-Institut, dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das vom Bundesverband der Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) finanziert wird, dem vom Bund und Land NRW finanzierten Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstitut RWI, der Stiftung Wissenschaft und Politik, dessen stellvertretender Stiftungsratspräsident Kanzleramtsminister Helge Braun ist und von den Universitäten Bonn, Lausanne und Kasel.

Im Zentrum des Interesses stand der „Worst Case“, also der schlimmste Fall, mit dem in der Pandemie gerechnet werden könne. „*Wer Gefahren abwenden will, muss sie kennen,*“ erklärten die Experten. Sie gaben also vor, die Natur des Virus zu kennen. Dass vor dem ersten Lockdown niemand etwas wusste, ist eine nachträgliche Schutzbehauptung. Die Wissenschaftler behaupteten, dass das Virus sich von Natur aus exponentiell vermehrt. Wenn es keine Gegenmaßnahmen gibt, z. B. einen Lockdown, wäre es fähig, sich in drei, später sechs und schließlich in neun Tagen zu verdoppeln (vgl. 3.8) und bis zum 27. April 57,4 Millionen Menschen angesteckt zu haben. Da zwei Prozent der Infizierten sterben würden, gäbe es etwa 1,2 Millionen Tote.

Die Panik-Strategen rieten der Regierung, diesen schlimmsten Fall „*unmissverständlich ... zu verdeutlichen*“. „*Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen, müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung ... verdeutlicht werden*“. Durchseuchung meint, die Infizierung eines Großteils der Bevölkerung ohne Gegenmaßnahmen zuzulassen.

- Die Experten schlugen zur Verdeutlichung Berichte über den „*qualvollen*“ Tod von Vater oder Mutter vor, die zu Hause von ihren Kindern angesteckt wurden. „*Wenn sie (die Kinder) das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z. B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.*“<sup>9</sup>
- Die Experten empfahlen, die Urangst vor dem Erstickungstod zu wecken. „*Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen, ist für jeden Menschen eine Urangst.*“ Die Triage soll beschworen werden, d. h. die schreckliche Wahl, wen Ärzte wegen Überlastung der Krankenhäuser sterben lassen und wen nicht.
- Die Experten empfahlen ferner, von schweren tödlichen Rückfällen von bereits Genesenen zu berichten, die angeblich „*jederzeit*“ möglich seien. Solche „*Einzelfälle*“ „*werden ständig wie ein Damoklesschwert über denjenigen schweben, die einmal infiziert waren.*“

Der Verweis, die „*mathematische Formel 2019 = 1919+1929*“ zu propagieren, fehlte nicht, d. h. der Verweis auf Sars-CoV-2 als Summe von Spanischer Grippe und Weltwirtschaftskrise, als Summe von Millionen Grippetoten und Millionen Arbeitslosen.

Die Marketingexperten für den Covid-19-Worst Case stellten SARS-CoV-2 als unglaublichen Killervirus hin. Sie malten das Schreckensbild an die Wand, dass ohne Lockdown bis zum 27. April 2020 zusätzlich 21.428 Tote pro Tag (!!)

durch das Virus den Tod finden könnten. Das war etwa die achtfache Zahl der tatsächlich im Schnitt rund 2.600 Todesfälle pro Tag. „Die Bilder aus Italien sind verstörend“, schrieben sie. Und verstören wollten auch sie. Es kam nicht zu dieser unfassbaren Todes-

<sup>7</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article225864597/Interner-E-Mail-Verkehr-Innenministerium-spannte-Wissenschaftler-ein.html> vom 7.2.2021

<sup>8</sup> <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/szenarienpapier-covid19.html>

<sup>9</sup> ebd. S.13

welle durch das „Killervirus“. Sollten die regierenden Parteien in Bund und Ländern mit ihrem Lockdown in diesen zwei Monaten etwa über einer Million Menschen das Leben gerettet haben?

Aber, so das nächste Szenario, nach dem 16.3. könnten sich trotz einer massiven Reduzierung physischer Kontakte durch einen Lockdown selbst bei guter Krankenhausversorgung immer noch 17,4 Millionen Menschen anstecken. Deswegen könnten bis Mitte Juni 222.000 Menschen an Covid-19 sterben (BMI 2020, 4-6), also zusätzlich 1.072 Menschen pro Tag oder rund 70.000 Tote pro Monat mehr. Wenn man eine Schockwirkung wünscht, muss man Rechengrößen finden, mit denen Schocks erzeugt werden können. Tatsächlich starben bis Ende Juni 8.700 Menschen „an oder mit Corona“, nicht 220.000. Auch dieses nicht eingetroffene Panik-Szenario lohnte sich. Merkel, Spahn, Söder, Kretzschmann usw. haben die Rettung von über 200.000 Menschenleben durch ihren Lockdown gefeiert. Ob zurecht, überlassen wir hier dem geeigneten Leser.

Spekulativ errechnete Infektionen und Tote sind Fake News, zu Deutsch: gefälschte Nachrichten, verdrehte Fakten oder Falschmeldungen. Nach einer Selbstkritik der Beteiligten sucht man bis heute vergebens. Dass SARS-CoV-2 ein Killervirus sei, wird auch von selbst ernannten Faktencheckern nie kritisiert. Aber wer „leugnet“, dass SARS-CoV-2 ein Killervirus ist, gilt als Corona-„Leugner“ oder „Covidiot“ (Esken, Kovorsitzende der SPD). Mit Halbwahrheiten und Spekulationen über mögliche Katastrophen Angst und Panik zu erzeugen, diese Praxis bleibt in der „Corona-Krise“ vorherrschend. Was für die Drostens, Lauterbachs und Söders gilt, trifft auch auf die Öffentlich-Rechtlichen und viele andere Medien zu: *„Angstmache war und ist Programm.“*<sup>10</sup>

Prof. Stefan N. Willich, Direktor des Instituts für Sozialmedizin der Charité Berlin drückt sich noch deutlicher aus: *„In der Corona-Pandemie hat ein autoritärer Duktus mit martialischer Wortwahl, Dramatisierung, Maßregelungen und vielfältigen Drohgebärden von Anfang an zu einer massiven Verängstigung und Verunsicherung der Bevölkerung geführt.“* Er beklagt eine *„Kombination mit grotesker Übertreibung (manchmal schien ein Schockeffekt durch eine an prognostizierte Infektions- und Todeszahlen angehängte Null geradezu beabsichtigt) und notorischen fachlichen Fehlern, beispielsweise dem sogenannten ‚Inzidenzwert‘ ...* (FAZ 10.3.2021).

Soweit wir können, versuchen wir im Folgenden dem im Sinne des BMI-Strategiepapiers kunstvoll erzeugten Schockzustand entgegenzuwirken.

Wir konnten das komplexe Thema natürlich nicht umfassend behandeln und haben uns an vielen Stellen Ausführungen gespart, die in den dazugehörigen Referenzen nachzulesen sind. Zum tieferen Verständnis lohnt es sich also, die Inhalte der Quellen in den Hinweisen (Fußnoten und Klammern) mit zu beachten.

Weitere Stellungnahmen unter <https://klartext-info.de/tag/lockdown/>

---

<sup>10</sup> Franziska Augstein, Fortgeworfen vom Staat, SPIEGEL 9.1.2021

## XII Ukrainekrieg

Ausgangspunkt des Krieges war, den legitimen Widerstand im Donbass gegen die Ablehnung jeglicher Selbstverwaltung des Donbass durch Kiew ab Mai 2014 mit den Bomben der ukrainischen Armee und der Tötung von Tausenden BewohnerInnen des Donbass zu brechen. Frieden wäre damals möglich gewesen, wenn Kiew und „der Westen“ das Minsker Friedensabkommen von 2015 umgesetzt hätten, das eine relative Autonomie des Donbass auf dem Boden der Ukraine verpflichtend vorsah.

Russland reagierte auf den Bruch des Abkommens erst 2022 mit dem Versuch, mit einer Invasion und der Annexion der Ost- und Südukraine großrussisch-nationalistische Träume zu verwirklichen. Frieden wird es niemals geben, wenn es das Ziel der USA und Deutschlands sowie der von ihnen finanzierten und bewaffneten völkischen ukrainischen Regierung bleibt, die ukrainischen Grenzen von vor dem Staatsstreich wiederherzustellen und die russische Regierung unter dem angeblichen Hitler Putin zu stürzen.

Das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes muss ebenso respektiert werden, wie das Selbstbestimmungsrecht der russischen Nationalität. Wir lehnen es ab, die legitimen Interessen des ukrainischen Volkes zu nutzen, um die russische Regierung zu stürzen und Russland ökonomisch und politisch ebenso unter Kontrolle des „Westens“ zu bringen wie die Ukraine. Kriegstreiber Selenski strebt die sofortige Aufnahme der Ukraine in die NATO und damit den Eintritt der USA, Deutschlands und aller weiteren NATO-Staaten in den Krieg gegen Russland an. Über den Einsatz von Bodentruppen aus EU-Staaten als Kampftruppen wird bisher nur diskutiert.

Besorgniserregend ist die Tendenz, den Krieg im Namen der Selbstverteidigung, mehr und mehr auf russisches Territorium zu verlagern.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Rüstungsexperte Kiesewetter traut sich schon, offen zu fordern: „Der Krieg muss nach Russland getragen werden. Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden. Wir müssen alles tun, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, nicht nur Ölraffinerien in Russland zu zerstören, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände (...).“ (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=122495> vom 4.10.2024)

## Ukrainekrieg:

# Wann und wie begann er?

Meist reden Politiker und Medien beim Ukrainekrieg nur über Waffen, Sanktionen und Wege, wie man den Aggressor Putin besiegen kann. Die Probleme, die zum Ausbruch des Krieges führten, sind kein Thema. Aber wenn diese nicht durch Verhandlungen gelöst werden, kann es keinen Frieden geben. Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sind wir nicht über Nacht in „einer anderen Welt“ aufgewacht. Der Krieg begann im April 2014, nicht erst im Februar 2022. Er begann als Krieg der ukrainischen Regierung gegen vier Millionen Einwohner der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk im Donbass. Diese strebten Autonomie gegenüber der Kiewer Regierung an, was in einer Volksabstimmung mit rund 90 Prozent bestätigt wurde. Schon Mitte März 2014 stimmten auf der Krim 96 Prozent mit einer Volksabstimmung für den Beitritt zu Russland.

Die Ukraine selbst hatte sich Ende 1991 mit einer Volksabstimmung für unabhängig erklärt, erkannte aber die Volksabstimmungen im Donbass und der Krim nicht an. Sie behauptete, Russland habe ukrainisches Territorium illegal „besetzt“ (Donbass) bzw. „annektiert“ (Krim), sprach von Separatisten und Terroristen und reagierte mit Krieg.

### Ausgangspunkt des Kriegs: Der Staatsstreich vom 22. 2. 2014.

- Im Dezember 2013 entstand auf dem Kiewer Maidan eine breite Protestbewegung gegen Korruption und Verarmung, die den Rücktritt von Präsident Janukowitsch forderte. Faschisten der Partei Swoboda, die die Ukraine von allem Nicht-Ukrainischen säubern will,<sup>1</sup> setzten sich an die Spitze.
- Janukowitsch wurde fälschlicherweise ein Massaker angelastet.<sup>2</sup> Aus den oberen Etagen des schwer bewachten Hauptquartiers der Maidan-Kräfte erschossen Scharfschützen 44 Menschen. Sie und ihre Hintermänner wurden nie gerichtlich verfolgt. Janukowitsch wurde unter Bruch der Verfassung abgesetzt. Swoboda stellte drei Minister.
- Ziel der neuen Regierung war, „unseren endgültigen Bruch mit dem russischen Reich des Bösen zu festigen“<sup>3</sup>, so Präsident Poroschenko wenig später. Die Menschen in der Ost- und Südukraine haben seit jeher enge Beziehungen zu diesem „Reich des Bösen“. Sie sahen sich bedroht und wollten von einer solchen Regierung nicht regiert werden.
- Am Tag nach dem Staatsstreich wurde auf Antrag von Swoboda ein Sprachengesetz beschlossen, das Russisch als Amtssprache verbot. Es wurde jedoch zeitweise ausgesetzt, weil es massive Proteste gab.

### Der Ukrainekrieg hätte 2015 beendet werden können.

Die von korrupten Oligarchen beherrschte Ukraine<sup>4</sup> akzeptiert den Staatsstreich und die Straflosigkeit von Massenmord, nicht aber Volksabstimmungen. Ihre Armee bombardierte im Donbass Wohnhäuser, Schulen, Verwaltungen und Fabriken. Bis zum Waffenstillstand Anfang 2015 sollen ihrer „antiterroristischen Operation“ 9.000 Zivilisten der „Volksrepubliken“ zum Opfer gefallen sein. All das stieß im „Westen“ nicht auf Kritik. Nationalisten und Faschisten verfolgten alles Russische. Am 2. Mai 2014 setzten sie in Odessa das Gewerkschaftshaus in Brand. 48 als „prorussisch“ geltende Menschen verbrannten oder wurden erschlagen. Die Täter blieben straffrei. Der Gouverneur von Odessa nannte die Brandstiftung „legal“, um „bewaffnete Terroristen zu neutralisieren“.<sup>5</sup> Das war eine Warnung an die „Volksrepubliken“.

1) [www.n-tv.de/politik/Unterstuetzt-Deutschland-die-Falschen-article12549706.html](http://www.n-tv.de/politik/Unterstuetzt-Deutschland-die-Falschen-article12549706.html)

2) [www.welt.de/print/-die\\_welt/-politik/article126815616/Wer-waren-die-Scharfschuetzen-auf-dem-Maidan.html](http://www.welt.de/print/-die_welt/-politik/article126815616/Wer-waren-die-Scharfschuetzen-auf-dem-Maidan.html)

3) [www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/ostblogger/assoziierungsabkommen-ukraine-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/ostblogger/assoziierungsabkommen-ukraine-100.html)

4) [www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-korruption-rechnungshof-1.5419576](http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-korruption-rechnungshof-1.5419576) Europäischer Rechnungshof 23.9.21

5) [www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-europarat-kritisiert-ermittlungen-zu-strassenschlachten-a-1060987.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-europarat-kritisiert-ermittlungen-zu-strassenschlachten-a-1060987.html)

**Waffenstillstandsabkommen von Minsk**

Die hochmotivierten Freiwilligen-Verbände der „Volksrepubliken“ fügten der ukrainischen Armee 2014/15 schwere Niederlagen zu. Das machte Kiew bereit für Zugeständnisse. Die Ukraine, Russland und die „Volksrepubliken“ unterschrieben zwei Waffenstillstandsabkommen (zuletzt Minsk II im Februar 2015). Die Ukraine verpflichtete sich, mit Vertretern der „Volksrepubliken“ ein Gesetz zur „zeitweisen Selbstverwaltung einiger Bezirke des Donezker und Lugansker Gebiets“ auszuhandeln und es bis Ende 2015 in der Verfassung zu verankern. Die Präsidenten Poroschenko (2014-2019) und Selenskij (ab 2019) versprachen, Minsk II umzusetzen und dadurch Frieden zu schaffen. Sie weigerten sich aber, mit „Terroristen“ zu verhandeln, obwohl die Ukraine mit eben diesen „Terroristen“ die Minsker Abkommen unterzeichnet hatte.

**Ukraine, Russland, Selbstbestimmungsrecht und Nationalismus**

Sieben Jahre vergingen, bis auch die „Volksrepubliken“ Minsk II begruben und sich zu unabhängigen Staaten erklärten. Erst dann erkannte Russland sie an und überfiel die Ukraine, angeblich, um das Land zu „entnazifizieren“ und „entmilitarisieren.“ Das ist ebenso völkerrechtswidrig wie der Angriffskrieg der westlichen „Wertegemeinschaft“ auf Serbien in 1999, der die Abspaltung des Kosovo erzwang.

Russland erkannte 1991 die Volksabstimmung zur Unabhängigkeitserklärung der Ukraine an, heute nicht mehr. Putin erklärte im Februar 2022: „*In der Verfassung der UdSSR von 1924 wurde das Recht auf freien Austritt der Republiken aus der Union eingeführt. Damit wurde die gefährlichste, Zeitbombe im Fundament unserer Staatlichkeit gelegt.*“<sup>6</sup> Es gebe keine ukrainische, sondern nur eine „dreieinige russische Nation“ aus Groß-, Bela- und Kleinrussen (Ukrainern).<sup>7</sup> Putin vertritt den großrussischen Nationalismus einer kapitalistischen Großmacht.

Umgekehrt erkennt die Ukraine alle Ethnien als „angestammte Minderheit“ an, außer der größten, der russischen. Nur ihr verbietet ein nationalistisches Sprachengesetz seit Februar 2022 den Gebrauch ihrer Sprache im öffentlichen Verkehr.<sup>8</sup> Zweck ist, „das Russische abzuwürgen.“<sup>9</sup> Kanzler Scholz: „*Es gibt eine ukrainische Nation, und sie umfasst diejenigen, die die ukrainische Sprache als Muttersprache sprechen und auch den ein oder anderen von denjenigen, die die russische Sprache sprechen*“ (FAZ 19.3.22). Die „Volksrepubliken“ gehören demnach nicht zur ukrainischen Nation. Nur 3,5 Prozent hatten 2019 dort Ukrainisch als Muttersprache.<sup>10</sup>

**Gegen jeden Nationalismus,**

**ob den der Ukraine oder den Russlands!**

**Respektierung des Willens der Menschen**

**im Donbass und auf der Krim durch die Ukraine!**

**Respektierung des Unabhängigkeitswillens des ukrainischen Volkes durch Russland!**

**Nur das führt zum Frieden! Nationalismus bedeutet Krieg!**

6) [www.welt.de/geschichte/article237074367/Die-Geschichte-der-Ukraine-und-wie-Putin-sie-verzeichnet.html](http://www.welt.de/geschichte/article237074367/Die-Geschichte-der-Ukraine-und-wie-Putin-sie-verzeichnet.html)

7) [https://de.wikipedia.org/wiki/Zur\\_historischen\\_Einheit\\_von\\_Russen\\_und\\_Ukrainern](https://de.wikipedia.org/wiki/Zur_historischen_Einheit_von_Russen_und_Ukrainern)

8) Kerstin Holm, FAZ 18.01.2022, <https://faz.net/-gsf-ak5hp>

9) Kerstin Holm, ebd.

10) [www.dw.com/de/donezk-und-luhansk-chronik](http://www.dw.com/de/donezk-und-luhansk-chronik).



## Ukrainekrieg (Flugblatt 2 von 3):

# Siegen aber was ist das Ziel?

Täglich wird uns versichert, dass die Ukraine siegen wird, nicht Russland. Der Sieg soll von immer wirkungsvolleren schweren Waffen und immer neuen Sanktionen abhängen. Als Sieg gilt, die „territoriale Integrität“ der Ukraine wiederherzustellen, d. h. den Donbass, die Krim und die Südukraine zurück erobern.

### Ukraine als Vielvölkerstaat anerkennen

#### - keine zwangsweise Ukrainisierung!

Die Ukraine ist kein rein ukrainischer Nationalstaat, sondern ein Vielvölkerstaat. Die Regierung Janukowitsch (2010-2014), die das anerkannte, wurde jedoch im Februar 2014 mit Hilfe der USA in einem verfassungswidrigen Staatsstreich gestürzt. Russland gilt seither als „Reich des Bösen“. Russisch wurde auf Antrag eines Faschisten als Amtssprache abgeschafft. Die russisch sprechenden Ukrainer sollen mit Hilfe faschistischer Kräfte „ukrainisiert“ werden. Die Regierung Selenskyjs erkennt sie im Gegensatz zu anderen, kleineren Minderheit wie Polen und Ungarn nicht mehr als „angestammte Minderheit“ an. So ist kein innerer Frieden möglich.

Unterdrückte Völker, denen nicht einmal eine relative Autonomie zugestanden wird, (wie auch unterdrückte Individuen) müssen sich von Unterdrückenden trennen können. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein grundlegendes demokratisches Recht. Die Ukraine folgt dem Beispiel Kroatien, das dieses Recht für Serben mit Unterstützung Deutschlands nicht anerkannte, nicht einmal in Form einer autonomen Republik.

Nur die **Trennung von der Ukraine** macht es den Bevölkerungen von Krim und Donbass möglich,

- unbehindert die russische Muttersprache zu sprechen und Mehrsprachigkeit anzuerkennen,
- nfaschistische Organisationen zu verbieten, die das verhindern wollen,
- nantisemitische Kollaborateure des Hitlerfaschismus wie Bandera und Melnyk nicht als Nationalhelden zu ehren und
- nden Abriss von Denkmälern, die an den Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus erinnern, zu verhindern.
- nKriegsziel der Ukraine ist, all das im Namen der „territorialen Integrität“ rückgängig zu machen.

### Maßlose Stimmungsmache fördert Krieg und Hass zwischen Völkern

Es ist nicht die Aufgabe Russlands, mit einer Invasion und Bomben und Granaten die Ukraine zu „entnazifizieren“ und zu „entmilitarisieren“; es ist die Aufgabe der Völker der Ukraine selbst. Die Ukraine erkennt Russen nicht als nationale Minderheit an; Russland im Gegenzug nicht die Existenz einer ukrainischen Nation. Russland nennt die ukrainische Regierung faschistisch, umgekehrt die Ukraine die russische. Russland klagt die Ukraine des Völkermords an ethnischen Russen in der Ukraine an, die Ukraine Russland des Völkermords an Ukrainern. Selenskyj wirft Putin sogar die „*Endlösung*“, „*dieses Mal in Bezug auf uns, auf die ukrainische Frage*“, (FAZ 22.03.2022).

Bisher ist es kein offizielles Ziel, einen Weg zu finden, der das friedliche gleichberechtigte Zusammenleben der Völker der Ukraine und einen Waffenstillstand möglich macht.

1 [www.heise.de/tp/features/Das-Vorbild-Jugoslawien-von-der-Krajina-zu-Donetsk-und-Lugansk-6586119.html?seite=all](http://www.heise.de/tp/features/Das-Vorbild-Jugoslawien-von-der-Krajina-zu-Donetsk-und-Lugansk-6586119.html?seite=all)

2 Stepan Bandera war der ideologische Führer der OUN (Organisation ukrainischer Nationalisten), Andrij Melnyk ihr Leiter. Die OUN kämpfte gemeinsam mit dem Hitlerfaschismus für die Eroberung der Sowjetunion

## Wahres Kriegsziel: Sturz der russischen Regierung?

US-Präsident Biden erklärte offen: „*Oh mein Gott, dieser Mann (der „Schlächter“ Putin) kann nicht an der Macht bleiben*“ (Berliner Kurier 27.03.2022). Häufig wird Putin als **Wiedergeburt Hitlers** dargestellt, der angeblich ganz Europa und mehr seinem Imperium einverleiben möchte. Das verharmlost den Hitlerfaschismus und fördert die Kriegsstimmung gegen Russland. Wollen die USA den „Hitler“ Putin genauso stürzen wie die „Hitlers“ Saddam Hussein, Gaddafi, Assad und Milosevic? Dieses Ziel geht weit über die Selbstverteidigung der Ukraine hinaus. Sie haben das Potential, den Ukrainekrieg auf unbestimmte Zeit zu verlängern und einen Weltkrieg auszulösen.

„*Aus der katastrophalen Geschichte unseres Landes zwischen 1933 und 1945 haben wir eine zentrale Lehre gezogen,*“ sagte Scholz zum 8. Mai 2022. Sie laute: „*Nie wieder Krieg. Nie wieder Völkermord.*“ Russland wie damals Hitler-Deutschland militärisch zu besiegen, soll die Lehre aus dem gescheiterten Versuch sein, die Sowjetunion zu erobern? Und das ausgerechnet aus dem Munde derer, die Serbien schon im Jahre 1999 überfallen haben?

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte: „*Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt wird, dass es nicht mehr in der Lage ist, so etwas wie die Invasion in der Ukraine zu tun.*“ Der Krieg dient den USA dazu, Russlands Fähigkeit zu militärischen Einsätzen im Ausland vollständig zu brechen. Nur deswegen haben die USA der Ukraine seit Beginn der russischen Invasion unglaubliche 53 Milliarden Dollar (!) zugesagt, größtenteils für hochentwickelte Waffensysteme (Ukraine: Militärhaushalt 2021 5,9 Mrd. Dollar; Russland: 66 Mrd. Dollar; Deutschland 50 Mrd. Euro). Die USA führen auf dem Boden der Ukraine und auf dem Rücken ihrer Völker einen Krieg gegen Russland. Er soll so lange dauern, bis die USA einen globalen Gegner weniger haben. Motto: Make America great again! Deutschland schließt sich zögernd an. Warum eigentlich?

Seit der behaupteten Annexion der Krim in 2014 werden **immer neue Sanktionen gegen Russland** verhängt. „*Die Europäer wollten keine Sanktionen gegen Russland, wir mussten sie wirklich dahin treiben,*“ sagte Vizepräsident Biden am 3.10.2014. Die Sanktionen richten sich vor allem gegen die Bevölkerung Russlands, die zum Sturz ihrer Regierung getrieben werden soll. Sie schwächen aber auch die Wirtschaft europäischer Staaten und stärken die Position der USA. Dennoch tritt auch der Bundestag für die „*umfassende ökonomische Isolierung und Abkopplung Russlands von den internationalen Märkten*“ ein. Wer das nicht teilt, wird beschuldigt, auf Kosten von Menschenleben Russlands Kriegsfähigkeit zu finanzieren. Welche katastrophalen Folgen das für Afrika, Asien und den Nahen Osten hat, zählt nicht. Selenskyj fordert sogar, den Wirtschaftsverkehr Russlands mit der restlichen Welt vollständig zu unterbinden.

**Sofortiger Waffenstillstand!**

**Verhandeln und die Gleichberechtigung der Völker anerkennen!**

**Die Völker sollen selbst bestimmen,  
nicht die Großmächte!**

3 [www.rpr1.de/nachrichten/deutschland-die-welt/scholz-nie-wieder-krieg-nie-wieder-gewaltherrschaft](http://www.rpr1.de/nachrichten/deutschland-die-welt/scholz-nie-wieder-krieg-nie-wieder-gewaltherrschaft)

4 [www.journal21.ch/artikel/ss-15](http://www.journal21.ch/artikel/ss-15), 25. April 2022

5 Gabriele Krone-Schmalz, Russland verstehen, München 2015, S. 159

6 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/015/2001550.pdf>

Ukrainekrieg (Flugblatt 3 von 3):

## Energiekrise - massive Verarmung von Millionen!

**Immer mehr Haushalte sind von den neuen Vorauszahlungen geschockt.**

Ein Zweipersonen-Haushalt in Köln z. B. soll für Gas und Strom jetzt 312 Euro zahlen, 200 Euro im Monat mehr. (FAZ 6.10.2022) Andere Haushalte sehen sich Erhöhungen von 300 Euro mtl. gegenüber.

20 Millionen Haushalte in Deutschland heizen mit **Gas**, zehn Millionen mit Heizöl. Der Gaspreis hat sich im August 2022 gegenüber 2021 mehr als verdoppelt.<sup>1</sup> Auch **Heizöl** war September 2022 mehr als doppelt so teuer wie im Vorjahresmonat.<sup>2</sup> Der Börsenpreis für **Strom** hat sich im September 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat etwa verdreifacht.<sup>3</sup> Für **Benzin** (Super E10) sind 2022 pro Liter 35 Cent mehr zu zahlen als 2021.<sup>4</sup> Bei 5.000 gefahrenen Kilometern im Jahr sind das 150 Euro mehr.

Die unglaubliche Verteuerung der Energiepreise macht es Millionen Menschen unmöglich, Grundbedürfnisse nach Heizung, Strom und Mobilität zu befriedigen. 13 Millionen Haushalte in Deutschland können schon unerwartete Ausgaben von 100 Euro mtl. nicht mehr zahlen.<sup>5</sup> Die Lage wird sich 2023 noch verschlechtern.

**Wer oder was ist dafür verantwortlich?**

Nach Minister Habeck ist es „Putins Angriffskrieg“ und „*die politisch gewollte und wirtschaftlich entstandene Abhängigkeit von russischem Gas*“<sup>6</sup> So auch die öffentliche Meinung. Die FAZ erklärt die Energiekosten zur „*Folge des Kriegs in der Ukraine*“ (17.10.2022) und BILD fragt: „*Lässt Putin uns im Winter frieren?*“ (21.9.2022)

Hätte nicht „Putins Angriffskrieg“ vermieden werden können, wenn die USA, die EU und die Ukraine das völkerrechtlich vereinbarte Minsker Friedensabkommen von 2015 umgesetzt und nicht verhindert hätten, das eine relative Autonomie von Donbass-Regionen vorsah?<sup>7</sup>

Der Jahresbedarf Deutschlands<sup>8</sup> hätte 2022 mit Nordstream 2 ohne Preisexplosionen vollständig gedeckt werden können. Doch die Bundesregierung ließ Ende 2021 die Inbetriebnahme wegen starken US-amerikanischen Drucks nicht zu.

**Deutschland (und die USA) drehten also den Gashahn zuerst zu!**

Russland lieferte nach seinem illegalen Einmarsch in die Ukraine im Februar über Nordstream 1 noch fünf Monate mtl. etwa 5 Mrd. cbm Gas weiter. Ab August sanken die Lieferungen, im September wurden sie eingestellt. Warum, ist umstritten. Es könnte auch Folge der EU-Sanktionen sein, die jedem drohen, der aus der EU „*Ausrüstung, Technologien und Dienstleistungen für die Energiewirtschaft*“ nach Russland ausführt.<sup>9</sup>

**USA – 20 Jahre Kampf für die Verhinderung der Nordstream-Pipelines**

Die USA sahen die Gaspipelines in der Ostsee, die Russland und Deutschland direkt verbinden, von Anfang an als Bedrohung ihrer nationalen Interessen an. Billiges russisches Gas und überhaupt eine deutsch-russische Zusammenarbeit soll Deutschland keine Vorteile gegenüber den USA verschaffen. Nordstream 1 ging 2011 ans Netz. Deutschland setzte sich in diesem Punkt zunächst gegen die USA durch. Kurz nach dem vor allem von den USA unterstützten Staatsstreich in der Ukraine deckte die ehemalige Außenministerin Condoleezza Rice im Mai 2014 die Karten auf: „*Langfristig sollten die globalen Abhängigkeitsverhältnisse von Energien verändert werden. Man könnte sich mehr ... auf die enormen Öl- und Gasvorkommen stützen, die wir in Nordamerika finden, und auch auf Pipelines, die nicht durch die Ukraine und Russland verlaufen.*“<sup>10</sup> Nordstream 2 wurde trotzdem ab 2015 geplant.

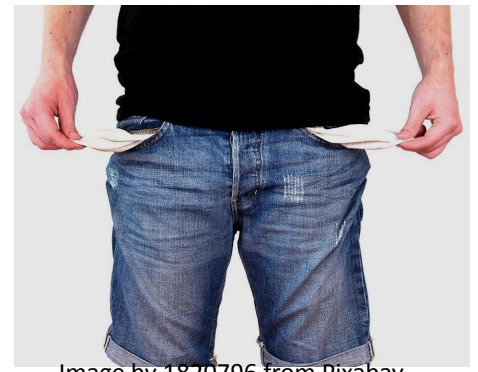


Image by 1820796 from Pixabay

Der „transatlantische Partner“ USA drohte ab 2017 allen, die sich am Bau beteiligten, mit Sanktionen, die sie vom US-Markt ausschließen. Die USA führten einen Wirtschaftskrieg gegen Russland und Deutschland. Die Pipeline wurde deswegen nicht Ende 2019 fertig, sondern erst im September 2021.

## „Deutsche Interessen“ im Windschatten der USA

Der Überfall Russlands brachte Deutschland unter starkem Druck der USA dazu, die Inbetriebnahme nicht zu genehmigen. Die führenden Kreise Deutschlands kündigten ihre Gaskooperation mit Russland auf und begannen, sich für ihre frühere Durchsetzung eigener Interessen zu entschuldigen. In den Mittelpunkt rückte urplötzlich, gemeinsam mit den USA deren imperialistisches Ziel zu unterstützen, Russland zu ruinieren und die russische Regierung zu stürzen.<sup>11</sup> Welche eigenen Vorteile verspricht sich Deutschland eigentlich davon, dieses Ziel zu unterstützen?

## Sabotage an Nordstream 1 und 2

Am 7.2.2022 kündigte Biden in Anwesenheit von Kanzler Scholz an, es würde „kein Nordstream 2 mehr geben“, wenn Russland in die Ukraine einmarschiere.<sup>12</sup> Am 26.9. wurden Sprengstoffanschläge auf Nordstream 1 und 2 verübt. Ein Strang der beiden Stränge von Nordstream 2 blieb jedoch unversehrt. Außenminister Blinken sah in den Anschlägen eine „großartige Gelegenheit, die Abhängigkeit von russischer Energie ein für alle Mal zu beenden und damit Wladimir Putin die Möglichkeit zu nehmen, Energie als Druckmittel zur Durchsetzung seiner imperialen Pläne zu nehmen“.<sup>13</sup> Er gibt also zu, dass Russland kein Interesse an Sabotage gegen sich selbst haben kann. Doch niemand verfolgt die von den USA selbst gelegte heiße Spur zu den Tätern, denn es regiert offenbar Angst statt Meinungsfreiheit.

## Frieren und im Dunkeln sitzen für einen Regime-Change in Russland?

Die Mehrheit der Bevölkerung zahlt mit einer deutlichen Senkung ihres Lebensstandards den Preis für die Verfolgung des imperialistischen Ziels, mit einem langjährigen Krieg die Regierung Putins zu stürzen. Wollen wir das? Die Mehrheit der Bevölkerung verliert in diesem Krieg, während Öl- und Gaskonzerne vor allem in den USA Supergewinne einfahren. ExxonMobil machte im 1. Halbjahr mit 23,4 Mrd. USD „mehr Geld als Gott“ (Biden), ein mehrfaches der Vorjahresgewinne.<sup>14</sup>

## Schluss mit dem Krieg! Sofortiger Waffenstillstand!

## Verhandlungen nicht weiter verweigern!

## Nordstream 1 und 2 reparieren, Nordstream 2 genehmigen!

1 [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22\\_438\\_611.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_438_611.html)

2 <https://www.heizoel24.de/charts/heizoel>

3 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/289437/umfrage/strompreis-am-epex-spotmarkt>

4 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/776/umfrage/durchschnittspreis-fuer-superbenzin->

5 vgl. Ukraine-Flugblatt 1 <https://klartext-info.de/?p=1137>

6 <https://www.instagram.com/Cjppjr-gL> <https://www.rnd.de/politik/robert-habeck-wirtschaftsminister-spricht-von-groesster-energie-krise-Y67LUAZMCMCE4RGCSY5I4DBLY.html>

7 <https://klartext-info.de/?p=1137>, Flugblatt Nr. 1

9 [www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/#sanctions](http://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/#sanctions)

8 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/41033/umfrage/deutschland-erdgasverbrauch-in-milliarden-kubikmeter/>

10 <https://www.youtube.com/watch?v=aF0uYIjaTNE>

11 <https://klartext-info.de/?p=1145>; Ukrainekrieg Flugblatt 2 von 3

12 <https://www.youtube.com/watch?v=OS4O8rGRLf8>

13 <https://www.20min.ch/story/usa-befeuern-spekulationen-ueber-angriff-auf-nordstream-pipeline-46684933311>

14 <https://www.reuters.com/business/energy/exxon-posts-record-breaking-second-quarter-profit-2022-07-29/>

## Quellen

s. weitere Beiträge unter  
<https://klartext-info.de/tag/ukrainekrieg/>

darunter:

Übertritt der Krim zu Russland 2014: Selbstbestimmungsrecht oder Annexion? 22.10.2023

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2023/10/klartext\\_2023\\_10\\_ukraine\\_krim.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2023/10/klartext_2023_10_ukraine_krim.pdf)

Joachim Guillard, Wirtschaftsblockaden: eine „zivile Alternative“ zu Krieg? 5.11.2022

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2022/11/Joachim-Guillard\\_Wirtschaftsblockaden-%E2%80%93eine-%E2%80%9Ezivile-Alternative-zu-Krieg-Duesseldorf-Okt.-2022.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2022/11/Joachim-Guillard_Wirtschaftsblockaden-%E2%80%93eine-%E2%80%9Ezivile-Alternative-zu-Krieg-Duesseldorf-Okt.-2022.pdf)

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

Warum derzeit keine Aussicht auf Frieden? 23.03.2024

[https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/03/Flugblatt\\_Ukrainekrieg\\_RMB2403-Eigendruck.pdf](https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/03/Flugblatt_Ukrainekrieg_RMB2403-Eigendruck.pdf)

## XIII Hedderheimer Fastnachtsumzüge (Klaa Paris) 1996-2012

### red vom cheffe

(<https://www.youtube.com/watch?v=M7-SM9pDLAA>)

wie man seit alters her es kennt,  
der dümmste der wird präsident.  
sein künstlername ist dummsau.  
begrüßt ihn kräftig mit helau!  
(als zeichen meiner würde )  
in diesem jahr sin' mehr ungelooche  
zum 11 mal durch klaa paris gezoosche.  
alle guten dinge sind elf,  
nächstes jahr da sind es zwölf!  
was sich so alles hat ereignet  
wird jetzt vom cheffe nachgezeigt  
diese eigenmächtge tat  
war nicht mal bekannt im elferrat  
**1996**

wir schmückten einen lkw zu karneval  
das erste und das letzte mal.  
der fahrer war ein armes schwein:  
er hatte keinen führerschein!  
mir alle froren fürchterlich,  
doch über eins waren wir ärgerlich:  
nur die leut' mit ganz viel patte  
ruhn in der gold'nen hängematte.  
so legt sie sich ein fettes schwein  
in seine goldne hängematte rein.  
die andere sau war arm noch und nöcher:  
die matt' bestand hier nur aus löcher.  
fällst ins soziale netz du rein,  
bist du nur ein armes schwein.  
mehr fiel uns dazu nicht mehr ein.  
in kaffe-säcken liefen die armen -  
der kapital schmarotzer kannte kein  
erbarmen.  
ein gebratenes hähnchen warf er aus mit  
einer angeln,  
doch gelang es niemandem es zu fangeln.  
so machten wir klar auf diese weise:  
soziale verantwortung des kapitals ist ein  
haufen scheiße.



### 1997

„wie man arbeitslosigkeit halbieren kann“,  
zeigte klartext im jahre drauf sodann:  
ließen sich dienstherren, statt in  
dienstwagen,  
in dienstsänten durch die lande tragen,  
könnte man zwei millionen arbeitsplätze  
schaffe.

doch das kapiern die net, die affe!  
stattdessen tun sie sich net ziere,  
die arbeitslose zu halbiere.  
den trägern der sänfte tat alles weh,  
nur ald is klein felix rief: juchee!  
doch auch er war noch zu schwer,  
der waigel als puppe wog weniger.  
die sänfte wurd' auch an anderen tagen  
durch kassel frankfurt und rüsselsheim  
getragen

### 1998

„sparen wie die sau -  
die banken freuen sich helau!“  
das zinsschwein muss gefüttert werden  
für banken ist's der himmel auf erden  
„alle müssen sparen nur die banken nicht  
helau, mein schatz vergiss das nicht!  
das find ich scheiße, das find ich scheiße,  
das find ich scha-scha-scha-scha-scheiße.“  
die zins-sau wurd nach nürnberg entführt  
wo sie heut wahrscheinlich einen keller  
ziert

### 1999

„Mit Gift Höchster Qualität“  
als höchst mit Rhône-Poulenc die ehe  
eingeht,  
verordnet man tausenden die  
arbeitslosendiät.  
die banken halten die braut schlepp' auf  
stelzen.  
die aktionäre vor freude sich wälzen  
leider tat der stickstoff gefrieren,  
der als giftstoff den zug sollt garnieren.



## 2000

die sponsoren sind beim spenden so fix,  
dass parteiführer sagen: „*ich weiße davon  
nix!*“

sie fragen noch ihre pappnase  
sagen alle mein name ist hase,  
ob helmut johannes roland oder ottilie,  
alle stammen sie aus der hasenfamilie.  
unser gernot tanzte mit wilder gebärde.  
am ende sank er mit krämpfen zur erde.  
er stank vor tanzschweiß wie ein iltis,  
dass allen frauen es zu wild is.

## 2001

„sich’res rindfleisch sich’re rente  
das ist oberkrasse ente.“

im zug als zeitungsentente fuhr mit  
der erpel christoph am steuer.  
ein echter 2cv ganz nett.  
beklebt mit rundschau und ef-a-zett  
wir liefen als kühe und wahnsinns rinder  
und erschreckten damit alle kinder.  
zwei menschen gebückt ergeben vier  
beine,  
dann liefen die rinder schon fast von  
alleine.

## 2002

„*die verunstaltung der olympischen spiele*“

gehörte ein jahr drauf zu unserem ziele.  
mit der bewerbung wollt sich frankfurt  
beweisen  
als metropole im geld-hinaus-schmeißen.  
zum fenster geld rauswerfen stellten wir hin  
als frankfurts olympische disziplin.  
ob bembelstemmer, turner, hammerwerfer  
in ihren badeanzügen sahen sie aus noch  
schärfer  
als sie es ohnehin waren  
in ihren postolympischen jahren.  
betreut wurden all die spender da  
von dr. med anna bolika  
heidi als petra roth, fideldum,  
lief munter mit ihrem rathaus herum.  
das fand den weg sogar an die presse  
als technische handwerkerdelikatesse





**2003** machten wir e päusche  
und blieben ausnahmsweis im häusche.

### **2004**

*„hartz hat seinen superstar:  
heesters schafft bis hunnerd jahr!“*  
wenn jeder schaffte bis zum lebensende,  
bräucht man weder arbeitslosengeld noch  
rente.

drum liefen wir für kluge und für dumme  
20 fach und schick als heesters herume.  
heesters eins statt hartz-2-3-4  
dann gäbe es (abgesehen von ausbeu-  
tung) keine probleme mehr hier.  
so und lasst uns alle sänger werden,  
damit wir leben wie heesters auf erden.  
des volkes stimmung tat sich spiegeln  
in munterem gerhard schröder prügeln.  
neulich im fernsehen: ein fashings-  
nichtsutz

bewarf den armen heesters mit schmutz.  
er sagte heesters dieser trällerknoche  
hat jüngst drei rippe sich gebroche.  
nun singt er wieder in seim bett. -  
das kann der pavarotti net

### **2005**

*„in deutschland würd sich alles klären  
wenn wir nur chinesen wären.“*

20 chinesen ohne kontrabass  
zeigten dem publikum vor allem dass  
an 70-stunden-wochen wie bei den  
chinesen,

tät auch hier das kapital genesen.  
ein euro pro stunde als mindestlohn  
fördert auch hier die evolution  
des profits, seiner rate und dergleichen.  
nur, uns täten selbst zehn euro reichen.  
das hessische fernsehen zeigte uns  
flüchtig,  
denn der moderator (als chinese) war  
chinesensüchtig

### **2006**

verpassten wir die sause und  
machten wieder eine pause



## 2007

„CO1-CO2-CO3-CO4,  
dann steht die sintflut vor der tür!“  
frankfurt im main war unser motto  
da staunte selbst der onkel otto,  
als wir mit der sintflut durch heddernheim  
tollten  
und dabei gar manchen überrollten.  
die offiziellen klaa paris  
kommentatoranten  
haben wie meist die pointe nicht  
verstanden  
sie lasen ko1 ko2 ko3 ko4  
ich maan, da steht der schwachsinn vor  
der tür!

## 2008

„überwacht und abgehört,  
ein terrorist ist, wen das stört“  
überwacht und abgehört,  
merkel und beck die sin' gestört.  
überwacht und abgehört,  
schande wer auf die noch hört.  
die phrasen der drescher abzuhören,  
das würde mich allerdings gar nicht  
stören.  
die taten des kapitals zu überwachen,  
da käme man vielleicht auf andere sachen  
überwacht und abgehört,  
ein schläfer ist wen das nicht stört.  
liebe närrischen narren und narrhallesen  
des sind all unsere faschingsthemen  
gewesen.  
behaltet sie gut dann wer'n sie nicht  
verwesen.  
doch bevor wir genieße das essen, die  
spesen,  
erhebt euch und hebt nach all dene  
späßscher  
endlich mal widder eure gläscher  
und ruft mit mir aus:  
klartext wird bald 15 jahr!  
klartext reden ist wunderbar!  
klartext ein dreifach donnerndes  
klartext helau klartext helau klartext helau!  
es sprach zu euch die dummsau.



2009



2011



Landes-Vertreterinnen und Vertreter-Versammlung, GEW Bayern, 2011: Das KLARtext-Transpi wird zum Lied „Ich bin de Loui hier im Stall“ (R. Frankl, Bild rechts) rund um den Saal getragen.



2012



VW-Bus mit Anlage und eigene Lieder waren das Tüpfelchen auf dem i.

## XIV Lieder für KLARtext

### Frankfurt im Main (2007)

„An der Nordseeküste, am Frankfurter Strand, steht am Hals uns das Wasser, der Profit steigt an Land.“ zu entsprechendem MIDI-Track eingebettet in Meeresrauschen.

### Isch glaab isch nner moin Name in Ackermann (2008)

(frei nach Tom Paxton „I am changing my name to Fannie Mae“)

Oh Jäss, die Reiche, die dunn mer heit scho leid.  
Fä die Aktie git's kaan Halt mehr weit un breit  
Un die Banker un die Zocker  
Reißt's als däächlich nei vom Hocker  
Doch die Merkel steht mi'm Rettungsschärm bereit.  
Ob die Dresdner-, Deutsche odder Landesbank  
All sin Opfer nur vom Lehman, Gott sei Dank  
git's fer Zocker in de Not  
kaan Daach Wasser nur un' Brot  
sondern Rettungspäckschen aus'm Steuerschrank

Isch glaab ich änner moin Name in Ackermann  
Isch glaab ich mach mich uffn Wääch hi nach Berlin  
Ja der Rettungspaketseesche  
Kimmt mer grad so gut gelesche  
Vielleischt is do noch e Päcksche fer mich drin  
Isch glaab ich mach mich heit noch vom Acker, Mann  
Peif uff Aan-Euro-Job un' eiern Hartz Vier  
Stell mich an in därre Schlange  
Fer mich werd's doch aach noch lange  
kaa Milliarde, a poä dausend lange mir.

Moin Banker jammert mir scho als ins Ohr  
Nie im Läwe streck ich dir noch ebbes vor  
Vom dir säh ich doch kaan Cent!  
Ich saach, seid froh, dass Ihr mich kennt!  
Ich hab en Tip, glei näwwerm Brandenburger Tor:  
Da gits Rettungspaketscher milliardeschwer  
Un' moin Banker is im Nu glei hinnerher  
De Zaster strömt grad nach soi'm Wille  
Hat nur en Antrag auszufülle  
Ach, wann ích doch ách ánragsberechtigigt wär!

Seit als Amphibie mir gekroche aus'm Schleim  
War do der Üwwerläwenskampf um Herd un Heim  
Kaum dass uffrecht unsern Gang  
War's dem Chef scho Angst un' bang  
Un' erstickt den Wunsch nach mehr Lohn glei' im Keim.  
Soi Bude uff Kredit hat Krise un' im Nu.  
Bist du entlasse, guckst an Heim un' Herd nur zu  
Wie Hunnerd von Milliarde  
Zammgepackt wer'n, kriechst en Schatte,  
alle Hunde wer'n gerettet, nur nit du.



[http://www.attac-aschaffenburg.de/fileadmin/user\\_upload/Gruppen/Aschaffenburg/songs/isch\\_glaab\\_isch\\_aenner\\_moin\\_name.mp3](http://www.attac-aschaffenburg.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Aschaffenburg/songs/isch_glaab_isch_aenner_moin_name.mp3)

## **Mir senke des Bruddosozialprodukt! (2009)**

(frei nach „Geier Sturzflug“)

[https://www.klartext-info.de/alt/images/mir\\_senke\\_des\\_bruddosozialbrodukt.mp3](https://www.klartext-info.de/alt/images/mir_senke_des_bruddosozialbrodukt.mp3)

Wenn über uns die Geierschar kreist  
Du wütend: „Hol's der Geier!“ schreist,  
hast du schon wieder den Aufschwung verpasst  
Und die Krise war schneller - du bist geschasst!  
Ja dann schrein die Geier, euer Geld werd verschluckt!  
Mir senke des Bruddosozialprodukt,  
ja, ja, ja euer Geld des werd verschluckt!

Die Konjunktur ist flau, weit und breit keine Brise.  
Die Geier kreisen hungrig über der Krise.  
Verzweifelt wetten sie auf ein fettes Aas  
Da kommt zur Rettung ein Paket zum Fraß  
Ja, ja, ja euer Geld des werd verschluckt  
Mir senke des Bruddosozialprodukt,  
ja, ja, ja euer Geld des werd verschluckt

Der Obergeier sich herunterschwingt  
und heimlich in die Fabrik eindringt,  
holt soviel raus, daß sie zusammenbricht,  
für die kleinen Leute ist jetzt Schicht.  
Ja, euer Geld, des werd verschluckt!  
Mir senke des Bruddosozialprodukt,  
ja, ja, ja euer Geld des werd verschluckt!

An Weihnachten liegen alle rum und sagen pu-uh-uh-uh,  
bringen den Schnabel kaum noch zu,  
die Rettungspäckchen werden immer bunter,  
und im Hals steckt noch ein Brocken, den kriegen sie kaum runter  
Ja, euer Geld des werd verschluckt  
Mir senke des Bruddosozialprodukt,  
ja, ja, ja euer Geld des werd verschluckt

Ist die Milliarde noch so klein,  
Die Geier sind sich dafür nicht zu fein.  
Doch lieber schlingen sie den Hunderterpack  
Wenns geht, dann bitte im Wochentakt, zack zack, zack, zack  
Ja, ja, ja euer Geld des werd verschluckt  
Mir senke des Bruddosozialprodukt,  
ja, ja, ja euer Geld des werd verschluckt

## 10 – 30 – 500-Blues (2010)

(frei nach „Get back Blues“ trad.)

[http://www.attac-aschaffenburg.de/fileadmin/user\\_upload/Gruppen/Aschaffenburg/songs/30\\_stunde.mp3](http://www.attac-aschaffenburg.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Aschaffenburg/songs/30_stunde.mp3)

Was hilft's wemmä als nur druff glotzt un sich wunnert  
üwwer Prozente bei Wahle?  
Die 10, die 30, und die 500,  
des sind heut die angesachte Zahle!

Ref.:

Mindestens 10 – des muss geh'n!  
Höchstens 30 – mir sin zu fleißig!  
Fer 500 - Eckregelsatz  
mache mer - Rabatz, Rabatz, Rabatz!

Die 10 die steht fä'n Mindestlohn,  
will sich kaaner es Läwe verkneife.  
Un' weil's es Mindeste halt emol is  
derf de Fiskus do nix mehr abgreife.

Scho lang steht's vorne an unserm Zug,  
doch am Tunnelend' is noch kaa Licht:  
30 Stun' sin' lang genug,  
die Hetze und Awwweit zu dicht.

Du musst von doi'm Awwweitsplatz läwe -  
wer kaan hat, äwwä aa!  
Drum braucht's fä die Stütze en Eckregelsatz, äwe  
500, na klar.

Immer mehr Läwensowende  
gehn de Bach runner,  
mer brauche die Rente mit 60  
zu de 10 - 30 - 500!  
Jedes Jahr mehr rächt sich.



## Mit achtzig Jahren (2011)

(frei nach Udo Jürgens, „Mit 66 Jahren“)

[https://klartext-info.de/alt/images/rente\\_erst\\_ab\\_80\\_platt.mp3](https://klartext-info.de/alt/images/rente_erst_ab_80_platt.mp3)

Solang ich laafe kann, will ich noch schaffe geh'n.  
Mer fällt nix Bessers oi, des müsster doch versteh'n. Aha, aha, aha.  
Ich hass jeden Leerlaaf, nur Schaffe macht mich an,  
des macht mich zwar ni' reicher, doch do leit mir nix dran. Aha, aha, aha.  
Und voller Stolz verkünd't, moin Chef, de Waldemar,  
du bist moin Held der Aoweit, du bist moin Superstar.

Mit 65 Johr, da fängt des Läwe an,  
ich brauch noch kaa Rente, ich denk noch gar ni' dran.  
Regierung, Arbeitgäwwer, ich wädd glatt verrickt,  
wenn ihr mich vor achtzig – scho in Rente haamschickt.

Ich kenn kaa Dehaam, ich kenn' nur den Betrieb.  
De Chef ist wie mein Vadder, ich haw'n sou lieb, aha, aha, aha.  
Je mehrer aus mer rausholt, desto wen'scher ist mer bang.  
Ich will ferren schaffe, wenn möglich läwenslang, aha, aha, aha.  
Und halte mich die meiste Leut' ach fer gestört.  
Ich diene doch nur Deutschland – wie es sich gehört.

Mit 65 Johr, da fängt des Läwe an, ...

Unnernehmer aller Länder, hört doch moi Signal:  
befreit mich armes Wörtschtje aus dem Freizeitjammertal. Aha, aha, aha.  
Ja, mich plagt es Nixtun viel ärger als die Gicht:  
wenn's dem Chef gefällt, fahr' ich noch 'e Sonderschicht. Aha, aha, aha.  
Brauch' Arbeitshetz un' Lärm un' Staub, ich brauch den ganze Druck.  
Regierung, Arbeitgäwwer, gäbbt euch halt en Ruck!

Mit 65 Johr, da fängt des Läwe an, ...

## Ich bin de Louie hier im Stall (2011)

frei nach H. Riethmüller, Richard M. Sherman, Robert B. Sherman aus Dschungelbuch (Original Walt Disney Productions, 1967, The Jungle Book)

[https://klartext-info.de/alt/images/louie\\_im\\_affestall.mp3](https://klartext-info.de/alt/images/louie_im_affestall.mp3)

Ich bin de Louie hier im Stall  
un' mach mich gern zum Affe  
Den Druck die Last  
im Awweitsknast  
will ich mit 80 noch schaffe.  
Bleib mir bloß mit Freizeit fort  
un' Bummeln dorch die Stadt  
Des dut ni gut,  
die Rentnerbrut,  
die Faulenzer hawwich satt.

Oh Bubi du,  
wär ich so jung wie du,  
könnt stehn wie du  
mich drehn wie du duhuhu

Doch du wirst sehn uhu  
Ein alter Affe kann  
noch schaffe, Mann,  
fast genau wie duhuhu

solo

Ich will's doch noch wisse  
träum davon jede Nacht.  
Sei nit gemein  
vom Rentenschein

war noch nix abgemacht.  
Es ist doch kaa Geheimnis  
ich will noch nicht zur Ruh'  
Die Awweitsjachd  
mich glücklich macht  
de ganze Daach immerzu.

Oh Bubi du,  
wär ich so jung wie du,  
könnt stehn wie du  
mich drehn wie du duhuhu

Du wirst schon sehn uhu  
Ein alter Affe kann  
noch schaffe, Mann,  
fast genau wie duhuhu.

Uhuhu  
Ich will noch nit zur Ruh  
kann nimmer geh'n wie du  
stehn wie du duhuhu  
Doch du wirst sehn uhu  
als alter Dadderich  
jawohl mit achtzich  
mach ich noch man Stich  
//:und ich rentier mich  
bis ich im Grab liech.://

## Die arbeitsgeile Affenbande (2011)

(frei nach „Die Affen rasen durch den Wald“, anonym 1950)

[http://www.klartext-info.de/alt/images/Die\\_Affenbande\\_2011\\_lied.mp3](http://www.klartext-info.de/alt/images/Die_Affenbande_2011_lied.mp3)

Die Affenbande is' schon alt  
und rast noch immer dorsch de Wald  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss!  
Ihr kriegt aans uff die Nuss,  
wenn ihr uns jetzt die Awweit klaut.://

Die Bande hört man schon von fern:  
„Mer schufte fer de Boss so gern!“  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss!  
Ihr kriegt aans uff die Nuss,  
wenn ihr uns jetzt die Awweit klaut.://

Der alte Affenmonteur schraubt  
Hat sich noch kaan Daach krank erlaubt.  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss! ...://

Die Affenschwester - 70 Jahr  
zur Spätschicht isse pünktlich da .  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss! ...://

Hört ihr, wie's im Schulwald kracht?  
Opa turnt vor, die Klasse lacht.  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss! ...://

Dem alten Affeningenieur  
is' auch heut noch nix zu schwör.  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss! ...://

Die Affenoma mit Genuss  
hackt jede hart codierte Nuss.  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss! ...://

Der Joopi-Aff, der schreit „Hurrah,  
schaff noch mit üwwer hunnerd Jahr!“  
Die ganze Affenbande brüllt:  
//:„Mit achtzig is' erst Schluss! ...://

Der Boss denkt „oberaffengeil,  
die Profitrate klettert steil!“  
Dreht sich zur Bande hin und brüllt:  
//: „Mit achtzig is nit Schluss  
ihr kriegt aans uff die Nuss  
wenn ihr mir die Rendite klaut.  
Weg mit dem Rentestuss!  
Mit achtzig is nit Schluss  
Ihr seid noch viel zu gut gebaut.“://

## Capri-Fischer (2012)

(frei nach Rudi Schuricke, Capri Fischer, 1943)

[https://www.klartext-info.de/alt/images/Capri\\_Fischer\\_klartext.mp3](https://www.klartext-info.de/alt/images/Capri_Fischer_klartext.mp3)

Wann bei Capri die Euro-Sonne im Meer versinkt  
Un' so mancher Versuch zur Rettung zum Himmel stinkt  
zieht die Troika mit ihre Netze auf Fang hinaus  
und sie lesche als Köder Rettungskredite aus  
Nur die Rankings sie zeische ihne am Firmament  
einen Kurs fer de Zinse, dass die Verschuldung rennt.  
Un' von Land zu Land das alte Lied erklingt  
hör' von fern, wie es singt:

Bella, bella, bella Marie, zurückgezahlt  
wer'n unser Schulde doch nie.  
Bella, bella, bella Marie, sie sin' all' hi'.

Und im Mondenschein steicht die Flut noch mehr  
un' vom Rettungsschirm träumt ihr heut Nacht,  
bis dann der Morgen erwacht.  
Wie in alter Zeit, singen sie auch heut',  
unser Wirtschaftsweise ja die Rettung, is' noch weit.

Un' von Land zu Land das alte Lied erklingt  
hör' von fern, wie es singt:

Bella, bella, bella Marie, zurückgezahlt  
wer'n unser Schulde doch nie  
Bella, bella, bella Marie, sie sin all hi'.

## Ein Schirm wird kommen (2012)

(frei nach Lale Andersen; Musik: Manos Hadjidakis)

[https://www.klartext-info.de/alt/images/Ein\\_Schirm\\_wird\\_kommen\\_klartext.mp3](https://www.klartext-info.de/alt/images/Ein_Schirm_wird_kommen_klartext.mp3)

Da steh ich nackisch in Piräus,  
in Frankfurt, Madrid, in Rom un' Lissabon.  
ich hab kaan Euro in kaam Seckel,  
die Banke ham alles un' sin' ab un' devon.  
Es Wasser steicht mer bis zum Kinn  
un' ich weiß ni wohin, in dieser Schuldenflut.  
Do steht de Sarkozy am Kai mit de Merkel, die zwei  
singe: ´s werd scho widder gut

Ein Schirm wird kommen  
zur Rettung für den einen,  
den Euro, der wie keinem  
den Banken Glück gebracht.  
Ein Schirm wird kommen  
und ihre Taschen füllen  
und ihre Sehnsucht stillen  
nach Geld und nach der Macht.

Un' ehe ich mich hier verseh in Piräus  
in Frankfurt, Madrid, Rom, Lissabon  
Da ham ´se´n mir scho uffgebunne, den Schirm in de Flut  
un' ich komm ni los devon.  
Zwische mir da un' em Kai, winkt mir en Hai  
mit de Flosse ein Siegeszeiche zu  
Er weiß in mir do is noch Blut, des is gut un' moi Wut  
uff den Schirm die steicht im Nu.

Ein Schirm wird kommen

...



## Dreißig Stunde wär'n aach genuch

(frei nach M. Travis „16 Tons“)

[www.attac-aschaffenburg.de/fileadmin/user\\_upload/Gruppen/Aschaffenburg/songs/30\\_stunde.mp3](http://www.attac-aschaffenburg.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Aschaffenburg/songs/30_stunde.mp3)

Mer sacht, de Mensch wär' aus Kohlestaab, na gut,  
doch du hast kää Kohle, hast nur Muskeln un' Blut  
en Bauch un' Knoche un' e bissje Verschtand  
e starkes Kreiz, des is doi äänzisches Pfand.

Du schrubbst verzich Stunde, was hast'n devon?  
genau gesäh'n immer wenischer Lohn  
buckelst dich krumm, ei verflucht  
dreißig Stunde wär'n aach genuch.

Du hast nix geärbt, e Fraa un' drei Kinn',  
Am End vom Geld is noch zeviel Monat drin,  
Bam Oikaafe fehlt der die nödische Knete  
un brummt's Iwwerstunde fehlt die Zeit fer e Fete.

Mä solle länger schaffe, fä wenischer Geld,  
dann gäb's baal' kä Awweitslose mehr uff de Welt.  
Wer glaabt dann des Märsche? Ich jedenfalls nit!  
Die Awweitslosezahl, die wächst doch mit'em Profit.

Sie saache, de Gördel werd jetzt enger geschnallt  
Zum Verdeile gäb's nix mehr, so wär des halt.  
Wenn nixmä verdeilt werd, dann fraach ich mich bloß:  
Warum sin dann die Profite so groß?

Un werste alt un kimmst nimmer mit,  
werste krank un' bringst doim Boss kää Profit,  
„Was, kää Profit?- Des kanni soi!  
Auf, leech dich glei in die Kiste noi!“



gesungen am  
20jährigen **KLARtext-Jubiläum**, Frankfurt,  
**23.2.2013**

Die geladene  
... mit



## XV Prof. Dr. D. Dummebeutel, Institut für Innovative Politik

Das Erwerbslosen Forum Deutschland und Klartext e.V. haben am 17. Februar 2010 das **Institut für innovative Politikberatung (IP)** gegründet und die Leitung Prof. Dr. Dr. hc. D. Ummbeutel übertragen. Alleinstellungsmerkmal des Instituts werden in Form von Pressemitteilungen (PM) wegweisend innovative Vorschläge zu einer besseren Politik in Berlin sein.



Prof. Dr. D. Dummebeutel beim Vortrag am 20jährigen KLARtext-Jubiläum, Frankfurt, 23.2.2013

### PM IP 1/2010 vom 23.02.10

#### Vollbeschäftigung durch Schnee schippen!

Außenminister Westerwelle stellte am 21. Februar 2010 Vollbeschäftigung in Aussicht, wenn es nur genügend schneien würde. Durch Schnee schippen könnte man die Arbeitslosen aus der Hartz IV-Falle befreien. Leider taute es einen Tag später so stark, dass kein Schnee mehr geschippt werden konnte.

Professor Dr. Dr. hc. D. Dummebeutel (Institut für innovative Politikberatung (IP)) schlägt deshalb den Einsatz von Schneekanonen vor, damit immer genug Schnee zum Schippen da ist. „Der Einsatz von Schneeräumungsmaschinen verbietet sich, da die Abschaffung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit nur ohne Einsatz von Maschinen zu erreichen ist. Der Einwand, Schnee schippen erfülle nicht die gesetzliche Vorschrift der Zusätzlichkeit, ist nicht nachvollziehbar, da Schnee immer zusätzlich zur Kälte in Erscheinung tritt“, so der Wissenschaftler.

Um eine ganzjährige Beschäftigung zu ermöglichen, regt das Institut an, die „Schneeschipper“ im Frühjahr, wenn der Schnee taut, zu Überschwemmungshelfern umzuschulen und weltweit einzusetzen, bis es wieder kalt genug ist, um Schnee mit Schneekanonen zu produzieren. So kann man Arbeitslose dauerhaft mit Hilfe von Schnee und Wasser, dem Grundbestandteil von Schnee, in Arbeit integrieren.



## **PM IP 2/2010 vom 26.02.2010**

### **Arbeit muss sich für Unternehmer wieder lohnen: Löhne bis monatlich 800 Euro durch Steuerzuschüsse ersetzen**

Allgemein fand bei der Hartz IV-Debatte im Bundestag die Aussage Zustimmung, dass sich Arbeit wieder lohnen soll. Das Institut für Innovative Politik (IP) regt nun an, deutlicher herauszustellen, für wen sich Arbeit wieder lohnen soll. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands müsse sich vor allem für Unternehmer Arbeit wieder lohnen. Unternehmer seien die wahren Leistungsträger. Sie bräuchten mehr Arbeitsanreize. Der Leiter des Instituts für Innovative Politik (IP), Prof. Dr. Dr. hc. D. Dummbbeutel schlägt deshalb vor: " Erst wenn Löhne bzw. Lohnanteile bis 800 Euro komplett aus Steuermitteln übernommen werden, wird es sich wieder lohnen zu investieren. So kann auch der Arbeitsmarkt wiederbelebt werden". Prof. D. Dummbbeutel warnte allerdings davor, die Steuermittel von Unternehmern einzutreiben, da sonst die positiven Effekte der Verstaatlichung von Lohnanteilen wieder zunichte gemacht würden. Durch die partielle Verstaatlichung aller Löhne werde der solidarische Zusammenhalt der Gesellschaft über alle Interessenswidersprüche hinweg entscheidend gefestigt, betonte der Wissenschaftler.

*Das Erwerbslosen Forum Deutschland und Klartext e.V. haben am Aschermittwoch 2010 das Institut für innovative Politik (IP) gegründet. Die Leitung wurde Prof. Dr. Dr. hc. D. Dummbbeutel übertragen. Dieser hat allerdings, um Missverständnissen vorzubeugen, auf Wunsch des Instituts seinen Namen in Prof. Dr. Dieter Dummbbeutel geändert,. Das Institut denkt da weiter, wo andere aufhören. Sein Markenzeichen sind wegweisend innovative Vorschläge zu einer konsequenteren Politik in Berlin und zur Stärkung der sozialen Marktwirtschaft.*

## **PM IP 3/2010 vom 26.03.2010**

### **Hartz IV-Fälle vermeiden – Fortpflanzungserlaubnis einführen**

Das Institut für innovative Politik (IP) begrüßt den Vorschlag des geschätzten Kollegen Prof. Dr. Gunnar Heinsohn, den Bezug von Hartz IV auf fünf Jahre zu begrenzen. Mit Unterstützung von BILD möchte er damit arme Frauen entmutigen, arme Kinder in die Welt zu setzen und sie stattdessen ermutigen, Produktiveres für die Volksgemeinschaft zu tun. Das Institut kritisiert jedoch, dass der Vorschlag nicht an der Wurzel des Problems ansetzt.

Das Problem ist die sogenannte Hartz IV-Fälle. Sie besteht darin, dass viele vierköpfige Familien im Hartz IV-Bezug genauso viel oder sogar mehr Geld haben, als andere vierköpfige Familien mit einem Alleinverdiener, der nur zwischen 4 und 10 Euro brutto die Stunde verdient.

Den gebotenen Abstand etwa durch Lohnerhöhungen wiederherzustellen, würde alle Unternehmen in den Ruin treiben. Den Abstand hingegen durch Senkungen von Hartz IV wiederherzustellen, würde die Hartz IV-Familien in spätrömische Armut treiben. Eine nachhaltige sozialverträgliche Lösung kann daher nur darin bestehen, die Kinderzahl zu minimieren, so der Leiter des IP. Das würde den Fehlanreiz zu hoher Regelsätze bzw. zu niedriger Löhne ausschalten und so soziale Gerechtigkeit nachhaltig sichern.

Prof. Dr. Dieter Dummbbeutel spricht als erster renommierter Wissenschaftler marktwirtschaftliche Grundgesetze offen aus: "Wenn der Lohn nicht für Kinder reicht, kann es nicht erlaubt sein, Kinder im Vertrauen auf ein Eingreifen des Sozialstaats in die Welt zu setzen. Das schädigt die Wachstumskräfte, weil notwendige Steuersenkungen für Unternehmen unterbleiben und die Staatsverschuldung wächst." Der Wissenschaftler schlägt vor, stattdessen die Zeugung von Kindern generell von der staatlichen Befürwortung von Fortpflanzungsanträgen abhängig zu machen. Die Bearbeitung dieser Anträge sollte die Bundesagentur für Arbeit und Fortpflanzung (BAF) übernehmen. BezieherInnen von SGB II-Leistungen sollte das Recht auf Fortpflanzung dabei generell entzogen werden. „Es kann nicht sein, dass sich in Deutschland nur diejenigen immer weiter vermehren, die gewohnt sind, sich in der sozialen Hängematte zu sonnen,“ so Dummbbeutel.

Die Versagung der Fortpflanzungserlaubnis hält das IP für einen starken – weil schließlich evolutionsbiologisch fundierten - Anreiz, endlich wieder Vollzeitarbeit aufzunehmen, um sich die Fortpflanzungsberechtigung zu verdienen.

Die Arbeitslosigkeit kann nur mit Fortpflanzungskontrolle beseitigt werden. Denn die wahre Ursache der Arbeitslosigkeit besteht darin, dass Frauen bzw. Paare Kinder in die Welt setzen, die die Wirtschaft nicht braucht und darin, dass dieses wirtschaftsfeindliche Verhalten auch noch durch den Sozialstaat gefördert wird. Fortpflanzungskontrolle kann auf historische Vorbilder in der Frühzeit der amerikanischen Demokratie zurückgreifen.

#### **PM IP 4/2010 vom 02.04.2010**

##### **Wie die Arbeitslosigkeit in Gänze beseitigt werden kann**

Die Arbeitslosenzahl von 3,57 Millionen liegt im März 2010 leicht unter dem Vorjahreswert, meldete die Bundesagentur für Arbeit. Dieser großartige Erfolg zur Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise verdanken wir der CDU/CSU und der SPD. Sie haben im Mai 2009 beschlossen, alle diejenigen, die den Vermittlungsbemühungen privater Agenturen zur Verfügung stehen, nicht mehr als arbeitslos einzustufen. Es handelt sich um 160.000 Personen. Das Institut für innovative Politik (IP) begrüßt das ausdrücklich. Der Leiter des Instituts, Prof. Dr. Dieter Dumbeutel, kritisiert jedoch scharf die Halbherzigkeit dieser Gesetzesänderung. „Auch diejenigen, die den Vermittlungsbemühungen staatlichen Behörden zur Verfügung stehen, sollten nicht mehr als arbeitslos gerechnet werden. Die Diskriminierung staatlicher Bemühungen gegenüber privaten und die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung auf dem Vermittlungsmarkt ist unerträglich.“ Deutschland könne seine weltweit führende Rolle bei der nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur festigen, wenn endlich Anerkennung fände, dass Menschen, die in Vermittlungsprozessen seien, alles andere als arbeitslos und unbeschäftigt seien. Es könnte das erste Mal in der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft gelingen, eine Krise zu einer drastischen Senkung, wenn nicht gar Abschaffung der Arbeitslosigkeit zu nutzen.

Auch die Konsolidierung der Staatshaushalte wäre alsdann einfacher. Denn: „Schließlich ist es völlig unverständlich, dass Menschen, die nicht arbeitslos sind, auch noch Arbeitslosenunterstützungen erhalten“, erklärte der bekannte Wissenschaftler abschließend und bedauerte, dass die Bundesregierung ihre richtigen Ansätze nicht zu Ende denke.

#### **PM IP 5/2010 vom 18.05.2010**

##### **Wettbewerbsfähigkeit stärken!**

Das Institut für Innovative Politik (IP) regt an, endlich die richtigen Konsequenzen aus der Schuldenkrise der Euro-Zone zu ziehen. Der Leiter des Instituts Prof. Dr. D. Dumbeutel: *„Es geht nicht an, dass Deutschland für die Defizite anderer EU-Länder aufkommen muss. Deshalb müssen alle Länder der Eurozone in Zukunft wettbewerbsfähig sein, d. h. eine positive Leistungsbilanz haben, wenn sie in der Eurozone verbleiben wollen“*. Prof. Dumbeutel hält derzeit nur die Niederlande, Österreich und Deutschland für geeignet, in der Eurozone zu verbleiben. Alle anderen Länder hätten sich den Ausschluss aufgrund ihrer negativen Bilanz selbst zuschreiben.

Prof. Dr. D. Dumbeutel tritt zugleich für die Übertragung dieses ökonomischen Gesetzes auf die Fußballbundesliga ein. Über die Hälfte der Vereine wiesen ein negatives Torverhältnis auf, hätten mehr Tore „importiert“, als Tore „exportiert“. Das sei ein eindeutiges Zeichen für mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Die Vereine mit positivem Torverhältnis, wie Bayern München, seien für das negative Torverhältnis anderer Vereine in keiner Weise verantwortlich. Da man jedoch von jedem Mitglied der Bundesliga Wettbewerbsfähigkeit erwarten müsse, sollten nur noch wettbewerbsfähige Vereine in der höchsten Spielklasse verbleiben können, ab der Saison 2010/2011 also nur noch neun von bisher achtzehn Klubs. Mit Hilfe dieses neuen Verfahrens würde die Bundesliga ab der Saison 2013/2014 voraussichtlich nur noch aus einem Verein bestehen, aus Bayern München.

Um Deutschland auch zur Nummer Eins der Weltliga zu machen, forderte Dumbeutel weiterhin, die Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnsenkungen von 25 % und die Abschaffung von Hartz IV zu stärken, damit *„Deutschlands positives Torverhältnis, den Gegnern mehr Tore in ihren Kasten zu exportieren als selbst Tore ins eigene Gehäuse zu importieren“*, nachhaltig gesichert werden könne, so seine auch Laien verständliche Aussage. Nach der Streichung jeglicher Unterstützung durch Hartz IV könnten Erwerbslose und arbeitende Arme in den nun leerstehenden Fußball-Arenen in einfachen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und aus humanitären Gründen mit

Gemeinschaftsverpflegung versorgt werden. Durch die Überschaubarkeit der Stadien würde auch der Zugriff des Arbeitsmarktes auf Arbeitssuchende erheblich erleichtert, was die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands noch einmal steigern würde.

#### **PM IP 6/2010 vom 21.07.2010**

##### **Elterngeld für Hartz IV-BezieherInnen abschaffen - als Arbeitsanreiz zu wenig!**

Elterngeld in Höhe von 300 Euro pro Monat soll nach einem Beschluss der Bundesregierung für 130.000 BezieherInnen von Hartz IV in Zukunft nicht mehr anrechnungsfrei sein, sondern als Einkommen angerechnet werden. *„Die zusätzliche Gewährung von 300 Euro Elterngeld würde ... das so genannte Lohnabstandsgebot verletzen: Für die Betroffenen bestünde kein genügender Anreiz, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen“* (Bundesregierung, Magazin für soziales, Familie und Bildung Nr. 089 07/2010). Das Institut für Innovative Politik (IP) begrüßt diesen Vorstoß der christlich-liberalen Bundesregierung.

Endlich wird der ungeheure Bedarf der Wirtschaft an der Arbeitskraft vor allem von Müttern mit Säuglingen anerkannt. Die Wirtschaft braucht die Arbeitskraft von Müttern im Hartz IV-Bezug schon vom ersten Tag nach der Geburt an. Das Elterngeld stand dem bisher im Weg.

Die höchstrichterliche Rechtsprechung, dass armen Müttern mit Kindern unter drei Jahren Arbeit nicht zumutbar sei, folglich auch kein Anreiz zur Arbeit nötig sei, erkennt die Bundesregierung erfreulicherweise nicht mehr an. Auch so etwas wie Mutterschaftsurlaub für Mütter aus Hartz IV-Familien kann die deutsche Wirtschaft sich nicht länger leisten. Mütter im Hartz IV-Bezug dürfen nicht länger in der Hängematte der Versorgung von Säuglingen liegen. Anders kann Deutschland nicht die führende Nation der Welt werden..

Prof. Dr. Dieter Dummbbeutel, Leiter des IP, stellte allerdings fest, dass die christlich-liberale Regierung wie so oft, völlig inkonsequent sei: *„Wie soll der Arbeitsanreiz von Hartz IV-Müttern nach der Geburt gefördert werden, wenn den Säuglingen noch ein Regelsatz zugestanden wird? Problem ist nicht eine Überversorgung mit Elterngeld, sondern die Versorgung überhaupt“*, erklärte der international renommierte Professor. Es sei allseits anerkannte Tatsache, dass der größte Arbeitsanreiz in der völligen Streichung von Hartz IV bestehen würde. Aber, so Dummbbeutel, das sei auf Grund der Schwäche der Bundesregierung derzeit nicht durchsetzbar. Dies Anrechnung des Elterngelds sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber dennoch ungeeignet, einen ausreichenden Arbeitsanreiz darzustellen, weil die Grundversorgung der Säuglinge immer noch gesichert sei.

#### **PM IP 7/2011 vom 07.04.2011**

##### **Im Interesse der Gesundheit: Alkohol und Tabak auch aus Löhnen streichen, nicht nur aus Arbeitslosengeld II**

Die Bundesregierung gesteht aus Sorge um die Gesundheit von Erwerbslosen den BezieherInnen von Hartz IV-Leistungen keinerlei Mittel für Alkohol- und Tabakkonsum mehr zu. Sie rechnete die Flüssigkeitsmenge des Alkoholkonsums in Beträge für Mineralwasser um.

Was aber ist mit der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung? Kann man zulassen, dass im Lohn nach wie vor Mittel für den Konsum von Alkohol und Tabak enthalten sind? Anscheinend ist der Bundesregierung, besonders aber den Unternehmen, die Gesundheit der Mitarbeiter vollkommen gleichgültig. Um dieser Ungerechtigkeit entgegen zu wirken, schlägt das Institut für innovative Politik (IP) vor, die Löhne um die Kosten des Durchschnittskonsums von Alkohol und Tabak zu kürzen. Dazu hat das Institut die Durchschnittskosten des Alkohol- und Tabakkonsums aller Personen über 20 Jahren ermittelt.

135 Liter Bier, 30 Liter Wein und 6,7 Liter Schnaps waren zu verzeichnen. Bewertet mit maßvollen Preisen von 1 € pro Liter Bier, 3 € pro Liter Wein und 8 € pro Liter Schnaps

kommt man auf 282 € im Jahr. Die Gesamtflüssigkeitsmenge von 171,7 Litern mit 0,25 € pro Liter in Mineralwasser umgerechnet, erhält man etwa 240 € im Jahr oder 20 € im Monat.

2010 wurden von jeder Person über 20 Jahren 1.276 Zigaretten geraucht. Bei gegenwärtig 0,25 € pro Zigarette (für eine Markenzigarette) kommt man auf 26,60 € im Monat.

Diese Kosten müssten aus allen Löhnen gestrichen werden, um den Drogenkonsum der Bevölkerung einzudämmen, der von verantwortungslosen Unternehmen über Teile des Lohns mitfinanziert wird. Bei einem Durchschnittslohn von 2.550 € brutto oder rund 1.600 € netto entfallen rund 50 € auf die Förderung des Drogenkonsums. Ein Skandal.

Prof. Dr. Dieter Dummbbeutel, der Leiter des IP, fordert die Unternehmen auf, eine Kürzung des Durchschnittslohns um mindestens 3 Prozent durchzusetzen. Es könne nicht angehen, dass Erwerbslose beim Kampf gegen Drogen Erwerbstätigen gegenüber bevorzugt würden. Notwendige Kürzungen seien mit den anstehenden Lohnerhöhungen sozialverträglich zu verrechnen.

#### **PM IP 8/2011 vom 19.12.2011**

##### **Finanzmärkte beruhigen: Lebenserwartung senken, Löhne senken**

Die Rentenbezugsdauer von Männern mit Verdiensten von weniger als 75% des Durchschnittslohns ist in den letzten zehn Jahren in Deutschland um nahezu 2 Jahre gesunken, in Ostdeutschland sogar um mehr als 3,5 Jahre. Davon sind alle Männer betroffen, die - bezogen auf 2010 - weniger als 11,65 € pro Stunde verdienen.

Um das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen, müssen vor allem die Renten gesenkt werden. Wie die Erhebung der Deutschen Rentenversicherung zeigt, kann die Rentenbezugsdauer nicht nur durch ein höheres Renteneintrittsalter, sondern zielstrebig auch durch eine geringere Lebenserwartung verkürzt werden.

Prof. Dr. D. Dummbbeutel, Leiter des Instituts für Innovative Politik: *„Statt jeden Zusammenhang zwischen niedrigen Löhnen und Rentenbezugsdauer, d. h. der Lebenserwartung abzustreiten, sollte die Bundesregierung mutig die großen Chancen dieser Entwicklung für die Sanierung der Staatsfinanzen hervorheben.“* Er betonte, Berechnungen des Instituts hätten ergeben, dass die verminderte Lebenserwartung jetzt schon jährliche Einsparungen der Rentenversicherung bis zu 15 Mrd. in West- und 8 Mrd. € in Ostdeutschland erzeugt. Rund 1,5 Millionen Männer haben zu dieser Entlastung beigetragen.

Die positiven Folgen von Niedriglöhnen für die Lebenserwartung gibt es jedoch nur für Bezieher von Löhnen unter 11,65 € die Stunde. Männer allerdings, die mehr als 15 Euro verdienen, d. h. mehr als den Durchschnittslohn, haben 2010 unverantwortlicherweise eine um fast 1 ½ Jahre höhere Lebenserwartung als 2001. Um diese bedrohlich steigende Lebenserwartung in den Griff zu bekommen, sind umgehend massive Lohnsenkungen notwendig, da sonst früher oder später das gesamte Rentensystem kollabieren könnte.

Banken und andere Investoren werden erst dann wieder Vertrauen in die Märkte haben, wenn die Lebenserwartung von noch wesentlich mehr Männern sinkt als nur jene der Niedriglöhner! Mit der Mitwirkung von Frauen sei jedoch in dieser Beziehung vorerst nicht zu rechnen, wie die statistischen Erhebungen leider zeigen, erklärte Dummbbeutel.

#### **PM IP 9/2012 vom 10.01.2012**

##### **Offizielles Existenzminimum ernst nehmen: Fünf Euro gesetzlicher Mindestlohn!**

Das Institut für Innovative Politik (IP) unter Prof. Dr. D. Dummbbeutel fordert die Bundesregierung auf, das von ihr selbst festgesetzte Existenzminimum eines Erwerbstätigen nicht länger zu mißachten. Es beträgt 9.004 Euro im Jahr (8.004 Euro Grundfreibetrag und 1.000 Euro Arbeitnehmerpauschbetrag) und 750 Euro brutto im Monat. Dieser Betrag bleibt als Existenzminimum steuerfrei.

„Was spricht dagegen, auf dieser Basis einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, der sich bei einer 38,5 Stundenwoche auf 4,50 Euro/Std. beliefe? Die Bundesregierung kann sich so in der Frage des Mindestlohns mit einer kühnen Wende an die Spitze setzen und ihre Chancen bei den nächsten Bundestagswahlen verbessern“, erklärt Prof. Dummbbeutel. Denn die Mehrheit der Bevölkerung ist für einen gesetzlichen Mindestlohn. Keine Bundestagspartei könne fundierte Einwände erheben, da man sich in Bezug auf die Höhe des (steuerfreien) Existenzminimums weitgehend einig sei. Am weitesten ginge noch die Partei DIE

LINKE, die insgesamt 10.300 Euro jährlich als Existenzminimum anerkennt. Das würde 858 Euro im Monat bzw. bei einer 38,5 Stundenwoche 5,14 Std. bedeuten.

Um aber auch dieser Partei entgegenzukommen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, schlägt das IP einen gesetzlichen Mindestlohn von fünf Euro vor. Prof. Dummbbeutel wandte sich entschieden dagegen, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, von dem ein Alleinstehender halbwegs leben könne. Das würde nur zur Beunruhigung der Finanzmärkte betragen und außerdem die Stabilität der EU gefährden.

**PM IP 10/2012 vom 16.02.2012**

**Mangelnde sexuelle Betätigung sanktionieren,  
nicht nur Kinderlosigkeit!**

Die Stimmen mehren sich, einen Kinderlosenzuschlag zur Sozialversicherung einzuführen, um den Wunsch nach Kindern durch finanzielle Sanktionen zu stärken. Das Institut für Innovative Politik (IP) hält das zwar für richtig, aber für kurzichtig. Die entscheidende Voraussetzung für Kinder besteht in sexuellen Beziehungen zwischen Mann und Frau. Das Problem liegt also tiefer. Prof. Dr. Dummbbeutel, der Leiter des Instituts: *„Die mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft, sexuelle Beziehungen mit Kinderwunsch einzugehen, ist ebenfalls mit Geldbußen zu sanktionieren, nicht nur die Kinderlosigkeit selbst.“* Er regte eine Verkehrspflicht an, durch die die Geburt von Kindern angeregt werden könne.

Die Unsitte, Verhütungsmittel zur Verhinderung von Geburten einzusetzen, müsse ebenfalls gestoppt werden. Der Wissenschaftler plädierte für ein vollständiges Verbot von Produktion, Import und Verkauf von Verhütungsmitteln. Die Bundesregierung müsse sich ihrer Verantwortung stellen und sich wieder auf die Werte der christlich-abendländischen Tradition besinnen.

Wer unfähig sei, sexuelle Beziehungen mit eindeutigem Kinderwunsch einzugehen, versündige sich gegen den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft, so der Professor. Von Kindern hänge schließlich die Zukunft Deutschlands ab. Die Einnahmen aus der Verletzung der Verkehrspflicht zusätzlich zum Kinderlosenzuschlag würden der deutschen Wirtschaft einen unverzichtbaren Schub auf dem Weg zur Vollbeschäftigung geben.

## XVI Rückmeldungen zur Auflösung von KLARtext e. V.

Lieber Vorstand, liebe Aktive,

ein schwarzer Tag, die angekündigte Auflösung des Vereins, weil nun noch weniger Möglichkeit besteht sich gegen die kapitalistischen, d.h. ausbeuterischen Zumutungen zu wehren, ganz zu Schweigen von den imperialistischen Kriegen mit ihrer massiven Verarmung, Elend und Tod.

Ich habe euch kennengelernt auf jeden Fall zu den Hartz-Verarmungsorgien und eure tolle Arbeit dagegen mit diversen Broschüren, Flugblättern, Transparenten etc, wahrscheinlich schon früher nach den rassistischen Anschlägen 1993...

Seit dem hat sich mein kleiner Radius, meine politischen Zusammenhänge aufgelöst, bzw bin ich in ein kleines Kaff gezogen, wo es mir nicht gelungen ist einen organisierten Kreis des Widerstandes zu etablieren.

Ich danke euch sehr, sehr, sehr für eure vorbildliche Arbeit, ihr seid ein Lichtblick. Wir werden alle nicht jünger und ich wünsche euch von Herzen alles Gute! Vielen Dank!

Solidarische Grüße

Eine Stimme aus Schleswig-Holstein

---

Lieber Rainer, lieber Reinhard und Bernd...

Die erste Begegnung mit Rainer und Klartext war so um 2003. Ich las das Buch Nebensache Mensch - ein Klassiker in der Betrachtung der Lage in diesem Land, Dieser Klassiker gehört übrigens dringendst aktualisiert. Aber das ist leider Geschichte. Viele Bücher - wie die Leitfäden Sozialhilfe, wie die Bücher Lockdown nicht noch einmal - oder die Schockstrategie geht weiter und anderen gehörten fortan zu den Pflichtlektüren. ...

Fakt ist: Klartext wird sich Ende 2023 auflösen. Eine Stimme - weg vom DGB - weg von den LINKEN - weg vom Mainstream wird fehlen. Das ist unbestritten.

Für mich sind die Differenzen mit Tacheles nicht erklärbar. Ich verstehe sie nicht...Eine wie auch immer geartete Linke - auch Klartext - sollte mit Respekt und Haltung innerhalb der breiten Schicht der Linken behandelt werden. Die Stimme wird dem linken Lager fehlen. Oder sind wir alle auf dem Weg zum DGB und zu rot rot grün?

Das wäre schade! Ich bedanke mich aus ... für die geleistete Arbeit. Ich habe sie immer mit Respekt und Freude wahrgenommen und versucht zu unterstützen,

Eine Mail aus Hessen

---

Lieber Rainer,

Ich finde das Ganze eine einzige Unverschämtheit.

Du hast Dich immer bemüht, dafür zu sorgen, daß es auf der Welt irgendwann einmal gerechter und friedlicher zugeht.

Ohne Menschen wie Dich wäre die Welt ein ganzes Stück ärmer.

Ich bin froh, daß ich Dich kennengelernt habe und möchte mich auch bedanken für all die Mühe, die Du dir immer gemacht hast.

Als Zeichen des Dankes möchte ich mich wenigstens mit einer kleinen Spende beteiligen.

....

Liebe Grüße

Eine Mail aus München

---

Danke für die Informationen.

Ich bin ja einigermaßen weit weg von euch. Könnte ich von den Flugblättern zur gegenwärtigen Lage von jeder Ausgabe (der drei Ukraine-Flugblätter) je 20 Stück bekommen?

Die geringe Resonanz auf diese erklärt sich mit der Angst der Leute vor der Ächtung durch die Mehrheitsgesellschaft. Man kann sie nicht einfach verteilen, denn es winkt die schlimmste Verurteilung derzeit als Putinverstehler und all die anderen schönen Zuschreibungen, alles schlimmer noch als Coronaleugner. Die Geschichtsvergessenheit unseres Landes ist gruselig.

Ich bezahle die Flugblätter gerne und müsste sie unbemerkt unter die Leute bringen, denn auch der wirtschaftliche Niedergang wird ja geschickt getarnt mit der Energiewende, die den Grünen bei der Bevölkerung noch immer Zuspruch bringt. Den Niedergang bekommt man häppchenweise serviert, die aberwitzigen Widersprüche fallen irgendwie nicht so richtig auf.

Vielen Dank im Voraus. ...

Eine Stimme aus Berlin

---

Hallo zusammen,

schade dass sich der "Klartext" verabschieden möchte, es waren sehr gute Infos, sie werden mir fehlen.

Ps.: Leider kann ich nicht an der MV aus gesundheitlichen Gründen teilnehmen.

Eine Stimme aus NRW

---

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Gewerkschafter (EVG und IGM), Friedensaktivist und Humanist begrüße ich euer herausragendes langjähriges Engagement für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit und möchte euch ganz herzlich dafür danken.

Ihr seid eine der wenigen linken Gruppen, die immer ihren konsequent humanistischen Kurs gehalten haben, auch bei kritischen Themen - und wenn die meisten "linken" Parteien und Gruppierungen (wie bei der autoritären Coronapolitik) weitgehend versagt haben.

Kollegiale Grüße

Eine Stimme aus Bade-Württemberg

---

. . . , lieber vorstand von klartext , liebe leute , die ihr in den vielen jahren maßgeblich beteiligt wart ! ich danke euch für eure wichtige politische aufklärungsarbeit , für euer engagement , für eure hartnäckigkeit . ihr habt oft ausgesprochen , was keiner hören wollte ! viele eurer flugblätter , eurer broschüren hätten eine ( noch ) größere aufmerksamkeit & verbreitung verdient gehabt . ich hab mit bescheidenen mitteln versucht , eure arbeit zu unterstützen , in dem ich ... eure schriften angeboten habe . leider nicht sehr erfolgreich . auch wenn ich mich bemühe , nach über 50-jähriger revolutionärer betätigung nicht zu resignieren , fällt dies doch schwer . die meisten menschen haben ein festgefahrenes weltbild , das sie nicht erweitern oder gar verändern wollen . dazu kommt , daß die meisten jungen menschen gar nicht mehr lesen wollen - wozu dann noch inhaltliche broschüren oder flugblätter ?! es ist sehr bedauerlich , daß KLARTEXT nicht weiterbestehen wird - ich denke , einige der gründe , die ich nannte , sind dafür (mit) verantwortlich . euch allen eine trotz allem gute " abschieds-veranstaltung " & persönlich viel gutes wünscht harald mücke aus kiel

Eine Stimme aus Schleswig-Holstein

---

Vielen Dank für Eure Arbeit. Ich hoffe und wünsche, dass damit auch in Zukunft noch sinnvoll gearbeitet wird.  
Herzliche Grüße  
Eine Stimme aus Hessen

---

Lieber Rainer Roth,  
mit großem Bedauern lese ich, dass der Verein aufgelöst werden soll. Sehr, sehr schade! ...  
Herzlichen Dank für Euer großes Engagement und Euch alles erdenklich Gute!  
Es ist Unglaubliches was Sie geleistet haben und für mich sehr verständlich, dass irgendwann Altes zurückgelassen, Neues begonnen und persönliche Dinge gelebt werden wollen. Das kenne ich zu gut aus eigener Erfahrung... bei mir kam die Entscheidung etwas sehr spät... jetzt mit 71 Jahren ... und das fällt dann schwer...  
Mit solidarischen und herzlichen Grüßen,  
Eine Stimme aus Baden-.Württemberg

---

Lieber Hr. Frankl, Hr. Müller und Hr. Roth,  
vielen Dank für die Einladung zur letzten MV! Auch ich bedaure das sehr, auch wenn ich selbst noch nicht lange dabei und auch nicht aktiv gewesen bin!...Die Coronazeit hat einiges auf den "Kopf gestellt" und jetzt geht es mit dem Ukrainekrieg weiter!...  
Ihr seid in dieser Zeit eine wichtige Säule für mich gewesen! Eine Gruppe aus meinem "linken" Zuhause, das sich nicht hat mitreißen lassen von all dem Unsinn!...  
Inzwischen sind mein Mann und ich ... nach Brandenburg gezogen, was auch viel (vor allem positive) Herausforderung war und wenig Raum für aktive Politik ließ! Aber hier geht es uns sehr gut! Die Menschen erleben wir überwiegend kritischer und differenzierter. Das tut gut!....  
Zur MV werde ich nicht kommen, wünsche aber eine gute Zeit, gute Rückblicke und Gespräche... und Ihnen drei alles, alles Gute!!!  
Bleiben Sie wie Sie sind!!  
Herzliche Grüße  
Eine Stimme aus Brandenburg

---

Lieber Reinhard, Bernd & Rainer,  
mit großem Bedauern erfahre ich, dass Ihr Eure wichtige Initiative beendet.  
Ihr habt für die "soziale Frage" und dass sie im klassenmäßigen Sinne und im Interesse von abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen aufrechterhalten wurde, so vieles geleistet und so viele Anstöße gegeben. ...  
Mit Dank und mit den besten Wünschen & Grüßen  
Eine Zuschrift aus Nordrhein-Westfalen

---

Liebe KLARtext-Leute, ganz besonders lieber Rainer Roth,  
ich möchte mich bei Euch auf diesem Wege noch einmal ganz herzlich für großartige dreißig Jahre einer wahrhaft linken Inspiration und theoretischen Wegleitung - und all dies immer KLAR und mutig, auch gegen bestimmte linke Strömungen - bedanken. Mein PC ist "voll" mit gespeicherten KLARtexten, die einfach nicht vergessen werden dürfen. Auch aus Erinnerungen können befreiende Impulse kommen.  
mit "herz"lich-solidarischen Grüßen  
Eine Stimme aus NRW



Hallo KLARtext-Menschen,

ich habe seit vielen Jahren Euch im ABO gehabt.....Eure meisten Artikel haben mich und anderen immer geholfen das nicht- oder vorhandene Bewußstein zu stärken und für Klarheit zu sorgen.....u.a. durch KLARtext.

Dafür möchte ich mich bedanken !

Eine Stimme aus Baden-Württemberg

---

Liebe Freunde und Genossen\*innen,

ich bedauere es außerordentlich, dass Klartext e.V. seine politische Arbeit einstellt.

Für mich war Klartext über viele Jahre hinweg ein wichtiger und verlässlicher Orientierungspunkt für mein politisches Handeln. Der Verein und seine maßgeblichen Köpfe haben es verstanden, auf der Grundlage von solider empirischer Recherche politische Positionen zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu formulieren, öffentlich zu vertreten und dabei die Systemfrage nicht außer Acht zu lassen. Dies geschah mit einer Beharrlichkeit und Verlässlichkeit, die bundesweit ihresgleichen suchte und keinen Vergleich zu scheuen brauchte. Um reichlich Anfeindungen und Gehässigkeiten brauchte man sich dabei auch keine Sorgen zu machen.

Zur Wahrheit gehört allerdings, dass politische Massenbewegungen, die sich dieses unschätzbare Wissen als Ressource hätten zu Eigen machen können, hierzulande in den vergangenen Jahren weitgehend ausblieben bzw. durch gezieltes Intrigieren an die Wand gefahren wurden. Stattdessen nahmen die Problemfelder exponentiell zu (Corona, Ukraine). Und nur wenige Menschen kamen nach, die in dieser sicher nicht einfachen Situation eine konsequente systemkritische Position zur bürgerlichen Gesellschaft und zum Kapitalismus hätten glaubhaft ausarbeiten und überzeugend vertreten können.

Dass die Macher bei Klartext „trotz alledem“ so lange Zeit die Energie und die politische Courage aufbrachten, durchzuhalten – dafür gebührt ihnen Respekt, herzlicher Dank und Anerkennung.

Mit Klartext geht ein kleines Leuchtfeuer inmitten einer zunehmend düsteren, absehbar barbarischen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Ich bin mir sicher, dass die ganze Arbeit gleichwohl nicht umsonst gewesen sein wird. Alles hinterlässt seine Spuren.

Solidarische Grüße & und nochmals Danke!

Eine Stimme aus Hessen

---